KARL MARX · FRIEDRICH ENGELS

WERKE · BAND 5

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED

KARL MARX
FRIEDRICH ENGELS

WERKE



DIETZ VERLAG BERLIN

1959

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED

KARL MARX
FRIEDRICH ENGELS

BAND 5



DIETZ VERLAG BERLIN

1959

Die deutsche Ausgabe
fußt auf der vom Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der KPdSU
besorgten Ausgabe in russischer Sprache

Vorwort

Der fünfte Band der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels enthält die von März bis November 1848 geschriebenen Arbeiten.

In den Jahren, die der Februarrevolution in Frankreich und der Märzrevolution in Deutschland vorausgingen, arbeiteten Marx und Engels die philosophischen Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus aus, stellten die Leitsätze des Marxismus über die welthistorische Rolle des Proletariats und die Diktatur des Proletariats auf und bestimmten die wichtigsten Prinzipien der Taktik des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse.

Von besonderer Bedeutung in der revolutionären Periode der Jahre 1848/49 war die Ausarbeitung der politischen Ideen des Marxismus, die Anwendung des historischen Materialismus bei der Analyse der aktuellen politischen Ereignisse und die Festlegung der Taktik des Proletariats in allen Etappen des revolutionären Kampfes. All dies fand seine Widerspiegelung in den Schriften, die in den Bänden 5 und 6 der vorliegenden Ausgabe enthalten sind.

Der Band 5 beginnt mit den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland", dem von Marx und Engels ausgearbeiteten konkreten Programm des Proletariats in der deutschen Revolution. Bei der Aufstellung der „Forderungen" gingen die Begründer des Marxismus von den historischen Hauptaufgaben der Revolution aus, von deren Lösung das weitere Schicksal des deutschen Volkes abhing. Der Hauptpunkt der „Forderungen" war die Schaffung einer einigen, unteilbaren deutschen Republik. In der Beseitigung der ökonomischen und politischen Zersplitterung des Landes, das damals aus drei Dutzend großen, kleinen und kleinsten Staaten bestand, in der Schaffung eines einheitlichen demokratischen Staates sahen Marx und Engels die notwendige Voraussetzung für die weitere fortschrittliche Entwicklung Deutschlands. Die Aufgabe, eine einige demokratische deutsche Republik zu schaffen, verband sich in den „Forderungen" mit der zweiten entscheidenden

Aufgabe der deutschen Revolution – mit der Abschaffung der feudalen Unterdrückung, der Befreiung der Bauernschaft von jeglichen Feudallasten und der Beseitigung der ökonomischen Grundlage der Herrschaft des reaktionären Adels.

Marx und Engels, die in der siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution den Prolog zur proletarischen Revolution sahen, erwähnen auch in den „Forderungen" eine Reihe von Übergangsmaßnahmen, über deren Charakter im „Manifest der Kommunistischen Partei" gesagt wurde, daß sie „im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind". Dazu gehören Maßnahmen, die den Feudalbesitz in Staatseigentum umwandeln und auf diesen Ländereien die landwirtschaftliche Produktion im großen organisieren, die Bergwerke, Gruben und alle Transportmittel nationalisieren, allen Arbeitern durch den Staat ihre Existenz garantieren und die Arbeitsunfähigen versorgen. Die Kraft, die durch entschlossenen und energischen Kampf diese Forderungen verwirklichen könnte, sahen Marx und Engels im deutschen Proletariat, im städtischen Kleinbürgertum und im kleinen Bauernstand.

Die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" sind das erste Musterbeispiel für die konkrete Anwendung der allgemeinen Grundsätze des „Manifestes der Kommunistischen Partei" auf die Besonderheiten eines Landes, auf die Bedingungen der deutschen Revolution von 1848/49.

Der Band 5 enthält hauptsächlich die Artikel, die Karl Marx und Friedrich Engels nach ihrer Rückkehr in ihre deutsche Heimat geschrieben und vom 1. Juni bis 7. November 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlicht haben. Diese Artikel zeigen deutlich die unmittelbare Teilnahme von Marx und Engels am revolutionären Kampf und ihre Taktik in der deutschen und europäischen Revolution.

Die von Marx und Engels gegründete „Neue Rheinische Zeitung" erschien als „Organ der Demokratie", „aber einer Demokratie, die überall den spezifisch proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob" (Engels). Dieser Standpunkt der Zeitung wurde von den historischen Besonderheiten der deutschen Revolution, von der Gruppierung der Klassenkräfte und dem Entwicklungsstand des deutschen Proletariats bestimmt. Marx und Engels konnten nach ihrer Rückkehr in die Heimat keine praktischen Schritte zur Gründung einer proletarischen Massenpartei unternehmen, da Deutschland wirtschaftlich und politisch rückständig und die deutschen Arbeiter schwach und unorganisiert waren. Die 200 bis 300 Mitglieder des Bundes der Kommunisten waren über das ganze Land verstreut und nicht imstande, einen spürbaren Einfluß auf die breiten Volksmassen auszuüben. Deshalb hielten

Marx und Engels, denen jegliches Sektierertum fremd war, es für notwendig, an dem äußersten linken Flügel der demokratischen Bewegung aufzutreten. Sie traten in die Kölner Demokratische Gesellschaft ein und empfahlen ihren Anhängern die gleiche Taktik. Marx und Engels waren der Ansicht, daß ein Bündnis mit den Demokraten eine Kritik an den Fehlern und Illusionen der Führer der kleinbürgerlichen Demokratie nicht ausschloß, sondern im Gegenteil voraussetzte. Ihr Bestreben ging dahin, die kleinbürgerlichen Demokraten zu entschlossenem Handeln zu drängen und die Volksmassen für die Sache der Demokratie zu gewinnen. Gleichzeitig lenkten sie die Aufmerksamkeit ihrer Anhänger auf die Gründung von Arbeitervereinen, auf die politische Erziehung des Proletariats und auf die Schaffung von Voraussetzungen zur Bildung einer proletarischen Massenpartei.

Diese Taktik, die auf die Mobilisierung aller demokratischen Kräfte gerichtet war, verteidigten Marx und Engels gegenüber dem Sektierertum Gottschalks, der die Aufgaben des Proletariats in der bürgerlichen Revolution nicht verstand und gegen ein Bündnis mit den Demokraten auftrat. Marx und Engels verurteilten ebenfalls die opportunistische Taktik Borns, der den Kampf der Arbeiterklasse auf enge zünftlerische und gewerkschaftliche Interessen begrenzte und das Proletariat von den allgemeinen politischen Aufgaben, die vor dem deutschen Volk standen, ablenkte.

Die „Neue Rheinische Zeitung", die als „Organ der Demokratie" erschien, vertrat alle fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes, in erster Linie die Interessen der entschlossensten und konsequentesten Kämpferin für die Demokratie – der Arbeiterklasse. Die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" unter der Leitung von Marx war der wirkliche Kampfstab des Proletariats.

Die Zeitung äußerte sich zu allen aktuellen Fragen der deutschen und europäischen Revolution, nutzte meisterhaft die Methode der politischen Entlarvung im Kampf gegen die feudale Reaktion und die bürgerliche Konterrevolution und war Erzieher und Organisator der Volksmassen.

Ihren großen Einfluß und ihre Popularität verdankte die Zeitung in nicht geringem Maße ihren glänzenden journalistischen Qualitäten: dem feurigen, kämpferischen Geist ihrer Artikel, ihrem prägnanten Stil und dem vernichtenden Sarkasmus, mit dem sie die Feinde der Revolution traf. Die „Neue Rheinische Zeitung" nimmt mit Recht einen Ehrenplatz in der Geschichte der proletarischen Presse ein.

Besonders deutlich trat der proletarische Charakter der „Neuen Rheinischen Zeitung" in ihrem Verhältnis zum Juniaufstand der Pariser Arbeiter zutage. Die „Neue Rheinische Zeitung" war die einzige Zeitung in Deutsch-

land und fast in ganz Europa, die von Anfang an für die Aufständischen entschieden Partei ergriff. Dem Juniaufstand widmete Engels eine Artikelserie und eine Reihe von Notizen: „Details über den 23. Juni", „Der 23. Juni", „Der 24. Juni", „Der 25. Juni", „Die ‚Kölnische Zeitung' über die Junirevolution", „Die Junirevolution (Der Verlauf des Aufstandes in Paris)". Marx feierte die Besiegten in einem seiner gewaltigsten Artikel: „Die Junirevolution". Diese während der Kampftage oder unmittelbar danach geschriebenen Artikel atmen echte Begeisterung für das heldenhafte Ringen des Pariser Proletariats und geben eine gründliche Analyse der Ursachen des Juniaufstandes und seiner historischen Bedeutung.

Die Artikel über den Juniaufstand besitzen großen theoretischen Wert. Bei der Behandlung der militärischen Seite des Juniaufstandes zieht Engels eine Reihe wichtiger Schlußfolgerungen über Charakter, Bedeutung und Methoden des Straßen- und Barrikadenkampfes unter den konkreten historischen Bedingungen jener Zeit und legt das Fundament für die marxistische Lehre über den bewaffneten Aufstand. In dem Artikel „Die Junirevolution" zeigt Marx den prinzipiellen Unterschied zwischen dem Juniaufstand und allen vorangegangenen Revolutionen: Die Junischlacht war eine Revolution des Proletariats gegen die Bourgeoisie, ein Kampf der Arbeit gegen das Kapital, eine selbständige Aktion des Proletariats zur Verteidigung seiner Klasseninteressen. In der gleichen Arbeit zieht Marx die wichtige theoretische Schlußfolgerung, daß der Arbeiterklasse die Form des bürgerlichen Staates nicht gleichgültig ist, denn sie ist interessiert an einer solchen Staatsordnung, die die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes schafft.

Marx und Engels führen in der „Neuen Rheinischen Zeitung" einen unermüdlichen Kampf für die Lösung der Hauptaufgabe der deutschen Revolution – die nationale Einigung des Landes. In solchen Artikeln wie „Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt", „Die ‚Zeitungs-Halle' über die Rheinprovinz" und anderen treten Marx und Engels gegen die bürgerlichen Pläne der Einigung Deutschlands unter der Hegemonie Preußens oder Österreichs sowie gegen die kleinbürgerlichen Projekte der Schaffung eines Föderativstaates nach Schweizer Muster auf. Marx und Engels beweisen in ihren Publikationen, daß die ökonomische Isolierung und die politische Zersplitterung Deutschlands und der ganze noch erhaltene feudale Plunder nur nach der Schaffung eines wirklich einigen und wahrhaft demokratischen Staates völlig beseitigt werden können. Die Begründer des Marxismus treten für die Einigung Deutschlands „von unten" ein, die nur durch den revolutionären Sturm der Volksmassen auf die überlebte

absolutistische Ordnung der zum Deutschen Bund gehörenden Staaten, in erster Linie Preußens und Österreichs, geschaffen werden konnte. Im Zusammenhang damit heben Marx und Engels hervor, daß die Einigung Deutschlands ein allgemein europäisches Problem ist und nur erreicht werden kann im Kampf der revolutionären Kräfte Europas gegen die herrschenden konterrevolutionären Klassen Englands und gegen den russischen Zarismus, der in jener Zeit das Hauptbollwerk der europäischen Reaktion war. Im revolutionären Krieg gegen den russischen Zarismus sahen Marx und Engels nicht nur ein Mittel zur Verteidigung der Revolution, sondern auch eine Bedingung für ihre weitere Entwicklung.

In den Artikeln „Die Berliner Debatte über die Revolution", „Die Debatte über den Jacobyschen Antrag", „Die Unterdrückung der Klubs in Stuttgart und Heidelberg" und anderen heben Marx und Engels bei der Analyse der unmittelbaren Ergebnisse der Märzrevolution 1848 in Deutschland deren halben Charakter hervor; das Volk vermochte keinen entscheidenden Sieg über den Feudalismus zu erringen, die politische Ordnung des Landes, der ganze Beamten- und Polizeiapparat wurden nicht angetastet und die Volksmassen blieben gegenüber der bewaffneten Konterrevolution ohne Waffen. Die Ursache für diesen Verlauf der deutschen Revolution sahen die Begründer des Marxismus in der Politik der an die Macht gelangten liberalen Bourgeoisie, die – wie Marx später schrieb – „die Ruhe mit der Knechtschaft der bloßen Aussicht des Kampfes mit der Freiheit vorzog". Die deutsche Bourgeoisie, erschreckt durch den revolutionären Kampf des französischen Proletariats und durch das erwachte Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter, verriet die Interessen des Volkes und schloß ein Bündnis mit der feudalen Reaktion. In den Artikeln, die sich mit den Debatten der preußischen Nationalversammlung befassen und die Politik der Ministerien Camphausen und Auerswald-Hansemann analysieren, treten Marx und Engels entschieden gegen die „Vereinbarungstheorie" auf, die von den Führern der liberalen preußischen Bourgeoisie zur Rechtfertigung ihres Kompromisses mit den feudal-monarchistischen Kräften aufgestellt wurde. Die Begründer des Marxismus setzen dieser verräterischen Theorie die Idee der Volksherrschaft, die Idee der Souveränität des revolutionären Volkes entgegen („Die Frankfurter Versammlung", „Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt" u.a.). Die revolutionäre Diktatur des Volkes betrachten sie als die notwendige Voraussetzung für die siegreiche Vollendung der Revolution („Die Krisis und die Kontrerevolution"). W.I.Lenin wies bei der Analyse dieser äußerst wichtigen Thesen darauf hin, daß sie den Begriff der revolutionär-demokratischen Diktatur enthalten.

In einer Reihe von Artikeln, die sich mit der Tätigkeit der gesamtdeutschen Nationalversammlung beschäftigen, sowie in einer Artikelserie über die Debatten in der preußischen Nationalversammlung üben Marx und Engels scharfe Kritik an diesen Vertretungskörperschaften, die sich mit fruchtlosem Wortstreit beschäftigten, anstatt die reale Macht in ihren Händen zu konzentrieren, die reaktionären deutschen Regierungen zu beseitigen und der verräterischen Politik der Großbourgeoisie ein Ende zu machen. Marx und Engels kämpfen um die Schaffung wahrhafter Volksvertretungsorgane in Deutschland, die als wirklicher Ausdruck des Volkswillens mit dem Volk eng verbunden wären und in ihrer ganzen Tätigkeit dessen Unterstützung fänden. Die Begründer des Marxismus heben in ihren Artikeln hervor, daß die vom Volk gewählten Abgeordneten verpflichtet seien, über ihre Tätigkeit dem Volk Rechenschaft abzulegen und seinen Willen zu erfüllen. Sie verteidigen das Recht des revolutionären Volkes, auf die Abgeordneten einen Druck auszuüben und von ihnen wirksame revolutionäre Beschlüsse zu verlangen („Die Freiheit der Beratungen in Berlin" u.a.).

Aus der Erfahrung der ersten Monate der deutschen Revolution schlußfolgern Marx und Engels, daß die Beseitigung aller alten Verwaltungs-, Militär- und Gerichtsinstanzen, die radikale Säuberung des ganzen Staatsapparates unbedingte Voraussetzungen für den Sieg der Volksrevolution sind („Vereinbarungssitzung vom 4. Juli").

Die beste Garantie für die Volkssouveränität sahen Marx und Engels in der Bewaffnung des Volkes. In einer Reihe von Artikeln („Die Vereinbarungsversammlung vom 15. Juni", „Die Vereinbarungssitzung vom 17. Juni", „Der Bürgerwehrgesetzentwurf" u. a.) treten sie für das Recht des Volkes auf Bewaffnung ein. Marx und Engels begrüßen den Versuch der Berliner Volksmassen, sich durch den Sturm auf das Zeughaus im Juni 1848 Waffen zu verschaffen. Die „Neue Rheinische Zeitung" charakterisiert diese Aktion als eine auf halbem Wege steckengebliebene Revolution und verurteilt die feige Haltung der Abgeordneten des linken Flügels der preußischen Nationalversammlung, die es nicht wagten, sich offen auf die Seite des Volkes zu stellen.

Marx und Engels betrachteten den revolutionären Kampf der Volksmassen als notwendige Bedingung des Widerstandes gegen die Konterrevolution und als entscheidenden Faktor zur Vollendung der Revolution; sie verteidigten die Aufständischen von Frankfurt am Main, die sich im September 1848 aus Protest gegen die Ratifikation des schmachvollen Waffenstillstandes mit Dänemark durch die Frankfurter Nationalversammlung erhoben. Gleichzeitig betonten die Begründer des Marxismus wiederholt, daß

der vorzeitige und unvorbereitete Aufstand nur zur Zerschlagung der revolutionären Kräfte und zu einer noch größeren Aktivierung der Konterrevolution führen kann. So rufen Marx und Engels in der „Neuen Rheinischen Zeitung" die Kölner Arbeiter auf, sich nicht von der preußischen Regierung provozieren zu lassen und ihre Kräfte aufzusparen für den entscheidenden Kampf („Köln in Gefahr", „Die ‚Kölnische Revolution'"). Dank der großen Aufklärungsarbeit, die Marx und Engels sowie ihre Mitarbeiter in Köln vollbrachten, gelang es, in den Septembertagen eine Zerschlagung der demokratischen Kräfte der Rheinprovinz abzuwenden.

Eine der wichtigsten Bedingungen zur Erweiterung und Festigung der demokratischen Front sahen die Begründer des Marxismus in der Einbeziehung breiter Massen der Bauernschaft in den revolutionären Kampf gegen die Überreste des Feudalismus. Eine Reihe der im vorliegenden Band enthaltenen Artikel („Patows Ablösungsdenkschrift", „Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten", „Debatte über die bisherige Ablösungsgesetzgebung") befassen sich mit der Liquidierung der Feudalverhältnisse auf dem Lande. Marx und Engels rufen die Bauern zum Kampf für die unverzügliche, restlose und unentgeltliche Aufhebung aller Feudallasten auf, sie entlarven die Politik der preußischen Bourgeoisie, die die Bauern, „ihre *natürlichsten* Bundesgenossen, ... ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel", verriet. Marx und Engels zeigen, daß die Ursache eines solchen Verhaltens der preußischen Bourgeoisie zu den Forderungen der Bauern in ihrem Bestreben lag, mit den reaktionären Kräften zu paktieren, weil sie fürchtete, daß die Aufhebung des feudalen Eigentums auch einen Angriff auf das bürgerliche Eigentum nach sich ziehen könnte. Als Vertreter des Proletariats, der konsequent revolutionären Klasse, unterstützten Marx und Engels eifrig die revolutionäre antifeudale Bewegung der Bauernschaft, in der sie eine der wichtigsten Triebkräfte der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland sahen.

Größte Aufmerksamkeit schenkten Marx und Engels dem Kampf der unterdrückten Völker für die nationale Befreiung. Sie begrüßten den Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung der Polen, Tschechen, Ungarn und Italiener, sie sahen in ihnen Bundesgenossen im Kampf gegen die feudal-absolutistische Reaktion in Deutschland und gegen die anderen Kräfte der europäischen Konterrevolution.

In den Artikeln „Auswärtige deutsche Politik", „Die auswärtige deutsche Politik und die letzten Ereignisse zu Prag", „Der dänisch-preußische Waffenstillstand" und anderen verteidigen Marx und Engels konsequent die Idee einer wirklichen Freiheit und Brüderlichkeit der Völker und verurteilen

scharf die deutsche Bourgeoisie, weil sie die frühere Unterdrückungspolitik der Hohenzollern und Habsburger gegenüber anderen Völkern fortsetzte. In der Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker sahen Marx und Engels nicht nur ein Mittel, die Fehler der Vergangenheit Deutschlands wiedergutzumachen, sondern auch eine notwendige Bedingung für die Zukunft des deutschen Volkes als freie demokratische Nation. „Deutschland macht sich in demselben Maß frei, worin es die Nachbarvölker freiläßt" (Engels).

Die Begründer des Marxismus kämpften entschlossen und unversöhnlich für die Unabhängigkeit Polens, indem sie den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland in unmittelbare Verbindung mit der Unterstützung des polnischen Befreiungskampfes brachten. In einer Artikelserie „Die Polendebatte in Frankfurt" und in anderen in diesem Band enthaltenen Artikeln geißelt Friedrich Engels die Politik der preußischen Regierung, die den Aufstand zur nationalen Befreiung in Posen provozierte und niederschlug, um dann unter dem Deckmantel einer „Reorganisation" einen großen Teil Posens dem Deutschen Bund anzuschließen. Marx und Engels verurteilen scharf die Haltung der bürgerlichen Mehrheit in der Frankfurter Nationalversammlung, die diese neue Teilung Polens sanktionierte.

Die Begründer des Marxismus unterstützten den revolutionären Kampf der Tschechen im Sommer 1848. In den Artikeln „Der Prager Aufstand" und „Demokratischer Charakter des Aufstandes" unterstreicht Friedrich Engels den Volkscharakter des Aufstandes in Prag und zeigt, daß die Ursache für die Niederlage der nationalen Befreiungsbewegung des tschechischen Volkes nicht nur das Eingreifen der österreichischen Konterrevolution ist, sondern auch die verräterische Politik der deutschen liberalen Bourgeoisie, die die Tschechen ins Lager der Reaktion stieß.

In dem Brief von Karl Marx an die Redaktion der italienischen Zeitung „L'Alba" und in den Artikeln der „Neuen Rheinischen Zeitung", die den revolutionären Kampf in Italien analysieren, kommt die Sympathie mit dem italienischen Volk, das für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfte, zum Ausdruck.

Das ganze Wirken von Marx und Engels im Jahre 1848 war erfüllt von dem Kampfgeist des proletarischen Internationalismus. Das kam zum Ausdruck in ihrem Verhältnis zum Juniaufstand der Pariser Arbeiter, in der Unterstützung der unterdrückten Völker im Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit, in der Solidarität mit den englischen Chartisten. Die „Neue Rheinische Zeitung" verteidigt die Chartisten vor den Angriffen der deutschen reaktionären Presse („Die ‚Neue Berliner Zeitung' über die Char-

tisten") und bringt ihre Solidarität mit dem Organ der Chartisten, dem revolutionären „Northern Star", zum Ausdruck.

In einer Reihe von Artikeln geben Marx und Engels eine Analyse vom Verlauf der Revolution in Frankreich. Aus diesen Artikeln spricht die Erwartung eines neuen revolutionären Aufschwungs, in dem das französische Proletariat die Hauptrolle spielen würde. Die Begründer des Marxismus, die den Zusammenhang und das Kausalverhältnis zwischen den Revolutionen in den verschiedenen Ländern hervorhoben, maßen dem Sieg der proletarischen Revolution in Frankreich, der dem revolutionären Kampf der Volksmassen in anderen Ländern Europas einen mächtigen Impuls geben mußte, entscheidende Bedeutung bei. Marx und Engels hofften, daß der Sieg des französischen Proletariats die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland und den Übergang zur proletarischen Revolution in diesem Lande erleichtern würde. Wie Engels später bemerkte, kam darin eine gewisse Überschätzung der ökonomischen Entwicklung des europäischen Kontinents zum Ausdruck, die damals bei weitem noch nicht eine solche Stufe erreicht hatte, daß die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise möglich war.

Der letzte Teil des Bandes enthält Aufsätze, die in Verbindung mit dem Oktoberaufstand in Wien geschrieben wurden. Marx und Engels hoben die besondere Bedeutung dieses Aufstandes hervor, da von seinem Ausgang entscheidend das Schicksal nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Revolution abhing. Marx nennt den Juniaufstand in Paris den ersten Akt und den Oktoberaufstand in Wien den zweiten Akt des europäischen Dramas. Eine im vorliegenden Band enthaltene Artikelreihe („Revolution in Wien", „Die ‚Frankfurter Oberpostamts-Zeitung' und die Wiener Revolution", „Die Wiener Revolution und die ‚Kölnische Zeitung'", „Die neuesten Nachrichten aus Wien, Berlin und Paris", „Sieg der Kontrerevolution zu Wien") beschäftigt sich mit dem Verlauf des Wiener Aufstandes. Marx analysiert die Ursachen der Niederlage des Aufstandes und unterstreicht, daß die Hauptursache der Verrat der Bourgeoisie war.

Aus dem handschriftlichen Nachlaß von Friedrich Engels wird der Reisebericht „Von Paris nach Bern" veröffentlicht. In klarer und anschaulicher Form schildert Engels hier die Eindrücke seiner Wanderung durch Frankreich. Einen großen Raum nimmt in dem Reisebericht die Charakteristik der französischen Bauernschaft und ihrer Rolle in der Revolution ein. Engels weist auf die ablehnende Haltung der französischen Bauern gegenüber der Revolution von 1848 hin und zeigt, daß hierzu die französische Bourgeoisie beitrug, indem sie demagogisch an den Besitzerinstinkt der Bauern

appellierte, mit ihrer Steuerpolitik die Interessen der Bauern schmälerte und sie von der Revolution abstieß.

Die Artikel von Marx und Engels aus der „Neuen Rheinischen Zeitung" und ihre anderen in diesem Band enthaltenen Arbeiten liefern wertvolles Material zum Verständnis der Taktik von Marx und Engels in der Revolution 1848/49 sowie jener Schlußfolgerungen und theoretischen Verallgemeinerungen, zu denen sie noch während der Revolution auf Grund der überaus reichen Kampferfahrung der Volksmassen in der stürmischen Revolutionsepoche kamen.

Die Beilagen enthalten eine Reihe von Dokumenten, die das vielfältige revolutionäre Wirken von Marx und Engels im Jahre 1848 und ihre unmittelbare Arbeit unter den breiten Volksmassen widerspiegeln. Hierzu gehören Dokumente, die Bezug nehmen auf das Wirken des Bundes der Kommunisten, auf die Tätigkeit der Demokratischen Gesellschaft und des Arbeitervereins in Köln, an deren Leitung Marx und Engels beteiligt waren, sowie Zeitungsberichte über Volksversammlungen, die Marx, Engels und ihre Kampfgefährten mit organisiert und durchgeführt haben. Die Beilagen enthalten auch eine Reihe von Materialien über gerichtliche und polizeiliche Verfolgungen der Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung", die eine Vorstellung vermitteln, unter welch schwierigen Bedingungen, bei ständiger Verfolgung durch die Regierung und Verleumdung durch die „regierungstreue" Presse, Marx und Engels das Organ des revolutionären Proletariats verteidigten.

Die Autorschaft der in der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschienenen Artikel von Karl Marx und Friedrich Engels ist sehr schwierig festzustellen, da die Artikel nicht unterzeichnet sind, Aussagen der Autoren selbst nur spärlich und handschriftliche Originale gar nicht vorhanden sind. Diese Schwierigkeit erklärt sich auch dadurch, daß viele Artikel Spuren einer kollektiven Arbeit beider Autoren tragen, eine Tatsache, die von Engels in einem Brief an Schlüter vom 15. Mai 1885 durch folgende Worte bestätigt wird: „Marx' und meine Sachen aus jener Zeit sind überhaupt fast gar nicht zu trennen, wegen der planmäßigen Teilung der Arbeit."

In Fällen, wo unmöglich festzustellen war, wer von den beiden Autoren – Marx oder Engels – diesen oder jenen Artikel geschrieben hat, fehlt der Hinweis auf den Verfasser.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU

Der Text des vorliegenden fünften Bandes der deutschen Ausgabe wurde nach der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und nach Originalen oder Photokopien überprüft. Bei jeder Arbeit ist die zum Abdruck herangezogene Quelle vermerkt.

Die von Marx und Engels angeführten Zitate wurden ebenfalls überprüft, soweit die Originale zur Verfügung standen. Längere Zitate werden zur leichteren Übersicht in kleinerem Druck gebracht. Fremdsprachige Zitate und im Text vorkommende fremdsprachige Wörter sind in Fußnoten übersetzt. Die Übersetzungen der fremdsprachigen Arbeiten wurden überprüft oder neu angefertigt.

Rechtschreibung und Zeichensetzung sind, soweit vertretbar, modernisiert. Der Lautstand der Wörter in den deutschsprachigen Texten wurde nicht verändert. Alle in eckigen Klammern stehenden Wörter und Wortteile stammen von der Redaktion; offensichtliche Druck- oder Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert. In Zweifelsfällen wurde in Fußnoten die Schreibweise des Originals angeführt.

Fußnoten von Marx und Engels sind durch Sternchen gekennzeichnet, Fußnoten der Redaktion durch eine durchgehende Linie vom Text abgetrennt und durch Ziffern kenntlich gemacht.

Zur Erläuterung ist der Band mit Anmerkungen versehen, auf die im Text durch hochgestellte Zahlen in eckigen Klammern hingewiesen wird; außerdem werden ein Personenverzeichnis, Daten über das Leben und die Tätigkeit von Marx und Engels, ein Literaturverzeichnis, eine Erklärung der Fremdwörter sowie ein Verzeichnis der Orte, die in der Landessprache eine andere Bezeichnung tragen, beigefügt.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der SED

KARL MARX
und
FRIEDRICH ENGELS

März—November 1848

Forderungen
der
Kommunistischen Partei
in
Deutschland.

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

1. Ganz Deutschland wird zu einer einigen, untheilbaren Republik erklärt.

2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt daß er keine Kriminalstrafe erlitten hat.

3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

4. Allgemeine Volksbewaffnung. Die Armeen sind in Zukunft zugleich Arbeiter-Armeen, so daß das Heer nicht bloß, wie früher, verzehrt, sondern noch mehr producirt, als seine Unterhaltungskosten betragen.

Dieß ist außerdem ein Mittel zur Organisation der Arbeit.

5. Die Gerechtigkeitspflege ist unentgeltlich.

6. Alle Feudallasten, alle Abgaben, Frohnden, Zehnten, ꝛc., die bisher auf dem Landvolke lasteten, werden ohne irgend eine Entschädigung abgeschafft.

7. Die fürstlichen und andern feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben, u. s. w., werden in Staatseigenthum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im Großen und mit den modernsten Hülfsmitteln der Wissenschaft zum Vortheil der Gesammtheit betrieben.

8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigenthum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

9. In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat gezahlt.

Alle diese unter 6, 7, 8 und 9 angegebenen Maßregeln werden gefaßt, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die zur Bestreitung der Staatskosten nöthigen Mittel zu schmälern und ohne die Production selbst zu gefährden.

Der eigentliche Grundeigenthümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Production gar keinen Antheil. Seine Konsumtion ist daher ein bloßer Mißbrauch.

10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat.

Diese Maßregel macht es möglich, das Kreditwesen im Interesse des ganzen Volkes zu regeln und untergräbt damit die Herrschaft der großen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilert sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach außen hin wirken zu lassen. Diese Maßregel ist schließlich nothwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeois an die Revolution zu knüpfen.

11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten, ꝛc., nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigenthum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.

12. In der Besoldung sämmtlicher Staatsbeamten findet kein anderer Unterschied statt, als der, daß diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Gehalt beziehen als die Uebrigen.

13. Völlige Trennung der Kirche vom Staate. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.

14. Beschränkung des Erbrechts.

15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern.

16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantirt allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.

17. Allgemeine, unentgeltliche Volkserziehung.

Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Zahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen, als den Hervorbringern alles Reichthums, gebührt.

Das Comite:

Karl Marx. Karl Schapper. H. Bauer. F. Engels. J. Moll. W. Wolff.

Flugblatt mit den
„Forderungen der Kommunistischen Partei
in Deutschland“

Karl Marx / Friedrich Engels

Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland[1]

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

1. Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.

2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt, daß er keine Kriminalstrafe erlitten hat.

3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

4. Allgemeine Volksbewaffnung. Die Armeen sind in Zukunft zugleich Arbeiterarmeen, so daß das Heer nicht bloß, wie früher, verzehrt, sondern noch mehr produziert, als seine Unterhaltungskosten betragen.

Dies ist außerdem ein Mittel zur Organisation der Arbeit.

5. Die Gerechtigkeitspflege ist unentgeltlich.

6. Alle Feudallasten, alle Abgaben, Fronden, Zehnten etc., die bisher auf dem Landvolke lasteten, werden ohne irgendeine Entschädigung abgeschafft.

7. Die fürstlichen und andern feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben.

8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

9. In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat gezahlt.

Alle diese unter 6, 7, 8 und 9 angegebenen Maßregeln werden gefaßt, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die zur Bestreitung der Staatskosten nötigen Mittel zu schmälern und ohne die Produktion selbst zu gefährden.

Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil. Seine Konsumtion ist daher ein bloßer Mißbrauch.

10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat.

Diese Maßregel macht es möglich, das Kreditwesen im Interesse des *ganzen* Volkes zu regeln und untergräbt damit die Herrschaft der großen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilert sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach außen hin wirken zu lassen. Diese Maßregel ist schließlich notwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeois an die Revolution zu knüpfen.

11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten etc. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.

12. In der Besoldung sämtlicher Staatsbeamten findet kein anderer Unterschied statt, als der, daß diejenigen *mit* Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Gehalt beziehen als die übrigen.

13. Völlige Trennung der Kirche vom Staate. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.

14. Beschränkung des Erbrechts.

15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern.

16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.

17. Allgemeine, unentgeltliche Volkserziehung.

Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen,

die bisher in Deutschland von einer kleinen Zahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen, als den Hervorbringern alles Reichtums, gebührt.

Das Komitee:

Karl Marx *Karl Schapper* *H. Bauer* *F. Engels*
J. Moll *W. Wolff*

Geschrieben zwischen dem
21. und 29. März 1848.
Gedruckt als Flugblatt
um den 30. März 1848 in Paris und
vor dem 10. September 1848 in Köln.
Nach dem Kölner Flugblatt.

Karl Marx / Friedrich Engels

[Brief an Etienne Cabet – Erklärung gegen die Deutsche demokratische Gesellschaft in Paris[2]]

Bürger Cabet,

wir bitten Sie, so freundlich zu sein, die beigefügte Erklärung in der nächsten Nummer des „Populaire"[3] abzudrucken. Es handelt sich darum, auf die kommunistische Partei keinerlei Verantwortung für ein Unternehmen und eine Handlungsweise fallen zu lassen, die bereits die alten nationalen und reaktionären Vorurteile eines Teils der deutschen Nation gegen das französische Volk wiedererweckt haben. Der Bund der deutschen Arbeiter – eine Vereinigung verschiedener Arbeitervereine in allen Ländern Europas, der auch die Führer der englischen Chartisten, die Herrn Harney und Jones angehören – setzt sich nur aus Kommunisten zusammen und bekennt sich offen zum Kommunismus; die sogenannte Deutsche demokratische Gesellschaft in Paris ist im wesentlichen antikommunistisch, insofern sie erklärt, daß sie den Antagonismus und den Kampf zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Klasse nicht anerkennt. Es geht also hierbei um eine Maßnahme, um eine Erklärung im Interesse der kommunistischen Partei, weshalb wir auch mit Ihrer Gefälligkeit rechnen. (Dieses Schreiben ist rein vertraulich.)

Mit brüderlichem Gruß!

Friedrich Engels

Karl Marx

Das unterzeichnete Komitee sieht sich veranlaßt, allen Zweigstellen des *Bundes der deutschen Arbeiter* in den verschiedenen europäischen Ländern zu erklären, daß es sich in keiner Weise an den Maßnahmen, Ankündigungen und Proklamationen beteiligte, die darauf gerichtet waren, von französischen

Bürgern Kleidung, Geld und Waffen zu erbitten. In Paris unterhält der *Bund* nur zu dem *Klub deutscher Arbeiter* Beziehungen und hat nichts mit der Gesellschaft gemein, die sich *Deutsche demokratische Gesellschaft* in Paris nennt und unter Leitung der Herren Herwegh und von Bornstedt steht.

Das Zentralkomitee
des Bundes der deutschen Arbeiter:
(gezeichnet) *K. Marx K. Schapper H. Bauer*
F. Engels J. Moll W. Wolff

Geschrieben Ende März 1848.
Nach dem Manuskript.
Aus dem Französischen.

Karl Marx

[Brief an den Redakteur der Zeitung „L'Alba"[4]]

[„L'Alba" Nr. 258 vom 29. Juni 1848]

Geehrter Herr!

Unter dem Titel „Neue Rheinische Zeitung" und unter der Leitung von Herrn Karl Marx wird hier in Köln ab 1. Juni d. J. eine neue Tageszeitung herausgegeben. Diese Zeitung wird bei uns im Norden Europas die gleichen demokratischen Grundsätze verfechten, die „L'Alba" in Italien vertritt. Es kann daher nicht zweifelhaft sein, welche Stellung wir hinsichtlich der gegenwärtig schwebenden italienisch-österreichischen Frage einnehmen werden. Wir werden die Sache der italienischen Unabhängigkeit verteidigen und den österreichischen Despotismus in Italien genau wie in Deutschland und Polen auf Tod und Leben bekämpfen. Wir reichen dem italienischen Volk brüderlich die Hand und wollen ihm zeigen, daß die deutsche Nation in jeder Weise die Unterdrückungspolitik verwirft, die bei Ihnen von den gleichen Leuten durchgeführt wird, die auch bei uns immer die Freiheit verfolgt haben. Wir wollen alles tun, um die Einigkeit und das gute Einvernehmen der beiden großen und freien Nationen herbeizuführen, die ein schändliches Regierungssystem bisher glauben ließ, sie seien Feinde. Aus diesem Grunde werden wir fordern, daß die brutale österreichische Soldateska unverzüglich Italien verläßt und das italienische Volk ohne jede Bevormundung eine Regierungsform wählen kann, die seinem Willen entspricht.

Um uns zu ermöglichen, die italienischen Verhältnisse zu beobachten, und um Ihnen Gelegenheit zu bieten, die Aufrichtigkeit unserer Versprechungen zu beurteilen, schlagen wir Ihnen einen Austausch unserer beiden Zeitungen vor; wir würden Ihnen also die „Neue Rheinische Zeitung" und Sie uns „L'Alba" täglich übermitteln. Wir hoffen, daß es Ihnen gefallen möge, diesen Vorschlag zu akzeptieren, und bitten, die Versendung der

„L'Alba" so bald wie möglich zu beginnen, damit wir schon in unseren ersten Nummern davon Nutzen haben.

Sollte es sich ergeben, daß Sie auch andere Mitteilungen nach hier zu senden haben, so bitten wir Sie, dies zu tun, wobei wir Ihnen versprechen, daß alles, was der Sache der Demokratie in dem einen oder anderen Land dienen kann, bei uns stets die größte Aufmerksamkeit finden wird.

Mit brüderlichem Gruß!
Die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung"
Der Redakteur Dr. *Karl Marx*

Geschrieben Ende Mai 1848.
Aus dem Italienischen.

KARL MARX

und

FRIEDRICH ENGELS

Artikel aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“

1. Juni – 7. November 1848

Neue Rheinische Zeitung.

Organ der Demokratie.

№ 1. Köln, Donnerstag, 1. Juni 1848.

Die „Neue Rheinische Zeitung“ erscheint vom 1. Juni an täglich.

Der Abonnementspreis beträgt: Für das Vierteljahr in Köln 1 Thlr. 15 Sgr.; für alle übrigen Orte Preußens 2 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. Außerhalb Preußens mit Zuschlag des fremden Zeitungsporto's.

Das Abonnement für den Monat Juni kann nur unter gleichzeitiger Bestellung des nächsten Quartals (Juli, August, September) geschehen. Der Preis dieses viermonatlichen Abonnements beträgt: Für Köln 2 Thlr.; auswärts 2 Thlr. 25 Sgr.

Man abonnirt bei allen Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes; — für Köln in der Expedition der Zeitung bei

Hrn. W. Clouth, St. Agatha 12, Köln.

Fernere Aktienzeichnungen werden entgegen genommen in der Expedition der Zeitung. Auswärtige werden gebeten, sich ebenfalls dorthin franco zu wenden.

Insertionsgebühren.

Für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum . . . . 1 Sgr. 6 Pf.

Die Expedition der „Neuen Rheinischen Zeitung.“

Das Erscheinen der Neuen Rheinischen Zeitung war ursprünglich auf den ersten Juli festgesetzt. Die Arrangements mit den Correspondenten ꝛc. waren auf diesen Termin getroffen.

Da jedoch bei dem erneuten frechen Auftreten der Reaktion deutsche Septembergesetze in naher Aussicht stehen, so haben wir jeden freien Tag benutzen wollen, und erscheinen schon mit dem ersten Juni. Unsre Leser werden es uns also nachsehen müssen, wenn wir in den ersten Tagen an Nachrichten und mannigfaltigen Correspondenzen noch nicht das reichhaltige Material liefern, wozu unsere ausgedehnten Verbindungen uns befähigen. In wenig Tagen werden wir auch hierin allen Anforderungen genügen können.

Redaktions-Comité.

Karl Marx, Redakteur en Chef.

Heinrich Bürgers,
Ernst Dronke,
Friedrich Engels,
Georg Weerth,
Ferdinand Wolff,
Wilhelm Wolff, — Redakteure.

Uebersicht.

Frankreich. Paris (Absetzung von Thomas. — Fortschritte der Reaktion. — Commission für die Nationalwerkstätten. — Gerücht über eine neue Revolution in Neapel).

England. London (O'Connor, Cobden, Hume. — Mitchell's Verurtheilung).

Handels- und Börsennachrichten.

Amtliche Nachrichten.

Bekanntmachung.

Deutschland.

Humoristische Skizzen aus dem deutschen Handelsleben.

Erste Seite der „Neuen Rheinischen Zeitung“ Nr. 1 vom 1. Juni 1848

[Erklärung des Redaktionskomitees der „Neuen Rheinischen Zeitung"[5]]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 1 vom 1. Juni 1848]

Das Erscheinen der „Neuen Rheinischen Zeitung" war ursprünglich auf den ersten Juli festgesetzt. Die Arrangements mit den Korrespondenten etc. waren auf diesen Termin getroffen.

Da jedoch bei dem erneuten frechen Auftreten der Reaktion deutsche Septembergesetze[6] in naher Aussicht stehen, so haben wir jeden freien Tag benutzen wollen und erscheinen schon mit dem ersten Juni. Unsre Leser werden es uns also nachsehen müssen, wenn wir in den ersten Tagen an Nachrichten und mannigfaltigen Korrespondenzen noch nicht das reichhaltige Material liefern, wozu unsere ausgedehnten Verbindungen uns befähigen. In wenig Tagen werden wir auch hierin allen Anforderungen genügen können.

Redaktionskomitee:

Karl Marx, Redakteur en Chef

Heinrich Bürgers,
Ernst Dronke,
Friedrich Engels,
Georg Weerth,
Ferdinand Wolff,
Wilhelm Wolff
} *Redakteure*

Die Frankfurter Versammlung

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 1 vom 1. Juni 1848]

** *Köln*, 31. Mai. Seit vierzehn Tagen besitzt Deutschland eine konstituierende Nationalversammlung, hervorgegangen aus der Wahl des gesamten deutschen Volkes.[7]

Das deutsche Volk hatte sich in den Straßen fast aller großen und kleinen Städte des Landes und speziell auf den Barrikaden von Wien und Berlin seine Souveränetät erobert. Es hatte diese Souveränetät in den Wahlen zur Nationalversammlung ausgeübt.

Der erste Akt der Nationalversammlung mußte sein, diese Souveränetät des deutschen Volkes laut und öffentlich zu proklamieren.

Ihr zweiter Akt mußte sein, die deutsche Verfassung auf Grundlage der Volkssouveränetät auszuarbeiten und aus dem faktisch bestehenden Zustande Deutschlands alles zu entfernen, was dem Prinzip der Volkssouveränetät widersprach.

Während ihrer ganzen Session mußte sie die nötigen Maßregeln ergreifen, um alle Reaktionsversuche zu vereiteln, um den revolutionären Boden, auf dem sie steht, zu behaupten, um die Errungenschaft der Revolution, die Volkssouveränetät, vor allen Angriffen sicherzustellen.

Die deutsche Nationalversammlung hat nun schon an ein Dutzend Sitzungen gehalten und hat von dem allen nichts getan.

Dafür aber hat sie das Heil Deutschlands durch folgende Großtaten sichergestellt:

Die Nationalversammlung erkannte, daß sie ein Reglement haben müsse, denn sie wußte, wo zwei oder drei Deutsche zusammen sind, da müssen sie ein Reglement haben, sonst entscheiden die Schemelbeine. Nun hatte irgendein Schulmeister diesen Fall vorhergesehen und ein apartes Reglement für die hohe Versammlung entworfen. Man trägt auf provisorische Annahme

dieses Exerzitiums an; die meisten Deputierten kennen es nicht, aber die Versammlung nimmt es ohne weiteres an, denn was wäre aus den Vertretern Deutschlands geworden ohne Reglement? Fiat reglementum partout et toujours![1]

Herr Raveaux aus Köln stellte einen ganz unverfänglichen Antrag wegen der Kollisionsfälle zwischen der Frankfurter und Berliner Versammlung.[8] Aber die Versammlung berät das definitive Reglement, und obwohl Raveaux' Antrag eilt, so eilt das Reglement doch noch mehr. Pereat mundus, fiat reglementum![2] Dennoch aber kann die Weisheit der gewählten Pfahlbürger[9] sich nicht versagen, auch einiges über den Raveauxschen Antrag zu bemerken, und allmählich, während man noch darüber spricht, ob das Reglement oder der Antrag vorgehen sollen, produzieren sich bereits an die zwei Dutzend Amendements zu diesem Antrage. Man unterhält sich hierüber, man spricht, man bleibt stecken, man lärmt, man vertrödelt die Zeit und vertagt die Abstimmung vom 19. auf den 22. Mai. Am 22. kommt die Sache wieder vor; es regnet neue Amendements, neue Abschweifungen, und nach langem Reden und mehrfachem Durcheinander beschließt man, die bereits auf die Tagesordnung gesetzte Frage an die Abteilungen zurückzuverweisen. Damit ist die Zeit glücklich herum, und die Herren Deputierten gehen essen.

Am 23. Mai zankt man sich erst über das Protokoll; dann nimmt man wieder zahllose Anträge in Empfang, und dann will man wieder zur Tagesordnung, nämlich zu dem vielgeliebten Reglement übergehen, als Zitz aus Mainz die Brutalitäten des preußischen Militärs und die despotischen Usurpationen des preußischen Kommandanten in Mainz[3] zur Sprache bringt. Hier lag ein unbestrittener, ein gelungener Reaktionsversuch vor, ein Fall, der ganz speziell zur Kompetenz der Versammlung gehörte. Es galt, den übermütigen Soldaten zur Rechenschaft zu ziehen, der es wagte, Mainz fast unter den Augen der Nationalversammlung mit dem Bombardement zu bedrohen, es galt, die entwaffneten Mainzer in ihren eigenen Häusern vor den Gewalttaten einer ihnen aufgedrängten, einer gegen sie aufgehetzten Soldateska zu schützen. Aber Herr Bassermann, der badische Wassermann, erklärt das alles für Kleinigkeiten; man müsse Mainz seinem Schicksal überlassen, das Ganze gehe vor, hier sitze die Versammlung und berate im Interesse von ganz Deutschland ein Reglement – in der Tat, was ist das Bombardement von Mainz dagegen? Pereat Moguntia, fiat reglementum![4] Aber die Versammlung hat ein weiches Herz, erwählt eine Kommission, die nach Mainz gehen und die Sache

[1] Es walte das Reglement, überall und allezeit! – [2] Und sollte die Welt zugrunde gehen, es walte das Reglement! – [3] siehe vorl. Band, S. 18 – [4] Und sollte Mainz zugrunde gehen, es walte das Reglement!

untersuchen soll, und – es ist richtig wieder Zeit, die Sitzung zu schließen und essen zu gehen.

Am 24. Mai endlich geht uns der parlamentarische Faden verloren. Das Reglement scheint fertig geworden oder abhanden gekommen zu sein, jedenfalls hören wir nichts mehr davon. Dafür aber stürzt ein wahrer Hagelschauer wohlmeinender Anträge über uns her, in denen zahlreiche Vertreter des souveränen Volkes die Hartnäckigkeit ihres beschränkten Untertanenverstandes[10] bekundeten. Dann kamen Einläufe, Petitionen, Proteste usw., und endlich fand der Nationalspülicht in zahllosen Reden ein vom Hundertsten ins Tausendste gehendes Debouché. Doch darf nicht verschwiegen werden, daß vier Komitees ernannt wurden.

Endlich verlangte Herr Schlöffel das Wort. Drei deutsche Staatsbürger, die Herren Esselen, Pelz und Löwenstein hatten den Befehl erhalten, Frankfurt noch an demselben Tage vor 4 Uhr nachmittags zu verlassen. Die hoch- und wohlweise Polizei behauptete, genannte Herren hätten durch Reden im Arbeiterverein den Unwillen der Bürgerschaft auf sich geladen und müßten deshalb fort! Und das erlaubt sich die Polizei, nachdem das deutsche Staatsbürgerrecht vom Vorparlament[11] proklamiert, nachdem es selbst im Verfassungsentwurf der siebzehn „Vertrauensmänner“[12] (hommes de confiance de la diète) anerkannt ist! Die Sache ist dringend. Herr Schlöffel verlangt das Wort darüber; es wird ihm verweigert; er verlangt über die Dringlichkeit des Gegenstandes zu sprechen, was ihm reglementsmäßig zustand, und diesmal hieß es fiat politia, pereat reglementum![1] Natürlich, denn es war Zeit, nach Hause zu gehen und zu essen.

Am 25. neigten sich die gedankenschweren Häupter der Abgeordneten wieder unter den massenweise eingegangenen Anträgen wie reife Kornähren unter dem Platzregen. Nochmals versuchten dann zwei Deputierte, die Ausweisungsangelegenheit zur Sprache zu bringen, aber auch ihnen wurde das Wort verweigert, selbst über die Dringlichkeit der Sache. Einige Einläufe, namentlich einer der Polen, waren viel interessanter als sämtliche Anträge der Deputierten. Nun aber kam endlich die nach Mainz gesandte Kommission zu Worte. Sie erklärte, sie könne erst morgen berichten; übrigens sei sie, wie natürlich, zu spät gekommen; 8000 preußische Bajonette hätten durch Entwaffnung von 1200 Bürgergardisten die Ruhe hergestellt, und einstweilen könne man nur zur Tagesordnung übergehen. Dies tat man, um sofort die Tagesordnung, nämlich den Raveauxschen Antrag vorzunehmen. Da dieser in Frankfurt noch immer nicht erledigt, in Berlin aber längst durch ein

[1] es walte die polizeiliche Staatsgewalt, und sollte das Reglement zugrunde gehen!

Auerswaldsches Reskript zwecklos geworden war, so beschloß die Nationalversammlung, die Sache bis morgen zu vertagen und essen zu gehen.

Am 26. wurden wieder Myriaden von Anträgen angemeldet, und hierauf stattete die Mainzer Kommission ihren definitiven und sehr unentschiedenen Bericht ab. Herr Hergenhahn, Ex-Volksmann und pro tempore[1] Minister, war Berichterstatter. Er schlug einen äußerst gemäßigten Beschluß vor, aber nach einer langen Diskussion fand die Versammlung selbst diesen zahmen Vorschlag zu stark; sie beschloß, die Mainzer der Gnade der von einem Hüser kommandierten Preußen zu überlassen und ging, „in Erwartung, daß die Regierungen tun werden, was ihres Amtes ist", zur Tagesordnung über! Diese Tagesordnung bestand wieder darin, daß die Herren zum Essen gingen.

Am 27. Mai endlich kam, nach langen Präliminarien von wegen des Protokolls, der Raveauxsche Antrag zur Beratung. Man sprach hin und her bis halb drei und ging dann essen; aber diesmal hielt man eine Abendsitzung und brachte endlich die Sache zum Schluß. Da wegen allzu großer Langsamkeit der Nationalversammlung Herr Auerswald den Raveauxschen Antrag schon erledigt hatte, so schloß sich Herr Raveaux einem Amendement des Herrn Werner an, das die Frage wegen der Volkssouveränetät weder bejahte noch verneinte.

Unsere Nachrichten über die Nationalversammlung gehen nicht weiter, aber wir haben allen Grund zu glauben, daß sie nach diesem Beschluß die Sitzung aufhob, um zum Essen zu gehen. Daß sie noch so früh zum Essen kamen, verdanken sie bloß dem Worte Robert Blums:

„Meine Herren, wenn Sie heute die Tagesordnung beschließen, so möchte die ganze Tagesordnung dieser Versammlung auf eigentümliche Weise abgekürzt werden!"

Geschrieben von Friedrich Engels.

[1] zur Zeit

Hüser

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 1 vom 1. Juni 1848]

** *Köln*, den 31. Mai. Der Herr Hüser in Mainz hat mit Hülfe alter Festungsreglements und verrotteter Bundesgesetze eine neue Methode erfunden, um Preußen und andre Deutsche zu noch größeren Sklaven zu machen, als sie es vor dem 22. Mai 1815[13] waren. Wir raten dem Herrn Hüser, auf seine neue Erfindung ein Patent zu nehmen, es würde jedenfalls sehr einträglich werden. Nach dieser Methode nämlich schickt man zwei oder mehrere betrunkene Soldaten aus, die natürlich von selbst mit Bürgern Streit anfangen. Die öffentliche Gewalt schreitet ein, verhaftet die Soldaten; das reicht hin, damit die Kommandantur einer jeden Festung die Stadt in Belagerungszustand erklären kann, damit alle Waffen konfisziert und die Einwohner der Gnade der brutalen Soldateska preisgegeben werden. Dieser Plan ist namentlich in Deutschland um so lukrativer, da es hier mehr Festungen gegen das Inland als gegen das Ausland gibt; er muß ganz besonders lukrativ werden, weil irgendein vom Volk bezahlter Platzkommandant, ein Hüser, ein Roth von Schreckenstein und ähnliche feudale Namen, mehr wagen darf als selbst der König oder Kaiser, weil er die Preßfreiheit unterdrücken, weil er z.B. den Mainzern, die keine Preußen sind, verbieten kann, ihre Antipathien gegen den König von Preußen und das preußische Staatssystem auszusprechen.

Das Projekt des Herrn Hüser ist nur ein Teil des großen Plans der Berliner Reaktion, die danach strebt, so rasch wie möglich alle Bürgergarden, namentlich am Rhein, zu entwaffnen, allmählich die ganze, erst im Entstehen begriffene Volksbewaffnung zu vernichten und uns wehrlos der meist aus Fremden bestehenden und gegen uns leicht aufzubringenden oder schon aufgebrachten Armee in die Hände zu liefern.

Das ist geschehen in Aachen, in Trier, in Mannheim, in Mainz, und das kann auch anderswo kommen.

[Die neueste Heldentat des Hauses Bourbon]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 1 vom 1. Juni 1848]

* Das Haus Bourbon ist noch nicht am Ziele seiner glorreichen Laufbahn angelangt. Allerdings ist seine weiße Fahne in der letzten Zeit ziemlich beschmutzt worden, allerdings ließen die welkenden Lilien[1] ihre Häupter kläglich genug hängen. Karl Ludwig von Bourbon verschacherte ein Herzogtum und mußte das zweite schimpflich verlassen; Ferdinand von Bourbon verlor Sizilien und mußte in Neapel der Revolution eine Verfassung bewilligen; Ludwig Philipp, obwohl nur ein Kryptobourbon, ging dennoch den Weg alles französisch-bourbonischen Fleisches über den Kanal nach England. Aber der neapolitanische Bourbon hat die Ehre seiner Familie glänzend gerächt.

Die Kammern werden nach Neapel berufen. Der Eröffnungstag soll zum entscheidenden Kampf gegen die Revolution benutzt werden, Campobasso, einer der Hauptpolizeichefs des berüchtigten Del Carretto, wird in der Stille von Malta zurückberufen; die Sbirren, ihre alten Anführer an der Spitze, durchstreifen zum erstenmal seit langer Zeit die Toledostraße wieder, bewaffnet und in hellen Haufen; sie entwaffnen die Bürger, reißen ihnen die Röcke ab, zwingen sie, die Schnurrbärte abzuschneiden. Der 14. Mai, Eröffnungstag der Kammern, kömmt heran. Der König verlangt, die Kammern sollen sich eidlich verpflichten, an der von ihm gegebenen Konstitution nichts zu ändern. Sie weigern sich. Die Nationalgarde erklärt sich für die Deputierten. Man unterhandelt, der König gibt nach, die Minister treten ab. Die Deputierten fordern, der König solle die gemachte Konzession durch eine Ordonnanz proklamieren. Der König verspricht diese Ordonnanz für den nächsten Tag. In der Nacht rücken aber sämtliche in der Umgegend stationierten Truppen nach Neapel hinein. Die Nationalgarde merkt, daß sie ver-

[1] Wappenzeichen des Königshauses der Bourbonen

raten ist; sie wirft Barrikaden auf, und 5000 bis 6000 Mann stellen sich dahinter. Aber ihnen gegenüber stehen 20000 Mann Soldaten, teils Neapolitaner, teils Schweizer, mit 18 Kanonen, zwischen beiden, einstweilen teilnahmslos, stehen die 20000 Lazzaroni Neapels.

Am 15. morgens noch erklären die Schweizer, sie würden das Volk nicht angreifen. Aber einer der Polizeiagenten, der sich unter das Volk gemischt, schießt auf die Soldaten in der Strada de Toledo; sofort zieht das Fort Sankt-Elmo die rote Fahne auf – und die Soldaten stürzen bei diesem Signal auf die Barrikaden los. Eine schauderhafte Metzelei beginnt; die Nationalgarden verteidigen sich heldenmütig gegen die vierfache Übermacht, gegen die Kanonenschüsse der Soldaten; von morgens 10 bis Mitternacht wird gekämpft; trotz der Übermacht der Soldateska hätte das Volk gesiegt, wenn nicht das elende Benehmen des französischen Admirals Baudin die Lazzaroni bestimmt hätte, sich der königlichen Partei anzuschließen.

Admiral Baudin lag mit einer ziemlich starken französischen Flotte vor Neapel. Die einfache aber rechtzeitige Drohung, Schloß und Forts zu beschießen, hätte Ferdinand gezwungen nachzugeben. Aber Baudin, ein alter Diener Ludwig Philipps, gewohnt an die bisherige, nur geduldete Existenz der französischen Flotte in den Zeiten der entente cordiale[14], Baudin hielt sich ruhig und entschied dadurch die schon dem Volk sich zuneigenden Lazzaroni zum Anschluß an die Truppen.

Durch diesen Schritt des neapolitanischen Lumpenproletariats war die Niederlage der Revolution entschieden. Schweizergarde, neapolitanische Linie, Lazzaroni stürzten vereint über die Barrikadenkämpfer her. Die Paläste der mit Kartätschen reingefegten Toledostraße krachten unter den Kanonenkugeln der Soldaten zusammen; die wütende Bande der Sieger stürzte sich in die Häuser, erstach die Männer, spießte die Kinder, notzüchtigte die Weiber, um sie alsdann zu ermorden, plünderte alles aus und überlieferte die verwüsteten Wohnungen den Flammen. Die Lazzaroni zeigten sich am habgierigsten, die Schweizer am brutalsten. Nicht zu beschreiben sind die Niederträchtigkeiten, die Barbareien, die den Sieg der vierfach stärkeren und wohlbewaffneten bourbonischen Söldlinge und der von jeher sanfedistischen[15] Lazzaroni über die fast vernichtete Nationalgarde Neapels begleiteten.

Endlich ward es selbst dem Admiral Baudin zu arg. Flüchtlinge über Flüchtlinge kamen auf seine Schiffe und erzählten, wie es in der Stadt herging. Das französische Blut seiner Matrosen geriet ins Kochen. Da endlich, als der Sieg des Königs entschieden war, dachte er an Beschießung. Das Blutvergießen wurde allmählich eingestellt; man mordete nicht mehr in den Straßen, man beschränkte sich auf Raub und Notzucht; aber die Gefangenen

wurden in die Forts abgeführt und dort ohne weiteres erschossen. Um Mitternacht war alles beendigt, die absolute Herrschaft Ferdinands faktisch wiederhergestellt, die Ehre des Hauses Bourbon im italienischen Blut rein gewaschen.

Das ist die neueste Heldentat des Hauses Bourbon. Und wie immer sind es die Schweizer, die die Sache der Bourbonen gegen das Volk ausfechten. Am 10. August 1792, am 29. Juli 1830, in den neapolitanischen Kämpfen von 1820[16], überall finden wir die Enkel Tells und Winkelrieds als Landsknechte im Solde des Geschlechts, dessen Name in ganz Europa seit Jahren gleichbedeutend worden ist mit dem der absoluten Monarchie. Jetzt hat das freilich bald ein Ende. Die zivilisierteren Kantone haben nach langem Herumzanken das Verbot der Militärkapitulationen[17] durchgesetzt; die stämmigen Söhne der freien Urschweiz werden darauf verzichten müssen, neapolitanische Frauen mit Füßen zu treten, von dem Raube empörter Städte zu schwelgen und im Fall der Niederlage durch Thorwaldsensche Löwen[18] verewigt zu werden, wie die Gefallenen des 10. August.

Das Haus Bourbon aber mag einstweilen wieder aufatmen. Die seit dem 24. Februar[19] wieder eingetretene Reaktion hat nirgend einen so entschiedenen Sieg davongetragen als in Neapel; und gerade von Neapel und Sizilien ging die erste der diesjährigen Revolutionen aus. Die revolutionäre Sturmflut aber, die über das alte Europa hereingebrochen ist, läßt sich nicht durch absolutistische Verschwörungen und Staatsstreiche abdämmen. Mit der Kontrerevolution vom 15. Mai hat Ferdinand von Bourbon den Grundstein zur italienischen Republik gelegt. Schon steht Kalabrien in Flammen, in Palermo ist eine provisorische Regierung eingesetzt; die Abruzzen werden ebenfalls losbrechen, die Bewohner der sämtlichen ausgesogenen Provinzen werden auf Neapel ziehen und vereint mit dem Volk der Stadt Rache nehmen an dem königlichen Verräter und seinen rohen Landsknechten. Und wenn Ferdinand fällt, so hat er wenigstens die Genugtuung, als echter Bourbon gelebt zu haben und gefallen zu sein.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die demokratische Partei[20]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 2 vom 2. Juni 1848]

** *Köln*, 1. Juni. Es ist eine gewöhnliche Anforderung an jedes neue Organ der öffentlichen Meinung: Begeisterung für die Partei, deren Grundsätze es bekennt, unbedingte Zuversicht zu ihrer Kraft, stete Bereitschaft, sei es mit der faktischen Macht das Prinzip zu decken, sei es mit dem Glanz des Prinzips die faktische Schwäche zu beschönigen. Diesem Verlangen werden wir nicht entsprechen. Wir werden erlittene Niederlagen nicht mit täuschenden Illusionen zu vergolden suchen.

Die demokratische Partei hat Niederlagen erlitten; die Grundsätze, die sie im Augenblicke ihres Triumphes proklamiert hat, sind in Frage gestellt, das Terrain, das sie wirklich gewonnen, wird ihr Fuß für Fuß streitig gemacht; schon hat sie viel verloren, und bald wird sich die Frage bieten, was ihr noch übriggeblieben sei.

Es kommt uns darauf an, daß die demokratische Partei sich ihrer Stellung bewußt werde. Man wird fragen, warum wir uns an eine Partei wenden, warum wir nicht lieber das Ziel der demokratischen Bestrebungen ins Auge fassen, die Volkswohlfahrt, das Heil aller ohne Unterschied?

Es ist dies das Recht und die Gewohnheit des Kampfes, und nur aus dem *Kampfe* der Parteien, nicht aus scheinklugen Kompromissen, aus einem erheuchelten Zusammengehen bei widerstreitenden Ansichten, Interessen und Zwecken kann das Heil der neuen Zeit erwachsen.

Wir verlangen von der demokratischen Partei, daß sie sich ihrer Stellung bewußt werde. Diese Forderung entspringt aus den Erfahrungen der letzten Monate. Die demokratische Partei hat sich viel zu sehr dem Taumel des ersten Siegesrausches hingegeben. Trunken vor Freude, daß sie endlich einmal ihr Prinzip laut und unverhohlen aussprechen durfte, bildete sie sich ein,

daß es nur seiner Verkündigung bedürfe, um auch sofort der Verwirklichung sicher zu sein. Über diese Verkündigung ist sie nach ihrem ersten Siege und den Konzessionen, die unmittelbar daran geknüpft waren, nicht herausgekommen. Aber während sie mit ihren Ideen freigebig war und jeden als Bruder umarmte, der nur nicht gleich Widerspruch zu erheben wagte, handelten die andern, denen die Macht gelassen oder gegeben war. Und ihre Tätigkeit ist nicht verächtlich gewesen. Mit ihrem Prinzipe zurückhaltend, das sie nur soweit hervortreten ließen, als es gegen den alten, durch die Revolution umgeworfenen Zustand gerichtet war, die Bewegung vorsichtig beschränkend, wo das Interesse des neu zu bildenden Rechtszustandes, die Herstellung der äußern Ordnung als Vorwand dienen konnte, den Freunden der alten Ordnung scheinbare Zugeständnisse machend, um ihrer zur Durchführung ihrer Pläne desto sicherer zu sein, dann allmählich ihr eignes politisches System in den Grundzügen aufführend, ist es ihnen gelungen, zwischen der demokratischen Partei und den Absolutisten eine Mittelstellung zu gewinnen, nach der einen Seite fortschreitend, nach der andern zurückdrängend, zugleich progressiv – gegen den Absolutismus, reaktionär – gegen die Demokratie.

Das ist die Partei des besonnenen, gemäßigten Bürgertums, von der sich die Volkspartei in ihrer ersten Trunkenheit hat überlisten lassen, bis ihr endlich, als man sie schnöde zurückstieß, als man sie als Wühler denunzierte und ihr alle möglichen verwerflichen Tendenzen unterschob, die Augen aufgegangen sind, bis sie gewahrt hat, daß sie im Grunde nichts erreicht hat, als was die Herren von der Bürgerschaft mit ihrem wohlverstandenen Interesse für vereinbar halten. Mit sich selbst in Widerspruch gesetzt durch ein undemokratisches Wahlgesetz, geschlagen in den Wahlen, sieht sie jetzt eine doppelte Vertretung sich gegenüber, wovon nur das schwer zu sagen ist, welche von beiden sich entschiedener ihren Forderungen entgegenstemmt. Damit ist dann freilich ihre Begeisterung verraucht und die nüchterne Erkenntnis an die Stelle getreten, daß eine mächtige Reaktion zur Herrschaft gelangt ist, und zwar merkwürdigerweise, noch ehe es überhaupt zu einer Aktion im Sinne der Revolution gekommen ist.

So unzweifelhaft dies alles ist, so gefährlich wäre es, wenn sich jetzt die demokratische Partei unter dem bittern Gefühle der ersten teilweise selbst verschuldeten Niederlage bestimmen ließe, zu jenem unseligen, dem deutschen Charakter leider so befreundeten Idealismus zurückzukehren, vermöge dessen ein Prinzip, das nicht sogleich ins Leben geführt werden kann, der fernen Zukunft anempfohlen, für die Gegenwart aber der harmlosen Bearbeitung der „Denker“ überlassen wird.

Wir müssen direkt warnen vor jenen gleisnerischen Freunden, die sich mit dem Prinzip zwar einverstanden erklären, aber die Ausführbarkeit bezweifeln, weil die Welt noch nicht reif dafür sei, die keineswegs gemeint sind, sie reif zu machen, vielmehr es vorziehen, in diesem schlechten Erdendasein selber dem allgemeinen Geschicke der Schlechtigkeit anheimzufallen. Wenn das die Kryptorepublikaner sind, die der Hofrat Gervinus so sehr fürchtet, so stimmen wir ihm von Herzen bei: Die Leute sind gefährlich.[21]

Camphausens Erklärung in der Sitzung vom 30. Mai

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 3 vom 3. Juni 1848]

** *Köln*, 2. Juni. Post et non propter[1], d. h. Herr *Camphausen* ist nicht *durch* die Märzrevolution, sondern *nach* der Märzrevolution Ministerpräsident geworden. Diese nachträgliche Bedeutung seines Ministeriums hat Herr Camphausen in feierlicher, hochbeteuernder Manier, mit jener sozusagen ernsten Körperlichkeit, welche die Mängel der Seele versteckt[22], am 30. Mai 1848 der in Berlin zwischen ihm und den indirekten Wahlmännern vereinbarten Versammlung[23] offenbart.

„Das am 29. März gebildete Staatsministerium“, sagt der *denkende Geschichtsfreund*[24], „ist bald *nach* einer Begebenheit zusammengetreten, deren Bedeutung es nicht verkannt hat und nicht verkennt.“[25]

Die Behauptung des Herrn Camphausen, daß er *vor* dem 29. März *kein* Staatsministerium bildete, wird in den letzten Monatsgängen der „Preußischen Staats-Zeitung“[26] ihren Beleg finden. Und daß ein Datum hohe „Bedeutung“ besitzt, namentlich für Herrn Camphausen, welches wenigstens den chronologischen Ausgangspunkt seiner Himmelfahrt bildet, darf zuverlässig angenommen werden. Welche Beruhigung für die verstorbenen Barrikadenkämpfer, daß ihre kalten Leichname als Wegweiser, als Zeigefinger auf das Staatsministerium vom 29. März figurieren. Quelle gloire![2]

Mit einem Worte: Nach der Märzrevolution bildete sich ein Ministerium Camphausen. Dasselbe Ministerium Camphausen erkennt die *„hohe Bedeutung“* der Märzrevolution an; wenigstens *verkennt* es sie nicht. Die Revolution selbst ist Bagatelle, aber ihre *Bedeutung!* Sie *bedeutet* eben das Ministerium Camphausen, wenigstens post festum[3].

---

[1] Nach und nicht durch – [2] Welche Ehre! – [3] hinterher

„Diese Begebenheit“ – die Bildung des Ministeriums Camphausen oder die Märzrevolution? – „gehört zu den wesentlichsten mitwirkenden Ursachen der Umgestaltung unserer *inneren* Staatsverfassung.“

Die Märzrevolution, soll das heißen, ist eine „wesentlich mitwirkende Ursache“ der Bildung des Staatsministeriums vom 29. März, d.h. des Staatsministeriums Camphausen. Oder sollte das bloß sagen: Die preußische Märzrevolution hat Preußen revolutioniert! Eine solche feierliche Tautologie dürfte von einem „*denkenden Geschichtsfreund*“ allenfalls präsumiert werden.

„Wir stehen am Eingange derselben“ (nämlich der Umgestaltung unserer inneren Staatsverhältnisse), „und der Weg *vor* uns ist weit, dies erkennt die Regierung an.“

Mit einem Worte, das Ministerium Camphausen erkennt an, daß es noch einen weiten Weg *vor* sich habe, d.h. es verspricht sich eine *lange* Dauer. Kurz ist die Kunst, d.h. die Revolution, und lang das Leben[27], d.h. das nachträgliche Ministerium. Es wird zum Überfluß von sich selbst anerkannt. Oder interpretiert man anders die Camphausenschen Worte? Man wird dem *denkenden Geschichtsfreunde* sicher nicht die triviale Erklärung zumuten, daß Völker, die am Eingang einer neuen Geschichtsepoche stehen, am Eingang stehn und daß der Weg, den jede Epoche *vor* sich hat, grade so lang ist, wie die *Zukunft*.

Soweit der *erste* Teil der mühsamen, ernsten, förmlichen, gediegenen und gewiegten Rede des Ministerpräsidenten Camphausen. Sie resumiert sich in drei Worten: *Nach* der Märzrevolution das Ministerium Camphausen. Hohe Bedeutung des Ministeriums Camphausen. Weiter Weg *vor* dem Ministerium Camphausen!

Nun der *zweite* Teil.

„Keineswegs aber haben wir die Lage so aufgefaßt“, doziert Herr Camphausen, „als sei durch diese Begebenheit“ (die Märzrevolution) „eine vollständige Umwälzung eingetreten, als sei die ganze Verfassung unseres Staates umgeworfen worden, als habe alles Vorhandene aufgehört, rechtlich zu bestehen, als müßten alle Zustände rechtlich neu begründet werden. Im Gegenteil. Im Augenblicke seines Zusammentretens hat das Ministerium sich darüber geeinigt, dies als eine Frage seiner Existenz anzusehn, daß der damals zusammenberufene Vereinigte Landtag wirklich und ungeachtet der dagegen eingegangenen Petitionen zusammentrete, daß aus der bestehenden Verfassung heraus mit den gesetzlichen Mitteln, die sie darbot, in die neue Verfassung übergegangen werde, ohne das Band abzuschneiden, welches das Alte an das Neue knüpft. Dieser unbestreitbar richtige Weg ist innegehalten, dem Vereinigten Landtage ist das Wahlgesetz vorgelegt und mit dessen Beirat erlassen worden. Später versuchte man, die Regierung zu vermögen, das Gesetz aus eigener Machtvollkommen-

heit zu verändern, namentlich das indirekte Wahlsystem in das direkte zu verwandeln. Die Regierung hat dem nicht nachgegeben. Die Regierung hat keine Diktatur ausgeübt; sie hat sie nicht ausüben können, sie hat sie nicht ausüben *wollen*. Wie das Wahlgesetz rechtlich besteht, so ist es auch tatsächlich zur Ausführung gekommen. Auf Grund dieses Wahlgesetzes sind die Wahlmänner, sind die Abgeordneten gewählt. Auf Grund dieses Wahlgesetzes sind Sie hier, mit der Vollmacht, mit der Krone eine für die Zukunft hoffentlich dauernde Verfassung zu vereinbaren."

Ein Königreich für eine Doktrin![28] Eine *Doktrin* für ein Königreich!

Erst kommt die „Begebenheit", verschämter Titel der *Revolution*. Hinterher kommt die Doktrin und prellt die „Begebenheit".

Die ungesetzliche „Begebenheit" macht Herrn Camphausen zum *verantwortlichen* Ministerpräsidenten, zu einem Wesen, das gar keinen Platz, keinen Sinn in dem Alten, in der bestehenden Verfassung hatte. Durch einen Salto mortale setzen wir über das Alte hinweg und finden glücklich einen verantwortlichen Minister, aber der verantwortliche Minister findet noch glücklicher eine Doktrin. Mit dem ersten Lebenshauche eines *verantwortlichen Ministerpräsidenten* war die absolute Monarchie gestorben, verdorben. Unter den Gefallenen derselben befand sich in erster Linie der selige „*Vereinigte Landtag*", dieses widerliche Gemisch von gotischem Wahn und moderner Lüge[29]. Der „Vereinigte Landtag" war der „liebe Getreue", das „Grauchen" der absoluten Monarchie. Wie die deutsche Republik nur über der Leiche des Herrn Venedey ihren Einzug feiern kann, so das verantwortliche Ministerium nur über der Leiche des „lieben Getreuen". Der verantwortliche Minister nun sucht sich die verschollene Leiche heraus oder beschwört das *Gespenst* des lieben getreuen „Vereinigten" herauf, das wirklich erscheint, aber unglücklich baumelnd in der Luft schwebt und die absonderlichsten Kapriolen schneidet, da es keinen *Boden* mehr unter seinen Füßen findet, denn der alte *Rechts- und Vertrauensboden* war von der „Begebenheit" des Erdbebens verschlungen worden. Der Zaubermeister eröffnet dem Gespenst, daß er es berufen, um seinen Nachlaß liquidieren und als loyaler Erbe desselben sich gebaren zu können. Nicht hoch genug könne es diese höfliche Lebensart würdigen, denn im gewöhnlichen Leben lasse man Verstorbene keine Testamente nachträglich ausstellen. Das höchst geschmeichelte Gespenst winkt pagodenmäßig allem zu, was der Zaubermeister befiehlt, macht seine Reverenz beim Exit und verschwindet. Das Gesetz der indirekten Wahl[30] ist sein nachträgliches Testament.

Das doktrinäre Kunststück, wodurch Herr Camphausen „aus der bestehenden Verfassung heraus mit den gesetzlichen Mitteln, die sie darbot, in die neue Verfassung übergegangen ist", verläuft sich also wie folgt:

Eine ungesetzliche Begebenheit macht Herrn Camphausen zu einer im Sinne der „bestehenden Verfassung" des „Alten" *ungesetzlichen* Person, zum verantwortlichen Ministerpräsidenten, zum *konstitutionellen Minister*. Der konstitutionelle Minister macht auf ungesetzliche Weise den *antikonstitutionellen, ständischen,* lieben getreuen *„Vereinigten"* zur *konstituierenden* Versammlung. Der liebe getreue „Vereinigte" macht auf ungesetzliche Weise das Gesetz der indirekten Wahl. Das Gesetz der indirekten Wahl macht die Berliner Kammer, und die Berliner Kammer macht die Konstitution, und die Konstitution macht alle folgenden Kammern in alle Ewigkeit.

So wird aus der Gans ein Ei und aus dem Ei eine Gans. An dem kapitolrettenden Geschnatter[31] erkennt das Volk aber bald, daß die goldenen Ledaeier, die es in der Revolution gelegt, entwendet worden sind. Selbst der Abgeordnete *Milde* scheint nicht der Ledasohn zu sein, der fernhinleuchtende Kastor[32].

Geschrieben von Karl Marx.

Lebens- und Sterbensfragen

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 4 vom 4. Juni 1848]

** *Köln*, 3. Juni. Die Zeiten ändern sich, wir ändern uns mit ihnen. Das ist ein Sprüchlein, davon unsre Herren Minister *Camphausen* und *Hansemann* auch zu erzählen wissen. Damals, als sie noch als bescheidene Abgeordnete auf den Schulbänken eines Landtags saßen, was mußten sie sich da von Regierungskommissären und Marschällen gefallen lassen![33] Wie wurden sie auf Sekunda, auf dem rheinischen Provinziallandtage kurzgehalten von Sr. Durchlaucht dem Ordinarius Solms-Lich! Und selbst als sie nach Prima, in den Vereinigten Landtag[34] versetzt wurden, waren ihnen zwar einige Exerzitien in der Eloquenz gestattet, aber wie führte ihr Schulmeister, Herr Adolf v. Rochow, noch immer den ihm Allerhöchst überreichten Stock! Wie demütig mußten sie die Impertinenzen eines Bodelschwingh hinnehmen, wie andächtig das stotternde Deutsch eines Boyen bewundern, welch ein beschränkter Untertanenverstand[10] war ihnen zur Pflicht gemacht gegenüber der groben Unwissenheit eines Duesberg!

Jetzt ist das anders geworden. Der 18. März machte der ganzen politischen Schulmeisterei ein Ende, und die Landtagsschüler erklärten sich reif. Herr Camphausen und Herr Hansemann wurden Minister und fühlten entzückt ihre ganze Größe als „notwendige Männer".

Wie „notwendig" sie zu sein glauben, wie übermütig sie durch ihre Befreiung aus der Schule geworden sind, hat jeder fühlen müssen, der mit ihnen in Berührung kam.

Sie fingen sofort damit an, die alte Schulstube, den Vereinigten Landtag, provisorisch wieder einzurichten. Hier sollte der große Akt des Übergangs aus dem bürokratischen Gymnasium in die konstitutionelle Universität, die feierliche Ausstellung des Abiturientenzeugnisses für das preußische Volk in aller vorgeschriebenen Form abgemacht werden.

Das Volk erklärte in zahlreichen Denkschriften und Petitionen, es wolle vom Vereinigten Landtage nichts wissen.

Herr Camphausen erwiderte (siehe z.B. die Sitzung der Konstituante vom 30. Mai[1]), die Berufung des Landtags sei eine *Lebensfrage* für das Ministerium, und da war freilich alles aus.

Der Landtag kam zusammen[35], eine an der Welt, an Gott, an sich selbst verzweifelnde, niedergeschlagene, zerknirschte Versammlung. Ihm war bedeutet worden, er solle bloß das neue Wahlgesetz akzeptieren, aber Herr Camphausen verlangt von ihm nicht nur ein papiernes Gesetz und indirekte Wahlen, sondern fünfundzwanzig klingende Millionen. Die Kurien geraten in Verwirrung, werden irre an ihrer Kompetenz, stammeln unzusammenhängende Einwände; aber da hilft nichts, es ist im Rate des Herrn Camphausen beschlossen, und wenn die Gelder nicht bewilligt werden, wenn „das Vertrauensvotum" verweigert wird, so geht Herr Camphausen nach Köln und überläßt die preußische Monarchie ihrem Schicksale. Den Herrn vom Landtage tritt bei dem Gedanken der kalte Schweiß vor die Stirne, aller Widerstand wird aufgegeben, und das Vertrauensvotum wird mit süßsäuerlichem Lächeln votiert. Man sieht es diesen fünfundzwanzig im Luftreich des Traums[36] Kurs habenden Millionen an, wo und wie sie votiert worden sind.

Die indirekten Wahlen werden proklamiert. Ein Sturm von Adressen, Petitionen, Deputationen erhebt sich dagegen. Die Herren Minister antworten: Das Ministerium steht und fällt mit den indirekten Wahlen. Damit ist wieder alles still, und beide Teile können sich schlafen legen.

Die Vereinbarungsversammlung kommt zusammen. Herr Camphausen hat sich vorgenommen, sich eine Antwortadresse auf seine Thronrede machen zu lassen. Der Deputierte Duncker muß den Vorschlag machen.[25] Die Diskussion entspinnt sich. Es wird ziemlich lebhaft gegen die Adresse gesprochen. Herr Hansemann langweilt sich über das ewige konfuse Hin- und Herreden der unbeholfenen Versammlung, das seinem parlamentarischen Takt unerträglich wird, und erklärt kurzweg: Man könne sich das alles sparen; entweder mache man eine Adresse und dann sei alles gut, oder man mache keine und dann trete das Ministerium ab. Die Diskussion dauert dennoch fort, und Herr Camphausen tritt endlich selbst auf die Tribüne, um zu bestätigen, daß die Adreßfrage eine Lebensfrage für das Ministerium sei. Endlich, da dies noch nicht hilft, tritt Herr Auerswald ebenfalls auf und beteuert zum drittenmal, daß das Ministerium mit der Adresse stehe und falle. Jetzt

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 25–28

war die Versammlung hinlänglich überzeugt und stimmte natürlich für die Adresse.

So sind unsre „verantwortlichen" Minister in zwei Monaten schon zu jener Erfahrung und Sicherheit in der Leitung einer Versammlung gekommen, welche der Herr Duchâtel, der doch gewiß nicht zu verachten war, sich erst nach mehreren Jahren intimen Verkehrs mit der vorletzten französischen Deputiertenkammer erwarb. Auch Herr Duchâtel pflegte in der letzten Zeit, wenn die Linke ihn durch ihre breiten Tiraden langweilte, zu erklären: Die Kammer ist frei, sie kann für oder gegen stimmen; stimmt sie aber gegen, so treten wir ab – und die zaghafte Majorität, für die Herr Duchâtel der „notwendigste" Mann von der Welt war, scharte sich wie eine Hammelherde beim Gewitter um ihren bedrohten Anführer. Herr Duchâtel war ein leichtsinniger Franzose und trieb das Spiel so lange, bis es seinen Landsleuten zu arg wurde. Herr Camphausen ist ein gesinnungstüchtiger und ruhiger Deutscher und wird wissen, wie weit er gehen kann.

Freilich, wenn man seiner Leute so sicher ist wie Herr Camphausen seiner „Vereinbarer", so spart man auf diese Weise Zeit und Gründe. Man schneidet der Opposition das Wort so ziemlich rund ab, wenn man jeden Punkt zu einer Kabinettsfrage macht. Deshalb paßt diese Methode auch am meisten für entschiedene Männer, die ein für allemal wissen, was sie wollen, und denen alles weitere nutzlose Geschwätz unerträglich wird – für Männer wie Duchâtel und Hansemann. Für Männer der Diskussion aber, die es lieben, „in einer großen Debatte ihre Ansichten auszusprechen und auszutauschen, sowohl über die Vergangenheit und über die Gegenwart als auch über die Zukunft" (Camphausen, Sitzung vom 31. Mai), für Männer, welche auf dem Boden des Prinzips stehen und die Tagesereignisse mit dem Scharfblick des Philosophen durchschauen, für höhere Geister wie Guizot und Camphausen kann dies irdische Mittelchen, wie unser Konseilpräsident in seiner Praxis finden wird, gar nicht passen. Er überlasse es seinem Duchâtel Hansemann und halte sich in der höhern Sphäre, in der wir ihn so gerne beobachten.

Das Ministerium Camphausen[37]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 4 vom 4. Juni 1848]

** *Köln*, 3. Juni. Es ist bekannt, daß der französischen Nationalversammlung von 1789 eine Versammlung der Notabeln vorherging, eine Versammlung, welche *ständisch* zusammengesetzt war wie der preußische Vereinigte Landtag. In dem Dekrete, worin der Minister Necker die Nationalversammlung zusammenberief, bezog er sich auf das von den Notabeln ausgesprochene Verlangen nach Zusammenberufung der Generalstände. Der Minister Necker hatte so einen bedeutenden Vorsprung vor dem Minister Camphausen. Er brauchte nicht die Erstürmung der Bastille und den Sturz der absoluten Monarchie abzuwarten, um nachträglich auf doktrinäre Weise das Alte an das Neue zu knüpfen, um so mühsam den *Schein* zu wahren, als sei Frankreich durch die gesetzlichen Mittel der alten Konstitution zur neuen konstituierenden Versammlung gelangt. Er hatte noch andere Vorzüge. Er war Minister von Frankreich und nicht Minister von Lothringen und vom Elsaß, während Herr Camphausen nicht Minister von Deutschland, sondern Minister von Preußen ist. Und mit allen diesen Vorzügen ist es dem Minister Necker nicht gelungen, aus einer revolutionären Bewegung eine stille Reform zu machen. Nicht mit Rosenöl war die große Krankheit zu heilen.[38] Noch weniger wird Herr Camphausen den Charakter der Bewegung verändern durch eine künstliche Theorie, die eine grade Linie zieht zwischen seinem Ministerium und den alten Zuständen der preußischen Monarchie. Die Märzrevolution, die deutsche revolutionäre Bewegung überhaupt lassen sich durch keinen Kunstgriff in mehr oder minder erhebliche *Zwischenvorfälle* verwandeln. Wurde Ludwig Philipp zum König der Franzosen erwählt, *weil* er Bourbon war? Wurde er erwählt, *obschon* er Bourbon war? Man erinnert sich, daß diese Frage kurz nach der Julirevolution die Parteien entzweite.[39]

Was bewies die Frage selbst? Daß die Revolution in Frage gestellt war, daß das Interesse der Revolution nicht das Interesse der zur Herrschaft gelangten Klasse und ihrer politischen Vertreter war.

Dieselbe Bedeutung hat die Erklärung des Herrn Camphausen, sein Ministerium sei nicht *durch* die Märzrevolution, sondern *nach* der Märzrevolution zur Welt gekommen.

Geschrieben von Karl Marx.

Die Kriegskomödie[40]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 5 vom 5. Juni 1848]

* *Schleswig-Holstein.* In der Tat, die Annalen der ganzen Geschichte haben keinen solchen Feldzug, kein so frappantes Wechselspiel zwischen Waffengewalt und Diplomatie aufzuweisen wie jetzt unser einheitlich-deutsch-nationaler Krieg mit dem kleinen Dänemark darbietet! Die Großtaten der alten Reichsarmee mit ihren sechshundert Anführern, Generalstäben und Kriegsräten, die gegenseitigen Schikanen der Anführer der Koalition von 1792, die Ordres und Kontreordres des seligen k. k. Hofkriegsrats, alles das ist ernsthaft, ergreifend und tragisch gegen die kriegerische Komödie, welche die neue deutsche Bundesarmee[41] dermalen unter dem schallenden Gelächter von ganz Europa in Schleswig-Holstein aufführt.

Verfolgen wir kurz die Intrige dieser Komödie.

Die Dänen rücken von Jütland vor und landen Truppen in Nordschleswig. Die Preußen und Hannoveraner besetzen Rendsburg und die Eiderlinie. Die Dänen, trotz aller deutschen Renommagen ein rasches, mutiges Volk, greifen schnell an und werfen die schleswig-holsteinsche Armee durch *eine* Schlacht auf die Preußen zurück. Diese sehen ruhig zu.

Endlich kommt von Berlin der Befehl zum Vorrücken. Die vereinigten deutschen Truppen greifen die Dänen an und erdrücken sie bei Schleswig durch die Übermacht. Der Sieg wird namentlich entschieden durch die Geschicklichkeit, mit der die pommerschen Gardisten, wie weiland bei Großbeeren und Dennewitz[42], den Kolben handhaben. Schleswig ist wieder erobert und Deutschland ist im Jubel über die Heldentat seiner Armee.

Inzwischen bringt die dänische Flotte – nicht zwanzig Schiffe von Bedeutung im ganzen zählend – die deutschen Kauffahrer auf, blockiert alle deutschen Häfen und deckt die Übergänge zu den Inseln, wohin sich die Armee zurückzieht. Jütland wird preisgegeben und teilweise von den Preußen besetzt, die eine Kontribution von 2 Millionen Spezies ausschreiben.

Ehe aber noch ein Taler von der Kontribution eingegangen, macht England Vermittlungsvorschläge auf der Basis eines Rückzuges und der Neutralität Schleswigs, schickt Rußland drohende Noten. Herr Camphausen geht richtig in die Schlinge, und auf seinen Befehl ziehen die siegestrunkenen Preußen von Veile nach der Königsau, nach Hadersleben, nach Apenrade, nach Flensburg zurück. Sogleich sind die bisher verschwundenen Dänen wieder da; sie verfolgen die Preußen Tag und Nacht, sie bringen Unordnung in ihren Rückzug, sie landen an allen Ecken, schlagen die Truppen des 10. Bundeskorps bei Sundewitt und weichen nur der Überzahl. Bei dem Gefecht vom 30. Mai entschieden wieder die Kolben, diesmal geschwungen von den rechtschaffenen Fäusten der Mecklenburger. Die deutschen Einwohner flüchten mit den Preußen, ganz Nordschleswig ist der Verwüstung und Plünderung preisgegeben, in Hadersleben und Apenrade weht wieder der Danebrog[1]. Man sieht, daß die preußischen Soldaten aller Grade in Schleswig so gut wie in Berlin Ordre parieren.

Auf einmal kommt Befehl von Berlin: die Preußen sollen wieder vorrücken. Jetzt geht's wieder lustig vorwärts nach Norden. Aber die Komödie ist noch lange nicht zu Ende. Wir wollen abwarten, wo die Preußen diesmal den Befehl zum Rückzuge erhalten werden.

Kurz, es ist ein wahrer Kontretanz, ein kriegerisches Ballett, welches das Ministerium Camphausen zu seinem eigenen Vergnügen und zum Ruhm der deutschen Nation aufführen läßt.

Vergessen wir nur nicht, daß die Beleuchtung der Schaubühne durch brennende schleswigsche Dörfer und der Chorus durch das Rachegeschrei dänischer Marodeurs und Freischärler gebildet wird.

Das Ministerium Camphausen hat bei dieser Angelegenheit seinen hohen Beruf bekundet, Deutschland nach außen zu vertreten. Das durch seine Schuld zweimal der dänischen Invasion preisgegebene Schleswig wird das erste diplomatische Experiment unsrer „verantwortlichen" Minister in dankbarem Angedenken behalten.

Vertrauen wir der Weisheit und Energie des Ministeriums Camphausen!

Geschrieben von Friedrich Engels.

[1] Dänische Staatsflagge

Die Reaktion

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 6 vom 6. Juni 1848]

* *Köln*, 5. Juni. Die Toten reiten schnell.[43] Herr Camphausen desavouiert die Revolution, und die Reaktion wagt der Vereinbarungsversammlung vorzuschlagen, sie als einen Aufruhr zu brandmarken. Ein Deputierter hat ihr am 3. Juni den Antrag gemacht, den am 18. März gefallenen Soldaten ein Denkmal zu setzen.[25]

Comité de sûreté générale

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 6 vom 6. Juni 1848]

* *Köln*, 5. Juni. Berlin besitzt jetzt ebensogut sein Comité de sûreté générale wie Paris im Jahre 1793[44]. Nur mit dem Unterschiede, daß der Pariser Ausschuß revolutionär war und der Berliner reaktionär ist. Nach einer in Berlin erschienenen Bekanntmachung nämlich haben die „mit Aufrechthaltung der Ruhe beauftragten Behörden" für nötig befunden, „sich zu einem gemeinsamen Zusammenwirken zu vereinigen". Sie haben deshalb einen Sicherheitsausschuß ernannt, der in der Oberwallstraße seinen Sitz aufgeschlagen hat. Diese neue Behörde ist folgendermaßen zusammengesetzt: 1. Präsident: der Direktor im Ministerium des Innern, Puttkamer; 2. der Kommandant und Exbefehlshaber der Bürgerwehr, Aschoff; 3. Polizeipräsident Minutoli; 4. Staatsanwalt Temme; 5. Bürgermeister Naunyn und zwei Stadträte; 6. der Vorsteher der Stadtverordneten und drei Stadtverordnete; 7. fünf Offiziere und zwei Männer der Bürgerwehr. Dieser Ausschuß wird

„von allem, was die öffentliche Ruhe verletzt oder zu verletzen droht, Kenntnis nehmen und die Tatsachen einer allseitigen und gründlichen Erwägung unterwerfen. Mit Umgehung der alten und unzulänglichen Mittel und Formen und mit Vermeidung unnötigen Schriftwechsels wird er die geeigneten Schritte verabreden und durch die verschiednen Kreise der Verwaltung eine schleunige und energische Ausführung der notwendigen Anordnungen veranlassen. Durch ein solches gemeinsames Zusammenwirken kann nur Schnelligkeit und Sicherheit, verbunden mit der erforderlichen Vorsicht, in den unter den heutigen Zeitverhältnissen oft sehr schwierigen Geschäftsgang gebracht werden. Besonders aber wird die Bürgerwehr, welche den Schutz der Stadt auf sich genommen hat, in den Stand gesetzt werden, *den unter ihrem Beirat gefaßten Beschlüssen der Obrigkeit auf Erfordern den gebührenden Nachdruck zu verschaffen*. Mit vollem Vertrauen auf die Teilnahme und Mitwirkung aller Bewohner und besonders des ehrenhaften (!) Standes der Handwerker *und* (!) Arbeiter beginnen die Deputierten,

frei von allen Parteiansichten[1] *und Bestrebungen,* ihren mühevollen Beruf und hoffen, denselben vorzugsweise auf dem friedfertigen Wege der Vermittlung zur Wohlfahrt aller zu erfüllen."

Die ölige, einschmeichelnde, demütig-bittende Sprache läßt schon ahnen, daß hier ein Zentrum für die reaktionäre Tätigkeit gebildet wird gegenüber dem revolutionären Volk von Berlin. Die Zusammensetzung dieses Ausschusses erhebt dies zur Gewißheit. Da ist erstens Herr Puttkamer, derselbe, der sich als Polizeipräsident durch seine Ausweisungen rühmlichst bekannt machte. Wie unter der bürokratischen Monarchie: keine hohe Behörde ohne wenigstens *einen* Puttkamer. Dann Herr Aschoff, der wegen seiner Korporalsgrobheit und seiner reaktionären Intrigen der Bürgerwehr so verhaßt wurde, daß sie seine Entfernung beschloß. Er hat nun auch seine Stelle niedergelegt. Dann Herr Minutoli, der 1846 das Vaterland in Posen gerettet, indem er die Verschwörung der Polen entdeckte[45], und der neulich die Schriftsetzer auszuweisen drohte, als sie wegen Lohndifferenzen feierten. Dann Repräsentanten zweier äußerst reaktionär gewordenen Körperschaften, des Magistrats und der Stadtverordneten, und endlich, unter den Offizieren der Bürgerwehr, der Hauptreaktionär Major Blesson. Wir hoffen, daß das Berliner Volk sich von diesem eigenmächtig konstituierten Reaktionsausschusse in keiner Weise bevormunden lassen wird.

Übrigens hat der Ausschuß seine reaktionäre Tätigkeit schon begonnen, indem er aufgefordert hat, von der auf gestern (Sonntag) angesagten Volksprozession nach dem Grabe der Märzgefallenen abzustehen, weil dies eine Demonstration, und Demonstrationen überhaupt vom Übel seien.

---

[1] In der Bekanntmachung: Parteirücksichten

Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 7 vom 7. Juni 1848]

** *Köln,* 6. Juni. Wir haben unsern Lesern gestern das „motivierte Manifest der radikal-demokratischen Partei in der konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main" mitgeteilt. Unter der Rubrik Frankfurt finden sie heute das Manifest der Linken[46]. Beide Manifeste scheinen sich auf den ersten Blick kaum anders zu unterscheiden als formell, indem die radikal-demokratische Partei einen unbeholfenen und die Linke einen gewandten Redakteur besitzt. Bei genauerer Ansicht heben sich indes einige wesentliche Unterscheidungspunkte hervor. Das radikale Manifest verlangt eine „*ohne Zensus* und durch *direkte Wahlen*", das der Linken eine durch die „*freie Wahl aller*" hervorgebrachte Nationalversammlung. Die *freie Wahl aller* schließt den *Zensus* aus, keineswegs aber die *indirekte* Methode. Und wozu überhaupt dieser unbestimmte, vieldeutige Ausdruck?

Wir begegnen noch einmal dieser größern Weite und Biegsamkeit der Forderungen der Linken, im Gegensatz zu den Forderungen der radikalen Partei. Die Linke verlangt „eine vollziehende Zentralgewalt, *von* der Nationalversammlung auf Zeit gewählt, und ihr verantwortlich". Sie läßt unentschieden, ob diese Zentralgewalt *aus der Mitte der Nationalversammlung* hervorgehen müsse, wie das radikale Manifest ausdrücklich bestimmt.

Das Manifest der Linken fordert endlich sofortige Feststellung, Verkündigung und Sicherstellung der Grundrechte des deutschen Volks allen möglichen Eingriffen der Einzelregierungen gegenüber. Das radikale Manifest begnügt sich nicht hiermit. Es erklärt,

„die Versammlung vereinige jetzt noch alle Staatsgewalten des Gesamtstaates in sich und habe die verschiedenen Gewalten und politischen Lebensformen, die sie zu beschließen berufen sei, auch *sofort* in Wirksamkeit zu setzen und die innere und äußere Politik des Gesamtstaates zu handhaben".

Beide Manifeste stimmen darin überein, daß sie die „Konstituierung der Verfassung Deutschlands einzig und allein der Nationalversammlung" überlassen haben wollen und die Mitwirkung der Regierungen ausschließen. Beide stimmen darin überein, daß sie, „unbeschadet der von der Nationalversammlung zu proklamierenden Volksrechte", den Einzelstaaten die Wahl der Verfassung freigeben, sei es der konstitutionellen Monarchie, sei es der Republik. Beide stimmen endlich darin überein, daß sie Deutschland in einen Bundes- oder Föderativstaat verwandeln wollen.

Das radikale Manifest spricht wenigstens die *revolutionäre* Natur der Nationalversammlung aus. Es nimmt die angemessene revolutionäre Tätigkeit in Anspruch. Das bloße Bestehn einer *konstituierenden* Nationalversammlung, beweist es nicht, daß keine Verfassung mehr *besteht*? Wenn aber keine Verfassung mehr besteht, besteht keine Regierung mehr. Wenn keine Regierung mehr besteht, muß die Nationalversammlung selbst regieren. Ihr erstes Lebenszeichen mußte ein Dekret in sechs Worten sein: „*Der Bundestag*[41] *ist für immer aufgelöst.*"

Eine konstituierende Nationalversammlung muß vor allem eine *aktive*, revolutionär-aktive Versammlung sein. Die Versammlung in Frankfurt macht parlamentarische Schulübungen und läßt die Regierungen handeln. Gesetzt, es gelänge diesem gelehrten Konzil nach allerreifster Überlegung, die beste Tagesordnung und die beste Verfassung auszuklügeln, was nutzt die beste Tagesordnung und die beste Verfassung, wenn die Regierungen unterdes die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt?

Die deutsche Nationalversammlung, abgesehen davon, daß sie aus *indirekter* Wahl hervorgegangen, leidet an einer eigentümlich germanischen Krankheit. Sie residiert in Frankfurt am Main, und Frankfurt am Main ist nur ein idealer Mittelpunkt, wie er der bisherigen idealen, d.h. nur eingebildeten Einheit Deutschlands entsprach. Frankfurt am Main ist auch keine große Stadt mit einer großen revolutionären Bevölkerung, die hinter der Nationalversammlung steht, teils schützend, teils vorwärts treibend. Zum erstenmal in der Weltgeschichte residiert die konstituierende Versammlung einer großen Nation in einer kleinen Stadt. Die bisherige deutsche Entwickelung brachte dies mit sich. Während französische und englische Nationalversammlungen auf einem feuerspeienden Boden standen – Paris und London –, mußte die deutsche Nationalversammlung sich glücklich schätzen, einen *neutralen* Boden zu finden, einen neutralen Boden, wo sie in aller behaglichen Stille des Gemüts über die beste Verfassung und die beste Tagesordnung nachdenken kann. Dennoch bot ihr der augenblickliche Zustand Deutschlands Gelegenheit, ihre unglückliche materielle Situation zu über-

winden. Sie brauchte nur überall den reaktionären Übergriffen überlebter Regierungen diktatorisch entgegenzutreten, und sie eroberte sich eine Macht in der Volksmeinung, an der alle Bajonette und Kolben zersplittert wären. Statt dessen überläßt sie unter ihren Augen Mainz der Willkür der Soldateska und deutsche Ausländer den Schikanen Frankfurter Pfahlbürger.[1] Sie langweilt das deutsche Volk, statt es mit sich fortzureißen oder von ihm fortgerissen zu werden. Es existiert für sie zwar ein *Publikum*, das einstweilen noch mit gutmütigem Humor den burlesken Bewegungen des wiedererwachten heiligen römischen deutschen Reichstagsgespenstes zusieht, aber es existiert für sie kein *Volk*, das in ihrem Leben sein eignes Leben wiederfände. Weit entfernt, das Zentralorgan der revolutionären Bewegung zu sein, war sie bisher nicht einmal ihr Echo.

Bildet die Nationalversammlung eine Zentralgewalt aus ihrem Schoße, so ist bei ihrer jetzigen Zusammensetzung und nachdem sie den günstigen Augenblick unbenutzt hat vorübergehen lassen, wenig Erquickliches von dieser provisorischen Regierung zu erwarten. Bildet sie keine Zentralgewalt, so hat sie ihre eigne Abdankung unterschrieben und wird bei dem schwächsten revolutionären Luftzug nach allen Seiten hin auseinanderstieben.

Das Programm der Linken, wie der radikalen Seite, hat das Verdienst, diese Notwendigkeit begriffen zu haben. Beide Programme rufen auch mit Heine aus:

> „Bedenk' ich die Sache ganz genau,
> So brauchen wir gar keinen Kaiser"[47],

und die Schwierigkeit, „*wer* der Kaiser sein soll", die vielen guten Gründe, die für einen Wahlkaiser und die ebenso guten Gründe, die für einen Erbkaiser sprechen, werden auch die konservative Majorität der Versammlung zwingen, den gordischen Knoten[48] zu durchhauen, indem sie *gar keinen Kaiser* wählt.

Unbegreiflich ist es, wie die sogenannte radikal-demokratische Partei eine *Föderation* von konstitutionellen Monarchien, Fürstentümchen und Republikchen, einen aus so heterogenen Elementen zusammengesetzten Bundesstaat mit einer republikanischen Regierung an der Spitze – denn weiter ist doch wohl der von der Linken akzeptierte Zentralausschuß nichts – als schließliche Verfassung Deutschlands hat proklamieren können.

Kein Zweifel. Zunächst muß die von der Nationalversammlung gewählte Zentralregierung Deutschlands *neben* den faktisch noch bestehenden Regierungen sich erheben. Aber mit ihrer Existenz beginnt schon ihr Kampf mit den Einzelregierungen, und in diesem Kampfe geht die Gesamtregierung mit

[1] Siehe vorl. Band, S. 14–17

der Einheit Deutschlands unter oder die Einzelregierungen mit ihren konstitutionellen Fürsten oder Winkelrepublikchen.

Wir stellen nicht das utopistische Verlangen, daß a priori[1] eine *einige unteilbare deutsche Republik* proklamiert werde, aber wir verlangen von der sogenannten radikal-demokratischen Partei, den Ausgangspunkt des Kampfes und der revolutionären Bewegung nicht mit ihrem Zielpunkt zu verwechseln. Die deutsche Einheit, wie die deutsche Verfassung können nur als Resultat aus einer Bewegung hervorgehen, worin ebensosehr die inneren Konflikte als der Krieg mit dem Osten zur Entscheidung treiben werden. Die definitive Konstituierung kann nicht *dekretiert* werden; sie fällt zusammen mit der Bewegung, die wir zu durchlaufen haben. Es handelt sich daher auch nicht um die Verwirklichung dieser oder jener Meinung, dieser oder jener politischen Idee; es handelt sich um die Einsicht in den Gang der Entwicklung. Die Nationalversammlung hat nur die zunächst praktisch möglichen Schritte zu tun.

Nichts konfuser als der Einfall des Redakteurs des demokratischen Manifestes, so sehr er uns versichert, „jeder Mensch ist froh, seine Konfusion loszuwerden", als an dem *nordamerikanischen Föderativstaat* sich das Maß der deutschen Verfassung nehmen zu wollen!

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, abgesehen davon, daß sie alle gleichartig konstituiert sind, erstrecken sich über eine Fläche so groß wie das zivilisierte Europa. Nur in einer *europäischen* Föderation könnten sie eine Analogie finden. Und damit Deutschland sich mit andern Ländern föderiert, muß es vor allem *ein* Land werden. In Deutschland ist der Kampf der Zentralisation mit dem Föderativwesen der Kampf zwischen der modernen Kultur und dem Feudalismus. Deutschland verfiel in ein verbürgerlichtes Feudalwesen in demselben Augenblicke, wo sich die großen Monarchien im Westen bildeten, aber es wurde auch von dem Weltmarkt ausgeschlossen in demselben Augenblicke, wo dieser sich dem westlichen Europa eröffnete. Es verarmte, während sie sich bereicherten. Es verbauerte, während sie großstädtisch wurden. Klopfte nicht Rußland an die Pforten Deutschlands an, die nationalökonomischen Verhältnisse allein würden es zur straffesten Zentralisation zwingen. Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkt betrachtet, ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichtum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben lösen auf einem in 39 Ländchen zersplitterten Terrain?

[1] von vornherein

Der Redakteur des demokratischen Programms hat übrigens nicht nötig, auf untergeordnete materielle ökonomische Verhältnisse einzugehen. Er hält sich in seiner Motivierung an den Begriff Föderation. Die *Föderation* ist eine *Vereinigung Freier* und *Gleicher*. *Also* muß Deutschland ein *Föderativstaat* sein. Können sich die Deutschen nicht auch zu *einem* großen Staat föderieren, ohne gegen den Begriff von einer Vereinigung Freier und Gleicher zu sündigen?

Berliner Vereinbarungsdebatten[49]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 7 vom 7. Juni 1848]

** *Köln*, 6. Juni. Die *Verhandlungen zur Vereinbarung* etc.[25] nehmen in Berlin den erfreulichsten Fortgang. Anträge über Anträge werden gestellt, die meisten sogar fünf- bis sechsmal, damit sie ja nicht verlorengehen auf dem weiten Wege durch die Abteilungen und Kommissionen. Vorfragen, Nebenfragen, Zwischenfragen, Nachfragen und Hauptfragen werden bei jeder Gelegenheit in reichlichster Anzahl erhoben. Bei jeder dieser großen und kleinen Fragen entspinnt sich regelmäßig eine zwanglose Konversation „vom Platze aus" mit dem Präsidenten, den Ministern usw. und bildet zwischen der angreifenden Arbeit der „großen Debatten" den erwünschten Ruhepunkt. Besonders jene namenlosen Vereinbarer, die der Stenograph als „Stimme" zu bezeichnen pflegt, lieben es, in solchen gemütlichen Besprechungen ihre Meinung zu äußern. Diese „Stimmen" sind übrigens so stolz auf ihr Stimmrecht, daß sie, wie es am 2. Juni geschehen, zuweilen *„für Ja und auch für Nein stimmen"*. Neben dieser Idylle aber erhebt sich dann in der ganzen Erhabenheit der Tragödie der Kampf der großen Debatte, ein Kampf, der nicht nur von der Tribüne aus mit Worten geführt wird, sondern an dem auch der Chor der Vereinbarer Anteil nimmt durch Trommeln, Murren, Durcheinanderschreien usw. Das Drama endigt natürlich jedesmal mit dem Siege der tugendhaften Rechten und wird fast immer durch den Ruf der konservativen Armee nach Abstimmung entschieden.

In der Sitzung vom 2. Juni stellte Herr *Jung* eine Interpellation an den Minister des Auswärtigen wegen des Kartellvertrages mit Rußland. Man weiß, daß schon 1842 die öffentliche Meinung die Aufhebung des Kartells erzwang, daß dies aber unter der Reaktion von 1844 wiederhergestellt wurde. Man weiß, wie die russische Regierung die Ausgelieferten totknuten oder nach Sibirien wandern läßt. Man weiß, welchen erwünschten Vorwand die be-

dungene Auslieferung gemeiner Verbrecher und Vagabunden bietet, um den Russen politische Flüchtlinge in die Hände zu liefern.

Herr *Arnim*, Minister des Auswärtigen, erwiderte:

„Es wird gewiß niemand etwas dagegen einzuwenden haben, daß Deserteurs ausgeliefert werden, indem es ganz in der Regel ist, daß befreundete Staaten sich dieselben gegenseitig ausliefern."

Wir nehmen Akt davon, daß nach der Meinung unseres Ministers Rußland und Deutschland „befreundete Staaten" sind. Allerdings haben die Heeresmassen, die Rußland am Bug und Njemen zusammenzieht, keine andere Absicht, als das „befreundete" Deutschland baldmöglichst von den Schrecken der Revolution zu befreien.

„Die Entscheidung über die Auslieferung von Verbrechern liegt übrigens in der Hand der Gerichte, so daß alle Bürgschaft geleistet ist, daß die Angeklagten nicht vor dem Beschluß der Kriminaluntersuchung ausgeliefert werden."

Herr Arnim sucht die Versammlung glauben zu machen, als führten die preußischen Gerichte über den dem Verbrecher zur Last gelegten Tatbestand die Untersuchung. Ganz im Gegenteil. Die russischen oder russisch-polnischen Justizbehörden schicken einen Beschluß an die preußischen, wodurch sie den Flüchtling in Anklagezustand erklären. Das preußische Gericht hat bloß zu untersuchen, ob dies Aktenstück authentisch ist, und wird diese Frage bejaht, so muß es die Auslieferung beschließen. „So daß alle Bürgschaft geleistet ist", daß die russische Regierung ihren Richtern nur einen Wink zu geben braucht, um jeden Flüchtling, solange er noch nicht wegen politischer Angelegenheiten verklagt ist, mit preußischen Ketten geschlossen in ihre Hände zu bekommen.

„Daß *eigne Untertanen* nicht ausgeliefert werden, versteht sich von selbst."

„Eigne Untertanen", Herr Feudalbaron von Arnim, können schon deswegen nicht ausgeliefert werden, weil es in Deutschland keine „Untertanen" mehr gibt, seit das Volk so frei war, sich auf den Barrikaden zu emanzipieren.

„Eigne Untertanen!" Wir, die wir Versammlungen wählen, die Königen und Kaisern souveräne Gesetze vorschreiben, wir „Untertanen" Sr. Majestät des Königs von Preußen?

„Eigne Untertanen!" Hätte die Versammlung nur einen Funken des revolutionären Stolzes, dem sie ihre Existenz verdankt, sie hätte den servilen Minister mit einem einzigen Ruf der Indignation von der Tribüne und von der Ministerbank herabgedonnert. Aber sie hat den brandmarkenden Ausdruck ruhig passieren lassen. Nicht die leiseste Reklamation ließ sich hören.

Herr *Rehfeld* interpellierte Herrn Hansemann wegen der erneuerten Wollaufkäufe der Seehandlung[50] und der durch Diskonto-Offerten den englischen Käufern gebotenen Vorteile über die deutschen. Die Wollenindustrie, gedrückt durch die allgemeine Krisis, hatte Aussicht, in Einkäufen zu den diesjährigen sehr niedrigen Wollpreisen wenigstens eine kleine Begünstigung zu finden. Da kommt die Seehandlung und treibt durch enorme Aufkäufe die Preise in die Höhe. Zu gleicher Zeit erbietet sie sich, englischen Käufern den Einkauf durch Diskontierung guter Wechsel auf London wesentlich zu erleichtern; eine Maßregel, die ebenfalls ganz geeignet ist, die Wollpreise durch Anziehung neuer Käufer in die Höhe zu treiben, und die den auswärtigen Käufern einen bedeutenden Vorteil gegen die einheimischen gibt.

Die Seehandlung ist eine Erbschaft der absoluten Monarchie, der sie zu allerlei Zwecken dienlich war. Sie hat während zwanzig Jahren das Staatsschuldengesetz von 1820[51] illusorisch gemacht und sich auf eine sehr unangenehme Weise in den Handel und die Industrie eingemischt.

Die von Herrn *Rehfeld* angeregte Frage ist im Grunde von wenig Interesse für die Demokratie. Es handelt sich hier um einige tausend Taler Gewinn mehr oder weniger für die Wollproduzenten auf der einen, für die Wollfabrikanten auf der andern Seite.

Die Wollproduzenten sind fast ausschließlich große Gutsbesitzer, märkische, preußische, schlesische und posensche Feudalherren.

Die Wollfabrikanten sind meistens große Kapitalisten, Herren von der hohen Bourgeoisie.

Es handelt sich also bei den Wollpreisen nicht um allgemeine Interessen, sondern um Klasseninteressen, um die Frage, ob der hohe Grundadel die hohe Bourgeoisie, oder die hohe Bourgeoisie den hohen Grundadel schneiden soll.

Herr Hansemann, nach Berlin geschickt als Repräsentant der hohen Bourgeoisie, der jetzt herrschenden Partei, verrät sie an den Grundadel, an die besiegte Partei.

Für uns Demokraten hat die Sache nur das Interesse, daß Herr Hansemann auf Seite der besiegten Partei tritt, daß er nicht die bloß konservative Klasse, sondern die *reaktionäre* Klasse unterstützt. Wir gestehen, von dem Bourgeois Hansemann hätten wir dies nicht erwartet.

Herr *Hansemann* versicherte erst, er sei kein Freund der Seehandlung, und fügte dann hinzu: Sowohl das Einkaufsgeschäft der Seehandlung wie ihre Fabriken können nicht auf einmal eingestellt werden. Was die Wolleinkäufe betrifft, so bestehen Verträge, nach welchen in diesem Jahre das Aufkaufen einer gewissen Partie Wolle ... eine Verpflichtung der Seehandlung ist. Ich

glaube, daß, wenn in irgendeinem Jahre dergleichen Einkäufe dem Privatverkehr nicht schaden, es gerade in diesem Jahr der Fall sein wird (?) ... weil die Preise sonst zu niedrig werden dürften.

Man sieht es der ganzen Rede an, Herr Hansemann fühlt sich nicht wohl, während er spricht. Er hat sich verleiten lassen, den Arnims, Schaffgotschs und Itzenplitzs einen Gefallen zu tun zum Nachteil der Wollfabrikanten, und soll nun mit den Gründen der modernen, für den Adel so unbarmherzigen Nationalökonomie seinen unbedachten Schritt verteidigen. Er selbst weiß am besten, daß er die ganze Versammlung zum besten hat.

„Das Einkaufsgeschäft der Seehandlung sowohl wie ihre Fabriken können nicht auf einmal eingestellt werden." Die Seehandlung kauft also Wolle und läßt ihre Fabriken flott arbeiten. Wenn die Fabriken der Seehandlung nicht auf einmal „eingestellt werden können", so können selbstredend die Verkäufe auch nicht eingestellt werden. Die Seehandlung wird also ihre Wollenwaren auf den Markt bringen, sie wird den ohnehin überfüllten Markt noch mehr überfüllen, die gedrückten Preise noch mehr drücken. Mit einem Worte, sie wird, um den märkischen etc. Landjunkern Geld für ihre Wolle zu verschaffen, die gegenwärtige Handelskrisis noch steigern und die wenigen noch vorhandenen Kunden den Wollfabrikanten entziehen.

Was die englische Wechselgeschichte betrifft, so hält Herr Hansemann eine glänzende Tirade über die enormen Vorteile, die das ganze Land davon hat, wenn die englischen Guineen in die Taschen der märkischen Landjunker spazieren. Wir werden uns wohl hüten, hierauf ernsthaft einzugehen. Wir begreifen nur nicht, wie Herr Hansemann dabei seine ernsthafte Miene behaupten konnte.

Man debattierte in derselben Sitzung noch über eine wegen Posen zu ernennende Kommission. Hierüber morgen.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Vereinbarungsdebatten

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 8 vom 8. Juni 1848]

** *Köln,* 6. Juni. In der *Berliner Vereinbarungssitzung* vom 2.[25] stellte Herr *Reuter* den Antrag, eine Kommission zur Untersuchung der Ursachen des posenschen Bürgerkriegs[52] zu ernennen.

Herr *Parrisius* verlangt, daß dieser Antrag gleich zur Debatte komme.

Der Präsident will darüber abstimmen lassen, als Herr *Camphausen* erinnert, daß der Antrag des Herrn *Parrisius* noch gar nicht debattiert sei:

„Sowie ich meinerseits zu erinnern habe, daß mit Annahme jenes" (des Reuterschen) „Antrags ein *wichtiges politisches Prinzip* angenommen wäre, welches doch den Anspruch zu machen hat (sic!), vorher in den Abteilungen geprüft zu werden."

Wir werden gespannt auf das in dem Reuterschen Antrage enthaltene „wichtige Prinzip", das Herr Camphausen einstweilen noch für sich behält.

Während wir uns in dieser Beziehung gedulden müssen, entspinnt sich eine gemütliche Konversation zwischen dem Vorsitzenden (Herrn *Esser,* Vizepräsident) und mehreren „Stimmen" darüber, ob über den Parrisiusschen Antrag eine Debatte zulässig sei oder nicht. Herr Esser kämpft dabei mit Gründen wie folgenden, die sich im Munde des Präsidenten einer soi-disant[1] Nationalversammlung merkwürdig ausnehmen: *„Ich habe mir gedacht,* daß über alles, was die Versammlung beschließt, eine Diskussion zulässig ist!"

„Ich habe mir gedacht!" Der Mensch denkt, und Herr Camphausen lenkt – indem er Reglements entwirft, aus denen niemand klug wird, und diese von seiner Versammlung provisorisch annehmen läßt.

Diesmal war Herr Camphausen gnädig. Er mußte die Diskussion haben. Ohne die Diskussion wäre der Parrisiussche Antrag, wäre der Reutersche Antrag vielleicht durchgegangen, d.h. wäre ein indirektes Mißtrauensvotum

---

[1] sogenannten

gegen ihn gegeben worden. Und noch schlimmer, was wäre ohne Diskussion aus seinem „wichtigen politischen Prinzip" geworden?

Es wird also diskutiert.

Herr *Parrisius* wünscht, der Hauptantrag solle sofort debattiert werden, damit keine Zeit verlorengehe und damit die Kommission womöglich noch vor der Adreßdebatte Bericht erstatten könne. Sonst urteile man in der Adresse ohne alle Sachkenntnis über Posen.

Herr *Meusebach* tritt, jedoch noch ziemlich milde, dagegen auf.

Jetzt aber erhebt sich Herr *Ritz*, ungeduldig, dem wühlerischen Antrag Reuters ein Ende zu machen. Er ist königlich-preußischer Regierungsrat und duldet nicht, daß sich Versammlungen, und wären sie selbst Versammlungen zur Vereinbarung, in sein Fach mischen. Er kennt nur eine Behörde, die das kann, und das ist das Oberpräsidium. Ihm geht nichts über den Instanzenzug.

„Wie", ruft er aus, „wollen Sie, meine Herren, eine Kommission nach Posen schicken? Wollen Sie sich zur *Verwaltungs-* oder *Justizbehörde machen*? Meine Herren, ich sehe aus dem Antrage nicht ein, was Sie machen wollen. Wollen Sie Akten verlangen von dem kommandierenden General" (welcher Frevel!) „oder von der Justizbehörde" (entsetzlich), „gar von der Verwaltungsbehörde?" (Bei dem Gedanken steht dem Regierungsrat der Verstand still.) „Wollen Sie die Untersuchung führen lassen durch eine Kommission, welche improvisiert wird" (und vielleicht kein einziges Examen gemacht hat) „über alles dies, *worüber noch niemand klare Begriffe hat*?" (Herr Ritz ernennt wahrscheinlich bloß Kommissionen zur Untersuchung dessen, worüber jedermann klare Begriffe hat.) „Eine so wichtige Angelegenheit, *wo Sie sich Rechte arrogieren, die Ihnen nicht gebühren*..." (Unterbrechung.)

Was soll man sagen zu diesem Regierungsrat von echtem Schrot und Korn, zu diesem Sohn des grünen Tisches, an dem kein Falsch ist! Er ist wie jener Provinziale auf dem Bildchen von Cham, der nach der Februarrevolution nach Paris kommt, die Maueranschläge mit der Überschrift „République française"[1] sieht und zum Generalprokurator geht, um die Aufwiegler gegen die Regierung des Königs zu denunzieren. Der Mann hatte die Zeit über geschlafen.

Herr Ritz hat auch geschlafen. Das Donnerwort „Untersuchungskommission für Posen" rüttelt ihn unsanft empor, und noch schlaftrunken, ruft der erstaunte Mann aus: Wollen Sie sich Rechte arrogieren, die Ihnen nicht gebühren?

Herr *Duncker* findet eine Untersuchungskommission überflüssig, „da die Adreßkommission vom Ministerium die nötigen Aufklärungen fordern muß".

[1] „Französische Republik"

Als ob die Kommission nicht gerade dazu da sei, die „Aufklärungen" des Ministeriums mit dem Tatbestande zu vergleichen.

Herr *Bloem* sprach über die Dringlichkeit des Antrags. Die Sache müsse abgemacht sein, ehe die Adresse beraten werde. Man spreche von improvisierten Kommissionen. Herr Hansemann habe gestern ebenfalls eine Kabinettsfrage improvisiert, und man habe doch abgestimmt.

Herr *Hansemann*, der wahrscheinlich während dieser ganzen unerquicklichen Debatte über seinen neuen Finanzplan nachgedacht, wurde durch Nennung seines Namens unsanft aus seinen klingenden Träumen geweckt. Er wußte offenbar gar nicht, wovon die Rede war. Aber er war genannt und er mußte sprechen. Ihm blieben nur zwei Anknüpfungspunkte im Gedächtnis: die Rede seines Vorgesetzten Camphausen und die des Herrn *Ritz*. Aus beiden komponierte er, nach einigen leeren Worten über die Adreßfrage, folgendes Meisterstück der Beredsamkeit:

„Gerade daß man noch nicht weiß, was die Kommission alles zu tun haben wird, ob sie Mitglieder aus ihrer Mitte nach dem Großherzogtum zu schicken, ob sie dies oder jenes zu besorgen haben wird – *dies beweist die große Wichtigkeit der vorliegenden Frage* (!). Diese nun hier sogleich entscheiden, heißt: *improvisiert eine der wichtigsten politischen Fragen zur Entscheidung bringen.* Ich glaube nicht, daß die Versammlung diesen Weg wandeln werde, ich habe das Vertrauen zu ihr, daß sie vorsichtig etc."

Wie sehr muß Herr Hansemann die ganze Versammlung verachten, um ihr solche Schlußfolgerungen hinzuwerfen! Wir wollen eine Kommission ernennen, die vielleicht nach Posen gehen muß, vielleicht auch nicht. Gerade weil wir nicht wissen, ob sie in Berlin bleiben oder nach Posen gehen muß, deswegen ist diese Frage, ob überhaupt eine Kommission ernannt werden soll, von *großer Wichtigkeit.* Weil sie von großer Wichtigkeit ist, deswegen ist sie eine der *wichtigsten politischen* Fragen!

Welche Frage aber diese wichtigste politische Frage ist, das behält Herr Hansemann vorderhand noch für sich, ebenso wie Herr Camphausen sein wichtiges politisches Prinzip. Gedulden wir uns abermals!

Der Effekt der Hansemannschen Logik ist so niederschmetternd, daß alles sogleich nach dem Schluß schreit. Jetzt entspinnt sich folgende Szene:

Herr *Jung* verlangt das Wort gegen den Schluß.

Der Präsident: Es scheint mir unzulässig, hierzu das Wort zu erteilen.

Herr *Jung:* Es ist überall Gebrauch, gegen den Schluß sprechen zu dürfen.

Herr *Temme* liest § 42 der provisorischen Geschäftsordnung vor, wonach Herr Jung recht und der Präsident unrecht hat.

Herr *Jung* erhält das Wort: Ich bin gegen den Schluß, weil der Minister das letzte Wort gehabt hat. Das Wort des Ministers ist von der größten Wichtigkeit, weil es eine große Partei auf die eine Seite hinzieht, weil eine große Partei nicht gern einen Minister desavouiert...

Ein langgezogenes, allgemeines Oho! Oho! Ein furchtbarer Lärm erhebt sich von der Rechten.

Herr Justizkommissar *Moritz* vom Platz: Ich trage darauf an, daß Jung zur Ordnung verwiesen werde, er hat sich in *Persönlichkeiten gegen die ganze Versammlung* vergangen! (!)

Eine andere Stimme von der „Rechten" schreit: Ich trage gleichfalls darauf an und protestiere dagegen...

Der Lärm wird immer größer. *Jung* versucht sein möglichstes, aber es ist unmöglich durchzudringen. Er fordert den Präsidenten auf, ihm das Wort zu erhalten.

Präsident: Da die Versammlung gerichtet hat, so ist meine Funktion erledigt. (!!)

Herr *Jung:* Die Versammlung hat nicht gerichtet; Sie müssen erst förmlich abstimmen lassen.

Herr *Jung* muß abtreten. Der Lärm läßt nicht nach, bis er die Tribüne verläßt.

Präsident: Der letzte Redner *scheint* (!) gegen den Schluß gesprochen zu haben. Es fragt sich, ob noch jemand für den Schluß sprechen will.

Herr *Reuter:* Die Debatte über Schluß oder Nichtschluß kostet uns nun schon 15 Minuten; wollen wir sie nicht liegenlassen?

Hierauf geht nun der Redner nochmals auf die Dringlichkeit der zu ernennenden Kommission ein. Dies zwingt Herrn Hansemann, nochmals vorzutreten und endlich über seine „wichtigste politische Frage" Aufschluß zu geben.

Herr *Hansemann:* Meine Herren! Es handelt sich um eine der *größten politischen Fragen,* nämlich darum, ob die Versammlung Lust habe, sich auf einen Weg einzulassen, der sie *in wesentliche Konflikte bringen kann!*

Endlich! Herr Hansemann erklärte als konsequenter Duchâtel die Frage richtig wieder für eine *Kabinettsfrage.* Alle Fragen haben für ihn nur die eine Bedeutung, daß sie Kabinettsfragen sind, und die Kabinettsfrage ist für ihn natürlich die „allergrößte politische Frage"!

Herr *Camphausen* scheint diesmal nicht zufrieden zu sein mit dieser einfachen und abkürzenden Methode. Er ergreift das Wort.

„Es ist zu bemerken, daß die Versammlung" (über Posen) „schon aufgeklärt sein könnte, wenn es dem Abgeordneten beliebt hätte, eine *Interpellation* zu stellen" (man

wünschte sich aber selbst zu überzeugen). „Dies wäre die *rascheste* Art und Weise, sich Aufklärung“ (aber was für welche?) „zu verschaffen... Ich schließe mit der Erklärung, daß der ganze Antrag nichts weiter ist, als daß die Versammlung die Frage entscheiden soll, *ob wir zu diesen oder andern Zwecken Kommissionen zur Untersuchung bilden sollen*; daß diese Frage *reiflich überlegt und geprüft* werde, damit bin ich gänzlich einverstanden, nicht aber damit, daß sie so plötzlich hier zur Diskussion gebracht werde.“

Das also ist das „wichtige politische Prinzip“, die Frage, ob die Vereinbarungsversammlung das Recht habe, Untersuchungskommissionen zu bilden, oder ob sie sich dies Recht selbst verweigern will!

Die französischen und englischen Kammern haben von jeher solche Kommissionen (select committees) zur Untersuchung (enquête, parliamentary inquiry) gebildet, und anständige Minister haben nie etwas dagegen gehabt. Ohne solche Kommissionen ist die ministerielle Verantwortlichkeit eine leere Phrase. Und Herr Camphausen macht den Vereinbarern dies Recht streitig!

Genug. Reden ist leicht, aber Abstimmen ist schwer. Man kommt zum Schluß, man will abstimmen, zahllose Schwierigkeiten, Zweifel, Spitzfindigkeiten und Gewissensskrupel erheben sich. Aber verschonen wir unsre Leser damit. Nach vielem Hin- und Herreden wird der Parrisiussche Antrag verworfen und der Reutersche geht an die Abteilungen. Sanft ruhe seine Asche!

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die Adreßfrage

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 8 vom 8. Juni 1848]

*** *Köln*, 7. Juni. Die Berliner Versammlung hat also beschlossen, eine Adresse an den König zu richten[25], um dem *Ministerium* Gelegenheit zu geben, seine Ansichten auszusprechen, seine bisherige Verwaltung zu rechtfertigen. Es soll keine Dankadresse im alten Landtagsstile sein, nicht einmal eine Respektsbezeugung: Se. Majestät bietet nach dem Geständnis Allerhöchst Ihrer „Verantwortlichen" nur den „schicklichsten", den „besten" *Anlaß*, die Grundsätze der Majorität mit denen des Ministeriums in „Übereinstimmung" zu bringen.

Wenn so der Sache nach die Person des Königs ein bloßes Austauschmittel ist – wir verweisen wiederum auf die eigenen Worte des Konseilpräsidenten –, ein Wertzeichen, das nur das eigentliche Geschäft vermittelt, so ist sie für die Form der Verhandlung keineswegs gleichgültig. Einmal werden dadurch die Vertreter des Volkswillens unmittelbar mit der Krone in Verbindung gesetzt, und man kann hieraus sehr leicht, schon in der Adreßdebatte selbst, eine Anerkennung der Vereinbarungstheorie[53], eine Verzichtleistung auf die Volkssouveränetät herleiten. Zweitens aber wird man zu dem achtungsbedürftigen Staatsoberhaupte nicht so sprechen mögen, als wenn man sich direkt an die Minister adressierte. Man wird sich mit größerer Zurückhaltung ausdrücken, mehr andeuten als gerade heraussagen, und dann hängt es ja noch immer von der Entschließung des Ministeriums ab, ob es einen leisen Tadel mit seinem Fortbestehen für vereinbar hält. Die schwierigen Punkte aber, wobei die Gegensätze am schroffsten hervortreten, werden möglicherweise gar nicht oder nur oberflächlich berührt. Die Furcht vor einem vorzeitigen Bruche mit der Krone, der vielleicht von bedenklichen Folgen begleitet wäre, wird sich hier leicht erregen lassen und einen Deckmantel in der Beteurung finden, daß man der spätern gründlichern Diskussion über die einzelnen Fragen nicht vorgreifen wolle.

So werden aufrichtige Ehrfurcht, sei es vor der Person des Monarchen, sei es vor dem monarchischen Prinzip im allgemeinen, dann die Besorgnis, zu weit zu gehen, die Angst vor anarchischen Tendenzen, dem Ministerium bei der Adreßdebatte unschätzbare Vorteile darbieten, und Herr Camphausen konnte mit Recht die Gelegenheit die „schickliche", „beste" nennen, eine starke Majorität zu gewinnen.

Es wird sich nun fragen, ob die Volksvertreter geneigt sind, in diese gehorsam abhängige Stellung einzutreten. Schon hat die konstituierende Versammlung sich viel vergeben, daß sie nicht aus eigenem Antriebe die Minister zur Rechenschaft über ihre bisherige provisorische Regierung gezogen hat; das hätte ihre erste Aufgabe sein müssen; sie ist ja angeblich deswegen so früh einberufen worden, um die Anordnungen der Regierung auf den indirekten Volkswillen zu stützen. Freilich scheint sie jetzt, *nachdem* sie zusammengetreten, nur da sein zu sollen, „um mit der Krone eine hoffentlich dauernde Verfassung zu vereinbaren".

Aber anstatt durch ein solches Auftreten von vornherein ihre wahre Mission zu verkünden, hat die Versammlung sich die Demütigung gefallen lassen, von den Ministern zur Annahme eines Rechenschaftsberichtes gezwungen werden zu müssen. Auffallenderweise hat kein einziges ihrer Mitglieder dem Antrag auf Bildung einer Adreßkommission die Forderung entgegengestellt, das Ministerium möge *ohne* eine besondre „Gelegenheit" lediglich zu dem Zwecke vor die Kammer hintreten, um sich über seine bisherige Amtsführung zu verantworten. Und doch war dies das einzige schlagende Argument gegen eine Adresse; allen andern Gründen gegenüber waren die Minister völlig im Rechte.

Neue Teilung Polens

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 9 vom 9. Juni 1848]

** *Köln*, 8. Juni. *Siebente Teilung Polens*[54]. Die neue Demarkationslinie des Herrn v. Pfuel in Posen ist ein neuer Raub an Polen. Sie beschränkt den zu „reorganisierenden" Teil auf weniger als ein Drittel des ganzen Großherzogtums und schlägt den bei weitem größten Teil von Großpolen zum Deutschen Bunde. Nur in einem schmalen Streifen längs der russischen Grenze soll die polnische Sprache und Nationalität anerkannt werden. Er besteht aus den Kreisen Wreschen und Pleschen und Teilen der Kreise Mogilno, Wongrowiec, Gnesen, Schroda, Schrimm, Kosten, Fraustadt, Kröben, Krotoschin, Adelnau und Schildberg. Die andere Hälfte dieser Kreise, sowie die ganzen Kreise: Buk, Posen, Obornik, Samter, Birnbaum, Meseritz, Bomst, Czarnikau, Chodziesen, Wirsitz, Bromberg, Schubin, Inowroclaw werden ohne weiteres durch Dekret des Herrn v. Pfuel in deutschen Boden verwandelt. Und dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß selbst in diesem „deutschen Bundesgebiet" die Majorität der Einwohner noch polnisch spricht.

Die alte Demarkationslinie gab den Polen wenigstens die Warta zur Grenze. Die neue beschränkt den zu reorganisierenden Anteil wieder um ein Viertel. Den Vorwand dazu bietet einerseits „der *Wunsch*" des Kriegsministers, die Umgegend der Festung Posen in einem Rayon von drei bis vier Meilen von der Reorganisation auszuschließen, andrerseits das Verlangen verschiedener Städte, wie Ostrowo etc., an Deutschland angeschlossen zu werden.

Was den Wunsch des Kriegsministers anlangt, so ist er ganz natürlich. Erst raubt man die Stadt und Festung Posen, die zehn Meilen tief im polnischen Lande steckt, dann, um im Genuß des Geraubten nicht gestört zu werden, findet man den Raub eines neuen Rayons von drei Meilen wünschenswert. Dieser Rayon führt wieder zu allerhand kleinen Arrondierungen,

und so hat man den besten Anlaß, die deutsche Grenze immer weiter nach der russisch-polnischen vorzuschieben.

Mit den Anschlußgelüsten der „deutschen" Städte steht es folgendermaßen: In ganz Polen bilden Deutsche und Juden den Stamm der gewerb- und handeltreibenden Bürgerschaft; es sind die Nachkommen von Einwanderern, die meist wegen Religionsverfolgungen aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie haben mitten im polnischen Gebiet Städte gegründet und seit Jahrhunderten alle Geschicke des polnischen Reiches mitgemacht. Diese Deutschen und Juden, die enorme Minorität im Lande, suchen die momentane Lage des Landes zu benutzen, um sich zur Herrschaft emporzuschwingen. Sie appellieren an ihre Eigenschaft als *Deutsche;* sie sind ebensowenig Deutsche wie die Deutschamerikaner. Will man sie zu Deutschland schlagen, so unterdrückt man die Sprache und Nationalität von mehr als der halben polnischen Bevölkerung Posens, und gerade desjenigen Teils der Provinz, in welchem die nationale Insurrektion[52] mit der größten Heftigkeit und Energie hervortrat – die Kreise Buk, Samter, Posen, Obornik.

Herr v. Pfuel erklärt, er werde die neue Grenze für definitiv ansehen, sobald das Ministerium sie ratifiziert habe. Er spricht weder von der Vereinbarungsversammlung, noch von der deutschen Nationalversammlung, die doch auch ein Wort mitzusprechen haben, wo es sich um die Grenzbestimmung Deutschlands handelt. Aber immerhin mag das Ministerium, mögen die Vereinbarer, mag die Frankfurter Versammlung den Beschluß des Herrn Pfuel ratifizieren, die Demarkationslinie ist nicht „definitiv", solange ihn nicht noch zwei andre Mächte ratifiziert haben: das deutsche Volk und das polnische Volk.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Das Schild der Dynastie

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 10 vom 10. Juni 1848]

** *Köln*, 9. Juni. Wie deutsche Blätter melden, hat Herr Camphausen vor seinen Vereinbarern am 6. d. [Mts.] sein überströmendes Herz ausgeschüttet. Er hielt

„eine nicht sowohl glänzende als vielmehr dem *innersten Herzquell entströmende* Rede, die an Paulus erinnert, wo er sagt: ‚Und wenn ich mit Menschen- und mit Engelszungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönend Erz!‘ Seine Rede war reich an jener heiligen Bewegung, die wir Liebe nennen ... sie sprach begeisternd zu Begeisterten, der Beifall wollte nicht enden ... und eine längere Pause war nötig, um ihrem ganzen Eindruck sich hinzugeben und ihn in sich aufzunehmen.“[55]

Und wer war der Held dieser herzquellentströmenden, liebevollen Rede? Wer war das Thema, das Herrn Camphausen so begeisterte, daß er begeisternd zu Begeisterten sprach? Wer der Äneas dieser Äneide[56] vom 6. Juni?

Wer anders als der *Prinz von Preußen!*

Man lese nach in dem stenographischen Bericht[25], wie der dichterische Konseilpräsident die Fahrten des modernen Anchisessohnes schildert; wie er, als der Tag gekommen,

– wo die heilige Ilios hinsank,
Priamos auch und das Volk des lanzenkundigen Königs[57],

wie er nach dem Fall des junkertümlichen Troja nach langen Irrfahrten zu Wasser und zu Lande endlich an den Strand des modernen Karthago geschlagen und von der Königin Dido freundschaftlichst empfangen wurde; wie es ihm besser erging als Äneas I., indem sich ein Camphausen fand, der Troja möglichst wiederherstellte und den heiligen „Rechtsboden“ wieder entdeckte; wie Camphausen seinen Äneas endlich zu seinen Penaten heimkehren ließ und wie nun wieder Freude herrscht in Trojas Hallen.[58] Alles das und

zahllose dichterische Ausschmückungen muß man lesen, um zu empfinden, was es heißt, wenn ein Begeisternder zu Begeisterten spricht.

Dies ganze Epos dient übrigens dem Herrn Camphausen nur zum Vorwand für einen Dithyrambus auf sich selbst und sein eigenes Ministerium.

„Ja" – ruft er aus – „wir haben geglaubt, es entspreche dem Geiste der konstitutionellen Verfassung, daß *wir* uns an die Stelle einer hohen Persönlichkeit setzten, daß *wir* uns als die Persönlichkeiten hinstellten, gegen die alle Angriffe zu richten seien... So ist es geschehen. Wir haben uns als Schild vor die Dynastie gestellt und alle Gefahren und Angriffe auf uns geleitet!"

Welch ein Kompliment für die „hohe Persönlichkeit", welch ein Kompliment für die „Dynastie"! Ohne Herrn Camphausen und seine sechs Paladine war die Dynastie verloren. Für welch eine kräftige, welch eine „tief im Volk wurzelnde Dynastie" muß Herr Camphausen das Haus Hohenzollern halten, um so zu sprechen! Wahrlich, hätte Herr Camphausen weniger „begeisternd zu Begeisterten" gesprochen, wäre er weniger „reich an jener heiligen Bewegung gewesen, die wir Liebe nennen", oder hätte er nur seinen Hansemann sprechen lassen, der sich mit dem „tönenden Erz" begnügt, es wäre besser gewesen für die Dynastie!

„Allein, meine Herren, ich spreche dies nicht mit herausforderndem Stolze, sondern mit der Demut, die aus dem Bewußtsein entspringt, daß die hohe Aufgabe, die Ihnen und uns gestellt ist, nur gelöst werden kann, wenn der Geist der *Milde* und *Versöhnung* sich auch auf diese Versammlung herabsenkt, wenn wir neben Ihrer Gerechtigkeit auch Ihre Nachsicht finden!"

Herr Camphausen hat recht, Milde und Nachsicht für sich von einer Versammlung zu erbitten, die der Milde und Nachsicht des Publikums selbst so sehr bedarf!

Köln in Gefahr

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 11 vom 11. Juni 1848]

** *Köln,* 10. Juni. Pfingsten, das liebliche Fest, war gekommen, die Felder grünten, die Bäume blühten[59], und soweit es Leute gibt, die den Dativ mit dem Akkusativ verwechseln, bereitete man sich vor, den heiligen Geist der Reaktion auf *einen* Tag über alle Lande auszugießen.

Der Augenblick ist gut gewählt. In Neapel ist es den Gardelieutenants und Schweizer Landsknechten gelungen, die junge Freiheit im Blut des Volks zu ersticken.[1] In Frankreich legt eine Kapitalistenversammlung der Republik den Knebel drakonischer Gesetze an und ernennt zum Kommandanten von Vincennes den General Perrot, der den 23. Februar am Hôtel Guizot Feuer kommandierte. In England und Irland wirft man Chartisten[60] und Repealers[61] massenweise ins Gefängnis und sprengt unbewaffnete Meetings durch Dragoner auseinander. In Frankfurt setzt die Nationalversammlung das vom seligen Bundestag vorgeschlagene und vom Fünfzigerausschuß zurückgewiesene Triumvirat jetzt selbst ein[62]. In Berlin siegt die Rechte Schlag auf Schlag durch Überzahl und Trommeln, und der Prinz von Preußen erklärt durch seinen Einzug in das „Eigentum der ganzen Nation"[63] die Revolution für null und nichtig.

In Rheinhessen konzentrieren sich Truppen; rings um Frankfurt herum lagern die Helden, die im Seekreis an den republikanischen Freischaren sich ihre Sporen verdienten[64]; Berlin ist zerniert, Breslau ist zerniert, und wie es in der Rheinprovinz aussieht, davon werden wir gleich sprechen.

Die Reaktion bereitet einen großen Schlag vor.

Während man sich in Schleswig schlägt[40], während Rußland drohende Noten schickt und dreimalhunderttausend Mann um Warschau zusammen-

[1] Siehe vorl. Band, S. 19–21

zieht, wird Rheinpreußen mit Truppen überschwemmt, obwohl die Bourgeois der Pariser Kammer schon wieder „den Frieden um jeden Preis" proklamieren!

In Rheinpreußen, Mainz und Luxemburg stehen (nach der *„Deutschen Zeitung"*[65]) *vierzehn ganze* Infanterieregimenter (das 13., 15.*, 16., 17., 25., 26., 27., 28., 30., 34., 35., 38., 39., 40.), d.h. *ein Drittel* der gesamten preußischen Linien- und Gardeinfanterie (45 Regimenter). Ein Teil davon ist völlig auf Kriegsfuß und die übrigen durch Einziehung des dritten Teils der Reserven verstärkt. Außerdem drei Ulanen-, zwei Husaren- und ein Dragonerregiment, wozu noch in kurzer Zeit ein Kürassierregiment erwartet wird. Dazu der größte Teil der 7. und 8. Artilleriebrigade, von denen wenigstens schon die Hälfte mobil gemacht (d.h. von 19 auf 121 Pferde per Fußbatterie oder von 2 auf 8 bespannte Geschütze gebracht) worden ist. Für Luxemburg und Mainz ist außerdem eine dritte Kompanie gebildet worden. Diese Truppen stehen in einem großen Bogen von Köln und Bonn über Koblenz und Trier nach der französischen und luxemburgischen Grenze. Alle Festungen werden armiert, die Gräben verpallisadiert, die Glacisbäume teils ganz, teils in der Schußlinie der Kanonen rasiert.

Und wie sieht es hier in *Köln* aus?

Die Kölner Forts sind vollständig armiert. Die Bettungen werden gestreckt, die Scharten geschnitten, die Geschütze sind da und werden aufgefahren. Jeden Tag von morgens 6 bis abends 6 wird daran gearbeitet. Die Geschütze sollen sogar nachts, um alles Geräusch zu vermeiden, *mit umwickelten Rädern* aus der Stadt gefahren worden sein.

Die Armierung der Ringmauer hat angefangen am Bayenturm und ist schon vorgerückt bis Bastion Nr.6, d.h. bis zur Hälfte der Umwallung. Auf Abschnitt I sind schon 20 Geschütze aufgefahren.

Auf Bastion Nr.2 (am Severintor) stehen die Geschütze über dem Tor. Sie brauchen nur umgedreht zu werden, um die Stadt zu beschießen.

Der beste Beweis, daß diese Bewaffnungen nur scheinbar gegen einen äußern Feind, in der Tat aber *gegen Köln selbst* gerichtet sind, liegt darin, daß hier die Bäume des Glacis überall stehengeblieben sind. Für den Fall, daß die Truppen die Stadt verlassen und sich in die Forts werfen müßten, sind dadurch die Kanonen des Stadtwalls nutzlos gemacht gegen die Forts, während die Mörser, Haubitzen und Vierundzwanzigpfünder der Forts keineswegs gehindert sind, Granaten und Bomben über die Bäume weg in die Stadt

* Nicht ganz richtig. Das 13. steht teilweise, das 15. ganz in Westfalen, kann aber mit der Eisenbahn in wenig Stunden hier sein.

zu werfen. Die Entfernung der Forts von der Ringmauer beträgt nur 1400 Schritt und erlaubt den Forts, Bomben, die bis zu 4000 Schritt fliegen, in jeden beliebigen Teil der Stadt hineinzuwerfen.

Jetzt die Maßregeln, die *direkt gegen die Stadt gerichtet* sind.

Das *Zeughaus*, dem Regierungsgebäude gegenüber, wird *ausgeräumt*. Die Gewehre werden hübsch emballiert, so daß es nicht auffällt, und in die Forts gebracht.

In *Gewehrkisten* wird Artilleriemunition in die Stadt gebracht und in den bombenfesten Kriegsmagazinen längs der Ringmauer deponiert.

Während wir dies schreiben, werden an *die Artillerie Gewehre mit Bajonetten* ausgeteilt, obwohl es bekannt ist, daß die Artillerie in Preußen gar nicht darauf einexerziert ist.

Die Infanterie liegt schon teilweise in den Forts. Ganz Köln weiß, daß ihr vorgestern 5000 scharfe Patronen per Kompanie ausgeteilt wurden.

Folgende Dispositionen sind getroffen für den Fall eines Zusammenstoßes mit dem Volk.

Auf das erste Alarmzeichen rückt die 7. (Festungs-)Artilleriekompanie aus in die Forts.

Die Batterie Nr.37 rückt dann ebenfalls vor die Stadt. Diese Batterie ist schon vollständig „kriegsfeldmäßig" ausgerüstet.

Die 5. und 8. Artilleriekompanie bleibt vorderhand in der Stadt. Diese Kompanien haben 20 Schuß in jedem Protzkasten.

Die Husaren kommen von Deutz nach Köln herüber.

Die Infanterie besetzt den Neumarkt, das Hahnentor und Ehrentor, um den Rückzug aller Truppen aus der Stadt zu decken, und wirft sich alsdann ebenfalls in die Forts.

Dazu bieten die höheren Offiziere alles auf, um den Truppen einen altpreußischen Haß gegen die neue Ordnung der Dinge beizubringen. Bei der jetzigen Blüte der Reaktion ist nichts leichter, als unter dem Vorwande einer Rede gegen die Wühler und Republikaner die gehässigsten Angriffe gegen die Revolution und gegen die konstitutionelle Monarchie an den Mann zu bringen.

Dazu ist Köln nie ruhiger gewesen als gerade in der letzten Zeit. Außer einem unbedeutenden Auflauf vor dem Hause des Regierungspräsidenten und einer Schlägerei auf dem Heumarkt ist seit vier Wochen nichts vorgefallen, das auch nur die Bürgerwehr irgendwie alarmiert hätte. Alle diese Maßregeln sind also *gänzlich unprovoziert*.

Wir wiederholen: Nach diesen sonst ganz unbegreiflichen Maßregeln, nach den Truppenzusammenziehungen um Berlin und Breslau, die uns durch Briefe bestätigt sind, nach der Überschwemmung der den Reaktionären so

verhaßten Rheinprovinz mit Soldaten, können wir nicht daran zweifeln, daß die Reaktion einen allgemeinen großen Coup vorbereitet.

Der Ausbruch scheint hier in Köln auf den *zweiten Pfingsttag* festgesetzt zu sein. Das Gerücht wird geflissentlich verbreitet, daß es an diesem Tage „losgehen“ werde. Man wird sich bemühen, einen kleinen Skandal hervorzurufen, um dann sofort die Truppen agieren zu lassen, die Stadt mit Beschießung zu bedrohen, die Bürgerwehr zu entwaffnen, die Hauptwühler einzusperren, kurz, uns nach Mainzer und Trierer Art[1] zu mißhandeln.

Wir warnen die Kölner Arbeiter ernstlich vor dieser Falle, die die Reaktion ihnen stellt. Wir bitten sie dringend, der altpreußischen Partei *nicht den geringsten Vorwand zu geben,* um Köln unter den Despotismus der Kriegsgesetze zu stellen. Wir bitten sie, *die beiden Pfingsttage ganz besonders ruhig vorübergehen zu lassen* und dadurch den Reaktionären ihren ganzen Plan zu vereiteln.

Geben wir der Reaktion Vorwand, uns anzugreifen, so sind wir verloren, so geht es uns wie den Mainzern. Zwingen wir sie, uns anzugreifen, und wagt sie den Angriff wirklich, so werden die Kölner Gelegenheit haben zu beweisen, daß auch sie keinen Augenblick anstehen, für die Errungenschaften des 18. März Blut und Leben in die Schanze zu schlagen.

Nachschrift. Soeben sind folgende Befehle ausgeteilt worden:

Für die beiden *Pfingsttage fällt die Parole aus* (während sie sonst mit ganz besonderer Feierlichkeit ausgegeben wurde). Die Truppen bleiben *in den Kasernen konsigniert,* wo den Offizieren die Parole mitgeteilt wird.

Die Festungs- und Handwerkskompanien der Artillerie sowie die Infanteriebesatzung der Forts, erhalten von heute ab außer der gewöhnlichen Brotverpflegung täglich auf vier Tage Brot voraus, *so daß sie stets auf acht Tage verproviantiert sind.*

Die Artillerie exerziert schon heute abend um 7 Uhr *mit Gewehren.*

Geschrieben von Friedrich Engels.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 18

Inkompetenzerklärung der Versammlungen zu Frankfurt und Berlin

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 12–13 vom 13. Juni 1848]

* *Köln,* 11. Juni. *Die beiden Versammlungen, die Frankfurter und die Berliner, haben feierlich ihre Inkompetenzerklärung zu Protokoll gegeben. Die eine erkennt durch ihr Votum in der schleswig-holsteinischen Frage den Bundestag als ihre vorgesetzte Behörde an.*[66] *Die andere desavouiert durch ihren Beschluß der motivierten Tagesordnung gegen den Antrag des Abgeordneten Berends*[1] *nicht nur die Revolution; sie gesteht ausdrücklich, nur zur Vereinbarung der Verfassung berufen zu sein,* und erkennt damit das Grundprinzip des vom Ministerium Camphausen vorgelegten Verfassungsentwurfes an. Beide Versammlungen haben sich richtig gewürdigt. Beide sind – *inkompetent.*

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 64–77

Die Berliner Debatte über die Revolution

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 14 vom 14. Juni 1848]

** *Köln*, 13. Juni. Die Vereinbarungsversammlung hat sich endlich entschieden ausgesprochen.[25] Sie hat die Revolution desavouiert und die Vereinbarungstheorie[53] anerkannt.

Der Tatbestand, über den sie sich auszusprechen hatte, war folgender:

Am 18. März versprach der König eine Konstitution, führte die Preßfreiheit mit Kautionen[67] ein und sprach sich in einer Reihe von Vorschlägen dahin aus, daß Deutschlands Einheit durch ein Aufgehen Deutschlands in Preußen herbeizuführen sei.

Das waren die Konzessionen des 18. März, auf ihren wahren Gehalt reduziert. Daß die Berliner sich damit zufrieden erklärten, daß sie vor das Schloß zogen, um dem König dafür zu danken, das beweist am allerdeutlichsten die Notwendigkeit der Revolution vom 18. März. Nicht nur der Staat, auch die Staats*bürger* mußten revolutioniert werden. Der Untertan konnte nur in einem blutigen Befreiungskampfe abgestreift werden.

Das bekannte „Mißverständnis" rief die Revolution hervor. Allerdings fand ein Mißverständnis statt. Der Angriff der Soldaten, die Fortsetzung des Kampfs während 16 Stunden, die Notwendigkeit für das Volk, den Rückzug der Truppen zu erzwingen – das ist Beweis genug, daß das Volk die Konzessionen des 18. März gänzlich *mißverstanden* hatte.

Die Resultate der Revolution waren: auf der einen Seite die Volksbewaffnung, das Assoziationsrecht, die faktisch errungene Volkssouveränetät; auf der andern die Beibehaltung der Monarchie und das Ministerium Camphausen-Hansemann, d. h. die Regierung der Vertreter der hohen Bourgeoisie.

Die Revolution hatte also zwei Reihen von Resultaten, die notwendig auseinandergehen mußten. Das Volk hatte gesiegt, es hatte sich Freiheiten entschieden demokratischer Natur erobert; aber die unmittelbare Herrschaft ging über, nicht in seine Hände, sondern in die der großen Bourgeoisie.

Mit einem Wort, die Revolution war nicht vollendet. Das Volk hatte die Bildung eines Ministeriums von großen Bourgeois zugelassen, und die großen Bourgeois bewiesen ihre Tendenzen sogleich dadurch, daß sie dem altpreußischen Adel und der Bürokratie eine Allianz anboten. Arnim, Kanitz, Schwerin traten ins Ministerium.

Die hohe Bourgeoisie, von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, d.h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion.

Die vereinigten reaktionären Parteien begannen ihren Kampf gegen die Demokratie damit, daß sie die *Revolution in Frage stellten*. Der Sieg des Volks wurde geleugnet; die berühmte Liste der „siebzehn Militärtoten"[68] wurde fabriziert; die Barrikadenkämpfer wurden in jeder möglichen Weise angeschwärzt. Damit nicht genug. Das Ministerium ließ den vor der Revolution berufenen Vereinigten Landtag[35] wirklich zusammenberufen und den gesetzlichen Übergang aus dem Absolutismus in die Konstitution post festum[1] anfertigen. Es leugnete dadurch die Revolution geradezu. Ferner erfand es die Vereinbarungstheorie, leugnete dadurch die Revolution abermals und leugnete zugleich die Volkssouveränetät.

Die Revolution wurde also wirklich in Frage gestellt, und sie konnte in Frage gestellt werden, weil sie nur eine halbe Revolution, nur der Anfang einer langen revolutionären Bewegung war.

Wir können hier nicht darauf eingehen, warum und inwiefern die augenblickliche Herrschaft der hohen Bourgeoisie in Preußen eine notwendige Übergangsstufe zur Demokratie ist und warum die hohe Bourgeoisie sich nach ihrer Thronbesteigung sogleich zur Reaktion schlug. Wir berichten vorderhand nur die Tatsache.

Die Vereinbarungsversammlung hatte sich nun darüber auszusprechen, ob sie die Revolution anerkenne oder nicht.

Aber unter diesen Verhältnissen die Revolution anerkennen, das hieß die demokratische Seite der Revolution anerkennen gegenüber der hohen Bourgeoisie, die sie konfiszieren wollte.

Die Revolution anerkennen, das hieß in diesem Augenblick gerade die *Halbheit* der Revolution, und damit die demokratische Bewegung anerkennen, welche sich gegen einen Teil der Resultate der Revolution richtet. Es hieß anerkennen, daß Deutschland sich in einer revolutionären Bewegung befindet, in der das Ministerium Camphausen, die Vereinbarungstheorie, die indirekten Wahlen, die Herrschaft der großen Kapitalisten und die Produkte

[1] hinterher

der Versammlung selbst zwar unvermeidliche Durchgangspunkte sein können, aber keineswegs letzte Resultate sind.

Die Debatte in der Kammer über die Anerkennung der Revolution wurde von beiden Seiten mit großer Breite und mit großem Interesse, aber mit merkwürdig wenig Geist geführt. Man kann wenig Unerquicklicheres lesen als diese diffuse, jeden Augenblick durch Lärmen oder durch reglementarische Spitzfindigkeiten unterbrochene Verhandlung. Statt der großen Leidenschaft des Parteikampfes eine kühle Gemütsruhe, die jeden Augenblick in den Konversationston herabzusinken droht; statt schneidender Schärfe der Argumentation breites verworrenes Gerede vom Hundertsten ins Tausendste; statt schlagender Antwort langweilige Moralpredigten über das Wesen und die Natur der Sittlichkeit.

Auch die Linke hat sich in dieser Debatte nicht besonders ausgezeichnet.[69] Die meisten ihrer Redner wiederholen einander; keiner wagt es, der Frage entschieden auf den Leib zu rücken und offen revolutionär aufzutreten. Sie fürchten überall anzustoßen, zu verletzen, zurückzuschrecken. Hätten die Kämpfer des 18. März nicht mehr Energie und Leidenschaft im Kampfe bewiesen als die Herren von der Linken in der Debatte, es stände schlimm um Deutschland.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 15 vom 15. Juni 1848]

** *Köln*, 14. Juni. Der Abgeordnete *Berends* von Berlin eröffnete die Debatte, indem er den Antrag stellte:

„Die Versammlung erklärt, in Anerkennung der Revolution, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben."

Die Form des Antrags, die altrömisch-lakonische, von der großen französischen Revolution wieder aufgenommene Fassung, war ganz passend.

Desto unpassender dagegen war die Manier, worin Herr *Berends* seinen Antrag entwickelte. Er sprach nicht revolutionär, sondern versöhnend. Er hatte den Zorn der insultierten Barrikadenkämpfer vor einer Versammlung von Reaktionären zu vertreten, und er dozierte ganz ruhig und trocken, als ob er noch als Lehrer des Berliner Handwerkervereins spräche. Er hatte eine ganz einfache, ganz klare Sache zu verteidigen, und seine Entwicklung ist das Verworrenste, was man lesen kann.

Herr *Berends* beginnt:

„Meine Herren! Die Anerkennung der Revolution liegt ganz in der Natur der Sache (!). Unsere Versammlung selbst ist eine redende Anerkennung der großen

Bewegung, welche durch alle zivilisierten Länder Europas hindurchgegangen ist. Die Versammlung ist aus dieser Revolution hervorgegangen, ihr Dasein ist also faktisch die Anerkennung der Revolution."

Erstens. Es handelt sich keineswegs darum, die „große Bewegung, welche durch alle zivilisierten Länder Europas hindurchgegangen ist", im allgemeinen als eine Tatsache anzuerkennen; das wäre überflüssig und nichtssagend. Es handelt sich vielmehr darum, den Berliner Straßenkampf, der für eine Emeute ausgegeben wird, als eine echte, wirkliche Revolution anzuerkennen.

Zweitens. Die Versammlung in Berlin ist allerdings nach einer Seite hin eine „*Anerkennung* der Revolution", insofern ohne den Berliner Straßenkampf keine „vereinbarte", sondern höchstens eine oktroyierte Verfassung zustande gekommen wäre. Aber durch die Art ihrer Berufung, durch das ihr vom Vereinigten Landtag und vom Ministerium gegebene Mandat ist sie ebensogut eine *Leugnung* der Revolution geworden. Eine „auf dem Boden der Revolution" stehende Versammlung vereinbart nicht, sie dekretiert.

Drittens. Die Versammlung hatte die Vereinbarungstheorie schon in dem Votum über die Adresse[1] anerkannt, sie hatte die Revolution in dem Votum gegen den Zug nach dem Grabe der Gefallenen[70] schon verleugnet. Sie hat die Revolution verleugnet, indem sie überhaupt neben der Frankfurter Versammlung „tagte".

Der Antrag des Herrn Berends war also faktisch schon zweimal verworfen. Er mußte diesmal, wo die Versammlung sich offen aussprechen sollte, um so mehr durchfallen.

Da die Versammlung einmal reaktionär war, da es feststand, daß das Volk von ihr nichts mehr zu erwarten hatte, so war es im Interesse der Linken, daß die Minorität *für* den Antrag möglichst klein war und nur die entschiedensten Mitglieder umfaßte.

Herr *Berends* brauchte sich also gar nicht zu genieren. Er mußte möglichst entschieden, möglichst revolutionär auftreten. Statt an der Illusion festzuhalten, die Versammlung sei eine konstituierende und wolle es sein, die Versammlung *stehe* auf dem Boden der Revolution, mußte er ihr erklären, sie habe die Revolution bereits indirekt verleugnet, und sie auffordern, es jetzt offen zu tun.

Aber nicht nur er, sondern die Redner der Linken überhaupt haben diese der demokratischen Partei einzig angemessene Politik nicht befolgt. Sie gaben sich der Illusion hin, die Versammlung zu einem revolutionären Schritt überreden zu können. Sie haben daher Zugeständnisse gemacht, sie haben

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 53/54

gemildert, sie haben von Versöhnung gesprochen und damit *selbst* die Revolution verleugnet.

Herr *Berends* fährt nun fort, in sehr kühler Denkungsart und sehr hölzerner Sprache über Revolutionen im allgemeinen und über die Berliner Revolution im besondern sich auszulassen. Im Verfolg seiner Erörterungen kommt er auf den Einwand, daß die Revolution überflüssig war, weil der König vorher schon alles bewilligt hatte. Er antwortet:

„Allerdings hatte Se. Majestät der König *vieles* bewilligt ... aber war in dieser Bewilligung die Zufriedenstellung des Volks erlangt? War uns die Garantie gegeben, daß diese Verheißung wirklich zur Wahrheit werde? Ich *glaube*, diese Garantie war ... erst nach dem Kampfe erlangt! ... Es ist begründet, daß eine solche Staatsumgestaltung nur in großen Katastrophen des Kampfes geboren und fest gegründet werden kann. Eine große Tatsache war am 18. März noch nicht bewilligt: das war die Bewaffnung des Volks ... Erst als das Volk bewaffnet war, fühlte es sich sicher gegen die Möglichkeit von Mißverständnissen ... Der Kampf ist *also* (!) freilich *eine Art Naturereignis* (!), aber ein notwendiges Ereignis ... die Katastrophe, in der die Umgestaltung des Staatslebens zur Wirklichkeit, zur Wahrheit kommt."

Aus dieser langen, verworrenen, von Wiederholungen strotzenden Erörterung geht ganz klar hervor, daß Herr *Berends* über die Resultate und die Notwendigkeit der Revolution durchaus im unklaren ist. Von ihren Resultaten kennt er nur die „Garantie" der Verheißungen des 18. und die „Volksbewaffnung"; ihre Notwendigkeit konstruiert er auf philosophischem Wege, indem er die „Garantie" nochmals in höherem Stil umschreibt und schließlich beteuert, keine Revolution könne ohne Revolution bewerkstelligt werden.

Die Revolution war notwendig, das heißt doch wohl nur, sie war notwendig, um das zu erlangen, was wir jetzt erlangt haben. Die Notwendigkeit der Revolution steht im direkten Verhältnis zu ihren Resultaten. Da aber Herr *Berends* über die Resultate im unklaren ist, so muß er natürlich zu überschwenglichen Beteuerungen seine Zuflucht nehmen, um ihre Notwendigkeit zu konstruieren.

Was waren die Resultate der Revolution? Keineswegs die „Garantie" der Verheißungen vom 18., sondern vielmehr der Umsturz dieser Verheißungen.

Am 18. war versprochen worden: eine Monarchie, in der Adel, Bürokratie, Militär und Pfaffen das Heft in der Hand behielten, aber der hohen Bourgeoisie die Kontrolle durch *geschenkte* Konstitution und Preßfreiheit mit Kautionen[67] gestatteten. Für das Volk deutsche Fahnen, deutsche Flotte, deutsche Bundesmilitärpflicht statt der preußischen.

Die Revolution stürzte die gesamten Mächte der absoluten Monarchie, Adel, Bürokraten, Militär und Pfaffen. Sie brachte die hohe Bourgeoisie aus-

schließlich zur Herrschaft. Sie gab dem Volk die Waffe der Preßfreiheit ohne Kautionen, das Assoziationsrecht, und wenigstens teilweise auch die materielle Waffe, die Muskete.

Das ist aber noch nicht das Hauptresultat. Das Volk, das in den Barrikaden gefochten und gesiegt hat, ist ein ganz anderes Volk als das, welches am 18. März vor das Schloß zog, um durch Dragonerangriffe über die Bedeutung der erhaltenen Zugeständnisse aufgeklärt zu werden. Es ist ganz andrer Dinge fähig, es steht der Regierung ganz anders gegenüber. Die wichtigste Eroberung der Revolution ist *die Revolution selbst.*

„Ich kann es als Berliner wohl sagen, daß es uns ein *schmerzliches Gefühl*" (weiter nichts!) „gewesen ist, ... diesen Kampf geschmäht zu sehen ... Ich knüpfe an das Wort des Herrn Ministerpräsidenten an, welcher ... darstellte, daß es die Sache eines großen Volks sei und sämtlicher Vertreter, mit *Milde zur Versöhnung* zu wirken. *Diese Milde nehme ich in Anspruch*, indem ich als Vertreter von Berlin bei Ihnen die Anerkennung des 18. und 19. März beantrage. Das Volk von Berlin hat sich in der ganzen Zeit nach der Revolution im ganzen gewiß sehr ehrenhaft und ehrenwert gehalten. Es mag sein, daß einzelne Exzesse vorgekommen sind ... und so *glaube* ich, daß es *am Orte*, daß die Versammlung erklärt etc. etc."

Diesem feigen, die Revolution verleugnenden Schluß haben wir nur hinzuzusetzen, daß nach einer solchen Motivierung der Antrag durchzufallen verdiente.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 16 vom 16. Juni 1848]

** *Köln*, 14. Juni. Das erste Amendement, das dem Berendsschen Antrag entgegengesetzt wurde, verdankte dem Abgeordneten Herrn *Brehmer* sein kurzes Dasein. Es war eine breite, wohlmeinende Erklärung, worin 1. die Revolution anerkannt, 2. die Vereinbarungstheorie anerkannt, 3. alle diejenigen, welche zu dem stattgehabten Umschwunge beigetragen hatten, anerkannt und 4. die große Wahrheit anerkannt, daß

Nicht Roß, nicht Reisige
Sichern die steile Höh',
Wo Fürsten stehn[71], –

womit schließlich die Revolution selbst wieder in einen echt preußischen Ausdruck gebracht worden war. Der brave Herr Oberlehrer *Brehmer* wollte es allen Parteien recht machen, und sie wollten alle nichts von ihm wissen. Sein Amendement wurde ohne Diskussion beseitigt, und Herr Brehmer zog sich zurück mit der ganzen Resignation eines enttäuschten Menschenfreundes.

An die Tribüne schritt der Herr *Schulze* (von Delitzsch). Herr Schulze ist auch ein Bewunderer der Revolution, aber ein Bewunderer nicht so sehr der Barrikadenkämpfer als der Leute des folgenden Morgens, des zum Unterschiede von den „Kämpfern" sogenannten „Volks". Die „Haltung des Volks *nach* dem Kampfe" soll noch besonders mit anerkannt werden, wünscht er. Seine Begeisterung kannte keine Grenzen, als er hörte

„von der Mäßigung und Besonnenheit des Volks, als ihm kein Gegner (!) mehr gegenüberstand ... von dem Ernste, von der Versöhnung des Volkes ... von seiner Haltung gegenüber der Dynastie ... wir sahen, daß das Volk sich wohl bewußt war, in diesen Augenblicken *der Geschichte selbst unmittelbar Aug in Auge zu sehen*" !!

Herr *Schulze* schwärmt nicht so sehr für die revolutionäre Tätigkeit des Volks *im* Kampf, als für seine durchaus nicht revolutionäre Untätigkeit *nach* dem Kampf.

Die Großmut des Volks nach der Revolution anerkennen, kann nur zweierlei heißen:

Entweder heißt es das Volk beleidigen, denn es wäre eine Beleidigung des Volks, als Verdienst anzuerkennen, daß es *nach* dem Siege keine Gemeinheiten begeht.

Oder es heißt die Erschlaffung des Volks nach dem Siege der Waffen anerkennen, die der Reaktion Gelegenheit gibt, sich wieder zu erheben.

„Beides zu vereinigen", hat Herr Schulze seine „zur Begeisterung erhobene Bewunderung" darüber ausgesprochen, daß das Volk erstens sich anständig betragen und zweitens der Reaktion Gelegenheit gegeben, sich wieder zu erholen.

Die „Haltung des Volkes" bestand darin, daß es sich damit beschäftigte, voll Begeisterung „der Geschichte selbst unmittelbar Aug in Auge zu sehen", wo es die Geschichte hätte machen sollen; daß es vor lauter „Haltung", „Mäßigung", „Besonnenheit", „tiefem Ernst" und „unauslöschlicher Weihe" nicht dazu kam, zu verhindern, daß die Minister ein Stück der errungenen Freiheit nach dem andern eskamotierten; daß es die Revolution für fertig erklärte, statt sie fortzusetzen. Wie ganz anders haben sich die Wiener benommen, die Schlag auf Schlag die Reaktion überwältigten und jetzt einen *konstituierenden* statt eines vereinbarenden Reichstags erobert haben![72]

Herr *Schulze* (von Delitzsch) erkennt also die Revolution unter der Bedingung an, nicht sie anzuerkennen. Dafür ward ihm ein schallendes Bravo.

Nach einer kleinen reglementarischen Zwischenunterhaltung tritt Herr *Camphausen* selbst auf die Bühne. Er bemerkt, daß nach dem Berendsschen Antrage „die Versammlung sich über eine *Idee* äußern, ein Urteil aussprechen soll". Die Revolution ist für Herrn Camphausen nur eine „*Idee*". Er „überläßt"

es daher der Versammlung, ob sie dies tun will. Über die Sache selbst ist nach seiner Ansicht „eine Meinungsverschiedenheit in erheblichem Umfange vielleicht nicht vorhanden", nach der allgemein bekannten Tatsache, daß, wo sich zwei deutsche Bürger streiten, sie stets au fond[1] einverstanden sind.

„Will man wiederholen, daß ... eine Periode eingetreten ist, welche die erheblichsten Umgestaltungen ... *zur Folge haben muß*" (also noch nicht gehabt hat), „so kann niemand mehr damit einverstanden sein als ich."

„Soll hingegen ausgedrückt werden, daß der Staat und die Staatsgewalt ihre rechtliche Begründung verloren haben, daß ein *gewaltsamer Umsturz der bestehenden Gewalt stattgefunden* ... dann protestiere ich gegen eine solche Auslegung."

Herr Camphausen suchte bisher sein Hauptverdienst darin, den abgerissenen Faden der Gesetzlichkeit wieder angeknüpft zu haben; jetzt behauptet er, er sei nie zerrissen gewesen. Die Tatsachen mögen ihn ins Gesicht schlagen; das Dogma von der ununterbrochenen gesetzlichen Übertragung der Gewalt von Bodelschwingh bis auf Camphausen kann sich nicht um die Tatsachen kümmern.

„Soll angedeutet werden, daß wir uns am Eingange von Zuständen befinden, wie wir sie aus der Geschichte der englischen Revolution im 17., der französischen im 18. Jahrhundert kennen, Zuständen, deren Ende das ist, daß die Gewalt in die Hände eines Diktators übergeht",

so muß Herr Camphausen ebenfalls protestieren.

Unser denkender Geschichtsfreund[24] durfte natürlich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, bei der Berliner Revolution diejenigen Reflexionen an den Mann zu bringen, die der deutsche Bürger um so mehr zu hören liebt, je öfter er sie im Rotteck gelesen hat. Die Berliner Revolution darf schon deshalb keine Revolution gewesen sein, weil sie sonst einen Cromwell oder Napoleon zu erzeugen genötigt wäre, wogegen Herr Camphausen protestiert.

Herr Camphausen erlaubt schließlich seinen Vereinbarern, „ihre *Gefühle* für die Opfer eines *verhängnisvollen Zusammenstoßes* auszudrücken", bemerkt aber, daß hier „wesentliches und vieles auf den Ausdruck ankomme", und wünscht die ganze Sache einer Kommission überwiesen zu sehen.

Nach einem neuen reglementarischen Zwischenfall tritt endlich ein Redner auf, der es versteht, Herzen und Nieren in Bewegung zu setzen, weil er der Sache auf den Grund geht. Es ist Se. Hochwürden der Herr Pastor *Müller* aus Wohlau, der für den Schulzeschen Zusatz auftritt. Der Herr Pastor

[1] im Grunde

will die Versammlung *„nicht lange aufhalten,* sondern nur *einen* sehr *wesentlichen* Punkt zur Sprache bringen".

Zu diesem Zweck unterbreitet der Herr Pastor der Versammlung folgende Frage:

„Der Antrag hat uns auf das *sittliche* Gebiet geführt, und nehmen wir ihn nicht in seiner *Oberfläche*" (wie macht man es, eine Sache *in* ihrer Oberfläche zu nehmen?), „sondern in seiner *Tiefe*" (es gibt eine leere Tiefe, wie es eine leere Breite gibt), „so werden wir nicht umhin können, wie schwierig diese Betrachtung auch sein mag, anzuerkennen, daß es sich um nichts weniger und nichts mehr handelt als um die sittliche Anerkennung des Aufstandes; *und ich frage darum: Ist ein Aufstand sittlich oder ist er es nicht?*"

Es handelt sich nicht um eine politische Parteifrage, sondern um etwas unendlich Wichtigeres: um ein theologisch-philosophisch-moralisches Problem. Die Versammlung hat mit der Krone keine Verfassung, sondern ein System der Moralphilosophie zu vereinbaren. „Ist ein Aufstand sittlich oder nicht?" Darauf kommt alles an. Und was antwortete der Herr Pastor der vor Spannung atemlosen Versammlung?

„Ich glaube aber nicht, daß *wir in dem Fall sind,* dieses hohe sittliche Prinzip hier *entscheiden zu müssen."!!*

Der Herr Pastor ist der Sache bloß auf den Grund gegangen, um zu erklären, daß er keinen Grund finden kann.

„Es ist der Gegenstand des Nachdenkens vieler *tiefsinnigen* Männer gewesen, und sie sind darüber doch zu *keiner bestimmten Entscheidung* gelangt. Wir werden diese Klarheit auch im Laufe einer raschen Debatte nicht erlangen."

Die Versammlung ist wie niedergedonnert. Der Herr Pastor stellt ihr ein sittliches Problem mit schneidender Schärfe und mit allem Ernst, den der Gegenstand erfordert; er stellt es ihr, um ihr sodann zu erklären, das Problem sei nicht zu lösen. Den Vereinbarern mußte in dieser beklemmenden Lage zu Mute sein, als ständen sie wirklich schon „auf dem Boden der Revolution".

Es war aber weiter nichts als ein einfaches seelsorgliches Manöver des Herrn Pastors, um die Versammlung zur Buße zu leiten. Er hat ein Balsamtröpfchen bereit für die Zerknirschten:

„Ich glaube, daß es noch einen dritten Punkt der Betrachtung gibt, der hier ins Auge gefaßt werden muß: Jene Opfer des 18. März *haben in einem Zustande gehandelt, welcher eine sittliche Entscheidung nicht gestattet."!!*

Die Barrikadenkämpfer waren unzurechnungsfähig.

„Fragen Sie mich aber, ob ich sie für *sittlich berechtigt* halte, so antworte ich kräftig: *‚Ja!'*"

Wir fragen: Wenn Gottes Wort vom Lande sich nach Berlin wählen läßt, bloß um durch seine moralisierende Kasuistik das ganze Publikum zu langweilen, ist das *sittlich* oder ist es *nicht sittlich*?

Abgeordneter *Hofer* protestiert gegen das Ganze in seiner Eigenschaft als pommerscher Bauer.

„Denn wer ist das Militär gewesen? Sind es nicht unsere Brüder und Söhne gewesen? Beachten Sie wohl, welchen Eindruck es machen wird, wenn der Vater am Ufer des Meeres" (wendisch po more, d.h. Pommern) „hört, wie sein Sohn hier behandelt worden ist!"

Das Militär mag sich betragen haben wie es will, es mag sich zum Werkzeug des infamsten Verrats hergegeben haben – einerlei, es waren unsere pommerschen Jungen und darum ein dreifaches Hurra für sie!

Abgeordneter *Schultz* aus Wanzleben: Meine Herren, die Berliner müssen anerkannt werden. Ihr Mut ist unbegrenzt gewesen. Sie haben nicht nur die Furcht vor den Kanonen überwunden.

„Was will das heißen, die Furcht, von den *Kartätschen* zerschmettert zu werden, wenn man dagegen die *Gefahr* erwägt, *als Straßenunfug Treibende* mit harten, vielleicht entehrenden Strafen belegt zu werden! Der *Mut*, der dazu gehört, *diesen* Kampf aufzunehmen, ist so erhaben, daß selbst der Mut den offenen Kanonenschlünden gegenüber *dagegen gar nicht* in Anschlag kommen kann!"

Die Deutschen haben also vor 1848 keine Revolution gemacht, weil sie sich vor dem Polizeikommissär fürchteten.

Minister *Schwerin* tritt auf, um zu erklären, er werde abtreten, wenn der Vorschlag von Berends angenommen werde.

Elsner und *Reichenbach* sprechen gegen den Zusatz von Schulze.

Dierschke bemerkt, die Revolution müsse anerkannt werden, weil „der Kampf der sittlichen Freiheit noch nicht abgeschlossen" und weil die Versammlung ebenfalls „durch die sittliche Freiheit berufen" sei.

Jacoby verlangte „volle Anerkennung der Revolution mit allen ihren Folgen". Seine Rede war die beste der ganzen Sitzung.

Endlich freuen wir uns, nach soviel Moral, Langweile, Unentschiedenheit und Versöhnung, unseren *Hansemann* auf die Tribüne steigen zu sehen. Jetzt endlich hören wir doch etwas Entschiedenes, etwas, das Hand und Fuß hat – aber nein, auch Herr Hansemann tritt heute mild, vermittelnd auf. Er hat seine Gründe dazu, er tut nichts, ohne seine Gründe zu haben. Er sieht, daß die Versammlung schwankt, daß die Abstimmung unsicher, daß das rechte Amendement noch nicht gefunden ist. Er will die Debatte vertagt wissen.

Zu diesem Zweck bietet er alle seine Kräfte an, möglichst sanftmütig zu sprechen. Die Tatsache ist da, sie ist unbestritten. Nur nennen die einen sie Revolution, die andern „große Tatsachen". Wir dürfen

„nicht vergessen, daß hier nicht eine *Revolution* stattgefunden hat wie in Paris, wie früher in England, sondern daß hier eine *Transaktion* zwischen der Krone und dem Volke stattgefunden hat" (eine sonderbare Transaktion mit Kartätschen und Büchsenkugeln!). „Gerade nun, weil wir" (Minister) „in gewisser Beziehung gegen das *Wesen der Sache* keine Einwendung machen, auf der andern Seite aber der Ausdruck so zu wählen ist, daß die Basis der Regierung, auf welcher wir stehen, möglich bleibe" –

deswegen möge die Debatte vertagt werden, damit die Minister sich beraten können.

Was muß es unserem Hansemann gekostet haben, solche Wendungen zu machen und zuzugeben, die „Basis", auf der die Regierung stehe, sei so schwach, daß sie durch einen „Ausdruck" umgestoßen werden könne! Es entschädigte ihn nur der Genuß, die Sache wieder zur *Kabinettsfrage* machen zu können.

Die Debatte wurde also vertagt.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 17 vom 17. Juni 1848]

Köln, 14. Juni. – *Zweiter Tag*. – Die Debatte beginnt wieder mit langen reglementarischen Verhandlungen. Nach ihrer Beseitigung tritt

Herr *Zachariä* auf. Er hat das Amendement vorzuschlagen, das die Versammlung aus der Klemme retten soll. Das große ministerielle Wort ist gefunden. Es lautet:

„Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der königl[ichen] Zustimmung" (die selbst ein „Märzereignis" war, wenn auch kein „großes") „den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselbe" (um die königl[iche] Zustimmung nämlich) „unbestritten ist (!!) und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urteile abzugeben" (die Versammlung soll erklären, sie habe kein Urteil!), „sondern *die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren*, zur Tagesordnung über."

Dieser konfuse, haltlose, nach allen Seiten Bücklinge schneidende Antrag, von dem Herr Zachariä sich schmeichelt, daß „ein jeder, selbst Herr Berends, *alles* darin finden wird, *was er nur immer* in dem guten Sinne, in welchem der Antrag von ihm gestellt wurde, *hat beabsichtigen können*", dieser süßsäuerliche Brei, das ist also der „Ausdruck", auf dessen „Basis" das Ministerium Camphausen „steht" und stehen kann.

Herr Pastor *Sydow* aus Berlin, aufgemuntert durch den Erfolg seines Collega Müller, tritt auch auf die Kanzel. Die sittliche Frage geht ihm im Kopf herum. Was Müller nicht konnte, wird *er* lösen können.

„Meine Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle *gleich*" (nachdem er schon eine halbe Stunde gepredigt) „das zu sagen, wozu das Pflichtgefühl mich treibt: Wenn die Debatte fortgeht, dann darf nach meiner Meinung keiner schweigen, bis er sich seiner Gewissenspflicht entledigt hätte. (Bravo!)

Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. *Meine Ansicht* von einer Revolution ist die (zur Sache! zur Sache!), daß, wo eine Revolution vorkommt, sie nur das Symptom der Schuld auf beiden Seiten ist, der Regierenden wie der Regierten. Dies" (diese Plattheit, die wohlfeilste Manier, die Sache abzumachen) „ist die *höhere sittliche Ansicht* der Sache, und (!) greifen wir nicht dem *christlich-sittlichen Urteil* der Nation vor." (Wozu glauben denn die Herren, daß sie da sind?) (Aufregung. Zur Tagesordnung!)

„Aber meine Herren", fährt der unerschütterliche Streiter der höheren sittlichen Ansicht und des unvorgreiflichen christlich-sittlichen Urteils der Nation fort, „ich bin nicht der Meinung, daß nicht Zeiten kommen können, wo die politische Notwehr (!) eines Volks mit der Notwendigkeit eines Naturereignisses hereinbricht, und ... dann bin ich der Meinung, daß der *Einzelne* daran auf *völlig sittliche Weise teilnehmen kann.*" (Dank der Kasuistik, wir sind gerettet!) „*Freilich auch möglicherweise auf unsittliche Weise*, das ist dann seinem Gewissen zu überlassen."!!

Die Barrikadenkämpfer gehören nicht vor die soi-disant[1] Nationalversammlung, sie gehören vor den Beichtstuhl. Damit ist die Sache erledigt.

Herr Pastor *Sydow* erklärt noch, daß er „Mut" hat, spricht des breiteren über Volkssouveränetät vom Standpunkte der höhern sittlichen Ansicht, wird noch dreimal durch ungeduldigen Lärm unterbrochen und geht auf seinen Platz mit dem freudigen Bewußtsein, sich seiner Gewissenspflicht entledigt zu haben. Die Welt weiß nun, welcher Meinung der Pastor Sydow ist und welcher Meinung er nicht ist.

Herr *Plönnis* erklärt, man solle die Sache fallenlassen. Eine mit soviel Amendements und Unteramendements, mit soviel Debatten und Häkeleien totmüde gehetzte Erklärung habe doch keinen Wert mehr. Herr Plönnis hat recht. Er konnte aber der Versammlung keinen schlimmeren Dienst tun, als indem er auf diesen Umstand, auf diesen Beweis von der Feigheit so vieler Mitglieder beider Seiten aufmerksam machte.

Herr *Reichensperger* aus Trier:

„Wir sind nicht hier, um Theorien zu bauen und *Geschichte zu dekretieren*, wir sollen womöglich *Geschichte machen*."

[1] sogenannte

Keineswegs! Durch die Annahme der motivierten Tagesordnung beschließt die Versammlung, daß sie im Gegenteil da ist, *Geschichte ungeschehen zu machen*. Allerdings auch eine Manier, „Geschichte zu machen".

„Ich erinnere an den Ausspruch Vergniauds, daß die Revolution daran ist, ihre eignen Kinder zu verschlingen."

Leider nein! Sie ist vielmehr daran, von ihren eignen Kindern verschlungen zu werden!

Herr *Riedel* hat entdeckt, daß unter dem Berendsschen Antrage *„nicht allein das verstanden werden soll, was die Worte einfach sagen*, sondern sich darunter ein Prinzipienstreit verbirgt". Und dieses Opfer der „höheren sittlichen Ansicht" ist geheimer Archivrat und Professor!

Wiederum schreitet ein hochehrwürdiger Herr Pfarrer auf die Bühne zu. Es ist Herr *Jonas*, der Berliner Damenprediger. Er scheint die Versammlung auch wirklich für ein Auditorium von Töchtern gebildeter Stände versehen zu haben. Mit der ganzen prätentiösen Breitspurigkeit eines echten Schleiermacherianers predigt er eine endlose Reihe der plattesten Gemeinplätze über den so höchst wichtigen Unterschied von Revolution und Reformation. Ehe er nur die Einleitung seiner Predigt beendet, war er dreimal unterbrochen; endlich platzte er hervor mit dem großen Satze:

„Die Revolution ist etwas, was unsrem gegenwärtigen religiösen und sittlichen Bewußtsein schnurstracks widerspricht. Eine Revolution ist eine Tat, die für groß und herrlich wohl galt im alten Griechen- und Römertum, aber im Christentum..." (Heftige Unterbrechung. Allgemeines Durcheinander. Esser, Jung, Elsner, der Vorsitzende und zahllose Stimmen mischen sich in die Debatte. Endlich kommt der beliebte Kanzelredner wieder zu Wort.)

„Jedenfalls bestreite ich der Versammlung das Recht, über religiöse und sittliche Prinzipien abzustimmen; über solche kann keine Versammlung abstimmen" (? und das Konsistorium, die Synode?). „Dekretieren wollen oder erklären, die Revolution sei ein hohes, sittliches Vorbild oder irgend etwas anderes" (also überhaupt irgend etwas), „dies kommt mir gerade so vor, als wollte die Versammlung beschließen, es sei ein Gott oder es sei kein Gott, oder mehrere."

Da haben wir's. Der Damenprediger hat die Frage glücklich wieder aufs Gebiet der „höheren sittlichen Ansicht" gezogen, und jetzt gehört sie natürlich nur vor die protestantischen Konzilien, vor die Katechismusfabrikanten der Synode.

Gottlob! Nach all diesem Sittlichkeitsqualm tritt endlich unser *Hansemann* auf. Bei diesem praktischen Geist sind wir vor der „höheren sittlichen Ansicht" vollständig sicher. Herr *Hansemann* beseitigt den ganzen moralischen Standpunkt mit der einen wegwerfenden Bemerkung:

„Haben wir, frage ich Sie, Muße genug, uns in solche Prinzipienkämpfe einzulassen?"

Herr Hansemann erinnert sich, daß gestern ein Abgeordneter von brotlosen Arbeitern sprach. Herr Hansemann benutzt diese Bemerkung zu einer geschickten Wendung. Er spricht von der Not der arbeitenden Klasse, bedauert ihr Elend und fragt:

„Was ist die Ursache der allgemeinen Not? Ich glaube ... ein jeder trägt das Gefühl in sich, daß noch keine Gewißheit für etwas Bestehendes gegeben ist, solange unsre staatsrechtlichen Zustände noch nicht geordnet sind."

Herr Hansemann spricht hier aus voller Seele. Das Vertrauen muß wiederhergestellt werden! ruft er aus – und das beste Mittel zur Wiederherstellung des Vertrauens ist die Verleugnung der Revolution. Und nun ergeht sich der Redner des Ministeriums, das „keine Reaktion sieht", in einer schreckenerregenden Schilderung der Wichtigkeit der freundlichen Gesinnungen der Reaktion.

„Ich beschwöre Sie, die Eintracht unter *allen Klassen* zu fördern" (indem man den Klassen, die die Revolution gemacht haben, einen Schimpf antut!); „ich beschwöre Sie, die Eintracht zwischen Volk und Heer zu fördern; bedenken Sie, daß auf dem Heere unsre Hoffnungen beruhen, unsre Unabhängigkeit zu behaupten" (! in Preußen, wo jeder Soldat ist!); „bedenken Sie, in welchen schwierigen Verhältnissen wir uns befinden – ich brauche Ihnen das nicht weiter auseinanderzusetzen, der *aufmerksame Zeitungsleser*" (und das sind die Herren gewiß alle) „wird *anerkennen*, daß diese Verhältnisse schwierig, *höchst schwierig* sind. In diesem Augenblick nun eine Erklärung abzugeben, durch welche eine *Saat der Zwietracht* ins Land gebracht wird, halte ich nicht für geeignet... Deshalb, meine Herren, *versöhnen* Sie die Parteien, nehmen Sie keine Frage auf, wodurch Sie *die Gegner provozieren*, denn das *würde gewiß geschehen*. Es würde eine Annahme des Antrags *die traurigsten Folgen* haben können."

Wie mögen die Reaktionäre gelächelt haben, als sie sahen, wie der sonst so resolute Hansemann nicht nur die Versammlung, sondern sogar sich selbst in die Angst hineinredete!

Dieser Appell an die Furcht der großen Bourgeois, Advokaten und Schulmeister der Kammer wirkte mehr als alle gefühlvollen Phrasen von der „höheren sittlichen Ansicht". Die Sache war entschieden. D'Ester warf sich noch ins Gefecht, um die Wirkung zu vereiteln, aber vergebens; die Debatte wurde geschlossen, und 196 gegen 177 Stimmen nahmen die Zachariäsche motivierte Tagesordnung an.

Die Versammlung sprach sich damit selbst das Urteil, daß sie kein Urteil habe.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Stellung der Parteien in Köln

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 18 vom 18. Juni 1848]

** *Köln*, 16. Juni. Wir haben hier vor einigen Tagen eine Nachwahl gehabt, die aufs schlagendste beweist, wie sehr seit der allgemeinen Wahl die Stellung der Parteien sich verändert hat[73].

Herr Polizeidirektor Müller, Stellvertreter für Frankfurt, war in Gummersbach zum Abgeordneten nach Berlin gewählt worden.

Drei Kandidaten waren in der Wahl. Die katholische Partei hatte Herrn *Pellmann*, die konstitutionelle (der Bürgerverein[74]) Herrn Advokatsanwalt *Fay*, die demokratische Herrn Advokat *Schneider II*, Präsidenten der (Stollwerkschen) Demokratischen Gesellschaft[75], in Vorschlag gebracht.

Bei der ersten Abstimmung (140 stimmende Wahlmänner) hatte Herr Fay 29, Herr Pellmann 34, Herr Schneider 52 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zersplittert.

Bei der zweiten Abstimmung (139 Stimmen) hatte Herr Fay 14, Herr Pellmann 59, Herr Schneider 64 Stimmen. Die demokratische Partei war also noch in einer stets wachsenden Majorität.

Bei der dritten Abstimmung (138 Stimmen) endlich hatte Herr Fay *keine* Stimme mehr. Herr Schneider hatte 55, Herr Pellmann 75 Stimmen. Die Herren vom Bürgerverein hatten also aus Furcht vor den Stollwerkern ihre Stimmen dem katholischen Kandidaten gegeben.

Diese Abstimmungen beweisen, wie sehr sich die öffentliche Stimmung hier geändert hat. In den Hauptwahlen waren die Demokraten überall in der Minorität. In dieser Nachwahl war von den drei kämpfenden Parteien die demokratische bei weitem die stärkste und konnte nur durch eine widernatürliche Koalition der beiden andern Parteien besiegt werden. Wir verdenken der katholischen Partei nicht, daß sie diese Koalition annahm. Wir heben nur die Tatsache hervor, daß die *Konstitutionellen* verschwunden sind.

Die Vereinbarungsversammlung vom 15. Juni[25]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 18 vom 18. Juni 1848]

** *Köln*, 17. Juni. Wir sagten Euch vor einigen Tagen[1]: Ihr leugnet die Existenz der Revolution. Durch eine zweite Revolution wird sie ihr Dasein beweisen.

Die Ereignisse vom 14. Juni[76] sind nur das erste Wetterleuchten dieser zweiten Revolution, und schon ist das Ministerium Camphausen in voller Auflösung. Die Vereinbarungsversammlung hat dem Berliner Volk ein Vertrauensvotum dekretiert, indem sie sich unter seinen Schutz stellt.[77] Es ist dies die nachträgliche Anerkennung der Märzkämpfer. Sie hat das Verfassungswerk aus den Händen der Minister genommen und sucht sich mit dem Volk zu „vereinbaren", indem sie eine Kommission zur Prüfung sämtlicher auf die Verfassung bezüglichen Petitionen und Adressen ernennt. Es ist dies die nachträgliche Kassation ihrer Inkompetenzerklärung[2]. Sie verspricht, das Verfassungswerk durch eine Tat zu beginnen, durch die Abschaffung der untersten Grundlage des alten Baues – der auf dem Land lastenden Feudalverhältnisse. Es ist dies die Verheißung einer Nacht vom 4. August[78].

Mit einem Wort: Die Vereinbarungsversammlung hat am 15. Juni ihre eigne Vergangenheit geleugnet, wie sie am 9. Juni die Vergangenheit des Volkes leugnete. Sie hat ihren 21. März[79] erlebt.

Noch aber ist die Bastille nicht gestürmt.

Indessen naht vom Osten her ein Apostel der Revolution, unaufhaltsam, unwiderstehlich. Schon steht er vor den Toren von Thorn. Es ist der *Zar. Der Zar wird die deutsche Revolution retten, indem er sie zentralisieren wird.*

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 64–66 – [2] siehe vorl. Band, S. 63

Der Prager Aufstand

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 18 vom 18. Juni 1848]

** *Köln*, 17. Juni. Ein neues posensches Blutbad[52] bereitet sich in *Böhmen* vor. Die österreichische Soldateska hat die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenbleibens von Böhmen und Deutschland[80] im tschechischen Blute erstickt.

Der Fürst Windischgrätz läßt auf dem Wyschehrad und Hradschin[81] Kanonen gegen Prag auffahren. Militär wird konzentriert und ein Handstreich gegen den Slawenkongreß[82] und die Tschechen vorbereitet.

Das Volk erfährt diese Rüstungen. Es strömt vor die Wohnung des Fürsten und verlangt Waffen. Sie werden ihm verweigert. Die Aufregung steigt, die bewaffneten und unbewaffneten Massen wachsen. Da fällt ein Schuß aus einem dem Palast des Kommandanten gegenüberliegenden Gasthof, und die Fürstin Windischgrätz sinkt tödlich verwundet nieder. Auf der Stelle wird Befehl zum Angriff erteilt, die Grenadiere rücken vor, das Volk wird zurückgedrängt. Aber überall erheben sich Barrikaden und halten das Militär auf. Kanonen werden vorgefahren, mit Kartätschen werden die Barrikaden zerschmettert. Das Blut fließt in Strömen. Die ganze Nacht vom 12. auf den 13. und noch am 13. wird gekämpft. Endlich gelingt es den Soldaten, die breiten Straßen zu nehmen und das Volk in die engeren Stadtteile zurückzudrängen, wo keine Artillerie angewandt werden kann.

Soweit unsre neuesten Nachrichten. Es wird hinzugefügt, daß viele Mitglieder des Slawenkongresses unter starker Bedeckung aus der Stadt gewiesen seien. Hiernach hätte das Militär wenigstens teilweise gesiegt.

Der Aufstand mag endigen wie er will, ein Vernichtungskrieg der Deutschen gegen die Tschechen bleibt jetzt die einzige mögliche Lösung.

Die Deutschen haben in ihrer Revolution die Sünden ihrer ganzen Vergangenheit zu büßen. Sie haben sie gebüßt in Italien. Sie haben sich in Posen

abermals den Fluch von ganz Polen aufgeladen. Und jetzt kommt noch Böhmen dazu.

Die Franzosen haben sich, selbst da, wo sie als Feinde kamen, Anerkennung und Sympathien zu erhalten gewußt. Die Deutschen werden nirgends anerkannt, finden nirgends Sympathien. Selbst wo sie als großherzige Freiheitsapostel auftreten, stößt man sie mit bitterm Hohn zurück.

Und man hat recht. Eine Nation, die sich in ihrer ganzen Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrückung gegen alle andern Nationen hat gebrauchen lassen, eine solche Nation muß erst beweisen, daß sie wirklich revolutioniert ist. Sie muß es anders beweisen als durch ein paar halbe Revolutionen, die kein anderes Resultat haben, als unter andern Gestalten die alte Unentschiedenheit, Schwäche und Uneinigkeit fortbestehen zu lassen; Revolutionen, bei denen ein Radetzky in Mailand, ein Colomb und Steinäcker in Posen, ein Windischgrätz in Prag, ein Hüser in Mainz bleibt, ganz als ob nichts vorgefallen.

Das revolutionierte Deutschland mußte sich, namentlich in Beziehung auf die Nachbarvölker, von seiner ganzen Vergangenheit lossagen. Es mußte zugleich mit seiner eigenen Freiheit die Freiheit der Völker proklamieren, die es bisher unterdrückt hatte.

Und was *hat* das revolutionierte Deutschland getan? Es hat die alte Unterdrückung Italiens, Polens und nun auch Böhmens durch die deutsche Soldateska vollständig ratifiziert. Kaunitz und Metternich sind vollständig gerechtfertigt.

Und da verlangen die Deutschen, die Tschechen sollen ihnen vertrauen?

Und man verdenkt den Tschechen, daß sie sich nicht an eine Nation anschließen wollen, die, während sie sich selbst befreit, andere Nationen unterdrückt und mißhandelt?

Man verdenkt es ihnen, daß sie eine Versammlung nicht beschicken wollen, wie unsere trübselige, mattherzige, vor ihrer eignen Souveränität zitternde Frankfurter „Nationalversammlung"?

Man verdenkt es ihnen, daß sie sich von der impotenten österreichischen Regierung lossagen, die in ihrer Ratlosigkeit und Lahmheit nur da zu sein scheint, um das Auseinanderfallen Österreichs nicht zu verhindern oder wenigstens zu organisieren, sondern zu konstatieren? Einer Regierung, die selbst zu schwach ist, Prag von den Kanonen und Soldaten eines Windischgrätz zu befreien?

Wer aber am meisten zu bedauern ist, das sind die tapfern Tschechen selbst. Mögen sie siegen oder geschlagen werden, ihr Untergang ist gewiß. Durch die vierhundertjährige Unterdrückung von seiten der Deutschen, die

jetzt in dem Prager Straßenkampf fortgesetzt wird, sind sie den Russen in die Arme gejagt. In dem großen Kampfe zwischen dem Westen und dem Osten Europas, der in sehr kurzer Zeit – vielleicht in einigen Wochen – hereinbrechen wird, stellt ein unglückliches Verhängnis die Tschechen auf die Seite der Russen, auf die Seite des Despotismus gegen die Revolution. Die Revolution wird siegen, und die Tschechen werden die Ersten sein, die von ihr erdrückt werden.[83]

Die Schuld für diesen Untergang der Tschechen tragen wieder die Deutschen. Es sind die Deutschen, die sie an Rußland verraten haben.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Valdenaires Haft – Sebaldt

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 19 vom 19. Juni 1848]

*ᵞ *Köln.* Die Berliner Vereinbarungsversammlung hat bekanntlich Wencelius' Antrag in bezug auf die Verhaftung von *Victor Valdenaire*, des Deputierten des Landkreises von Trier, vertagt.[25] Und aus welchem Grund! Weil kein *Gesetz* über die Unverletzlichkeit der Volksrepräsentanten in den Archiven der alten preußischen Gesetzgebung sich findet, natürlich so wenig als Volksrepräsentanten in der alten Rumpelkammer der preußischen Geschichte. Nichts leichter, als auf diese Grundlage hin alle Errungenschaften der Revolution hinterher im Interesse des Staatsfiskus zu vernichten! Die sich von selbst verstehenden Ansprüche, Bedürfnisse und Rechte der Revolution sind natürlich nicht von einer Gesetzgebung sanktioniert, deren Grundlage durch eben diese Revolution in die Luft gesprengt ist. Von dem Augenblicke an, wo preußische Volksrepräsentanten existierten, existiert die *Unverletzlichkeit* der preußischen Volksrepräsentanten. Oder soll das Fortbestehen der ganzen Vereinbarungsversammlung der Laune eines Polizeipräsidenten oder eines Gerichtshofes anheimfallen? Allerdings! *Zweiffel, Reichensperger* und die übrigen rheinischen Juristen, die jede politische Frage in eine Prozedurstreitigkeit verwandeln und den Valdenaireschen Fall nicht vorübergehen lassen dürften, ohne eine winzige Spitzfindigkeit und einen riesigen Servilismus zur Schau zu tragen, sind vor solcher Eventualität vollständig gesichert.

Bei dieser Gelegenheit eine Frage an Herrn Reichensperger II: Ist Herr Reichensperger nicht etwa bestimmt, die *Kammerpräsidentschaft in Köln* nach der Pensionierung des Herrn Schauberg, die am 1. Juli 1848 stattfinden soll, anzutreten?

Valdenaire wurde verhaftet, als er eben den Postwagen nach *Merzig* bestieg, wo die Wahl des *Deputierten nach Frankfurt* stattfinden sollte. Valdenaire hatte die große Majorität der Stimmen gesichert. Kein bequemeres

Mittel, eine mißliebige Wahl zu vereiteln, als den Kandidaten verhaften! Und die Regierung, um konsequent zu sein, beruft seinen Stellvertreter *Gräff* trotz seiner Reklamation nicht ein und läßt so eine mißliebige Bevölkerung von 60000 Seelen unvertreten. Wir raten Herrn Gräff, aus eigner Machtvollkommenheit sich nach Berlin zu verfügen.

Schließlich können wir den Zustand in Trier nicht besser charakterisieren als durch den nachfolgenden Abdruck einer *Warnung* des hochvermögenden Herrn *Sebaldt,* königl. Landrats und Oberbürgermeisters von Trier.

Warnung

An einigen Abenden hintereinander haben sich auf öffentlichen Plätzen und Straßen der Stadt ungewöhnlich zahlreiche Anhäufungen von Menschen gezeigt, welche bei manchen Ängstlichen dem Glauben an bevorstehende ordnungswidrige Demonstrationen Eingang verschafften. Ich gehöre nicht zu den Ängstlichen und mag es wohl leiden, wenn sich der Straßenverkehr ungezwungen bewegt. Sollte es jedoch wider Erwarten einzelnen unreifen Köpfen einfallen, diesen Verkehr zu Bübereien oder beleidigender Neckerei zu mißbrauchen, so müßte ich den bessern Teil des Publikums dringend ersuchen, sich sogleich von jenen Elementen zu trennen, denn ernsten Störungen der Ordnung wird Ernst entgegengesetzt werden, und es sollte mir leid tun, wenn bei einem eintretenden Konflikt der Unvorsichtige statt des Schuldigen zu Schaden kommen sollte.

Trier, den 16. Juni 1848

Der k[önigliche] Landrat und Oberbürgermeister
R[egierungs]-R[at] Sebaldt

Wie gemütlich der hochstehende Mann schreibt, wie patriarchalisch! *„Er mag es wohl leiden, wenn sich der Straßenverkehr ungezwungen bewegt.“* Angenehme Leidenschaft des Herrn Sebaldt!

Ängstliche befürchten eine Demonstration. Der Diktator von Trier hat die Eigenschaft, nicht ängstlich zu sein. Aber er muß seine Machtvollkommenheit zeigen, er muß die Hirngespinste der Ängstlichen in eine *amtliche Mutmaßung* verwandeln, um *ernsten* Störungen mit entgegengesetztem *Ernst* drohen zu können.

Wie überraschend verbindet der große Mann den Ernst und die Gemütlichkeit! Unter dem Schutz dieser ernst-gemütlichen *Vorsehung* können die *Bessern* in Trier ruhig schlummern.

Die Vereinbarungssitzung vom 17. Juni[25]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 20 vom 20. Juni 1848]

** *Köln*, 19. Juni. „Nichts gelernt und nichts vergessen"[84] – das gilt vom Ministerium Camphausen ebensogut wie von den Bourbonen.

Am 14. Juni dringt das Volk, empört über die Verleugnung der Revolution durch die Vereinbarer[1], auf das Zeughaus ein.[76] Es will eine Garantie gegen die Versammlung haben, und es weiß, daß Waffen die beste Garantie sind. Das Zeughaus wird gestürmt, das Volk bewaffnet sich selbst.

Der Sturm des Zeughauses, ein Ereignis ohne unmittelbare Resultate, eine auf halbem Wege stehengebliebene Revolution, hatte dennoch die Wirkung:

1. daß die zitternde Versammlung ihren Beschluß vom vorigen Tage zurücknahm und erklärte, sie stelle sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung[77];

2. daß sie das Ministerium in einer Lebensfrage verleugnete und den Camphausenschen Verfassungsentwurf[85] mit 46 Stimmen Majorität durchfallen ließ[2];

3. daß das Ministerium sofort in volle Auflösung geriet, daß die Minister Kanitz, Schwerin und Auerswald abdankten – von denen bis jetzt erst Kanitz durch Schreckenstein definitiv ersetzt ist – und daß Herr Camphausen am 17. Juni erst sich von der Versammlung drei Tage Frist erbat, um sein gesprengtes Kabinett wieder zu vervollständigen.

Das alles hatte der Sturm des Zeughauses zustande gebracht.

Und zu derselben Zeit, wo die *Wirkungen* dieser Selbstbewaffnung des Volkes so schlagend hervortreten, wagt es die Regierung, die Handlung selbst anzugreifen! Zu derselben Zeit, wo Versammlung und Ministerium den Aufstand anerkennen, werden die Teilnehmer des Aufstandes zur Unter-

[1] Siehe vorl. Band, S. 64–77 – [2] siehe vorl. Band, S. 79

suchung gezogen, nach altpreußischen Gesetzen behandelt, in der Versammlung geschmäht und als gemeine Diebe hingestellt!

An demselben Tage, wo die bebende Versammlung sich unter den Schutz der Zeughausstürmer stellt, erklären Erlasse der Herren *Griesheim* (Kriegsministerialkommissar) und *Temme* (Staatsanwalt) die Zeughausstürmer für „Räuber" und „gewaltsame Diebe". Der „liberale" Herr Temme, den die Revolution aus dem Exil zurückholte, beginnt eine strenge Untersuchung gegen die Fortsetzer der Revolution. *Korn, Löwinsohn* und *Urban* werden verhaftet. Haussuchungen über Haussuchungen werden in ganz Berlin angestellt. Der Hauptmann *Natzmer*, der richtigen Blick genug hatte, um die Notwendigkeit seines Abzugs aus dem Zeughause sofort einzusehen, der Mann, der durch seinen friedlichen Abzug Preußen vor einer neuen Revolution und die Minister vor den größten Gefahren bewahrte – dieser Mann wird vor ein Kriegsgericht gestellt, wird nach Kriegsartikeln behandelt, die ihn zum Tode verurteilen.

Die Vereinbarer erholen sich ebenfalls von ihrem Schreck. In ihrer Sitzung vom 17. verleugnen sie die Zeughausstürmer, wie sie am 9. die Barrikadenkämpfer verleugnet haben. In dieser Sitzung vom 17. trug sich nämlich folgendes zu:

Herr Camphausen erklärt der Versammlung, er werde ihr jetzt die ganze Tatsache mitteilen, damit sie entscheide, ob das Ministerium wegen des Zeughaussturmes in Anklagezustand zu versetzen sei.

Allerdings war Grund vorhanden zu einer Anklage der Minister, und zwar nicht, weil sie den Sturm des Zeughauses geduldet, sondern weil sie ihn *verursacht* hatten, indem sie eine der bedeutendsten Folgen der Revolution, die Volksbewaffnung, eskamotierten.

Herr *Griesheim,* Kommissar des Kriegsministeriums, tritt nach ihm auf. Er gibt eine breitere Beschreibung der im Zeughause befindlichen Waffen, namentlich der Gewehre „einer ganz neuen Erfindung, alleiniges Geheimnis Preußens", der Waffen „von historischer Bedeutung" und alle der andern Herrlichkeiten. Er beschreibt die Bewachung des Zeughauses: oben 250 Mann Militär, unten die Bürgerwehr. Er beruft sich darauf, daß die Waffeneinsendungen und -absendungen aus dem Zeughaus, als Hauptdepot des ganzen preußischen Staats, kaum durch die Märzrevolution unterbrochen worden sei[en].

Nach allen diesen Vorbemerkungen, mit denen er die Teilnahme der Vereinbarer für das so höchst interessante Institut des Zeughauses zu fangen versuchte, kommt er endlich auf die Ereignisse des 14. Juni.

Man habe das Volk stets auf das Zeughaus und auf die Waffensendungen aufmerksam gemacht, man habe ihm gesagt, die Waffen gehörten ihm.

Allerdings gehörten die Waffen dem Volke; erstens als Nationaleigentum und zweitens als Stücke der eroberten und garantierten Volksbewaffnung.

Herr Griesheim „konnte mit Bestimmtheit versichern, daß die ersten Schüsse aus dem Volke auf die Bürgerwehr gefallen seien".

Diese Behauptung ist ein Seitenstück der „siebzehn Militärtoten"[68] des März.

Herr Griesheim erzählt nun, wie das Volk ins Zeughaus eindrang, wie die Bürgerwehr sich zurückzog und nun „1100 Gewehre der neuen Erfindung *gestohlen* wurden, ein unersetzlicher Verlust" (!). Man habe den Hauptmann Natzmer zum Abzug, zu einer „*Pflichtverletzung*" überredet; das Militär sei abgezogen.

Jetzt aber kommt der Herr Kriegsministerialkommissar zu einer Stelle seines Berichts, bei der ihm sein altpreußisches Herz blutet; das Volk hat das Heiligtum des alten Preußens entweiht. Man höre:

„Jetzt aber haben *förmliche Greueltaten* in den oberen Räumen begonnen. Man hat *gestohlen, geraubt und verwüstet.* Neue Waffen sind hinuntergeworfen und zerbrochen, *Altertümer* von unersetzlichem Wert, Gewehre mit Silber und Elfenbein, die künstlichen, schwer zu ersetzenden Modelle der Artillerie sind verwüstet, *die mit dem Blut des Volks errungenen Trophäen und Fahnen,* an denen die *Ehre der Nation haftet,* sind *zerrissen und besudelt worden!*" (Allgemeine Entrüstung. Ruf von allen Seiten: Pfui, Pfui!)

Diese Entrüstung des alten Haudegens über die Frivolität des Volks wirkt wahrhaft komisch. Das Volk hat an den alten Pickelhauben, Landwehrtschakos und sonstigem Gerümpel „von unersetzlichem Werte" „förmliche Greuel" begangen! Es hat „neue Waffen" hinuntergeworfen! Welch ein „Greuel" für einen im Dienst ergrauten Oberstlieutenant, der die „neuen Waffen" nur im Zeughaus ehrerbietig bewundern durfte, während sein Regiment mit den verschlissensten Gewehren exerzierte! Das Volk hat die Artilleriemodelle verwüstet! Verlangt Herr Griesheim etwa, das Volk solle sich bei einer Revolution vorher Glacéhandschuhe anziehen? Aber das Schrecklichste kommt erst – die Trophäen des alten Preußens sind besudelt und zerrissen worden!

Herr Griesheim berichtet uns hier eine Tatsache, aus der hervorgeht, daß das Berliner Volk am 14. Juni einen sehr richtigen revolutionären Takt gezeigt. Das Volk von Berlin hat die Befreiungskriege verleugnet, indem es die bei Leipzig[86] und Waterloo[87] eroberten Fahnen mit Füßen trat. Das erste, was die Deutschen in ihrer Revolution zu tun haben, ist, mit ihrer ganzen schimpflichen Vergangenheit zu brechen.[88]

Aber die altpreußische Versammlung der Vereinbarer mußte natürlich Pfui! Pfui! schreien über einen Akt, in dem das Volk zum erstenmal nicht

nur gegen seine Unterdrücker, sondern auch gegen die glänzenden Illusionen seiner eignen Vergangenheit revolutionär auftritt.

Bei aller schnurrbartsträubenden Entrüstung über solchen Frevel vergißt Herr Griesheim jedoch nicht zu bemerken, daß die ganze Geschichte „dem Staat 50000 Taler und für mehrere Bataillone Truppen die Waffen kostet". Er fährt fort:

„Es ist nicht das Streben nach Volksbewaffnung, welches den Angriff veranlaßt hat. Die Waffen sind für wenige Groschen verkauft worden."

Nach Herrn Griesheim war der Zeughaussturm bloß die Tat einer Anzahl Diebe, die Gewehre stahlen, um sie für einen Schnaps wieder zu verkaufen. Warum die „Räuber" gerade das Zeughaus und nicht vielmehr die reichen Läden der Goldschmiede und Geldwechsler plünderten, darüber ist der Kriegsministerialkommissar eine Erklärung schuldig geblieben.

„Es hat sich für den unglücklichen (!) Hauptmann eine sehr rege Teilnahme gezeigt, deshalb weil er seine Pflicht verletzt, um, wie es heißt, kein Bürgerblut zu vergießen; ja man hat die Tat als anerkennenswert und dankenswert dargestellt; es war sogar heute eine Deputation bei mir, welche verlangt, daß die Tat als dankenswert für das ganze Vaterland anerkannt werden soll. (Entrüstung.) Es waren Deputierte der verschiedenen Klubs unter Vorsitz des Assessors Schramm. (Entrüstung zur Rechten und ‚Pfui!') Das steht fest, der Kapitän hat das erste, das vornehmlichste Gesetz des Soldaten gebrochen – er hat seinen Posten verlassen, trotz der ihm ausdrücklich erteilten Instruktion, dies nicht ohne besondern Befehl zu tun. Es ist ihm vorgeredet worden, daß er durch seinen Abmarsch den Thron rette, daß sämtliche Truppen die Stadt verlassen und der König aus Potsdam entflohen wäre. (Entrüstung.) *Er hat ebenso gehandelt, wie jener Festungskommandant im Jahre 1806*, der auch ohne weiteres das ihm Anvertraute übergab, anstatt es zu verteidigen. Was übigens die Einrede betreffe, daß er durch seinen Abmarsch das Vergießen von Bürgerblut gehindert habe, so verschwindet diese ganz von selbst; es wäre auch kein Haar gekrümmt worden, da er den Posten in dem Augenblick übergab, als der übrige Teil des Bataillons zu seiner Hülfe anrückte." (Bravo zur Rechten, Zischen zur Linken.)

Herr Griesheim hat natürlich wieder vergessen, daß die Zurückhaltung des Hauptmanns Natzmer Berlin vor einem neuen Waffenkampf, die Minister vor der größten Gefahr, die Monarchie vor dem Sturz rettete. Herr Griesheim ist wieder ganz Oberstlieutenant, sieht in der Handlung Natzmers nichts als Insubordination, feiges Verlassen seines Postens und Verrat nach der bekannten altpreußischen Manier von 1806[89]. Der Mann, dem die Monarchie ihre Fortdauer verdankt, soll zum Tode verurteilt werden. Ein schönes Beispiel für die ganze Armee!

Und wie benahm sich die Versammlung bei dieser Erzählung des Herrn Griesheim? Sie war das Echo seiner Entrüstung. Die Linke protestiert

schließlich durch – Zischen. Die Berliner Linke benimmt sich überhaupt immer feiger, immer zweideutiger. Diese Herren, die bei den Wahlen das Volk exploitiert haben, wo waren sie in der Nacht vom 14. Juni, als das Volk aus bloßer Ratlosigkeit die gewonnenen Vorteile bald wieder fahren ließ, als nur ein Führer fehlte, um den Sieg vollständig zu machen? Wo waren die Herren Berends, Jung, Elsner, Stein, Reichenbach? Sie blieben zu Hause oder machten ungefährliche Vorstellungen bei den Ministern. Und damit nicht genug. Sie wagen es nicht einmal, das Volk gegen die Verleumdungen und Schmähungen des Regierungskommissars zu verteidigen. Kein einziger Redner tritt auf. Kein einziger will verantwortlich sein für den Akt des Volks, der ihnen den ersten Sieg verschafft hat. Sie wagen nichts als zu – *zischen!* Welcher Heldenmut!

Geschrieben von Friedrich Engels.

Das Amendement Stupp

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 21 vom 21. Juni 1848]

** *Köln*, 20. Juni. Herr *Stupp* aus *Köln* hat zu dem Gesetze wegen *Unverletzlichkeit der Abgeordneten* ein Amendement gestellt, das in der Vereinbarungsversammlung nicht zur Diskussion kam, seinen Kölner Mitbürgern aber nicht uninteressant sein dürfte. Wir wollen ihnen den ungeteilten Genuß dieses legislatorischen Kunstwerks nicht vorenthalten.

Amendement des Abgeordneten Stupp

§ 1. „Kein Mitglied der Versammlung kann für seine Abstimmungen oder für die von ihm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter ausgesprochenen Worte und Meinungen in irgendeiner Weise zur Rechenschaft gezogen werden."

Amendement: „Streichung des Wortes ‚Worte' in der dritten Zeile."

Begründung: „Es genügt, daß der Abgeordnete seine *Meinung* frei äußern darf. Unter dem Ausdruck ‚*Worte*' können auch Ehrenkränkungen subsumiert werden, welche den Beleidigten zu einer *Zivilklage* berechtigen. Gegen solche Klagen die Abgeordneten in Schutz zu nehmen, scheint mir mit dem Ansehen und der Ehre der Versammlung in Widerspruch zu stehen."

Es genügt, daß der Abgeordnete *gar keine Meinung* äußert, sondern trommelt und abstimmt. Denn warum nicht auch die „*Meinung*" streichen, da Meinungen in „Worten" geäußert werden müssen und sogar in „ehrenkränkenden" Worten geäußert werden können, da unter dem Ausdrucke „Meinungen" auch ehrenkränkende Meinungen „*subsumiert*" werden können?

§ 2. „Kein Mitglied der Versammlung kann während der Dauer derselben ohne ihre Genehmigung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, außer, wenn es entweder bei der Ausübung der Tat oder binnen 24 Stunden nach derselben festgenommen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden notwendig."

Amendement: „Streichung des Schlußsatzes: ‚Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden notwendig.' "

Begründung: „Es liegt hierin ein *Eingriff in die Privatrechte der Staatsbürger*, dessen Sanktion mir bedenklich erscheint. So groß das Interesse der Versammlung auch sein mag, irgendeinen Abgeordneten in ihrer Mitte zu haben, so halte ich dennoch die Achtung der *Privatrechte* für überwiegend.

Zu bedenken ist aber insbesondere, daß wir dies Gesetz nicht für die Zukunft, d.h. nicht für die Mitglieder einer künftigen Kammer, sondern *für uns* beschließen. Vorausgesetzt, es seien Mitglieder unter uns, welche eine Verhaftung wegen Schulden zu befürchten hätten, so würde es doch gewiß bei unsern Wählern einen üblen Eindruck machen, wollten wir uns durch ein von uns selbst beschlossenes Gesetz gegen die *rechtmäßige* Verfolgung unserer Kreditoren schützen."

Oder vielmehr umgekehrt! Es macht auf Herrn Stupp einen üblen Eindruck, daß die Wähler Mitglieder „unter uns" geschickt haben, die wegen Schulden verhaftet werden könnten. Welch Glück für *Mirabeau* und *Fox*, daß sie nicht unter der Gesetzgebung Stupp gelebt. Eine einzige Schwierigkeit macht Herrn Stupp einen Augenblick stutzig, es ist „das Interesse der Versammlung, irgendeinen Abgeordneten in ihrer Mitte zu haben". Das *Volksinteresse* – doch wer wird davon sprechen? Es handelt sich nur um das Interesse einer „geschlossenen Gesellschaft", die einen in ihrer Mitte haben will, während der Gläubiger einen draußen im Arresthause will. Kollision von zwei wichtigen Interessen! Herr Stupp konnte seinem Amendement eine bündigere Fassung geben: Individuen, welche mit Schulden behaftet sind, können nur mit Erlaubnis ihrer respektiven Gläubiger zu Volksrepräsentanten ernannt werden. Sie sind jederzeit von ihren Gläubigern abberufbar. Und in letzter Instanz sind Versammlung und Regierung der allerhöchsten Entscheidung der *Staatsgläubiger* unterworfen.

Zweites *Amendement* zu § 2:

„Kein Mitglied der Versammlung kann ohne deren Genehmigung während der Dauer der Sitzungen derselben wegen einer strafbaren Handlung von Amts wegen verfolgt noch verhaftet werden, es sei denn, daß letztere auf frischer Tat erfolge."

Begründung: „In der ersten Linie ist das Wort ‚Versammlung' als Korporation genommen, darauf scheint der Ausdruck ‚Dauer derselben' nicht zu passen, und schlage ich vor ‚Dauer der Sitzungen derselben'.

Statt ‚mit Strafe bedrohte Handlung' scheint ‚strafbare Handlung' passender.

Ich bin der Meinung, daß wir *Zivilklagen* wegen strafbarer Handlungen nicht ausschließen dürfen, wir würden dann einen Eingriff in die *Privatrechte* uns erlauben. Daher der Zusatz ‚von Amts wegen'.

Wenn der Zusatz ‚oder in den nächsten 24 Stunden etc.' bleibt, so kann der Richter jeden Abgeordneten binnen 24 Stunden nach irgendeinem Vergehen verhaften."

Der Gesetzvorschlag sichert die Unverletzlichkeit des Deputierten während der Dauer der Versammlung, das Amendement des Herrn Stupp während „der Dauer der Sitzungen", d.h. während 6, höchstens 12 Stunden per Tag. Und welch scharfsinnige Begründung. Von der *Dauer einer Sitzung* kann man sprechen, aber die *Dauer einer Korporation*?

Von Amts wegen will Herr Stupp den Deputierten ohne Genehmigung der Versammlung weder verfolgen noch verhaften lassen. Er erlaubt sich also einen Eingriff in das *Kriminalrecht*. Aber von der *Zivilklage wegen!* Nur ja kein Eingriff in das Zivilrecht. Es lebe das Zivilrecht! Was dem Staate nicht zusteht, muß dem Privatmanne zustehen! Die Zivilklage über alles! Die Zivilklage ist die fixe Idee des Herrn Stupp. Das Zivilrecht ist Moses und die Propheten! Schwört auf das Zivilrecht, namentlich auf die Zivilklage! Respekt, Volk, vor dem Allerheiligsten!

Es gibt keinen Eingriff des Privatrechts in das öffentliche Recht, es gibt aber „bedenkliche" Eingriffe des öffentlichen Rechts in das Privatrecht. Wozu überhaupt noch eine Konstitution, da wir den Code civil[90] besitzen und bürgerliche Gerichtshöfe und Advokaten?

§ 3. „Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Versammlung und jede Haft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die Versammlung es verlangt."

Zu § 3 Antrag auf folgende abgeänderte Fassung:

„Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Versammlung und jede infolge desselben stattgehabte Verhaftung, wenn sie nicht kraft eines *richterlichen Erkenntnisses* erfolgt ist, soll sofort, sofern die Versammlung dies beschließt, aufgehoben werden."

Begründung: „Es ist wohl nicht die Absicht, solche Abgeordnete, welche bereits durch richterliches Erkenntnis zur Gefängnisstrafe verurteilt sind, aus dem Arresthause zu entlassen.

Geht das Amendement durch, so gilt dasselbe von denen, welche sich schuldenhalber im Arrest befinden."

Könnte die Versammlung die hochverräterische Absicht hegen, die „Kraft eines richterlichen Erkenntnisses" zu schwächen oder gar einen schuldenhalber „im Arrest" befindlichen Mann in ihren Schoß zu berufen? Herr Stupp zittert vor diesem Attentat gegen die Zivilklage und die Kraft eines richterlichen Erkenntnisses. Alle Fragen über Volkssouveränität haben jetzt ihre Erledigung gefunden. Herr Stupp hat die *Souveränität der Zivilklage und des Zivilrechts* proklamiert. Wie grausam, solchen Mann der zivilrechtlichen Praxis zu entreißen und ihn in die *untergeordnete* Sphäre der gesetzgebenden Gewalt hineinzuschleudern? Das souveräne Volk hat diesen „bedenklichen" Eingriff in das „Privatrecht" begangen. Herr Stupp macht da-

für eine Zivilklage anhängig gegen die Volkssouveränität und das öffentliche Recht.

Der Kaiser Nikolaus aber mag ruhig umkehren. Bei dem ersten Überschreiten der preußischen Grenze tritt ihm entgegen der Abgeordnete Stupp, in der einen Hand die „Zivilklage“ und in der andern das „richterliche Erkenntnis“. Denn, demonstriert er mit gebührender Feierlichkeit: Der Krieg, was ist der Krieg? Ein bedenklicher Eingriff in das Privatrecht! Ein bedenklicher Eingriff in das Privatrecht!

Neue Politik in Posen

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 21 vom 21. Juni 1848]

** *Köln*, 20. Juni. Wieder eine neue Wendung in der posenschen Angelegenheit! Nach der Phase erhabner Versprechungen und begeisternder Proklamationen, nach der Phase Willisen kam die Phase Pfuel mit Schrapnells, Brandmarkung und rasierten Köpfen[91], die Phase des Blutbads und russischer Barbarei. Nach der Phase Pfuel kommt jetzt eine neue Phase der Versöhnung!

Der Major *Olberg*, Chef des Generalstabs in Posen und Hauptbeteiligter an den Metzeleien und Brandmarkungen, wird plötzlich unfreiwillig versetzt. Der General *Colomb* wird von Posen nach Königsberg, ebenfalls unfreiwillig, versetzt. Der General *Pfuel* (von Höllenstein) wird nach Berlin berufen und der Oberpräsident *Beurmann* ist dort bereits angekommen.

So ist Posen ganz verlassen von den Rittern, die den Höllenstein im Wappen führten und das Schermesser schwangen, von den Tapfern, die aus sicherm Hinterhalt die wehrlosen Sensenmänner auf 1000 und 1200 Schritt mit Schrapnells niederschossen. Die deutsch-jüdischen Polenfresser zittern; wie früher die Polen, so sehen jetzt sie sich verraten von der Regierung.

Dem Ministerium Camphausen ist plötzlich ein Licht aufgegangen. Die Gefahr der russischen Invasion zeigt ihm jetzt, welchen enormen Fehler es gemacht hat, indem es die Polen der Wut der Bürokratie und der pommerschen Landwehr überantwortete. Jetzt möchte es um jeden Preis die Sympathien der Polen wiedergewinnen, jetzt, wo es zu spät ist!

Also der ganze blutige Vernichtungskrieg gegen die Polen[52] mit allen Grausamkeiten und Barbareien, die als ewige Schmach am deutschen Namen haften werden, der gerechte tödliche Haß der Polen gegen uns, die jetzt notwendige russisch-polnische Allianz gegen Deutschland, eine Allianz, wodurch die Feinde der Revolution um ein tapfres Volk von 20 Millionen verstärkt werden – alles das ist bloß geschehen und zustande gekommen, damit Herr

Camphausen schließlich Gelegenheit erhalte, sein pater peccavi[1] zu stammeln?

Glaubt Herr Camphausen etwa, er könne jetzt, wo er der Polen bedarf, durch sanfte Redensarten und Konzessionen ihre im Blut erstickten Sympathien wiedererwerben? Glaubt er, die gebrandmarkten Hände würden sich je für ihn schlagen, die geschornen Stirnen sich für ihn den russischen Säbeln aussetzen? Glaubt er wirklich, den Rest, den die preußischen Schrapnells übriggelassen, jemals gegen die russischen Kartätschen führen zu können?

Und glaubt Herr Camphausen, er könne noch an der Regierung bleiben, nachdem er seine Unfähigkeit selbst so unzweideutig eingestanden hat?

Geschrieben von Friedrich Engels.

---

[1] Vater, ich habe gesündigt

Sturz des Ministeriums Camphausen[92]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 23 vom 23. Juni 1848]

** *Köln*, 22. Juni.

Scheint die Sonne noch so schön,
Einmal muß sie untergehn[93],

und auch die in heißem Polenblut gefärbte Sonne des 30. März[94] ist untergegangen.

Das Ministerium Camphausen hatte sein liberal-bürgerliches Gewand der Kontrerevolution umgeworfen. Die Kontrerevolution fühlt sich stark genug, um die lästige Maske abzuschütteln.

Ein beliebiges unhaltbares Ministerium des linken Zentrums kann möglicherweise dem Ministerium vom 30. März auf einige Tage folgen. Sein wirklicher Nachfolger ist das *Ministerium des Prinzen von Preußen*. Camphausen hat die Ehre, der absolutistisch-feudalen Partei diesen ihren natürlichen Chef und sich seinen Nachfolger gegeben zu haben.

Wozu noch länger die bürgerlichen Vormünder hätscheln?

Stehen die Russen nicht an der östlichen Grenze und die preußischen Truppen an der westlichen? Sind die Polen nicht durch Schrapnells und Höllenstein für die russische Propaganda geworben?

Sind nicht alle Maßregeln getroffen, um das Bombardement von Prag in fast sämtlichen rheinischen Städten zu wiederholen?

Hat im dänischen, im polnischen Krieg, in den vielen kleinen Konflikten zwischen Militär und Volk die Armee nicht alle Zeit gehabt, sich zu einer brutalen Soldateska auszubilden?

Ist die Bourgeoisie nicht revolutionsmüd? Und erhebt sich nicht mitten im Meer der Fels, worauf die Kontrerevolution ihre Kirche bauen wird, *England*?

Das Ministerium Camphausen sucht noch einige Pfennige Popularität zu erhaschen, das öffentliche Mitleid rege zu machen durch die Versicherung, daß es als *Dupe* von der Staatsbühne abtritt. Und sicher ist es ein betrogener Betrüger. Im Dienst der großen Bourgeoisie mußte es die Revolution um ihre demokratischen Früchte zu prellen suchen, im Kampf mit der Demokratie mußte es sich mit der aristokratischen Partei verbünden und das Werkzeug ihrer kontrerevolutionären Gelüste werden. Sie ist genug erstarkt, um ihren Protektor über Bord werfen zu können. *Herr Camphausen hat die Reaktion gesät im Sinne der großen Bourgeoisie, er hat sie geerntet im Sinne der Feudalpartei.* Das war die gute Absicht des Mannes, das sein böses Geschick. Einen Pfennig Popularität[95] für den enttäuschten Mann.

Einen Pfennig Popularität!

Scheint die Sonne noch so schön,
Einmal muß sie untergehn!

Doch im *Osten* geht sie wieder auf.

Erste Tat der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 23 vom 23. Juni 1848]

** *Köln.* Die deutsche Nationalversammlung[7] hat sich endlich erhoben! Sie hat endlich einen Beschluß von sofortiger praktischer Wirkung gefaßt, sie hat sich in dem östreichisch-italienischen Krieg[96] ins Mittel gelegt.

Und wie hat sie sich ins Mittel gelegt? Sie hat die Unabhängigkeit Italiens proklamiert? Sie hat einen Kurier nach Wien geschickt, mit dem Befehl, daß Radetzky und Welden sich sofort hinter den Isonzo zurückziehen sollen? Sie hat eine Beglückwünschungsadresse an die Mailänder provisorische Regierung erlassen?

Keineswegs! Sie hat erklärt, daß sie jeden *Angriff auf Triest als einen Kriegsfall ansehen* wird.

Das heißt: Die deutsche Nationalversammlung, im herzlichen Einverständnis mit dem Bundestage, erlaubt den Östreichern, in Italien die größten Brutalitäten zu begehen, zu plündern, zu morden, Brandraketen in jede Stadt, in jedes Dorf zu schleudern (siehe unter *Italien*) und sich dann sicher auf neutrales deutsches Bundesgebiet zurückzuziehen! Sie erlaubt den Östreichern, jeden Augenblick von deutschem Boden aus die Lombardei mit Kroaten und Panduren[97] zu überschwemmen, aber sie will den Italienern verbieten, die geschlagnen Östreicher in ihre Schlupfwinkel zu verfolgen! Sie erlaubt den Östreichern, von Triest aus Venedig und die Mündungen der Piave, der Brenta, des Tagliamento zu blockieren; aber jede Feindseligkeit gegen Triest wird den Italienern untersagt!

Die deutsche Nationalversammlung konnte sich nicht feiger benehmen, als sie es durch diesen Beschluß getan hat. Sie hat nicht den Mut, den italienischen Krieg offen zu sanktionieren. Sie hat noch viel weniger den Mut, der östreichischen Regierung den Krieg zu untersagen. In dieser Verlegenheit faßt sie – und noch dazu durch Akklamation, um durch lautes Geschrei ihre

geheime Angst zu übertäuben – den Beschluß wegen Triest, der den Krieg gegen die italienische Revolution der Form nach weder billigt noch mißbilligt, der Sache nach aber ihn billigt.

Dieser Beschluß ist eine indirekte, und darum für eine Nation von 40 Millionen, wie die deutsche, doppelt schimpfliche *Kriegserklärung an Italien*.

Der Beschluß der Frankfurter Versammlung wird einen Sturm der Entrüstung in ganz Italien hervorrufen. Wenn die Italiener noch etwas Stolz und Energie aufzuwenden haben, so antworten sie durch ein Bombardement von Triest und durch einen Marsch an den Brenner.

Aber die Frankfurter Versammlung denkt, und das französische Volk lenkt. Venedig hat französische Hülfe angerufen; nach diesem Beschluß werden die Franzosen wohl bald über die Alpen gehen, und dann dauert's nicht lange, so haben wir sie am Rhein.

Ein Abgeordneter[1] hat der Frankfurter Versammlung vorgeworfen, sie feiere. Im Gegenteil. Sie hat schon so viel gearbeitet, daß wir einen Krieg im Norden und einen im Süden haben und daß ein Krieg im Westen und einer im Osten unvermeidlich geworden. Wir werden uns in der glücklichen Lage befinden, zu gleicher Zeit den Zar und die französische Republik, die Reaktion und die Revolution zu bekämpfen. Die Versammlung hat dafür gesorgt, daß russische und französische, dänische und italienische Soldaten sich Rendezvous in der Frankfurter Paulskirche geben werden. Und man sagt, die Versammlung feiere!

Geschrieben von Friedrich Engels.

[1] Kohlparzer

Das Kabinett Hansemann[98]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 24 vom 24. Juni 1848]

** *Köln*, 23. Juni. Neue Wendung der Ministerkrisis in Berlin! Unser *Hansemann* ist mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt und wird mit den Trümmern des alten Ministeriums, mit *Patow*, *Bornemann*, *Schleinitz* und *Schreckenstein* dem linken Zentrum gerührt in die Arme fallen. Herr *Rodbertus* soll bei der neuen Kombination sich beteiligen; er ist der Mittler, der den reuigen Trümmern des Ministeriums Camphausen die Gnade und Vergebung des linken Zentrums verschafft.

Dank der Gnade des Herrn Rodbertus sieht unser preußischer Duchâtel seine schönsten Wünsche gekrönt – er wird Premier. Die Lorbeeren Camphausens ließen ihn nicht schlafen; jetzt endlich wird er Gelegenheit haben zu beweisen, wessen er fähig ist, wenn er ungehemmt seine Schwingen entfalten kann. Jetzt werden wir seine riesigen Finanzpläne, jetzt seine unermeßlichen Projekte zur Hebung aller Not und alles Elends in voller Glorie bewundern können – jene Pläne, von denen er seinen Abgeordneten so Großes vorgespiegelt hat. Jetzt erst ist er imstande, dem Staate die ganze Fülle jener Talente zu widmen, die er früher als Eisenbahnmann und in andern Stellungen so glänzend und erfolgreich entwickelt hat. Und jetzt erst wird es Kabinettsfragen regnen.

Herr Hansemann hat sein Vorbild überflügelt – durch Rodbertus' Aufopferung wird er Premier, was Duchâtel nie war. Aber wir warnen ihn. Duchâtel hatte seine Gründe, warum er immer scheinbar in zweiter Linie blieb. Duchâtel wußte, daß die mehr oder weniger gebildeten Stände des Landes sowohl in als außer der Kammer einen schönrednerischen Ritter der „großen Debatte" nötig haben, einen Guizot oder Camphausen, der in jedem beliebigen Falle mit den erforderlichen Beweisgründen, philosophischen Entwicklungen, staatsmännischen Theorien und andern leeren Phrasen die

Gewissen beschwichtigt und die Herzen aller Hörer hinreißt. Duchâtel gönnte seinen redseligen Ideologen gern den Nimbus der Konseilspräsidentschaft; ihm war der eitle Schimmer wertlos, ihm kam es auf die wirklich praktische Macht an, und er wußte: wo *er* war, da war die wirkliche Macht. Herr Hansemann will es anders versuchen; er muß es wissen. Aber wir wiederholen, die Konseilspräsidentschaft ist nicht der natürliche Platz Duchâtels.

Aber ein schmerzliches Gefühl ergreift uns, wenn wir uns erinnern, wie bald Herr Hansemann von seiner schwindelnden Höhe hinabstürzen wird. Ehe denn das Kabinett Hansemann sich konstituiert hat, ehe es nur einen Augenblick zum Genusse seines Daseins kommt, ist es dem Untergang verfallen.

„Der Henker steht vor der Türe“[99];

die Reaktion und die Russen pochen an, und ehe der Hahn dreimal gekräht haben wird, wird das Kabinett Hansemann gefallen sein trotz Rodbertus und trotz dem linken Zentrum. Dann ade Konseilspräsidentschaft, ade Finanzpläne und Riesenprojekte zur Hebung der Not; der Abgrund wird sie alle verschlingen, und wohl Herrn Hansemann, wenn er ruhig an seinen bescheidnen Bürgerherd zurückkehren und darüber nachdenken kann, daß das Leben ein Traum[100] ist.

Die „Neue Berliner Zeitung" über die Chartisten[60]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 24 vom 24. Juni 1848]

** *Köln,* 23. Juni. Die *„Neue Berliner Zeitung"*[101] berichtet uns mit Nr. 1 ihres Blattes allerlei wunderliche Dinge aus England. Es ist hübsch, wenn man originell ist; die „Neue Berliner Zeitung" hat wenigstens das Verdienst, daß sie die englischen Zustände in ganz funkelnagelneuer Weise darstellt. Zuerst heißt es:

„O'Connor, welcher in der Tat ein Mann ohne Geist und Charakter zu sein scheint, ist hier gänzlich ohne Ansehen."

Wir wollen nicht entscheiden, ob O'Connor soviel Geist und Charakter besitzt wie die „Neue Berliner Zeitung". Der Sprosse altirischer Könige, der Führer des großbritannischen Proletariats, mag in diesen Vorzügen hinter der gebildeten Berlinerin zurückbleiben; was aber das Ansehen betrifft, o gebildete Berlinerin, so hast du allerdings recht: O'Connor steht, wie alle Revolutionärs, in sehr üblem Geruche; er hat sich nie die Achtung aller Frommen so zu erobern gewußt, wie du sie schon durch deine erste Nummer erlangt hast. Weiter sagt die Berlinerin:

„O'Connell sagte, er" (nämlich O'Connor) „habe wohl Energie, aber keine Logik."

Dies ist nun wieder ganz prächtig. Der selige Dan[1] war ein ehrenwerter Mann; die Logik seiner Energie bestand darin, daß er jährlich eine Rente von 30000 Pfund Sterling aus den Taschen seiner armen Landsleute zog; die Logik der O'Connorschen Agitation brachte dem berüchtigten Chartisten nur den Verkauf seiner sämtlichen Güter.

„Herr Jones, der zweite Führer der Chartisten von der extremen Fraktion, auf welchen jetzt die Gerichte fahnden und der nirgend zu finden ist, kann nicht einmal einen Bürgen mit 1000 Pfund Sterling für sich stellen."

---

[1] Daniel O'Connell

Das ist die dritte Neuigkeit der extremgebildeten Berlinerin; sie sagt in diesen drei Zeilen drei extreme Lächerlichkeiten. Fürs erste kann von Bürgschaft gar nicht die Rede sein, solange die Gerichte noch auf jemanden fahnden. Fürs zweite befindet sich Herr Ernest Jones schon seit 14 Tagen in Newgate[1], und die gebildete Berlinerin war wohl nur bei irgendeiner andern extremgebildeten und unterrichteten Kollegin zum Tee eingeladen, als noch vor kurzem die ganze englische Bourgeoispresse ihre brutale Freude über die Verhaftung Jones' zu erkennen gab. Drittens hat endlich Herr Jones allerdings jemanden gefunden, der gern 1000 Pfund Sterling für ihn bezahlen wollte, nämlich den geist- und charakterlosen O'Connor selbst, der aber von den Gerichten zurückgewiesen wurde, da er als Parlamentsmitglied keine Bürgschaft stellen darf.

Die Berlinerin schließt damit, daß sie die Chartisten in den kleinern Städten des Landes sich häufig untereinander prügeln läßt. Teure Berlinerin, hättest du doch einmal eine englische Zeitung gelesen! Du würdest gefunden haben, daß es den Chartisten von jeher viel mehr Vergnügen gemacht hat, die Polizei zu prügeln, als sich selbst.

Wir empfehlen die geist- und charaktervolle „Neue Berliner Zeitung" der besonderen Aufmerksamkeit unsrer Leser.

---

[1] Gefängnis in London

Drohung der Gervinus-Zeitung[65]

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 25 vom 25. Juni 1848]

** *Köln*, 24. Juni.

„Hält das Ansehen der Frankfurter Versammlung und ihre Verfassungsbestimmungen Frankreich im Zaume, so hat *es keine Not*, Preußen wird aus seinen Ostprovinzen wieder sein Ansehen herstellen und dürfte *dabei* einen *momentanen Verlust seiner Rheinprovinz vielleicht kaum scheuen*.“ (Gervinus-Zeitung vom 22. Juni.)

Wie diplomatisch der Berliner Korrespondent der Professorenzeitung schreibt! Preußen wird *aus* „seinen Ostprovinzen sein Ansehen“ wiederherstellen. Wo wird es sein Ansehen wiederherstellen? *In* den Ostprovinzen? Nicht doch, *aus* den Ostprovinzen. In der Rheinprovinz? Noch weniger. Denn es rechnet bei diesem *Wiederherstellen* seines Ansehns *„auf einen momentanen Verlust der Rheinprovinz“*, d.h. auf einen momentanen *Verlust* seines „Ansehns“ in der Rheinprovinz.

Also in *Berlin* und in *Breslau*.

Und warum wird es nicht *mit* seiner Ostprovinz, warum wird es *aus* seiner Ostprovinz das in Berlin und Breslau, wie es scheint, verlorne Ansehen wiederherstellen?

Rußland ist nicht die *Ostprovinz* Preußens, Preußen ist vielmehr die *Westprovinz* Rußlands. Aber *aus* der preußischen Ostprovinz, Arm in Arm mit den braven Pommern, werden die Russen nach *Sodom* und *Gomorrha* ziehn und das *„Ansehn“ Preußens*, d.h. der preußischen Dynastie, des absoluten Königtums, wiederherstellen. Verloren war dies „Ansehen“ von dem Tage, wo der Absolutismus einen *„geschriebenen“*, von plebejischem Blut befleckten *„Papierwisch“*[102] zwischen sich und *sein* Volk schieben mußte, wo der Hof gezwungen war, sich unter den Schutz und die Aufsicht bürgerlicher Getreide- und Wollhändler[103] zu stellen.

Also der Freund, der Retter kömmt aus dem Osten; wozu nach dieser Seite hin die Grenze militärisch besetzen? Aus dem Westen kömmt der Feind, nach dem Westen hin muß daher die Truppenmacht konzentriert werden. Ein naiver Berliner Korrespondent der *„Kölnischen Zeitung“*[104] begreift den Heldenmut *Pfuels* nicht, des braven Polenfreundes, der eine Mission nach Petersburg annimmt, ohne eine Schutzwache von 100000 Mann hinter sich zu haben. *Pfuel* reist *angstlos* nach Petersburg! *Pfuel in Petersburg! Pfuel* scheut sich nicht, die russische Grenze zu überschreiten, und das deutsche Publikum fabelt von russischem Kriegsvolke an deutscher Grenze! Der Korrespondent der „Köln[ischen] Zeitung“ bemitleidet das deutsche Publikum. Doch zurück zu unserer Professorenzeitung!

Wenn die Russen der preußischen Dynastie von Osten, werden die Franzosen dem deutschen Volke vom Westen her zu Hülfe eilen. Und ruhig mag die „Frankfurter Versammlung“ über die beste Tagesordnung und die besten „Verfassungsbestimmungen“ weiter debattieren. Der Korrespondent der Gervinus-Zeitung verbirgt diese Ansicht unter der Rednerblume, „daß die Frankfurter Versammlung und ihre Verfassungsbestimmungen“ Frankreich „im Zaume“ halten werden. Preußen wird die Rheinprovinz *verlieren*. Aber warum sollte es sich *scheuen* vor diesem Verlust? Er wird nur „momentan“ sein. Der deutsche Patriotismus wird noch einmal unter russischem Kommando gegen das welsche Babylon marschieren und „das *Ansehn Preußens*“ auch in der Rheinprovinz und in ganz Süddeutschland dauernd herstellen. Du ahnungsvoller Engel Du![105]

Wenn sich Preußen nicht „vor *einem momentanen Verlust der Rheinprovinz scheut*“, scheut sich die Rheinprovinz noch weniger vor einem *„permanenten“* Verlust preußischer Herrschaft. Wenn die Preußen mit den Russen, werden die Deutschen sich mit den Franzosen alliieren und mit ihnen vereint den Krieg des Westens gegen den Osten, der Zivilisation gegen die Barbarei, der Republik gegen die Autokratie führen.[106]

Wir wollen Deutschlands Einheit, aber nur aus der Zersplitterung der großen deutschen Monarchien können sich die Elemente zu dieser Einheit ausscheiden. Nur im Kriegs- und Revolutionssturm werden sie zusammengeschmiedet werden. Der Konstitutionalismus aber verschwindet von selbst, sobald die *Parole der Ereignisse* lautet: *Autokratie oder Republik*. Aber, rufen uns entrüstet die konstitutionellen Bourgeois zu, wer hat den Deutschen die Russen zugezogen? Wer anders als die Demokraten? Nieder mit den Demokraten! – Und sie haben recht!

Hätten wir selbst das russische System bei uns eingeführt, so ersparten wir den Russen die Mühe, es einzuführen und uns – *die Kriegskosten*.

Patows Ablösungsdenkschrift[107]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 25 vom 25. Juni 1848]

** *Köln*, 24. Juni. In der Vereinbarungssitzung vom 20. d. [Mts.], jener verhängnisvollen Sitzung, in der die Sonne Camphausen unterging und das ministerielle Chaos eintrat, legte Herr Patow eine Denkschrift nieder über die Hauptgrundsätze, nach welchen er die Beseitigung der Feudalität auf dem Lande zu regulieren gedenkt.

Wenn man diese Denkschrift liest, so begreift man nicht, warum in den altpreußischen Provinzen nicht längst ein Bauernkrieg ausgebrochen ist. Welch ein Wust von Leistungen, Abgaben, Lieferungen, welch ein Wirrwarr von mittelalterlichen Namen, einer noch toller als der andre! Lehnsherrlichkeit, Sterbefall, Besthaupt, Kurmede, Blutzehnt, Schutzgeld, Walpurgiszins, Bienenzins, Wachspacht, Auenrecht, Zehnten, Laudemien, Nachschußrenten, das alles hat bis heute noch in dem „bestverwalteten Staate der Welt" bestanden und würde in alle Ewigkeit bestanden haben, wenn die Franzosen keine Februarrevolution gemacht hätten!

Ja, die meisten dieser Lasten und gerade die *drückendsten* unter ihnen würden in alle Ewigkeit fortbestehen, wenn es nach dem Wunsche des Herrn Patow ginge. Herrn Patow ist ja gerade deshalb dies Departement überwiesen worden, damit er die märkischen, pommerschen und schlesischen Krautjunker soviel wie möglich schonen, die Bauern soviel wie möglich um die Früchte der Revolution prellen soll!

Die Berliner Revolution hatte alle diese Feudalverhältnisse für alle Zukunft unmöglich gemacht. Die Bauern hatten sie, wie ganz natürlich, sofort in der Praxis abgeschafft. Die Regierung hatte weiter nichts zu tun, als die *tatsächlich schon bestehende Aufhebung aller Feudallasten durch den Volkswillen* in gesetzliche Form zu bringen.

Aber ehe die Aristokratie sich zu einem vierten August[78] entschließt,

eher müssen ihre Schlösser in Flammen stehen. Die Regierung, hier selbst durch einen Aristokraten vertreten, hat sich für die Aristokratie erklärt; sie legt der Versammlung eine Denkschrift vor, in der die Vereinbarer aufgefordert werden, jetzt ebenfalls die Bauernrevolution, die in ganz Deutschland im März ausbrach, an die Aristokratie zu verraten. Die Regierung ist verantwortlich für die Folgen, die die Anwendung der Patowschen Grundsätze auf dem Lande haben wird.

Herr Patow will nämlich, daß die Bauern Entschädigung zahlen sollen für die Aufhebung aller Feudallasten, selbst der Laudemien. Ohne Entschädigung sollen aufgehoben werden nur die Lasten, die aus der Erbuntertänigkeit, der alten Steuerverfassung und der Patrimonialgerichtsbarkeit[108] herfließen oder die, die für den Feudalherrn wertlos sind (wie gnädig!), d.h. überhaupt *die* Lasten, die den allergeringsten Teil der ganzen Feudalbelastung ausmachen.

Dagegen sind alle bereits durch Verträge oder Richterspruch geordneten Feudalablösungen definitiv. Das heißt: Die Bauern, welche unter den seit 1816 und namentlich seit 1840 erlassenen reaktionären, adelsfreundlichen Gesetzen ihre Lasten abgelöst haben und dabei zuerst durch das Gesetz und dann durch bestochene Beamte um ihr Eigentum zugunsten der Feudalherrn geprellt worden sind, die erhalten keine Entschädigung.

Dafür sollen denn Rentenbanken[109] errichtet werden, um den Bauern Sand in die Augen zu streuen.

Wenn es nach dem Wunsche des Herrn Patow ginge, so würden die Feudallasten unter seinen Gesetzen ebensowenig beseitigt werden, wie sie unter den alten Gesetzen von 1807[110] abgelöst sind.

Der richtige Titel für den Aufsatz des Herrn Patow ist: Denkschrift wegen Erhaltung der Feudallasten auf ewige Zeiten vermittelst der Ablösung.

Die *Regierung provoziert einen Bauernkrieg*. Vielleicht wird Preußen auch vor einem *„momentanen Verlust“ Schlesiens* sich *„nicht scheuen“*[1].

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 104/105

Demokratischer Charakter des Aufstandes

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 25 vom 25. Juni 1848]

* *Prag.* Es bestätigt sich täglich mehr, daß unsre Auffassung des Prager Aufstandes (Nr. 18 d[ieser] Z[eitung][1]) die richtige und daß die Verdächtigungen deutscher Blätter gegen die tschechische Partei, sie diene der Reaktion, der Aristokratie, den Russen etc., reine Lügen waren.

Man sah nur den Grafen Leo Thun und seine Aristokraten, man sah nicht die Masse des böhmischen Volks, der zahlreichen industriellen Arbeiter, der Bauern. Darin, daß die Aristokratie einen Augenblick die tschechische Bewegung zu ihren und der Innsbrucker Kamarilla Gunsten zu konfiszieren versuchte, darin lag allerdings ja schon, daß das revolutionäre Prager Proletariat, das 1844 schon drei Tage lang Prag vollständig beherrschte[111], das Interesse des Adels und der Reaktion überhaupt vertrat!

Aber alle diese Verleumdungen zerstoben vor dem ersten entscheidenden Schlage der tschechischen Partei. Der Aufstand war so entschieden demokratisch, daß die Grafen *Thun*, statt an seine Spitze zu treten, sofort zurücktraten und als östreichische Geiseln vom Volk zurückgehalten wurden. Er war so entschieden demokratisch, daß alle Tschechen von der aristokratischen Partei vor ihm flohen. Er war ebensogut gegen die tschechischen Feudalherren wie gegen die östreichische Soldateska gerichtet.

Die Östreicher griffen das Volk an, nicht weil es tschechisch, sondern weil es *revolutionär* war. Dem Soldaten galt der Sturm auf Prag nur als ein Vorspiel der Einäscherung und Erstürmung Wiens.

So schreibt die „Berl[iner] Z[eitungs]-H[alle]"[112] „*Wien*, 20. Juni":

„Heute kam die Deputation zurück, welche der hiesige Bürgerausschuß[113] nach Prag geschickt hatte, einzig und allein mit dem Auftrage, dafür zu sorgen, daß die

[1] Siehe vorl. Band, S. 80–82

Berichte des Telegraphen überwacht werden und wir nicht, wie in den letzten Tagen, oft 24 Stunden auf eine Nachricht von dort warten müßten. Die Deputation stattete dem Ausschusse Bericht über ihre Mission ab. Sie berichtet Schreckliches über die Militärherrschaft in Prag. Sie habe nur ein Wort für all die Schrecken einer eroberten, bombardierten, belagerten Stadt, daß es keine Worte gebe, diese Greuel zu schildern. Mit Lebensgefahr gelangten sie von der letzten Station vor Prag zu Wagen in die Stadt, mit Lebensgefahr durch die Soldaten aufs Prager Schloß.

Überall riefen ihnen die Soldaten entgegen: ‚Seid ihr auch hier, ihr Wiener Hunde! Jetzt haben wir euch!' Viele wollten auf die Deputierten einhauen, selbst die Offiziere benahmen sich mit maßloser Roheit. Endlich kamen sie aufs Schloß. Graf Wallmoden nahm ihr Beglaubigungsschreiben vom Ausschuß in Empfang, sah auf die Unterschrift und sagte: ‚*Pillersdorf?* der gilt hier nicht bei uns.' Windischgrätz begegnete der Bürgerkanaille schroffer als je und sagte: ‚*Überall hat die Revolution gesiegt; hier sind wir Sieger und erkennen keine Zivilautorität an.* Solange ich in Wien war, blieb's ruhig. Kaum war ich fort, da warf man alles im Sturme über den Haufen.' Der Deputation wurden die Waffen abgenommen, sie selbst in einem Zimmer auf dem Schlosse gefangengehalten. Nach zwei Tagen erhielten sie erst die Erlaubnis auszugehen; die Waffen wurden nicht zurückgestellt.

So berichteten unsere Deputierten, so behandelte sie der Tilly Prags, so benahmen sich die Soldaten, und hier tut man noch, als glaube man an einen bloßen Kampf gegen die Tschechen. Sprachen etwa die Deputierten böhmisch? Hatten sie nicht Wiener Nationalgardenuniform, hatten sie nicht die Vollmacht des Ministeriums und des von diesem als legislative Autorität bevollmächtigten Bürgerausschusses in Händen?

Aber die Revolution hat schon zu weite Fortschritte gemacht. Windischgrätz hält sich für den Mann, ihr einen Damm zu setzen. Die Böhmen schießt man wie Hunde nieder, und wenn das Wagestück an der Zeit ist, wird man gegen Wien rücken. Warum wurde Leo Thun von Windischgrätz befreit, derselbe Leo Thun, welcher sich an die Spitze der Prager provisorischen Regierung gestellt hatte, welcher die Losreißung Böhmens predigte? Warum, fragen wir, wurde dieser aus den Händen der Tschechen befreit, wenn sein ganzes Tun und Treiben nicht ein mit der Aristokratie abgekartetes Spiel gewesen, um den Ausbruch herbeizuführen?

Vorgestern ging ein Train von Prag weg. Auf demselben befanden sich deutsche flüchtige Studenten, Wiener Nationalgarden, flüchtige Familien aus Prag, denen es dort, trotz der hergestellten Ruhe, nicht recht heimisch mehr war. Auf der ersten Station vor Prag fordert das dort aufgestellte Militärpikett, die Reisenden ohne Unterschied sollen ihre Waffen abliefern, und auf ihre Weigerung schießen die Soldaten in die Waggons hinein, mitten unter wehrlose Männer, Frauen und Kinder. Sechs Leichen zog man aus den Wagen, und die Reisenden wischten sich das Blut der Gemordeten von den Gesichtern. Das geschah gegen Deutsche vom Militär, das man hier als Rettungsengel deutscher Freiheit betrachtet wissen will."

Geschrieben von Friedrich Engels.

[Nachrichten aus Paris]

[„Neue Rheinische Zeitung" Nr. 25
vom 25. Juni 1848, Extrabeilage]

* *Köln*, 24. Juni, 10 Uhr abends. Die Briefe aus Paris vom 23. sind ausgeblieben. Ein Kurier, der hier durchgekommen, erzählt, daß bei seiner Abreise in Paris der Kampf zwischen Volk und Nationalgarde ausgebrochen und daß er in einiger Entfernung von Paris starken Kanonendonner gehört habe.

[Nachrichten aus Paris]

[„Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 26
vom 26. Juni 1848, Extrabeilage]

* *Köln*, 25. Juni, abends 10 Uhr. Die Briefe aus Paris sind wieder ausgeblieben; die Pariser Journale, die heute angekommen, sind vom 23. und hätten bei regelmäßigem Postenlauf schon gestern abend hier eintreffen müssen. Die einzigen Quellen, die uns unter diesen Umständen zu Gebote stehen, sind die konfusen und widersprechenden Berichte belgischer Blätter und unsere eigene Kenntnis von Paris. Wir haben versucht, hiernach unsern Lesern ein möglichst treues Bild des Aufstandes vom 23. Juni zu geben.

Zu weiteren Randglossen fehlt die Zeit. Wir werden unsre ausführliche Ansicht sowie den längeren Bericht über die Sitzung der Pariser Kammer vom 23. morgen bringen.

Details über den 23. Juni

[„Neue Rheinische Zeitung" Nr. 26
vom 26. Juni 1848, Extrabeilage]

* Der Aufstand ist ein reiner Arbeiteraufstand. Der Groll der Arbeiter ist losgebrochen gegen die Regierung und die Versammlung, die ihre Hoffnungen enttäuscht, die täglich neue Maßregeln im Interesse der Bourgeoisie gegen die Arbeiter ergriffen, die die Arbeiterkommission im Luxembourg[114] aufgelöst, die Nationalateliers[115] eingeschränkt, das Gesetz gegen die Zusammenscharungen erlassen haben. Der entschieden proletarische Charakter der Insurrektion geht aus allen Einzelnheiten hervor.

Die Boulevards, die große Pulsader des Pariser Lebens, waren der Schauplatz der ersten Zusammenscharungen. Von der Porte St. Denis bis herab zu der alten Templestraße war alles gedrängt voll. Arbeiter aus den Nationalwerkstätten erklärten, sie würden nicht nach der Sologne zu den dortigen Nationalateliers gehen; andre erzählten, sie seien gestern dorthin abgereist, hätten aber schon an der Barriere Fontainebleau vergeblich auf die Marschzettel und den Befehl zur Abreise gewartet, die ihnen den Abend vorher zugesagt gewesen seien.

Gegen zehn Uhr rief man nach Barrikaden. Der östliche und südöstliche Teil von Paris, vom Quartier und Faubourg Poissonnière an, wurden rasch, aber wie es scheint noch ziemlich regellos und zusammenhanglos verbarrikadiert. Die Straßen St. Denis, St. Martin, Rambuteau, Faubourg Poissonnière und auf dem linken Seineufer die Zugänge der Faubourgs St. Jacques und St. Marceau – die Straßen St. Jacques, La Harpe, La Huchette und die anstoßenden Brücken wurden mehr oder weniger stark verschanzt. Auf den Barrikaden wurden Fahnen aufgepflanzt mit der Inschrift: „Brot oder Tod!" oder: „*Arbeit oder Tod!*"

Der Aufstand stützte sich somit entschieden auf den östlichen, vorwiegend von Arbeitern bewohnten Teil der Stadt; zuerst auf die Faubourgs Saint Jacques,

Saint Marceau, Saint Antoine, du Temple, Saint Martin und Saint Denis, auf die „aimables faubourgs"[116], dann auf die dazwischenliegenden Stadtteile (Quartiers Saint Antoine, du Marais, Saint Martin und Saint Denis).

Auf die Barrikaden folgten Angriffe. Der Wachtposten des Boulevard Bonne Nouvelle, der fast bei jeder Revolution zuerst gestürmt wird, war von Mobilgarde[117] besetzt. Er wurde vom Volk entwaffnet.

Aber bald darauf rückte die Bourgeoisgarde der westlichen Stadtteile zum Entsatz heran. Sie besetzte den Posten wieder. Ein zweiter Trupp besetzte das hohe Trottoir vor dem Théatre du Gymnase, das eine große Strecke der Boulevards beherrscht. Das Volk versuchte die vorgerückten Posten zu entwaffnen; doch wurde einstweilen noch von keiner Seite Gebrauch von den Waffen gemacht.

Endlich kam der Befehl, die Barrikade quer über den Boulevard an der Porte Saint Denis zu nehmen. Die Nationalgarde[118] rückte vor, den Polizeikommissär an der Spitze; man unterhandelte; einige Schüsse fielen, von welcher Seite, ist nicht klar, und das Feuer wurde rasch allgemein.

Sofort gab auch der Posten Bonne Nouvelle Feuer; ein Bataillon der zweiten Legion, das den Boulevard Poissonnière besetzt hielt, rückte ebenfalls mit geladenen Gewehren vor. Das Volk war von allen Seiten umringt. Von ihren vorteilhaften und teilweise sicheren Stellungen aus eröffnete die Nationalgarde ein heftiges Kreuzfeuer auf die Arbeiter. Diese verteidigten sich eine halbe Stunde lang; endlich wurde der Boulevard Bonne Nouvelle und die Barrikaden bis zur Porte Saint Martin genommen. Hier hatte die Nationalgarde ebenfalls gegen elf Uhr von der Seite des Temple her die Barrikaden genommen und die Zugänge des Boulevards besetzt.

Die Helden, die diese Barrikaden stürmten, waren die Bourgeois des zweiten Arrondissements, das sich vom Palais Ex-Royal[119] bis über das ganze Faubourg Montmartre erstreckt. Hier wohnen die reichen Boutiquiers[1] der Straße Vivienne, Richelieu und des Boulevards des Italiens, die großen Bankiers der Straßen Laffitte und Bergère und die lebenslustigen Rentiers der Chaussée d'Antin. Hier wohnen Rothschild und Fould, Rougemont de Lowemberg und Ganneron. Hier liegt mit einem Wort die Börse, Tortoni[120] und was daran hängt und baumelt.

Diese Helden, zuerst und zumeist von der roten Republik bedroht, waren auch zuerst auf dem Platze. Es ist bezeichnend, daß *die erste Barrikade des 23. Juni von den Besiegten des 24. Februar genommen wurde*. Dreitausend Mann stark rückten sie vor, vier Kompanien nahmen im Sturmschritt einen um-

[1] Krämer

gestürzten Omnibus. Die Insurgenten scheinen sich indes an der Porte Saint Denis wieder festgesetzt zu haben, denn gegen Mittag mußte General Lamoricière mit starken Detachements Mobilgarde, Linie, Kavallerie und zwei Kanonen anrücken, um zusammen mit der zweiten Legion (der Nationalgarde des 2. Arrondissements) eine starke Barrikade zu nehmen. Ein Peloton Mobilgarde wurde von den Insurgenten zum Rückzuge gezwungen.

Der Kampf auf dem Boulevard Saint Denis war das Signal zum Engagement in allen östlichen Bezirken von Paris. Er war blutig. Über 30 Insurgenten wurden getötet oder verwundet. Die wütenden Arbeiter schwuren, in der nächsten Nacht von allen Seiten loszubrechen und auf Tod und Leben die „Munizipalgarde der Republik"[121] zu bekämpfen.

Um elf Uhr schlug man sich ebenfalls in der Straße Planche-Mibray (Fortsetzung der Straße Saint Martin nach der Seine zu), ein Mann wurde getötet.

In der Gegend der Hallen, Straße Rambuteau etc. kam es ebenfalls zu blutigen Kollisionen. Vier bis fünf Tote blieben auf dem Platz.

Um ein Uhr fand in der Rue du Paradis-Poissonnière ein Gefecht statt; die Nationalgarde feuerte; das Resultat ist unbekannt. Im Faubourg Poissonnière wurden nach blutigem Zusammenstoß zwei Unteroffiziere der Nationalgarde entwaffnet.

Die Straße Saint Denis wurde durch Kavalleriechargen gereinigt.

Im Faubourg Saint Jacques schlug man sich nachmittags mit großer Heftigkeit. In den Straßen Saint Jacques und La Harpe, auf dem Platz Maubert wurde mit wechselndem Erfolge auf Barrikaden Sturm gelaufen und *stark mit Kartätschen geschossen.* Auch im Faubourg Montmartre schossen die Truppen mit Kanonen.

Die Insurgenten wurden im ganzen zurückgedrängt. Das Stadthaus blieb frei; um drei Uhr war der Aufstand auf die Faubourgs und den Marais beschränkt.

Übrigens sah man *wenig nicht uniformierte* Nationalgardisten (d.h. Arbeiter, die kein Geld zur Anschaffung der Uniform haben) unter den Waffen. Dagegen waren Leute darunter, die *Luxuswaffen,* Jagdflinten etc. trugen. Auch reitende Nationalgardisten (von jeher die jungen Leute der reichsten Familien) waren zu Fuß in die Reihen der Infanterie getreten. Auf dem Boulevard Poissonnière ließen sich Nationalgardisten vom Volk ruhig entwaffnen und nahmen dann Reißaus.

Um fünf Uhr dauerte der Kampf noch fort, als ein Platzregen ihn auf einmal suspendierte.

An einzelnen Stellen schlug man sich jedoch bis spät abends. Um neun

Uhr fielen noch Flintenschüsse im Faubourg St. Antoine, dem Zentrum der Arbeiterbevölkerung.

Bis jetzt war der Kampf noch nicht mit der ganzen Heftigkeit einer entscheidenden Revolution geführt worden. Die Nationalgarde, mit Ausnahme der zweiten Legion, scheint meist gezaudert zu haben, die Barrikaden anzugreifen. Die Arbeiter, wütend wie sie waren, blieben, wie sich versteht, auf die Verteidigung ihrer Barrikaden beschränkt.

So trennte man sich des Abends, nachdem beide Parteien sich auf den nächsten Morgen Rendezvous gegeben hatten. Der erste Tag des Kampfes gab der Regierung keine Vorteile; die zurückgedrängten Insurgenten konnten während der Nacht, wie sie es auch wirklich taten, die verlornen Posten wieder besetzen. Dagegen hatte die Regierung zwei wichtige Tatsachen gegen sich: Sie hatte mit Kartätschen geschossen, und sie hatte die Emeute nicht am ersten Tage besiegt. Mit den Kartätschen aber und mit einer Nacht, nicht des Sieges, sondern des bloßen Waffenstillstandes, *hört die Emeute auf und fängt die Revolution an.*

Geschrieben von Friedrich Engels.

Nachrichten aus Paris

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 27 vom 27. Juni 1848]

* *Köln*, 26. Juni. Die Nachrichten aus Paris, die soeben eintreffen, nehmen so viel Raum ein, daß wir gezwungen sind, alle räsonierenden Artikel wegzulassen.

Darum nur zwei Worte an unsre Leser. *Die Abdankung Ledru-Rollins* und *Lamartines* wie ihrer Minister, *Cavaignacs Militärdiktatur* aus Algier nach Paris verpflanzt, *Marrast Zivildiktator, Paris in Blut schwimmend, die Insurrektion* entwickelt zur *größten Revolution, die je stattgefunden,* zur *Revolution des Proletariats gegen die Bourgeoisie* – das sind unsre neuesten Nachrichten aus Paris. Den riesenhaften Umrissen dieser *Junirevolution* genügen nicht drei Tage wie der *Julirevolution* und der *Februarrevolution,* aber der *Sieg des Volks ist unzweifelhafter als je. Die französische Bourgeoisie hat gewagt, was nie die französischen Könige gewagt haben: Sie hat ihr Los selbst geworfen.* Mit diesem *zweiten Akt der französischen Revolution* beginnt erst die *europäische Tragödie.*

Der „Northern Star“ über die „Neue Rheinische Zeitung“

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 27 vom 27. Juni 1848]

Das Organ der englischen Chartisten[60], der von Feargus *O'Connor*, G. Julian *Harney* und Ernest *Jones* redigierte „*Northern Star*“[122] enthält in seiner letzten Nummer eine Anerkennung der Art und Weise, wie die „Neue Rheinische Zeitung“ die englische Volksbewegung auffaßt und die Demokratie überhaupt vertritt.

Wir danken den Redakteuren des „Northern Star“ für die freundschaftliche und echt demokratische Weise, in der sie unsere Zeitung erwähnt haben. Wir versichern ihnen zugleich, daß der *revolutionäre „Northern Star“* das einzige englische Blatt ist, an dessen Anerkennung uns etwas liegt.

Der 23. Juni

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 28 vom 28. Juni 1848]

* Noch immer finden wir eine Menge Umstände über den Kampf des 23. nachzutragen. Das vor uns liegende Material ist unerschöpflich; die Zeit erlaubt uns jedoch nur das Hauptsächlichste und Charakteristische zu geben.

Die Junirevolution bietet das Schauspiel eines erbitterten Kampfes, wie ihn Paris, wie ihn die Welt noch nicht gesehen. Von allen bisherigen Revolutionen weisen die Mailänder Märztage[96] den heißesten Kampf auf. Eine fast entwaffnete Bevölkerung von 170000 Seelen schlug eine Armee von 20000 bis 30000 Mann. Aber die Märztage von Mailand sind ein Kinderspiel gegen die Junitage von Paris.

Was die Junirevolution vor allen bisherigen Revolutionen auszeichnet, das ist die *Abwesenheit aller Illusionen, aller Begeisterung.*

Das Volk steht nicht wie im Februar auf den Barrikaden und singt „Mourir pour la patrie“[123] – die Arbeiter des 23. Juni kämpfen um ihre Existenz, das Vaterland hat alle Bedeutung für sie verloren. Die „Marseillaise“ und alle Erinnerungen der großen Revolution sind verschwunden. Volk und Bourgeois ahnen, daß die Revolution, in die sie eintreten, größer ist als 1789 und 1793.

Die Junirevolution ist die Revolution der Verzweiflung, und mit dem schweigenden Groll, mit der finstren Kaltblütigkeit der Verzweiflung wird sie gekämpft; die Arbeiter wissen es, daß sie einen *Kampf auf Leben und Tod* führen, und vor dem furchtbaren Ernst dieses Kampfes schweigt selbst der französische heitre Esprit.

Die Geschichte bietet nur zwei Momente dar, die mit dem Kampfe Ähnlichkeit zeigen, der wahrscheinlich noch in diesem Augenblick in Paris geführt wird: der römische Sklavenkrieg und der Lyoner Aufstand von 1834.

Das alte Lyoner Motto „Arbeitend leben oder kämpfend sterben“ ist auch plötzlich nach vierzehn Jahren wieder aufgetaucht und auf die Fahnen geschrieben worden.

Die Junirevolution ist die erste, die wirklich die ganze Gesellschaft in zwei große feindliche Heerlager spaltet, die durch Ost-Paris und West-Paris vertreten sind. Die Einstimmigkeit der Februarrevolution ist verschwunden, jene poetische Einstimmigkeit voll blendender Täuschungen, voll schöner Lügen, die durch den schönrednerischen Verräter Lamartine so würdig repräsentiert wurde. Heute zerreißt der unerbittliche Ernst der Wirklichkeit alle die gleisnerischen Versprechungen des 25. Februar. Die Februarkämpfer bekämpfen heut einander selbst, und – was noch nie vorkam – es gibt keine Indifferenz mehr, jeder waffenfähige Mann kämpft wirklich mit, *in* der Barrikade oder *vor* der Barrikade.

Die Armeen, die sich in den Straßen von Paris bekämpfen, sind so stark wie die Armeen, die die Völkerschlacht von Leipzig[86] schlugen. Das allein beweist die ungeheure Bedeutung der Junirevolution.

Doch gehen wir über zur Schilderung des Kampfes selbst.

Nach unsren gestrigen Nachrichten mußten wir glauben, die Barrikaden seien ziemlich planlos angelegt worden. Die ausführlichen Berichte von heute stellen das Gegenteil heraus. Noch nie sind die Verteidigungswerke der Arbeiter mit solcher Kaltblütigkeit, mit solcher Planmäßigkeit ausgeführt worden.

Die Stadt teilte sich in zwei Heerlager. Am nordöstlichen Rande der Stadt, vom Montmartre herab bis zu der Porte St. Denis, von hier die Rue St. Denis herab, über die Insel der Cité, die Rue St. Jacques entlang bis zur Barriere ging die Scheidungslinie. Was östlich lag, war von den Arbeitern besetzt und verschanzt; von dem westlichen Teil aus griff die Bourgeoisie an und erhielt sie ihre Verstärkungen.

Von morgens früh an begann das Volk schweigend seine Barrikaden zu errichten. Sie waren höher und fester als je. Auf der Barrikade am Eingang des Faubourg St. Antoine wehte eine kolossale rote Fahne.

Boulevard St. Denis war sehr stark verschanzt. Die Barrikaden des Boulevards, der Rue de Cléry und die in vollständige Festungen verwandelten umliegenden Häuser bildeten ein vollständiges Verteidungssystem. Hier brach, wie wir schon gestern berichteten, der erste bedeutende Kampf los. Das Volk schlug sich mit namenloser Todesverachtung. Auf die Barrikade der Rue de Cléry wurde ein Flankenangriff durch ein starkes Detachement Nationalgarde gemacht. Die meisten Verteidiger der Barrikade zogen sich zurück. Nur sieben Männer und zwei Frauen, zwei junge schöne Grisetten, blieben auf

ihrem Posten. Einer der Sieben tritt auf die Barrikade, die Fahne in der Hand. Die andern beginnen das Feuer. Die Nationalgarde erwidert, der Fahnenträger fällt. Da ergreift die eine Grisette, ein großes schönes Mädchen in geschmackvoller Kleidung, mit nackten Armen, die Fahne, steigt über die Barrikade und geht auf die Nationalgarde zu. Das Feuer dauerte fort, und die Bourgeois der Nationalgarde schossen das Mädchen nieder, als sie dicht vor ihren Bajonetten angekommen war. Sofort springt die andere Grisette vor, ergreift die Fahne, hebt den Kopf ihrer Gefährtin auf, und da sie sie tot findet, schleudert sie wütend Steine auf die Nationalgarde. Auch sie fällt unter den Kugeln der Bourgeois. Das Feuer wird immer lebhafter, man schießt aus den Fenstern, aus der Barrikade; die Reihen der Nationalgarde lichten sich; endlich kommt Sukkurs an, und die Barrikade wird erstürmt. Von den sieben Verteidigern der Barrikade war nur noch einer am Leben, der entwaffnet und gefangen wurde. Es waren die Lions und Börsenwölfe der zweiten Legion, die diese Heldentat gegen sieben Arbeiter und zwei Grisetten ausführten.

Nach der Vereinigung beider Korps und der Einnahme der Barrikade tritt ein momentanes angstvolles Stillschweigen ein. Aber bald wird es unterbrochen. Die tapfre Nationalgarde eröffnet ein wohlgenährtes Pelotonfeuer auf die unbewaffneten und ruhigen Menschenmassen, die einen Teil des Boulevards einnehmen. Sie stieben entsetzt auseinander. Die Barrikaden wurden aber nicht genommen. Erst als Cavaignac selbst mit der Linie und mit Kavallerie heranzog, wurde nach langem Kampfe und erst gegen drei Uhr der Boulevard bis zur Porte Saint Martin genommen.

Im Faubourg Poissonnière waren mehrere Barrikaden errichtet und namentlich an der Ecke der Allée Lafayette, wo mehrere Häuser den Insurgenten ebenfalls zur Festung dienten. Ein Offizier der Nationalgarde führte sie an. Das 7. leichte Infanterieregiment, die Mobilgarde und die Nationalgarde rückten dagegen vor. Eine halbe Stunde dauerte der Kampf; endlich siegten die Truppen, aber erst nachdem sie an 100 Tote und Verwundete verloren hatten. Dieser Kampf fand nach 3 Uhr nachmittags statt.

Vor dem Justizpalaste wurden ebenfalls Barrikaden errichtet, in der Rue Constantine und den umliegenden Straßen sowie auf der Brücke Saint Michel, wo die rote Fahne wehte. Nach längerem Kampfe wurden auch diese Barrikaden genommen.

Der Diktator Cavaignac ließ seine Artillerie an der Brücke Notre-Dame auffahren. Von hier aus beschoß er die Straßen Planche-Mibray und der Cité und konnte sie [– die Artillerie –] leicht gegen die Barrikaden der Straße Saint Jacques auffahren lassen.

Diese letztere Straße war von zahlreichen Barrikaden durchschnitten und die Häuser in wahre Festungen verwandelt. Die Artillerie allein konnte hier wirken, und Cavaignac stand keinen Augenblick an, sie anzuwenden. Den ganzen Nachmittag erscholl der Kanonendonner. Die Kartätschen fegten die Straße. Abends 7 Uhr war nur noch eine Barrikade zu nehmen. Die Zahl der Toten war sehr groß.

Am Pont Saint Michel und in der Straße Saint-André des Arts wurde ebenfalls mit Kanonen geschossen. Ganz am nordöstlichen Ende der Stadt, Straße du Château Landon, wohin eine Truppenabteilung sich vorwagte, wurde ebenfalls eine Barrikade mit Kanonenkugeln eingeschossen.

Des Nachmittags wurde das Gefecht in den nordöstlichen Faubourgs immer lebhafter. Die Bewohner der Vorstädte La Villette, Pantin usw. kamen den Insurgenten zu Hülfe. Die Barrikaden wurden immer wieder errichtet und in sehr großer Anzahl.

In der Cité hat eine Kompanie republikanischer Garde[121] sich unter dem Vorwande, mit den Insurgenten fraternisieren zu wollen, zwischen zwei Barrikaden eingeschlichen und sodann Feuer gegeben. Das Volk fiel wütend über die Verräter her und schlug sie Mann für Mann zu Boden. Kaum 20 fanden Gelegenheit zu entwischen.

Die Heftigkeit des Kampfes wuchs an allen Punkten. Solange es hell war, wurde überall mit Kanonen geschossen; später beschränkte man sich auf das Gewehrfeuer, das bis tief in die Nacht hinein fortgesetzt wurde. Noch um 11 Uhr ertönte der Generalmarsch in ganz Paris, und um Mitternacht schoß man sich noch in der Richtung nach der Bastille zu. Der Bastillenplatz war ganz in der Macht der Insurgenten nebst allen seinen Zugängen. Das Faubourg Saint Antoine, das Zentrum ihrer Macht, war stark verschanzt. Auf dem Boulevard von der Montmartrestraße bis zu der Templestraße standen in dichten Massen Kavallerie, Infanterie, Nationalgarde und Mobilgarde.

Um 11 Uhr abends zählte man bereits über 1000 Tote und Verwundete.

Das war der erste Tag der Junirevolution, ein Tag ohnegleichen in den revolutionären Annalen von Paris. Die Arbeiter von Paris kämpften ganz allein gegen die bewaffnete Bourgeoisie, gegen die Mobilgarde, die neuorganisierte republikanische Garde und gegen die Linientruppen aller Waffengattungen. Sie haben den Kampf bestanden mit beispielloser Tapferkeit, der nichts gleichkommt als die ebenso beispiellose Brutalität ihrer Gegner. Man wird nachsichtig gegen einen Hüser, einen Radetzky, einen Windischgrätz, wenn man sieht, wie sich die Pariser Bourgeoisie mit wahrer Begeisterung zu den von Cavaignac arrangierten Metzeleien hergibt.

In der Nacht vom 23. auf den 24. beschloß die Gesellschaft der Menschenrechte[124], die am 11. Juni wieder errichtet worden war, die Insurrektion zum Vorteil der *roten Fahne* zu benutzen und sich demgemäß daran zu beteiligen. Sie hat also eine Zusammenkunft gehalten, die nötigen Maßregeln beschlossen und zwei permanente Komitees ernannt.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Der 24. Juni

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 28 vom 28. Juni 1848]

Die ganze Nacht war Paris militärisch besetzt. Starke Piketts Truppen standen auf den Plätzen und auf den Boulevards.

Um vier Uhr morgens ertönte der Generalmarsch. Ein Offizier und mehrere Mann Nationalgarde gingen in jedes Haus und holten die Leute ihrer Kompanie heraus, die sich nicht freiwillig gestellt hatten.

Um dieselbe Zeit ertönt der Kanonendonner wieder, am heftigsten in der Gegend der Brücke Saint Michel, dem Verbindungspunkt der Insurgenten des linken Ufers und der Cité. Der General Cavaignac, heute morgen mit der Diktatur bekleidet, brennt vor Begierde, sie gegen die Emeute auszuüben. Am vorigen Tage wurde die Artillerie nur ausnahmsweise angewandt, und man schoß meistens nur mit Kartätschen; heute aber wird an allen Punkten Artillerie nicht nur gegen die Barrikaden aufgefahren, sondern auch gegen die Häuser; nicht nur mit Kartätschen wird geschossen, sondern mit *Kanonenkugeln*, mit *Granaten* und mit *congrevischen Raketen*.

Im oberen Teile des Faubourg Saint Denis begann morgens ein heftiger Kampf. Die Insurgenten hatten in der Nähe der Nordbahn ein im Bau begriffenes Haus und mehrere Barrikaden besetzt. Die erste Legion der Nationalgarde griff an, ohne jedoch irgendeinen Vorteil zu erringen. Sie verschoß ihre Munition und hatte an fünfzig Tote und Verwundete. Kaum daß sie ihre Position solange hielt, bis die Artillerie herankam (gegen 10 Uhr), die das Haus und die Barrikaden in den Grund schoß. Die Truppen besetzten die Nordbahn wieder. Der Kampf in dieser ganzen Gegend (Clos Saint Lazare[1] genannt, was die „Köln[ische] Zeitung" in den „Hofraum von Saint Lazare" verwandelt) dauerte indes noch lange fort und wurde mit großer Erbitterung

[1] Siehe vorl. Band, S. 130

geführt. „Es ist eine wahre Metzelei“, schreibt der Korrespondent eines belgischen Blattes[125]. An den Barrieren Rochechouart und Poissonnière erhoben sich starke Barrikaden; die Verschanzung an der Allée Lafayette war ebenfalls wieder aufgeworfen und wich erst nachmittags den Kanonenkugeln.

In den Straßen Saint Martin, Rambuteau und du Grand Chantier konnten die Barrikaden ebenfalls erst mit Hülfe der Kanonen genommen werden.

Das Café Cuisinier gegenüber der Brücke Saint Michel ist von den Kanonenkugeln zusammengeschossen worden.

Der Hauptkampf fand aber nachmittags gegen drei Uhr statt auf dem Blumenquai, wo der berühmte Kleiderladen „Zur schönen Gärtnerin“ von 600 Insurgenten besetzt und in eine Festung verwandelt war. Artillerie und Linieninfanterie greifen an. Ein Winkel der Mauer wird niedergeschmettert. Cavaignac, der hier das Feuer selbst kommandiert, fordert die Insurgenten auf, sich zu ergeben, er werde sie sonst *alle* über die Klinge springen lassen. Die Insurgenten wiesen dies zurück. Die Kanonade beginnt von neuem, und endlich werden Brandraketen und Granaten hineingeworfen. Das Haus wird total zusammengeschossen, achtzig Insurgenten liegen unter den Trümmern begraben.

Im Faubourg Saint Jacques, in der Gegend des Panthéon, hatten die Arbeiter sich ebenfalls nach allen Seiten hin verschanzt. Jedes Haus mußte belagert werden wie in Saragossa[126]. Die Anstrengungen des Diktators Cavaignac, diese Häuser zu stürmen, waren so fruchtlos, daß der brutale algierische Soldat erklärte, er werde sie in Brand stecken lassen, wenn die Besatzung sich nicht ergebe.

In der Cité schossen Mädchen aus den Fenstern auf die Soldaten und die Bürgerwehr. Man mußte auch hier die Haubitzen wirken lassen, um irgendeinen Erfolg zu erzielen.

Das elfte Bataillon der Mobilgarde, das sich auf Seite der Insurgenten schlagen wollte, wurde von den Truppen und der Nationalgarde niedergemacht. So sagt man wenigstens.

Gegen Mittag war die Insurrektion entschieden im Vorteil. Alle Faubourgs, die Vorstädte Les Batignolles, Montmartre, La Chapelle und La Villette, kurz, der ganze äußere Rand von Paris, von den Batignolles bis zur Seine und die größte Hälfte des linken Seineufers war in ihren Händen. Hier hatten sie 13 Kanonen erobert, die sie nicht anwandten. Im Zentrum drangen sie in der Cité und in der untern Gegend der Straße Saint Martin vor aufs Stadthaus, das durch Massen von Truppen gedeckt war. Aber dennoch, erklärte Bastide in der Kammer, werde es in einer Stunde vielleicht von den Insurgenten

genommen sein, und in der Betäubung, die diese Nachricht hervorrief, wurde die Diktatur und der Belagerungszustand beschlossen.[127] Kaum damit ausgestattet, griff Cavaignac zu den äußersten, den rohsten Mitteln, wie sie noch nie in einer zivilisierten Stadt angewandt worden sind, wie sie selbst Radetzky in Mailand anzuwenden zauderte. Das Volk war wieder zu großmütig. Hätte es auf die Brandraketen und Haubitzen mit Brennen geantwortet, es wäre am Abend Sieger gewesen. Aber es dachte nicht daran, gleiche Waffen zu gebrauchen wie seine Gegner.

Die Munition der Insurgenten bestand meist aus Schießbaumwolle, die in großen Massen im Faubourg Saint Jacques und im Marais fabriziert wurde. Auf dem Platz Maubert war eine Kugelgießerei angelegt.

Die Regierung bekam fortwährend Unterstützung. Die ganze Nacht hindurch kamen Truppen nach Paris; die Nationalgarde von Pontoise, Rouen, Meulan, Mantes, Amiens, Havre kam an; Truppen von Orléans, Artillerie und Pioniere kamen von Arras und Douai, ein Regiment kam von Orléans. Am 24. morgens kamen 500000 Patronen und zwölf Stück Geschütz von Vincennes in die Stadt; die Eisenbahnarbeiter an der Nordbahn übrigens haben die Schienen zwischen Paris und Saint Denis ausgehoben, damit keine Verstärkungen mehr ankommen.

Diesen vereinigten Kräften und dieser unerhörten Brutalität gelang es am Nachmittage des 24., die Insurgenten zurückzudrängen.

Mit welcher Wut sich die Nationalgarde schlug und wie sehr sie wußte, daß es in diesem Kampf um ihre Existenz gehe, zeigt sich darin, daß nicht nur Cavaignac, sondern die Nationalgarde selbst das ganze Viertel des Panthéon *in Brand stecken wollte!*

Drei Punkte waren als Hauptquartiere der angreifenden Truppen designiert: die Porte Saint Denis, wo General Lamoricière kommandierte, das Hôtel de Ville[1], wo General Duvivier mit 14 Bataillonen stand, und der Platz der Sorbonne, von wo aus General Damesme das Faubourg Saint Jacques bekämpfte.

Gegen Mittag wurden die Zugänge des Platzes Maubert genommen und der Platz selbst zerniert. Um ein Uhr fiel der Platz; fünfzig Mann Mobilgarde fielen dabei! Um dieselbe Zeit wurde nach heftiger und anhaltender Kanonade das Panthéon genommen oder vielmehr übergeben. Die fünfzehnhundert Insurgenten, die hier verschanzt waren, kapitulierten – wahrscheinlich infolge der Drohung des Herrn Cavaignac und der wutschnaubenden Bourgeois, das ganze Viertel den Flammen zu übergeben.

[1] Stadthaus

Um dieselbe Zeit drangen die „Verteidiger der Ordnung" immer weiter vor auf den Boulevards und nahmen die Barrikaden der umliegenden Straßen. In der Templestraße waren die Arbeiter bis zur Ecke der Straße de la Corderie zurückgedrängt; in der Straße Boucherat schlug man sich noch, ebenfalls jenseits des Boulevard im Faubourg du Temple. In der Straße Saint Martin fielen noch einzelne Flintenschüsse; an der Pointe Saint Eustache hielt sich noch eine Barrikade.

Abends gegen sieben Uhr wurden dem General Lamoricière zwei Bataillone Nationalgarde von Amiens zugeführt, die er sofort zur Umzingelung der Barrikaden hinter dem Château d'Eau[1] verwandte. Das Faubourg Saint Denis war um diese Zeit ruhig und frei, desgleichen beinahe das ganze linke Seineufer. Die Insurgenten waren in einem Teile des Marais und dem Faubourg Saint Antoine zerniert. Diese beiden Viertel sind indes durch den Boulevard Beaumarchais und den dahinterliegenden Kanal Saint Martin getrennt, und dieser war frei für das Militär.

Der General Damesme, Kommandant der Mobilgarde, wurde bei der Barrikade in der Straße de l'Estrapade von einer Kugel in den Schenkel getroffen. Die Wunde ist nicht gefährlich. Auch die Repräsentanten Bixio und Dornès sind nicht so gefährlich verwundet, als man anfangs glaubte.

Die Wunde des Generals Bedeau ist ebenfalls leicht.

Um neun Uhr war das Faubourg Saint Jacques und das Faubourg Saint Marceau so gut wie genommen. Der Kampf war ungemein heftig gewesen. Hier kommandierte jetzt der General Bréa.

Der General Duvivier im Hôtel de Ville hatte weniger Erfolg gehabt. Doch waren auch hier die Insurgenten zurückgedrängt.

Der General Lamoricière hatte nach heftigem Widerstand die Faubourgs Poissonnière, Saint Denis und Saint Martin bis zu den Barrieren frei gemacht. Nur im Clos Saint Lazare hielten sich die Arbeiter noch; sie hatten sich im Hospital Louis-Philippe verschanzt.

Dieselbe Nachricht stattete der Präsident[2] der Nationalversammlung um halb zehn Uhr abends ab. Er mußte sich indes mehreremal selbst widerrufen. Er gab zu, daß man sich im Faubourg Saint Martin noch stark schösse.[127]

Der Stand der Dinge am 24. abends war also der:

Die Insurgenten behaupteten noch etwa die Hälfte des Terrains, das sie am Morgen des 23. besetzt hielten. Dies Terrain machte den östlichsten Teil von Paris aus, die Faubourgs St. Antoine, du Temple, St. Martin und den

[1] Wasserschloß – [2] Senard

Marais. Das Clos St. Lazare und einige Barrikaden am Pflanzengarten bildeten ihre vorgeschobenen Posten.

Der ganze übrige Teil von Paris war in den Händen der Regierung.

Was am meisten auffällt bei diesem verzweifelten Kampfe, ist die Wut, mit der die „Verteidiger der Ordnung" kämpften. Sie, die früher für jeden Tropfen „Bürgerblut" so zarte Nerven hatten, die selbst sentimentale Anfälle hatten über den Tod der Munizipalgardisten[128] am 24. Februar, diese Bourgeois schießen die Arbeiter nieder wie die wilden Tiere. In den Reihen der Nationalgarde, in der Nationalversammlung kein Wort von Mitleid, von Versöhnung, keine Sentimentalität irgendeiner Art, wohl aber ein gewaltsam losbrechender Haß, eine kalte Wut gegen die empörten Arbeiter. Die Bourgeoisie führt mit klarem Bewußtsein einen Vernichtungskrieg gegen sie. Ob sie für den Augenblick siegt, oder ob sie gleich unterliegt, die Arbeiter werden eine fürchterliche Rache an ihr nehmen. Nach einem solchen Kampfe wie dem der drei Junitage ist nur noch *Terrorismus* möglich, sei er von der einen oder der andern Partei ausgeübt.

Wir teilen noch einiges aus einem Briefe eines Kapitäns der republikanischen Garde über die Ereignisse des 23. und 24. mit.

„Ich schreibe Ihnen beim Knattern der Musketen, beim Donnern der Kanonen. Um 2 Uhr nahmen wir an der Spitze der Notre-Dame-Brücke drei Barrikaden; später rückten wir nach der Straße St. Martin und durchschritten sie in ihrer ganzen Länge. Als wir auf den Boulevard kommen, sehen wir, daß er verlassen und leer ist wie um 2 Uhr morgens. Wir steigen das Faubourg du Temple hinauf; ehe wir an die Kaserne kommen, machen wir halt. Zweihundert Schritt weiter erhebt sich eine formidable Barrikade, gestützt auf mehrere andere, verteidigt von etwa 2000 Menschen. Wir parlamentieren mit ihnen während zweier Stunden. Umsonst. Gegen 6 Uhr rückt endlich die Artillerie heran; da eröffnen die Insurgenten das Feuer zuerst.

Die Kanonen antworteten und bis 9 Uhr zersplitterten Fenster und Ziegel von dem Donner der Geschütze; es ist ein entsetzliches Feuer. Das Blut fließt in Strömen, während sich zu gleicher Zeit ein fürchterliches Gewitter entladet. Soweit man sehen kann, ist das Straßenpflaster von Blut gerötet. Meine Leute fallen unter den Kugeln der Insurgenten; sie verteidigen sich wie Löwen. Zwanzigmal stürmen wir, zwanzigmal werden wir zurückgeschlagen. Die Zahl der Toten ist immens, die Zahl der Verwundeten noch viel größer. Um 9 Uhr nahmen wir die Barrikade mit dem Bajonette. Heute (24. Juni) um 3 Uhr morgens sind wir noch immer auf den Beinen. Fortwährend donnert das Geschütz. Das Panthéon ist das Zentrum. Ich bin in der Kaserne. Wir bewachen die *Gefangenen*, die man jeden Augenblick hereinbringt. Es sind viele Verwundete darunter. *Manche erschießt man sogleich.* Von 112 meiner Leute habe ich 53 verloren."

Geschrieben von Friedrich Engels.

Der 25. Juni

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 29 vom 29. Juni 1848]

* Mit jedem Tage nahm die Heftigkeit, die Erbitterung, die Wut des Kampfes zu. Die Bourgeoisie wurde immer fanatisierter gegen die Insurgenten, je weniger ihre Brutalitäten sofort zum Ziele führten, je mehr sie selbst im Kampf, Nachtwachen und Biwakieren ermattete, je näher sie ihrem endlichen Siege rückte.

Die Bourgeoisie erklärte die Arbeiter nicht für gewöhnliche Feinde, die man besiegt, sondern für *Feinde der Gesellschaft*, die man vernichtet. Sie verbreiteten die absurde Behauptung, es sei den von ihnen selbst mit Gewalt in den Aufstand hineingejagten Arbeitern nur um Plünderung, Brandstiftung und Mord zu tun, sie seien eine Bande Räuber, die man niederschießen müsse wie die Tiere des Waldes. Und doch hatten die Insurgenten während 3 Tagen einen großen Teil der Stadt inne und benahmen sich höchst anständig. Hätten sie dieselben gewaltsamen Mittel angewandt wie die von Cavaignac kommandierten Bourgeois und Bourgeoisknechte, Paris läge in Trümmern, aber sie hätten triumphiert.

Wie barbarisch die Bourgeois in diesem Kampfe verfuhren, geht aus allen Einzelnheiten hervor. Von den Kartätschen, den Granaten, den Brandraketen gar nicht zu sprechen, steht es fest, daß *auf den meisten erstürmten Barrikaden kein Quartier gemacht*[1] *wurde*. Die Bourgeois schlugen alles ohne Ausnahme nieder, was sie vorfanden. Am 24. abends wurden in der Allee des Observatoire über 50 gefangene Insurgenten ohne alle Prozeßform erschossen. „Es ist ein Vernichtungskrieg", schreibt ein Korrespondent der „Indépendance Belge"[125], die selbst ein Bourgeoisblatt ist. Auf allen Barrikaden herrschte der Glaube, daß alle Insurgenten ohne Ausnahme niedergemacht würden.

[1] *kein Pardon gegeben*

Als Larochejaquelein in der Nationalversammlung davon sprach, daß man etwas tun müsse, um diesem Glauben entgegenzuwirken, ließen ihn die Bourgeois gar nicht aussprechen und machten einen solchen Lärm, daß der Präsident sich bedecken und die Sitzung unterbrechen mußte.[129] Als Herr Senard selbst später (s. unten Sitzung der Versammlung) einige heuchlerische Worte der Milde und Versöhnung sprechen wollte, entstand derselbe Lärm. Die Bourgeois wollten von Schonung nichts wissen. Selbst auf die Gefahr hin, einen Teil ihres Eigentums durch ein Bombardement zu verlieren, waren sie entschlossen, ein für allemal ein Ende zu machen mit den Feinden der Ordnung, den Plünderern, Räubern, Brandstiftern und Kommunisten.

Dabei hatten sie nicht einmal den Heldenmut, den ihre Journale sich bemühen ihnen zuzuschreiben. Aus der heutigen Sitzung der Nationalversammlung[130] geht hervor, daß beim Ausbruch des Aufstandes die Nationalgarde vor Schrecken betäubt war; aus den Berichten aller Journale der verschiedensten Farben leuchtet trotz aller pomphaften Phrasen hervor, daß am ersten Tage die Nationalgarde sehr schwach erschien, daß am zweiten und dritten Cavaignac sie aus den Betten mußte holen und durch einen Gefreiten und vier Mann ins Feuer führen lassen. Der fanatische Haß der Bourgeois gegen die aufständischen Arbeiter war nicht imstande, ihre natürliche Feigheit zu überwinden.

Die Arbeiter dagegen schlugen sich mit einer Tapferkeit ohnegleichen. Immer weniger imstande, ihre Verluste zu ersetzen, immer mehr durch die Übermacht zurückgedrängt, ermüdeten sie keinen Augenblick. Vom 25. morgens an mußten sie schon einsehen, daß die Chancen des Siegs sich entschieden gegen sie kehrten. Massen auf Massen neuer Truppen kamen an aus allen Gegenden; die Nationalgarde der Banlieue, die der entfernteren Städte kam in großen Trupps nach Paris. Die Linientruppen, die sich schlugen, betrugen am 25. über 40000 Mann mehr als die gewöhnliche Garnison; die Mobilgarde kam mit 20000 bis 25000 Mann hinzu; dann die Pariser und auswärtige Nationalgarde. Dazu noch mehrere tausend Mann republikanische Garde. Die ganze bewaffnete Macht, die gegen die Insurrektion zu Felde zog, betrug am 25. gewiß an 150000 bis 200000 Mann, die Arbeiter waren höchstens den vierten Teil so stark, hatten weniger Munition, gar keine militärische Direktion und keine brauchbaren Kanonen. Aber sie schlugen sich schweigend und verzweifelt gegen die kolossale Übermacht. Massen auf Massen rückten heran auf die Breschen, die das schwere Geschütz in die Barrikaden geschossen; ohne einen Ruf auszustoßen, empfingen sie die Arbeiter und kämpften überall bis auf den letzten Mann, ehe sie eine Barrikade in die Hände der Bourgeois fallen ließen. Auf dem Montmartre riefen die Insurgenten den

Einwohnern zu: Wir werden entweder in Stücke gehauen oder wir hauen die andern in Stücke; wir werden aber nicht weichen, und bittet Gott, daß wir siegen, denn sonst brennen wir ganz Montmartre nieder. Diese nicht einmal erfüllte Drohung gilt natürlich als ein „abscheuliches Projekt“, während die Granaten und Brandraketen Cavaignacs „geschickte militärische Maßregeln sind, denen jedermann Bewunderung zollt“!

Am 25. morgens hatten die Insurgenten folgende Positionen inne: das Clos Saint Lazare, die Vorstädte St. Antoine und du Temple, den Marais und das Viertel Saint Antoine.

Das Clos Saint Lazare (das ehemalige Klostergehege) ist eine große Fläche Landes, teilweise bebaut, teilweise erst mit angefangenen Häusern, projektierten Straßen etc. bedeckt. Der Nordbahnhof liegt gerade in seiner Mitte. In diesem an unregelmäßig liegenden Gebäuden reichen Viertel, das außerdem eine Menge Baumaterial umfaßt, hatten die Insurgenten eine gewaltige Festung aufgeworfen. Das im Bau begriffene Hospital Louis-Philippe war ihr Zentrum, sie hatten furchtbare Barrikaden aufgeworfen, die von Augenzeugen als ganz uneinnehmbar geschildert werden. Dahinter lag die von ihnen zernierte und besetzte Ringmauer der Stadt. Von da gingen ihre Verschanzungen bis in die Rue Rochechouart oder in die Gegend der Barrieren. Die Barrieren des Montmartre waren stark verteidigt, Montmartre war ganz von ihnen besetzt. Vierzig Kanonen, seit zwei Tagen gegen sie donnernd, hatten sie noch nicht reduziert.

Man schoß wieder den ganzen Tag mit 40 Kanonen auf diese Verschanzungen; endlich abends 6 Uhr wurden die zwei Barrikaden der Rue Rochechouart genommen und bald darauf fiel auch das Clos Saint Lazare.

Auf dem Boulevard du Temple nahm die Mobilgarde morgens 10 Uhr mehrere Häuser, von wo aus die Insurgenten ihre Kugeln in die Reihen der Angreifer sandten. Die „Verteidiger der Ordnung“ waren etwa bis zum Boulevard des Filles du Calvaire vorgerückt. Inzwischen wurden die Insurgenten im Faubourg du Temple immer höher hinaufgetrieben, der Kanal Saint Martin stellenweise besetzt und von hier sowie vom Boulevard aus die breiteren und geraden Straßen mit Artillerie stark beschossen. Der Kampf war ungemein heftig. Die Arbeiter wußten sehr gut, daß man sie hier im Herzen ihrer Stellung angreife. Sie verteidigten sich wie Rasende. Sie nahmen sogar Barrikaden wieder, aus denen man sie schon vertrieben hatte. Aber nach langem Kampfe wurden sie von der Übermacht der Zahl und der Waffen erdrückt. Eine Barrikade nach der andern fiel; bei Anbruch der Nacht war nicht nur das Faubourg du Temple, sondern auch vermittelst des Boulevards und

des Kanals die Zugänge zum Faubourg Saint Antoine und mehrere Barrikaden in diesem Faubourg erobert.

Am Hôtel de Ville machte General Duvivier langsame aber gleichmäßige Fortschritte. Von den Quais aus kam er den Barrikaden der Rue Saint Antoine in die Flanken und beschoß zugleich die Insel St. Louis und die ehemalige Insel Louvier[131] mit schwerem Geschütz. Hier wurde ebenfalls ein sehr erbitterter Kampf geführt, über den jedoch die Details mangeln und von dem man nur weiß, daß um vier Uhr die Mairie des neunten Arrondissements nebst den umliegenden Straßen genommen, daß eine Barrikade der Rue Saint Antoine nach der andern erstürmt und die Brücke Damiette genommen wurde, die den Zugang auf die Ile Saint Louis bildete. Mit Anbruch der Nacht waren die Insurgenten hier überall vertrieben und alle Zugänge des Bastillenplatzes befreit.

Damit waren die Insurgenten aus allen Teilen der Stadt geschlagen, mit Ausnahme des Faubourg Saint Antoine. Dies war ihre stärkste Stellung. Die vielen Zugänge dieses Faubourg, des eigentlichen Herdes aller Pariser Aufstände, waren mit besonderem Geschick gedeckt. Schräge, einander gegenseitig deckende Barrikaden, noch verstärkt durch das Kreuzfeuer der Häuser, boten eine furchtbare Angriffsfronte dar. Ihr Sturm würde eine unendliche Menge Leben gekostet haben.

Vor diesen Schanzen lagerten sich die Bourgeois oder vielmehr ihre Knechte. Die Nationalgarde[118] hatte an diesem Tage wenig getan. Die Linie und die Mobilgarde[117] hatten die meiste Arbeit vollzogen; die Nationalgarde besetzte die ruhigen und eroberten Stadtteile.

Am schlechtesten hat sich benommen die republikanische und die Mobilgarde. Die republikanische Garde[121], neu organisiert und epuriert wie sie war, schlug sich mit großer Erbitterung gegen die Arbeiter, an denen sie ihre Sporen als republikanische Munizipalgarde verdiente.

Die Mobilgarde, die zum größten Teil aus dem Pariser Lumpenproletariat rekrutiert ist, hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens vermittelst guter Zahlung schon sehr in eine prätorianische Garde[1] der jedesmaligen Machthaber verwandelt. Das organisierte Lumpenproletariat hat dem nichtorganisierten arbeitenden Proletariat seine Schlacht geliefert. Es hat sich, wie zu erwarten war, der Bourgeoisie zur Verfügung gestellt, gerade wie die Lazzaroni in Neapel zur Verfügung Ferdinands[2]. Nur die Abteilungen der Mobilgarde, die aus *wirklichen* Arbeitern bestanden, gingen über.

Aber wie verächtlich erscheint die ganze jetzige Wirtschaft in Paris,

[1] Kaiserliche Leibwache im alten Rom – [2] siehe vorl. Band, S. 19–21

wenn man sieht, wie diese ehemaligen Bettler, Vagabunden, Gauner, Gamins[1] und kleinen Diebe der Mobilgarde, die jeder Bourgeois im März und April als eine nicht länger zu duldende, spitzbübische, aller Verwerflichkeiten fähige Räuberbande bezeichnete, wenn diese Räuberbande jetzt gehätschelt, gepriesen, belohnt, dekoriert wird, weil diese „jungen Helden“, diese „Kinder von Paris“, deren Tapferkeit unvergleichlich ist, die mit dem brillantesten Mute die Barrikaden erklettern usw. – weil diese gedankenlosen Barrikadenkämpfer des Februar jetzt ebenso gedankenlos auf das arbeitende Proletariat schießen, wie sie früher auf die Soldaten schossen, weil sie sich zur Niedermetzelung ihrer Brüder haben bestechen lassen mit dreißig Sous per Tag! Ehre diesen bestochenen Vagabunden, weil sie um dreißig Sous per Tag den besten, revolutionärsten Teil der Pariser Arbeiter niedergeschossen haben!

Die Tapferkeit, mit der die Arbeiter sich geschlagen haben, ist wahrhaft wunderbar. Dreißig- bis vierzigtausend Arbeiter, die sich drei volle Tage halten gegen mehr als achtzigtausend Mann Soldaten und hunderttausend Mann Nationalgarde, gegen Kartätschen, Granaten und Brandraketen, gegen die noble Kriegserfahrung von Generälen, die sich nicht scheuen, algierische Mittel anzuwenden! Sie sind erdrückt und großenteils niedergemetzelt worden. Ihren Toten werden nicht die Ehren erwiesen werden, wie den Toten des Juli[16] und des Februar[17]; aber die Geschichte wird ihnen einen ganz andern Platz anweisen, den Opfern der ersten entscheidenden Feldschlacht des Proletariats.

Geschrieben von Friedrich Engels.

[1] Gassenjungen

Neue Rheinische Zeitung.

Organ der Demokratie.

№ 29. Köln, Donnerstag 29. Juni 1848.

Die „Neue Rheinische Zeitung" erscheint vom 1. Juni an täglich. Bestellungen für das nächste Quartal, Juli bis September, wolle man baldigst machen.

Alle Postämter Deutschlands nehmen Bestellungen an.

Für Frankreich übernehmen Abonnements Herr G. A. Alexandre, Nr. 28, Brandgasse in Straßburg, und 23, rue Notre Dame de Nazareth in Paris; so wie das königliche Ober-Post-Amt in Aachen. Für England die HH. J. J. Ewer & Comp. 72, Newgate Street in London. Für Belgien und Holland die respekt. königlichen Briefpost-Aemter und das Postbüreau zu Lüttich.

Abonnementspreis in Köln vierteljährlich 1 Thlr. 15 Sgr., in allen übrigen Orten Preußens 2 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. Außerhalb Preußens mit Zuschlag des fremden Zeitungsportos. Inserate: die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Anzeigen aller Art erlangen durch die großen Verbindungen der Zeitung die weiteste Verbreitung.

Zu Nr. 28 der „Neuen Rheinischen Zeitung" ist am 28. Juni Morgens eine außerordentliche Beilage ausgegeben und versandt worden.

Französische Republik.

Der 25. Juni.

Westphalen.

Erste Seite der „Neuen Rheinischen Zeitung" Nr. 29 vom 29. Juni 1848 mit Karl Marx' Artikel „Die Junirevolution"

Die Junirevolution

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 29 vom 29. Juni 1848]

** Die Pariser Arbeiter sind *erdrückt* worden von der Übermacht, sie sind ihr nicht *erlegen*. Sie sind *geschlagen*, aber ihre Gegner sind *besiegt*. Der augenblickliche Triumph der brutalen Gewalt ist erkauft mit der Vernichtung aller Täuschungen und Einbildungen der Februarrevolution, mit der Auflösung der ganzen alt-republikanischen Partei, mit der Zerklüftung der französischen Nation in zwei Nationen, die Nation der Besitzer und die Nation der Arbeiter. Die trikolore Republik trägt nur mehr *eine Farbe*, die Farbe der Geschlagenen, die *Farbe des Bluts*. Sie ist zur *roten Republik* geworden.

Keine republikanische Reputation, sei es vom „National“[132], sei es von der „Réforme“[133] auf Seite des Volks! Ohne andre Führer, ohne andre Mittel als die Empörung selbst, widerstand es der vereinigten Bourgeoisie und Soldateska länger, als je eine französische Dynastie, mit allem militärischen Apparat versehn, einer mit dem Volk vereinigten Fraktion der Bourgeoisie widerstand. Damit die letzte Illusion des Volks verschwinde, damit gänzlich mit der Vergangenheit gebrochen werde, mußte auch die gewohnte poetische Zutat der französischen Emeute, die enthusiastische Bourgeoisjugend, die Zöglinge der école polytechnique[1], die dreikrampigen Hüte auf der Seite der Unterdrücker stehn. Die Zöglinge der medizinischen Fakultät mußten den verwundeten Plebejern die Hülfe der Wissenschaft versagen. Die Wissenschaft existiert nicht für den Plebejer, der das unsagbare, das unsägliche Verbrechen beging, sich einmal für seine eigne Existenz in die Schanze zu schlagen, statt für Louis-Philippe oder für Herrn Marrast.

Der letzte offizielle Rest der Februarrevolution, die exekutive Kommission[134], ist vor dem Ernst der Ereignisse wie ein Nebelbild zerflossen.

[1] Technischen Hochschule

Lamartines Leuchtkugeln haben sich verwandelt in die Brandraketen Cavaignacs.

Die Fraternité, die Brüderlichkeit der entgegengesetzten Klassen, von denen die eine die andere exploitiert, diese Fraternité, im Februar proklamiert, mit großen Buchstaben auf die Stirne von Paris geschrieben, auf jedes Gefängnis, auf jede Kaserne – ihr wahrer, unverfälschter, ihr prosaischer Ausdruck, das ist der – *Bürgerkrieg*, der Bürgerkrieg in seiner fürchterlichsten Gestalt, der Krieg der Arbeit und des Kapitals. Diese Brüderlichkeit flammte vor allen Fenstern von Paris am Abend des 25. Juni, als das Paris der Bourgeoisie illuminierte, während das Paris des Proletariats verbrannte, verblutete, verächzte.

Die Brüderlichkeit währte grade so lang, als das Interesse der Bourgeoisie mit dem Interesse des Proletariats verbrüdert war. Pedanten der alten revolutionären Überlieferung von 1793, sozialistische Systematiker, die bei der Bourgeoisie für das Volk bettelten und denen erlaubt wurde, lange Predigten zu halten und sich so lange zu kompromittieren, als der proletarische Löwe in Schlaf gelullt werden mußte, Republikaner, welche die ganze alte bürgerliche Ordnung mit Abzug des gekrönten Kopfes verlangten, dynastische Oppositionelle[135], denen der Zufall an die Stelle eines Ministerwechsels den Sturz einer Dynastie unterschob, Legitimisten[136], welche die Livrée nicht abwerfen, sondern ihren Schnitt verändern wollten, das waren die Bundesgenossen, womit das Volk seinen Februar machte. Was es in Louis-Philippe instinktmäßig haßte, war nicht Louis-Philippe, sondern die gekrönte Herrschaft einer Klasse, das Kapital auf dem Throne. Aber wie immer großmütig, wähnt es seinen Feind vernichtet zu haben, nachdem es den Feind seiner Feinde, den *gemeinschaftlichen* Feind gestürzt hat.

Die *Februarrevolution* war die *schöne* Revolution, die Revolution der allgemeinen Sympathie, weil die Gegensätze, die in ihr gegen das Königtum eklatierten, *unentwickelt*, einträchtig nebeneinander schlummerten, weil der soziale Kampf, der ihren Hintergrund bildete, nur eine luftige Existenz gewonnen hatte, die Existenz der Phrase, des Worts. Die *Junirevolution* ist die *häßliche* Revolution, die abstoßende Revolution, weil an die Stelle der Phrase die Sache getreten ist, weil die Republik das Haupt des Ungeheuers selbst entblößte, indem sie ihm die schirmende und versteckende Krone abschlug.

Ordnung! war der Schlachtruf Guizots! *Ordnung!* schrie Sébastiani, der Guizotin, als Warschau russisch wurde. *Ordnung!* schreit Cavaignac, das brutale Echo der französischen Nationalversammlung und der republikanischen Bourgeoisie.

Ordnung! donnerten seine Kartätschen, als sie den Leib des Proletariats zerrissen.

Keine der zahllosen Revolutionen der französischen Bourgeoisie seit 1789 war ein Attentat auf die *Ordnung*, denn sie ließ die Herrschaft der Klasse, sie ließ die Sklaverei der Arbeiter, sie ließ die *bürgerliche Ordnung* bestehen, sooft auch die politische Form dieser Herrschaft und dieser Sklaverei wechselte. Der Juni hat diese *Ordnung* angetastet. Wehe über den Juni!

Unter der *provisorischen Regierung* war es Anstand und noch mehr, es war *Notwendigkeit*, den großmütigen Arbeitern, die, wie man in Tausend von offiziellen Plakaten abdrucken ließ, *„drei Monat Elend zur Verfügung der Republik bereitstellten"*, es war Politik und Schwärmerei zugleich, ihnen vorzupredigen, die Februarrevolution sei *in ihrem eigenen Interesse* gemacht und es handle sich in der Februarrevolution vor allem um die *Interessen der Arbeiter*. Seit der *Eröffnung* der Nationalversammlung – wurde man prosaisch. Es handelte sich nur noch darum – *die Arbeit auf ihre alten Bedingungen*, wie der Minister Trélat sagte, *zurückzuführen*. Also die Arbeiter hatten sich im Februar geschlagen, um in eine industrielle Krise geworfen zu werden.

Das Geschäft der Nationalversammlung besteht darin, den Februar ungeschehen zu machen, wenigstens für die Arbeiter, und sie in die alten Verhältnisse zurückzuwerfen. Aber selbst das geschah nicht, weil es so wenig in der Gewalt einer Versammlung wie eines Königs steht, einer industriellen Krise von universellem Charakter zuzurufen: *bis hierhin!* Die Nationalversammlung, im brutalen Eifer, zu enden mit den verdrießlichen Februarredensarten, ergriff selbst *die* Maßregeln nicht, die auf dem Boden der alten Verhältnisse möglich waren. Die Pariser Arbeiter von 17–25 Jahren preßt sie für die Armee oder wirft sie auf das Pflaster; die auswärtigen verweist sie aus Paris in die Sologne, ohne ihnen selbst die zum Laufpaß gehörigen Gelder auszuzahlen; den erwachsenen Parisern versichert sie provisorisch ein Gnadenbrot in militärisch organisierten Werkstätten, unter der Bedingung, daß sie an keiner Volksversammlung teilnehmen, d.h. unter der Bedingung, daß sie aufhören Republikaner zu sein. Nicht die sentimentale Rhetorik nach dem Februar reichte aus, nicht die brutale Legislatur nach dem 15. Mai[137]. Faktisch, praktisch mußte entschieden werden. Habt ihr Kanaillen die Februarrevolution für *euch* gemacht oder für *uns*? Die Bourgeoisie stellte die Frage so, daß sie den Juni beantwortet werden mußte – mit Kartätschen und Barrikaden.

Und dennoch schlägt, wie ein Volksrepräsentant[1] am 25. Juni sagt, der

[1] Ducoux

Stupor die ganze Nationalversammlung. Sie ist betäubt, als Frage und Antwort das Pflaster von Paris in Blut ertränken, betäubt, die einen, weil ihre Illusionen im Pulverdampf zerrinnen, die andern, weil sie nicht begreifen, wie das Volk es wagen kann, seine *allereigensten* Interessen *selbständig* zu vertreten. *Russisches Geld, englisches Geld, der bonapartische Adler, die Lilie*[1], Amulette aller Art müssen dies sonderbare Ereignis ihrem Verstande vermitteln. *Beide Teile* der Versammlung aber fühlen, daß eine unermeßliche Kluft sie von dem Volke trennt. Keine wagt, sich für das Volk zu erheben.

Sobald der Stupor vorüber ist, bricht die Raserei aus, und mit Recht zischt die Majorität jene elenden Utopisten und Heuchler aus, die den Anachronismus begehen, noch die Phrase Fraternité, Brüderlichkeit, im Mund zu führen. Es handelte sich ja eben um die Abschaffung dieser Phrase und der Illusionen, die ihr vieldeutiger Schoß verbirgt. Als *Larochejaquelein*, der Legitimist, der ritterliche Schwärmer, gegen die Infamie eiferte, mit der man „Vae victis! *Weh den Besiegten!*"[138] ausruft, gerät die Majorität der Versammlung in Veitstänze, als wäre sie von der Tarantel gestochen. Sie schreit *Weh!* über die Arbeiter, um zu verbergen, daß niemand anders der „*Besiegte*" ist als sie selbst. Entweder sie muß jetzt untergehen oder die Republik. Und darum heult sie krampfhaft: Es lebe die Republik![129]

Der tiefe Abgrund, der sich vor uns eröffnet hat, darf er die Demokraten irren, darf er uns wähnen lassen, die Kämpfe um die Staatsform seien inhaltlos, illusorisch, null?

Nur schwache, feige Gemüter können die Frage aufwerfen. Die Kollisionen, welche aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgehen, sie müssen durchkämpft, sie können nicht wegphantasiert werden. Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen.

Man wird uns fragen, ob wir keine Träne, keinen Seufzer, kein Wort für die Opfer haben, welche vor der Wut des Volkes fielen, für die Nationalgarde, die Mobilgarde, die republikanische Garde, die Linie?

Der Staat wird ihre Witwen und Waisen pflegen, Dekrete werden sie verherrlichen, feierliche Leichenzüge werden ihre Reste zur Erde bestatten, die offizielle Presse wird sie unsterblich erklären, die europäische Reaktion wird ihnen huldigen vom Osten bis zum Westen.

---

[1] Wappenzeichen des Königshauses der Bourbonen

Aber die Plebejer, vom Hunger zerrissen, von der Presse geschmäht, von den Ärzten verlassen, von den Honetten Diebe gescholten, Brandstifter, Galeerensklaven, ihre Weiber und Kinder in noch grenzenloseres Elend gestürzt, ihre besten Lebenden über die See deportiert – ihnen den Lorbeer um die drohend finstere Stirn zu winden, das ist das *Vorrecht*, das ist das *Recht der demokratischen Presse.*

Geschrieben von Karl Marx.

Die „Kölnische Zeitung" über die Junirevolution

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 31 vom 1. Juli 1848]

** *Köln*, 30. Juni. Man lese folgende Stellen aus dem „London Telegraph" und vergleiche damit, was die deutschen Liberalen, insonderheit Herr Brüggemann-Dumont et Wolfers über die Pariser Junirevolution zusammenschwatzen, und man wird eingestehen müssen, daß die englischen Bourgeois, von vielen andern Vorzügen abgesehen, wenigstens *das* vor den *deutschen Spießbürgern* voraushaben, daß sie große Ereignisse zwar vom Bourgeoisstandpunkte aus, übrigens aber als *Männer* beurteilen und nicht als *Gassenbuben*.

Der „Telegraph" sagt in seiner Nr. 122:

„... Und hier wird man von uns erwarten, daß wir uns über Ursprung und Folgen dieses fürchterlichen Blutvergießens erklären. *Von Anfang an stellt es sich als eine vollständige Schlacht zwischen zwei Klassen heraus*" (Ein Kaiserreich für einen solchen Gedanken, ruft innerlich die hehre „Kölnische" und ihr „Wolfers"). „Es ist ein Aufstand der Arbeiter gegen die Regierung, die sie selber geschaffen haben, und gegen die Klasse, von welcher die Regierung jetzt unterstützt wird. Wie der Streit unmittelbar entstand, ist weniger leicht auseinanderzusetzen, als die dauernden und immer gegenwärtigen Ursachen desselben anzugeben. *Die Februarrevolution* wurde hauptsächlich von den *arbeitenden Klassen* gemacht und man sprach es laut aus, *daß sie zu ihrem Vorteil gemacht worden*. Es ist nicht sowohl eine politische als eine soziale Revolution. Die Massen von mißvergnügten Arbeitern sind nicht mit einem Sprunge und mit allen Eigenschaften des Soldaten auf einmal begabt in die Welt getreten. Ebensowenig ist ihre Not und ihre Unzufriedenheit bloß die Frucht der Ereignisse der letzten vier Monate. Erst am Montag zitierten wir die vielleicht übertriebenen Angaben Herrn Leroux', der, ohne Widerspruch zu erfahren, in der Nationalversammlung anführte, daß es in Frankreich 8 Millionen Bettler und 4 Millionen Arbeiter gibt, die keinen sichern Verdienst haben. Er bezeichnete ausdrücklich die Zeit *vor* der Revolution und klagte eben, daß *seit* der Revolution gegen diese gewaltige Krankheit gar nichts

geschehen sei. Die Theorien des Sozialismus und Kommunismus, die in Frankreich herangereift waren und jetzt eine so große Gewalt auf die öffentliche Meinung ausüben, erwuchsen aus der furchtbar gedrückten Lage, in welcher sich unter Louis-Philippes Regierung die große Masse des Volkes befand. Die Hauptsache, die nicht aus dem Auge verloren werden darf, ist *die unglückliche Lage der Masse; diese Lage ist die wirkliche lebendige Ursache der Revolution.* In der Nationalversammlung wurde nun bald beschlossen, die Arbeiter derjenigen Vorteile zu berauben, welche ihnen von den Politikern der Revolution so voreilig und unüberlegt zugesprochen worden. In *sozialer* und selbst in *politischer* Beziehung lag eine *gewaltige Reaktion* klar am Tage. Die Gewalt, von einem großen Teile Frankreichs unterstützt, wurde aufgefordert, *jene Menschen beiseite zu schaffen, von welchen besagte Gewalt ihr Dasein erhalten.* Erst geschmeichelt und ernährt, dann geteilt und mit dem Hungertode bedroht, weggeschleppt in die Provinzen, wo alle ihre Arbeitsverbindungen vernichtet waren, und endlich der zur Vernichtung ihrer Gewalt beschlossene Plan: Kann sich da jemand über die Gereiztheit der Arbeiter wundern? Daß sie glaubten, eine zweite erfolgreichere Revolution zustande zu bringen, kann wahrlich niemanden überraschen. Und ihre Aussichten auf Erfolg gegenüber der bewaffneten Macht der Regierung erschienen nach der Dauer des bisherigen Widerstandes größer, als die meisten Leute sich einbildeten. Daraus, und daß keine politischen Leiter unter dem Volke entdeckt worden, sowie aus der Tatsache, daß die aus Paris fortgeschickten Arbeiter gleich hinter den Barrieren wieder umkehrten, geht hervor, daß *der Aufstand die Folge eines allgemeinen Unwillens unter der arbeitenden Klasse und nicht das Werk politischer Agenten war.* Sie halten dafür, daß ihr Interesse wieder von ihrer *eigenen Regierung* verraten worden. Sie haben jetzt, *wie im Februar,* die Waffen ergriffen, um gegen das *schreckliche Elend* anzukämpfen, dessen Opfer sie bereits so lange gewesen.

Der jetzige Kampf ist nur eine Fortsetzung der Februarrevolution. Er ist eine Fortsetzung des durch ganz Europa gehenden Kampfes wegen gerechterer Verteilung der jährlichen Arbeitserzeugnisse. In Paris wird er jetzt wahrscheinlich bewältigt werden; denn die Gewalt, welche die neue Autorität von der alten ererbt, hat augenscheinlich das Übergewicht. *Doch mag er auch noch so erfolgreich bewältigt werden, er wird sich immer und immer wieder erneuern,* bis die Regierung entweder eine gerechtere Verteilung der jährlichen Arbeitsprodukte zustande bringt oder in der Unmöglichkeit, dies zu tun, von allen derartigen Versuchen absteht und die Entscheidung der freien Konkurrenz des Marktes überläßt... Die *wirkliche Schlacht wird wegen ausreichender Subsistenzmittel geschlagen.* Die Mittelklasse selbst ist ihrer Existenzmittel von jenen Politikern beraubt worden, welche die Leitung der Revolution übernahmen. *Die Mittelklasse ist barbarischer geworden als die Arbeiter.* Die gewaltigsten Leidenschaften sind auf beiden Seiten zu verderblicher Tätigkeit entflammt. *Sie setzen alle Brüderlichkeit beiseite und liefern sich gegenseitig mörderische Schlachten.* Die unwissende, wenn nicht böswillige Regierung, welche in dieser außerordentlichen Krisis keinen Begriff von ihrer Pflicht zu haben scheint, hat zuerst die Arbeiter gegen die Mittelklasse gehetzt und ist jetzt *der letzteren behilflich, die getäuschten, betrogenen und nun wütend gewordenen Arbeiter von der Erde zu tilgen.* Der Tadel wegen dieses großen Unheils darf nicht das Prinzip

der Revolution treffen, *nicht den Entschluß, gegen Elend und Unterdrückung loszuschlagen.* Er muß vielmehr gegen die gerichtet werden, welche in ihrer politischen Unwissenheit die von Louis-Philippe überkommenen Notzustände noch verschlimmerten."

So schreibt ein *Londoner* Bourgeoisblatt über die Junirevolution, ein Blatt, das die Grundsätze eines *Cobden, Bright* etc. vertritt, das nach der „*Times*"[139] und dem „*Northern Star*"[122], den zwei Despoten der englischen Presse, wie der „*Manchester Guardian*"[140] sagt, das *gelesenste Blatt in England* ist.

Man vergleiche Nr. 181 der „*Kölnischen Zeitung*"[104]! Dieses merkwürdige Blatt verwandelt den *Kampf zwischen zwei Klassen* in den *Kampf zwischen den Honetten* und den *Spitzbuben!* Braves Blatt! Als wenn diese Epitheta von den zwei Klassen nicht wechselseitig zurückgeschleudert würden. Es ist dasselbe Blatt, das *zuerst* bei dem Gerücht des Juniaufstandes *seine gänzliche Unwissenheit über den Charakter* des Aufstandes gestand, *dann* sich *von Paris aus* schreiben lassen mußte, es handle sich um *eine wichtige soziale Revolution,* deren Umkreis nicht *mit einer Niederlage* erschöpft sei und *schließlich,* durch *eine* Niederlage der Arbeiter wieder gekräftigt, in dem Aufstand nichts sieht als den Kampf „der *unermeßlichen Majorität*" gegen eine „*wilde Rotte*" von „*Kannibalen, Räubern und Mördern*".

Der römische Sklavenkrieg, was war er? *Ein Krieg zwischen den Honetten und den Kannibalen!* Herr *Wolfers* wird römische Geschichte schreiben und Herr *Dumont-Brüggemann* wird die *Arbeiter*, die „Unglücklichen", über ihre wahren Rechte und Pflichten aufklären, „sie in *die Wissenschaft* einweihen, welche zur Ordnung führt, welche den wahren Bürger *bildet*"!

Es lebe die *Wissenschaft Dumont-Brüggemann-Wolfers,* die Geheimwissenschaft! – *Ein* Beispiel dieser *Geheimwissenschaft:* Das wohllöbliche Triumvirat erzählt seinen gläubigen Lesern zwei Nummern hindurch, daß General Cavaignac das *Viertel St. Antoine unterminieren wolle.* Das Viertel St. Antoine ist zufällig etwas *größer als die gute Stadt Köln.* Aber das wissenschaftliche Triumvirat, das wir der deutschen Nationalversammlung zur Beherrschung von Deutschland anempfehlen, das Triumvirat *Dumont-Brüggemann-Wolfers,* siegt über diese Schwierigkeit, es versteht, die Stadt Köln durch eine Mine in die Luft zu sprengen! Seinen Vorstellungen über die Mine, welche das Faubourg St. Antoine in die Luft sprengt, entspricht die Vorstellung über die unterirdischen Gewalten, welche die moderne Gesellschaft unterminieren und das Paris vom Juni erbeben machten und Blutlava aus seinem Revolutionskrater heraufspien.

Aber bestes Triumvirat! Großer *Dumont-Brüggemann-Wolfers,* von der Welt der Annoncen proklamierte Größen! Annoncen-Cavaignacs! *Wir* haben bescheiden unser Haupt geneigt, geneigt vor der größten geschichtlichen

Krise, die je eklatiert hat: vor dem *Klassenkampf der Bourgeoisie und des Proletariats.* Wir haben die Tatsache nicht gemacht, wir haben sie konstatiert. Wir haben konstatiert, daß eine der Klassen *die Besiegte* ist, wie *Cavaignac selbst* sagt. Wir haben auf dem Grabe der Besiegten den *Siegern „Weh!“* zugerufen, und Cavaignac selbst schaudert zurück vor seiner geschichtlichen Verantwortlichkeit! Und die Nationalversammlung beschuldet jedes ihrer Mitglieder der Feigheit, das die fürchterliche geschichtliche Verantwortlichkeit nicht offen auf sich nimmt. Haben wir den *Deutschen* das Buch der Sibylle aufgeschlagen, damit sie es verbrennen? Wenn wir den Kampf der Chartisten[60] und der englischen Bourgeois schildern, fordern wir die Deutschen auf, Engländer zu werden?

Aber Deutschland, undankbares Deutschland, du kennst zwar die *„Kölnische Zeitung“* und ihre Annoncen, aber du kennst die größten deiner Männer nicht, deinen *Wolfers* nicht, deinen *Brüggemann,* deinen *Dumont!* Wieviel Schweiß des Gehirns, Schweiß des Angesichtes, Blutschweiß ist vergossen im *Kampf der Klassen,* im Kampf von Freien und Sklaven, Patriziern und Plebejern, Grundherren und Leibeigenen, Kapitalisten und Arbeitern! *Aber nur, weil es keine „Kölnische Zeitung“ gab.* Aber, allertapferstes Triumvirat, wenn die moderne Gesellschaft *„Missetäter“*, *„Kannibalen“*, *„Mörder“*, *„Plünderer“* in solcher Masse mit solcher Energie erzeugt, daß ihre Erhebung die Grundfesten der offiziellen Gesellschaft erzittern macht, welche Gesellschaft! Welche alphabetisch geordnete Anarchie! Und du glaubst den Zwiespalt aufzuheben, du glaubst die Mitspieler, die Zuschauer des schrecklichen Dramas erhoben zu haben, indem du sie in die Kotzebuesche Bediententragödie[141] hinabziehst!

Unter den *Nationalgarden des Faubourg St. Antoine, St. Jacques, St. Marceau* befanden sich nur *50,* die dem Ruf der Bürgertrompete folgten – so meldet der Pariser *„Moniteur“*, das Staatsblatt, das Blatt Ludwig XVI., *Robespierres, Louis-Philippes* und *Marrast-Cavaignacs!* Nichts einfacher für die *Wissenschaft,* die den Menschen zum *wahren Bürger* „bildet“! Die drei größten Faubourgs von Paris, die drei industriellsten Faubourgs, deren Muster die Mousseline von Dacca und den Sammet von Spitalfields erbleichen und verkohlen machten, sollen bewohnt sein von „Kannibalen“, „Plünderern“, „Räubern“, „Missetätern“. So sagt *Wolfers!*

Und *Wolfers* ist ein ehrenwerter Mann![142] Er hat die Spitzbuben zu Ehren gebracht, indem er sie größere Schlachten und Kunstwerke liefern ließ, heldenmäßigere Taten vollbringen, als die Karls X., Louis-Philippes, Napoleons und der Spinner von Dacca und Spitalfields.

Wir sprachen eben vom *„Londoner Telegraph“*. Gestern haben unsere

Leser *Emil Girardin* gehört. Die Arbeiterklasse, sagt er, nachdem sie ihrem Schuldner, der Februarrevolution, einen Monat über Verfall Ausstand gegeben, sie, die Gläubigerin, sie klopfte an mit der Muskete, mit der Barrikade, mit dem eigenen Leib an das Haus des Schuldners! Aber *Emil Girardin!* Was ist er? Kein Anarchist! Bewahre Gott! Aber er ist ein *Republikaner des folgenden Tages*, ein *Republikaner des Morgens* (républicain du lendemain) und die *„Kölnische Zeitung"*, ein *Wolfers*, ein *Dumont*, ein *Brüggemann*, sie alle sind *Republikaner von vorgestern, Republikaner vor der Republik, Republikaner des Abends* (républicains de la veille)! *Emil Girardin*, kann er zeugen neben *Dumont*? Wenn die Kölnerin dem *Deportieren*, dem *Hängen* die *Schadenfreude des Deportierens*, des *Hängens* hinzufügt, bewundert ihren Patriotismus! Sie will der Welt nur beweisen, der ungläubigen, stockblinden, deutschen Welt, daß die *Republik mächtiger ist als die Monarchie*, daß die republikanische Nationalversammlung vermochte mit Cavaignac und Marrast, was die konstitutionelle Deputiertenkammer nicht vermochte mit Thiers und Bugeaud! *Vive la république!* Es lebe die Republik! ruft die Spartanerin, die Kölnerin aus über dem verblutenden, verächzenden, verbrennenden Paris. Die Kryptorepublikanerin! Darum wird sie als *feig*, als *charakterlos* verdächtigt von einem *Gervinus*, von einer *Augsburgerin!*[143] Die Makellose! Die Kölnische Charlotte Corday!

Bemerkt wohl, *kein Pariser Blatt*, nicht der *„Moniteur"*, nicht die *„Débats"*[144], nicht der *„National"*[132] sprechen von *„Kannibalen"*, von *„Plünderern"*, von *„Räubern"*, von *„Mördern"*. Es ist nur ein Blatt – das Blatt von *Thiers*, des Mannes, dessen Immoralität *Jacobus Venedey* in der *„Köln[ischen] Zeitung"* geißelte, des Mannes, gegen den die Kölnerin aus vollstem Hals schrie:

> Sie sollen ihn nicht haben,
> Den freien deutschen Rhein[145], –

es ist das Blatt von Thiers, der *„Constitutionnel"*[146], aus dem die belgische *„Indépendance"*[125] schöpft und die rheinische Wissenschaft, verkörpert in *Dumont-Brüggemann-Wolfers!*

Und nun prüft mit einiger Kritik diese skandalösen Anekdoten, womit die *„Kölnische Zeitung"* die Erdrückten brandmarkt, dieselbe Zeitung, die *beim Ausbruch des Kampfes* erklärte, sie sei völlig *unwissend* über seinen Charakter, die *während* des Kampfes erklärte, es sei eine *„wichtige soziale Revolution"*, was *nach* dem Kampf ein Boxen von *Gendarmen und Spitzbuben* ist.

Sie haben *geplündert!* Aber was? *Waffen, Munition, Verband* und die *nötigsten Lebensmittel*. An die Fensterläden schrieben die Spitzbuben: „Mort aux Voleurs!" *Tod den Spitzbuben!*

Sie haben *„wie Kannibalen gemordet"!* Die Kannibalen, sie ließen nicht gutwillig von den *Nationalgarden*, die *hinter* den Linientruppen auf die Barrikaden drangen, ihren *Verwundeten die Schädel einstoßen*, ihre Übermannten erschießen, ihre Weiber erdolchen. Die Kannibalen, die in einem *Vernichtungskrieg*, wie ein französisches Bourgeoisblatt sagt, *vernichteten!* Sie haben *gebrannt?* Und doch ist die *einzige* Brandfackel, die sie den *legitimen* Brandraketen Cavaignacs entgegengeschleudert im 8. Arrondissement, nur eine *poetische*, eine *erdichtete* Fackel, wie der *„Moniteur"* bezeugt.

„Die einen", sagt Wolfers, „hielten das Programm des Barbès, Blanqui und Sobrier hoch empor, die andern ließen Napoleon oder Heinrich V. leben."

Und die keusche Kölnerin, die weder von Napoleoniden noch von Blanquis schwanger geht, sie erklärte schon am zweiten Tage der Insurrektion, daß „im Namen der *roten Republik* gekämpft" werde. Was plaudert sie also von *Prätendenten!* Aber sie ist, wie schon angedeutet, eine verstockte *Kryptorepublikanerin*, und ein weiblicher Robespierre, wittert sie überall Prätendenten und erzittert ihre Moral vor den Prätendenten!

„Fast alle waren mit Geld versehen und mehre mit beträchtlichen Summen."

Es waren ihrer 30000 bis 40000 Arbeiter und „fast alle waren mit Geld versehen" in dieser Zeit der Not und der Geschäftsstockung! Das Geld war wahrscheinlich deshalb *so rar, weil es die Arbeiter versteckt hatten!*

Mit der größten Gewissenhaftigkeit hat der Pariser *„Moniteur"* alle Fälle veröffentlicht, in denen *Geld* bei den Insurgenten konstatiert wurde. Diese Fälle beschränkten sich auf höchstens *zwanzig*. Die verschiedenen Blätter und Korrespondenzen wiederholen diese Fälle und geben die Summe verschieden an. Die *„Kölnische Zeitung"*, von bewährtem kritischem Takt, die diese verschiedenen Erzählungen von den *zwanzig* Fällen als ebensoviel verschiedene Fälle nimmt und noch die gerüchtweise zirkulierenden hinzufügt, sie bekommt für den besten Fall vielleicht 200 heraus. Und das berechtigt sie zu sagen, daß fast alle, 30000 bis 40000, mit Geld versehn waren! Konstatiert ist bis jetzt bloß, daß legitimistische, bonapartistische und vielleicht philippistische Emissäre, mit Geld versehn, sich unter die Barrikadenkämpfer gemischt hatten und zu mischen beabsichtigten. Herr *Payer*, das höchst konservative Mitglied der Nationalversammlung, der 12 Stunden als Gefangener unter den Insurgenten verweilte, erklärt: *Die meisten seien durch viermonatliches Elend zur Verzweiflung getriebene Arbeiter* gewesen und hätten gesagt: *Besser an einer Kugel sterben als am Hunger!*

„Viele, sehr viele Tote", versichert Wolfers, „trugen das verhängnisvolle Zeichen, mit welchem die Gesellschaft das Verbrechen brandmarkt."

Es ist dies eine der niederträchtigen Lügen, der schandbaren Verleumdungen, der Infamien, die *Lamennais*, der Gegner der Insurgenten, der Mann des „National", in seinem „*Peuple constituant*"[147], die der stets ritterliche Legitimist *Larochejaquelain* in der Nationalversammlung[129] brandmarkt. Die ganze Lüge beruht auf der höchst unverbürgten, vom „*Moniteur*" *nicht bestätigten* Behauptung *eines* Korrespondenzbüros, man habe *elf Leichen* gefunden, die mit T. F.[1] gezeichnet gewesen seien. Und in welcher Revolution fand man nicht diese elf Leichen? Und welche Revolution wird nicht elfmal 100 mit diesem Zeichen brandmarken?

Bemerken wir wohl, die Journale, die Proklamationen, die Illuminationen der Sieger bezeugen, daß sie ausgehungert, zur Verzweiflung gejagt, gespießt, füsiliert, lebendig vermauert, deportiert, Leichen geschändet haben. Und gegen die Besiegten nur *Anekdoten* und nur vom „*Constitutionnel*" erzählte, von der „*Indépendance*" abgedruckte, von der „Kölnischen" ins Deutsche übertragene Anekdoten! Es gibt keine größere Beleidigung gegen die Wahrheit, als sie durch eine *Anekdote* beweisen wollen, sagt – *Hegel*.

Vor den Häusern von Paris sitzen die Weiber und rupfen *Charpie* den Verwundeten, selbst den verwundeten Insurgenten. Die Redakteure der „Kölnischen Zeitung" gießen in ihre Wunden *Schwefelsäure*.

Uns haben sie der bürgerlichen *Polizei* denunziert. Wir dagegen empfehlen den *Arbeitern*, den „Unglücklichen", über „ihre wahren Rechte und Pflichten sich aufklären, in die *Wissenschaft* sich einweihen zu lassen, welche zur Ordnung führt, welche den wahren Bürger bildet", bei dem unsterblichen Triumvirat – bei *Dumont-Brüggemann-Wolfers*.

Geschrieben von Friedrich Engels.

---

[1] Sträflingsbrandzeichen (travaux forcés – Zwangsarbeit)

Die Junirevolution

[Der Verlauf des Aufstandes in Paris]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 31 vom 1. Juli 1848]

** Allmählich kommt man dazu, die Junirevolution zu überschauen; die Berichte vervollständigen sich, die Tatsachen lassen sich von den Gerüchten wie von den Lügen scheiden, der Charakter des Aufstandes tritt immer klarer hervor. Und je mehr es einem gelingt, die Ereignisse der vier Junitage in ihrem Zusammenhange zu erfassen, desto mehr erstaunt man über die kolossalen Dimensionen des Aufstandes, über den heroischen Mut, die rasch improvisierte Organisation, die Einstimmigkeit der Insurgenten.

Der Schlachtplan der Arbeiter, der von Kersausie, einem Freunde Raspails und ehemaligem Offizier, gemacht sein soll, war folgender:

Die Insurgenten rückten in vier Kolonnen in konzentrischer Bewegung auf das Stadthaus zu.

Die erste Kolonne, deren Operationsbasis die Vorstädte Montmartre, La Chapelle und La Villette waren, rückte von den Barrieren Poissonnière, Rochechouart, St. Denis und La Villette nach Süden, besetzte die Boulevards und näherte sich dem Stadthause durch die Straßen Montorgueil, St. Denis und St. Martin.

Die zweite Kolonne, deren Basis die fast ganz von Arbeitern bewohnten und durch den Kanal St. Martin gedeckten Faubourgs du Temple und St. Antoine waren, rückte durch die Straßen du Temple und St. Antoine und über die Quais des nördlichen Seineufers sowie durch alle Parallelstraßen der dazwischenliegenden Stadtviertel auf dasselbe Zentrum vor.

Die dritte Kolonne, mit dem Faubourg St. Marceau, rückte vor durch die Straße St. Victor und die Quais des südlichen Seineufers auf die Insel der Cité.

Die vierte Kolonne, gestützt auf das Faubourg St. Jacques und die Gegend der medizinischen Schule, rückte vor durch die Straße Saint Jacques ebenfalls auf die Cité. Von hier aus drangen beide Kolonnen vereinigt durch das rechte Seineufer und nahmen das Stadthaus im Rücken und in der Flanke.

Der Plan stützte sich demnach mit Recht auf die ausschließlich von Arbeitern bewohnten Stadtteile, die die ganze östliche Hälfte von Paris in einem Halbkreis umgeben und je breiter werden, desto mehr man nach Osten kommt. Der Osten von Paris sollte erst von allen Feinden gesäubert werden, und dann wollte man auf beiden Seineufern gegen den Westen und dessen Zentren, die Tuilerien und die Nationalversammlung, rücken.

Diese Kolonnen sollten von einer Menge fliegender Korps unterstützt werden, die neben und zwischen ihnen auf eigne Faust operierten, Barrikaden aufwarfen, die kleinen Straßen besetzten und die Verbindungen aufrechterhielten.

Für den Fall eines Rückzugs waren die Operationsbasen stark verschanzt und kunstgerecht in furchtbare Festungen verwandelt; so das Clos St. Lazare, so das Faubourg und das Quartier St. Antoine und das Faubourg St. Jacques.

Wenn dieser Plan einen Fehler hatte, so war es der, daß er die westliche Hälfte von Paris für den Anfang der Operationen ganz unberücksichtigt ließ. Hier liegen, zu beiden Seiten der Straße St. Honoré, an den Hallen und am Palais National mehrere zu Emeuten vorzüglich geeignete Viertel, die sehr enge und krumme Straßen haben und vorwiegend von Arbeitern bewohnt sind. Es war wichtig, hier einen fünften Herd der Insurrektion anzulegen und dadurch sowohl das Stadthaus abzuschneiden wie auch eine große Truppenmasse an diesem vorspringenden Bollwerk zu beschäftigen. Der Sieg des Aufstandes hing davon ab, daß man so bald wie möglich ins Zentrum von Paris vordrang, daß man die Eroberung des Stadthauses sicherstellte. Wir können nicht wissen, inwiefern es für Kersausie unmöglich war, hier die Insurrektion zu organisieren. Es ist aber eine Tatsache, daß noch nie ein Aufstand durchgedrungen ist, der sich nicht von vornherein dieses Zentrums von Paris, das an die Tuilerien stößt, zu bemächtigen wußte. Wir erinnern nur an den Aufstand beim Begräbnis des Generals Lamarque[148], der ebenfalls bis zur Straße Montorgueil vordrang, dann aber wieder zurückgedrängt wurde.

Die Insurgenten rückten nach ihrem Plane vor. Sie begannen gleich durch zwei Hauptwerke ihr Terrain, das Paris der Arbeiter, von dem Paris der Bourgeois zu scheiden: durch die Barrikaden der Porte Saint Denis und die der Cité. Aus ersteren wurden sie verdrängt, die letzteren behaupteten sie. Der erste Tag, der 23., war ein bloßes Vorspiel. Der Plan der Insurgenten trat schon klar hervor (wie ihn die „Neue Rh[einische] Z[ei]t[un]g" auch von Anfang an ganz richtig aufgefaßt hat, s. Nr. 26, Extrabeilage[1]), namentlich nach den

[1] Siehe vorl. Band, S. 112–115

ersten Vorpostengefechten des Morgens. Der Boulevard St. Martin, der die Operationslinie der ersten Kolonne durchkreuzt, wurde der Schauplatz heftiger Kämpfe, die hier mit dem teilweise durch die Lokalität bedingten Siege der „Ordnung“ endigten.

Die Zugänge der Cité wurden abgeschnitten, rechts durch ein fliegendes Korps, das in der Straße Planche-Mibray sich festsetzte, links durch die dritte und vierte Kolonne, die die drei südlichen Brücken der Cité besetzten und befestigten. Hier entspann sich ebenfalls ein sehr heftiger Kampf. Es gelang der „Ordnung“, sich der Brücke St. Michel zu bemächtigen und bis zur Straße St. Jacques vorzudringen. Bis zum Abend, schmeichelte sie sich, war die Emeute unterdrückt.

Wenn der Plan der Insurgenten schon deutlich hervorgetreten war, so war es der der „Ordnung“ mehr. Ihr Plan bestand vorderhand nur darin, die Insurrektion mit allen Mitteln zu unterdrücken. Diese Absicht kündigte sie den Insurgenten mit Kanonenkugeln und Kartätschen an.

Aber die Regierung glaubte, eine rohe Bande gewöhnlicher, planlos wirkender Emeutiers[1] gegenüber zu haben. Nachdem sie bis gegen Abend die Hauptstraßen frei gemacht hatten, erklärte sie, die Emeute sei besiegt, und besetzte die eroberten Stadtteile nur höchst nachlässig mit Truppen.

Die Insurgenten wußten diese Nachlässigkeit vortrefflich zu benutzen, um nach den Vorpostengefechten vom 23. die große Schlacht einzuleiten. Es ist überhaupt wunderbar, wie rasch die Arbeiter sich den Operationsplan aneigneten, wie gleichmäßig sie einander in die Hände arbeiteten, wie geschickt sie das so verwickelte Terrain zu benutzen wußten. Dies wäre rein unerklärlich, wenn nicht die Arbeiter schon in den Nationalwerkstätten[115] ziemlich militärisch organisiert und in Kompanien eingeteilt gewesen wären, so daß sie ihre industrielle Organisation nur auf ihre kriegerische Tätigkeit zu übertragen brauchten, um sogleich eine vollständig gegliederte Armee zu bilden.

Am Morgen des 24. war das verlorene Terrain nicht nur gänzlich wieder besetzt, sondern noch neues hinzugenommen. Die Linie der Boulevards bis zum Boulevard du Temple blieb freilich von den Truppen besetzt und damit die erste Kolonne vom Zentrum abgeschnitten; dafür aber drang die zweite Kolonne vom Quartier St. Antoine vor, bis sie das Stadthaus fast umzingelt hatte. Sie schlug ihr Hauptquartier in der Kirche St. Gervais auf, 300 Schritt vom Stadthaus, sie eroberte das Kloster St. Merry und die umliegenden Straßen; sie drang bis weit über das Stadthaus hinaus und schnitt dieses, in Ver-

[1] Unruhestifter

bindung mit den Kolonnen der Cité, fast gänzlich ab. Nur ein Zugang blieb offen: die Quais des rechten Ufers. Im Süden war das Faubourg St. Jacques wieder gänzlich besetzt, die Verbindungen mit der Cité hergestellt, die Cité verstärkt und der Übergang aufs rechte Ufer vorbereitet.

Da war allerdings keine Zeit mehr zu verlieren; das Stadthaus, das revolutionäre Zentrum von Paris, war bedroht und mußte fallen, wenn nicht die entschiedensten Maßregeln ergriffen wurden.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr.32 vom 2. Juli 1848]

** Die erschrockene Nationalversammlung ernannte Cavaignac zum Diktator[127], und dieser, von Algier her an „energisches" Einschreiten gewöhnt, wußte was zu tun war.

Sofort rückten 10 Bataillone den breiten Quai de l'École entlang nach dem Stadthause zu. Sie schnitten die Verbindungen der Insurgenten der Cité mit dem rechten Ufer ab, stellten das Stadthaus sicher und erlaubten sogar Angriffe auf die Barrikaden, die das Stadthaus umgaben.

Die Straße Planche-Mibray und ihre Verlängerung, die Straße Saint Martin, wurde gereinigt und durch Kavallerie fortwährend rein gehalten. Die gegenüberliegende Brücke Notre-Dame, die nach der Cité führt, wurde durch schweres Geschütz gefegt, und nun rückte Cavaignac direkt auf die Cité los, um dort „energisch" zu verfahren. Der Hauptposten der Insurgenten, die „Belle Jardinière"[1], wurde erst durch Kanonenkugeln zerschossen, dann durch Raketen in Brand gesteckt; die Rue de la Cité wurde ebenfalls durch Kanonenkugeln erobert; drei Brücken nach dem linken Ufer wurden mit Sturm genommen und die Insurgenten auf dem linken Ufer entschieden zurückgedrängt. Inzwischen befreiten die 14 Bataillone, die auf dem Grèveplatz und den Quais standen, das schon belagerte Stadthaus, und die Kirche Saint Gervais wurde aus einem Hauptquartier auf einen verlornen Vorposten der Insurgenten reduziert.

Die Straße St. Jacques wurde nicht nur von der Cité her mit Artillerie angegriffen, sondern auch vom linken Ufer her in die Flanke genommen. Der General Damesme drang längs dem Luxembourg nach der Sorbonne vor, eroberte das Lateinische Viertel und sandte seine Kolonnen gegen das Panthéon. Der Platz des Panthéons war in eine furchtbare Festung verwandelt. Die Straße St. Jacques war längst genommen, als die „Ordnung" hier immer noch ein unangreifbares Bollwerk fand. Kanonen und Bajonettangriffe waren

[1] „Schöne Gärtnerin", bekanntes Kleiderhaus

vergebens gewesen, als endlich Ermüdung, Mangel an Munition und die von den Bourgeois angedrohte Brandstiftung die von allen Seiten umringten 1500 Arbeiter zwangen, sich zu ergeben. Um dieselbe Zeit fiel der Platz Maubert nach langer, tapfrer Gegenwehr in die Hände der „Ordnung", und die Insurgenten, aus ihren festesten Positionen verdrängt, wurden genötigt, das ganze linke Seineufer aufzugeben.

Inzwischen wurde die Stellung der Truppen und Nationalgarden auf den Boulevards des rechten Seineufers ebenfalls benutzt, um nach beiden Seiten hin zu wirken. Lamoricière, der hier kommandierte, ließ die Straßen der Faubourgs St. Denis und St. Martin, den Boulevard du Temple und die halbe Templestraße durch schweres Geschütz und durch rasche Truppenangriffe fegen. Er konnte sich rühmen, bis abends glänzende Erfolge erkämpft zu haben: Er hatte die erste Kolonne im Clos St. Lazare abgeschnitten und zur Hälfte umzingelt, die zweite zurückgedrängt und durch sein Vordringen auf den Boulevards einen Keil in sie hineingetrieben.

Wodurch hatte Cavaignac diese Vorteile erobert?

Erstens durch die ungeheure Übermacht, die er gegen die Insurgenten entwickeln konnte. Er hatte am 24. nicht nur die 20000 Mann Garnison von Paris, die 20000 bis 25000 Mann Mobilgarde und die 60000 bis 80000 Mann disponible Nationalgarde zu seiner Verfügung, sondern auch die Nationalgarde der ganzen Umgegend von Paris und mancher entfernteren Stadt (20000 bis 30000 Mann), und ferner 20000 bis 30000 Mann Truppen, die aus den umliegenden Garnisonen schleunigst herbeigerufen waren. Am 24. morgens standen ihm schon weit über 100000 Mann zur Verfügung, die bis abends sich noch um die Hälfte vermehrten. Und die Insurgenten waren höchstens 40000 bis 50000 Mann stark!

Zweitens durch die brutalen Mittel, die er anwandte. Bisher war nur *einmal* in den Straßen von Paris mit Kanonen geschossen worden – im Vendemiaire 1795, als Napoleon die Insurgenten in der Rue Saint Honoré mit Kartätschen auseinanderjagte.[149] Aber gegen Barrikaden, gegen Häuser war noch nie Artillerie angewandt und noch viel weniger Granaten und Brandraketen. Das Volk war noch nicht darauf vorbereitet; es war wehrlos dagegen, und das einzige Gegenmittel, das Brennen, widerstrebte seinem noblen Gefühl. Das Volk hatte bisher keine Ahnung von solch einer algierschen Kriegführung mitten in Paris gehabt. Darum wich es zurück, und sein erstes Zurückweichen entschied seine Niederlage.

Am 25. rückte Cavaignac mit noch weit größeren Kräften vor. Die Insurgenten waren auf ein einziges Viertel beschränkt, auf die Faubourgs Saint Antoine und du Temple; außerdem besaßen sie noch zwei vorgeschobne

Posten, das Clos St. Lazare und einen Teil des Viertels St. Antoine bis zur Brücke von Damiette.

Cavaignac, der wieder 20000 bis 30000 Mann Verstärkungen nebst bedeutenden Artillerieparks an sich gezogen hatte, ließ zuerst die abgesonderten Vorposten der Insurgenten angreifen, namentlich das Clos St. Lazare. Hier waren die Insurgenten wie in einer Zitadelle verschanzt. Nach zwölfstündigem Kanonieren und Granatenwerfen gelang es Lamoricière endlich, die Insurgenten aus ihren Stellungen zu vertreiben und das Clos zu besetzen; es gelang ihm jedoch erst, nachdem er einen Flankenangriff von den Straßen Rochechouart und Poissonnière her möglich gemacht und nachdem er die Barrikaden den ersten Tag mit 40, den zweiten mit noch mehr Geschützen hatte zusammenschießen lassen.

Ein andrer Teil seiner Kolonne drang durch das Faubourg Saint Martin in das Faubourg du Temple, erreichte aber keinen großen Erfolg; ein dritter rückte die Boulevards hinunter nach der Bastille zu, kam aber ebenfalls nicht weit, da hier eine Reihe der furchtbarsten Barrikaden erst nach langem Widerstand einer heftigen Kanonade erlag. Hier wurden die Häuser furchtbar zerstört.

Die Kolonne Duviviers, die vom Stadthause her angriff, trieb die Insurgenten unter fortwährendem Kanonenfeuer immer weiter zurück. Die Kirche St. Gervais wurde genommen, die Straße Saint Antoine bis weit vom Stadthause gesäubert und durch mehrere den Quai und seine Parallelstraßen entlangrückende Kolonnen wurde die Brücke Damiette genommen, vermittelst welcher die Insurgenten des Viertels St. Antoine sich an die der Inseln St. Louis und Cité anlehnten. Das Viertel Saint Antoine war flankiert, und den Insurgenten blieb nur noch der Rückzug ins Faubourg, den sie unter heftigen Gefechten mit einer über die Quais bis zur Mündung des Kanals St. Martin und von da längs dem Kanal auf dem Boulevard Bourdon vorrückenden Kolonne bewerkstelligten. Einige wenige Abgeschnittene wurden massakriert, nur wenige wurden als Gefangene eingebracht.

Durch diese Operation war das Viertel St. Antoine und der Bastillenplatz erobert. Gegen Abend gelang es der Kolonne Lamoricières, den Boulevard Beaumarchais ganz zu erobern und auf dem Bastillenplatze ihre Vereinigung mit den Truppen Duviviers zu bewerkstelligen.

Die Eroberung der Brücke von Damiette erlaubte Duvivier, die Insurgenten von der Insel St. Louis und der ehemaligen Insel Louvier[131] zu vertreiben. Er tat dies mit einem anerkennenswerten Aufwand von algierischer Barbarei. In wenig Stadtteilen wurde das schwere Geschütz mit so verwüstendem Erfolg angewandt wie gerade auf der Insel St. Louis. Doch was machte

das? Die Insurgenten waren vertrieben oder massakriert, und die „Ordnung“ triumphierte unter den blutbefleckten Trümmern.

Auf dem linken Seineufer war noch ein Posten zu erobern. Die Austerlitzer Brücke, die östlich vom Kanal St. Martin das Faubourg St. Antoine mit dem linken Seineufer verbindet, war stark verbarrikadiert und auf dem linken Ufer, wo sie auf dem Platz Valhubert vor dem Pflanzengarten mündet, mit einem starken Brückenkopf versehen. Dieser Brückenkopf, nach dem Fall des Panthéons und des Platzes Maubert die letzte Schanze der Insurgenten auf dem linken Ufer, wurde nach hartnäckiger Verteidigung genommen.

Für den nächsten Tag, den 26., bleibt den Insurgenten also nur ihre letzte Festung, das Faubourg St. Antoine und ein Teil des Faubourgs du Temple. Beide Faubourgs sind nicht sehr zu Straßenkämpfen geeignet; sie haben ziemlich breite und fast ganz grade Straßen, die der Artillerie einen trefflichen Spielraum lassen. Von der westlichen Seite sind sie durch den Kanal St. Martin vortrefflich gedeckt, von der nördlichen dagegen ganz offen. Hier gehen fünf bis sechs ganz grade und breite Straßen mitten ins Herz des Faubourg Saint Antoine hinab.

Die Hauptbefestigungen waren am Bastillenplatz und in der wichtigsten Straße des ganzen Viertels, der Straße des Faubourg St. Antoine, angebracht. Barrikaden von merkwürdiger Stärke waren hier errichtet, teils von den großen Pflasterquadern gemauert, teils von Balken zusammengezimmert. Sie bildeten einen Winkel nach innen zu, teils um die Wirkung der Kanonenkugeln zu schwächen, teils um eine größere, ein Kreuzfeuer eröffnende Verteidigungsfront darzubieten. In den Häusern waren die Brandmauern durchbrochen und so jedesmal eine ganze Reihe in Verbindung miteinander gesetzt, so daß die Insurgenten nach dem Bedürfnis des Augenblicks ein Tirailleurfeuer auf die Truppen eröffnen oder sich hinter ihre Barrikaden zurückziehen konnten. Die Brücken und Quais am Kanal sowie die Parallelstraßen des Kanals waren ebenfalls stark verschanzt. Kurz, die beiden noch besetzten Faubourgs glichen einer vollständigen Festung, in der die Truppen jeden Zollbreit Landes blutig erkämpfen mußten.

Am 26. morgens sollte der Kampf von neuem beginnen. Cavaignac hatte aber wenig Lust, seine Truppen in dieses Gewirre von Barrikaden hineinzuschicken. Er drohte mit einem Bombardement. Die Mörser und Haubitzen waren aufgefahren. Man unterhandelte. Währenddessen ließ Cavaignac die nächsten Häuser unterminieren – was freilich wegen der Kürze der Zeit und wegen des eine der Angriffslinien deckenden Kanals nur in sehr beschränktem Maße geschehen konnte – und von den schon besetzten Häusern aus

ebenfalls innere Kommunikationen mit den anstoßenden Häusern durch Öffnungen in den Brandmauern herstellen.

Die Unterhandlungen zerschlugen sich; der Kampf begann wieder. Cavaignac ließ den General Perrot vom Faubourg du Temple her, den General Lamoricière vom Bastillenplatz her angreifen. Auf beiden Punkten wurde stark gegen die Barrikaden kanoniert. Perrot drang ziemlich rasch vor, nahm den Rest des Faubourgs du Temple und kam an einigen Stellen sogar bis ins Faubourg St. Antoine. Lamoricière kam langsamer vorwärts. Seinen Kanonen widerstanden die ersten Barrikaden, obwohl die ersten Häuser der Vorstadt durch seine Granaten in Brand geschossen wurden. Er unterhandelte nochmals. Mit der Uhr in der Hand wartet er auf die Minute, wo er das Vergnügen haben wird, das bevölkertste Viertel von Paris in Grund und Boden zu schießen. Da endlich kapituliert ein Teil der Insurgenten, während der andere, in seinen Flanken angegriffen, sich nach kurzem Kampf aus der Stadt zurückzieht.

Das war das Ende des Barrikadenkampfes vom Juni. Draußen vor der Stadt fielen noch Tirailleurgefechte vor, die aber ohne alle Bedeutung waren. Die flüchtigen Insurgenten wurden in der Umgegend versprengt und werden von Kavallerie einzeln eingefangen.

Wir haben diese rein militärische Darstellung des Kampfes gegeben, um unsern Lesern zu beweisen, mit welcher heldenmütigen Tapferkeit, mit welcher Übereinstimmung, mit welcher Disziplin und welchem militärischen Geschick die Pariser Arbeiter sich schlugen. Ihrer 40000 schlugen sich vier Tage lang gegen eine vierfache Übermacht, und nur ein Haar fehlte, so waren sie Sieger. Nur ein Haar und sie faßten Fuß im Zentrum von Paris, sie nahmen das Stadthaus, sie setzten eine provisorische Regierung ein und verdoppelten ihre Anzahl, sowohl aus den eroberten Stadtteilen wie aus den Mobilgarden, die damals nur eines Anstoßes bedurften, um überzugehn.

Deutsche Blätter behaupten, dies sei die entscheidende Schlacht zwischen der roten und der trikoloren Republik, zwischen Arbeitern und Bourgeois gewesen. Wir sind überzeugt, daß diese Schlacht *nichts* entscheidet als den Zerfall der Sieger in sich selbst. Im übrigen beweist der Verlauf der ganzen Sache, daß die Arbeiter in gar nicht langer Frist siegen müssen, selbst wenn wir die Sache rein militärisch betrachten. Wenn 40000 Pariser Arbeiter schon so Gewaltiges ausrichteten gegen die vierfache Überzahl, was wird erst die Gesamtmasse der Pariser Arbeiter zustande bringen, wenn sie einstimmig und im Zusammenhange wirkt!

Kersausie ist gefangen und in diesem Augenblick wohl schon erschossen. Erschießen können ihn die Bourgeois, aber ihm nicht den Ruhm nehmen,

daß *er zuerst den Straßenkampf organisiert hat.* Erschießen können sie ihn, aber keine Macht der Erde wird verhindern, daß seine Erfindungen in Zukunft bei allen Straßenkämpfen benutzt werden. Erschießen können sie ihn, aber nicht verhindern, daß sein Name als der des *ersten Barrikadenfeldherrn* in der Geschichte fortdauert.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Auswärtige deutsche Politik

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr.33 vom 3. Juli 1848]

Köln, 2. Juli. Die Völker aneinander zu hetzen, das eine zur Unterdrückung des andern zu benutzen und so für die Fortdauer der absoluten Herrschermacht zu sorgen – das war die Kunst und das Werk der bisherigen Gewalthaber und ihrer Diplomaten. Deutschland hat sich in dieser Hinsicht ausgezeichnet. Es hat, um nur die letzten 70 Jahre ins Auge zu fassen, seine Landsknechte für englisches Gold den Briten gegen die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nordamerikaner überliefert; als die erste französische Revolution losbrach, waren es abermals die Deutschen, die sich wie eine tolle Meute gegen die Franzosen hetzen ließen, die mit einem brutalen Manifeste des Herzogs von Braunschweig[150] ganz Paris bis auf den letzten Stein zu schleifen drohten, die sich mit den ausgewanderten Adligen gegen die neue Ordnung in Frankreich verschworen und sich dafür von England unter dem Titel von Subsidien bezahlen ließen. Als die Holländer während der letzten zwei Jahrhunderte einen einzigen vernünftigen Gedanken faßten, der tollen Wirtschaft des Hauses Oranien ein Ende und ihr Land zur Republik zu machen[151], waren es wiederum Deutsche, die als die Scharfrichter der Freiheit auftraten. Die Schweiz weiß ebenfalls ein Lied zu singen von deutscher Nachbarschaft, und Ungarn wird sich nur langsam von dem Schaden erholen, den ihnen Östreich, der deutsche Kaiserhof, zugefügt. Ja, bis nach Griechenland hin entsandte man deutsche Söldnerscharen, die dem lieben Otto[152] sein Thrönchen stützen mußten, und bis nach Portugal deutsche Polizisten. Und die Kongresse nach 1815, Östreichs Züge nach Neapel, Turin, der Romagna, Ypsilantis Haft, Frankreichs Unterdrückungskrieg gegen Spanien von Deutschland erzwungen[153], Dom Miguel[154], Don Carlos[155] von Deutschland unterstützt – die Reaktion in England mit hannoverschen Truppen bewaffnet, Belgien durch deutschen Einfluß zerstückelt und thermidorisiert,

im tiefesten Innern von Rußland Deutsche die Hauptstützen des *einen* und der kleinen Autokraten – ganz Europa mit Coburgern überschwemmt!

Mit Hülfe deutscher Soldateska Polen beraubt, zerstückelt, Krakau gemeuchelt[45]. Mit Hülfe deutschen Geldes und Blutes die Lombardei und Venedig geknechtet und ausgesogen, mittel- oder unmittelbar in ganz Italien jede Freiheitsbewegung durch Bajonett, Galgen, Kerker und Galeeren erstickt.[1] Das Sündenregister ist viel länger; schlagen wir es zu.

Die Schuld der mit Deutschlands Hülfe in andern Ländern verübten Niederträchtigkeiten fällt nicht allein den Regierungen, sondern zu einem großen Teil dem deutschen Volke selbst zur Last. Ohne seine Verblendungen, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als „gemütliche" Büttel und Werkzeuge der Herren „von Gottes Gnaden" wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande, wären die von Deutschland aus unterdrückten Völker längst zu einem normalen Zustand freier Entwickelung gelangt. Jetzt, wo die Deutschen das eigene Joch abschütteln, muß sich auch ihre ganze Politik dem Auslande gegenüber ändern, oder in den Fesseln, womit wir fremde Völker umketten, nehmen wir unsere eigene junge, fast nur erst geahnte Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in demselben Maß frei, worin es die Nachbarvölker freiläßt.

In der Tat wird es endlich lichter. Die Lügen und Verdrehungen, von den alten Regierungsorganen gegen Polen und Italien so emsig verbreitet, die Versuche, einen künstlichen Haß aufzuregen, jene hochtrabenden Redensarten, um die deutsche Ehre handle es sich, um die deutsche Macht – die Kraft dieser Zauberformeln ist gebrochen. Nur wo das materielle Interesse sich verbirgt unter diese patriotischen Arabesken, nur bei einem Teil der großen Bourgeoisie, die mit diesem offiziellen Patriotismus Geschäfte macht, macht der offizielle Patriotismus noch Geschäfte. Das weiß und benutzt die reaktionäre Partei. Die große Masse des deutschen Mittelstandes aber und der Arbeiterklasse begreift oder fühlt in der Freiheit der benachbarten Völker die Garantie der eignen Freiheit. Östreichs Krieg gegen Italiens Selbständigkeit, Preußens Krieg gegen Polens Wiederhergestaltung – sind sie populär oder verrauchen nicht vielmehr die letzten Illusionen über diese „patriotischen" Kreuzfahrten? Doch weder diese Einsicht genügt, noch dies Gefühl. Soll Deutschlands Blut und Geld nicht länger gegen seinen eigenen Vorteil zur Unterdrückung anderer Nationalitäten vergeudet werden, so müssen wir eine wirkliche Volksregierung erringen, das alte Gebäude muß bis auf seine Grundmauern weggeräumt werden. Erst dann kann die blutig-feige Politik des

[1] Siehe vorl. Band, S. 366–372

alten, des wieder erneuten Systems Platz machen der internationalen Politik der Demokratie. Wie wollt ihr demokratisch auftreten nach außen, solange die Demokratie im Inland geknebelt ist? Unterdes muß dies- und jenseits der Alpen alles geschehn, um das demokratische System auf alle Weise vorzubereiten. Die *Italiener* lassen es nicht an Erklärungen fehlen, aus denen ihre freundlichen Gesinnungen gegen Deutschland hervorleuchten. Wir erinnern hier an das Manifest der provisorischen Regierung zu Mailand an das deutsche Volk[156] und an die vielfachen, in demselben Geiste gehaltenen Artikel der italienischen Presse. Wir haben ein neues Zeugnis jener Gesinnungen vor unsern Augen, ein Privatschreiben des Verwaltungsausschusses der in Florenz erscheinenden Zeitung „*L'Alba*" an die Redaktion der „*Neuen Rheinischen Zeitung*". Es ist vom 20. Juni datiert und lautet unter anderem:

„... Wir danken Euch herzlich für die Achtung, welche Ihr gegen unser armes Italien hegt.[1] Indem wir Euch aufrichtig versichern, daß die Italiener sämtlich wissen, wer eigentlich ihre Freiheit antastet und bekämpft, und daß ihr tödlichster Feind nicht sowohl das mächtige und hochherzige deutsche Volk als vielmehr die despotische, ungerechte und grausame Regierung desselben ist; indem wir Euch versichern, daß jeder wahre Italiener nach dem Augenblick schmachtet, wo er frei dem deutschen Bruder wird die Hand reichen können, welcher, wenn einmal seine unverjährbaren Rechte festgestellt sind, sie zu verteidigen und sie selbst zu achten, wie ihnen bei allen seinen Brüdern Achtung zu verschaffen wissen wird. Indem wir in die Prinzipien Vertrauen setzen, deren sorgfältige Entwickelung Ihr Euch zur Aufgabe macht, unterzeichnen wir hochachtungsvoll

Eure ergebenen Freunde und Brüder
(gez.) *L. Alinari*"

Die „*Alba*" ist eines der wenigen Blätter in Italien, das entschieden demokratische Prinzipien vertritt.

Geschrieben von Friedrich Engels.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 8/9

Marrast und Thiers

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 33 vom 3. Juli 1848]

* Die Leser der „Neuen Rheinischen Zeitung" haben wir fortwährend auf die Intrigen der Partei des „National"[132], verkörpert in *Marrast*, aufmerksam gemacht. Wir sind die Schleichwege nachgegangen, worauf diese Partei die Diktatur zu erhaschen strebt. Wir haben zugleich angedeutet, wie die Diktatur Marrast eine Diktatur Thiers heraufbeschwört.

Wie sehr nun schon die Partei des „National" durch ihren Sieg der Thierspartei[157] erliegt, die jetzt innig verschmolzen ist mit der dynastischen Opposition[135], geht aus einigen Tatsachen schlagend hervor.

Die Ernennung *Carnots*, eines Mannes vom „National", zum Minister erregte stürmischen Lärm in der Nationalversammlung. *Maries* Kandidatur zum Präsidenten der Nationalversammlung hatte zur Rivalin *Dufaures* Kandidatur und ging nur durch, wie die „Débats"[144] sagen, weil er als „der weiseste und gemäßigtste Mann der alten Exekutivkommission" galt, d.h. weil er der alten dynastischen Partei die meisten Konzessionen machte, weil er das Gesetz über die Zusammenscharungen, diese Fortsetzung der Septembergesetze[6], entwarf, in der Nationalversammlung vorbrachte und verteidigte. Die Tatsache bleibt, daß die Präsidentschaft der Nationalversammlung zwischen „Marrast" und „Thiers" ausgewürfelt wurde.

Doch das genügt der „dynastischen Opposition" nicht. Eins der ersten Gesetze, das sie vorbereitet, ist ein Gesetz über die Munizipalräte, ein Gesetz, das direkt gegen Marrasts, des Maires von Paris, Alleinherrschaft und Einfluß gerichtet ist. Und er wird fallen.

In wenigen Tagen wird die ganze Nationalversammlung sich zerfleischen. Die Reaktion wird fortgehen bis zur Ausschließung der Partei des „*National*" von aller Machthaberei. „Republik" und „dynastische Opposition" werden

sich noch einmal gegenüberstehen, aber die Republik wird nicht mehr siegen unter den Bedingungen des Februar.

Das Volk wird nicht mehr schwärmen. Es wird die Rache nicht mehr in „den Sack stecken“, wie Caussidière sagt, und die „Empfindungen des Grolls“ nicht mehr „in die Fluten des Styx schleudern“[158]. Qui vivra verra.[1]

[1] Wer's erlebt, wird's sehen.

Vereinbarungsdebatten

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 34 vom 4. Juli 1848]

** *Köln*, 2. Juli. Nach der Tragödie die Idylle, nach dem Donner der Pariser Junitage das Getrommel der Berliner Vereinbarer. Wir hatten die Herren ganz aus dem Aug verloren und finden nun, daß in demselben Augenblick, wo Cavaignac das Faubourg St. Antoine kanonierte, Herr Camphausen eine wehmütige Abschiedsrede hielt und Herr Hansemann das Programm des neuen Ministeriums unterbreitete.[25]

Wir bemerken zuerst mit Vergnügen, daß Herr Hansemann unsern Rat angenommen hat[1] und *nicht* Ministerpräsident geworden ist. Er hat erkannt, daß es größer ist, Ministerpräsidenten zu *machen* als Ministerpräsident zu *sein*.

Das neue Ministerium ist und bleibt, trotz des Namenborgens (prête-nom) Auerswald, das Ministerium *Hansemann*. Es gibt sich als solches, indem es sich als das Ministerium der *Tat*, der Ausführung hinstellt. Herr Auerswald hat wahrhaftig keinen Anspruch darauf, Minister der Tat zu sein!

Das Programm des Herrn Hansemann ist bekannt. Wir gehen auf seine politischen Punkte nicht ein, sie sind bereits zum Futter der mehr oder minder kleinen deutschen Blätter geworden. Nur an einen Punkt hat man sich nicht gewagt, und damit Herr Hansemann nicht zu kurz kommt, wollen wir ihn nachnehmen.

Herr Hansemann erklärt:

„Zur Belebung der Erwerbtätigkeit, also zur Beseitigung der Not der handarbeitenden Volksklassen, gibt es für jetzt kein wirksameres Mittel als die Herstellung des geschwächten Vertrauens auf Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und der baldigen festen Begründung der konstitutionellen Monarchie. Indem wir mit allen Kräften dies Ziel verfolgen, *wirken wir also der Erwerbslosigkeit und Not am sichersten entgegen.*“

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 100/101

Im Anfange seines Programms hatte Herr Hansemann schon gesagt, daß er zu diesem Zweck neue Repressionsgesetze vorlegen werde, soweit die alte (polizeistaatliche!) Gesetzgebung nicht ausreiche.

Das ist deutlich genug. Die alte despotische Gesetzgebung reicht nicht aus! Nicht der Minister der öffentlichen Arbeiten, nicht der Finanzminister, sondern der *Kriegs*minister ist es, zu dessen Ressort die Hebung der Not der arbeitenden Klassen gehört! Repressivgesetze in erster, Kartätschen und Bajonette in zweiter Linie – in der Tat, „es gibt kein wirksameres Mittel"! Sollte Herr Schreckenstein, dessen bloßer Name nach jener westfälischen Adresse[159] den Wühlern Schrecken einflößt, Lust haben, seine Trierer Heldentaten[160] fortzusetzen und ein Cavaignac nach verjüngtem preußischen Maßstab zu werden?

Doch Herr Hansemann hat noch andre als dies „wirksamste" Mittel:

„Aber die Beschaffung von Beschäftigung durch öffentliche Arbeiten, die dem Lande wahren Nutzen bringen, ist hierzu *ebenfalls* notwendig."

Herr Hansemann wird hier also „noch weit umfassendere Arbeiten zum Heil *aller* erwerbenden Volksklassen anordnen" als Herr Patow. Aber er wird dies tun, „sobald es dem Ministerium gelingt, die durch Unruhen und *Aufreizungen* genährten Besorgnisse vor dem Umsturz der staatlichen Verhältnisse zu beseitigen und das zur Beschaffung der erforderlichen *Geldmittel* notwendige allgemeine *Vertrauen wiederherzustellen*".

Herr Hansemann kann für den Augenblick keine Arbeiten vornehmen lassen, weil er kein Geld bekommen kann. Er kann erst Geld bekommen, sobald das Vertrauen hergestellt ist. Aber sobald das Vertrauen hergestellt ist, sind, wie er selbst sagt, die Arbeiter beschäftigt, und die Regierung *braucht* keine Beschäftigung mehr zu beschaffen.

In diesem keineswegs lasterhaften, sondern sehr bürgerlich-tugendhaften Kreislauf drehen sich die Maßregeln des Herrn Hansemann zur Hebung der Not. Für den Augenblick hat Herr Hansemann den Arbeitern nichts zu bieten als Septembergesetze[6] und einen verkleinerten Cavaignac. In der Tat, das ist ein Ministerium der *Tat*!

Auf die Anerkennung der Revolution im Programm gehen wir nicht weiter ein. Der „wohlunterrichtete G-Korrespondent" der „Kölnischen Zeitung" hat es dem Publikum bereits angedeutet, inwiefern Herr Hansemann den Rechtsboden zum Besten benachbarter Publizisten[161] gerettet hat. Herr Hansemann hat an der Revolution das anerkannt, daß sie im Grunde keine Revolution war.

Kaum hatte Herr Hansemann geendigt, so erhob sich der Ministerpräsi-

dent *Auerswald*, der doch auch etwas sagen mußte. Er nahm einen beschriebenen Zettel heraus und verlas ungefähr folgendes, aber ungereimt:

> M. H.! Ich bin glücklich, heut
> In Eurer Mitte zu weilen,
> Wo so viel' edle Gemüter mir
> Mit Liebe entgegenheulen.
> Was ich in diesem Augenblick
> Empfinde, ist unermeßlich;
> Ach! Diese schöne Stunde bleibt
> Mir ewig unvergeßlich.[162]

Wir bemerken, daß wir hierin dem ziemlich unverständlichen Zettel des Herrn Ministerpräsidenten noch die günstigste Deutung gegeben haben.

Kaum ist Herr Auerswald fertig, so springt unser Hansemann wieder auf, um durch eine Kabinettsfrage zu beweisen, daß er immer noch der alte ist. Er verlangt, der Adreßentwurf[1] solle an die Kommission zurückgehen, und sagt:

„Die Aufnahme, welche dieser erste Antrag bei der Versammlung findet, wird einen Maßstab geben von dem größern oder kleinern Vertrauen, womit die hohe Versammlung das neue Ministerium aufnimmt."

Das war denn doch zu arg. Der Abgeordnete *Weichsel*, ohne Zweifel ein Leser der „Neuen Rheinischen Zeitung"[2], rennt erbost nach der Tribüne und spricht einen entschiedenen Protest gegen diese unveränderliche Methode der Kabinettsfrage aus. Soweit ganz hübsch. Aber wenn ein Deutscher einmal das Wort ergriffen hat, so läßt er's sich so bald nicht wieder nehmen, und so erging sich Herr Weichsel nun in einem langen Diskurs über dieses und jenes, über die Revolution, das Jahr 1807 und das Jahr 1815, über ein warmes Herz unter einem Kittel und mehrere andere Gegenstände. Alles dies, weil „es notwendig sei, daß er sich ausspreche". Ein furchtbarer Lärm, mit einigen Bravos der Linken vermischt, zwang den braven Mann, von der Tribüne zu steigen.

Herr Hansemann versicherte die Versammlung, es sei keineswegs die Absicht des Ministeriums, *leichtsinnig Kabinettsfragen* zu erheben. Auch sei es diesmal keine ganze, sondern nur eine halbe Kabinettsfrage, also nicht der Mühe wert, davon weiter zu sprechen.

Jetzt entspinnt sich eine Debatte, wie sie selten vorkommt. Alles spricht durcheinander, und die Verhandlung geht vom Hundertsten ins Tausendste.

[1] Siehe vorl. Band, S. 53/54 – [2] siehe vorl. Band, S. 29–31

Kabinettsfrage, Tagesordnung, Geschäftsordnung, polnische Nationalität, Vertagung mit resp. Bravos und Lärmen kreuzten sich eine Zeitlang. Endlich bemerkt Herr *Parrisius*, Herr Hansemann habe im Namen des Ministeriums einen Antrag gestellt, während das Ministerium als solches gar keine Anträge stellen, sondern bloß Mitteilungen machen könne.

Herr *Hansemann* erwidert: Er habe sich versprochen; der Antrag sei im Grunde kein Antrag, sondern bloß ein *Wunsch* des Ministeriums.

Die großartige Kabinettsfrage reduziert sich also auf einen bloßen „Wunsch" der Herren Minister!

Herr Parrisius springt von der linken Seite auf die Tribüne. Herr Ritz von der rechten. Oben begegnen sie sich. Eine Kollision ist unvermeidlich – keiner der beiden Helden will nachgeben –, da ergreift der Vorsitzende, Herr Esser, das Wort, und beide Helden kehren um.

Herr *Zachariä* macht den Antrag des Ministeriums zu dem seinigen und verlangt sofortige Debatte.

Herr Zachariä, der dienstwillige Handlanger dieses wie des vorigen Ministeriums, der auch bei dem Berendsschen Antrage mit einem im rechten Moment gestellten Amendement als rettender Engel auftrat[1], findet zur Motivierung seines Antrags nichts mehr zu sagen. Was der Herr Finanzminister gesagt hat, genügt vollständig.

Es entspinnt sich nun eine längere Debatte mit den unentbehrlichen Amendements, Unterbrechungen, Trommeln, Poltern und Reglementsspitzfindigkeiten. Es ist nicht zu verlangen, daß wir unsre Leser durch dies Labyrinth geleiten, wir können ihnen bloß einige der anmutigsten Perspektiven in diesem Wirrwarr eröffnen.

1. Der Abgeordnete *Waldeck* belehrt uns: Die Adresse kann nicht an die Kommission zurückgehen, denn die Kommission existiert nicht mehr.

2. Der Abgeordnete *Hüffer* entwickelt: Die Adresse ist eine Antwort nicht an die Krone, sondern an die Minister. Die Minister, die die Thronrede gemacht haben, existieren nicht mehr; wie sollen wir also jemanden antworten, der nicht mehr existiert?

3. Der Abgeordnete d'Ester zieht hieraus in Form eines Amendements folgenden Schluß: Die Versammlung wolle die Adresse fallenlassen.

4. Dies Amendement wird vom Vorsitzenden, *Esser*, folgendermaßen beseitigt: Dieser Vorschlag scheint ein neuer Antrag und kein Amendement zu sein.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 74

Das ist das ganze Skelett der Debatte. Um dies dünne Skelett gruppiert sich aber eine Masse schwammiges Fleisch in Gestalt von Reden der Herren Minister Rodbertus und Kühlwetter, der Herren Abgeordneten Zachariä, Reichensperger II usw.

Die Situation ist im höchsten Grade befremdend. Wie Herr Rodbertus selbst sagt, ist es „in der Geschichte der Parlamente unerhört, daß ein Ministerium abtrat, während der Adreßentwurf vorlag und die Debatte darüber beginnen sollte"! Preußen hat überhaupt das Glück, daß in seinen ersten parlamentarischen sechs Wochen fast nur „in der Geschichte der Parlamente unerhörte" Dinge vorgekommen sind.

Herr Hansemann ist in derselben Klemme wie die Kammer. Die Adresse, ostensibel eine Antwort auf die Thronrede Camphausen-Hansemann, soll der Sache nach eine Antwort auf das Programm Hansemann-Auerswald sein. Die gegen Camphausen gefällige Kommission soll deshalb eine gleiche Gefälligkeit gegen Herrn Hansemann beweisen. Die Schwierigkeit ist nur, diese „in der Geschichte der Parlamente unerhörte" Forderung den Leuten beizubringen. Alle Mittel werden aufgeboten. Rodbertus, diese Äolsharfe des linken Zentrums, säuselt seine lindesten Töne. Kühlwetter beschwichtigt nach allen Seiten hin; es sei ja möglich, daß man bei der neuen Prüfung des Adreßentwurfs „zu der Überzeugung gelangen könne, daß *auch jetzt keine Veränderung vorzunehmen ist* (!), aber um diese Überzeugung zu gewinnen" (!!), müsse der Entwurf noch einmal an die Kommission zurück! Herr Hansemann endlich, den diese lange Debatte wie immer ennuyiert, durchhaut den Knoten, indem er gradezu ausspricht, weshalb der Entwurf an die Kommission zurückgehen soll: Er will nicht, daß die neuen Veränderungen als ministerielle Amendements zur Hintertür hineinschlüpfen, sie sollen als Kommissionsvorschläge zur großen Flügeltür und mit weitgeöffneten Flügeln in den Saal hineinstolzieren.

Der Ministerpräsident erklärt, es sei nötig, daß „das Ministerium in *verfassungsmäßiger* Weise beim Adreßentwurf *mitwirke*". Was das heißen soll und was Herr Auerswald dabei für Verfassungen im Auge hat, sind wir selbst nach langem Nachdenken zu sagen nicht imstande. Um so weniger, als Preußen in diesem Augenblick gar keine Verfassung *hat*.

Von der entgegengesetzten Seite sind nur zwei Reden zu erwähnen: die der Herren d'Ester und Hüffer. Herr d'Ester hat das Programm des Herrn Hansemann mit vielem Glück persifliert, indem er dessen frühere wegwerfende Äußerungen über Abstraktionen, nutzlose Prinzipstreitigkeiten usw. auf das sehr abstrakte Programm anwandte. D'Ester forderte das Ministerium der *Tat* auf, „endlich zur Tat zu schreiten und die Prinzipienfragen beiseite zu

lassen". Seinen Antrag, den einzig vernünftigen des Tages, erwähnten wir schon oben.

Herr *Hüffer*, der den richtigen Gesichtspunkt in betreff der Adresse am schärfsten ausgesprochen, formulierte ihn auch am schärfsten in bezug auf die Forderung des Herrn Hansemann: Das Ministerium verlangt, wir sollen im Vertrauen zu ihm die Adresse an die Kommission zurückverweisen, und macht von diesem Beschluß seine Existenz abhängig. Nun aber kann das Ministerium ein Vertrauensvotum nur für Handlungen, welche *es selbst ausübt*, in Anspruch nehmen, nicht aber für Handlungen, welche *es der Versammlung zumutet*.

Kurz und gut: Herr Hansemann forderte ein Vertrauensvotum, und die Versammlung, um Herrn Hansemann eine Unannehmlichkeit zu ersparen, votierte ihrer Adreßkommission einen indirekten Tadel. Die Herren Abgeordneten werden unter dem Ministerium der Tat bald lernen, was die berühmte Treasury-Whip[163] (Ministerialpeitsche) für ein Ding ist.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Verhaftungen

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 34 vom 4. Juli 1848]

* *Köln*, 3. Juli. Das Ministerium der *Tat* bewährt sich bisher nur als Polizeiministerium. Seine erste Tat war die Verhaftung der Herren *Monecke* und *Fernbach* in Berlin. Seine zweite war die des Bombardier[1] *Funk* in Saarlouis. Jetzt beginnt die „Tat" auch hier in Köln sich geltend zu machen. Heute morgen wurden die Herren Dr. *Gottschalk* und Lieutenant a. D. *Anneke* verhaftet. Über die Motive und die Art und Weise der Verhaftung fehlen uns noch die bestimmten Nachrichten. Wir behalten uns daher unser Urteil vor.

Die Arbeiter werden klug genug sein, sich durch keine Provokation zu einem Krawall verleiten zu lassen.

---

[1] In Preußen die unterste Charge der Unteroffiziere bei der Artillerie

Verhaftungen

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 35 vom 5. Juli 1848]

** *Köln*, 4. Juli. Wir haben unsern Lesern gestern versprochen, auf die Verhaftung der Herren Dr. *Gottschalk* und *Anneke* zurückzukommen. Bisher sind uns nur über Annekes Verhaftung nähere Details zugegangen.

Morgens zwischen sechs und sieben Uhr betraten sechs bis sieben Gendarmen Annekes Wohnung, mißhandelten sofort auf der Hausflur das Dienstmädchen und schlichen leise die Treppe hinauf. Drei blieben im Vorzimmer stehen, vier drangen ins Schlafzimmer, wo Anneke und seine hochschwangre Frau schliefen. Von diesen vier Säulen der Gerechtigkeit wankte die eine mehr oder minder, so guter Stunde schon angefüllt mit dem „Geist", dem Wasser des wahren Lebens, dem gebrannten Wasser.

Anneke frug, was man wolle? – Er solle mitgehen! lautete die lakonische Antwort. Anneke bat, wenigstens seine kranke Frau zu schonen und ins Vorzimmer zu gehen. Die Herren von der heiligen Hermandad[164] erklären, das Schlafzimmer nicht verlassen zu wollen, treiben Anneke an, sich rasch anzukleiden, und erlauben ihm nicht einmal, mit seiner Frau zu sprechen. Dies Antreiben geht im Vorzimmer zu Tätlichkeiten über, wobei einer der Gendarmen die Glastüre in Scherben stößt. Anneke wurde die Treppe *hinuntergestoßen*. Vier Gendarmen führen ihn ab ins neue Arresthaus, drei bleiben bei Frau Anneke, um sie bis zur Ankunft des Staatsprokurators zu bewachen.

Nach gesetzlicher Vorschrift muß bei der Verhaftung wenigstens ein *Beamter der gerichtlichen Polizei* – Polizeikommissär u. dgl. – zugegen sein. Wozu solche Förmlichkeiten, seitdem das Volk zur Vertretung seiner Rechte zwei Versammlungen besitzt, eine zu Berlin und eine zu Frankfurt?

Nach einer halben Stunde kamen Herr Staatsprokurator *Hecker* und Instruktionsrichter *Geiger*, um die Haussuchung zu halten.

Frau Anneke beschwert sich, daß der Staatsprokurator die Verhaftung den brutalen, durch die Gegenwart keiner Magistratsperson gezügelten Gendarmen überlassen. Herr Hecker erklärt, er habe *keinen Befehl zu Brutalitäten* gegeben. Als ob der Herr Hecker Brutalitäten befehlen könne?

Frau *Anneke:* Man habe, wie es scheine, die Gendarmen *allein* vorausgeschickt, um ihre Brutalität nicht verantworten zu müssen. Die Verhaftung habe überdem nicht in der gesetzlichen Form stattgefunden, da kein Gendarm einen Verhaftsbefehl vorgezeigt, sondern bloß einer einen Wisch aus der Tasche gezogen, den Anneke nicht lesen durfte.

Herr *Hecker:* „Die Gendarmen seien zu der Verhaftung *richterlich kommandiert* worden." Und das Kommando der Richter, steht es nicht unter dem Kommando des Gesetzes? Staatsprokurator und Instruktionsrichter konfiszierten eine Masse Papiere, Flugschriften, worunter die ganze Mappe der Frau Anneke usw. Herr Instruktionsrichter Geiger ist, beiläufig gesagt, zum *Polizeidirektor* designiert.

Abends wurde Anneke eine halbe Stunde lang verhört. Der Grund seiner Verhaftung sei eine aufrührerische Rede, die er in der letzten Volksversammlung auf dem Gürzenich[165] gehalten. Art. 102 des Code pénal[166] spricht von öffentlichen Reden, die *unmittelbar* auffordern zu Komplotten gegen den Kaiser und seine Familie oder die dahin zielen, die Ruhe des Staats durch Bürgerkrieg, durch gesetzwidrigen Gebrauch der bewaffneten Macht, durch öffentliche Verheerung und Plünderung zu stören. Der Code kennt nicht das preußische „Erregen von Mißvergnügen". In Ermangelung des preußischen Landrechts[167] wird man einstweilen den Art. 102 überall anwenden, wo seine Anwendung zu den juristischen Unmöglichkeiten gehört.

Bei der Verhaftung selbst war eine große Militärmacht entwickelt – seit vier Uhr Konsignation der Truppen in den Kasernen. Bäcker und Handwerker wurden in sie hinein, aber nicht wieder herausgelassen. Die Husaren rückten gegen sechs Uhr von Deutz nach Köln und durchritten die ganze Stadt. Das neue Arresthaus war mit 300 Mann besetzt. Für den heutigen Tag sind vier neue Verhaftungen, von Jansen, Kalker, Esser und einem Vierten angekündet. Der Maueranschlag Jansens, worin er die *Arbeiter zur Ruhe* ermahnt, wurde, wie uns *Augenzeugen* versichern, gestern abend von der Polizei *abgerissen.* Geschah das im Interesse der Ordnung? Oder suchte man einen Anlaß, um längst gehegte Pläne in der guten Stadt Köln zur Ausführung zu bringen?

Herr Oberprokurator Zweiffel soll schon früher beim Oberlandsgericht in Arnsberg angefragt haben, ob er den Anneke wegen seiner früheren Verurteilung[168] verhaften und nach Jülich transportieren solle. Die königliche

Amnestie scheint dieser wohlmeinenden Absicht im Wege gestanden zu haben. Die Sache ging ans Ministerium.

Herr Oberprokurator Zweiffel soll außerdem erklärt haben, daß er binnen 8 Tagen mit dem 19. März, mit den Klubs und der Preßfreiheit und andern Ausartungen des bösen Jahres 1848 zu Köln am Rhein ein Ende machen werde. Herr Zweiffel gehört nicht zu den Skeptikern.

Verbindet Herr Zweiffel etwa die exekutive Gewalt mit der legislativen? Sollen die Lorbeeren des Oberprokurators die Blößen des Volksrepräsentanten bedecken? Noch einmal werden wir unsre vielgeliebten stenographischen Berichte durchmustern und dem Publikum ein treues Bild entwerfen von der Wirksamkeit des Volksrepräsentanten und Oberprokurators Zweiffel.

Das also sind die Taten des *Ministeriums der Tat*, des Ministeriums des linken Zentrums, des Ministeriums des Übergangs zu einem altadeligen, altbürokratischen, altpreußischen Ministerium. Sobald Herr Hansemann seinen transitorischen Beruf erfüllt hat, wird man ihn entlassen.

Die Linke zu Berlin[69] aber muß einsehn, daß die alte Macht kleine parlamentarische Siege und große Konstitutionsentwürfe ihr getrost überlassen kann, wenn sie nur unterdessen sich aller wirklich entscheidenden Positionen bemächtigt. Getrost kann sie die Revolution des 19. März in der Kammer anerkennen, wenn dieselbe nur außerhalb der Kammer entwaffnet wird.

Die Linke könnte an einem schönen Morgen finden, daß ihr parlamentarischer Sieg und ihre wirkliche Niederlage zusammenfallen. *Die deutsche Entwicklung bedarf vielleicht solcher Kontraste.*

Das Ministerium der Tat erkennt die Revolution im Prinzip an, um in der Praxis die Kontrerevolution zu vollziehen.

Vereinbarungsdebatten

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 35 vom 5. Juli 1848]

** *Köln*, 4. Juli. Wir kommen heute zur Vereinbarungssitzung vom 28. Juni.[25] Die Versammlung hat einen neuen Präsidenten, ein neues Reglement und neue Minister sich gegenüber. Man kann sich also denken, wie groß die Konfusion ist.

Nach längeren reglementarischen und andern Vordebatten kommt endlich der Abgeordnete *Gladbach* zu Wort. Die preußische Soldateska hat vor einigen Tagen in Spandau die von Schleswig-Holstein zurückkehrenden Freischärler der wegen republikanischer Gesinnungen aufgelösten 6. Kompanie des Freikorps gewaltsam entwaffnet und einige sogar verhaftet. Sie hatte durchaus keinen gesetzlichen Grund und keine gesetzliche Vollmacht. Das Militär kann, gesetzlich, überhaupt solche Handlungen auf eigene Faust gar nicht vornehmen. Aber die meisten dieser Freischärler waren Berliner Barrikadenkämpfer, und die Herren von der Garde mußten sich an ihnen rächen.

Herr *Gladbach* interpellierte das Ministerium wegen dieses Akts des Militärdespotismus.

Der Kriegsminister *Schreckenstein* erklärt, er wisse nichts davon und müsse sich vorbehalten, Bericht darüber von der betreffenden Behörde einzufordern.

Also dafür bezahlt das Volk einen Kriegsminister, damit er am 28. in Berlin noch nichts davon weiß, was am 25., drei Stunden von Berlin, in Spandau, das Militär für Schritte getan hat und damit, drei Stunden von Berlin, vor seinen Augen sozusagen, die Gardelieutenants Bahnhöfe besetzen und dem bewaffneten Volk die ihm gehörenden, die von ihm auf dem Schlachtfelde eroberten Waffen wegnehmen, ohne den Herrn Kriegsminister auch nur der Ehre eines Rapports zu würdigen! Aber freilich, der Herr Oberstlieutenant Schlichting, der diese Heldentat vollbrachte, handelte nach

„Instruktionen", die er wahrscheinlich von Potsdam empfängt, und wohin er wahrscheinlich auch rapportiert!

Morgen, fleht der wohlunterrichtete Kriegsminister, morgen werde ich *vielleicht* Antwort geben können![1]

Folgt eine Interpellation von Zacharias: Das Ministerium hat einen Gesetzvorschlag über Bürgerwehr versprochen. Wird dieser Vorschlag auf dem Grundsatz allgemeiner Volksbewaffnung beruhen?

Der neue Minister des Innern, Herr Kühlwetter, antwortet: Allerdings liege ein Gesetz über Bürgerwehr vor, aber es sei noch nicht im Ministerium beraten, und daher könne er nichts Näheres darüber sagen.

Also das neue Ministerium ist so übereilt zusammengebracht, hat sich so wenig über die leitenden Grundsätze verständigt, daß sogar die brennende Frage der Volksbewaffnung noch gar nicht zur Debatte gekommen ist!

Eine zweite Interpellation des Abgeordneten *Gladbach* betraf die definitive Ernennung von Bürgermeistern und andern Beamten durch die bisher damit beauftragten Behörden. Da die ganze bisherige Verwaltung nur interimistisch weiterbesteht, so wird sie auch nur interimistisch die entstehenden Lücken ausfüllen können, bis die Gesetzgebung darüber statuiert hat, wie und von wem die verschiedenen Behörden ernannt werden sollen. Trotzdem sind aber Bürgermeister und andere Beamte definitiv ernannt worden.

Der Minister *Kühlwetter* erklärt sich im ganzen mit Herrn Gladbach einverstanden und wird nur provisorische Bürgermeister ernennen lassen.

Eine fernere Interpellation des Herrn *Gladbach* wegen Suspendierung der vielen, ihren Verwalteten gehässigen Beamten, von denen manche, namentlich auf dem Lande, im ersten revolutionären Eifer verjagt, wird vom Herrn Präsidenten Grabow geschickt eskamotiert.

Nach einigen reglementarischen Verhandlungen kam die Interpellation des Abgeordneten *Dierschke* wegen der Kösliner Adresse[169] und deren Beförderung durch die Regierungen und Landratämter zur Tagesordnung. Aber der Herr Abgeordnete hatte total vergessen, daß sein Antrag an der Tagesordnung war und hatte daher auch die nötigen Papiere nicht mitgebracht, um ihn zu begründen. Es blieb ihm also nichts übrig, als sich in einigen allgemeinen Phrasen über Reaktion zu ergehen, eine höchst unbefriedigende Antwort des Ministers entgegenzunehmen und sich dann vom Präsidenten sagen zu lassen, er werde wohl befriedigt sein.

Er hat aber noch eine zweite Interpellation zu stellen: Ob die Minister

[1] Siehe vorl. Band, S. 180–183

den Reaktionsversuchen des Adels und der Beamtenpartei entgegenzutreten beabsichtigten.

Er scheint auch hierzu die Papiere vergessen zu haben. Er führt wieder statt Tatsachen deklamatorische Redensarten an und weiß nichts Besseres vom Ministerium zu verlangen, als daß es eine Proklamation gegen die Reaktion erlasse.

Herr *Kühlwetter* antwortet natürlich, die Gesinnungen der Rittergutsbesitzer und Beamten gingen ihn nichts an, sondern nur ihre Handlungen, die Leute hätten dieselbe Freiheit wie Herr *Dierschke*, und im übrigen möge Herr Dierschke Fakta anführen. Den albernen Gedanken eines „Erlasses" gegen die Reaktion weist er mit gebührender Vornehmheit zurück. Herr Dierschke führt nun als Tatsache an, daß in seinem, dem Ohlauer Kreise, der Landrat gesagt habe, die Nationalversammlung werde nicht eher einig werden, bis sie mit Kartätschen zusammengeleimt werde, und ihr Deputierter (Dierschke selbst) habe geäußert, es sei eine Kleinigkeit, einen Minister zu hängen.

Hieraus schloß der Vorsitzende, Herr Dierschke habe sich auch in Beziehung auf die zweite Interpellation zufrieden gegeben, und Herr Dierschke fand nichts zu erinnern.

Herr *Hansemann* aber gibt sich nicht zufrieden. Er wirft dem Redner vor, er sei von der Frage abgewichen. Er „überläßt der Beurteilung der Versammlung, inwiefern sie es geeignet erachte, persönliche Beschuldigungen, wenn nicht zugleich Beweise dafür vorgebracht werden, gegen Beamte zu erheben".

Mit dieser stolzen Herausforderung und unter schallendem Bravo der Rechten und der Zentren setzt Herr Hansemann sich nieder.

Der Abgeordnete *Elsner* stellt einen dringenden Antrag. Es soll sofort eine Kommission zur Untersuchung der Lage der Spinner und Weber sowie der gesamten preußischen Leinenmanufaktur ernannt werden.

Herr *Elsner* erzählt der Versammlung in einem kurzen, schlagenden Vortrag, wie die alte Regierung die Leinenindustrie in jedem einzelnen Falle dynastischen und legitimistischen Interessen oder vielmehr Einfällen geopfert hat. Spanien, Mexiko, Polen, Krakau dienten zu Beweisen.[170]

Glücklicherweise waren die Tatsachen schlagend und trafen nur die alte Regierung. Daher wurden von keiner Seite Schwierigkeiten erhoben; die Regierung stellte sich im voraus der Kommission zur Verfügung, und der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Folgt die Interpellation *d'Esters* wegen der geschornen Polen.[171]

D'Ester erklärt, er wolle nicht bloß über das Faktum Aufschluß haben, sondern speziell über die vom Ministerium gegen dies Verfahren ergriffenen

Maßregeln. Er wende sich deshalb auch nicht an den Kriegsminister, sondern an das ganze Ministerium.

Herr *Auerswald:* Wenn d'Ester den speziellen Fall nicht beantwortet wünscht, so „hat das Ministerium kein *Interesse*", darauf einzugehen.

Wirklich, das Ministerium hat kein „Interesse", auf die Frage einzugehn! Welche Neuigkeit! In der Tat pflegt man Interpellationen nur in solchen Fragen zu stellen, auf die einzugehen „das Ministerium" durchaus *„kein Interesse" hat!* Gerade deswegen, *weil* es kein Interesse hat, sie zu beantworten, gerade deswegen, Herr Ministerpräsident, interpelliert man das Ministerium.

Der Herr Ministerpräsident muß übrigens geglaubt haben, er befinde sich nicht unter Vorgesetzten, sondern unter seinen Subalternen. Die Beantwortung einer Frage versucht er abhängig zu machen von dem Interesse, das nicht die Versammlung, sondern das Ministerium daran hat!

Wir schreiben es nur der Unerfahrenheit des Herrn Präsidenten Grabow zu, daß er Herrn Auerswald wegen dieser bürokratischen Arroganz nicht zur Ordnung rief.

Der Ministerpräsident versicherte übrigens, man werde dem Polenscheren kräftig entgegentreten, Näheres könne er aber erst später mitteilen.

D'Ester willigt in die Vertagung sehr gern ein, wünscht aber Angabe des Tages, wann Auerswald antworten wolle.

Herr *Auerswald,* der wohl harthörig sein muß, antwortet: Ich glaube, daß in meiner Erklärung nichts liegt, was bezeichne, daß das Ministerium nicht später darauf zurückkommen wolle (!); den Tag könne er noch nicht bestimmen.

Behnsch und *d'Ester* erklären übrigens ausdrücklich, daß sie auch über das Faktum selbst Aufklärung verlangen.

Dann folgt *d'Esters* zweite Interpellation: Was die Rüstungen in der Rheinprovinz und namentlich in Köln zu bedeuten haben, und ob vielleicht eine Deckung der französischen Grenze nötig geworden?

Herr *Schreckenstein* antwortet: Mit Ausnahme einzelner Reservisten sind seit Monaten keine Truppen an den Rhein gegangen. (Allerdings, tapfrer Bayard, aber es waren ihrer längst zu viele da.) *Sämtliche* Festungen werden armiert, nicht bloß Köln[1], damit das Vaterland nicht in Gefahr kommt.

Also wenn in Köln die Truppen nicht in die Forts gelegt werden, wo sie gar nichts zu tun haben und sehr schlecht logiert sind, wenn die Artillerie nicht Gewehre bekommt, wenn die Truppen nicht auf acht Tage Brot voraus

[1] Siehe vorl. Band, S. 59–62

erhalten, wenn die Infanterie nicht mit scharfen Patronen, die Artillerie nicht mit Kartätsch- und Kugelschuß versehen wird, so ist das Vaterland in Gefahr? Nach Herrn Schreckenstein ist also das Vaterland erst dann *außer* Gefahr, wenn Köln und andre großen Städte *in* Gefahr sind!

Übrigens „müssen alle Bewegungen der Truppen lediglich der Einsicht eines Militärs, des Kriegsministers, anheimgestellt bleiben, sonst kann dieser nicht verantwortlich sein"!

Man glaubt ein bei seiner Tugend angefaßtes junges Mädchen zu hören und nicht den preußischen pro tempore[1] Bayard ohne Furcht und Tadel, Reichsfreiherrn Roth von Schreckenstein, schreckenerregenden Namens!

Wenn der Abgeordnete Dr. med. d'Ester, der doch wahrlich ein Zwerg ist neben dem gewaltigen Reichsfreiherrn Roth v. Schreckenstein, besagten Schreckenstein fragt, was diese oder jene Maßregel zu bedeuten habe, so glaubt der große Reichsfreiherr, der kleine Dr. med. wolle ihm die freie Verfügung über die Truppenaufstellung nehmen, und dann könne er ja nicht mehr verantwortlich sein!

Kurz und gut: Der Herr Kriegsminister erklärt, man dürfe ihn nicht zur *Verantwortung ziehen*, sonst könne er gar nicht *verantwortlich sein*.

Übrigens, was wiegt die Interpellation eines Abgeordneten gegen die „Einsicht eines Militärs und gar eines Kriegsministers"!

D'Ester erklärt sich zwar nicht zufrieden, zieht aber aus Schreckensteins Antwort den Schluß, die Rüstungen seien zum Schutz der französischen Grenze geschehen.

Der Ministerpräsident *Auerswald* verwahrt sich gegen diese Schlußfolgerung.

Wenn *alle* Grenzfestungen armiert werden, so werden doch wohl *alle* Grenzen „gedeckt". Wenn *alle* Grenzen gedeckt werden, so wird doch auch die *französische* Grenze „gedeckt".

Herr Auerswald gibt die Prämissen zu und nimmt den Schluß „im Namen des Staatsministeriums nicht an".

Wir dagegen „nehmen an im Namen" des gesunden Menschenverstandes, daß Herr Auerswald nicht bloß harthörig ist.

D'Ester und *Pfahl* protestieren sofort. *Reichenbach* erklärt, Neiße, die bedeutendste Festung Schlesiens gegen Osten, werde gar nicht armiert und sei im erbärmlichsten Zustande. Als er Details darüber gibt, fängt die Rechte, von den Zentren unterstützt, einen fürchterlichen Lärm an, und Reichenbach muß die Tribüne verlassen.

[1] derzeitigen

Herr *Moritz:*

„Graf Reichenbach hat *keinen* Grund angegeben, weshalb er das Wort ergriffen hat (!). Aus *demselben Grunde*, glaube ich, kann ich auch das Wort ergreifen (!!). Ich halte es für unparlamentarisch und bis jetzt in der Geschichte der Parlamente unerhört, auf solche Weise ... (große Unruhe) das Ministerium in *Verlegenheit* zu bringen, Dinge zur Sprache zu bringen, die nicht ins Publikum gehören ... wir sind nicht hergeschickt, um das Vaterland in *Gefahr* zu bringen." (Furchtbares Gepolter. Unser Moritz muß von der Tribüne herabsteigen.)

Der Abgeordnete Esser I beschwichtigt den Tumult durch eine ebenso gründliche wie passende Erörterung des § 28 der Geschäftsordnung.

Herr *Moritz* protestiert, er habe nicht eine Tatsache berichtigen, sondern bloß „aus demselben Grunde sprechen wollen, wie der Graf Reichenbach"! Die konservative Seite nimmt sich seiner an und oktroyiert ihm ein lautes Bravo, wogegen die äußerste Linke indessen trommelt.

Auerswald:

„Ob es passend sei, über die Wehrhaftigkeit des preußischen Staats im einzelnen oder ganzen solche Details zu besprechen?"

Wir bemerken erstens, daß man nicht von der Wehrhaftigkeit, sondern von der Wehrlosigkeit des Staats gesprochen hat. Zweitens, daß das Unpassende darin liegt, daß der Kriegsminister gegen das Inland und nicht gegen das Ausland rüstet, nicht aber, daß man ihn an seine Schuldigkeit erinnert.

Die Rechte langweilt sich entsetzlich und schreit nach dem Schluß. Der Präsident erklärt unter allerlei Lärm, die Sache sei erledigt.

An der Tagesordnung ist ein Antrag *Jungs*. Herr Jung findet es angemessen, abwesend zu sein. Wunderbare Volksvertretung!

Jetzt kommt eine Interpellation des Abgeordneten *Scholz*. Diese lautet wörtlich:

„Interpellation an den Herrn Minister des Innern, ob derselbe wegen der *unzweckmäßigen Einführung der Konstabler in den Kreisen* Auskunft zu geben imstande oder zu antworten geneigt sei."[172]

Präsident: Ich frage zunächst, ob diese Interpellation *verstanden* wird.

(Sie wird nicht verstanden und nochmals verlesen.)

Minister *Kühlwetter:* Ich weiß in der Tat nicht, worüber Auskunft von mir verlangt wird. Ich verstehe die Frage nicht.

Präsident: Wird die Interpellation unterstützt? (Wird nicht unterstützt.)

Scholz: Ich ziehe meinen Antrag vorläufig zurück.

Auch wir ziehen uns nach dieser unbezahlbaren, „in der Geschichte der Parlamente unerhörten" Szene für heute „zurück".

Geschrieben von Friedrich Engels.

Gerichtliche Untersuchung gegen die „Neue Rheinische Zeitung"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 37 vom 7. Juli 1848]

* *Köln*, 6. Juli. Wir erhalten soeben folgende Entgegnung auf den in der gestrigen „[Neuen] Rheinischen Zeitung" abgedruckten Artikel, de dato „Köln, 4. Juli", betreffend die Verhaftung der Herren Dr. Gottschalk und Anneke[1].

„Ich erkläre es für eine Unwahrheit, daß ich auf die Beschwerde der Frau Anneke über die ohne Gegenwart einer Magistratsperson vorgenommene Verhaftung ihres Mannes erwidert habe:

ich habe *keinen Befehl zu Brutalitäten* gegeben.

Ich habe vielmehr nur geäußert, daß ich es bedauern müsse, wenn sich die Gendarmen ungebührlich benommen haben sollten.

Ich erkläre es ferner für eine Unwahrheit, daß ich mich des Ausdrucks bedient habe:

die Gendarmen seien zu der Verhaftung *richterlich kommandiert* worden, und habe nur bemerkt, daß die Verhaftung kraft eines Vorführungsbefehls des Herrn Instruktionsrichters vollzogen worden sei.

Vorführungsbefehle werden nach dem Gesetz durch Gerichtsvollzieher oder Agenten der bewaffneten Macht vollstreckt. Die Anwesenheit eines Beamten der gerichtlichen Polizei ist nirgend vorgeschrieben.

Die in dem Artikel enthaltenen Verleumdungen resp. Beleidigungen gegen den Herrn Oberprokurator Zweiffel und die Gendarmen, welche die Verhaftung vollzogen haben, werden in der gerichtlichen Untersuchung, die deshalb eingeleitet werden wird, ihre Würdigung finden.

Köln, den 5. Juli 1848

Der Staatsprokurator:
Hecker"

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 166–168

Unsere werten Leser ersehn aus dem Vorstehenden, daß die „Neue Rhei-n[ische] Z[ei]t[un]g“ einen neuen, vielversprechenden Mitarbeiter gewonnen hat – das *Parquet*.

Wir haben geirrt in *einem* juristischen Punkt. Bei der Verhaftung bedarf es keines „*Beamten der gerichtlichen Polizei*“, sondern nur eines *Agenten der öffentlichen Gewalt*. Mit welch sorglichen Garantien der Code die persönliche Sicherheit umgibt!

Es bleibt übrigens nach wie vor ungesetzlich, daß die Herrn Gendarmen ihren Verhaftungsbefehl nicht vorgezeigt haben. Es bleibt ungesetzlich, daß sie, wie uns nachträglich versichert wird, schon *vor* dem Erscheinen des Herrn Hecker und seines Herrn Begleiters *Briefschaften durchmustert* haben. Vor allem aber bleiben die *Brutalitäten* ungesetzlich, die Herr Hecker *bedauert* hat. Wir sind erstaunt, eine gerichtliche Untersuchung nicht gegen die Herrn Gendarmen, sondern gegen die Zeitung verhängt zu sehn, welche die Ungebühr der Herrn Gendarmen denunziert.

Die *Beleidigung* könnte sich nur auf den einen der Herrn Gendarmen beziehn, von dem versichert wurde, er habe zu guter Stunde „*gewankt*“ aus mehr oder minder spirituellen oder spirituosen Gründen. Ergibt aber die Untersuchung, wie wir keinen Augenblick zweifeln, die Richtigkeit des Tatbestandes – der von den Herren Agenten der öffentlichen Gewalt verübten Brutalitäten –, so glauben wir nur den einzig „*mildernden Umstand*“ mit der ganzen Unparteilichkeit, welche der Presse geziemt, im eigensten Interesse der von uns beschuldigten Herren sorglichst hervorgehoben zu haben, und die menschenfreundliche Angabe des einzig mildernden Umstandes verwandelt das Parquet in eine „Beleidigung“!

Und nun die Beleidigung, resp. Verleumdung des Herrn Oberprokurator *Zweiffel!*

Wir haben einfach berichtet und, wie wir selbst im Bericht andeuteten, *Gerüchte* berichtet, Gerüchte, die uns aus guter Quelle zukamen. Die Presse, sie hat aber nicht nur das Recht, sie hat die Pflicht, die Herren Volksrepräsentanten aufs genaueste zu überwachen. Wir haben zugleich angedeutet, daß die bisherige parlamentarische Wirksamkeit des Herrn Zweiffel jene ihm zugeschriebenen volksfeindlichen Äußerungen nicht unwahrscheinlich macht – und will man der Presse das Recht abschneiden, die parlamentarische Wirksamkeit eines Volksrepräsentanten zu *beurteilen*? Wozu dann die Presse?

Oder hat die Presse nicht das Recht, in dem Volksrepräsentanten *Zweiffel* zuviel von dem Oberprokurator und in dem Oberprokurator zuviel von dem Volksrepräsentanten zu finden? Wozu dann in Belgien, in Frankreich usw. die Debatten über die Inkompatibilitäten?

Was den *konstitutionellen Usus* betrifft, so lese man nach, wie der „Constitutionnel"[146], der „Siècle"[173], die „Presse"[174] unter Louis-Philippe die parlamentarische Wirksamkeit der Herren *Hébert, Plougoulm* usw. beurteilten, zur Zeit, wo diese Herren die obersten Chefs des Parquets und zugleich Deputierte waren. Man lese die belgischen Blätter nach, und zwar die engkonstitutionellen, den „Observateur"[175], die „Politique", die „Emancipation", wie sie die parlamentarische Wirksamkeit des Herrn *Bavay* noch vor kaum einem Jahre beurteilten, als Herr Bavay in einer Person den Deputierten und den Generalprokurator vereinigte.

Und was unter dem Ministerium Guizot, unter dem Ministerium Rogier stets erlaubt war, sollte nicht erlaubt sein in der *Monarchie auf breitester demokratischer Grundlage*? Ein Recht, was kein Ministerium der französischen Restauration bestritt, wird zum Unrecht unter dem *Ministerium der Tat*, das die *Revolution im Prinzip* anerkennt?

Übrigens hat sich das Publikum durch unsere Extrabeilage von heute morgen überzeugt, wie richtig wir den Gang der Ereignisse beurteilt. *Rodbertus* ist aus dem Ministerium aus- und *Ladenberg* ist in das Ministerium eingetreten. Das Ministerium des linken Zentrums hat sich nach einigen Tagen in ein entschieden *altpreußisch-reaktionäres Ministerium verwandelt. Die Rechte* hat einen *Staatsstreich* gewagt, die *Linke* hat sich *drohend zurückgezogen*.[176]

Und es wäre nicht mit Händen zu greifen, daß die jüngsten Taten zu Köln in dem großen Feldzugsplan des *Ministeriums der Tat* verzeichnet standen?

Soeben wird uns berichtet, daß der „Neuen Rheinischen Zeitung" der Zugang ins Arresthaus versperrt ist. Berechtigt die Gefängnisordnung zu diesem Verbot? Oder sind politisch Angeschuldigte zur Strafe verurteilt, ausschließlich die *„Kölnische Zeitung"* zu lesen?

Geschrieben von Karl Marx.

Berliner Vereinbarungsdebatten

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 37 vom 7. Juli 1848]

** *Köln*, 6. Juli. Während in Berlin die Ministerkrisis Nr. 2 ihren weiteren Verlauf nimmt, wollen wir uns einstweilen, um mit dem Abgeordneten *Mätze* zu sprechen, „aus diesen Stürmen" in den bisher so „stillen See" der Vereinbarungsdebatte zurückbegeben. Man mag sagen, was man will, wir haben hier mehr als eine Stunde gemütlicher Heiterkeit verlebt –

Hier herrschen noch Zucht und Sitte,
Und manches stille Vergnügen blüht
Auch hier, in unserer Mitte.[177]

Die Sitzung vom *30. Juni* ist an der Reihe.[25] Gleich von vornherein eröffnet sie sich durch bedeutende, ganz besonders charakteristische Vorkommnisse.

Wer hat nicht gehört von dem großen Feldzuge der siebenundfünfzig bergisch-märkischen Familienväter zur Rettung des Vaterlandes? Wer weiß nicht, mit welcher Todesverachtung diese Blüte der konservativen Pfahlbürgerschaft sich aufgemacht, Weib und Kind und Geschäft im Stich gelassen hat, um auf die Bresche zu treten, um der Revolution eine Schlacht auf Tod und Leben zu liefern, um, mit einem Wort, nach Berlin zu ziehen und dem Ministerium eine Petition gegen die Wühler zu überreichen?

Diese siebenundfünfzig Paladine haben denn auch der Vereinbarungsversammlung eine Zuschrift, enthaltend leise reaktionäre fromme Wünsche, eingereicht. Die Zuschrift wird verlesen. Einige Herren von der Rechten wünschen auch die Unterschriften zu hören. Der Sekretär fängt an zu lesen, es entsteht Unterbrechung, man ruft: „Genug, genug!"

Abgeordneter *Berg:*

„Das verlesene Schriftstück ist entweder ein Antrag oder eine Petition. Ist es ein Antrag, so möchte ich wissen, welches Mitglied ihn zu dem seinigen macht. Ist es eine

Petition, so möge man sie an die betreffende Kommission gehen lassen und uns *nicht weiter damit ennuyieren.*"

Diese lakonische Antwort des Herrn Berg beseitigt die Sache. Der Präsident stammelt einige Entschuldigungen und legt die Zuschrift der siebenundfünfzig Familienväter beiseite.

Hierauf erhebt sich unser und der Linken alter Freund, der Abgeordnete *Schultz* von Wanzleben:

„Ich habe vorgestern meine Anträge wegen Zivilehe etc. zurückgezogen mit der Erklärung, daß die Gesetzentwürfe anders von mir formuliert werden sollten. Ich finde hierbei in den stenographischen Berichten bemerkt: ‚*Gelächter*'. Es mag sein, daß der eine oder der andere hierbei gelacht hat, aber gewiß *ohne Grund.*" (Neues Gelächter.)

Der Abgeordnete Schultz von Wanzleben setzt nun mit der biedersten Gutmütigkeit auseinander, wie er nur das Beste wolle und sich gern eines Bessern belehren lasse; wie er sich über die Unvollkommenheit der von ihm eingereichten Gesetzentwürfe habe belehren lassen, wie er nun doch nicht selbst Amendements zu seinen eignen Vorschlägen einreichen könne, und wie er es daher für seine Pflicht halte, den Antrag der Versammlung in der ursprünglichen Form nicht „unterzubreiten", sondern ihn vorläufig zurückzuziehen.

„Ich kann daran nichts Lächerliches finden und muß mich dagegen verwahren, wenn durch das Wort ‚Gelächter' meine wohlmotivierte Verfahrensweise als eine *lächerliche* dargestellt ist."

Es geht dem Abgeordneten Schultz von Wanzleben wie dem Ritter Tannhäuser:

Wenn ich an dieses *Lachen* denk',
So weine ich plötzliche Tränen.[178]

Der Abgeordnete *Brill* bemerkt, in den sonst so ausgezeichneten stenographischen Berichten fehle eine Phrase des Ministers Hansemann, daß das Programm des gegenwärtigen Ministeriums eine Fortsetzung der Thronrede sei. Es sei ihm dies ganz besonders im Gedächtnis geblieben, weil er als Buchdrucker dabei an die so oft von ihm gedruckte Phrase „Fortsetzung folgt" gedacht habe.

Diese leichtfertige Behandlung der ernstesten Gegenstände entrüstet den Abgeordneten Herrn *Ritz* aufs äußerste. Er stürzt auf die Tribüne und äußert:

„Meine Herren, ich glaube, es gehört zur Würde der Versammlung, daß wir uns der *Gleichnisse* in den Reden und der Vergleichungen, die hier nicht an Ort und Stelle sind, enthalten. Sie sind auch *nicht parlamentarisch*. (Große Unruhe.) Wir haben die

vorige Sitzung mit großer *Hilarität* zugebracht, das halte ich für die Würde der Versammlung nicht angemessen ... ich würde im Interesse der Würde dieser Versammlung eine gewisse *Sobrietät* empfehlen."

„Im Interesse" der vom Abgeordneten Ritz empfohlenen „Sobrietät" würden wir dem Abgeordneten Ritz „im Interesse der Würde der Versammlung" empfehlen, so wenig als möglich das Wort zu ergreifen, da ihm „große Hilarität" stets auf dem Fuße folgt.

Wie sehr aber die wohlgemeinten Absichten solcher Biedermänner wie der Herren Schultz von Wanzleben und Ritz stets in dieser argen Welt mißkannt werden, zeigte sich sogleich. Der Präsident Herr *Grabow* ernannte nämlich die Skrutatoren und unter ihnen für das linke Zentrum den Herrn Schultz von Wanzleben (Gelächter) und für das rechte Zentrum den Herrn Brill (Hilarität). Was Herrn Brill angeht, so müssen unsere Leser wissen, daß dieser Abgeordnete, der der entschiedensten Linken angehört, sich ins rechte Zentrum mitten unter die oberschlesischen und pommerschen Bauern gesetzt hat, bei denen er durch sein populäres Redetalent manche Einflüsterungen der reaktionären Partei scheitern machte.

Folgt die Interpellation des Herrn *Behnsch* wegen der russischen Note, die den Rückzug Wrangels aus Jütland bewirkt haben soll. *Auerswald* leugnet trotz „Morning Chronicle"[179] und russischer „Biene"[180] die Existenz dieser Note ab. Wir glauben, daß Herr Auerswald recht hat; wir glauben nicht, daß Rußland eine offizielle „Note" nach Berlin geschickt hat. Was aber Nikolaus nach Potsdam geschickt hat, können wir ebensowenig wissen wie Herr Auerswald.

Herr *Behnsch* interpelliert ebenfalls wegen der Note des Majors Wildenbruch an die dänische Regierung[181], wonach der dänische Krieg nur ein Scheinkrieg, eine Spielerei zur Beschäftigung der patriotischen Überkraft[182] sei.

Auf diese Interpellation findet Herr *Auerswald* Veranlassung, *nicht* zu antworten.

Nach einer langweiligen und verzwickten Diskussion über Fachkommissionen kommt endlich einmal eine wirklich interessante parlamentarische Szene vor, eine Szene, bei der etwas Indignation, etwas Leidenschaft siegreich das stereotype Getrommel der Rechten übertönt. Es ist der Abgeordnete *Gladbach*, dem wir diese Szene verdanken. Der Kriegsminister hatte auf heute seine Interpellation wegen Entwaffnung und Verhaftung der zurückgekommenen Freischärler zu beantworten versprochen.[1]

[1] Siehe vorl. Band, S. 169/170

Sowie der Präsident anzeigt, daß dieser Gegenstand vorliegt, erhebt sich sofort der Herr Oberstlieutenant *Griesheim*, den wir schon lange kennen, und beginnt zu sprechen. Diese bürokratisch-soldatische Aufdringlichkeit wird aber sogleich durch heftige Unterbrechung zurückgewiesen.

Der *Präsident* erklärt, nach § 28 der Geschäftsordnung können Assistenten der Minister nur mit Genehmigung der Versammlung das Wort ergreifen.

Griesheim: Ich bin als Vertreter des Kriegsministers hier.

Präsident: Es ist mir dies *nicht angezeigt* worden.

Griesheim: Wenn die *Herren* mich nicht hören wollen... (Oho! Unruhe.)

„Die Herren!" Für den Herrn Griesheim sind „die Herren" doch wohl immer noch eine „hohe Versammlung"! Der Herr Präsident hätte den Herrn Griesheim wegen seiner wiederholten Hinwegsetzung über allen Anstand zur Ordnung rufen sollen.

Die Versammlung will Herrn Griesheim hören. Vorher hat noch Herr *Gladbach* das Wort, um seine Interpellation zu motivieren. Zuerst aber erklärt er, daß er den Kriegsminister interpelliert habe und seine Anwesenheit verlange, welche Befugnis der Versammlung reglementarisch zusteht. Der Präsident beseitigt dies jedoch, und unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der Sache geht Herr Gladbach auf die Interpellation näher ein. Er erzählt, wie die Freischärler, nachdem sie wegen Anwendung des Militärdespotismus auf ihr Korps ausgetreten und heimgekehrt, in Spandau von dem „über Nacht aus seinen Schlupfwinkeln wieder hervorgekrochenen fluchwürdigen Polizeisystem" mit dem Brandmal der Vagabunden geächtet, wie man sie in Spandau entwaffnet, festgehalten und mittelst Zwangspaß nach Hause geschickt habe. Herr Gladbach ist der erste Abgeordnete, dem es gelungen ist, eine solche schmähliche Handlung mit der ganzen entsprechenden Indignation zu erzählen.

Herr *Griesheim* erklärt, die Maßregel sei auf Requisition des Berliner Polizeipräsidiums geschehen.

Herr *Gladbach* liest nun den ehrenvollen, vom Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein unterzeichneten Abschied eines der Freiwilligen vor und hält dagegen den ganz vagabundenmäßig lautenden Zwangspaß, der demselben Freiwilligen *„auf Ministerialbeschluß"* in Spandau ausgestellt wurde. Er weist hin auf die in dem Zwangspaß angedrohte *Arretierung*, *Strafarbeit* und *Geldbuße*, straft die Behauptung des Herrn Griesheim, als sei die Maßregel vom Polizeipräsidenten ausgegangen, durch ein offizielles Aktenstück Lügen und fragt, ob es etwa in Spandau noch ein besonderes *russisches* Ministerium gebe?

Zum ersten Male war das Ministerium auf einer direkten Unwahrheit ertappt. Die ganze Versammlung gerät in die größte Aufregung.

Der Minister des Innern, Herr Kühlwetter, muß sich endlich notgedrungen erheben und einige Entschuldigungen stammeln. Es sei *ja weiter nichts* geschehen, als daß 18 Bewaffneten die Waffen genommen seien – weiter nichts als eine Ungesetzlichkeit! Man habe nicht dulden können, daß bewaffnete Scharen ohne Erlaubnis das Land durchziehen – 22 Mann Freischärler, die nach Hause ziehen! (ohne Erlaubnis!)

Die ersten Worte des Herrn Ministers werden mit unzweideutigen Zeichen des Mißfallens aufgenommen. Selbst die Rechte ist noch zu sehr unter dem niederschlagenden Eindruck der Tatsachen, als daß sie nicht wenigstens schwiege. Aber bald, wie sie ihren unglücklichen Minister sich mühsam zwischen dem Gelächter und dem Murren der Linken hindurchwinden sieht, ermannt sie sich, schreit seinen lahmen Ausflüchten ein lautes Bravo zu, die Zentren fallen teilweise mit ein, und so wird Herr Kühlwetter schließlich so couragiert, daß er sagen kann: Nicht ich, sondern mein Vorgänger hat die Maßregel angeordnet, aber ich erkläre, daß ich sie vollkommen billige und im vorkommenden Falle ebenso handeln werde.

Die Rechte und die Zentren krönen die Tapferkeit ihres heroischen Kühlwetters mit einem donnernden Bravo.

Gladbach läßt sich indes nicht einschüchtern. Unter Lärmen und Schreien der Konservativen besteigt er die Tribüne und fragt abermals: Wie hängt es zusammen, daß Herr Schreckenstein, der doch schon vor der Spandauer Geschichte Minister war, *nichts davon wußte*? Wie ist es möglich, daß *vier* Freischärler mit vorteilhaften Zeugnissen die Sicherheit des Staats gefährden können? (Unterbrechung – reglementarische Bemerkungen der Herren vom Zentrum.) Die Frage ist nicht erledigt. Wie kann man diese Leute wie Vagabunden zwangsweise in die Heimat senden? (Unterbrechung. Lärm.) Ich habe noch keine Antwort auf die Frage wegen des Zwangspasses. Die Leute sind mißhandelt worden. Warum duldet man doch ein Rudel von Traktätleinhelden, welche zur Schmach der Hauptstadt (lauter Lärm) aus dem Wuppertale bewaffnet angekommen sind?[1] (Lärm. Bravo.)

Kühlwetter kommt endlich damit heraus, daß es unter dem Vorwande zweifelhafter Legitimation geschehen sei! Also der Abschied, von dem schleswig-holsteinischen Generalkommando unterzeichnet, ist den Polizeibüralisten des Herrn Kühlwetter eine Legitimation, die „Zweifeln unterliegt"? Sonderbare Bürokratie!

Noch einige Abgeordnete sprechen gegen die Minister, bis endlich der Präsident die Sache fallenläßt und der Abgeordnete *Mätze* die Versammlung

[1] Siehe vorl. Band, S. 178

aus den Stürmen dieser Debatte in die stille See des Schullehrerlebens führt, wo wir sie unter Anwünschung der schönsten idyllischen Freuden verlassen.

Wir freuen uns, daß es endlich einmal einem Abgeordneten der Linken gelungen ist, durch eine gutbegründete Interpellation und entschiedenes Auftreten die Herren Minister Spießruten laufen zu lassen und eine Szene hervorzurufen, die an französische und englische Parlamentsdebatten erinnert.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Das Ministerium der Tat

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr.39 vom 9. Juli 1848]

* *Köln*, 7. Juli. Wir haben eine *neue Ministerkrisis*. Das Ministerium *Camphausen ist gestürzt*, das Ministerium *Hansemann ist gestolpert*. Das *Ministerium der Tat*[98] hatte eine Lebensdauer von *acht Tagen*, trotz aller Hausmittelchen, Schönpflaster, Preßprozesse, Verhaftungen, trotz der dünkelhaften Keckheit, womit die Bürokratie ihr aktenbestaubtes Haupt wieder erhob und für ihre Entthronung kleinlich-brutale Rache ausbrütete. Das *„Ministerium der Tat"*, aus lauter Mittelmäßigkeiten zusammengesetzt, war beim Beginn der letzten Sitzung der Vereinbarungsversammlung noch so befangen, an seine Unerschütterlichkeit zu glauben.

Am Schluß der Sitzung[176] war es völlig zersprengt. Diese folgenreiche Sitzung brachte dem Ministerpräsidenten v. *Auerswald* die Überzeugung bei, daß er seine Entlassung einreichen müsse; auch der Minister v. *Schreckenstein* wollte nicht länger Hansemanns Schleppenträger bleiben, und so begab sich gestern das gesamte Ministerium zum König nach Sanssouci. Was da abgemacht wurde, werden wir bis morgen erfahren.

Unser Berliner ‡‡-Korrespondent schreibt in einer Nachschrift:

„Soeben verbreitet sich das Gerücht, daß *Vincke*, *Pinder*, *Mevissen* eiligst herberufen worden sind, um ein neues Ministerium bilden zu helfen."

Bestätigt sich dies Gerücht, so wären wir also *endlich* vom Ministerium der Vermittlung durch das Ministerium der Tat zu einem Ministerium der Kontrerevolution gelangt. *Endlich!* Die sehr kurze Lebensfrist dieser ministeriellen Kontrerevolution würde hinreichen, um die Zwerge, die bei dem geringsten Windzuge der Reaktion ihre Köpfchen wieder erheben, dem Volke in ganzer Lebensgröße zu zeigen.

Geschrieben von Karl Marx.

Vereinbarungsdebatte

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 39 vom 9. Juli 1848]

** *Köln*, 8. Juli. Zugleich mit der Nachricht von der Auflösung des Ministeriums Hansemann kommt uns auch der stenographische Bericht über die Vereinbarungssitzung vom 4. Juli zu.[25] In dieser Sitzung wurde das erste Symptom dieser Auflösung, der Austritt des Herrn Rodbertus, bekanntgemacht und zugleich der Zerfall des Ministeriums durch die beiden widersprechenden Abstimmungen über die Posener Kommission und den Austritt der Linken[176] einen bedeutenden Schritt weitergefördert.

Die Ankündigungen der Herrn Minister über den Austritt von Rodbertus enthalten auch im stenographischen Bericht nichts Neues. Wir übergehen sie.

Es erhob sich Herr *Forstmann:* Er müsse protestieren gegen die Ausdrücke, welche Herr Gladbach am 30. Juni von der „Deputation der achtbarsten Männer des Rheinlands und Westfalens" gebraucht habe.[1]

Herr *Berg:* Ich habe bereits neulich zur Geschäftsordnung die Bemerkung gemacht, daß die Verlesung des Schreibens nicht hierher gehöre und daß sie mich langweile.[2] (Ruf: *Uns* langweile!) Gut, *uns*. Ich habe für mich und *mehrere* gesprochen, und der Umstand, daß wir heute durch eine nachträgliche Bemerkung gelangweilt werden, hebt diese Bemerkung nicht auf.

Herr *Tüshaus*, Referent der Zentralabteilung in der posenschen Kommissionsfrage, stattet Bericht ab. Die Zentralabteilung trägt darauf an, daß die Kommission ernannt werde, um alle auf die Posener Angelegenheit bezüglichen Fragen zu untersuchen, und läßt die Frage offen, welche Mittel die Kommission zu diesem Zweck zu ihrer Verfügung haben soll.

Die Herren Wolff, Müller, Reichensperger II und Sommer haben Amendements gestellt, die sämtlich unterstützt werden und zur Diskussion kommen.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 182 – [2] siehe vorl. Band, S. 178/179

Herr *Tüshaus* fügt seinem Bericht noch einige Bemerkungen hinzu, in denen er sich gegen die Kommission ausspricht. Die Wahrheit liege wie immer auch diesmal offenbar in der Mitte, und man werde nach langen und widersprechenden Berichten nur zu dem Resultate kommen, daß von beiden Seiten Unrecht geschehen sei. Damit sei man gerade so weit wie jetzt. Man solle sich wenigstens erst von der Regierung einen detaillierten Bericht geben lassen und daraufhin das Weitere beschließen.

Wie kommt die Zentralabteilung dazu, einen Berichterstatter zu wählen, der gegen seinen eignen Bericht das Wort ergreift?

Herr *Reuter* entwickelt die Gründe, die ihn veranlaßten, den Antrag zur Ernennung der Kommission zu stellen. Er bemerkt schließlich, er habe keineswegs eine Anklage der Minister beabsichtigt; er als Jurist wisse zu gut, daß alle bisherige Verantwortlichkeit der Minister illusorisch sei, solange kein Gesetz über diesen Punkt existiere.

Herr *Reichensperger II* erhebt sich. Er beteuert seine enormen Sympathien für Polen, er hofft, daß der Tag nicht fern sein wird, wo die deutsche Nation den Enkeln Sobieskis eine alte Ehrenschuld abträgt. (Als ob diese Ehrenschuld nicht längst abgetragen sei durch acht Teilungen Polens, durch Schrapnells, Höllenstein und Stockprügel!) „Aber wir werden auch die ruhigste Besonnenheit behaupten müssen, damit die deutschen Interessen immerdar in erster Linie bleiben.“ (Die deutschen Interessen bestehen natürlich darin, daß man von dem Gebiet soviel behält wie möglich.) Und gegen eine Kommission zur Untersuchung des Tatbestandes ist Herr Reichensperger besonders: „Dies ist eine Frage, welche ausdrücklich[1] der *Geschichte* oder den Gerichten angehört.“ Hat Herr Reichensperger vergessen, daß er selbst in der Revolutionsdebatte erklärte, die Herren seien da, um *„Geschichte zu machen“*?[2] Er schließt mit einer juristischen Spitzfindigkeit über die Stellung der Abgeordneten. Wir kommen später auf die Kompetenzfrage zurück.

Jetzt aber erhebt sich der Herr *Bauer* aus Krotoschin, selbst ein Deutschpole, um die Interessen seiner Genossenschaft zu verteidigen.

„Ich hätte gern die Versammlung gebeten, einen Schleier vor die Vergangenheit zu ziehen und sich nur mit der Zukunft eines Volks zu beschäftigen, das unsere Teilnahme mit Recht in Anspruch nimmt.“

Wie rührend! Herr Bauer aus Krotoschin ist so sehr von Teilnahme an der Zukunft des polnischen Volks in Anspruch genommen, daß er über seine Vergangenheit, über die Barbareien der preußischen Soldateska, der Juden

[1] Im stenogr. Bericht: ausschließlich – [2] siehe vorl. Band, S. 75

und Deutschpolen „einen Schleier ziehen" möchte! Im Interesse der Polen selbst soll man die Sache fallenlassen!

„Was verspricht man sich von so betrübenden Erörterungen? Finden Sie die Deutschen schuldig, wollen Sie deshalb weniger für die Wahrung ihrer Nationalität, für die Sicherung ihrer Person und ihres Eigentums sorgen?"

In der Tat, eine großartige Offenherzigkeit! Herr Bauer aus Krotoschin gibt zu, daß die Deutschen möglicherweise unrecht haben könnten – aber wenn auch, die deutsche Nationalität muß doch auf Kosten der Polen unterstützt werden!

„Ich vermag nicht abzusehen, was das Aufwühlen des Schuttes der Vergangenheit Ersprießliches zutage fördern kann für eine befriedigende Lösung dieser schwierigen Fragen."

Allerdings nichts „Ersprießliches" für die Herren Deutschpolen und ihre wütigen Bundesgenossen. Darum sperren sie sich auch so sehr dagegen.

Herr Bauer sucht dann die Versammlung zu intimidieren: Durch eine solche Kommission werde von neuem der Feuerbrand in die Gemüter geworfen, von neuem der Fanatismus angeregt, und von neuem könne ein blutiger Zusammenstoß entstehen. Diese menschenfreundlichen Rücksichten verhindern Herrn Bauer, für die Kommission zu stimmen. Aber damit es nicht scheine, seine Kommittenten hätten die Kommission zu fürchten, kann er auch nicht dagegen stimmen. Aus Rücksicht für die Polen ist er *gegen*, aus Rücksicht für die Deutschen ist er *für* die Kommission, und um in diesem Dilemma seine ganze Unparteilichkeit zu bewahren, stimmt er gar nicht.

Ein anderer Abgeordneter aus Posen, *Bußmann* von Gnesen, sieht seine bloße Gegenwart als einen Beweis an, daß in Posen auch Deutsche wohnen. Er will statistisch beweisen, daß in seiner Gegend „ganze Massen Deutsche" wohnen. (Unterbrechung.) Das Vermögen vollends sei zu mehr als zwei Drittel in den Händen der Deutschen.

„Dagegen glaube ich den Beweis zu liefern, daß wir Preußen Polen nicht bloß 1815 *durch unsere Waffen erobert* haben (!?!), sondern durch einen 33jährigen Frieden, durch unsere Intelligenz" (wovon diese Sitzung Proben bietet) „zum zweiten Male erobert haben. (Unterbrechung. Der Präsident fordert Herrn Bußmann auf, bei der Sache zu bleiben.) Gegen Reorganisation bin ich nicht; die vernünftigste Reorganisation wäre aber eine Gemeindeordnung mit Wahl der Beamten; diese und die Frankfurter Beschlüsse über Schutz aller Nationalitäten[183] würde den Polen alle Garantien bieten. Gegen die Demarkationslinie bin ich aber sehr. (Unterbrechung. Nochmalige Zurechtweisung.) Wenn ich denn bei der Sache bleiben soll, so bin ich gegen die Kommission, weil sie nutzlos und aufregend ist; übrigens fürchte ich sie nicht,

sondern werde für die Kommission sein, wenn es darauf ankomme ... (Unterbrechung: Er spricht also dafür!) Nein, ich spreche dagegen ... Meine Herren, um wenigstens die Gründe, weshalb der Aufruhr entstanden, zu begreifen, will ich Ihnen mit kurzen Worten ...“ (Unterbrechung. Widerspruch.)

Cieszkowski: Nicht unterbrechen! Ausreden lassen!

Präsident: Ich bitte den Redner abermals, streng bei der Frage zu bleiben.

Bußmann: „Ich habe mich gegen die Kommission darüber ausgesprochen und habe weiter nichts zu sagen!“

Mit diesen wütenden Worten verläßt der entrüstete deutschpolnische Herr Rittergutsbesitzer die Tribüne und eilt unter dem schallenden Gelächter der Versammlung seinem Platze zu.

Herr *Heyne*, Abgeordneter des Bromberger Kreises, sucht die Ehre seiner Landsleute zu retten, indem er für die Kommission stimmt. Er kann sich indes auch nicht enthalten, den Polen Arglist, Betrug usw. vorzuwerfen.

Herr *Baumstark*, ebenfalls ein Deutschpole, ist wieder gegen die Kommission. Die Gründe sind immer die alten.

Die Polen enthalten sich der Diskussion. Nur Pokrzywnicki spricht für die Kommission. Es ist bekannt, daß gerade die Polen von jeher auf Untersuchung drangen, während es sich jetzt herausstellt, daß die Deutschpolen mit einer Ausnahme alle dagegen protestieren.

Herr *Pohle* ist so wenig Pole, daß er ganz Posen zu Deutschland rechnete und die Grenze zwischen Deutschland und Polen für eine „durch Deutschland gezogene Scheidewand“ erklärte!

Die Verteidiger der Kommission sprachen im allgemeinen breit und mit wenig Schärfe. Wie bei ihren Gegnern, kamen auch bei ihnen Wiederholungen über Wiederholungen vor. Ihre Argumente waren meist feindlich trivialer Natur und weit weniger unterhaltend als die interessierten Beteuerungen der Deutschpolen.

Auf die Stellung der Minister, Beamten in dieser Frage sowie auf die vielberühmte Kompetenzfrage kommen wir morgen zurück.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die Ministerkrisis

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr.40 vom 10. Juli 1848]

* *Köln*, 9. Juli. Das Ministerium *Hansemann*[98] schiebt mit großer Zähigkeit seine Auflösung einige Tage hinaus. Der Minister der Finanzen namentlich scheint zu patriotisch, um ungeübten Händen die Verwaltung des Staatsschatzes überlassen zu wollen. Parlamentarisch zu sprechen, war das Ministerium aufgelöst, und dennoch existiert es faktisch noch fort. Zu Sanssouci scheint der Versuch einer Lebensverlängerung noch einmal beschlossen worden zu sein. Die Vereinbarungsversammlung selbst, jeden Augenblick auf dem Sprung, dem Ministerium die Todeswunde beizubringen, fährt den folgenden Augenblick wieder zusammen, erschrickt vor ihren eigenen Gelüsten, und die Majorität scheint zu ahnen, daß, wenn das Ministerium Hansemann noch nicht das Ministerium nach ihrem Herzen, ein Ministerium nach ihrem Herzen zugleich das Ministerium der Krise und der Entscheidung ist. Daher ihre Schwankungen, ihre Inkonsequenzen, ihre mutwilligen Ausfälle, ihr plötzliches Umschlagen zur Reue. Und das *Ministerium der Tat* akzeptiert ein so geliehenes, jeden Augenblick in Frage gestelltes, gedemütigtes, von den Almosen der Schwäche zehrendes Leben mit unerschütterlichem, fast zynischem Gleichmut.

Duchâtel! Duchâtel! Der unvermeidliche, nur mühsam für einige Tage verschleppte Untergang dieses Ministeriums wird so unrühmlich sein wie seine Existenz. Einen weitern Beitrag zur Beurteilung dieser Existenz wird dem Leser die Berliner ‡‡-Korrespondenz unsrer heutigen Nummer bringen. Mit einem Wort können wir die Vereinbarungssitzung vom 7. Juli[1] schildern. Die Versammlung hänselt das Ministerium Hansemann, sie macht sich das Vergnügen, ihm halbe Niederlagen beizubringen, es beugt halb schmunzelnd, halb grollend sein Haupt, aber beim Abschied ruft die hohe Versammlung ihm nach: *„Nichts für ungut!"* und das stoische Triumvirat *Hansemann-Kühlwetter-Milde* murmelt zurück: Pas si bête! Pas si bête![2]

Geschrieben von Karl Marx.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 206–212 und 216–221 – [2] So dumm (sind wir nicht)!

Vereinbarungssitzung vom 4. Juli

(Zweiter Artikel)

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 41 vom 11. Juli 1848]

** *Köln,* 9. Juli. Welch ein dringend notwendiger Akt der Gerechtigkeit gegen die Polen die Ernennung einer Untersuchungskommission mit unbedingter Vollmacht ist, geht aus dem Bericht hervor, den wir seit drei Tagen angefangen haben, nach authentischen Aktenstücken zu geben.[184]

Die altpreußischen Beamten, schon von vornherein in einer feindlichen Stellung gegen die Polen, sahen sich durch die Reorganisationsverheißungen in ihrer Existenz bedroht. Der kleinste Akt der Gerechtigkeit gegen die Polen brachte ihnen Gefahr. Daher die fanatische Wut, womit sie, unterstützt von der losgelassenen Soldateska, über die Polen herfielen, die Konventionen brachen, die harmlosesten Leute mißhandelten, die größten Schändlichkeiten durchgehen ließen oder sanktionierten, nur um die Polen zu einem Kampfe zu zwingen, in dem ihre Erdrückung durch die kolossalste Übermacht gewiß war.

Das Ministerium Camphausen, nicht nur schwach, ratlos, schlecht berichtet, sondern sogar *absichtlich,* aus Prinzip untätig, ließ alles gehen, wie es ging. Die schauderhaftesten Barbareien geschahen, und Herr Camphausen rührte sich nicht.

Welche Berichte liegen jetzt vor über den posenschen Bürgerkrieg[52]?

Hier die parteiischen, interessierten Berichte der Urheber des Kriegs, der Beamten, der Offiziere, und die auf beide gestützten Data, die das Ministerium geben kann. Das Ministerium ist ebenfalls *selbst* Partei, solange Herr Hansemann darin sitzt. Diese Aktenstücke sind parteiisch, aber sie sind *offiziell.*

Dort die von den Polen gesammelten Tatsachen, ihre Klagschriften ans Ministerium, namentlich die Briefe des Erzbischofs Przyluski an die Minister[185]. Diese Aktenstücke haben meist keinen offiziellen Charakter, ihre Verfasser erbieten sich aber zum Beweise der Wahrheit.

Die beiden Klassen von Berichten widersprechen einander total, und die Kommission soll untersuchen, welche Seite recht hat.

Sie kann – wenige Ausnahmsfälle abgerechnet – dies nur dadurch tun, daß sie sich an Ort und Stelle begibt und durch Zeugenverhör wenigstens die wichtigsten Punkte ins klare bringt. Wird ihr dies untersagt, so ist ihre ganze Tätigkeit illusorisch, so mag sie eine gewisse historisch-philologische Kritik üben, den einen oder den andern Bericht für glaubwürdiger erklären, aber entscheiden kann sie nicht.

Die ganze Bedeutung der Kommission hängt also von der Befugnis ab, Zeugen zu verhören, und daher der Eifer sämtlicher Polenfresser in der Versammlung, sie durch allerlei tiefsinnige und spitzfindige Gründe zu beseitigen, daher der Staatsstreich am Schluß der Sitzung.

Der Abgeordnete *Bloem* sagte in der Debatte des 4. [Juli][25]:

„Heißt es Wahrheit erforschen, wenn man, wie einige Amendements wollen, aus den Regierungsvorlagen die Wahrheit schöpfen will? Wahrlich mitnichten! Woraus sind die Regierungsvorlagen entstanden? Aus den Berichten der Beamten größtenteils. Woraus sind die Beamten hervorgegangen? Aus dem alten System. Sind diese Beamten verschwunden, hat man aus neuer, volkstümlicher Wahl neue Landräte eingesetzt? Keineswegs. Werden wir von den Beamten über die wahre Stimmung unterrichtet? Die alten Beamten berichten noch heute wie früher. Es ist also klar, die bloße Einsicht der Ministerialakten wird uns zu nichts führen."

Der Abgeordnete *Richter* geht noch weiter. Er sieht in dem Benehmen der Posener Beamten nur die äußerste, aber notwendige Folge der Beibehaltung des alten Verwaltungssystems und der alten Beamten überhaupt. Ähnliche Konflikte zwischen der Amtspflicht und dem Interesse der alten Beamten können alle Tage auch in andern Provinzen vorkommen.

„Wir haben seit der Revolution ein anderes Ministerium und sogar ein zweites erhalten; aber das Ministerium ist ja nur die Seele, es hat überall gleichmäßig zu organisieren. Dagegen in den Provinzen ist überall die alte Organisation der Verwaltung dieselbe geblieben. Wollen Sie ein anderes Bild haben? Man gießt nicht den neuen Wein in alte verrottete Schläuche. Auf diese Art haben wir im Großherzogtum die furchtbarsten Klagen. Sollten wir nicht schon *deswegen* eine Kommission niedersetzen, daß man sehe, wie sehr es nötig ist, in andern Provinzen ebensogut wie in Posen, die alte Organisation durch eine neue zu ersetzen, die für Zeit und Umstände paßt?"

Der Abgeordnete *Richter* hat recht. Nach einer Revolution ist eine Erneuerung sämtlicher Zivil- und Militärbeamten sowie eines Teils der gerichtlichen, und besonders der *Parquets*, die erste Notwendigkeit. Sonst scheitern die besten Maßregeln der Zentralgewalt an der Widerhaarigkeit der Subalternen. Die Schwäche der französischen provisorischen Regierung, die

Schwäche des Ministeriums Camphausen haben in dieser Beziehung bittere Früchte getragen.

In Preußen aber, wo eine seit vierzig Jahren vollständig organisierte bürokratische Hierarchie in der Verwaltung und im Militär mit absoluter Gewalt geherrscht hat, in Preußen, wo gerade diese Bürokratie der Hauptfeind war, den man am 19. März besiegt hatte, hier war die vollständige Erneuerung der Zivil- und Militärbeamten noch unendlich dringender. Aber das Ministerium der Vermittlung hatte natürlich nicht den Beruf, revolutionäre Notwendigkeiten durchzuführen. Es hatte eingestandnermaßen den Beruf, gar nichts zu tun, und ließ daher seinen alten Gegnern, den Bürokraten, einstweilen die wirkliche Macht in den Händen. Es „vermittelte" die alte Bürokratie mit den neuen Zuständen; dafür „vermittelte" die Bürokratie ihm den posenschen Bürgerkrieg und die Verantwortlichkeit für Grausamkeiten, wie sie seit dem Dreißigjährigen Kriege nicht mehr vorgekommen waren.

Das Ministerium Hansemann, Erbe des Ministeriums Camphausen, hatte sämtliche Aktiva und Passiva seines Erblassers übernehmen müssen, also nicht nur die Majorität in der Kammer, sondern auch die posenschen Ereignisse und die posenschen Beamten. Das Ministerium war also direkt interessiert, die Untersuchung durch die Kommission so illusorisch wie möglich zu machen. Die Redner der ministeriellen Majorität, und namentlich die Juristen, wandten ihren ganzen Vorrat von Kasuistik und Spitzfindigkeit an, um einen tiefsinnigen, prinzipiellen Grund zu entdecken, weshalb die Kommission keine Zeugen verhören dürfe. Es würde zu weit führen, wollten wir uns hier auf die Bewunderung der Jurisprudenz eines Reichensperger usw. einlassen. Wir müssen uns darauf beschränken, die gründliche Erörterung des Herrn Ministers *Kühlwetter* ans Tageslicht hervorzuziehen.

Herr *Kühlwetter*, die materielle Frage gänzlich beiseite lassend, beginnt mit der Erklärung, wie äußerst angenehm es dem Ministerium sein werde, wenn solche Kommissionen ihm in Erfüllung seiner schweren Aufgabe durch Aufklärungen etc. zur Hand gingen. Ja, hätte Herr Reuter nicht den glücklichen Einfall gehabt, eine solche Kommission vorzuschlagen[1], so würde Herr Kühlwetter unbedingt selbst darauf gedrungen haben. Man möge der Kommission nur recht weitläuftige Aufträge geben (damit sie nie fertig werde), er sei damit einverstanden, daß eine ängstliche Abwägung durchaus nicht erforderlich sei. Sie möge die ganze Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Provinz Posen in den Bereich ihrer Wirksamkeit ziehen; sofern es sich nur um Aufklärungen handle, werde das Ministerium die Kompetenz der Kommis-

[1] Siehe vorl. Band, S. 48-52

sion nicht ängstlich prüfen. Freilich könne man zu weit gehen, doch überlasse er es der Weisheit der Kommission, ob sie z.B. auch die Frage wegen Absetzung der posenschen Beamten in ihren Bereich ziehen wolle.

Soweit die einleitenden Konzessionen des Herrn Ministers, die, mit einigen biedermännischen Deklamationen verbrämt, sich mehrerer lebhaften Bravos zu erfreuen hatten. Jetzt folgen die *Aber*.

„Wenn *aber* bemerkt worden ist, daß die Berichte über Posen unmöglich ein richtiges Licht verbreiten könnten, weil es nur *Beamte* seien, und zwar Beamte aus der alten Zeit, halte ich es für meine Pflicht, einen ehrenwerten Stand in Schutz zu nehmen. Ist es wahr, daß einzelne Beamte ihrer Pflicht nicht getreu gewesen sind, so ahnde man dies an den einzelnen Pflichtvergessenen, aber der *Stand* der Beamten darf niemals herabgewürdigt werden, weil einzelne Glieder desselben ihre Pflicht verletzt haben."

Wie kühn Herr Kühlwetter auftritt! Allerdings haben einzelne Pflichtverletzungen stattgefunden, aber im ganzen haben die Beamten ihre Pflicht in ehrenwerter Weise getan.

Und in der Tat, die Masse der posenschen Beamten *hat* ihre „Pflicht" getan, ihre „Pflicht gegen ihren Diensteid", gegen das ganze altpreußische System der Bürokratie, gegen ihr eignes, mit dieser Pflicht zusammenfallendes Interesse. Sie haben ihre Pflicht erfüllt, indem ihnen jedes Mittel gut war, um den 19. März in Posen zu vernichten. Und gerade deswegen, Herr Kühlwetter, ist es Ihre „Pflicht", diese Beamten in Masse abzusetzen!

Aber Herr Kühlwetter spricht von der durch die vorrevolutionären Gesetze bestimmten Pflicht, da wo es sich von einer ganz andern Pflicht handelt, die nach jeder Revolution eintritt und die darin besteht, die veränderten Verhältnisse richtig aufzufassen und ihre Entwicklung zu befördern. Und den Beamten zumuten, sie sollen den bürokratischen Standpunkt mit dem konstitutionellen vertauschen, sie sollen sich ebensogut wie die neuen Minister auf den Boden der Revolution stellen, das heißt nach Herrn Kühlwetter einen ehrenwerten Stand herabwürdigen!

Auch den Vorwurf, es seien Parteihäupter begünstigt und Verbrechen ungestraft geblieben, weist Herr Kühlwetter in dieser Allgemeinheit zurück. Man soll einzelne Fälle angeben.

Behauptet Herr Kühlwetter etwa alles Ernstes, auch nur ein kleiner Teil der Brutalitäten und Grausamkeiten sei bestraft worden, die die preußische Soldateska verübt, die die Beamten zugelassen und unterstützt, denen die Deutschpolen und Juden Beifall zugejubelt haben? Herr Kühlwetter sagt, er habe bisher das kolossale Material noch nicht von allen Seiten prüfen können. In der Tat, er scheint es höchstens nach einer Seite hin geprüft zu haben.

Jetzt aber kommt Herr Kühlwetter zu der „schwierigsten und bedenklichsten Frage", nämlich der, in welchen *Formen* die Kommission verhandeln solle. Herr Kühlwetter hätte diese Frage gründlicher diskutiert gewünscht, denn „es liegt in dieser Frage, wie mit Recht bemerkt worden, eine Prinzipienfrage, die Frage des droit d'enquête[1]".

Herr Kühlwetter beglückt uns nun mit einer längeren Entwicklung über die Teilung der Gewalten im Staat, die gewiß manches Neue für die oberschlesischen und pommerschen Bauern in der Versammlung enthielt. Es macht einen merkwürdigen Eindruck, im Jahre des Heils 1848 einen preußischen Minister, und noch dazu einen „Minister der Tat", auf der Tribüne mit feierlichem Ernst den Montesquieu auslegen zu hören.

Die Teilung der Gewalten, die Herr Kühlwetter und andre große Staatsphilosophen als ein heiliges und unverletzliches Prinzip mit der tiefsten Ehrfurcht betrachten, ist im Grunde nichts anders als die profane industrielle Teilung der Arbeit, zur Vereinfachung und Kontrolle angewandt auf den Staatsmechanismus. Sie wird wie alle andern heiligen, ewigen und unverletzlichen Prinzipien nur soweit angewandt, als sie gerade den bestehenden Verhältnissen zusagt. So laufen in der konstitutionellen Monarchie z.B. die gesetzgebende und vollziehende Gewalt in der Person des Fürsten durcheinander; ferner in den Kammern die gesetzgebende Gewalt mit der Kontrolle über die vollziehende usw. Diese unentbehrlichen Beschränkungen der Teilung der Arbeit im Staat drücken nun Staatsweise von der Force eines „Ministers der Tat" folgendermaßen aus:

> „Die gesetzgebende Gewalt, soweit dieselbe durch die Volksrepräsentation ausgeübt wird, hat ihre eigenen Organe; die vollziehende Gewalt hat ihre eignen Organe und nicht minder die richterliche Gewalt. Es ist *daher* (!) nicht zulässig, daß die eine Gewalt direkt die Organe der andern Gewalt in Anspruch nehme, es sei denn, daß es ihr *durch ein besonderes Gesetz* übertragen werde."

Die Abweichung von der Teilung der Gewalten ist nicht zulässig, „es sei denn, daß sie durch ein besondres Gesetz" vorgeschrieben sei! Und umgekehrt, die Anwendung der vorgeschriebenen Teilung der Gewalten ist ebenfalls nicht zulässig, „es sei denn, daß sie durch besondere Gesetze" vorgeschrieben sei! Welcher Tiefsinn! Welche Aufschlüsse!

Von dem Fall einer Revolution, wo die Teilung der Gewalten ohne „ein besonderes Gesetz" aufhört, spricht Herr Kühlwetter gar nicht.

Herr Kühlwetter ergeht sich nun in eine Erörterung darüber, daß die Vollmacht für die Kommission, Zeugen eidlich zu vernehmen, Beamte zu

[1] Rechtes der Untersuchung

requirieren usw., kurz, mit *eignen Augen* zu sehen, ein Eingriff in die Teilung der Gewalten sei und durch ein besonderes Gesetz festgestellt werden müsse. Als Beispiel wird die belgische Konstitution beigebracht, deren Artikel 40 das droit d'enquête den Kammern ausdrücklich gibt.

Aber, Herr Kühlwetter, besteht denn in Preußen gesetzlich und tatsächlich eine Teilung der Gewalten in dem Sinn, in welchem Sie das Wort verstehen, in konstitutionellem Sinn? Ist die existierende Teilung der Gewalten nicht die beschränkte, zugestutzte, die der *absoluten*, der bürokratischen Monarchie entspricht? Wie kann man also konstitutionelle Phrasen auf sie anwenden, ehe sie konstitutionell reformiert ist? Wie können die Preußen einen Artikel 40 der Konstitution haben, solange diese Konstitution selbst noch gar nicht existiert?

Resümieren wir. Nach Herrn Kühlwetter ist die Ernennung einer Kommission mit unbeschränkter Vollmacht ein Eingriff in die konstitutionelle Teilung der Gewalten. Die konstitutionelle Teilung der Gewalten besteht in Preußen noch gar nicht; man kann also auch keinen Eingriff in sie tun.

Aber sie soll eingeführt werden, und während des revolutionären Provisoriums, in dem wir leben, muß sie nach der Ansicht des Herrn Kühlwetter als *schon bestehend* vorausgesetzt werden. Hätte Herr Kühlwetter recht, so müßten doch wahrlich auch die konstitutionellen *Ausnahmen* als bestehend vorausgesetzt werden! Und zu diesen konstitutionellen Ausnahmen gehört ja gerade das Untersuchungsrecht der gesetzgebenden Körper!

Aber Herr Kühlwetter hat keineswegs recht. Im Gegenteil: Das revolutionäre Provisorium besteht gerade darin, daß die Teilung der Gewalten provisorisch *aufgehoben* ist, daß die gesetzgebende Behörde die Exekutivgewalt oder die Exekutivbehörde die gesetzgebende Gewalt momentan an sich reißt. Ob die revolutionäre Diktatur (sie ist eine Diktatur, mag sie noch so schlaff geübt werden) sich in den Händen der Krone oder einer Versammlung oder beider zusammen befindet, ist ganz gleichgültig. Will Herr Kühlwetter Beispiele aller drei Fälle, die französische Geschichte seit 1789 liefert die Menge.

Das Provisorium, an das Herr Kühlwetter appelliert, beweist gerade gegen ihn. Es gibt der Versammlung noch ganz andere Attribute als das bloße Untersuchungsrecht – es gibt ihr sogar das Recht, sich nötigenfalls in einen *Gerichtshof* zu verwandeln und ohne Gesetze zu verurteilen!

Hätte Herr Kühlwetter diese Konsequenzen vorausgesehen, er wäre vielleicht etwas vorsichtiger mit der „Anerkennung der Revolution" umgegangen.

Aber er beruhige sich:

> Deutschland, die fromme Kinderstube,
> Ist keine römische Mördergrube,[186]

und die Herren Vereinbarer mögen sitzen, solange sie wollen, sie werden nie ein „langes Parlament"[187] werden.

Wenn wir übrigens den Amtsdoktrinär des Ministeriums der Tat mit seinem Vorgänger in der Doktrin, Herrn Camphausen, vergleichen, so finden wir doch einen bedeutenden Abstand. Herr Camphausen besaß jedenfalls unendlich mehr Originalität; er streifte an Guizot, aber Herr Kühlwetter erreicht nicht einmal den winzigen Lord John Russell.

Wir haben die staatsphilosophische Fülle der Kühlwetterschen Rede genugsam bewundert. Betrachten wir jetzt den Zweck, den eigentlichen praktischen Grund dieser bemoosten Weisheit, dieser ganzen Montesquieuschen Teilungstheorie.

Herr Kühlwetter kommt nämlich jetzt zu den Konsequenzen seiner Theorie. Das Ministerium ist ausnahmsweise geneigt, die Behörden anzuweisen, dasjenige auszuführen, was die Kommission für nötig findet. Nur dagegen muß es sich erklären, daß Aufträge an die Behörden direkt von der Kommission ausgehen; d.h. die Kommission, ohne direkte Verbindung mit den Behörden, ohne Macht über sie, kann sie nicht zwingen, ihr andere Auskunft zu schaffen, als die die Behörden zu geben für gut finden. Und dazu noch der schleppende Geschäftsgang, der endlose Instanzenzug! Ein hübsches Mittel, unter dem Vorwande der Teilung der Gewalten die Kommission illusorisch zu machen!

„Es kann die Absicht nicht sein, der Kommission die ganze Aufgabe zu übertragen, welche die Regierung hat."

Als ob jemand daran dächte, der Kommission das Recht zum *Regieren* zu geben!

„Die Regierung würde *neben* der Kommission zu ermitteln fortfahren müssen, welche Ursachen der Entzweiung in Posen zu Grunde gelegen" (eben daß sie schon so lange „ermittelt" und noch nichts *aus*gemittelt hat, ist Grund genug, sie jetzt ganz außer Frage zu lassen), „und dadurch, daß auf doppeltem Weg dieser Zweck verfolgt wird, dürfte Zeit und Mühe oft unnütz verwendet und dürften Kollisionen kaum zu vermeiden sein."

Nach den bisherigen Antezedentien würde die Kommission gewiß sehr viel „Zeit und Mühe unnütz verwenden", wenn sie sich auf Herrn Kühlwetters Vorschlag mit dem langwierigen Instanzenzuge einließ. Die Kollisionen sind auf diesem Wege ebenfalls viel leichter, als wenn die Kommission direkt

mit den Behörden verkehrt und sofort Mißverständnisse aufklären, bürokratische Trotzgelüste niederschlagen kann.

„Es scheint *daher* (!) in der Natur der Sache zu liegen, daß die Kommission im *Einverständnis* mit dem Ministerium und unter *steter Mitwirkung* desselben den Zweck zu erreichen suche."

Immer besser! Eine Kommission, die das Ministerium kontrollieren soll, im Einverständnis mit ihm und unter seiner steten Mitwirkung! Herr Kühlwetter geniert sich nicht, merken zu lassen, wie er es für wünschenswert hält, daß die Kommission unter seiner Kontrolle, nicht er unter der ihrigen stehe.

„Wollte dagegen die Kommission eine isolierte Stellung einnehmen, so müßte die Frage entstehen, ob da die Kommission die Verantwortlichkeit übernehmen will und kann, welche dem Ministerium obliegt. Mit ebensoviel Wahrheit als Geist ist bereits die Bemerkung gemacht worden, daß die Unverletzlichkeit der Deputierten mit dieser Verantwortlichkeit nicht vereinbarlich ist."

Es handelt sich nicht um Verwaltung, sondern bloß um Feststellung von Tatsachen. Die Kommission soll die Vollmacht erhalten, die dazu nötigen Mittel anzuwenden. Das ist alles. Daß sie sowohl wegen nachlässiger, wie wegen übertriebener Anwendung dieser Mittel der Versammlung verantwortlich ist, versteht sich von selbst.

Die ganze Sache hat mit ministerieller Verantwortlichkeit und Deputiertenunverantwortlichkeit ebensowenig [zu] tun wie mit „Wahrheit" und „Geist".

Genug, Herr Kühlwetter legte diese Vorschläge zur Lösung der Kollision unter dem Vorwand der Teilung der Gewalten den Vereinbarern ans Herz, ohne indes einen bestimmten Vorschlag zu machen. Das Ministerium der Tat fühlt sich auf unsicherm Boden.

Wir können auf die weitere Diskussion nicht eingehen. Die Abstimmungen sind bekannt: die Niederlage der Regierung bei der namentlichen Abstimmung, der Staatsstreich der Rechten, die eine bereits verworfene Frage nachträglich noch annahm.[176] Wir haben dies alles schon gegeben. Wir fügen nur hinzu, daß unter den Rheinländern, die *gegen* die unbedingte Vollmacht der Kommission stimmten, uns folgende Namen auffallen:

Arntz, Dr. jur. Bauerband, Frencken, Lensing, v. Loe, Reichensperger II, Simons und der letzte, aber nicht der geringste, unser Oberprokurator *Zweiffel*.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Gerichtliche Untersuchung gegen die „Neue Rheinische Zeitung"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr.41 vom 11.Juli 1848]

* *Köln*, 10.Juli. Gestern sind *elf* Setzer unserer Zeitung und Herr Clouth als Zeugen vorgeladen worden, um Dienstag, den 11.Juli, vor dem Instruktionsamt zu erscheinen. Es handelt sich immer noch darum, den Autor des angeschuldeten Artikels[1] auszumitteln. Wir erinnern uns, daß zur Zeit der alten *„Rheinischen Zeitung"*[188], zur Zeit der Zensur und des Ministeriums Arnim, als man den Einsender des famosen „Ehegesetzentwurfs"[189] auszumitteln wollte, weder zur Haussuchung noch zum Verhör der Setzer und des Druckereibesitzers geschritten wurde. Seit der Zeit haben wir allerdings eine Revolution erlebt, die das Unglück hat, von Herrn Hansemann anerkannt zu werden.

Wir müssen noch einmal auf die *„Entgegnung"* des Herrn Staatsprokurator *Hecker* vom 5.Juli zurückkommen.[2]

Herr Hecker straft uns in dieser Entgegnung *Lügen* in bezug auf die eine oder die andere ihm zugeschriebene Äußerung. Wir haben vielleicht jetzt die Mittel in der Hand, die Berichtigung zu berichtigen, aber wer bürgt uns dafür, daß in diesem ungleichen Kampf nicht abermals mit § 222 oder § 367 des Strafgesetzbuches[166] geantwortet wird?

Die *Entgegnung* des Herrn *Hecker* endet mit folgenden Worten:

„Die in dem Artikel" (d[e] d[ato] Köln, 4.Juli) „enthaltenen *Verleumdungen resp. Beleidigungen* gegen den Herrn Oberprokurator Zweiffel und die Gendarmen, welche die Verhaftung vollzogen haben, werden in der *gerichtlichen Untersuchung*, die deshalb eingeleitet werden wird, *ihre Würdigung* finden."

Ihre Würdigung! Haben *die schwarz-rot-goldnen* Farben in den unter dem Ministerium *Kamptz*[190] eingeleiteten „gerichtlichen Untersuchungen" ihre *„Würdigung"* gefunden?

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 166–168 – [2] siehe vorl. Band, S. 175

Schlagen wir das Strafgesetzbuch nach. Wir lesen § 367:

„Des Vergehens der Verleumdung ist schuldig, wer an öffentlichen Orten, oder in einer authentischen und öffentlichen Urkunde, oder in einer gedruckten oder ungedruckten Schrift, welche angeschlagen, verkauft oder ausgeteilt worden ist, irgend jemanden solcher Tatsachen beschuldigt, die, *wenn sie wahr wären,* denjenigen, dem sie Schuld gegeben werden, einer kriminal- oder zuchtpolizeilichen Verfolgung, oder auch nur der Verachtung oder dem Hasse der Bürger aussetzen würden."

§ 370: „Wird die den Gegenstand der Beschuldigung ausmachende Tatsache in *gesetzlicher* Art als wahr erwiesen, so ist der Urheber der Beschuldigung von aller Strafe frei. Als *gesetzlicher* Beweis wird nur derjenige angesehen, der aus einem *Urteile* oder aus irgendeiner andern *authentischen Urkunde* hervorgeht."

Zur Erläuterung dieses Paragraphen fügen wir noch § 368 hinzu:

„Demzufolge wird der Urheber der Beschuldigung zu seiner Verteidigung *nicht mit dem Gesuche gehört, den Beweis darüber aufzunehmen;* er kann ebensowenig als *Entschuldigungsgrund* anführen, daß die *Beweisstücke oder die Tatsache notorisch* oder daß die Beschuldigungen, die zu der Verfolgung Anlaß geben, aus fremden Blättern *oder sonstigen Druckschriften* abgeschrieben oder ausgezogen worden seien."[1]

Die Kaiserzeit mit ihrem ganzen raffinierten Despotismus leuchtet aus diesen Paragraphen heraus.

Dem *gewöhnlichen* Menschenverstande nach wird jemand *verleumdet,* wenn man ihn erdichteter Tatsachen bezichtigt; aber im *außergewöhnlichen* Verstand des Strafgesetzbuchs wird er verleumdet, wenn man ihm *wirkliche* Tatsachen vorwirft, Tatsachen, die *bewiesen* werden können, aber nur nicht auf eine *exzeptionelle* Art, nur nicht durch ein *Urteil,* durch eine *amtliche Urkunde.* Wundertätige Kraft der Urteile und amtlichen Urkunden! Nur *verurteilte,* nur *amtlich beurkundete* Tatsachen sind *wahre,* sind *wirkliche* Tatsachen. Hat je ein Gesetzbuch den gewöhnlichsten Menschenverstand ärger *verleumdet?* Hat je die Bürokratie eine ähnliche chinesische Mauer zwischen sich und der Öffentlichkeit aufgeworfen? Mit dem Schild dieses Paragraphen bedeckt, sind Beamte und Deputierte *unverletzlich* wie konstitutionelle Könige. *Begehen* mögen diese Herren so viele Tatsachen, „die sie dem Haß und der Verachtung der Bürger preisgeben", als sie für gut finden, aber ausgesprochen, geschrieben, gedruckt dürfen diese Tatsachen nicht werden unter Strafe des Verlustes der bürgerlichen Rechte, nebst obligater Gefängnis- und Geldstrafe. Es lebe die durch die §§ 367, 368, 370 gemilderte Preß- und Redefreiheit! Du wirst ungesetzlich eingesperrt. Die Presse denunziert die Ungesetzlichkeit. *Resultat:* Die Denunziation findet ihre „*Würdigung*" in einer

[1] Alle Hervorhebungen im Text des Strafgesetzbuches von Marx

„gerichtlichen Untersuchung" wegen „Verleumdung" des ehrwürdigen Beamten, der die Ungesetzlichkeit begangen hat, es sei denn, daß ein Wunder geschieht und über die Ungesetzlichkeit, die er heute begeht, schon gestern ein *Urteil* gefällt worden ist.

Kein Wunder, daß die rheinischen Juristen, und unter ihnen der *Volksrepräsentant Zweiffel*, gegen eine *Polenkommission* mit absoluter Vollmacht gestimmt! Von ihrem Standpunkt aus mußten die Polen wegen „*Verleumdung*" der Colomb, Steinäcker, Hirschfeld, Schleinitz, pommerscher Landwehrmänner und altpreußischer Gendarmen zur Entziehung ihrer bürgerlichen Rechte nebst obligater Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt werden. So wäre die eigentümliche Pazifizierung Posens rühmlichst gekrönt.

Und welcher Widerspruch, mit Bezugnahme auf diese §§ des Strafgesetzbuchs das Gerücht von der Drohung des Fertigwerdens mit „dem 19. März, den Klubs und der Preßfreiheit"[1] eine *Verleumdung* zu taufen! Als wäre nicht die Anwendung der §§ 367, 368, 370 des Strafgesetzbuchs auf politische Reden und Schriften die wirkliche definitive Abfertigung des 19. März und der Klubs und der Preßfreiheit! Was ist ein Klub ohne Redefreiheit? Und was ist die Redefreiheit mit §§ 367, 368, 370 des Strafgesetzbuchs? Und was ist der 19. März ohne Klubs und Redefreiheit? Rede- und Preßfreiheit durch die *Tat* unterdrücken, gibt es einen schlagendern Beweis, daß nur die *Verleumdung* von der *Absicht* dieser Tat fabeln konnte? Hütet euch, die gestern auf dem Gürzenich abgefaßte Adresse[191] zu unterschreiben. Das Parquet wird eure Adresse „*würdigen*", indem es eine „*gerichtliche Untersuchung*" einleitet wegen „*Verleumdung*" von *Hansemann-Auerswald*, oder dürfen nur die *Minister* ungestraft verleumdet werden, verleumdet im Sinn des französischen Strafgesetzbuchs, dieses in Lapidarstil ausgehauenen Kodex' der politischen Sklaverei? Besitzen wir verantwortliche Minister und unverantwortliche Gendarmen?

Nicht also der angeschuldigte Artikel kann seine *Würdigung* finden durch die Anwendung der Paragraphen über die „*Verleumdung im juristischen Sinn*", der Verleumdung im Sinne einer *despotischen*, den gesunden Menschenverstand empörenden *Fiktion*. Was darin seine Würdigung finden kann, das sind einzig und allein die Errungenschaften der Märzrevolution, das ist der Höhegrad, den die Kontrerevolution erreicht hat, das ist die Waghalsigkeit, womit die Bürokratie die Waffen, die sich noch im Arsenal der alten Gesetzgebung finden, gegen das neue politische Leben hervorholen und geltend machen darf. Diese Anwendung des Kalumnieartikels bei Angriffen auf

[1] Siehe vorl. Band, S. 168

Volksrepräsentanten, welch prächtiges Mittel, die Herrn der Kritik und die Presse der Jury zu entziehen?

Gehen wir von der Klage der *Verleumdung* über zur Klage der *Beleidigung.* Da begegnet uns § 222, der also lautet:

„Wenn eine oder mehre obrigkeitliche Personen aus dem Verwaltungs- oder gerichtlichen Fache *in der Ausübung ihrer Amtspflichten* oder *aus Veranlassung dieser Ausübung* irgendeine Beleidigung durch *Worte* erfahren, welche dahin zielen, ihre Ehre oder ihre Delikatesse anzugreifen, so wird derjenige, welcher sie auf diese Art beleidigt hat, mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft."

Herr *Zweiffel* funktionierte, als der Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschien, als *Volksrepräsentant zu Berlin* und keineswegs als *obrigkeitliche Person aus dem gerichtlichen Fach zu Köln.* Da er keine Amtsverrichtungen ausübte, war es tatsächlich unmöglich, ihn in Ausübung seiner Amtsverrichtungen oder aus Veranlassung dieser Ausübung zu beleidigen. Die Ehre und Delikatesse der Herren Gendarmen aber stände nur dann unter der Schutzwache dieses Artikels, wenn man sie *durch Worte* (par parole) beleidigt hätte. Wir haben aber *geschrieben* und nicht *gesprochen,* und par écrit[1] ist nicht par parole. Was bleibt also übrig? Die Moral, mit mehr Umsicht von dem letzten Gendarmen als von dem ersten Prinzen zu sprechen, und namentlich die höchst irritablen Herren vom Parquet nicht anzutasten sich zu erfrechen. Das Publikum machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß an verschiedenen Orten gleichzeitig, so zu Köln, zu Düsseldorf, zu Koblenz *dieselben* Verfolgungen begonnen haben. Sonderbare Methode des Zufalls!

Geschrieben von Karl Marx.

[1] durch Schriften

Die auswärtige deutsche Politik und die letzten Ereignisse zu Prag

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 42 vom 12. Juli 1848]

** *Köln*, 11. Juli. Trotz des patriotischen Geheuls und Getrommels fast der ganzen deutschen Presse hat die *„Neue Rheinische Zeitung"* vom ersten Augenblick an in Posen für die Polen, in Italien für die Italiener, in Böhmen für die Tschechen Partei ergriffen. Vom ersten Augenblick an durchschauten wir die machiavellistische Politik, welche, im Innern Deutschlands in den Grundfesten erschwankend, die demokratische Energie zu lähmen, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, der revolutionären Glutlava einen Abzugskanal zu graben, die Waffe der innern Unterdrückung zu schmieden suchte, indem sie einen engherzigen, dem kosmopolitischen Charakter des Deutschen widerstrebenden *Stammhaß* heraufbeschwor und in Stammkriegen von unerhörtem Greuel, von namenloser Barbarei eine Soldateska heranbildete, wie der Dreißigjährige Krieg sie kaum aufzuweisen hat.

In demselben Augenblick, wo die Deutschen um die innere Freiheit mit ihren Regierungen ringen, sie unter dem Kommando derselben Regierungen einen Kreuzzug gegen die Freiheit Polens, Böhmens, Italiens unternehmen lassen, welche Tiefe der Kombination! Welch geschichtliches Paradoxon! In revolutionärer Gärung begriffen, macht sich Deutschland nach außen Luft in einem *Krieg der Restauration*, in einem Feldzug *für* die Befestigung der alten Macht, *gegen* die es eben revolutioniert. Nur der *Krieg mit Rußland*[106] ist ein Krieg des *revolutionären Deutschlands*, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie einem die Ketten langer, träger Sklaverei abschüttelnden Volke geziemt, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkauft und sich nach innen frei macht, indem es nach außen befreit. Je mehr das Tageslicht der Öffentlichkeit die jüngsten Ereignisse in scharfen Umrissen hervortreten läßt, desto mehr besiegeln Tat-

sachen unsere Auffassung der Stammkriege, womit Deutschland seine neue Ära verunehrt hat. Als Beitrag zu solcher Aufklärung lassen wir nachstehenden, obschon verspäteten Bericht von einem *Deutschen* in Prag folgen:

Prag, 24. Juni 1848 (Verspätet)

Die „Deutsche Allg[emeine] Z[ei]t[un]g" vom 22. d. [Mts.] enthält einen Artikel über die am 18. d. [Mts.] in Aussig abgehaltene Deutschenversammlung, in welcher Reden gehalten worden sind, die eine solche Unkenntnis unserer letzten Vorfälle und teilweise, um gelind zu sprechen, eine solche Bereitwilligkeit zeigen, unsere unabhängige Presse mit schmählichen Vorwürfen zu überhäufen, daß es [der] Referent für seine Pflicht hält, diese Irrtümer soviel als jetzt möglich aufzuklären und den Unbesonnenen und Böswilligen mit der Festigkeit der Wahrheit entgegenzutreten. Es ist überraschend, wenn Männer wie „der Gründer des Vereins zur Wahrung der deutschen Interessen im Osten" vor einer ganzen Versammlung aussprechen: „Solange der Kampf in Prag währt, kann von einer Verzeihung nicht die Rede sein, und wird uns der Sieg, so muß er künftig benutzt werden." Welcher Sieg ist denn den Deutschen, welche Verschwörung ist denn vernichtet worden? Wer freilich dem Korrespondenten der „Deutschen Allg[emeinen]", der, wie es scheint, sich immer nur sehr oberflächlich unterrichtet, den pathetischen Phrasen eines „kleinen Polen- und Franzosenfressers" oder den Artikeln des perfiden „Frankfurter Journals" vertraut, das wie bei den Vorfällen in Baden Deutsche gegen Deutsche, so Deutsche gegen Böhmen aufzuhetzen sucht, der wird nie einen klaren Blick in die hiesigen Verhältnisse tun. Es scheint in Deutschland überall die Meinung zu herrschen, daß der Kampf in den Straßen Prags nur auf die Unterdrückung des deutschen Elements und auf Gründung einer slawischen Republik abgesehen gewesen sei. Vom letztern wollen wir nicht sprechen, denn die Idee ist zu naiv; was das erstere aber anbelangt, so war bei den Kämpfen auf den Barrikaden nicht die geringste Spur einer Rivalität der Nationalitäten bemerkbar; Deutsche und Tschechen standen zusammen zur Verteidigung bereit, und ich selbst habe öfters einen Redner, der tschechisch sprach, das Gesagte deutsch zu wiederholen aufgefordert, welches denn auch allemal ohne die geringste Bemerkung geschah. Man hört einwerfen, daß der Ausbruch der Revolution um zwei Tage zu zeitig gekommen sei, allein, dann hätte demungeachtet doch schon eine gewisse Organisation da und wenigstens für Munition gesorgt sein müssen; allein, hiervon ebenfalls keine Spur. Die Barrikaden wuchsen aufs Geratewohl da aus der Erde, wo sich zehn bis zwölf Menschen zusammen befanden; übrigens hätte man unmöglich mehr aufwerfen können, denn die kleinsten Gassen waren drei- bis viermal verbarrikadiert. Die Munition wurde in den Straßen gegenseitig ausgetauscht und war nur im höchsten Grade spärlich da. Von Oberbefehl, von irgendeinem Kommando war gar keine Rede; die Verteidiger hielten sich da, wo angegriffen wurde, und schossen ohne Leitung, ohne Kommando aus den Häusern und Barrikaden. Wo sollte also bei solch einem ungeleiteten, unorganisierten Widerstande der Gedanke an eine Verschwörung Grund finden, wenn es nicht durch eine offizielle Erklärung und Veröffentlichung der Untersuchung geschähe; allein, die

Regierung scheint dieses nicht für angemessen zu finden, denn vom Schlosse aus verlautet nichts, was Prag über seine blutigen Junitage aufklären könnte. Die gefangenen Swornostmitglieder sind bis auf einige wieder freigelassen; andere Gefangene werden es ebenfalls, nur Graf Buquoy, Villány und einige andere sind noch in Haft, und eines schönen Morgens können wir vielleicht ein Plakat an Prags Mauern lesen, nach welchem alles auf einem Mißverständnisse beruht habe. Die Operationen des kommandierenden Generals lassen ebensowenig auf einen Schutz der Deutschen gegen die Tschechen hindeuten; denn anstatt alsdann die deutsche Bevölkerung durch Aufklärung der Sache an sich zu ziehen, die Barrikaden zu nehmen und den „treuen" Bewohnern der Stadt Leben und Eigentum zu schützen, räumt er die Altstadt, zieht auf das linke Moldauufer und schießt Tschechen und Deutsche zusammen, denn die Bomben und Kugeln, welche in die Altstadt flogen, konnten sich unmöglich bloß Tschechen heraussuchen, sondern rissen nieder, ohne auf die Kokarde zu sehen. Wo ist also vernünftigerweise auf eine slawische Verschwörung zu schließen, wenn die Regierung bis jetzt keine Aufklärung verschaffen kann oder will.

Der Bürger Dr. Göschen aus Leipzig hat eine Dankadresse an den Fürst v. Windischgrätz abgefaßt, welcher der General aber doch ja nicht zu viel Wichtigkeit als Ausdruck der Volksstimme beilegen möge. Der Bürger Göschen ist einer von den vorsichtigen Liberalen, die nach den Februartagen plötzlich liberal wurden; er ist der Antragsteller einer Vertrauensadresse an das sächsische Ministerium, das Wahlgesetz betreffend, während ganz Sachsen einen Schrei der Mißbilligung ausstieß, denn ein Sechstel seiner Bewohner, und gerade ein Teil der befähigteren Köpfe, verlor sein erstes bürgerliches Recht, sein Stimmrecht; er ist einer von denen, die sich im Deutschen Vereine entschieden gegen die Zulassung der deutschen Nichtsachsen zur Wahl in Sachsen aussprachen, und – hört, welche Doppelzüngigkeit! – kurze Zeit nachher dem Vereine der in Sachsen wohnenden nichtsächsischen deutschen Staatsbürger zur Wahl eines eigenen Deputierten nach Frankfurt seine ganze Mitwirkung im Namen seines Klubs zusagte; kurz, um ihn mit einem Worte zu charakterisieren, er ist der Gründer des Deutschen Vereins. Dieser Mann richtet eine Dankadresse an den österreichischen General und dankt ihm für den Schutz, den er dem gesamten deutschen Vaterlande habe angedeihen lassen. Ich glaube gezeigt zu haben, daß aus dem Geschehenen noch durchaus nicht erwiesen ist, inwiefern sich der Fürst v. Windischgrätz bis jetzt um das deutsche Vaterland verdient gemacht hat; der Ausgang der Untersuchung erst wird es zeigen. Wir wollen daher „den hohen Mut, die kühne Tatkraft, die feste Ausdauer" des Generals der Geschichte zur Beurteilung anheimstellen und hinsichtlich des Ausdrucks „niedriger Meuchelmord" in betreff des Todes der Fürstin nur erwähnen, daß es keineswegs bewiesen ist, daß jene Kugel für die Fürstin bestimmt gewesen ist, die die ungeteilteste Achtung ganz Prags besessen; ist es der Fall, so wird der Mörder seiner Strafe nicht entgehen, und der Schmerz des Fürsten ist gewiß nicht größer gewesen als der jener Mutter, welche ihre neunzehnjährige Tochter, auch ein unschuldiges Opfer, mit zerschmettertem Kopfe hintragen sah. Was den Ausdruck der Adresse „tapfere Scharen, die so mutvoll unter Ihrer Führung kämpften" betrifft, so bin ich gänzlich mit dem Bürger Göschen einverstanden, denn wenn er wie

ich gesehen hätte, mit welchem kriegerischen Ungestüm jene „tapferen Scharen" Montag mittag in der Zeltner Gasse auf die wehrlose Menge einstürmten, so würde er seine Ausdrücke viel zu schwach gefunden haben. Ich selbst muß es gestehen, so wehe es auch meiner militärischen Eitelkeit tut, daß ich mich, als friedfertiger Spaziergänger unter einer Gruppe Frauen und Kinder beim Tempel stehend, samt diesen von dreißig bis vierzig k. k. Grenadieren habe in die Flucht schlagen lassen und so komplett, daß ich meine ganze Bagage, d.h. meinen Hut, den Händen der Sieger überlassen mußte, denn ich fand es überflüssig zu erwarten, bis die hinter mir in den Haufen fallenden Schläge auch mich ereilten, habe aber doch zu bemerken Gelegenheit gehabt, daß sechs Stunden später an der Barrikade der Zeltner Gasse dieselben k. k. Grenadiere es für gut befanden, eine halbe Stunde lang mit Kartätschen und Sechspfündern auf die höchstens mit zwanzig Mann besetzte Barrikade zu schießen und dieselbe dann – doch nicht zu nehmen, bis sie gegen Mitternacht von den Verteidigern verlassen wurde. Zum Handgemenge ist es nicht gekommen, außer in einzelnen Fällen, wo die Übermacht auf seiten der Grenadiere war. Graben und neue Allee sind, den Verwüstungen der Häuser nach zu urteilen, größtenteils durch Artillerie gesäubert worden, und ich lasse es dahingestellt sein, ob es großer Todesverachtung bedarf, eine breite Straße von einem Hundert kaum bewaffneter Verteidiger mit Kartätschenschüssen zu reinigen.

Was nun die letzte Rede des Herrn Dr. Stradal aus Teplitz betrifft, nach welchem „die Prager Blätter zugunsten fremder Zwecke wirkten", also vermutlich russischer, so erkläre ich im Namen der unabhängigen Presse Prags diese Äußerung entweder für ein Übermaß von Unwissenheit oder eine infame Verleumdung, deren Absurdität aus der Haltung unserer Blätter hinlänglich sich erwiesen hat und erweisen wird. Prags freie Presse hat nie eine andere Tendenz als Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Böhmens und gleiche Berechtigung beider Nationalitäten verteidigt. Sie weiß aber sehr wohl, daß die deutsche Reaktion wie in Posen, wie in Italien, einen engherzigen Nationalismus heraufzubeschwören sucht, teils *um die Revolution im Innern Deutschlands zu unterdrücken*, teils um *die Soldateska zum Bürgerkrieg heranzubilden*.

Vereinbarungsdebatten vom 7. Juli

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 44 vom 14. Juli 1848]

** *Köln*, 12. Juli. Erst gestern abend spät ist uns der Bericht über die Vereinbarungssitzung vom 7. Juli zugekommen. Die stenographischen Berichte[25], die sonst immer nur 24 Stunden später als die brieflichen Berichte hier eintrafen, verspäten sich immer mehr, statt daß sie früher fertig werden sollten.

Wie leicht dieser Verschleppung abzuhelfen ist, geht aus der Schnelligkeit hervor, mit der französische und englische Blätter die Berichte ihrer gesetzgebenden Versammlungen bringen. Das englische Parlament sitzt oft bis vier Uhr morgens, und schon vier Stunden später bringt die *„Times"*[139] den stenographischen Bericht der Sitzung fertig gedruckt in alle Teile von London. Die französische Kammer eröffnete ihre Sitzungen selten vor ein Uhr, schloß zwischen fünf und sechs, und schon um sieben mußte der „Moniteur" einen Abzug der stenographierten Verhandlungen in sämtlichen Pariser Zeitungsbüros abliefern. Warum kann der wohllöbliche „Staats-Anzeiger"[26] nicht ebenso rasch fertig werden?

Gehn wir jetzt zur Sitzung vom 7. über, der Sitzung, worin das Ministerium Hansemann gehänselt wurde. Wir übergehn die gleich anfangs eingereichten Proteste, den d'Esterschen Antrag wegen Aufhebung des am 4. gegen Ende der Sitzung gefaßten Beschlusses[176] (dieser Antrag blieb auf der Tagesordnung stehn) und mehrere andre auf die Tagesordnung gesetzte Anträge. Wir beginnen gleich mit den Interpellationen und unangenehmen Anträgen, die heute auf das Ministerium regneten.

Zuerst trat Herr *Philipps* auf. Er interpellierte das Ministerium, welche Maßregeln zum Schutz unsrer Grenzen gegen Rußland getroffen worden sind?

Herr *Auerswald:* Ich halte diese Frage für nicht geeignet, in der Versammlung beantwortet zu werden.

Das glauben wir dem Herrn Auerswald herzlich gern. Die einzige Antwort, die er geben könnte, wäre: *gar keine*, oder wenn man genau sein will: die Verlegung mehrerer Regimenter von der russischen Grenze an den Rhein. Was uns nur wundert, ist, daß die Versammlung die kurzweilige Antwort des Herrn Auerswald, diesen Appell an das car tel est notre bon plaisir[192], so ohne weiteres mit etwas „Zischen" und etwas „Bravo" durchgehen läßt.

Herr *Borries* trägt an, daß die Klassensteuer der untersten Steuerstufe für das letzte Halbjahr 1848 erlassen und alle Zwangsmaßregeln zur Eintreibung der rückständigen Beträge des ersten Halbjahrs derselben Stufe sofort eingestellt werden.

Der Antrag geht in die Fachkommission.

Herr *Hansemann* erhebt sich und erklärt, daß solche Finanzsachen doch sehr gründlich beraten werden müßten. Man könne übrigens um so eher warten, als er in der nächsten Woche mehrere Finanzgesetze zur Beratung einbringen werde, worunter auch eins, was sich auf die Klassensteuer beziehe.

Herr *Krause* interpelliert den Finanzminister: ob es möglich sei, die Mahl-, Schlacht- und Klassensteuer bis Anfang 1849 mit der Einkommensteuer zu vertauschen?

Herr *Hansemann* muß abermals aufstehn und ärgerlich erklären, er habe schon einmal gesagt, daß er nächste Woche die Finanzgesetze einbringen werde.

Aber damit ist sein Leidenskelch noch nicht erschöpft. Jetzt erst erhebt sich Herr *Grebel* mit einem langen Antrage, von dem jedes Wort ein Stich durchs Herz des Herrn Hansemann sein mußte:

In Erwägung, daß zur Begründung der in Aussicht gestellten Zwangsanleihe die bloße Angabe keineswegs genüge, Schatz und Finanzen seien erschöpft;

in Erwägung, daß zur Diskussion der Zwangsanleihe selbst (gegen welche Herr Grebel protestiert, solange nicht eine alle Versprechungen erfüllende Verfassung festgesetzt ist) die Einsicht aller Bücher und Belege des Staatshaushalts nötig ist, trägt Herr Grebel an:

eine Kommission zu ernennen, die alle Bücher und Belege über die Verwaltung der Finanzen und des Schatzes von 1840 bis jetzt einsehen und darüber Bericht erstatten soll.

Noch schlimmer aber als der Antrag ist die Motivierung des Herrn Grebel. Er spricht von den vielen Gerüchten über Verschleuderung und widerrechtliche Verwendung des Staatsschatzes, die die öffentliche Meinung beunruhigen; er verlangt im Interesse des Volks zu wissen, wohin all das Geld gekommen sei, das es seit 30 Friedensjahren bezahlt; er erklärt, solange

diese Aufklärung nicht gegeben, könne die Versammlung keinen Groschen votieren. Die Zwangsanleihe hat enorme Sensation hervorgerufen, die Zwangsanleihe bricht den Stab über die ganze bisherige Finanzverwaltung, die Zwangsanleihe ist der vorletzte Schritt zum Staatsbankerott. Die Zwangsanleihe überraschte um so mehr, als wir gewohnt waren, stets zu hören, die Finanzlage sei ausgezeichnet und der Staatsschatz überhebe uns selbst im Falle eines bedeutenden Kriegs der Notwendigkeit einer Anleihe. Herr Hansemann selbst habe im Vereinigten Landtage berechnet, der Staatsschatz müsse wenigstens 30 Millionen betragen. Dies war auch zu erwarten, da nicht nur dieselben hohen Steuern wie in den Kriegsjahren fortgezahlt, sondern der Betrag der Steuern sich fortwährend vermehrte.

Da plötzlich kam die Nachricht von der beabsichtigten Zwangsanleihe, und mit ihr, mit dieser schmerzlichen Enttäuschung, sank das Vertrauen sofort auf Null herab.

Das einzige Mittel, das Vertrauen herzustellen, ist die sofortige rückhaltlose Darlegung der Finanzlage des Staats.

Herr Hansemann hat zwar gesucht, das Bittre seiner Mitteilung wegen der Zwangsanleihe durch einen humoristischen Vortrag zu versüßen; er mußte aber dennoch zugeben, daß durch eine Zwangsanleihe ein unangenehmer Eindruck hervorgerufen werde.

Herr *Hansemann* antwortet: Es versteht sich, daß das Ministerium, wenn es Geld verlangt, auch alle nötigen Aufklärungen darüber geben wird, wo die bisher eingezahlten Gelder geblieben sind. Man warte doch, bis die von mir bereits zweimal erwähnten Finanzgesetze vorgelegt werden. Was die Gerüchte angeht, so ist es nicht richtig, daß enorme Summen im Staatsschatz waren, daß sie in den letzten Jahren verringert wurden. Es ist natürlich, daß sich in den letzten Notjahren, in der jetzigen, mit beispielloser Geschäftsstockung verbundenen politischen Krisis, ein blühender Finanzzustand in einen bedenklichen verwandeln konnte. „Es ist gesagt worden, die Zwangsanleihe werde eine Vorläuferin des Staatsbankerotts sein. Nein, meine Herren, das *soll* sie nicht sein, sie *soll* im Gegenteil dazu dienen, daß der *Kredit sich belebe.*" (Sie *soll!* sie *soll!* als ob der Effekt der Zwangsanleihe auf den Kredit von den frommen Wünschen des Herrn Hansemann abhinge!) Wie ungegründet solche Besorgnisse sind, geht aus dem Steigen der Staatspapiere hervor. Warten Sie, meine Herren, die Finanzgesetze ab, die ich Ihnen hiermit zum viertenmal verspreche.

Also der Kredit des preußischen Staats ist so ruiniert, daß kein Kapitalist ihm gegen noch so wucherische Zinsen Geld vorschießen will, daß Herr Hansemann keinen andern Ausweg mehr sieht, als den letzten Notbehelf

bankrotter Staaten, die Zwangsanleihe – und dabei spricht Herr Hansemann von steigendem Staatskredit, weil die Fonds in demselben Maße, als man sich vom 18. März entfernt, mühsam zwei bis drei Prozent in die Höhe gekrochen sind! Und wie werden die Fonds erst purzeln, sobald mit der Zwangsanleihe erst Ernst gemacht wird!

Herr *Behnsch* dringt auf Ernennung der vorgeschlagenen Finanz-Untersuchungskommission.

Herr *Schramm:* Die Abhülfe der Not aus Staatsmitteln war nicht der Rede wert, und wenn die Freiheit *uns* Geld kostet, so hat sie bis jetzt der *Regierung* wenigstens nichts gekostet. Im Gegenteil hat die Regierung eher Geld dazu gegeben, daß die Freiheit nicht in ihr gegenwärtiges Stadium trete.

Herr *Mätze:* Zu dem, was wir wußten, daß im Staatsschatze nichts ist, erfahren wir jetzt noch, daß seit lange nichts mehr darin war. Diese Neuigkeit ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit der Ernennung einer Kommission.

Herr *Hansemann* muß sich wieder erheben: „Ich habe nie gesagt, daß im Staatsschatz nichts sei und nichts gewesen sei; ich erkläre vielmehr, daß in den letzten sechs bis sieben Jahren der Staatsschatz sich bedeutend vermehrt hat." (Man vergleiche des Herrn Hansemann Denkschrift an den Vereinigten Landtag und die Thronrede[193], und man wird jetzt erst recht nicht mehr wissen, woran man ist.)

Cieszkowski: Ich bin für den Grebelschen Antrag, weil Herr Hansemann uns immer Versprechungen gemacht hat und jedesmal, wenn Finanzsachen hier zur Sprache kommen, auf seine nächstens zu gebenden, aber nie eintreffenden Aufschlüsse verweist. Dies Zaudern ist um so unbegreiflicher, als Herr Hansemann jetzt doch schon über drei Monate Minister ist.

Herr *Milde*, Handelsminister, kommt endlich seinem bedrängten Kollegen zu Hülfe. Er fleht die Versammlung an, doch ja die Kommission nicht zu ernennen. Er verspricht die größte Offenheit von seiten des Ministeriums. Er beteuert, man solle die Lage der Sachen genau übersehn. Nur jetzt möge man die Regierung gewähren lassen, denn sie sei eben damit beschäftigt, das Staatsschiff aus den Schwierigkeiten herauszusteuern, in denen es sich gegenwärtig befindet. Die Versammlung werde gewiß dabei hülfreiche Hand leisten. (Bravo.)

Herr *Baumstark* versucht auch, Herrn Hansemann einigermaßen unter die Arme zu greifen. Aber einen schlimmeren und taktloseren Verteidiger konnte der Finanzminister nicht finden:

„Es wäre ein *schlechter* Finanzminister, der den Zustand der Finanzen verheimlichen wollte, und wenn ein Finanzminister sagt, er werde die nötigen Vorlagen machen, so müssen wir ihn entweder für einen *ehrlichen Mann* halten *oder für das*

Gegenteil(!!!). (Aufregung.) Meine Herren, ich habe niemand beleidigt, ich habe gesagt, wenn *ein*, nicht wenn *der* Finanzminister (!!!).“

Reichenbach: Wohin sind die schönen Tage der großen Debatten, der Prinzipien- und Kabinettsfragen? Damals wünschte Herr Hansemann nichts sehnlicher, als eine Lanze brechen zu können, und jetzt, wo die Gelegenheit dazu da ist und noch dazu in seinem eignen Fach, jetzt weicht er aus! In der Tat, die Minister versprechen immerfort und stellen Grundsätze auf, bloß zu dem Zweck, sie ein paar Stunden nachher schon nicht mehr zu halten. (Aufregung.)

Herr *Hansemann* wartet, ob sich ein Verteidiger für ihn erhebt. Aber da ist keiner, der für ihn aufträte. Endlich sieht er mit Schrecken, daß der Abgeordnete Baumstark sich erhebt, und damit dieser ihn nicht nochmals für einen „ehrlichen Mann“ erkläre, ergreift er rasch selbst das Wort.

Wir erwarten, daß der geplagte, mit Nadeln gestochene, von der ganzen Opposition gezerrte Löwe Duchâtel endlich in der ganzen Fülle seiner Kraft sich erheben, daß er seine Gegner niederschmettern, daß er, mit einem Wort, die *Kabinettsfrage* stellen wird? Ach, es ist nichts mehr zu sehen von der ursprünglichen Festigkeit und Keckheit, und die alte Größe ist dahingeschwunden, wie der Staatsschatz in den schweren Zeiten! Gebeugt, geknickt, verkannt steht der große Finanzier da; es ist so weit mit ihm gekommen, daß er sich auf *Gründe* einlassen muß! Und was für Gründe noch dazu!

„Jeder, der sich mit Finanzen und mit den darin vorkommenden vielen *Zahlen* (!!) beschäftigt hat, wird wissen, daß eine Erörterung über Finanzfragen nicht gelegentlich einer Interpellation gründlich erörtert werden kann, daß Steuerfragen so umfassend sind, daß darüber in gesetzgebenden Versammlungen“ (Herr Hansemann denkt an seine glänzenden Reden im weiland Vereinigten Landtag) „tage-, ja wochenlang diskutiert worden ist.“

Aber wer verlangt denn eine gründliche Diskussion? Man hat von Herrn Hansemann erstens eine Erklärung, ein einfaches Ja oder Nein, über Steuerfragen verlangt; man hat ferner seine Zustimmung zu einer Prüfungskommission für die bisherige Verwaltung des Staatsschatzes etc. verlangt; und man hat, als er beides verweigerte, auf den Kontrast zwischen seinen früheren Versprechungen und seiner jetzigen Zurückhaltung hingewiesen.

Und eben weil „Erörterungen über Finanzen und über die darin vorkommenden vielen Zahlen“ Zeit erfordern, eben deswegen soll die Kommission sofort ihre Arbeit beginnen!

„Wenn übrigens die Finanzsachen nicht früher vorgekommen sind, so hat es seinen guten Grund darin, daß ich geglaubt habe, es würde günstiger für die Lage des Landes

sein, wenn ich noch etwas wartete. Ich habe Hoffnung gehabt, daß die Ruhe des Landes und damit der Staatskredit sich etwas heben werde; ich wünsche, daß diese Hoffnung nicht zuschanden werde, und nach meiner Überzeugung habe ich *wohlgetan, diese Gesetze nicht früher einzubringen.*"

Welche Enthüllungen! Die Finanzgesetze des Herrn Hansemann, die den Staatskredit doch wohl befestigen sollten, sind also der Art, daß sie den Staatskredit bedrohen!

Herr Hansemann hielt es für besser, die Finanzlage des Landes einstweilen noch geheimzuhalten!

Wenn der Staat so steht, so ist es unverantwortlich von Herrn Hansemann, eine solche unbestimmte Äußerung zu tun, anstatt sofort den Stand der Finanzen offen darzulegen und durch die Tatsachen selbst alle Zweifel und Gerüchte niederzuschlagen. Im englischen Parlament wäre einer so taktlosen Äußerung sofort ein Mißtrauensvotum gefolgt.

Herr *Siebert:*

„Bisher haben wir nichts getan. Alle wichtigen Fragen wurden, sowie sie reif zur Lösung waren, abgebrochen und beiseite geschoben. Wir haben bis jetzt noch keinen Beschluß gefaßt, der irgend etwas *Ganzes* enthielt, wir haben noch gar nichts Ganzes gemacht. Sollen wir es heute wieder so machen, sollen wir wieder auf Versprechungen hin die Frage aufschieben? Wer bürgt uns dafür, daß das *Ministerium noch acht Tage am Ruder bleibt?*"

Herr *Parrisius* stellt ein Amendement, wonach Herr Hansemann aufgefordert wird, einer gleich zu wählenden Prüfungskommission aus 16 Mitgliedern binnen 14 Tagen die nötigen Vorlagen über Finanz- und Schatzverwaltung vom Jahre 1840 an zu machen. Herr Parrisius erklärt, es sei spezieller Auftrag seiner Kommittenten: Sie wollten wissen, wohin der Staatsschatz, der 1840 über 40 Millionen betragen, gekommen sei.

Dies Amendement, noch schärfer als der ursprüngliche Antrag, wird doch wohl den ermatteten Duchâtel emporstacheln? Jetzt wird doch wohl die Kabinettsfrage gestellt werden?

Im Gegenteil! Herr Hansemann, der *gegen* den Antrag war, hat gegen dies Amendement mit seiner beleidigenden Präklusivfrist durchaus nichts einzuwenden! Er bemerkt nur, die Sache werde erstaunlich viel Zeit erfordern, und bedauert die armen Kommissionsmitglieder, die sich dieser sauren Arbeit unterziehen müssen.

Es wird noch über die Abstimmung etwas hin und her gesprochen, wobei auch noch einige unangenehme Worte für Herrn Hansemann abfallen. Dann wird abgestimmt, die verschiedenen motivierten und unmotivierten Tages-

14*

ordnungen verworfen, und das Parrisiussche Amendement, dem sich Herr Grebel anschließt, fast einstimmig angenommen.

Herr Hansemann entging einer entscheidenden Niederlage nur durch seine Widerstandslósigkeit, nur durch die Selbstverleugnung, mit der er die Parrisiussche Beleidigung hinnahm. Geknickt, gebrochen, vernichtet saß er da auf seiner Bank, ein entlaubter Stamm, der das Mitleid selbst der rohesten Spötter erregt. Erinnern wir uns der Worte des Dichters:

Es ziemt Germaniens Söhnen
Gar schlecht, mit herzlos schlechtem Witz
Gefallene Größe zu höhnen![194]

Die zweite Hälfte der Sitzung morgen.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Herr Forstmann über den Staatskredit

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 44 vom 14. Juli 1848]

** *Köln*, 13. Juli. In der Vereinbarungssitzung vom 7. d. [Mts.][25] schlug Herr *Forstmann* alle Zweifel der gewissenlosen Linken an der Unerschütterlichkeit des preußischen Staatskredits durch folgendes siegreiche Argument zu Boden:

„Ich bitte zu entscheiden, ob das Vertrauen zu Preußens Finanzen auf Null gesunken, wenn an der gestrigen Börse ein $3^1/_2$prozentiges Staatspapier bei einem Diskonto von $5^1/_2$ Prozent auf 72 Prozent gestanden!"

Man sieht, Herr Forstmann ist ebensowenig Börsenspekulant als Staatsökonom. Wäre die Voraussetzung des Herrn Forstmann richtig, daß der Preis der Staatspapiere stets im umgekehrten Verhältnis zum Preis des Geldes steht, so ständen die preußischen $3^1/_2$ prozentigen allerdings merkwürdig günstig. Sie dürften dann, bei $5^1/_2$ Prozent Diskonto, nicht 72, sondern nur $63^7/_{11}$ stehen. Aber wer hat dem Herrn Forstmann gesagt, daß – nicht im Durchschnitt von 5 bis 10 Jahren, sondern im einzelnen Moment der Geschäftsstockung – dies umgekehrte Verhältnis existiert?

Wovon hängt der Preis des Geldes ab? Von dem jedesmaligen Verhältnis der Nachfrage zum Angebot, von dem gerade vorhandenen Geldmangel oder Geldüberfluß. Wovon hängt der Geldmangel oder Geldüberfluß ab? Von dem jedesmaligen Stande der Industrie, von dem Stocken oder der Prosperität des Verkehrs im ganzen und großen.

Wovon hängt der Preis der Staatspapiere ab? Ebenfalls vom jedesmaligen Verhältnis der Nachfrage und des Angebots. Aber wovon hängt dies Verhältnis ab? Von sehr vielen, namentlich in Deutschland höchst verwickelten Verhältnissen.

In Frankreich, England, Spanien, in den Ländern überhaupt, deren Staatspapiere auf den *Weltmarkt* kommen, ist der Staatskredit das entschei-

dende Moment. In Preußen und den kleinern deutschen Staaten, deren Papiere nur auf kleinen Lokalbörsen Kurs haben, entscheidet der Staatskredit erst in zweiter Instanz. Hier dient die große Masse der Staatspapiere nicht zur Spekulation, sondern zur sichern Anlage von Kapital, zur Sicherung einer fixen *Rente*. Nur ein unverhältnismäßig kleiner Teil kommt an die Börsen und in den Handel. Fast die ganze Masse der Staatsschuld ist in den Händen von kleinen Rentiers, Witwen und Waisen, Pupillenkollegien usw. Fallen die Kurse durch Abnahme des Staatskredits, so ist das ein Grund mehr für diese Klasse von Staatsgläubigern, ihre Fonds *nicht* zu verkaufen; für sie reicht ihre Rente eben zum Auskommen hin. Verkaufen sie sie mit starkem Verlust, so sind sie ruiniert. Die geringe Quantität Papiere, die an den paar kleinen Lokalbörsen zirkulieren, kann natürlich nicht den enormen und raschen Schwankungen von Nachfrage und Angebot, von Fallen und Steigen ausgesetzt sein wie die enorme Masse der französischen, spanischen etc. Papiere, die hauptsächlich der Spekulation dienen und auf allen großen Fondsmärkten der Welt in großen Posten umgeschlagen werden.

Der Fall, daß Kapitalisten aus Geldmangel genötigt sind, ihre Fonds zu jedem Preise loszuschlagen und dadurch die Kurse zu drücken, kommt daher in Preußen nur selten vor, während er in Paris, Amsterdam etc. an der Tagesordnung ist und namentlich nach der Februarrevolution auf das unerhört rasche Fallen der französischen Staatspapiere viel mehr einwirkte als der gesunkene Staatskredit.

Dazu kommt, daß in Preußen die Scheinkäufe (marchés à terme)[195], die in Paris, Amsterdam etc. die Masse der Börsengeschäfte ausmachen, *verboten* sind.

Durch diese gänzlich verschiedene kommerzielle Stellung der preußischen Lokalmarktfonds und der französischen, englischen, spanischen etc. Weltmarktpapiere erklärt es sich, daß die Kurse der preußischen Papiere keineswegs die kleinsten politischen Verwicklungen ihres Staats in dem Maße widerspiegeln, wie dies mit den französischen etc. Papieren der Fall ist; daß der Staatskredit auf die Kurse der preußischen Fonds bei weitem nicht den entscheidenden und raschen Einfluß ausübt wie auf die Papiere andrer Staaten.

In demselben Maße, als Preußen und die kleinen deutschen Staaten in die Schwankungen der europäischen Politik hineingerissen werden, als die Herrschaft der Bourgeoisie sich entwickelt, in demselben Maße werden auch die Staatspapiere, ganz wie das Grundeigentum, diesen patriarchalischen, unveräußerlichen Charakter verlieren, in den Verkehr hineingerissen, zu einem ordinären, oft umgeschlagenen Handelsartikel werden und vielleicht sogar eine bescheidne Existenz auf dem Weltmarkt beanspruchen dürfen.

Folgern wir aus diesen Tatsachen:

Erstens. Es wird nicht bestritten, daß *im Durchschnitt einer längern Epoche* und bei unverändertem Staatskredit der Kurs der Staatspapiere überall in demselben Verhältnis steigt als der Zinsfuß fällt, und umgekehrt.

Zweitens. In Frankreich, England etc. findet dies Verhältnis selbst in kürzeren Epochen statt, weil hier die Spekulanten den größten Teil der Staatspapiere in Händen haben und weil häufig notgedrungene Verkäufe aus Geldmangel vorkommen, die das Verhältnis zwischen Kurs und Zinsfuß jeden Tag regulieren. Daher ist hier selbst im einzelnen Moment das Verhältnis oft wirklich vorhanden.

Drittens. In Preußen dagegen findet dies Verhältnis nur im Durchschnitt längerer Epochen statt, weil die Menge der disponiblen Staatspapiere gering und das Börsengeschäft beschränkt ist; weil die Verkäufe aus Geldmangel, die eigentlichen Regulatoren des Verhältnisses, nur selten vorkommen; weil auf diesen Lokalbörsen die Fondskurse in erster Instanz durch Lokaleinflüsse, die Geldpreise aber durch den Einfluß des Weltmarkts bestimmt werden.

Viertens. Wenn also Herr Forstmann vom Verhältnis des Geldpreises zum Kurs der Staatspapiere auf den preußischen Staatskredit schließen will, so beweist er eine gänzliche Unkenntnis der Verhältnisse. Der Kurs von 72 für die $3^1/_2$ prozentigen bei $5^1/_2$ Prozent Diskont beweist *nichts für*, die Zwangsanleihe beweist *alles gegen* den preußischen Staatskredit.

Vereinbarungsdebatten

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 45 vom 15. Juli 1848]

** *Köln*, 14. Juli. Wir kommen heute zur zweiten Hälfte der Vereinbarungssitzung vom 7. d. [Mts.][25]. Nach der für Herrn Hansemann so schmerzlichen Debatte über die Finanzkommission kam noch eine Reihe kleiner Trübsale für die Herren Minister vor. Es war der Tag der Dringlichkeitsanträge und Interpellationen, der Tag der Anfechtungen und der Ministerialbedrängnis.

Der Abgeordnete *Wander* trug an, jeder Beamte, der einen Bürger ungerechterweise verhaften ließe, solle zu völligem Schadenersatz verpflichtet sein und außerdem viermal solange sitzen als der von ihm Verhaftete.

Der Antrag geht, als nicht dringlich, an die Fachkommission.

Justizminister *Märker* erklärt, die Annahme dieses Antrags werde die bisherige Gesetzgebung gegen ungesetzlich verhaftende Beamte nicht nur nicht verschärfen, sondern sogar noch mildern. (Bravo.)

Der Herr Justizminister hat nur vergessen zu bemerken, daß es nach den bisherigen, namentlich altpreußischen Gesetzen für einen Beamten *kaum möglich* ist, jemanden *ungesetzlich* zu verhaften. Die willkürlichste Verhaftung kann nach den Paragraphen des altehrwürdigsten Landrechts[167] gerechtfertigt werden.

Wir machen übrigens auf die höchst unparlamentarische Methode aufmerksam, die die Herren Minister sich angewöhnt haben. Sie warten, bis der Antrag an die Fachkommission oder die Abteilung *verwiesen ist*, und dann sprechen sie noch darüber. Sie sind dann sicher, daß ihnen *niemand antworten* kann. So hat es Herr Hansemann bei dem Antrage des Herrn Borries[1] gemacht, so macht es jetzt Herr Märker. In England und Frankreich würde man

[1] Siehe vorl. Band, S. 207

die Herren Minister, wenn sie solche parlamentarische Unschicklichkeiten je versucht hätten, ganz anders zur Ordnung zurückgeführt haben. Aber in Berlin!

Herr *Schulze* (von Delitzsch): Antrag zur Aufforderung an die Regierung, die bereits vollendeten oder bald zu vollendenden Entwürfe organischer Gesetze *sofort* der Versammlung zur Beratung in den Abteilungen zu übergeben.

Dieser Antrag enthielt wieder einen indirekten Tadel der Regierung wegen Lässigkeit oder absichtlicher Verschleppung in der Vorlage der die Verfassung ergänzenden organischen Gesetze. Der Tadel war um so empfindlicher, als denselben Morgen zwei Gesetzentwürfe, worunter das Bürgerwehrgesetz[196], vorgelegt worden waren. Der Ministerpräsident hätte also bei einiger Energie diesen Antrag entschieden zurückweisen müssen. Aber statt dessen macht er nur einige allgemeine Phrasen über das Bestreben der Regierung, den gerechten Wünschen der Versammlung in jeder Weise entgegenzukommen, und der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Herr *Besser* interpelliert den Kriegsminister über den Mangel eines Dienstreglements. Die preußische Armee ist die einzige, der ein solches Reglement mangelt. Daher herrscht in allen Heeresabteilungen bis zu den Kompanien und Schwadronen herab die größte Verschiedenheit der Ansichten über die wichtigsten Dienstsachen, und namentlich über die Rechte und Pflichten der verschiedenen Chargen. Es bestehen zwar Tausende von Befehlen, Erlassen und Vorschriften, aber sie sind gerade wegen ihrer zahllosen Menge, ihrer Verwirrung und der in ihnen herrschenden Widersprüche schlimmer als nutzlos. Außerdem ist jedes solches Aktenstück durch ebensoviel verschiedene Zusätze, Erläuterungen, Randglossen und Glossen zu Randglossen verquickt und unkenntlich gemacht, als es Zwischenbehörden passiert hat. Diese Verwirrung kommt natürlich dem Vorgesetzten bei allen Willkürlichkeiten zugut, während der Untergebne nur den Nachteil davon zu tragen hat. Daher kennt der Untergebne keine Rechte, sondern nur Pflichten. Früher existierte ein Dienstreglement, genannt das schweinslederne Reglement, aber dies wurde in den 20er Jahren *den Privatbesitzern abgenommen.* Seitdem darf *kein Untergebner es zu seinen Gunsten* anführen, während die *höheren* Behörden es fortwährend *gegen* die Untergebnen anführen dürfen! Ebenso geht es mit den Dienstvorschriften für das Gardekorps, die der Armee nie mitgeteilt, den Untergebnen nie zugänglich wurden, nach welchen sie aber trotzdem bestraft werden! Die Herren Stabs- und Generaloffiziere haben natürlich nur den Vorteil von dieser Konfusion, die ihnen die größte Willkür, die härteste Tyrannei gestattet. Aber die Subalternoffiziere, die Unteroffiziere und Soldaten leiden darunter, und in ihrem Interesse interpelliert Herr Besser den General Schreckenstein.

Wie mußte Herr *Schreckenstein* erstaunt sein, als er diese lange „Federfuchserei", um den beliebten Ausdruck von Anno dreizehn zu gebrauchen, zu hören bekam! Wie, die preußische Armee hat kein Dienstreglement? Welche Abgeschmacktheit! Die preußische Armee, auf Ehre, hat das allerbeste Reglement von der Welt, das zugleich das allerkürzeste ist und nur aus zwei Worten besteht: *„Ordre parieren!"* Bekommt ein Soldat der „ungeprügelten" Armee Püffe, Fußtritte oder Kolbenstöße, wird er von einem eben dem Kadettenhause entlaufenen unmündigen Lieutenant am Bart oder an der Nase gezupft und beklagt sich: *„Ordre parieren!"* Läßt ein angetrunkener Major nach dem Essen zu seiner besonderen Erheiterung sein Bataillon bis an den Leib in den Sumpf marschieren und dort Carré[1] formieren, und ein Untergebner wagt zu klagen: *„Ordre parieren!"* Wird den Offizieren verboten, dies oder jenes Café zu besuchen, und sie erlauben sich eine Bemerkung: *„Ordre parieren!"* Das ist das beste Dienstreglement, denn es paßt auf alle Fälle.

Von allen Ministern ist Herr *Schreckenstein* der einzige, der den Mut noch nicht verloren hat. Der Soldat, der unter Napoleon gedient, der während dreiunddreißig Jahren preußischen Kamaschendienst getrieben, der manche Kugel pfeifen gehört hat, wird sich doch vor Vereinbarern und Interpellationen nicht fürchten! Und vollends wenn das große „Ordre parieren!" in Gefahr ist!

Meine Herren, sagt er, ich muß das besser wissen. Ich muß wissen, was daran zu ändern ist. Es handelt sich hier um ein Einreißen, und das Einreißen darf nicht einreißen, weil das Aufbauen sehr schwer ist. Die Wehrverfassung ist von Scharnhorst, Gneisenau, Boyen und Grolmann gemacht, umfaßt 600000 bewaffnete und taktisch gebildete Staatsbürger und bietet jedem Staatsbürger eine sichere Zukunft, solange die Disziplin besteht. Diese werde ich aber erhalten, und damit habe ich genug gesagt.

Herr *Besser:* Herr Schreckenstein hat die Frage gar nicht beantwortet. Aus seinen Bemerkungen scheint aber hervorzugehen, daß er glaubt, ein Dienstreglement werde die Disziplin lockern!

Herr *Schreckenstein:* Ich habe schon gesagt, daß ich das tun werde, was zeitgemäß für die Armee ist und zum Nutzen des *Dienstes* gereicht.

Herr *Behnsch:* Wir haben doch wenigstens zu verlangen, daß der Minister uns Ja oder Nein antwortet oder erklärt, er wolle nicht antworten. Bis jetzt haben wir bloß abweichende Redensarten gehört.

Herr *Schreckenstein,* ärgerlich: Ich halte es nicht für den *Dienst* für nützlich, mich weiter auf diese Interpellation einzulassen.

[1] Bataillonsaufstellung im Geviert

Der Dienst, immer der Dienst! Herr Schreckenstein glaubt immer noch Divisionär zu sein und mit seinem Offizierskorps zu sprechen. Er bildet sich ein, auch als Kriegsminister brauche er nur den Dienst, nicht aber die rechtliche Stellung der einzelnen Heereschargen gegeneinander und am allerwenigsten die Stellung des Heeres zum Staate im ganzen und zu seinen Bürgern zu berücksichtigen! Wir sind noch immer unter Bodelschwingh; der Geist des alten Boyen schaltet ununterbrochen fort im Kriegsministerium.

Herr *Piegsa* interpelliert wegen Mißhandlungen der Polen in *Mielzyn* am 7. Juni.

Herr *Auerswald* erklärt, er müsse erst vollständige Berichte abwarten.

Also *einen ganzen Monat* von 31 Tagen nach dem Vorfall ist Herr Auerswald noch nicht vollständig unterrichtet! Wunderbare Verwaltung!

Herr *Behnsch* interpelliert Herrn Hansemann, ob er bei Vorlage des Budgets eine Übersicht über die Verwaltung der Seehandlung[50] seit 1820 und des Staatsschatzes seit 1840 vorlegen wolle.

Herr *Hansemann* erklärt unter schallendem Gelächter, er werde in acht Tagen antworten können!

Herr *Behnsch* interpelliert abermals in Beziehung auf Unterstützung der Auswanderung durch die Regierung.

Herr *Kühlwetter* antwortet, dies sei eine deutsche Angelegenheit, und verweist Herrn Behnsch an den Erzherzog Johann.

Herr *Grebel* interpelliert Herrn Schreckenstein wegen der Militär-Administrationsbeamten, die zugleich Landwehroffiziere sind, bei Landwehrübungen in aktiven Dienst treten und dadurch andern Landwehroffizieren die Gelegenheit entziehen, sich auszubilden. Er trägt darauf an, daß diese Beamten von der Landwehr[197] entbunden werden.

Herr *Schreckenstein* erklärt, er werde seine Pflicht tun und die Sache sogar in Erwägung ziehen.

Herr *Feldhaus* interpelliert Herrn Schreckenstein wegen der am 18. Juni auf dem Marsch von Posen nach Glogau umgekommenen Soldaten und der zur Bestrafung dieser Barbarei getroffenen Maßregeln.

Herr *Schreckenstein:* Die Sache hat stattgefunden. Der Bericht des Regimentskommandeurs ist eingereicht. Der Bericht des Generalkommandos, das die Etappen angeordnet hat, fehlt noch. Ich kann also noch nicht sagen, ob die Marschordnung überschritten ist. Außerdem wird hier über einen Stabsoffizier geurteilt, und solche Urteile sind schmerzlich. Die „hohe Generalversammlung" (!!!) wird hoffentlich warten, bis die Berichte eingetroffen sind.

Herr Schreckenstein beurteilt diese Barbarei nicht als Barbarei, er fragt bloß, ob der betreffende Major „*Ordre pariert*" hat? Und was liegt daran, ob

18 Soldaten auf der Landstraße wie so viel Stück Vieh elendiglich umkommen, wenn nur *Ordre pariert* wird!

Herr *Behnsch,* der dieselbe Interpellation wie Herr Feldhaus gestellt hatte: Ich ziehe meine jetzt überflüssige Interpellation zurück, verlange aber, daß der Kriegsminister einen Tag festsetze, an dem er antworten will. Es sind schon 3 Wochen seit dem Vorfall verflossen, und die Berichte könnten längst hier sein.

Herr *Schreckenstein:* Es ist kein Augenblick versäumt, die Berichte vom Generalkommando sind sofort eingefordert worden.

Der *Präsident* will die Sache überhüpfen.

Herr *Behnsch:* Ich bitte den Kriegsminister nur zu antworten und einen Tag festzusetzen.

Präsident: Will Herr Schreckenstein...

Herr *Schreckenstein:* Das läßt sich noch gar nicht übersehen, wann dies sein wird.

Herr *Gladbach:* Der § 28 des Reglements legt den Ministern die Verpflichtung auf, einen Tag zu bestimmen. Ich bestehe ebenfalls darauf.

Präsident: Ich frage den Herrn Minister nochmals.

Herr *Schreckenstein:* Einen bestimmten Tag kann ich nicht festsetzen.

Herr *Gladbach:* Ich bleibe bei meiner Forderung.

Herr *Temme:* Ich bin derselben Meinung.

Präsident: Wird der Herr Kriegsminister etwa in 14 Tagen...

Herr *Schreckenstein:* Wohl möglich. Sobald ich weiß, ob Ordre pariert worden ist, werde ich antworten.

Präsident: Also in 14 Tagen.

So tut der Herr Kriegsminister „seine Pflicht" gegen die Versammlung!

Herr *Gladbach* hat noch eine Interpellation an den Minister des Innern zu richten wegen Suspendierung mißliebiger Beamten und vorläufiger, nur provisorischer Besetzung erledigter Stellen.

Herr *Kühlwetter* antwortet sehr ungenügend, und die weiteren Bemerkungen des Herrn Gladbach werden unter dem Gemurr, Geschrei und Getrommel der endlich über soviel Unverschämtheit empörten Rechten nach tapferer Gegenwehr erdrückt.

Ein Antrag von Herrn *Berends,* daß die zum innern Dienst einberufene Landwehr[197] unter das Kommando der Bürgerwehr gestellt werde, wird nicht für dringlich erkannt und danach zurückgezogen. Hierauf beginnt eine angenehme Unterhaltung über allerlei mit der posenschen Kommission verknüpfte Spitzfindigkeiten. Der Sturm der Interpellationen und Dringlich-

keitsanträge ist vorüber, und wie sanftes Säuseln des Zephyr und anmutiges Murmeln des Wiesenbachs verhallen die letzten versöhnenden Klänge der berühmten Sitzung vom 7. Juli. Herr Hansemann geht nach Hause mit dem Trost, daß das Poltern und Trommeln der Rechten ihm einige wenige Blumen in seine Dornenkrone gewunden hat, und Herr Schreckenstein dreht selbstzufrieden seinen Schnurrbart und murmelt: „Ordre parieren!"

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die Debatte über den Jacobyschen Antrag

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 48 vom 18. Juli 1848]

** *Köln*, 17. Juli. Wir haben wieder einmal eine „große Debatte" gehabt, um mit Herrn Camphausen zu sprechen, eine Debatte, die volle zwei Tage dauerte.[25]

Die Grundlagen der Debatte sind bekannt: der Vorbehalt der Regierung gegen die sofortige Rechtsgültigkeit der Beschlüsse der Nationalversammlung und der Jacobysche Antrag auf Anerkennung der Befugnis der Versammlung, sofort rechtskräftige Beschlüsse zu fassen, ohne die Zustimmung von irgend jemand abzuwarten, aber auch auf Mißbilligung des Beschlusses über die Zentralgewalt.[198]

Wie eine Debatte über diesen Gegenstand nur möglich war, wird andern Völkern unbegreiflich erscheinen. Aber wir sind im Land der Eichen und der Linden[186], und da darf uns so leicht nichts verwundern.

Das Volk schickt eine Versammlung nach Frankfurt mit dem Mandat, sie soll sich souverän erklären über ganz Deutschland und alle seine Regierungen; sie soll kraft ihrer vom Volk ihr übertragenen Souveränetät eine Verfassung für Deutschland beschließen.

Die Versammlung, statt sogleich ihre Souveränetät gegenüber den Einzelstaaten und dem Bundestag zu proklamieren, umgeht schüchtern jede Frage, die darauf Bezug hat, und bewahrt eine unentschiedene, schwankende Stellung.

Endlich kommt sie zu einer entscheidenden Frage: zur Ernennung einer provisorischen Zentralgewalt. Scheinbar unabhängig, in der Tat aber von den Regierungen durch Gagerns Vermittlung geleitet, wählt sie selbst den ihr von den Regierungen im voraus bestimmten Reichsverweser.

Der Bundestag erkennt die Wahl an und zeigt eine gewisse Prätension, ihr durch seine Bestätigung erst Rechtskraft zu geben.

Trotzdem aber laufen von Hannover und selbst von Preußen Vorbehalte ein; und der preußische Vorbehalt ist es, der der Debatte vom 11. und 12. zum Grunde liegt.

Die Berliner Kammer ist also diesmal nicht so sehr schuld daran, wenn die Debatten sich ins Nebelhafte verlaufen. Es ist die Schuld der unentschiedenen, schlaffen, energielosen Frankfurter Nationalversammlung, wenn ihre Beschlüsse derart sind, daß sich schwer andres über sie sagen läßt als bloße Kannegießereien.

Jacoby leitet seinen Antrag kurz und mit seiner gewöhnlichen Präzision ein. Er erschwert den Rednern der Linken ihren Standpunkt sehr; er sagt alles, was man über den Antrag sagen kann, wenn man nicht auf die für die Nationalversammlung so kompromittierende Entstehungsgeschichte der Zentralgewalt eingehen will.

In der Tat haben nach ihm die Abgeordneten der Linken wenig Neues mehr vorgebracht, wogegen es der Rechten noch viel schlimmer erging: sie verlief sich entweder in pure Kannegießerei oder in juristische Spitzfindigkeiten. Auf beiden Seiten wurde unendlich oft wiederholt.

Der Abgeordnete *Schneider* hat die Ehre, die Argumente der Rechten zuerst der Versammlung zu unterbreiten.

Er beginnt mit dem großen Argument, daß der Antrag sich selbst widerspreche. Einerseits erkenne er die Souveränetät der Nationalversammlung an, andrerseits fordre er die Vereinbarungskammer auf, einen Tadel gegen sie auszusprechen und sich dadurch über sie zu stellen. Jeder Einzelne könne den Tadel aussprechen, nicht aber die Versammlung.

Dieser feine Beweisgrund, auf den die Rechte augenscheinlich sehr stolz ist, denn er geht durch alle ihre Reden, stellt eine ganz neue Theorie auf. Nach ihr hat die Versammlung weniger Recht als ein Einzelner gegenüber der Nationalversammlung.

Auf dies erste große Argument folgt das republikanische. Deutschland besteht größtenteils aus konstitutionellen Monarchien und daher muß es auch ein konstitutionelles, unverantwortliches Oberhaupt haben, kein republikanisches, verantwortliches. Dies Argument hat am zweiten Tage Herr *Stein* beantwortet: Deutschland war seiner Zentralverfassung nach immer eine Republik, freilich auch eine erbauliche Republik.

„Wir haben", sagt Herr Schneider, „das Mandat erhalten, die konstitutionelle Monarchie zu vereinbaren, und die Frankfurter haben das ähnliche Mandat erhalten, mit den deutschen Regierungen eine Verfassung für Deutschland zu vereinbaren."

Die Reaktion spricht ihre Wünsche schon als bestehende Tatsachen aus. Damals, als der zitternde Bundestag auf Befehl einer Versammlung ohne

irgendein rechtskräftiges Mandat, des sogenannten Vorparlaments[11], die deutsche Nationalversammlung einberief, damals war von Vereinbarung nicht die Rede, damals galt die berufene Nationalversammlung für souverän. Jetzt aber ist das anders. Die Pariser Junitage haben die Hoffnungen nicht nur der großen Bourgeoisie, sondern auch der Anhänger des gestürzten Systems neu geschwellt. Jeder Krautjunker erwartet die Herstellung seines alten Kantschuregiments, und von dem kaiserlichen Hoflager zu Innsbruck bis zu der Stammburg Heinrichs LXXII. beginnt schon der Ruf nach „Vereinbarung der deutschen Verfassung" sich zu erheben. Das hat die Frankfurter Versammlung sich freilich selbst zuzuschreiben.

„Die Nationalversammlung hat also nach ihrem Mandat gehandelt, indem sie ein konstitutionelles Oberhaupt wählte. Sie hat aber auch nach dem Willen des Volkes gehandelt; die große Majorität will die konstitutionelle Monarchie. Ja, ich hätte es für ein Unglück gehalten, hätte die Nationalversammlung anders beschlossen. *Nicht* weil ich *gegen die Republik* bin, im *Prinzip* erkenne ich – darin bin ich mit mir vollständig einig – die Republik als die *vollkommenste und edelste Staatsform* an, aber in der Wirklichkeit sind wir dahin noch lange nicht gelangt. Wir können die Form nicht haben, ohne den Geist zu haben. Wir können keine Republik haben wollen, wenn uns die *Republikaner* fehlen, d.h. die edlen Charaktere, die nicht nur in der Begeisterung, sondern zu jeder Zeit mit ruhigem Bewußtsein und in edler Selbstverleugnung ihr Interesse dem gemeinsamen Interesse unterzuordnen wissen."

Kann man einen schönern Beweis verlangen, welche Tugenden in der Berliner Kammer vertreten sind, als diese edlen, bescheidenen Worte des Abgeordneten Schneider? Wahrlich, wenn noch ein Zweifel bestehen konnte über die Befähigung der Deutschen zur Republik, er mußte in sein Nichts verschwinden vor diesen Proben echter Bürgertugend, edler, bescheidenster Selbstaufopferung unseres Cincinnatus-Schneider! Möge Cincinnatus Mut fassen und Vertrauen zu sich und den zahllosen edlen Bürgern Deutschlands, die ebenfalls die Republik für die edelste Staatsform, aber sich selbst für schlechte Republikaner halten: Sie sind reif für die Republik, sie würden die Republik mit demselben heroischen Gleichmut ertragen wie die absolute Monarchie. Die Republik der Biedermänner würde die glücklichste sein, die je bestand: eine Republik ohne Brutus und Catilina, ohne Marat und Junistürme, die Republik der satten Tugend und zahlungsfähigen Moral[199].

Wie sehr täuscht sich Cincinnatus-Schneider, wenn er ausruft:

„Unter dem Absolutismus können sich keine republikanischen Charaktere bilden; es läßt sich der republikanische Geist nicht hervorrufen, wie man die *Hand* umdreht; wir haben unsere Kinder und Kindeskinder dahin erst zu erziehen! Gegenwärtig würde ich die Republik nur für das höchste Unheil halten, denn sie wäre die Anarchie

mit dem entheiligten Namen der Republik, der Despotismus unter der Larve der Freiheit!"

Im Gegenteil, die Deutschen sind, wie Herr *Vogt* (von Gießen) in der Nationalversammlung[7] sagte, die *gebornen* Republikaner, und Cincinnatus-Schneider kann seine Kinder nicht besser zur Republik erziehen, als wenn er sie in der alten deutschen Zucht, Sitte und Gottesfurcht erzieht, in der er selbst schlecht und recht herangewachsen. Die Republik der Biedermänner würde anstatt Anarchie und Despotismus dieselben gemütlichen Weißbierverhandlungen erst zur höchsten Vollkommenheit entwickeln, in denen Cincinnatus-Schneider sich so sehr auszeichnet. Die Republik der Biedermänner, fern von allen Greueln und Verbrechen, die die französische erste Republik besudelten, rein von Blut und die rote Fahne verabscheuend, würde das bisher Unerreichte möglich machen, daß jeder honette Bürger ein stilles und ruhiges Leben führe in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit. Wer weiß, ob uns die Republik der Biedermänner nicht gar die Zünfte mit sämtlichen erheiternden Bönhasenprozessen wiederbrächte! Diese Republik der Biedermänner ist kein luftgewebtes Traumbild, sie ist eine Wirklichkeit, sie existiert in Bremen, Hamburg, Lübeck und Frankfurt und selbst noch in einigen Teilen der Schweiz. Überall aber droht ihr Gefahr im Sturm der Zeiten, überall ist sie am Untergehen.

Darum auf, Cincinnatus-Schneider, verlaß Pflug und Rübenfeld, Weißbier und Vereinbarung, steig zu Roß und rette die bedrohte Republik, *deine* Republik, die *Republik der Biedermänner!*

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 49 vom 19. Juli 1848]

** *Köln*, 18. Juli. Nach Herrn Schneider betritt Herr Waldeck die Tribüne, um für den Antrag zu sprechen:

„Wahrlich, die Lage des preußischen Staats ist jetzt beispiellos, und *im Grunde* kann man sich nicht verhehlen, sie ist auch *einigermaßen* bedenklich."

Dieser Anfang ist ebenfalls einigermaßen bedenklich. Wir glauben noch immer den Abgeordneten Schneider zu hören:

„Preußen war, wir dürfen es sagen, berufen zur Hegemonie in Deutschland."

Noch immer die altpreußische Illusion, noch immer der süße Traum, Deutschland in Preußen aufgehen zu machen und Berlin zum deutschen Paris zu erklären! Herr Waldeck sieht zwar diese süße Hoffnung vor seinen Augen zerrinnen, aber mit schmerzlichem Gefühl schaut er ihr nach, er

macht der vorigen und jetzigen Regierung einen Vorwurf daraus, sie habe es verschuldet, daß Preußen nicht an der Spitze von Deutschland stehe.

Leider, die schönen Tage sind vorüber, in denen der Zollverein[200] die preußische Hegemonie über Deutschland anbahnte, in denen der Provinzialpatriotismus glauben konnte, „der märkische Stamm habe seit 200 Jahren die Geschicke Deutschlands entschieden" und werde sie auch ferner entscheiden; die schönen Tage, in denen das gänzlich zerfallende Bundestags-Deutschland[41] selbst in der allgemeinen Anwendung der preußisch-bürokratischen Zwangsjacke ein letztes Mittel des Zusammenhalts sehen konnte!

„Der längst von der öffentlichen Meinung gerichtete Bundestag verschwindet, und plötzlich steht vor den Augen der *erstaunten Welt* die konstituierende Nationalversammlung zu Frankfurt!"

Die „Welt" mußte allerdings „erstaunen", als sie *diese* konstituierende Nationalversammlung sah. Man vergleiche darüber die französischen, englischen und italienischen Blätter.

Herr Waldeck erklärt sich noch des breiteren gegen einen deutschen Kaiser und macht dem Herrn Reichensperger II Platz.

Herr *Reichensperger II* erklärt die Unterstützer des Jacobyschen Antrags für Republikaner und wünscht, sie möchten nur so offen mit ihren Absichten hervortreten wie die Frankfurter Republikaner. Dann beteuert auch er, Deutschland besitze noch nicht das „Vollmaß bürgerlicher und politischer Tugend, welches ein großer Staatslehrer[1] als die wesentliche Bedingung der Republik bezeichnet". Es muß schlimm um Deutschland stehen, wenn der Patriot Reichensperger das sagt!

Die Regierung, fährt er fort, hat keine Vorbehalte gemacht (!), sondern bloße Wünsche ausgesprochen. Dazu war Veranlassung genug, und auch ich hoffe, daß nicht immer die Regierungen bei den Beschlüssen der Nationalversammlung umgangen werden. Eine Festsetzung der Kompetenz der Frankfurter Nationalversammlung liegt außer unserer Kompetenz; die Nationalversammlung selbst hat sich dagegen ausgesprochen, Theorien über ihre Kompetenz aufzustellen, sie hat praktisch gehandelt, wo die Notwendigkeit das Handeln gebot.

Das heißt, die Frankfurter Versammlung hat nicht in der Zeit der revolutionären Aufregung, wo sie allmächtig war, den unausbleiblichen Kampf mit den deutschen Regierungen durch einen entscheidenden Schlag abgemacht; sie hat vorgezogen, die Entscheidung aufzuschieben, bei jedem einzelnen Beschluß kleine Scharmützel mit dieser oder jener Regierung zu

[1] Montesquieu

bestehen, die für sie in demselben Maße schwächend sind, als sie sich von der Zeit der Revolutionen entfernt und durch ihr schlaffes Auftreten in den Augen des Volks kompromittiert. Und insofern hat Herr Reichensperger recht: Es verlohnt sich für uns nicht der Mühe, einer Versammlung zu Hülfe zu kommen, die sich selbst im Stich läßt!

Rührend aber ist es, wenn Herr Reichensperger sagt:

„Es ist also *unstaatsmännisch*, derartige Kompetenzfragen zu erörtern; es kömmt nur darauf an, die jedesmal sich darbietenden praktischen Fragen zu lösen."

Allerdings, es ist „unstaatsmännisch", diese „praktischen Fragen" ein für allemal durch einen energischen Beschluß zu beseitigen; es ist „unstaatsmännisch", das revolutionäre Mandat, das jede aus den Barrikaden hervorgegangene Versammlung besitzt, geltend zu machen gegenüber den Versuchen der Reaktion, die Bewegung aufzuhalten; allerdings, Cromwell, Mirabeau, Danton, Napoleon, die ganze englische und französische Revolution waren höchst „unstaatsmännisch", aber Bassermann, Biedermann, Eisenmann, Wiedenmann, Dahlmann benehmen sich „staatsmännisch"! Die „Staatsmänner" hören überhaupt auf, wenn die Revolution eintritt, und die Revolution muß für den Augenblick eingeschlafen sein, wenn die „Staatsmänner" wieder auftreten! Und vollends die Staatsmänner von der Stärke des Herrn Reichensperger II, Abgeordneten des Kreises Kempen!

„Gehen Sie von diesem System ab, so wird es schwerlich gelingen, Konflikte mit der deutschen Nationalversammlung oder mit den Regierungen der Einzelstaaten zu vermeiden; in jedem Falle werden Sie beklagenswerten Zwiespalt säen; infolge des Zwiespalts wird die Anarchie sich erheben, und niemand schützt uns alsdann vor Bürgerkrieg. Der Bürgerkrieg aber ist der Anfang noch größern Unglücks ... ich halte es nicht für unmöglich, daß es alsdann auch einmal von uns heißen wird: Die Ordnung ist in Deutschland hergestellt – durch unsere Freunde von Osten und Westen!"

Herr Reichensperger mag recht haben. Wenn die Versammlung sich auf Kompetenzfragen einläßt, so mag das Veranlassung zu Kollisionen sein, die den Bürgerkrieg, die Franzosen und die Russen herbeirufen. Aber wenn sie es nicht tut, wie sie es wirklich nicht getan hat, so ist uns der Bürgerkrieg doppelt sicher. Die Konflikte, im Anfang der Revolution noch ziemlich einfach, verwickeln sich täglich mehr, und je länger die Entscheidung aufgeschoben wird, desto schwieriger, desto blutiger wird die Lösung sein.

Ein Land wie Deutschland, das gezwungen ist, sich aus der namenlosesten Zersplitterung zur Einheit emporzuarbeiten, das bei Strafe des Untergangs einer um so strengeren revolutionären Zentralisation bedarf, je zerfallener es bisher war; ein Land, das zwanzig Vendéen[201] in seinem Schoße birgt, das

von den beiden mächtigsten und zentralisiertesten Kontinentalstaaten eingeklemmt, von zahllosen kleinen Nachbarn umgeben und mit allen gespannt oder gar im Kriege ist – ein solches Land kann in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Revolution *weder dem Bürgerkriege noch dem auswärtigen Kriege* entgehen. Und diese Kriege, die uns ganz sicher bevorstehen, werden um so gefährlicher, um so verheerender werden, je unentschlossener das Volk und seine Leiter sich benehmen, je länger die Entscheidung hinausgeschoben wird. Bleiben die „Staatsmänner" des Herrn Reichensperger am Ruder, so können wir einen zweiten Dreißigjährigen Krieg erleben. Aber zum Glück haben die Gewalt der Ereignisse, das deutsche Volk, der Kaiser von Rußland und das französische Volk noch ein Wort mitzusprechen.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 53 vom 23. Juli 1848]

** *Köln*, 22. Juli. Endlich gestatten uns die Ereignisse, Gesetzentwürfe, Waffenstillstandsprojekte usw. wieder zu unsern geliebten Vereinbarungsdebatten zurückzukehren. Wir finden den Abgeordneten Herrn v. *Berg* aus Jülich auf der Tribüne, einen Mann, der uns doppelt interessiert: erstens als Rheinländer und zweitens als Ministerieller neuesten Datums.

Herr Berg ist aus verschiedenen Gründen gegen den Jacobyschen Antrag. Der erste ist dieser:

„Der erste Teil des Antrags, der an uns die Forderung stellt, eine Mißbilligung eines Beschlusses des deutschen Parlaments auszusprechen, dieser erste Teil ist weiter nichts als ein Protest im Namen einer Minorität gegen eine gesetzliche Majorität. Es ist weiter nichts als ein Versuch einer Partei, die *innerhalb* eines gesetzgebenden Körpers *unterlegen* ist, *sich von außen zu stärken*, ein Versuch, der in seinen Konsequenzen *zum Bürgerkrieg führen muß*."

Herr Cobden befand sich von 1840 bis 1845 mit seinem Antrag zur Aufhebung der Korngesetze im Unterhause in der Minorität. Er gehörte zu „einer Partei, die innerhalb eines gesetzgebenden Körpers unterlegen" war. Was tat er? Er suchte sich „von außen zu stärken". Er erließ nicht bloß eine Mißbilligung der Beschlüsse des Parlaments; er ging viel weiter, er gründete und organisierte die Anti-Korngesetz-Ligue[202], die Anti-Korngesetz-Presse, kurz die ganze kolossale Agitation gegen die Korngesetze. Nach der Ansicht des Herrn Berg war das ein Versuch, der „zum Bürgerkrieg führen mußte".

Die Minorität des seligen Vereinigten Landtags[34] suchte sich ebenfalls „von außen zu stärken". Herr Camphausen, Herr Hansemann, Herr Milde nahmen in dieser Beziehung nicht den mindesten Anstand. Die beweisenden Tatsachen sind notorisch. Es ist klar, nach Herrn Berg, daß die Konsequenzen

auch ihres Benehmens „zum Bürgerkrieg führen mußten". Sie führten aber nicht zum Bürgerkrieg, sondern zum Ministerium.

Und so könnten wir noch hundert andre Beispiele anführen.

Also die Minorität eines gesetzgebenden Körpers soll sich bei Strafe, zum Bürgerkriege zu führen, nicht von außen zu stärken suchen. Aber was ist denn „von außen"? Die Wähler, d.h. die Leute, die die gesetzgebenden Körper *machen*. Und wenn man sich nicht mehr durch Einwirkung auf diese Wähler „stärken" soll, wodurch soll man sich stärken?

Sind die Reden der Herrn Hansemann, Reichensperger, v. Berg etc. bloß für die Versammlung gehalten oder auch fürs Publikum, dem sie durch stenographische Berichte mitgeteilt werden? Sind diese Reden nicht ebenfalls Mittel, wodurch diese „Partei innerhalb eines gesetzgebenden Körpers" sich „von außen zu stärken sucht" oder zu [stärken] *hofft*?

Mit einem Wort: Das Prinzip des Herrn Berg würde zur Aufhebung aller politischen Agitation führen. Die Agitation ist nichts anders als die Anwendung der Unverantwortlichkeit der Repräsentanten, der Preßfreiheit, des Assoziationsrechts – d.h. der in Preußen zu Recht bestehenden Freiheiten. Ob diese Freiheiten zum Bürgerkriege führen oder nicht, geht uns gar nichts an; genug, sie bestehen, und wir wollen sehen, wohin es „führt", wenn man fortfährt, sie anzutasten.

„Meine Herren, diese Versuche der Minorität, sich außerhalb der gesetzgebenden Gewalt Kraft und Geltung zu verschaffen, sind nicht von heute und gestern, sie datieren vom ersten Tag der deutschen Erhebung. Auf dem Vorparlament entfernte sich die Minorität protestierend, und die Folge davon war ein Bürgerkrieg."

Erstens ist hier beim Jacobyschen Antrag von einer „protestierenden Entfernung der Minorität" keine Rede.

Zweitens „sind die Versuche der Minorität, sich außerhalb der gesetzgebenden Gewalt Geltung zu verschaffen", allerdings „nicht von heute und gestern", denn sie datieren von dem Tage, wo es gesetzgebende Gewalten und Minoritäten gab.

Drittens hat nicht die protestierende Entfernung der Minorität des Vorparlaments zum Bürgerkrieg geführt, sondern die „moralische Überzeugung" des Herrn Mittermaier, daß Hecker, Fickler und Konsorten Landesverräter seien, und die infolge davon ergriffenen, durch die schlotterndste Angst diktierten Maßregeln der badischen Regierung.[203]

Nach dem Argument des Bürgerkriegs, das natürlich ganz geeignet ist, dem deutschen Bürger gewaltige Angst einzujagen, kommt das Argument des mangelnden Mandats.

„Wir sind von unsern Wählern gewählt, um eine Staatsverfassung für Preußen zu begründen; dieselben Wähler haben andere ihrer Mitbürger nach Frankfurt entsendet, um dort die Zentralgewalt zu begründen. Es ist nicht zu leugnen, daß dem Wähler, welcher das Mandat gibt, allerdings zusteht, das, was der Mandatar tut, zu billigen oder zu mißbilligen; aber die Wähler haben uns nicht beauftragt, in dieser Beziehung die Stimmen für sie zu führen."

Dies triftige Argument hat große Bewunderung bei den Juristen und juristischen Dilettanten der Versammlung erregt. Wir haben kein Mandat! Und dennoch behauptet derselbe Herr Berg zwei Minuten später, die Frankfurter Versammlung sei „berufen worden, um im Einvernehmen mit den deutschen Regierungen die künftige Verfassung Deutschlands aufzubauen", und die preußische Regierung würde in diesem Falle doch hoffentlich ihre Bestätigung *nicht* geben, ohne die Vereinbarungsversammlung oder die nach der neuen Konstitution gewählte Kammer zu Rate zu ziehen. Und dennoch hat das Ministerium die Anerkennung des Reichsverwesers der Versammlung sogleich nebst ihren Vorbehalten angezeigt und die Versammlung dadurch aufgefordert, ihr Urteil abzugeben!

Gerade der Standpunkt des Herrn Berg, seine eigene Rede und die Mitteilung des Herrn Auerswald führen also zu der Konsequenz, daß die Versammlung allerdings ein Mandat hat, sich mit den Frankfurter Beschlüssen zu beschäftigen!

Wir haben kein Mandat! Also wenn die Frankfurter Versammlung die Zensur wieder vorschreibt, bei einem Konflikt zwischen Kammer und Krone bayrische und östreichische Truppen zur Unterstützung der Krone nach Preußen schickt, so hat Herr Berg „kein Mandat"!

Welches Mandat hat Herr Berg? Buchstäblich nur das, „die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren". Er hat also keineswegs das Mandat zu interpellieren, Unverantwortlichkeitsgesetze, Bürgerwehrgesetze, Ablösungsgesetze und andere nicht in der Verfassung figurierende Gesetze zu vereinbaren. Die Reaktion behauptet das auch täglich. Er selbst sagt: „Jeder Schritt über dieses Mandat hinaus ist Ungerechtigkeit, ein Aufgeben desselben oder gar Verrat!"

Und dennoch gibt Herr Berg und die ganze Versammlung jeden Augenblick, von der Notwendigkeit gezwungen, ihr Mandat auf. Sie muß es infolge des revolutionären oder vielmehr jetzt reaktionären Provisoriums. Infolge dieses Provisoriums gehört aber alles zur Kompetenz der Versammlung, was dazu dient, die Errungenschaften der Märzrevolution sicherzustellen, und wenn dies durch einen moralischen Einfluß auf die Frankfurter Versammlung geschehen kann, so ist die Vereinbarungskammer dazu nicht nur befugt, sondern sogar verpflichtet.

Folgt das rheinpreußische Argument, das für uns Rheinländer von besondrer Wichtigkeit ist, weil es beweist, wie wir in Berlin vertreten sind.

„Wir Rheinländer, Westfalen und noch andere Provinzen haben mit Preußen *durchaus* kein anderes Verband, als daß wir *zur Krone Preußen gekommen* sind. Lösen wir das Band auf, so fällt der Staat auseinander. Ich sehe auch gar nicht ein, und ich glaube, die meisten Deputierten meiner Provinz auch nicht, was wir mit einer Republik Berlin sollen. Da könnten wir ja lieber eine Republik Köln wollen."

Auf die kannegießerlichen Möglichkeiten, was wir wohl „wollen könnten", wenn Preußen sich in eine „Republik Berlin" verwandelte, auf die neue Theorie über die Lebensbedingungen des preußischen Staats usw. gehen wir gar nicht ein. Wir protestieren als Rheinländer nur dagegen, daß „wir zur Krone Preußen gekommen sind". Im Gegenteil, die „Krone Preußen" ist *zu uns* gekommen.

Der nächste Redner gegen den Antrag ist der Herr *Simons* aus Elberfeld. Er wiederholt alles, was der Herr Berg gesagt hat.

Auf ihn folgt ein Redner der Linken und sodann der Herr *Zachariä*. Er wiederholt alles, was Herr Simons gesagt hat.

Der Abgeordnete *Duncker* wiederholt alles, was Herr Zachariä gesagt hat. Er sagt aber auch noch einige andere Dinge, oder er sagt das schon Gesagte in so krasser Form, daß wir gut tun, auf seine Rede kurz einzugehen.

„Wenn wir, die konstituierende Versammlung von 16 Millionen Deutschen, der konstituierenden Versammlung sämtlicher Deutschen einen solchen Tadel hinwerfen, stärken wir dadurch in dem Bewußtsein des Volks die Autorität der deutschen Zentralgewalt, die Autorität des deutschen Parlaments? Untergraben wir nicht damit den freudigen Gehorsam, der ihr von den einzelnen Stämmen [gewährt] werden muß, wenn sie wirken soll für die Einheit Deutschlands?"

Nach Herrn Duncker besteht die Autorität der Zentralgewalt und Nationalversammlung, der „freudige Gehorsam"; er besteht darin, daß das *Volk* sich ihr blindlings unterwirft, aber die einzelnen *Regierungen* ihre *Vorbehalte* machen und gelegentlich ihr den Gehorsam kündigen.

„Wozu in unserer Zeit, wo die Gewalt der Tatsachen eine so unermeßliche ist, wozu theoretische Erklärungen?"

Die Anerkennung der Souveränetät der Frankfurter Versammlung durch die Vertreter „von 16 Millionen Deutschen" ist also eine bloß „theoretische Erklärung"!?

„Wenn in Zukunft die Regierung und die Volksvertretung Preußens einen Beschluß, der in Frankfurt gefaßt würde, für unmöglich, für unausführbar *hielten*, würde dann überhaupt die Möglichkeit der Ausführung eines solchen Beschlusses da sein?"

Die bloße Meinung, das *Dafürhalten* der preußischen Regierung und Volksvertretung wäre also imstande, Beschlüsse der Nationalversammlung *unmöglich* zu machen.

„Wenn das ganze preußische Volk, wenn zwei Fünftel Deutschlands sich den Frankfurter Beschlüssen nicht unterwerfen wollten, so wären sie unausführbar, wir mögen heute aussprechen, was wir wollen."

Da haben wir den ganzen alten Preußenhochmut, den Berliner Nationalpatriotismus in der ganzen alten Glorie mit dem Zopf und Krückstock des alten Fritzen. Wir sind zwar die Minorität, wir sind nur zwei Fünftel (nicht einmal), aber wir werden der Majorität schon zeigen, daß *wir* die Herren in Deutschland, daß wir die Preußen sind!

Wir raten den Herrn von der Rechten nicht, einen solchen Konflikt zwischen „Zwei Fünftel" und „Drei Fünftel" zu provozieren. Das Zahlenverhältnis würde sich doch ganz anders stellen, und manche Provinz dürfte sich erinnern, daß sie seit undenklichen Zeiten deutsch, aber erst seit dreißig Jahren preußisch ist.

Aber Herr Duncker hat einen Ausweg. Die Frankfurter so gut wie wir müssen „solche Beschlüsse fassen, daß in ihnen ausgesprochen ist der vernünftige Gesamtwille, die wahre öffentliche Meinung, daß sie bestehen können vor dem sittlichen Bewußtsein der Nation", d.h. Beschlüsse nach dem Herzen des Abgeordneten Duncker.

„Wenn wir, wenn jene in Frankfurt solche Beschlüsse fassen, dann sind wir, dann sind sie souverän, sonst sind wir es nicht, und wenn wir es zehnmal dekretieren."

Nach dieser tiefsinnigen, seinem sittlichen Bewußtsein entsprechenden Definition der Souveränetät, stößt Herr Duncker den Seufzer aus: „Jedenfalls gehört dies der Zukunft an" – und damit schließt er seine Rede.

Raum und Zeit schließen ein Eingehen auf die an demselben Tage gehaltenen Reden der Linken aus. Indessen werden unsre Leser schon aus den gegebenen Reden der Rechten gesehen haben, daß Herr Parrisius nicht ganz unrecht hatte, wenn er auf Vertagung antrug, aus dem Grunde, weil „die Hitze in dem Saale so hoch gestiegen ist, daß man *seine Gedanken nicht vollständig klar* haben kann"!

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr.55 vom 25. Juli 1848]

** *Köln*, 24. Juli. Als wir vor einigen Tagen durch den Drang der Weltereignisse genötigt waren, die Schilderung dieser Debatte zu unterbrechen, hat ein benachbarter Publizist[161] die Gefälligkeit gehabt, diese Schilderung an

unsrer Stelle zu übernehmen. Er hat das Publikum bereits auf „die Fülle treffender Gedanken und heller Ansichten", auf „den guten gesunden Sinn für wahre Freiheit" aufmerksam gemacht, welche „die Redner der Majorität in dieser großen zweitägigen Debatte gezeigt haben"[204] – und namentlich unser unvergleichlicher Baumstark.

Wir müssen uns beeilen, die Debatte zu Ende zu bringen, aber wir können nicht umhin, einige Beispiele der „treffenden Gedanken und hellen Ansichten" der Rechten aus der „Fülle" hervorzusuchen.

Den zweiten Tag der Debatte eröffnet der Abgeordnete *Abegg* mit der Drohung an die Versammlung: Wenn man über diesen Antrag ins reine kommen wolle, so müsse man die ganzen Frankfurter Debatten vollständig wiederholen – und dazu sei die hohe Versammlung doch offenbar nicht berechtigt! Das würden ihre Herren Kommittenten „bei dem praktischen Takt und praktischen Sinn, der ihnen beiwohnt", nie billigen können! Übrigens, was solle aus der deutschen Einheit werden, wenn man sich (jetzt kömmt ein ganz besonders „treffender Gedanke") „*nicht nur auf Vorbehalte* beschränke, sondern zu einer entschiedenen Billigung oder Mißbilligung der Frankfurter Beschlüsse" übergehe! Da bleibe ja nichts als die „lediglich formelle Fügsamkeit"!

Natürlich, die „lediglich formelle Fügsamkeit", die kann man durch „Vorbehalte" und im Notfall auch direkt weigern, das kann der deutschen Einheit keinen Schaden tun; aber eine Billigung oder Mißbilligung, ein Urteil über diese Beschlüsse vom stilistischen, logischen oder Nützlichkeitsstandpunkt – da hört wirklich alles auf!

Herr *Abegg* schließt mit der Bemerkung, es sei die Sache der Frankfurter, *nicht* der Berliner Versammlung, sich über die der Berliner, *nicht* der Frankfurter Versammlung vorgelegten Vorbehalte zu erklären. Man dürfe den Frankfurtern nicht vorgreifen; das beleidige ja die Frankfurter!

Die Herren in Berlin sind inkompetent, über Erklärungen zu urteilen, die ihre eignen Minister ihnen machen.

Überspringen wir nun die Götter der kleinen Leute, einen *Baltzer*, einen *Kämpff*, einen *Gräff*, und eilen wir, den Helden des Tages, den unvergleichlichen *Baumstark*, zu hören.

Der Abgeordnete *Baumstark* erklärt, er werde sich nie für inkompetent erklären, sobald er nicht zugeben müsse, er verstehe von der Sache nichts – und das werde doch wohl nicht das Resultat der achtwöchentlichen Debatte sein, daß man von der Sache nichts verstehe?

Der Abgeordnete Baumstark ist also *kompetent*. Und zwar folgendermaßen:

„Ich frage, sind wir denn durch unsere bisher bewiesene Weisheit dazu vollkommen berechtigt" (d. h. kompetent), „einer Versammlung gegenüberzutreten, welche

das allgemeine Interesse Deutschlands,
die Bewunderung von ganz Europa,
durch die Vortrefflichkeit ihrer Gesinnung,
durch die Höhe ihrer Intelligenz,
durch die Sittlichkeit ihrer Staatsanschauung

auf sich gezogen hat – ich sage, durch alles, was in der Geschichte den Namen Deutschlands groß gemacht und verherrlicht hat? Dem *beuge* ich mich" (d.h. erkläre mich *inkompetent*) „und wünsche, daß die Versammlung in dem Gefühl der Wahrheit (!!) sich ebenfalls beugen" (d.h. *inkompetent* erklären) „möge!"

„Meine Herren", fährt der „kompetente" Abgeordnete Baumstark fort, „man hat in der gestrigen Sitzung gesagt, daß man von Republik usw. gesprochen, das sei ein unphilosophisches Wesen. Es kann aber unmöglich unphilosophisch sein, als ein Charakteristikum der Republik im demokratischen Sinne die Verantwortlichkeit dessen zu bezeichnen, der an der Spitze des Staats steht. Meine Herren, es steht fest, daß alle Staatsphilosophen von *Plato* an *bis herab zu Dahlmann*" (tiefer „herab" konnte der Abgeordnete Baumstark allerdings nicht steigen) „diese Ansicht ausgesprochen haben, und wir dürfen ohne ganz besondere Gründe, die noch erst vorgebracht werden müssen, dieser mehr als tausendjährigen Wahrheit (!) und historischen Tatsache nicht widersprechen."

Herr Baumstark meint also doch, daß man wohl zuweilen „ganz besondere Gründe" haben könne, um sogar „historischen Tatsachen" zu widersprechen. Die Herren von der Rechten pflegen sich allerdings in dieser Beziehung nicht zu genieren.

Herr Baumstark erklärt sich ferner abermals *inkompetent*, indem er die Kompetenz auf die Schultern „aller Staatsphilosophen von Plato bis herab zu Dahlmann" schiebt, zu welchen Staatsphilosophen Herr Baumstark natürlich nicht gehört.

„Denke man sich dies Staatsgebäude! *Eine* Kammer und ein verantwortlicher Reichsverweser, und basiert auf das jetzige Wahlgesetz! Bei einiger Betrachtung würde man finden, daß dies der *gesunden Vernunft* widerspricht."

Und nun tut Herr Baumstark folgenden tiefgeschöpften Ausspruch, der selbst bei der schärfsten Betrachtung nicht „der gesunden Vernunft" widersprechen wird:

„Meine Herren! Zur Republik gehört zweierlei: die Volksansicht und die leitenden Persönlichkeiten. Wenn wir unsere deutsche Volksansicht etwas näher betrachten, so werden wir darin von *dieser*" (nämlich der erwähnten reichsverweserlichen) „Republik wenig finden!"

Herr Baumstark erklärt sich also abermals *inkompetent*, und diesmal ist es die *Volksansicht*, die für die Republik statt seiner kompetent ist. Die Volksansicht „versteht" also mehr von der Sache als der Abgeordnete Baumstark.

Endlich aber beweist der Redner, daß es auch Sachen gibt, von denen er etwas „versteht", und zu diesen Sachen gehört vor allen Dingen die Volkssouveränetät.

„Meine Herren! Die Geschichte, und ich muß darauf zurückkommen, gibt den Beweis, *wir haben Volkssouveränetät von jeher gehabt*, aber sie hat sich unter verschiedenen Formen verschieden gestaltet."

Und jetzt folgt eine Reihe der „treffendsten Gedanken und hellsten Ansichten" über die brandenburgisch-preußische Geschichte und die Volkssouveränetät, welche den benachbarten Publizisten alle irdischen Leiden im Übermaß konstitutioneller Wonne und doktrinärer Seligkeit verschwinden macht.

„Als der Große Kurfürst jene morschen ständischen Elemente, infiziert von dem Gift französischer Entsittlichung" (das Recht der ersten Nacht war allerdings allmählich von der „französischen entsittlichten" Zivilisation zu Grabe getragen worden!) „unberücksichtigt ließ, *ja* (!) niederschmetterte" (das „Niederschmettern" ist allerdings die beste Art, etwas unberücksichtigt zu lassen), „da ward ihm allgemein vom Volke zugejauchzt in dem tiefen Gefühl der Sittlichkeit, einer Kräftigung des deutschen, insbesondere des preußischen Staatsgebäudes."

Man bewundre das „tiefe Gefühl der Sittlichkeit" der brandenburgischen Spießbürger des 17. Jahrhunderts, die im tiefen Gefühl ihrer Profite dem Kurfürsten zujauchzten, als er ihre Feinde, die Feudalherren, angriff und ihnen selbst Konzessionen verkaufte – man bewundre aber noch mehr die „gesunde Vernunft" und „helle Ansicht" des Herrn Baumstark, der in diesem Zujauchzen „Volkssouveränetät" erblickt!

„Zu jener Zeit ist keiner gewesen, der dieser absoluten Monarchie nicht gehuldigt hätte" (weil er sonst Stockprügel bekommen), „und der Große Friedrich wäre zu jener Bedeutung nicht gekommen, hätte ihn die *wahre* Volkssouveränetät nicht getragen."

Die Volkssouveränetät der Stockprügel, Leibeigenschaft und Frondienste – das ist für Herrn Baumstark die *wahre* Volkssouveränetät. Naives Geständnis!

Von der wahren kommt Herr Baumstark jetzt zu den *falschen* Volkssouveränetäten.

„Aber es kam eine andere Zeit, die der konstitutionellen Monarchie."

Dies wird bewiesen durch eine lange „konstitutionelle Litanei", deren kurzer Sinn ist, daß das Volk in Preußen von 1811 bis 1847 stets nach der

Konstitution, nie nach der Republik gerufen habe (!), woran sich ungezwungen die Bemerkung knüpft, daß auch von der letzten süddeutschen republikanischen Schilderhebung[64] „das Volk sich mit Entrüstung hinweggewendet hat".

Daraus folgt nun ganz natürlich, daß die zweite Art der Volkssouveränetät (freilich nicht mehr die „wahre") die „eigentlich konstitutionelle" ist.

„Es ist die, durch welche die Staatsgewalt unter König und Volk geteilt wird, es ist eine *geteilte* Volkssouveränetät" (die „Staatsphilosophen von Plato bis herab zu Dahlmann" mögen uns sagen, was das heißen soll), „welche dem Volke *unverkürzt* und *unbedingt* werden muß (!!), aber ohne daß der König an seiner gesetzlichen Gewalt" (durch welche Gesetze ist diese in Preußen seit dem 19. März bestimmt?) „verliert – darüber ist Klarheit" (namentlich im Kopfe des Abgeordneten Baumstark); „der Begriff ist durch die Geschichte des konstitutionellen Systems festgesetzt, und kein Mensch kann mehr darüber im Zweifel sein" (die „Zweifel" fangen leider erst wieder an, wenn man die Rede des Abgeordneten Baumstark liest).

Endlich „gibt es eine dritte Volkssouveränetät, es ist die demokratisch-republikanische, auf den sogenannten breitesten Grundlagen ruhen sollende. Dieser unglückliche Ausdruck ‚*breiteste Grundlage*'!"

Gegen diese breiteste Grundlage „erhebt" nun Herr Baumstark „ein Wort". Diese Grundlage führt zum Verfall der Staaten, zur Barbarei! Wir haben keine Catonen, die der Republik die sittliche Unterlage geben könnten. Und jetzt beginnt Herr Baumstark so laut in das alte, längst verstimmte und mit Beulen besäte Montesquieusche Horn von der republikanischen Tugend zu stoßen, daß der benachbarte Publizist von Bewunderung fortgerissen ebenfalls einstimmt und zum Erstaunen von ganz Europa den glänzenden Beweis führt, daß die „republikanische Tugend ... eben zum Konstitutionalismus führt"! Zu gleicher Zeit aber fällt Herr Baumstark in eine andere Tonart und läßt sich durch die *Abwesenheit* der republikanischen Tugend ebenfalls zum Konstitutionalismus führen. Den glänzenden Effekt dieses Duetts, in dem nach einer Reihe der herzzerreißendsten Dissonanzen zuletzt beide Stimmen auf dem versöhnenden Akkord des Konstitutionalismus zusammenkommen, mag sich der Leser denken.

Herr Baumstark kommt nun durch längere Erörterungen zu dem Resultat, daß die Minister eigentlich gar „keinen *eigentlichen* Vorbehalt" gemacht hätten, sondern nur „einen *leisen* Vorbehalt im Betreff der Zukunft", gerät zuletzt selbst auf die breiteste Grundlage, indem er das Heil Deutschlands nur in einem *demokratisch*-konstitutionellen Staate sieht, und wird dabei so sehr „von dem Gedanken an die Zukunft Deutschlands überwältigt", daß er sich durch den Ruf Luft macht: „Hoch, dreimal hoch das volkstümlich-konstitutionelle erbliche deutsche Königtum!"

In der Tat, er hatte recht zu sagen: Diese unglückliche breiteste Grundlage!

Es sprechen nun noch mehrere Redner beider Seiten, aber nach dem Abgeordneten Baumstark wagen wir sie unsern Lesern nicht mehr vorzuführen. Nur eins erwähnen wir noch: Der Abgeordnete *Wachsmuth* erklärt, an der Spitze seines Glaubensbekenntnisses stehe der Satz des edlen Stein: Der Wille freier Menschen ist der unerschütterliche Pfeiler jedes Throns.

„Das", ruft der benachbarte Publizist, in Entzücken schwelgend, „das trifft den Mittelpunkt der Sache! Nirgends gedeiht der Wille freier Menschen besser als im Schatten des unerschütterlichen Throns, nirgends ruht der Thron so unerschütterlich wie auf der intelligenten Liebe freier Menschen!"

In der Tat, die „Fülle treffender Gedanken und heller Ansichten", der „gesunde Sinn für wahre Freiheit", die die Majorität in dieser Debatte entwickelt hat, reicht noch lange nicht an die inhaltreiche Gedankenschwere des benachbarten Publizisten!

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die Unterdrückung der Klubs in Stuttgart und Heidelberg

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 50 vom 20. Juli 1848]

** *Köln*, 19. Juli.

Mein Deutschland trank sich einen Zopf,
Und du, du glaubtest den Toasten!
Du glaubtest jedem Pfeifenkopf
Und seinen schwarz-rot-goldnen Quasten![205]

Und dies, biederer Deutscher, ist in der Tat abermals dein Schicksal gewesen. Du glaubst eine Revolution gemacht zu haben? Täuschung! – Du glaubst mit dem Polizeistaat fertig geworden zu sein? Täuschung! – Du glaubst das Recht der freien Vereinigung zu besitzen, Preßfreiheit, Volksbewaffnung und andere schöne Worte, die man dir über die Märzbarrikaden hinüberrief? Täuschung, nichts als Täuschung!

Doch als der holde Rausch entwich,
Mein teurer Freund, du standst betroffen![205]

Betroffen über deine indirekt gewählten sog. Nationalversammlungen[206], betroffen über die erneuerten Ausweisungen deutscher Bürger aus deutschen Städten, betroffen über die Säbeltyrannei in Mainz, Trier, Aachen, Mannheim, Ulm, Prag, betroffen über die Verhaftungen und politischen Prozesse in Berlin, Köln, Düsseldorf, Breslau usw.

Aber eins blieb dir, biederer Deutscher – die Klubs! Du konntest in die Klubs gehen und dich vor dem Publikum beschweren über die politischen Prellereien der letzten Monate; du konntest dein beschwertes Herz vor Gleichgesinnten ausschütten und Trost finden in den Worten gleichgesinnter, gleichgedrückter Patrioten!

Jetzt aber hat auch das ein Ende. Die Klubs sind unvereinbar mit dem Bestehen der „Ordnung". Damit „das Vertrauen wiederkehre", ist es dringend nötig, daß dem wühlerischen Treiben der Klubs ein Ziel gesetzt werde.

Wir haben gestern erzählt, wie die *württembergische* Regierung den demokratischen Kreisverein in Stuttgart durch königl[iche] Ordonnanz geradezu *verboten* hat. Man gibt sich nicht mehr die Mühe, die Klubführer vor Gericht zu stellen, man kommt auf die alten Polizeimaßregeln zurück. Ja, die Herren *Harpprecht*, *Duvernoy* und *Maucler*, welche diese Ordonnanz kontrasigniert haben, gehen noch weiter – sie schreiben außergesetzliche Strafen gegen die Übertreter des Verbots vor, Strafen, die bis zu einem Jahr Gefängnis gehen; sie machen Strafgesetze, und noch dazu exzeptionelle Strafgesetze ohne die Kammern, bloß „kraft des § 89 der Verfassung"!

Nicht besser in *Baden*. Wir erzählen heute das Verbot des demokratischen Studentenvereins in Heidelberg. Hier wird das Assoziationsrecht im allgemeinen nicht so offen bestritten, man bestreitet es nur den *Studenten*, kraft der alten, längst abgeschafften Ausnahmsgesetze des Bundestags[207], man bedroht sie mit den in diesen ungültigen Gesetzen vorgeschriebenen Strafen.

Wir haben nun wohl zu erwarten, daß nächstens auch bei uns die Klubs unterdrückt werden.

Damit die Regierungen aber dergleichen Maßregeln mit vollständiger Sicherheit treffen können, ohne der öffentlichen Meinung gehässig zu werden – dafür haben wir eine Nationalversammlung in Frankfurt. Diese Versammlung wird natürlich über dergleichen Polizeimaßregeln ebenso leichten Schritts zur Tagesordnung übergehen, wie über die Mainzer Revolution[1].

Also nicht um irgend etwas bei der Versammlung durchzusetzen, sondern bloß um die Majorität der Versammlung noch einmal zu zwingen, ihren Bund mit der Reaktion vor ganz Deutschland zu proklamieren – deswegen fordern wir die Deputierten der äußersten Linken in Frankfurt auf, zu beantragen:

Daß die Urheber dieser Maßregeln, und namentlich die Herren Harpprecht Duvernoy, Maucler und Mathy wegen Verletzung der „Grundrechte des deutschen Volkes" *in Anklagezustand gesetzt werden.*

Geschrieben von Friedrich Engels.

[1] Siehe vorl. Band, S. 14–18

Der preußische Preßgesetzentwurf[208]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 50 vom 20. Juli 1848]

** *Köln*, 19. Juli. Wir dachten, unsre Leser heute wieder mit den Vereinbarungsdebatten erheitern und ihnen namentlich eine brillante Rede des Abgeordneten Baumstark vorlegen zu können, aber die Ereignisse verhindern uns daran.

Jeder ist sich selbst der Nächste. Wenn die Existenz der Presse bedroht ist, läßt man selbst den Abgeordneten Baumstark fahren.

Herr Hansemann hat der Vereinbarungsversammlung ein interimistisches Preßgesetz vorgelegt. Die väterliche Sorgfalt des Herrn Hansemann für die Presse verlangt sofortige Berücksichtigung.

Früher verschönerte man den Code Napoléon[90] durch die erbaulichsten Titel des Landrechts[167]. Jetzt, nach der Revolution, ist das anders geworden; jetzt bereichert man das allgemeine Landrecht durch die duftigsten Blüten des Code und der Septembergesetzgebung[6]. Duchâtel ist natürlich kein Bodelschwingh.

Wir haben bereits vor mehreren Tagen die Hauptbestimmungen dieses Preßgesetzentwurfs mitgeteilt. Kaum hatte man uns durch einen Verleumdungsprozeß[1] Gelegenheit gegeben zu beweisen, daß die Artikel 367 und 368 des Code pénal[166] mit der Preßfreiheit im schreiendsten Widerspruch stehen, so trägt Herr Hansemann darauf an, nicht nur sie auf die ganze Monarchie auszudehnen, sondern auch sie noch dreifach zu verschärfen. Wir finden alles in dem neuen Entwurf wieder, was uns bereits durch die praktische Erfahrung so lieb und teuer geworden ist:

Wir finden das Verbot, bei drei Monaten bis zu drei Jahren Strafe, jemanden einer Tatsache zu beschuldigen, die gesetzlich strafbar ist oder ihn nur

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 198–201

„der öffentlichen Verachtung aussetzt"; wir finden das Verbot, die Wahrheit der Tatsache anders als durch eine „vollgültige Beweisurkunde" zu führen, kurz, wir finden die klassischsten Denkmäler napoleonischer Preßdespotie wieder.

In der Tat, Herr Hansemann hält sein Versprechen, die alten Provinzen der Vorteile der rheinischen Gesetzgebung teilhaftig zu machen!

Der § 10 des Gesetzentwurfs setzt diesen Bestimmungen die Krone auf: Geschah die Verleumdung gegen *Staatsbeamte* in bezug auf ihre Staatsverrichtungen, so kann die ordentliche Strafe *um die Hälfte erhöht werden.*

Artikel 222 des Strafgesetzbuches bestraft mit einmonatlicher bis zweijähriger Gefängnisstrafe, wenn ein Beamter in Ausübung oder gelegentlich (à l'occasion) der Ausübung seines Amtes eine *Beleidigung durch Worte* (outrage par parole) erhalten hat. Dieser Artikel war trotz der wohlwollenden Anstrengungen der Parquets bisher auf die Presse nicht anzuwenden, und aus guten Gründen. Um diesem Übelstande abzuhelfen, hat ihn Herr Hansemann in obigen § 10 verwandelt. Erstens ist das „gelegentlich" in das bequemere „in *bezug* auf ihre Amtsverrichtungen" verwandelt; zweitens ist das lästige par parole[1] in par écrit[2] verwandelt; drittens ist die Strafe verdreifacht.

Von dem Tage an, wo dies Gesetz in Kraft tritt, können die preußischen Beamten ruhig schlafen. Brennt Herr Pfuel den Polen die Hände und Ohren mit Höllenstein, und die Presse veröffentlicht das – viereinhalb Monat bis viereinhalb Jahr Gefängnis! Werden Bürger aus Versehen ins Gefängnis geworfen, obwohl man weiß, daß sie nicht die rechten sind, und die Presse teilt das mit – viereinhalb Monat bis viereinhalb Jahr Gefängnis! Machen sich Landräte zu reaktionären Kommis-Voyageurs[3] und Unterschriftensammlern für royalistische Adressen[4], und die Presse enthüllt die Herren – viereinhalb Monat bis viereinhalb Jahr Gefängnis!

Von dem Tage an, wo dies Gesetz in Kraft tritt, können die Beamten ungestraft jede Willkürlichkeit, jede Tyrannei, jede Ungesetzlichkeit begehen; sie können ruhig prügeln und prügeln lassen, verhaften, ohne Verhör festhalten; die einzig wirksame Kontrolle, die Presse, ist unwirksam gemacht. An dem Tage, wo dies Gesetz in Kraft tritt, kann die Bürokratie ein Freudenfest feiern: sie wird mächtiger, ungehinderter, stärker als sie es vor dem März war.

In der Tat, was bleibt von der Preßfreiheit, wenn man das, was die öffentliche Verachtung *verdient*, nicht mehr der öffentlichen Verachtung preisgeben darf?

---

[1] durch Worte – [2] durch Schriften – [3] Handlungsreisenden – [4] siehe vorl. Band, S. 170

Nach den bisherigen Gesetzen konnte die Presse wenigstens Tatsachen als Beweise ihrer allgemeinen Behauptungen und Anklagen anführen. Das wird jetzt ein Ende nehmen. Sie wird nicht mehr *berichten*, sie wird nur noch allgemeine *Phrasen machen* dürfen, damit die Wohlmeinenden, vom Herrn Hansemann abwärts bis zum Weißbierbürger, das Recht haben zu sagen, die Presse *schimpfe* bloß, sie *beweise* nichts! Gerade deswegen verbietet man ihr das Beweisen.

Wir empfehlen übrigens Herrn Hansemann einen Zusatz zu seinem wohlwollenden Entwurf. Er möge es auch für strafbar erklären, die Herren Beamten nicht nur der öffentlichen Verachtung, sondern auch dem öffentlichen Gelächter auszusetzen. Diese Lücke dürfte sonst schmerzlich empfunden werden.

Auf den Unzüchtigkeitsparagraphen, auf die Konfiskationsvorschriften usw. gehen wir nicht näher ein. Sie übertreffen die crème der Louis-Philippistischen und Restaurations-Preßgesetzgebung. Nur eine Bestimmung: Der Staatsanwalt kann nach § 21 die Beschlagnahme nicht nur der fertigen Druckschrift beantragen, er kann selbst die eben erst *zum Druck abgegebene Handschrift* konfiszieren lassen, wenn der Inhalt ein von Amts wegen verfolgbares Verbrechen oder Vergehen begründet! Welch ein weites Feld für menschenfreundliche Prokuratoren! Welch eine angenehme Zerstreuung, zu jeder beliebigen Zeit auf Zeitungsbüros zu gehen und sich die „zum Druck abgegebene Handschrift" zur Begutachtung vorlegen zu lassen, da es doch möglich wäre, daß sie ein Verbrechen oder Vergehen begründen könnte!

Wie possierlich nimmt sich daneben der feierliche Ernst jenes Paragraphen des Verfassungsentwurfs[85] und der „Grundrechte des deutschen Volks" aus, nach dem es heißt: *Die Zensur kann nie wieder hergestellt werden!*

Geschrieben von Karl Marx.

Der Bürgerwehrgesetzentwurf

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 51 vom 21. Juli 1848]

** *Köln*, 20. Juli. *Die Bürgerwehr ist aufgelöst*, das ist der *Hauptparagraph* des Gesetzentwurfs über die Errichtung der Bürgerwehr[196], obgleich er erst am Ende desselben als § 121 auftritt unter der bescheidnen Form:

„Durch die Bildung der Bürgerwehr nach der Bestimmung dieses Gesetzes werden alle zur Bürgerwehr gegenwärtig gehörenden oder neben derselben bestehenden bewaffneten Korps aufgelöst."

Mit der Auflösung der nicht direkt zur Bürgerwehr gehörigen Korps hat man ohne weitere Umstände begonnen. Die Auflösung der Bürgerwehr selbst kann nur unter dem Scheine ihrer *Reorganisation* vollbracht werden.

Der gesetzgeberische Anstand zwang in § 1 die hergebrachte konstitutionelle Phrase aufzunehmen:

„Die Bürgerwehr hat die *Bestimmung*, die *verfassungsmäßige Freiheit* und die gesetzliche Ordnung zu *schützen*."

Um dem *„Wesen dieser Bestimmung"* zu entsprechen, darf die Bürgerwehr aber weder denken an öffentliche Angelegenheiten noch von ihnen sprechen, noch über sie beraten oder beschließen (§ 1), noch sich versammeln, noch unter die Waffen treten (§ 6), noch überhaupt ein Lebenszeichen von sich geben, es sei denn mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis. Nicht die Bürgerwehr „schützt" die Verfassung vor den Behörden, sondern die Behörden schützen die Verfassung vor der Bürgerwehr. Sie hat also (§ 4) den „Requisitionen der Behörden" blindlings „Folge zu leisten" und sich alles Einmischens „in die Verrichtungen der Gemeinde- oder Verwaltungs- oder gerichtlichen Behörden", wie alles etwaigen Räsonierens zu entschlagen. „Verweigert" sie den passiven Gehorsam, so kann der Herr Regierungspräsident sie auf vier Wochen *„ihres Dienstes entheben"* (§ 4). Erregt sie gar das allerhöchste Miß-

vergnügen, so kann eine „Königliche Verordnung" sie für „sechs Monate" ihres „*Dienstes* entheben" oder gar ihre „Auflösung" verfügen, der erst nach sechs Monaten eine Neubildung auf dem Fuße folgen *soll* (§ 3). Es „soll" also (§ 2) in „jeder Gemeinde des Königreichs eine Bürgerwehr bestehn", soweit nämlich der Herr Regierungspräsident oder der König nicht in jeder Gemeinde das Gegenteil zu verfügen sich veranlaßt finden. Wenn die Staatsangelegenheit nicht zum „Ressort" der Bürgerwehr, so gehört dagegen die Bürgerwehr „zum Ressort des Ministers des Innern", d.h. des *Polizeiministers*, der ihr natürlich Vorgesetzter und dem „Wesen seiner Bestimmung nach" der getreue Eckart der „verfassungsmäßigen Freiheit" ist (§ 5). Soweit die Bürgerwehr von dem Herrn Regierungspräsidenten und den übrigen Herrn Beamten nicht zum „Schutz der verfassungsmäßigen Freiheit", d.h. zur Ausführung des Dafürhaltens der Herrn Vorgesetzten beordert, d.h. zum *Dienst* kommandiert wird, besteht ihre eigentümliche Lebensaufgabe darin, das von einem königl[ichen] *Oberst* entworfene *Dienstreglement* auszuführen. Das Dienstreglement ist ihre Magna Charta[1], zu deren Schutz und Ausübung sie sozusagen gebildet ist. Es lebe das *Dienstreglement!* Die Einrollierung[2] in die Bürgerwehr gibt endlich Veranlassung, jeden Preußen „nach vollendetem 24. und vor zurückgelegtem 50. Lebensjahre" folgenden *Eid* schwören zu lassen:

„Ich schwöre Treue und Gehorsam dem Könige, der Verfassung und den Gesetzen des Königsreichs."

Die arme Verfassung! Wie eingeengt, wie verschämt, wie bürgerlich bescheiden, mit welch subalterner Haltung sie dasteht, mitten zwischen dem Könige und den Gesetzen. Erst kommt der royalistische Eid, der Eid der lieben Getreuen, und dann kommt der konstitutionelle Eid, und zum Schluß kommt ein Eid, der gar keinen Sinn hat, es sei denn den legitimistischen, daß neben den Gesetzen, die aus der Verfassung hervorgehn, noch andre Gesetze bestehn, die aus königlicher Machtvollkommenheit entspringen. Und nun gehört der gute Bürger von Kopf bis Fuß zum „Ressort des Ministeriums des Innern".

Der brave Mann hat die Waffen und den Waffenrock erhalten, unter der Bedingung, zunächst auf seine ersten politischen Rechte, das Assoziationsrecht usw., zu verzichten. Seine Aufgabe, die „verfassungsmäßige Freiheit" zu schützen, wird dem „Wesen ihrer Bestimmung" gemäß dadurch gelöst, daß er blindlings die Befehle der Behörden vollzieht, daß er die gewöhnliche, selbst unter der absoluten Monarchie geduldete bürgerliche Freiheit ver-

[1] Grundgesetz der englischen Verfassung aus dem Jahre 1215 – [2] Einreihung

tauscht mit dem passiven, willen- und selbstlosen Gehorsam des Soldaten. Schöne Schule, um, wie Herr Schneider in der Vereinbarungsversammlung sagt[1], die Republikaner der Zukunft heranzuziehn! Was ist aus unserm *Bürger* geworden? Ein Mittelding zwischen einem preußischen Gendarmen und einem englischen Konstabler. Aber für alle seine Verluste tröstet ihn das *Dienstreglement* und das Bewußtsein, Ordre zu parieren. Statt die Armee in das Volk, war es nicht origineller, das Volk in die Armee aufzulösen?

Es ist ein wahrhaft bizarres Schauspiel, diese *Verwandlung konstitutioneller Phrasen in preußische Tatsachen.*

Wenn das Preußentum sich bequemt, konstitutionell, so soll aber auch der Konstitutionalismus sich bequemen, preußisch zu werden. Armer Konstitutionalismus! Brave Deutsche! Solange haben sie gejammert, daß man die „*heiligsten*" Versprechen nicht erfülle. Bald werden sie nur noch *eine* Furcht kennen, die Furcht vor der Erfüllung der heiligen Versprechen! Das Volk wird gestraft, par où il a péché[2]. Ihr habt *Preßfreiheit* verlangt? Ihr sollt mit der Preßfreiheit *gestraft* werden und eine Zensur ohne Zensoren erhalten, eine Zensur durch das Parquet, eine Zensur durch ein Gesetz, das es im „Wesen der Bestimmung" der Presse findet, sich um alles zu kümmern, nur nicht um die Behörden, die unfehlbaren Behörden, eine Zensur der Gefängnis- und Geldstrafen. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so sollt ihr schreien nach dem guten, alten, vielgelästerten, vielverkannten Zensor, dem letzten Römer, unter dessen asketischer Vorsehung ihr einen so bequemgefahrlosen Lebenswandel führtet.

Ihr habt *Volkswehr* verlangt? Ihr sollt ein *Dienstreglement* erhalten. Ihr sollt zur Disposition der Behörden gestellt, ihr sollt militärisch einexerziert und im passiven Gehorsam geschult werden, daß euch die Augen übergehn.

Der preußische Scharfsinn hat ausgewittert, daß jede neue konstitutionelle Institution den interessantesten Anlaß bietet zu neuen Strafgesetzen, zu neuen Reglements, zu neuer Maßreglung, zu neuer Überwachung, zu neuen Schikanen und zu einer neuen Bürokratie.

Noch mehr konstitutionelle Forderungen! Noch mehr konstitutionelle Forderungen! ruft das Ministerium der Tat. Für jede Forderung haben wir eine *Tat!*

Forderung: Jeder Bürger soll zum Schutz der „verfassungsmäßigen Freiheit" bewaffnet werden.

Antwort: Jeder Bürger gehört von nun an zum Ressort des Ministeriums des Innern.

[1] Siehe vorl. Band, S. 223–225 – [2] womit es gesündigt hat

Es wäre leichter, die Griechen wiederzuerkennen unter den Tierformen, worin die Circe sie verwandelt[209], als die konstitutionellen Institutionen unter den Phantasiegebilden, worin das *Preußentum* sie umzaubert und sein *Ministerium der Tat*.

Nach der *preußischen Reorganisation Polens*[52] *die preußische Reorganisation der Bürgerwehr!*

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 52 vom 22. Juli 1848]

** *Köln*, 21. Juli. Wir haben gesehn, die „allgemeinen Bestimmungen" des Gesetzentwurfs über die *Bürgerwehr* verlaufen sich dahin: Die Bürgerwehr hat aufgehört zu existieren. Wir gehn noch flüchtig auf einige andere Abschnitte des Entwurfs ein, um den Geist des „Ministeriums der Tat" abzudestillieren, und auch hier müssen wir wählig mit dem Rohstoff des pseudonymen Instituts verfahren. Eine große Anzahl §§ unterstellt die neue Gemeinde- und Kreisordnung, eine neue administrative Einteilung der Monarchie usw., lauter Wesen, die, wie bekannt, nur noch im geheimnisschwangern Schoße des Ministeriums der Tat ihr verborgnes Leben führen. Warum also hat das Ministerium der Tat seinen Gesetzentwurf über die Reorganisation der Bürgerwehr den verheißenen Gesetzentwürfen über die Gemeinde- und Kreisordnung usw. vorhergehen lassen?

Im Abschnitt III finden wir zwei Dienstlisten, die Dienstliste der Honetten und die Dienstliste der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Bürgerwehrpflichtigen (§ 14 [und 16]). Zu den Leuten, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, zählt natürlich nicht das Heer der Beamten. Man weiß, daß sie in Preußen die eigentlich produktive Klasse bilden. Die Paupers nun sind, wie die Sklaven im alten Rom, „nur in außerordentlichen Fällen zum Dienste heranzuziehen". Wenn die Paupers ihrer bürgerlichen Unselbständigkeit wegen zum Schutz der „verfassungsmäßigen Freiheit" so wenig berufen sind als die Lazzaroni in Neapel, verdienen sie in diesem neuen Institut des passiven Gehorsams eine untergeordnete Stellung einzunehmen?

Abgesehen von den Paupers, finden wir aber eine ungleich wichtigere Unterscheidung zwischen den *zahlungsfähigen* und den *zahlungsunfähigen* Bürgerwehrpflichtigen.

Vorher noch eine Bemerkung. Nach § 53 soll

„die Bürgerwehr eine im ganzen Lande gleiche, einfache Dienstkleidung tragen, welche vom Könige bestimmt wird. Die Dienstkleidung darf nicht so beschaffen sein, daß sie Veranlassung zur Verwechselung mit dem Heere gibt."

Natürlich! Die Kleidung muß so beschaffen sein, daß das Heer der Bürgerwehr und die Bürgerwehr dem Volke gegenübersteht und daß bei solchen Gelegenheiten wie Einhauen, Füsilieren u. dgl. Kriegsmanövern keine Verwechselung vorfallen kann. Die *Dienst*kleidung *als solche* ist aber ebenso unentbehrlich wie die *Dienst*liste, wie das *Dienst*reglement. Die Livrée der Freiheit ist eben die *Dienst*kleidung. Diese Livrée gibt Anlaß, die Kosten der Ausstattung eines Bürgerwehrmanns bedeutend zu vermehren, und die vermehrten Kosten dieser Ausstattung geben willkommnen Anlaß, zwischen den *Bourgeois* der Bürgerwehr und den *Proletariern* der Bürgerwehr eine unendliche Kluft zu graben.

Man höre:

§ 57. „Für die Dienstkleidung, wo eine solche stattfindet, für die Dienstzeichen und für die Waffen muß jedes Mitglied der Bürgerwehr *auf eigene Kosten* sorgen. Die Gemeinde ist jedoch verpflichtet, diese Gegenstände auf ihre Kosten in solcher Menge zu beschaffen, als zur Ausrüstung *desjenigen Teils der wirklich diensttuenden Mannschaft, welcher die Kosten aus eignen Mitteln nicht tragen kann,* erforderlich ist."

§ 59. „Die Gemeinde behält das Eigentumsrecht[1] der von ihr angeschafften Ausrüstungsgegenstände und *kann dieselben außer der Zeit des Dienstgebrauches an besonderen Orten aufbewahren lassen.*"

Alle also, die sich nicht von Kopf bis Fuß militärisch ausrüsten können – und es ist dies die große Mehrzahl der preußischen Bevölkerung, es ist die Gesamtheit der Arbeiter, es ist ein großer Teil des Mittelstandes –, diese *alle* sind gesetzlich *entwaffnet* „außer der Zeit des Dienstgebrauchs", während die *Bourgeoisie* der Bürgerwehr zu jeder Zeit im Besitz von Waffen und Dienstkleidungen bleibt. Da dieselbe Bourgeoisie in der Form der „Gemeinde" sämtliche von ihr „angeschafften Ausrüstungsgegenstände" an „besondern Orten aufbewahren lassen kann", so befindet sie sich nicht nur im Besitz ihrer *eignen* Waffen, sie befindet sich zudem im Besitz der Waffen des bürgerwehrlichen Proletariats, und sie „*kann*" und „*wird*", sollte es zu ihr mißliebigen politischen Kollisionen kommen, die Herausgabe der Waffen selbst zum „*Dienstgebrauch*" verweigern. So ist das politische Privilegium des Kapitals in der unscheinbarsten, aber in der wirksamsten, in der entschiedensten Form wiederhergestellt. Das Kapital besitzt das Privilegium der Waffen gegenüber dem Wenigvermögenden, wie der mittelaltrige Feudalbaron gegenüber seinem Leibeignen.

Damit das Privilegium in seiner ganzen Ausschließlichkeit wirke, ist nach § 56 nur

[1] Im Gesetzentwurf: Eigentum

„auf dem Lande und in Städten unter 5000 Einwohnern die Bewaffnung der Bürgerwehrmänner mit Pike oder Seitengewehr ausreichend und bei dieser Bewaffnungsart statt der Dienstkleidung nur ein vom Obersten zu bestimmendes *Dienstzeichen* erforderlich.“

In allen Städten *über* 5000 Einwohner muß die *Dienstkleidung* den *Zensus*, der wirklich erst in den Besitz der Wehrfähigkeit setzt, und mit ihm die Zahl des bürgerwehrlichen Proletariats vermehren. Wie Dienstkleidung und Waffen diesem Proletariat, d.h. dem größten Teil der Bevölkerung, nur *geliehen* sind, so ist ihm überhaupt das *Wehrrecht* nur *geliehen*, seine Existenz als Wehrmann ist nur eine geliehene, und – beati possidentes, glücklich die Besitzenden! Die moralische Unbehaglichkeit, worin ein *geliehener Rock* das Individuum einhüllt, und nun gar ein geliehener Rock, der, wie beim Soldaten, von einem Leib auf den andern der Reihe nach herumfliegt – diese moralische Unbehaglichkeit ist natürlich das erste Erfordernis für die Römer, die berufen sind, die „verfassungsmäßige Freiheit zu schützen“. Aber im Gegensatz dazu, wird nicht das stolze Selbstgefühl der *zahlungsfähigen* Bürgerwehr wachsen, und was will man mehr?

Und selbst diese Bedingungen, welche das Wehrrecht für den größten Teil der Bevölkerung illusorisch machen, sie sind im Interesse des besitzenden Teils, des privilegierten Kapitals, wieder unter neue, noch einengendere Bedingungen eingeschachtelt.

Die Gemeinde braucht nämlich die Ausrüstungsgegenstände nur vorrätig zu haben für den „wirklich diensttuenden“ Teil der zahlungsunfähigen Mannschaft. Nach § 15 verhält es sich mit diesem „wirklich diensttuenden“ Teil wie folgt:

„In allen Gemeinden, in welchen die Gesamtzahl der für den laufenden Dienst verwendbaren Männer den 20. Teil der Bevölkerung übersteigt, hat die Gemeindevertretung das Recht, die wirklich diensttuende Mannschaft auf diesen Teil der Bevölkerung zu beschränken. Macht sie von dieser Befugnis Gebrauch, so muß sie einen Wechsel des Dienstes in der Art feststellen, daß alle für den laufenden Dienst verwendbaren Männer nach und nach an die Reihe kommen. Es darf jedoch bei dem jedesmaligen Wechsel nicht mehr als ein Drittel auf einmal ausscheiden; auch müssen alle Altersklassen nach Verhältnis der darin vorhandenen Zahl von Bürgerwehrmännern gleichzeitig herangezogen werden.“

Und nun berechne man, für welchen winzigen Teil des bürgerwehrlichen Proletariats und der Gesamtbevölkerung die Ausrüstungsgegenstände *wirklich* von der Gemeinde beschafft werden?

In unsrem gestrigen Artikel sahen wir das *Ministerium der Tat* das konstitutionelle Institut der Bürgerwehr reorganisieren im Sinne des altpreußi-

schen, des bürokratischen Staats. Erst heute sehen wir es auf der Höhe seiner Mission, sehen wir es dies Institut der Bürgerwehr gestalten im Sinne der Julirevolution, im Sinne Louis-Philippes, im Sinne der Epoche, welche dem Kapital die Krone aufsetzt und

mit Pauken und Trompeten
seiner jungen Herrlichkeit[210]

huldigt.

Ein Wort an das Ministerium Hansemann-Kühlwetter-Milde. Herr Kühlwetter hat vor einigen Tagen ein Rundschreiben gegen die Umtriebe der Reaktion an sämtliche Regierungspräsidenten erlassen. Woher dieses Phänomen?

Das Ministerium der Tat will die Herrschaft der Bourgeoisie begründen, indem es gleichzeitig mit dem alten Polizei- und Feudalstaate einen Kompromiß abschließt. In dieser doppelschlächtigen widerspruchsvollen Aufgabe sieht es jeden Augenblick die erst zu gründende Herrschaft der Bourgeoisie und seine eigne Existenz von der Reaktion im absolutistischen, im Feudalsinn überflügelt – und es wird ihr unterliegen. Die Bourgeoisie kann ihre eigne Herrschaft nicht erkämpfen, ohne vorläufig das gesamte Volk zum Bundesgenossen zu haben, ohne daher mehr oder minder demokratisch aufzutreten.

Aber die Restaurationsepoche verbinden wollen mit der Juliepoche, die noch mit dem Absolutismus, dem Feudalismus, dem Krautjunkertum, der Soldaten- und Bürokratenherrschaft ringende Bourgeoisie das Volk schon ausschließen, schon unterjochen und beiseite werfen lassen – das ist die Quadratur des Zirkels[211], das ist ein historisches Problem, woran selbst ein Ministerium der Tat, selbst ein Triumvirat Hansemann-Kühlwetter-Milde scheitern wird.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 54 vom 24. Juli 1848]

** *Köln,* 23. Juli. Der Abschnitt des *Bürgerwehrgesetzentwurfs* über die *„Wahl und Ernennung der Vorgesetzten"* ist ein wahres *Labyrinth* von *Wahlmethoden.* Wir wollen die Ariadne spielen und dem modernen Theseus – der wohllöblichen Bürgerwehr – den Faden geben, der sie durch das Labyrinth durchführen wird. Aber der moderne Theseus wird so undankbar sein wie der antike, und nachdem er den Minotaurus getötet, seine Ariadne – die Presse – treulos auf dem Felsen von Naxos sitzenlassen.

Numerieren wir die verschiedenen Gänge des Labyrinths.

Gang I. Direkte Wahl.

§ 42. „Die Anführer der Bürgerwehr bis zum Hauptmann hinauf einschließlich werden von den *wirklich diensttuenden* Bürgerwehrmännern gewählt."

Seitengang. „Die wirklich diensttuenden Bürgerwehrmänner" bilden nur einen kleinen Teil der wirklich „wehrfähigen" Mannschaft. Vergleiche § 15 und unsern vorgestrigen Artikel.

Die „direkte" Wahl ist also auch nur sozusagen eine direkte Wahl.

Gang II. Indirekte Wahl.

§ 48. „Der Major des Bataillons wird von den Hauptleuten, Zugführern und Führern [der Rotten] der betreffenden Kompanien nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt."

Gang III. Kombination der indirekten Wahl mit königlicher Ernennung.

§ 49. „Der *Oberst* wird von dem *Könige* aus einer Liste von drei Kandidaten ernannt, welche von den Anführern der betreffenden Bataillone bis abwärts zu den Zugführern, diese mit eingeschlossen, gewählt werden."

Gang IV. Kombination der indirekten Wahl mit Ernennung von seiten der Herren Befehlshaber.

§ 50. „Die Adjutanten werden von den betreffenden Befehlshabern aus der Zahl der Zugführer, der Bataillonsschreiber aus der Zahl der Führer der Rotten, der Bataillonstambour aus der Zahl der Trommler ernannt."

Gang V. Direkte Ernennung auf bürokratischem Wege.

§ 50. „Der Feldwebel und der Schreiber der Kompanie wird von dem Hauptmann, der Wachtmeister und der Schreiber der Schwadron von dem Rittmeister, der Rottenmeister von dem Zugführer ernannt."

Wenn also diese Wahlmethoden mit einer verfälschten direkten Wahl beginnen, so schließen sie mit dem unverfälschten Aufhören *aller* Wahl, mit dem Gutdünken der Herren Hauptleute, Rittmeister und Zugführer. Finis coronat opus.[1] Es fehlt diesem Labyrinth nicht an der pointe, der Spitze.

Die aus diesem verwickelten chemischen Prozeß sich niederschlagenden Kristalle vom strahlenden Oberst bis zum unscheinbaren Gefreiten herab setzen sich für sechs Jahre fest.

§ 51. „Die Wahlen und Ernennungen der Anführer geschehen auf *sechs* Jahre."

Man begreift nicht, warum nach solchen Vorsichtsmaßregeln das Ministerium der Tat in den „allgemeinen Bestimmungen" noch der Taktlosigkeit bedurfte, der Bürgerwehr ins Gesicht zu rufen: Aus einem *politischen* sollt ihr zu einem rein *polizeilichen* Institut und zu einer Pflanzschule *altpreußischer Dressur* reorganisiert werden. Wozu die Illusion rauben!

Die *königliche* Ernennung ist so sehr eine *Kanonisation*, daß in dem Abschnitt „*Bürgerwehrgerichte*" kein Gericht für den „*Oberst*", sondern aus-

[1] Das Ende krönt das Werk.

drücklich nur Gerichte bis zu den *Majoren* hinauf sich finden. Wie könnte ein königl[icher] Oberst ein Verbrechen begehen?

Das bloße Dasein als Wehrmann ist dagegen so sehr eine *Profanation* des Bürgers, daß ein Wort seiner Vorgesetzten genügt, ein Wort von dem königl[ichen] unfehlbaren Oberst bis zu dem ersten besten Kerl hinab, den der Herr Hauptmann zum Feldwebel oder der Herr Zugführer zum Rottenmeister ernannt hat, um den Wehrmann 24 Stunden seiner *persönlichen Freiheit* zu berauben und einsperren zu lassen.

§ 81. „Jeder Vorgesetzte kann seinen *Untergebenen* im Dienste zurechtweisen; er kann sogar dessen *sofortige Verhaftung und Einsperrung auf 24 Stunden anordnen*, wenn der Untergebene sich im Dienste der Trunkenheit oder einer *sonstigen* groben *Dienstwidrigkeit* schuldig macht."

Der Herr Vorgesetzte entscheidet natürlich, *was* eine *sonstige* grobe Dienstwidrigkeit ist, und der *Untergebene* hat Ordre zu parieren.

Wenn also der Bürger gleich im Eingang dieses Entwurfs dadurch dem „Wesen seiner Bestimmung", dem „Schutz der verfassungsmäßigen Freiheit" entgegenreifte, daß er aufhörte das zu sein, was nach Aristoteles die Bestimmung des Menschen ist – ein „Zoon politikon", ein „politisches Tier"[1] –, so vollendet er erst seinen Beruf durch die Preisgebung seiner bürgerlichen Freiheit an das Gutdünken eines Obersten oder eines Rottenmeisters.

Das *„Ministerium der Tat"* scheint eigentümlich orientalisch-mystischen Vorstellungen, einer Art von *Molochskultus* zu huldigen. Um die „verfassungsmäßige Freiheit" der Regierungspräsidenten, Bürgermeister, Polizeidirektoren und Präsidenten, Polizeikommissarien, Beamten der Staatsanwaltschaft, Gerichtspräsidenten oder Direktoren, Untersuchungsrichter, Friedensrichter, Ortsschulzen, Minister, Geistlichen, im aktiven Dienst befindlichen Militärpersonen, Grenz-, Zoll-, Steuer-, Forstschutz- und Postbeamten, der Vorsteher und Gefangenwärter in allen Gefangenanstalten, der exekutivischen Sicherheitsbeamten und der Leute unter 25 oder über 50 Jahre – lauter Personen, die nach den §§ 9, 10, 11 nicht zur Bürgerwehr gehören –, um die „verfassungsmäßige Freiheit" dieser Elite der Nation zu schützen, muß der übrige Rest der Nation seine verfassungsmäßigen Freiheiten bis zur persönlichen Freiheit herab auf dem Altar des Vaterlandes eines blutigen Opfertodes sterben lassen. Pends toi, Figaro! Tu n'aurais pas inventé cela![212]

Es bedarf keiner Andeutung, daß der Abschnitt über die *Strafen* mit wollüstiger Gründlichkeit ausgearbeitet ist. Das ganze Institut soll „dem Wesen seiner Bestimmung" nach ja nur eine Strafe für die konstitutionellen

[1] Im Sinne von „gesellschaftliches Wesen" gebraucht

und volkswehrlichen Gelüste einer wohllöblichen Bürgerschaft sein. Wir bemerken nur noch, daß außer den *gesetzlich* bestimmten Straffällen auch die vom *königl[ichen] Obersten* unter Zuziehung des Majors und Genehmigung der apokryphischen „Bezirksvertretung" entworfene Magna Charta der Bürgerwehr, das *Dienstreglement*, zu einer neuen Musterkarte von Strafen (siehe § 82 und folgende) Veranlassung gibt. Es versteht sich von selbst, daß *Geldstrafen die Gefängnisstrafen* ersetzen können, damit der Unterschied zwischen der *zahlungsfähigen* und der *unzahlungsfähigen* Bürgerwehr, der von dem „Ministerium der Tat" erfundene Unterschied zwischen der *Bourgeoisie* und dem *Proletariat* der Bürgerwehr sich einer hochnotpeinlichen Sanktion erfreue.

Den *eximierten Gerichtsstand*, den das Ministerium der Tat in der Verfassung im großen und ganzen aufgeben muß, schmuggelt es in die Bürgerwehr wieder ein. Alle Disziplinarvergehen der Bürgerwehrmänner und Rottenführer gehören zur Kompetenz der Kompaniegerichte, bestehend aus zwei Zugführern, zwei Rottenführern und drei Bürgerwehrmännern. (§ 87.) Alle Disziplinarvergehn der „Anführer der zum Bataillon gehörenden Kompanien, vom Zugführer aufwärts bis einschließlich des Majors" gehören zur Kompetenz der Bataillonsgerichte, bestehend aus zwei Hauptleuten, zwei Zugführern und drei Rottenführern. (§ 88.) Für den Major findet wieder ein besonderer eximierter Gerichtsstand statt, denn, verfügt derselbe § 88, „betrifft die Untersuchung einen Major, so treten dem Bataillonsgerichte zwei Majore als Gerichtsmitglieder hinzu". Der Herr Oberst endlich, wie schon gesagt, ist von jedem Gerichtsstand *eximiert*.

Der treffliche Gesetzentwurf endet mit folgendem Paragraphen:

> (§ 123.) „Die Bestimmungen über die Mitwirkung der Bürgerwehr zur Verteidigung des Vaterlandes im Kriege, sowie über ihre dann eintretende Bewaffnung, Ausrüstung und Verpflegung, bleiben dem Gesetze über die Heeresverfassung vorbehalten."

Mit andern Worten: *Die Landwehr*[197] *existiert fort neben der reorganisierten Bürgerwehr.*

Verdient das *Ministerium der Tat* nicht allein wegen dieses Gesetzentwurfs und wegen seines Waffenstillstandsprojektes mit Dänemark[213] in *Anklagezustand* versetzt zu werden?

Das „Fädreland" über den Waffenstillstand mit Dänemark[213]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 51 vom 21. Juli 1848]

* *Köln*, 20. Juli. Damit das Vaterland sich überzeuge, daß es durch die sogenannte Revolution mit Nationalversammlung, Reichsverweser usw. weiter nichts erlangt hat als eine vollständige Erneuerung des vielberühmten heiligen römischen Reichs teutscher Nation, geben wir nachfolgenden Artikel aus dem dänischen „Fädreland"[214]. Er wird hoffentlich hinreichen, um selbst den vertrauensvollsten Freunden der Ordnung zu beweisen, daß die vierzig Millionen Deutsche von den zwei Millionen Dänen durch englische Vermittlung und russische Drohungen wieder ebenso geprellt worden sind, als dies unter den „allzeit Mehrern des Reichs"[215] jeden Augenblick geschah.

Das „Fädreland", des Ministers Orla Lehmann eignes Blatt, spricht sich folgendermaßen über den Waffenstillstand aus:

„Betrachtet man den Waffenstillstand nur in Beziehung auf unsere Hoffnungen und Wünsche, so kann man sich natürlicherweise nicht damit zufriedengestellt finden; nimmt man an, daß die Regierung die Wahl hatte zwischen ihm und der Aussicht, mit schwedisch-norwegischer Hülfe die Deutschen aus Schleswig zu jagen und sie zu zwingen, Dänemarks Recht anzuerkennen, die Angelegenheiten dieses Herzogtums im Verein mit seinen Bewohnern zu regeln – so muß man allerdings sagen, daß die Regierung unverantwortlich gehandelt hat, indem sie den Waffenstillstand einging. Aber so hat die Wahl nicht gestanden. Man muß annehmen, daß sowohl England wie Rußland – die beiden Großmächte, die am nächsten bei dieser Streitfrage und ihrer Erledigung interessiert sind – die Eingehung des Waffenstillstands verlangt haben als Bedingung ihrer zukünftigen Sympathie und Vermittlung und daß ebenso die schwedisch-norwegische Regierung den Versuch einer friedlichen Ausgleichung gefordert hat, ehe sie sich zu irgendeiner wirksamen Hülfe bestimmte, und daß sie diese Hülfe nur mit der gleich anfangs gegebenen Begrenzung leisten will: nämlich nicht zur Wiedereroberung Schleswigs, sondern bloß zur Verteidung Jütlands und der Inseln. So war also die Alternative folgende: Auf der einen Seite eine gewonnene Frist, sowohl um den

Gang der Begebenheiten im Ausland abzuwarten, wie auch, um die innere politische und militärische Organisation zu vollenden; auf der andern die Aussicht auf einen verzweifelten Einzelkampf gegen die Übermacht, welcher, wenn auch das Bundesheer in seinen vorteilhaften Stellungen von unserm um die Hälfte geringeren Heer angegriffen werden sollte, so gut wie unmöglich zum Siege, wohl aber nach Zurückberufung des schwedisch-norwegischen Heeres zur Besetzung der ganzen Halbinsel durch die Deutschen führen könnte; ein Kampf, der uns im glücklichsten Fall teuer erkaufte, nutzlose Siege, im unglücklichsten die Erschöpfung aller unserer Verteidigungskräfte und einen demütigenden Frieden in Aussicht stellt."

Das dänische Blatt verteidigt nun die Bedingungen des Waffenstillstandes als vorteilhaft für Dänemark. Die Befürchtung, daß die Wiedereröffnung des Krieges in den Winter falle, wo die deutschen Truppen über das Eis nach Fünen und Alsen gehen könnten, sei grundlos; die Deutschen seien ebenso unfähig wie die Dänen, in diesem Klima einen Winterfeldzug auszuhalten, während die Vorteile einer dreimonatlichen Waffenruhe für Dänemark und die gutgesinnte Bevölkerung Schleswigs sehr groß seien. Wenn binnen der drei Monate der Friede nicht geschlossen, so werde der Waffenstillstand sich von selbst bis ins Frühjahr verlängern. Dann heißt es:

„Daß die Blockade aufgehoben und die Gefangenen auf freien Fuß gesetzt werden, wird man in Ordnung finden; dagegen hat vielleicht die Auslieferung der genommenen Schiffe die Unzufriedenheit einzelner erweckt. Inzwischen war ja die Aufbringung deutscher Schiffe mehr ein Zwangsmittel, um Deutschland von der Überschreitung unserer Grenze abzuschrecken, und hatte keineswegs den Zweck, uns durch Aneignung fremden Privateigentums zu bereichern; und dann ist der Wert dieser Schiffe bei weitem nicht so groß, als manche glauben möchten. Sollten sie während der gegenwärtigen Stockung in unserm eignen wie in dem ganzen europäischen Handel versteigert werden, so würden sie *allerhöchstens 1½ Millionen*, d.h. zweimonatliche Kriegskosten einbringen. Und dann ist der Ersatz dafür die Räumung der beiden Herzogtümer durch die Deutschen und der Ersatz der in Jütland ausgeschriebenen Requisitionen. Das angewandte Zwangsmittel hat also seinen Zweck erreicht, es ist also in der Ordnung, daß es damit aufhört. Und es scheint uns, als ob *die Räumung dreier Länder durch ein überlegenes Heer*, das mit unsrer eignen Macht hinauszuschlagen keine Aussicht war, den kleinen Vorteil zehnmal aufwiegt, den der Staat von dem Verkauf der aufgebrachten Schiffe ziehen konnte."

Der § 7 sei der bedenklichste. Er schreibe die Fortdauer der besonderen Regierung der Herzogtümer und damit des „Schleswig-Holsteinismus" vor. Der König von Dänemark sei für die beiden von ihm zu ernennenden Mitglieder der provisorischen Regierung an die schleswig-holsteinischen *Notabeln* gebunden, und es werde schwerfallen, einen zu finden, der kein „Schleswig-Holsteiner" sei. Aber dafür werde auch ausdrücklich der „ganze Aufruhr"

desavouiert, alle Beschlüsse der provisorischen Regierung annulliert und der Zustand *vor* dem 17. März hergestellt.

„Wir haben somit die wesentlichsten Bedingungen des Waffenstillstandes vom dänischen Standpunkt betrachtet. Versuchen wir nun aber einmal, uns auf den deutschen Standpunkt zu stellen.

Alles was Deutschland verlangt, ist die Freigebung der Schiffe und die Aufhebung der Blockade.

Was es aufgibt, ist folgendes:

Erstens, *die Herzogtümer*, besetzt von einer Armee, die bis jetzt keine Niederlage erlitten hat und stark genug ist, ihre Stellung gegen eine doppelt so starke Armee zu behaupten als die, die ihr bisher entgegenstand;

Zweitens, *Schleswigs Aufnahme in den Bund*, welche feierlich vom Bundestag erklärt und von der Nationalversammlung durch Aufnahme der schleswigschen Deputierten bestätigt wurde;

Drittens, die *provisorische Regierung*, die es als legitim anerkannt und mit der es als solcher verhandelt hatte;

Viertens, die *schleswig-holsteinsche Partei*, deren von ganz Deutschland unterstützte Forderungen unabgemacht der Entscheidung nichtdeutscher Mächte übertragen werden;

Fünftens, die augustenburgischen Prätendenten[1], denen der König von Preußen persönlich Beistand gelobt hat, die aber im Waffenstillstand mit keinem Wort erwähnt, denen keine Amnestie, kein Asyl zugesichert wird;

Endlich *die durch den Krieg verursachten Kosten*, welche teils den Herzogtümern, teils dem Bunde zur Last fallen, die aber, *soweit sie vom eigentlichen Dänemark getragen worden sind, erstattet werden*.

Uns kommt es so vor, als müßten unsere übermächtigen Feinde an diesem Waffenstillstande weit mehr auszusetzen haben als wir, das kleine verachtete Volk."

Schleswig hat den unbegreiflichen Wunsch gehabt, deutsch zu werden. Es ist in der Ordnung, daß es dafür bestraft, daß es von Deutschland im Stich gelassen werde.

Den Text des Waffenstillstands geben wir morgen.

Geschrieben von Friedrich Engels.

[1] Herzog Christian August und Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein

Der Waffenstillstand mit Dänemark[213]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 52 vom 22. Juli 1848]

** *Köln*, 21. Juli. Unsere Leser wissen es, wir haben den dänischen Krieg[40] immer mit großer Kaltblütigkeit betrachtet. Wir haben ebensowenig eingestimmt in die tobenden Renommistereien der Nationalen, wie in die ewige Leier des schleswig-holstein-meerumschlungenen[216] Strohenthusiasmus. Wir kannten unser Vaterland zu gut, wir wußten was es heißt, sich auf Deutschland verlassen.

Die Ereignisse haben unsere Anschauungsweise vollständig gerechtfertigt. Die unverhinderte Eroberung Schleswigs durch die Dänen, die Wiedereroberung des Landes und der Zug nach Jütland, der Rückzug nach der Schlei, die abermalige Eroberung des Herzogtums bis zur Königsau – diese ganze unbegreifliche Führung des Kriegs von Anfang bis zu Ende hat es den Schleswigern bewiesen, welchen Schutz sie von dem revolutionierten, großen, starken, einigen usw. Deutschland, von dem angeblich souveränen Volk von 45 Millionen zu erwarten haben. Damit sie aber alle Lust verlieren, deutsch zu werden, damit ihnen die „dänische Unterdrückung" unendlich lieber werde als die „deutsche Freiheit", zu diesem Zweck hat Preußen im Namen des Deutschen Bundes den Waffenstillstand unterhandelt, den wir heute in buchstäblicher Übersetzung mitteilen.

Wenn man einen Waffenstillstand schließt, so war es bisher üblich, daß beide Armeen ihre Stellung behaupteten und höchstens ein schmaler neutraler Strich zwischen sie gelegt wurde. In diesem Waffenstillstand, dem ersten Erfolg des „preußischen Waffenruhms", ziehen sich die siegreichen Preußen über 20 Meilen zurück, von Kolding bis diesseits Lauenburg, während die geschlagenen Dänen ihre Stellung bei Kolding behaupten und nur Alsen verlassen. Noch mehr: Wird der Waffenstillstand gekündigt, so rücken die Dänen wieder vor in die Stellungen, die sie am 24. Juni einnahmen, d.h. sie besetzen einen 6–7 Meilen breiten Streifen von Nordschleswig ohne Schwert-

streich wieder, einen Streifen, aus dem sie *zweimal* herausgeschlagen sind, während die Deutschen nur bis Apenrade und Umgegend wieder vorrücken dürfen. So wird „die Ehre der deutschen Waffen gewahrt" und dem durch viermalige Truppenüberschwemmung ausgesogenen Nordschleswig eine fünfte und sechste Überziehung in Aussicht gestellt!

Damit noch nicht genug, wird ein Teil von Schleswig selbst während des Waffenstillstandes von dänischen Truppen besetzt werden. Schleswig wird nach Art. 8 von den Cadres der im Herzogtum ausgehobnen Regimenter okkupiert, d.h. teils von den schleswigschen Soldaten, die an der Bewegung sich beteiligt haben, teils von denen, die zu jener Zeit in Dänemark garnisonierten, gegen die provisorische Regierung in den Reihen der dänischen Armee gekämpft haben, von dänischen Offizieren kommandiert werden und in jeder Hinsicht *dänische* Truppen sind. Die dänischen Blätter sehen die Sache auch unter diesem Gesichtspunkt an:

„Unzweifelhaft", sagt „Fädrelandet"[214] vom 13. Juli, „wird die Anwesenheit der *treuen* schleswigschen Truppen im Herzogtum bedeutend die Volksstimmung stärken, welche jetzt, nachdem das Land die Unglücksfälle des Krieges erfahren hat, sich mit Kraft gegen die Urheber dieser Unglücksfälle erheben wird."

Und nun gar die schleswig-holsteinische Bewegung! Sie wird von den Dänen ein *Aufruhr* genannt und von Preußen *als Aufruhr behandelt*. Die provisorische Regierung, die Preußen und der Deutsche Bund anerkannt haben, wird ohne Gnade geopfert; alle Gesetze, Verordnungen etc., die seit der Unabhängigkeit Schleswigs erlassen, treten außer Kraft; die aufgehobenen dänischen Gesetze treten dagegen wieder in Wirksamkeit. Kurz, die Antwort wegen der berühmten Note *Wildenbruchs*[181], die Herr Auerswald zu geben sich weigerte[1] – diese Antwort befindet sich hier in Art. 7 des Waffenstillstandsprojekts. Alles was revolutionär an der Bewegung war, ist rücksichtslos vernichtet, und an die Stelle der aus der Revolution hervorgegangenen Regierung tritt eine legitime, durch drei legitime Fürsten ernannte Verwaltung. Die holsteinischen und schleswigschen Truppen werden wieder *dänisch kommandiert und dänisch gefuchtelt* werden, die holsteinischen und schleswigschen Schiffe bleiben nach wie vor „Dansk-Eiendom"[2], trotz der neuesten Verfügung der provisorischen Regierung.

Und die beabsichtigte neue Regierung setzt dem allen erst die Krone auf. Man höre das „Fädrelandet":

„Wenn wir auch in dem beschränkten Wahlkreis für die dänisch-gewählten Mitglieder der neuen Regierung wahrscheinlich nicht die Vereinigung von Energie und

[1] Siehe vorl. Band, S. 180 – [2] „dänisches Eigentum"

Talent, Intelligenz und Erfahrung finden, die Preußen bei seiner Auswahl zu Gebote stehen werden" – so ist damit noch nichts verloren. „Die Mitglieder der Regierung müssen allerdings aus der Bevölkerung der Herzogtümer gewählt werden; aber niemand verbietet uns, ihnen Sekretäre und Helfer beizugeben, welche *anderswo geboren* und *ansässig* sind. In der Wahl dieser Sekretäre und Regierungsräte kann man ohne lokale Rücksicht nach Tüchtigkeit und Talent verfahren, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Männer bedeutenden Einfluß auf den ganzen Geist und Gang der Verwaltung haben werden. Ja, es werden hoffentlich selbst *hochstehende dänische Beamte* einen solchen in Rücksicht auf den Amtsrang untergeordneten Posten übernehmen; jeder gute Däne wird sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Ehre aus einer solchen Stellung machen."

Das ministerielle Blatt stellt also den Herzogtümern eine Überschwemmung nicht nur durch dänische Truppen, sondern auch durch dänische Beamte in Aussicht. Eine halbdänische Regierung wird in Rendsburg auf anerkanntem deutschem Bundesgebiete ihren Sitz aufschlagen.

Das sind die Vorteile des Waffenstillstandes für Schleswig. Die Vorteile für Deutschland sind ebenso groß. Von der Aufnahme Schleswigs in den Bund wird kein Wort erwähnt, im Gegenteil der Bundesbeschluß durch die Zusammensetzung der neuen Regierung *förmlich desavouiert*. Der Deutsche Bund wählt für Holstein, der König von Dänemark von *Schleswig wegen*. Schleswig steht also unter dänischer, nicht unter deutscher Oberhoheit.

Deutschland konnte sich in diesem dänischen Kriege wirklich ein Verdienst erwerben, indem es die Aufhebung des Sundzolls[217], dieser altfeudalen Räuberei, erzwang. Die deutschen Seestädte, durch die Blockade und durch die Aufbringung ihrer Schiffe gedrückt, würden diesen Druck gern noch länger ertragen haben, wenn die Aufhebung des Sundzolls erreicht worden wäre. Die Regierungen hatten auch überall verbreiten lassen, die Aufhebung des Sundzolls solle in jedem Fall erzwungen werden. Und was ist aus dieser Prahlerei geworden? England und Rußland wollen die Beibehaltung des Sundzolls, und das gehorsame Deutschland bescheidet sich natürlich.

Daß gegen die Rückgabe der Schiffe die Erstattung der jütischen Requisitionen erfolgt, versteht sich von selbst nach dem Grundsatz, daß Deutschland reich genug ist, seinen Ruhm zu bezahlen.

Das sind die Vorteile, welche das Ministerium Hansemann dem deutschen Volk in diesem Waffenstillstandsprojekt darbietet! Das sind die Früchte eines dreimonatlichen Kampfes gegen ein kleines Völkchen von $1^1/_2$ Millionen! Das ist das Resultat aller Großprahlereien unserer nationalen Blätter, unserer gewaltigen Dänenfresser!

Wie man hört, wird der Waffenstillstand nicht abgeschlossen werden. Der General Wrangel, durch Beseler aufgemuntert, hat sich definitiv geweigert,

ihn zu unterzeichnen, trotz aller Bitten des Grafen Pourtalès, der ihm Auerswalds Befehl dazu brachte, trotz aller Erinnerungen an seine Pflicht als preußischer General. Wrangel erklärte, er stehe vor allem unter den Befehlen der deutschen Zentralgewalt, und diese werde nicht einwilligen, wenn nicht die jetzige Stellung der Armeen beibehalten und die provisorische Regierung bis zum Frieden bleiben werde.

So wird das preußische Projekt wohl nicht zur Ausführung kommen; aber interessant bleibt es trotzdem als Beweis, wie Preußen, wenn es sich an die Spitze stellt, die Ehre und die Interessen Deutschlands zu wahren versteht.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die Turiner „Concordia"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 55 vom 25. Juli 1848]

* *Köln*, 23. Juli. Kürzlich erwähnten wir des in Florenz erscheinenden Blattes *„L'Alba"*[1], das uns brüderlich die Hand über die Alpen hinüberreichte. Es war zu erwarten, daß ein anderes Journal, *„La Concordia"*[218] in Turin, ein Blatt von entgegengesetzter Farbe, sich auch in entgegengesetzter, wenn auch keineswegs feindseliger Weise erklären werde. In einer frühern Nummer meinte „La Concordia", die „Neue Rheinische Zeitung" nehme sich jeder Partei an, wofern sie nur *„unterdrückt"* sei. Zu dieser wenig sinnreichen Erfindung verhalf ihr unsere Beurteilung der Prager Ereignisse, unsere Teilnahme für die demokratische Partei gegen den reaktionären Windischgrätz et Comp.[2] Vielleicht ist das Turiner Journal über die sogenannte *tschechische* Bewegung inzwischen klarer geworden.

Neuerdings sieht sich jedoch „La Concordia" veranlaßt, der „Nuova Gazzetta Renana"[3] einen mehr oder minder doktrinären Artikel zu widmen. Sie hatte in unserm Blatt das Programm für den nach Berlin berufenen Arbeiterkongreß[219] gelesen, und die acht von den Arbeitern zu diskutierenden Punkte machen ihr bedeutende Unruhe.

Nachdem sie das Ganze getreulich übersetzt, beginnt sie eine Art von Kritik mit folgenden Worten:

„In diesen Vorschlägen gibt es viel Wahres und Gerechtes, allein die ‚Concordia' würde an ihrer Mission einen Verrat begehen, wenn sie nicht ihre Stimme gegen die Irrtümer der Sozialisten erhöbe."

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 156 – [2] ebenda, S. 80–82 u. 108/109 – [3] „Neuen Rheinischen Zeitung"

Wir unsererseits erheben uns gegen den „Irrtum“ der „Concordia“, welcher darin besteht, das von der betreffenden Kommission für den Arbeiterkongreß aufgestellte und von uns nur mitgeteilte Programm für *unser eignes* zu versehen. Gleichwohl sind wir bereit, uns mit der „Concordia“ auf eine nationalökonomische Diskussion einzulassen, sobald ihr Programm etwas mehr als einige bekannte philanthropische Redensarten und aufgegriffene Freihandelsdogmen bieten wird.

Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe und seine Motivierung[220]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 56 vom 26. Juli 1848]

** *Köln*, 25. Juli. Ein berüchtigter Gauner des gesegneten Viertels von St. Giles in London erschien vor den Assisen. Er war angeklagt, den Koffer eines berüchtigten Geizhalses der City um 2000 Pfund Sterling[221] erleichtert zu haben.

„Meine Herren Geschwornen", begann der Angeklagte, „ich nehme Ihre Geduld nicht für lange Zeit in Anspruch. Meine Verteidigung ist nationalökonomischer Natur und sie wird ökonomisch mit den Worten umgehen. Ich habe dem Herrn Cripps 2000 Pfund Sterling genommen. Nichts sicherer als das. Aber ich habe einem Privatmann genommen, um dem Publikum zu geben. Wo sind die 2000 Pfund Sterling hingekommen? Habe ich sie etwa egoistisch an mir gehalten? Durchsuchen Sie meine Taschen. Wenn Sie einen Pence finden, verkaufe ich Ihnen meine Seele um einen Farthing. Die 2000 Pfund, Sie finden sie wieder bei dem Schneider, dem Shopkeeper[1], im Restaurant usw. Was habe ich also getan? Ich habe ‚*nutzlos liegende* Summen, *die nur durch eine Zwangsanleihe*' dem Grabe des Geizes zu entreißen waren, ‚*in Zirkulation gesetzt*'. Ich war ein Agent der Zirkulation, und die Zirkulation ist die erste Bedingung des Nationalreichtums. Meine Herren, Sie sind Engländer! Sie sind Ökonomen! Sie werden einen Wohltäter der Nation nicht verurteilen!"

Der Ökonom von St. Giles sitzt in Vandiemensland[2] und hat Gelegenheit, über die verblendete Undankbarkeit seiner Landsleute nachzudenken.

Aber er hat nicht umsonst gelebt. Seine Prinzipien bilden die Grundlage der *Hansemannschen Zwangsanleihe.*

„Die Zulässigkeit der Zwangsanleihe", sagt Hansemann in den *Motiven* zu dieser Maßregel, „beruht auf der gewiß begründeten Voraussetzung, daß ein großer Teil des baren Geldes in den Händen von Privatpersonen in *kleinern oder größern Summen nutzlos* liegt und *nur durch eine Zwangsanleihe in Zirkulation gesetzt werden kann.*"

[1] Krämer – [2] heute Tasmanien, von 1803 bis 1854 britische Sträflingskolonie

Wenn ihr ein Kapital *verzehrt*, bringt ihr es in Zirkulation. Wenn ihr es nicht in Zirkulation bringt, *verzehrt* es der Staat, um es in Zirkulation zu bringen.

Ein Baumwollfabrikant beschäftigt z.B. 100 Arbeiter. Er zahle täglich jedem von ihnen 9 Silbergroschen. Es wandern also täglich 900 Silbergroschen, resp. 30 Taler aus seiner Tasche in die Tasche der Arbeiter und aus den Taschen der Arbeiter in die Taschen des Epiciers[1], des Hausbesitzers, des Schusters, des Schneiders usw. Diese Wanderung der 30 Taler heißt ihre *Zirkulation*. Von dem Augenblicke an, wo der Fabrikant seine Baumwollstoffe nur noch mit Verlust verkaufen oder gar nicht verkaufen kann, hört er auf zu produzieren, hört er auf, die Arbeiter zu beschäftigen, und mit dem Aufhören der Produktion hört die Wanderung der 30 Taler, hört die *Zirkulation* auf. Wir werden die Zirkulation zwangsweise herstellen! ruft Hansemann aus. Warum läßt der Fabrikant auch sein Geld *nutzlos* liegen? Warum läßt er es nicht zirkulieren? Wenn schönes Wetter ist, zirkulieren viele Leute im Freien. Hansemann treibt die Leute ins Freie, zwingt sie zu zirkulieren, um das schöne Wetter herzustellen. Großer Wetterkünstler!

Die ministerielle und kommerzielle Krise raubt dem Kapital der bürgerlichen Gesellschaft die Zinsen. Der Staat hilft ihr wieder auf die Beine, indem er auch das Kapital wegnimmt.

Der Jude *Pinto*, der berühmte Börsenspieler des 18. Jahrhunderts, empfiehlt in seinem Buch über die „Zirkulation"[222] das Börsenspiel. Das Börsenspiel produziere zwar nicht, aber es befördre die Zirkulation, die Wanderung des Reichtums aus einer Tasche in die andere. Hansemann verwandelt die Staatskasse in ein Roulette, worauf das Vermögen der Staatsbürger zirkuliert. Hansemann-Pinto!

In den „*Motiven*" zum „Zwangsanleihegesetz" stößt Hansemann nun auf eine große Schwierigkeit. Warum hat die *freiwillige Anleihe* nicht die nötigen Summen eingebracht?

Man kennt ja das „unbedingte Vertrauen", dessen sich die jetzige Regierung erfreut. Man kennt den schwärmerischen Patriotismus der großen Bourgeoisie, die sich über nichts mehr beklagt, als daß einige Wühler ihr hingegebenes Vertrauen nicht zu teilen sich erfrechen. Man kennt ja die Loyalitätsadressen aus allen Provinzen. Und „trotz alledem und alledem"[223] ist Hansemann genötigt, die poetische freiwillige Anleihe in die prosaische Zwangsanleihe zu verwandeln!

Im Regierungsbezirke Düsseldorf z.B. haben Adlige 4000 Taler, Offiziere

[1] Krämers

900 Taler beigesteuert – und wo herrscht mehr Vertrauen als unter den Adligen und Offizieren im Regierungsbezirk Düsseldorf? Von den Beiträgen der Prinzen des königlichen Hauses gar nicht zu reden.

Lassen wir uns von Hansemann das Phänomen erklären.

„Die *freiwilligen* Beiträge sind bisher nur spärlich eingegangen. Es ist dies *wohl weniger dem Mangel an Vertrauen* zu unseren Zuständen, als der *Ungewißheit* über das *wirkliche Bedürfnis* des Staates zuzuschreiben, indem man abwarten zu dürfen glaubte, *ob und in welchem Maße die Geldkräfte des Volks in Anspruch genommen werden möchten.* Auf diesen *Umstand* gründet sich die Hoffnung, daß jeder nach Kräften *freiwillig* beitragen werde, sobald ihm die *Beitragspflicht* als eine *unabweisbare Notwendigkeit* vorgeführt wird."

Der Staat, in höchsten Nöten, appelliert an den Patriotismus. Er ersucht höflichst den Patriotismus, auf den Altar des Vaterlands 15 Millionen Taler niederzulegen, und zwar nicht einmal als Geschenk, sondern nur als freiwilliges *Darlehn*. Man besitzt das höchste Vertrauen in den Staat, aber man bleibt taub gegen seinen Notschrei! Man befindet sich leider in solcher *„Ungewißheit"* über das *„wirkliche Bedürfnis* des Staats", daß man sich vorläufig unter den größten Seelenleiden entschließt, dem Staate *gar nichts* zu geben. Man hat zwar das höchste Vertrauen zu der Staatsbehörde, und die ehrenwerte Staatsbehörde behauptet, der Staat bedürfe 15 Millionen. Eben aus Vertrauen traut man der Versicherung der Staatsbehörde nicht, betrachtet vielmehr ihr Geschrei nach 15 Millionen als eine reine Spielerei.

Man kennt die Geschichte von jenem wackern *Pennsylvanier*, der seinen Freunden nie einen Dollar lieh. Er besaß solches Vertrauen in ihren geordneten Lebenswandel, er schenkte ihrem Geschäft einen solchen Kredit, daß er bis zu seiner Todesstunde nie die „Gewißheit" gewann, sie befänden sich in einem „wirklichen Bedürfnis" nach einem Dollar. In ihren stürmischen Forderungen erblickte er nur Prüfungen seines Vertrauens, und das Vertrauen des Mannes war unerschütterlich.

Die preußische Staatsbehörde fand den ganzen Staat von Pennsylvaniern bewohnt.

Aber Herr Hansemann erklärt sich das sonderbare politisch-ökonomische Phänomen noch aus einem andern merkwürdigen *„Umstand"*.

Das Volk steuerte nicht freiwillig bei, „weil es abwarten zu dürfen glaubte, *ob und in welchem Maße seine Geldkräfte in Anspruch genommen werden möchten*". Mit andern Worten: Niemand zahlte freiwillig, weil jeder abwartete, *ob und in welchem Maße* er zum Zahlen *gezwungen* würde. Vorsichtiger Patriotismus! Höchst verwickeltes Vertrauen! Auf diesen *„Umstand"* nun, daß hinter der blauäugig-sanguinischen freiwilligen Anleihe jetzt die dunkelblickende

hypochondrische Zwangsanleihe steht, „gründet" Herr Hansemann „die *Hoffnung*, daß jeder nach Kräften *freiwillig* beitragen werde". Wenigstens muß der verstockteste Zweifler die Ungewißheit verloren und die Überzeugung gewonnen haben, daß es der Staatsbehörde mit ihren Geldbedürfnissen wirklicher Ernst ist, und das ganze Übel lag ja, wie wir gesehen, nur in dieser peinlichen Ungewißheit. Wenn ihr nicht gebt, wird euch genommen, und das Nehmen macht euch und uns Unbeschwerlichkeiten. Wir hoffen also, daß euer Vertrauen von seiner überspannten Art abläßt und statt in hohlklingenden Phrasen in vollklingenden Talern sich äußert. Est-ce clair?[1]

So sehr nun Herr Hansemann auf diesen „*Umstand*" „*Hoffnungen*" gründet, so hat jedoch die grübelnde Gemütsart seiner *Pennsylvanier* ihn selbst angesteckt, und er sieht sich veranlaßt, nach noch stärkeren *Reizmitteln* zum Vertrauen umzuschauen. Das Vertrauen ist zwar da, aber es will nicht heraus. Es bedarf der *Reizmittel*, um es aus seinem latenten Zustand zu treiben.

„Um aber für die freiwillige Beteiligung einen noch stärkeren Antrieb" (als die Aussicht auf die Zwangsanleihe) „zu schaffen, ist [in] § 1 die Verzinsung der Anleihe zu $3^1/_3$ Prozent projektiert und ein Termin" (bis zum ersten Oktober) „offen gelassen, bis zu welchem freiwillige Darlehen zu 5 Prozent noch angenommen werden sollen."

Herr Hansemann setzt also eine *Prämie* von $1^2/_3$ Prozent auf das freiwillige Darlehn, und nun wird der Patriotismus wohl flüssig werden, die Koffer werden springen, und die goldenen Fluten des Vertrauens werden in die Staatskasse strömen.

Herr Hansemann findet es natürlich „billig", den großen Leuten $1^2/_3$ Prozent mehr zu zahlen als den kleinen, die nur gewaltsam das Unentbehrliche sich nehmen lassen. Zur Strafe ihrer weniger komfortablen Vermögensumstände werden sie überdem noch die *Rekurskosten* zu tragen haben.

So erfüllt sich der Bibelspruch. Wer hat, dem wird gegeben. Wer nicht hat, dem wird genommen.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr.60 vom 30. Juli 1848]

** *Köln*, 29. Juli. Wie Peel einst für die Getreidezölle, so hat Hansemann-Pinto für den unfreiwilligen Patriotismus eine „gleitende Skala"[224] entdeckt.

„In betreff des Prozentsatzes für die Beitragspflichtigkeit", sagt unser Hansemann in seinen Motiven, „ist eine progressive Skala angenommen, da offenbar die Fähigkeit, Geld zu beschaffen, mit dem Betrage des Vermögens in *arithmetischem* Verhältnis steigt."

---

[1] Ist das klar?

Mit dem Vermögen steigt die Fähigkeit, Geld zu beschaffen. Mit andern Worten: In dem Maße, als man über mehr Geld zu verfügen hat, hat man über mehr Geld zu verfügen. Soweit nichts richtiger. Daß aber die Fähigkeit, Geld zu beschaffen, nur in *arithmetischem* Verhältnis steigt, mögen die verschiedenen Vermögensbeträge auch in *geometrischem* Verhältnis stehn – das ist eine Entdeckung Hansemanns, die ihm größeren Ruhm bei der Nachwelt sichern muß als dem Malthus der Satz, daß die Lebensmittel nur in arithmetischem Verhältnis wachsen, während die Bevölkerung in geometrischem Verhältnis steigt.

Wenn also z.B. verschiedene Vermögensbeträge sich zueinander verhalten, wie

1, 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256, 512,

so wächst nach der Entdeckung des Herrn Hansemann die Fähigkeit, Geld zu beschaffen, wie

1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10.

Trotz des scheinbaren Wachsens der Beitragspflichtigkeit nimmt also nach unserm Ökonomen die Fähigkeit, Geld zu beschaffen, in demselben Maße ab, worin das Vermögen zunimmt.

In einer Novelle des Cervantes[225] finden wir den größten spanischen Finanzmann im Irrenhaus. Der Mann hatte ausfindig gemacht, daß die spanische Staatsschuld vernichtet sei, sobald

„die Cortes das Gesetz genehmigen, daß alle Vasallen Seiner Majestät vom 14. bis in das 60. Jahr verpflichtet sein sollen, einen Tag im Monat bei Wasser und Brot zu fasten, und zwar an einem nach Belieben auszuwählenden und zu bestimmenden Tage. Der Aufwand aber, der sonst an Früchten, Gemüse, Fleischspeisen, Fischen, Weinen, Eiern und Hülsenfrüchten an diesem Tage verbraucht worden wäre, soll zu Geld angeschlagen und Seiner Majestät abgeliefert werden, ohne daß ein Heller, bei Strafe des Meineides, wegfalle."

Hansemann kürzt das Verfahren ab. Er hat seine sämtlichen Spanier, die ein jährliches Einkommen von 400 Talern besitzen, aufgefordert, einen Tag im Jahr ausfindig zu machen, an dem sie 20 Taler entbehren können. Er hat die Kleinen aufgefordert, der gleitenden Skala gemäß sich für 40 Tage ungefähr aller Konsumtion zu enthalten. Wenn sie zwischen August und September die 20 Taler nicht finden, wird ein Gerichtsvollzieher im Oktober sie suchen nach den Worten: Suchet, so werdet ihr finden.

Folgen wir weiter den „*Motiven*", die der preußische Necker uns anvertraut.

„Jedes Einkommen", belehrt er uns, „aus Gewerbe im weitesten Sinne des Wortes, also ohne Rücksicht darauf, ob davon Gewerbesteuer bezahlt wird, wie das Einkom-

men der Ärzte, Advokaten, kann nur *nach Abzug der Betriebsausgaben*, einschließlich der von den Schulden zu zahlenden Zinsen, in Betracht kommen, *da nur auf diese Weise das reine Einkommen gefunden wird*. Aus *demselben Grunde* mußte *das Gewerbebetriebskapital* außer Anspruch gelassen werden, *sofern* der nach dem *Einkommen* zu berechnende Anleihebeitrag *sich höher beläuft als der nach dem Betriebskapital berechnete.*"

Nous marchons de surprise en surprise.[1] Das *Einkommen* kann nur in Betracht kommen *nach Abzug des Betriebskapitals*, denn die Zwangsanleihe kann und soll nichts anderes sein als die außerordentliche Form einer *Einkommensteuer*. Und die Betriebskosten gehören so wenig zum Einkommen des Industriellen, wie der Baumstamm und die Wurzel des Baums zu seinen Früchten gehören. *Aus diesem Grunde* also, weil bloß das Einkommen besteuert werden soll und nicht das Betriebskapital, wird eben das Betriebskapital besteuert und nicht das Einkommen, wenn die erste Manier dem Fiskus profitlicher scheint. Es ist Herrn Hansemann also völlig gleichgültig, „auf welche Weise das *reine* Einkommen gefunden wird". Was er sucht, ist, „auf welche Weise das *größte* Einkommen" für den Fiskus „gefunden wird".

Herr Hansemann, der das Betriebskapital selbst angreift, gleicht dem Wilden, der den Baum fällt, um in den Besitz seiner Früchte zu gelangen.

„Wenn also" (Art. 9 des Gesetzentwurfs) „sich die nach dem Gewerbebetriebskapital zu bemessende Anleihebeteiligung höher als nach dem zehnfachen Betrage des Einkommens beläuft, tritt die erstere Art der Abschätzung ein" und wird also das „Gewerbebetriebskapital" selbst „in Anspruch genommen".

Sooft es also dem Fiskus beliebt, kann er das Vermögen statt des Einkommens seinen Forderungen zugrunde legen.

Das Volk verlangt den mysteriösen preußischen Staatsschatz in Augenschein zu nehmen. Das Ministerium der Tat antwortet auf diese taktlose Anforderung durch den Vorbehalt, einen durchdringenden Blick in sämtliche Kaufmannsbücher zu werfen und ein Inventarium über den Vermögensbestand seiner sämtlichen Angehörigen aufzunehmen. Die konstitutionelle Ära in Preußen beginnt damit, nicht das Staatsvermögen durch das Volk, sondern das Volksvermögen durch den Staat kontrollieren zu lassen, um so der schamlosesten Einmischung der Bürokratie in den bürgerlichen Verkehr und die Privatverhältnisse Tür und Tor zu eröffnen. In Belgien hat der Staat ebenfalls zu einer Zwangsanleihe seine Zuflucht genommen, aber er hält sich bescheiden an die Steuerregister und Hypothekenbücher, an vorhandene öffentliche Dokumente. Das Ministerium der Tat dagegen spielt das Spartanertum aus der preußischen Armee in die preußische Nationalökonomie hinein.

[1] Wir schreiten von Überraschung zu Überraschung.

In seinen „Motiven" sucht Hansemann zwar den Bürger zu beschwichtigen durch allerlei milde Worte und freundliche Vorstellungen.

„Der Verteilung der Anleihe", flüstert er ihm zu, „liegt die *Selbstschätzung* zum Grunde." Alles „Gehässige" wird vermieden.

„*Auch nicht einmal* eine *summarische* Angabe der einzelnen Vermögensteile wird erfordert... Die zur *Prüfung der Selbstschätzungen* niedergesetzte Kreiskommission soll im Wege *gütlicher* Vorstellung zu angemessener Beteiligung auffordern, und erst, wenn dieser Weg ohne Erfolg ist, den Betrag einschätzen. Gegen diese Entscheidung steht der *Rekurs* an eine Bezirkskommission usw."

Selbstschätzung! Nicht einmal *summarische* Angabe der einzelnen Vermögensteile! Gütliche Vorstellung! Rekurs!

Sage, was willst du mehr?[226]

Fangen wir gleich mit dem Ende an, mit dem *Rekurs*.

Art. 16 bestimmt:

„Die Einziehung erfolgt *ohne Rücksicht auf eingelegten Rekurs* zu den festgesetzten Terminen, vorbehaltlich der Rückzahlung, insoweit der Rekurs für begründet befunden wird."

Also erst die *Exekution* trotz dem Rekurs, hinterher die Begründung trotz der Exekution!

Noch mehr!

Die durch den Rekurs verursachten „Kosten fallen dem Rekurrenten zur Last, wenn sein Rekurs ganz *oder teilweise* verworfen wird und werden nötigenfalls exekutivisch beigetrieben". (Art. 19.) Wer die ökonomische Unmöglichkeit einer exakten Vermögensabschätzung kennt, sieht auf den ersten Blick, daß der Rekurs *immer teilweise* verworfen werden kann, der Rekurrent also jedesmal den Schaden davonträgt. Der Rekurs mag also beschaffen sein, wie er will, eine Geldbuße ist sein unzertrennlicher Schatten. Allen Respekt vor dem Rekurs!

Von dem Rekurs, dem Ende, gehen wir zurück zum Anfang, der *Selbstschätzung*.

Herr Hansemann scheint nicht zu fürchten, daß seine Spartaner sich selbst überschätzen.

Nach Art. 13 bildet „die Selbstangabe der zum Beitrag Verpflichteten die *Grundlage* der Anleiheverteilung". Die Architektonik des Herrn Hansemann ist so beschaffen, daß man aus der Grundlage seines Gebäudes keineswegs auf die weitern Umrisse desselben schließen kann.

Oder vielmehr die „Selbstangabe", die in der Form einer „Erklärung" den vom Herrn „Finanzminister oder in dessen Auftrage von der Bezirksregie-

rung zu bestimmenden Beamten einzureichen ist" – diese Grundlage wird nun tiefer begründet. Nach Art. 14 „treten zur Prüfung der abgegebenen Erklärungen eine oder mehrere Kommissionen zusammen, deren Vorsitzender sowie übrige Mitglieder zur Zahl von mindestens *fünf vom Finanzminister oder der von ihm beauftragten Behörde zu ernennen* sind". Die *Ernennung* des Finanzministers oder der von ihm beauftragten Behörde bildet also die eigentliche *Grundlage* der Prüfung.

Weicht die Selbstschätzung ab von dem „*Ermessen*" dieser vom Finanzminister ernannten Kreis- oder Stadtkommission, so wird der „Selbstschätzer" aufgefordert, sich zu *erklären*. (Art. 15.) Er mag nun eine Erklärung abgeben oder nicht abgeben, es kömmt alles darauf an, ob sie der von dem Finanzminister ernannten Kommission „*genügt*". Genügt sie nicht, „so hat die Kommission den Beitrag nach *eigner Schätzung* festzusetzen und davon den Beitragspflichtigen zu *benachrichtigen*".

Erst schätzt der Beitragspflichtige sich selbst und benachrichtigt davon den Beamten. Jetzt schätzt der Beamte und benachrichtigt davon den Beitragspflichtigen. Was ist aus der „Selbstschätzung" geworden? Die Grundlage ist zugrunde gegangen. Während aber die Selbstschätzung nur den Anlaß bot zu einer schweren „Prüfung" des Pflichtigen, schlägt die fremde Schätzung sofort in Exekution um. Art. 16 verfügt nämlich:

„Die Verhandlungen der Kreis- (Stadt-) Kommissionen sind der Bezirksregierung einzureichen, welche danach *alsbald* die Rollen der Anleihebeträge aufzustellen und den betreffenden Kassen zur Einziehung – nötigenfalls im Wege der Exekution – nach den für die [...] Steuern geltenden Vorschriften zuzufertigen hat."

Wir haben schon gesehen, wie bei den Rekursen nicht alles „Rose" ist. Der Rekursweg versteckt noch andere Dornen.

Erstens. Die Bezirkskommission, welche die Rekurse prüft, wird von Deputierten gebildet, welche von den nach dem Gesetz vom 8. April 1848[30] gewählten Wahlmännern usw. erwählt werden.

Aber der ganze Staat zerfällt vor der Zwangsanleihe in zwei feindselige Lager, das Lager der Widerspenstigen und das Lager der Wohlmeinenden, gegen deren geleisteten oder angebotenen Beitrag Ausstellungen bei der Kreiskommission nicht erhoben sind. Die Deputierten dürfen nur aus dem wohlmeinenden Lager erwählt werden. (Art. 17.)

Zweitens. „Den Vorsitz führt ein vom Finanzminister zu ernennender Kommissarius, dem zum Vortrage ein Beamter beigeordnet werden kann." (Art. 18.)

Drittens. „Die Bezirkskommission ist befugt, die spezielle Abschätzung des *Vermögens oder Einkommens anzuordnen* und zu diesem Ende *Werttaxen*

aufzunehmen oder *kaufmännische Bücher einsehen zu lassen*. Reichen diese Mittel nicht aus, so kann vom Rekurrenten eidesstattliche Versicherung gefordert werden.“ [Art. 19.]

Wer sich also den „Schätzungen“ der vom Finanzminister ernannten Beamten nicht unbedenklich fügt – muß zur Strafe seine sämtlichen Vermögensverhältnisse zwei Bürokraten und 15 Konkurrenten vielleicht offenlegen. Dornenvoller Pfad des Rekurses! Hansemann verhöhnt also nur sein Publikum, wenn er in den Motiven sagt:

„Der Verteilung der Anleihe liegt die Selbstschätzung zum Grunde. Um solche aber in *keiner Weise gehässig* zu machen, ist *auch nicht einmal eine summarische Angabe der einzelnen Vermögensteile erforderlich.*“

Die Strafe des „Meineides“ des Projektenmachers des Cervantes, sie sogar fehlt nicht im Projekt des Ministers der Tat.

Statt sich mit seinen Scheinmotiven abzuquälen, hätte unser Hansemann besser getan, mit dem Mann in der Komödie zu sagen:

„Wie wollt Ihr, daß ich alte Schulden zahle und neue Schulden mache, *wenn Ihr mir nicht Geld leiht?*“[225]

In diesem Augenblicke aber, wo Preußen an Deutschland im Dienst seiner Sonderinteressen einen Verrat zu begehen und gegen die Zentralgewalt zu rebellieren sucht, ist es die *Pflicht eines jeden Patrioten*, keinen Pfennig freiwillig zur Zwangsanleihe beizusteuern. Nur durch eine konsequente Abschneidung der Lebensmittel kann Preußen gezwungen werden, sich an Deutschland zu ergeben.

Vereinbarungsdebatten über die Kreisstände

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 56 vom 26. Juli 1848]

** *Köln*, 25. Juli. (*Vereinbarungssitzung vom 18.*[25]) Unter den vielen verworrenen, zwecklosen und rein persönlichen Dokumenten und Verhandlungen, die am Anfang jeder Sitzung vorkommen, heben wir heute zwei Punkte hervor.

Der erste ist die dem Präsidenten schriftlich eingereichte und von der Tribüne herab wiederholte Erklärung des Exministers *Rodbertus:* Er habe sich zwar als Redner *gegen* den Jacobyschen Antrag[1] einschreiben lassen, habe aber dennoch *nur* gegen den ersten, den Frankfurter Beschluß mißbilligenden Teil desselben, und *zugleich gegen* die betreffende am 4. Juli abgegebene *Erklärung des Ministeriums* sprechen wollen. Wie bekannt, wurde die Debatte abgebrochen, ehe Herr Rodbertus zum Wort kam.

Der zweite ist eine Erklärung des Herrn *Brodowski* im Namen sämtlicher polnischen Deputierten und gelegentlich einer beliebigen Erklärung der deutsch-polnischen Abgeordneten: Er erkenne die Einverleibung eines Teils von Posen in den Deutschen Bund gar nicht als zu Recht bestehend an auf Grund der Verträge von 1815 und der vom Könige provozierten Erklärung der Provinzialstände *gegen* die Aufnahme in den Bund.[227]

„Einen späteren *legalen Weg* kenne ich nicht, denn *die Nation ist noch nicht darüber befragt worden.*"

Folgt die Schlußverhandlung über die Adresse. Die Adresse wurde, wie bekannt, verworfen unter dem Ruf der Linken: „Zweimalige Kabinettsfrage!" und allgemeinem Gelächter.

Jetzt kam an die Reihe der Kommissionsbericht über den Antrag von 94 Abgeordneten, den Kreisständen die Befugnis zur Steuerausschreibung zu nehmen.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 222 ff.

Wir gehen absichtlich auf diesen Gegenstand ein. Er führt uns wieder einmal ein Stück echter altpreußischer Gesetzgebung ins Gedächtnis zurück, und die steigende Reaktion hält uns mehr und mehr diese Gesetzgebung als unverbesserliches Muster vor, während das Ministerium der Tat, das das Ministerium des Übergangs nicht vertreten will, sich täglich ungenierter zum Lobredner des Ministeriums Bodelschwingh aufwirft.

Die Kreisstände haben durch eine Anzahl Gesetze, die sämtlich jüngern Datums als 1840 sind, die Befugnis erhalten, Steuern mit verpflichtender Wirkung für die Kreisbewohner zu beschließen.

Diese Kreisstände sind ein prächtiges Muster altpreußischer „Vertretung". Sämtliche größeren grundbesitzenden Bauern des Kreises schicken *drei* Abgeordnete; jede Stadt schickt in der Regel *einen; jeder Rittergutsbesitzer* aber ist *geborner Kreisstand.* Gar nicht vertreten sind in den Städten die Arbeiter und ein Teil der kleinen Bürgerschaft, auf dem Lande die kleinen Eigentümer und die nicht angesessenen Bewohner, zusammen die ungeheuere Majorität. Diese nicht vertretenen Klassen werden aber nichtsdestoweniger von den Vertretern, und namentlich von den Herren „gebornen Kreisständen" besteuert, und wie und zu welchen Zwecken, werden wir gleich sehen.

Diese Kreisstände, die noch dazu über das Kreisvermögen ganz selbständig verfügen können, sind bei Steuerbeschlüssen an die Genehmigung, bald des Oberpräsidenten, bald des Königs, und außerdem noch, wenn sie in Teile gegangen und ein Stand ein Separatvotum abgegeben, an die Entscheidung des Ministers des Innern gebunden. Man sieht, wie pfiffig das Altpreußentum die „wohlerworbenen Rechte" der großen Grundbesitzer, zugleich aber auch das Oberaufsichtsrecht der Bürokratie zu wahren wußte.

Daß aber dies Oberaufsichtsrecht der Bürokratie nur besteht, um etwaige Eingriffe der Kreisstände in die Rechte des grünen Tisches zu verhüten, nicht aber um die Kreisbewohner, und namentlich die gar nicht vertretenen, vor den Eingriffen der Herren Kreisstände zu schützen, das erkennt der Zentralkommissionsbericht ausdrücklich an.

Der Bericht schließt mit dem Antrag, die Gesetze aufzuheben, welche den Kreisständen das Recht der Besteuerung erteilen.

Herr *Bucher*, Referent, entwickelte den Antrag. Gerade die Beschlüsse der Kreisstände, welche die Nichtvertretenen am meisten drückten und erbitterten, sind vorzugsweise von den Regierungen bestätigt worden.

„Es ist gerade ein Fluch des Polizeistaats, der im Prinzip gefallen ist, leider aber tatsächlich noch bis auf diese Stunde fortbesteht, daß ein Beamter oder eine Behörde, je höher sie in dem Mandarinentum stehen, desto besser alles, auch solche Detailmaß-

regeln zu verstehen glauben, obwohl sie den Lokalbedürfnissen um gerade soviel ferner stehn."

Der Vorschlag empfehle sich um so mehr, als er nicht aufbauend, sondern bloß *zerstörend* sei.

„Es läßt sich nicht leugnen, daß die Versammlung in den Versuchen *produktiver* Tätigkeit bisher *nicht glücklich* gewesen ist ... es möchte daher geraten sein, uns einstweilen mehr einer *zerstörenden* Tätigkeit hinzugeben."

Der Redner rät demnach, namentlich die seit 1815 erlassenen reaktionären Gesetze aufzuheben.

Das war zu arg. Nicht nur das Altpreußentum, die Bürokratie und die Kreisstände hatte der Berichterstatter für verwerflich erklärt, er hatte sogar auf die bisherigen Produkte der Vereinbarungsdebatten einen ironischen Seitenblick geworfen. Die Gelegenheit für das Ministerium war günstig. Ohnehin durfte es aus Hofrücksichten nicht zugeben, daß gerade nur die unter dem jetzigen Könige erlassenen Gesetze aufgehoben würden.

Herr *Kühlwetter* erhebt sich also.

„Die Kreisstände sind so zusammengesetzt, daß ohne Zweifel ihre Verfassung geändert wird, indem" – die ständische Wirtschaft überhaupt der Gleichheit vor dem Gesetz widerspricht? Im Gegenteil! Bloß „indem jetzt noch jeder Rittergutsbesitzer geborner Kreisstand ist, eine Stadt aber, wenn sie auch *noch so viele Rittergüter* in sich schließt, nur einen Kreisstand zu entsenden berechtigt ist und die bäuerlichen Gemeinden nur durch drei Deputierte vertreten werden."

Wir tun einen Blick in die verborgenen Pläne des Ministeriums der Tat. Das Ständewesen mußte bei der Zentralvolksvertretung aufgehoben werden, das ließ sich nicht ändern. Aber in den kleineren Bezirken der Vertretung, in den Kreisen (vielleicht auch in den Provinzen?) wird man versuchen, die *ständische Vertretung zu erhalten*, indem man nur die gröbsten Übervorteilungen der Bürger und Bauern durch die Ritterschaft ausmerzt. Daß Herrn Kühlwetters Erklärung nicht anders zu fassen ist, geht daraus hervor, daß der Bericht der Zentralkommission geradezu auf Anwendung der Gleichheit vor dem Gesetz in der Kreisvertretung provozierte. Herr Kühlwetter übergeht diesen Punkt aber mit dem tiefsten Stillschweigen.

Gegen den *Inhalt* des Antrags hat Herr Kühlwetter nichts einzuwenden; nur fragt er, ob es nötig sei, diesen Antrag im „Wege der Gesetzgebung" zur Geltung zu bringen.

„Die Gefahr, daß die Kreisstände vom Besteuerungsrecht Mißbrauch machen möchten, *ist wohl nicht so groß* ... Das Aufsichtsrecht der Regierung ist *keineswegs so*

illusorisch, wie dargestellt worden; dasselbe ist mit Gewissenhaftigkeit *stets* ausgeübt worden und dabei namentlich ‚die unterste Klassensteuerstufe möglichst von Beiträgen befreit worden'."

Natürlich! Herr Kühlwetter war Bürokrat unter Bodelschwingh, und selbst auf die Gefahr hin, das ganze Ministerium der Tat zu kompromittieren, müssen die vergangenen Heldentaten der Bodelschwinghschen Bürokratie verteidigt werden. Wir bemerken, daß Herr Hansemann abwesend war, als ihn sein Kollege Kühlwetter so mit Herrn Bodelschwingh fraternisieren ließ.

Herr Kühlwetter erklärt, er habe bereits alle Regierungen instruiert, bis auf weiteres keine kreisständischen Steuern mehr zu bestätigen, und damit sei ja der Zweck erreicht.

Herr *Jentzsch* verdirbt dem Herrn Minister das Spiel, indem er bemerkt, es sei Mode bei den Kreisständen, die Chausseebeiträge, die gerade meist den Rittergütern zugut kommen, nach der *Klassensteuer* zu repartieren, *von der die Rittergüter ganz befreit sind.*

Herr *Kühlwetter* und Herr *von Wangenheim*, ein Beteiligter, suchen die Kreisstände zu verteidigen; namentlich hält der Herr Oberlandesgerichtsrat von Wangenheim, Kreisstand zu Saatzig, eine große Lobrede auf dies rühmliche Institut.

Aber der Abgeordnete *Moritz* vereitelt den Effekt wieder. Was hilft die Verfügung des Herrn Kühlwetter? Wenn das Ministerium einmal abtreten sollte, so lassen die Regierungen die Verfügung unbeachtet. Haben wir so schlechte Gesetze wie diese, so sehe ich nicht ein, warum wir sie nicht aufheben sollten. Und was die geleugneten Mißbräuche angeht,

„nicht nur haben die Kreisstände die ihnen zustehende Befugnis, Abgaben aufzulegen, gemißbraucht in der Art, daß sie *persönliche Begünstigungen* eintreten ließen, daß sie Ausgaben beschlossen haben, welche nicht zum Gemeinnutzen des Kreises gereichten, sondern sie haben auch Chausseebauten im Interesse einzelner, eines bevorzugten Standes beschlossen... Die Kreisstadt Ruppin soll mit der Hamburg-Berliner Eisenbahn verbunden werden. Statt die Chaussee über die Stadt Wusterhausen zu legen, obwohl diese Stadt sich erklärt hat, die Mehrkosten aus eignen Mitteln zu geben, ist dieser kleinen, nahrungslosen Stadt die Durchführung der Chaussee *von der Regierung verweigert worden*, und dagegen die Chaussee durch *drei Güter eines und desselben Rittergutsbesitzers* geführt"!!

Herr *Reichenbach* macht darauf aufmerksam, daß die Ministerialverfügung auf die den Kreisständen gänzlich freigelassene Disposition über das Kreisvermögen gar keinen Einfluß habe.

Der *Minister* antwortet einige lahme Phrasen.

Herr *Bucher* erklärt, er halte den Minister für gar nicht *befugt*, Verordnungen zu erlassen, welche bestehende Gesetze *faktisch aufheben*. Nur durch die Gesetzgebung könne hier gebessert werden.

Herr Kühlwetter stammelt noch einige unzusammenhängende Worte, um sich zu verteidigen, und sodann wird abgestimmt.

Die Versammlung nimmt den Zentralkommissionsantrag an, daß die Gesetze, wodurch den Kreisständen das Besteuerungsrecht und die Verfügung über das Kreisvermögen erteilt wird, aufgehoben werden, mit dem Zusatz: „unbeschadet der auf Grund dieser Verordnungen gefaßten kreisständischen Beschlüsse".

Man sieht, die „Taten" des Ministeriums der Tat bestehen in polizeilichen Reaktionsversuchen und parlamentarischen Niederlagen.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die Auflösung der demokratischen Vereine in Baden

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 58 vom 28. Juli 1848]

** *Köln*, 27. Juli. Die reaktionären Polizeimaßregeln gegen das Assoziationsrecht folgen sich Schlag auf Schlag. Zuerst wird der demokratische Verein in Stuttgart, dann der von Heidelberg aufgehoben.[1] Der Erfolg macht die Herren von der Reaktion kühn; die badische Regierung hebt jetzt sämtliche demokratischen Vereine in Baden auf.

Das geschieht in demselben Augenblicke, wo die soi-disant[2] Nationalversammlung in Frankfurt[7] sich damit beschäftigt, das Assoziationsrecht als eins der „Grundrechte des deutschen Volkes“ für ewige Zeiten sicherzustellen.

Die Grundbedingung des freien Assoziationsrechtes ist, daß kein Verein, keine Gesellschaft durch die Polizei aufgelöst oder verboten werden kann, daß dies nur geschehen kann infolge eines richterlichen Spruchs, der die Ungesetzlichkeit des Vereines oder seiner Handlungen und Zwecke feststellt und die Urheber dieser Handlungen bestraft.

Dieser Weg ist natürlich für die maßregelnde Ungeduld des Herrn *Mathy* viel zu langwierig. Gerade wie es ihm zu langweilig war, erst einen Verhaftsbefehl auszuwirken oder sich wenigstens zum Spezialkonstabler ernennen zu lassen, als er kraft des Gendarmen in seiner Brust den „Landesverräter“ Fickler verhaftete – gerade so verächtlich und unpraktisch erscheint ihm auch jetzt noch der gerichtliche, der gesetzliche Weg.

Die Motive dieser neuen Polizeigewalttat sind äußerst erbaulich. Die Vereine hätten sich an die vom demokratischen Kongreß zu Frankfurt[228] ausgegangene Organisation der demokratischen Vereine für ganz Deutschland angeschlossen. Dieser Kongreß habe

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 238/239 – [2] sogenannte

„die Erringung einer demokratischen Republik als Zweck hingestellt" (als ob das verboten sei!), „und wie es mit den Mitteln gemeint ist, durch welche dieser Zweck erreicht werden soll, geht unter andern aus den in jenen Beschlüssen ausgedrückten Sympathien für die Aufrührer hervor" (seit wann sind „Sympathien" ungesetzliche „Mittel"?), „sowie auch daraus, daß der Zentralausschuß dieser Vereine sogar der deutschen Nationalversammlung die fernere Anerkennung versagte und zur Bewirkung einer förmlichen Losreißung der Minderheit behufs der Bildung einer neuen Versammlung auf ungesetzlichem Wege auffordert."[229]

Folgen dann die Beschlüsse des Kongresses über die Organisation der demokratischen Partei.

Nach Herrn Mathy sind also die badischen Vereine verantwortlich für die Beschlüsse des Zentralkomitees, auch wenn sie sie *nicht ausführen*. Denn hätten diese Vereine infolge der Aufforderung des Frankfurter Komitees wirklich eine Adresse an die Linke der Nationalversammlung erlassen und sie zum Austritt aufgefordert, so würde Herr Mathy nicht ermangeln, dies anzuzeigen. Ob übrigens die betreffende Aufforderung ungesetzlich war, darüber hat nicht Herr Mathy, darüber haben die Gerichte zu entscheiden. Und um die Organisation der Partei in Kreise, Kongresse und Zentralkomitees für ungesetzlich zu erklären – dazu muß man wirklich Herr Mathy sein! Und organisieren sich die konstitutionellen und reaktionären Vereine[230] nicht nach diesem Muster?

Aber freilich! Es „erscheint unzulässig und verderblich, wenn die Grundlage der Verfassung unterwühlt und so das ganze Staatsgebäude durch die Kraft der Assoziationen erschüttert wird".

Gerade dazu, Herr Mathy, ist das Assoziationsrecht ja da, daß man die Verfassung ungestraft „unterwühlen" kann, in der gesetzlichen Form versteht sich! Und wenn die Kraft der Assoziationen größer ist als die des Staats, desto schlimmer für den Staat!

Wir fordern die Nationalversammlung abermals auf, wenn sie nicht alles Ansehen verlieren will, Herrn Mathy sofort in Anklagestand zu versetzen.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten[231]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 60 vom 30. Juli 1848]

** *Köln*, 29. Juli. Wenn hier und da ein Rheinländer vergessen haben sollte, was er der „Fremdherrschaft", der „Unterdrückung des korsischen Tyrannen" verdankt[232], so möge er den Gesetzentwurf über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben lesen, den Herr Hansemann im Jahre der Gnade 1848 seinen Vereinbarern „zur Erklärung" zugehen läßt. Lehnsherrlichkeit, Allodifikationszins, Sterbefall, Besthaupt, Kurmede, Schutzgeld, Jurisdiktionszins, Dreidinggelder, Zuchtgelder, Siegelgelder, Blutzehnt, Bienenzehnt usw. – wie fremd, wie barbarisch klingen diese widersinnigen Namen unseren durch die französisch-revolutionäre Zertrümmerung der Feudalität, durch den Code Napoléon[90] zivilisierten Ohren! Wie unverständlich ist uns dieser ganze Wust mittelaltriger Leistungen und Abgaben, dies Naturalienkabinett des modrigsten Plunders der vorsündflutlichen Zeit!

Und doch, ziehe deine Schuhe aus, denn du stehst auf heiligem Boden, deutscher Patriot! Diese Barbareien, sie sind die Trümmer der christlich-germanischen Glorie, sie sind die letzten Ringe einer Kette, die sich durch die Geschichte hinzieht und dich verbindet mit der Herrlichkeit deiner Väter bis hinauf zu den cheruskischen Wäldern! Diese Moderluft, dieser Feudalschlamm, die wir hier in klassischer Unverfälschtheit wiederfinden, sind unseres Vaterlandes ureigenste Produkte, und wer ein echter Deutscher ist, der muß mit dem Dichter ausrufen:

Das ist ja meine Heimatluft!
Die glühende Wange empfand es!
Und dieser Landstraßenkot, er ist
Der Dreck meines Vaterlandes![233]

Wenn man diesen Gesetzentwurf überliest, so scheint es auf den ersten Blick, als tue unser Minister des Ackerbaues, Herr *Gierke*, auf Befehl Herrn Hansemanns einen gewaltig „kühnen Griff“[234], als hebe er mit einem Federzug ein ganzes Mittelalter auf, und alles gratis, versteht sich!

Wenn man dagegen die *Motive* zum Entwurf ansieht, so findet man, daß sie gleich damit anfangen, zu beweisen, daß eigentlich *gar keine* Feudallasten unentgeltlich aufgehoben werden dürfen – also mit einer kühnen Behauptung, welche dem „kühnen Griff“ direkt widerspricht.

Zwischen diesen beiden Kühnheiten laviert nun die praktische Schüchternheit des Herrn Ministers behutsam und vorsorglich durch. Links „die allgemeine Wohlfahrt“ und die „Anforderungen des Zeitgeistes“, rechts die „wohlerworbenen Rechte der Gutsherrschaften“, in der Mitte der „preiswürdige Gedanke der freieren Entwickelung der ländlichen Verhältnisse“, verkörpert in der schamhaften Verlegenheit des Herrn Gierke – welche Gruppe!

Genug. Herr Gierke erkennt vollständig an, daß die Feudallasten im allgemeinen nur gegen Entschädigung aufgehoben werden dürfen. Damit bleiben die drückendsten, die verbreitetsten, die hauptsächlichsten Lasten *bestehen*, oder, da sie tatsächlich durch die Bauern schon abgeschafft waren, werden sie *wiederhergestellt*.

Aber, meint Herr Gierke,

„wenn dennoch einzelne Verhältnisse, deren innere Begründung mangelhaft oder deren Fortdauer mit den Anforderungen des Zeitgeistes und der allgemeinen Wohlfahrt nicht vereinbar ist, *ohne Entschädigung* aufgehoben werden, so mögen die dadurch Betroffenen nicht verkennen, daß sie nicht allein dem allgemeinen Besten, sondern auch ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse einige Opfer bringen, um das Verhältnis der Berechtigten und Verpflichteten zu einem friedlichen und freundlichen zu gestalten und dadurch dem Grundbesitz überhaupt die Stellung im Staate zu bewahren, die ihm zum Heile des Ganzen gebührt“.

Die Revolution auf dem Lande bestand in der tatsächlichen Beseitigung aller Feudallasten. Das Ministerium der Tat, das die Revolution anerkennt, erkennt sie auf dem Lande dadurch an, daß es sie unter der Hand vernichtet. Den ganzen alten Status quo zurückzuführen, ist unmöglich; die Bauern würden ihre Feudalbarone ohne weiteres totschlagen, das sieht selbst Herr Gierke ein. Man hebt also eine pomphafte Liste von unbedeutenden, nur hie und da existierenden Feudallasten auf und stellt die Hauptfeudallast, die sich in dem einfachen Wort *Frondienste* zusammenfaßt, wieder her.

Der Adel opfert durch sämtliche aufzuhebende Rechte nicht 50000 Taler jährlich und rettet dadurch mehrere Millionen. Ja, wie der Minister hofft,

wird er sich dadurch die Bauern versöhnen und in Zukunft sogar ihre Stimmen bei den Kammerwahlen erwerben. In der Tat, das Geschäft wäre gut, wenn Herr Gierke sich nicht verrechnete!

Die Einwände der Bauern wären damit beseitigt, des Adels, soweit er seine Situation richtig erkennt, ebenfalls. Bleibt noch die Kammer, die Bedenken der juristischen und radikalen Konsequenzmacherei. Der Unterschied zwischen den aufzuhebenden und nicht aufzuhebenden Lasten, der kein anderer ist als der zwischen ziemlich wertlosen und sehr wertvollen Lasten, muß um der Kammer willen eine scheinbare juristische und ökonomische Begründung erhalten. Herr Gierke muß nachweisen, daß die aufzuhebenden Lasten 1. eine mangelhafte innere Begründung haben, 2. der allgemeinen Wohlfahrt, 3. den Anforderungen des Zeitgeistes widersprechen und 4. ihre Aufhebung im Grunde keine Verletzung des Eigentumsrechts, keine Expropriation ohne Entschädigung ist.

Um die mangelhafte Begründung dieser Abgaben und Leistungen zu beweisen, vertieft sich Herr Gierke in die düstersten Regionen des Lehnrechts. Die ganze, „ursprünglich sehr langsame Entwicklung der germanischen Staaten seit einem tausendjährigen Zeitraum" wird von Herrn Gierke heraufbeschworen. Aber was hilft das Herrn Gierke? Je tiefer er geht, je mehr er den stockigen Schlamm des Lehnrechts aufrührt, desto mehr beweist ihm das Lehnrecht nicht die mangelhafte, sondern die vom feudalen Standpunkt aus sehr solide Begründung der fraglichen Lasten; und der unglückliche Minister setzt sich nur der allgemeinen Heiterkeit aus, wenn er sich abarbeitet, das Lehnrecht modern-zivilrechtliche Orakelsprüche ausstoßen, den Feudalbaron des 12. Jahrhunderts ebenso denken und urteilen zu lassen wie den Bourgeois des neunzehnten.

Herr Gierke hat glücklicherweise den Grundsatz des Herrn v. Patow geerbt: alles was Ausfluß der Lehnsherrlichkeit und Erbuntertänigkeit sei, unentgeltlich aufzuheben, alles andere aber nur ablösbar zu lassen.[1] Aber glaubt Herr Gierke, es gehöre ein größerer Aufwand von Scharfsinn dazu, um ihm nachzuweisen, daß die aufzuhebenden Lasten durchschnittlich ebenfalls „Ausflüsse der Lehnsherrlichkeit" seien?

Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß Herr Gierke im Interesse der Konsequenz überall moderne Rechtsbegriffe zwischen die feudalen Rechtsbestimmungen einschmuggelt und im höchsten Notfall immer an sie appelliert. Mißt Herr Gierke aber einige dieser Lasten an den Vorstellungen des modernen Rechts, so ist nicht einzusehn, warum dies nicht bei allen ge-

[1] Siehe vorl. Band, S. 106/107

schieht. Aber freilich, da würden die Frondienste vor der Freiheit der Person und des Eigentums schlimm wegkommen.

Noch schlimmer aber geht es Herrn Gierke mit seinen Unterscheidungen, wenn er das Argument der öffentlichen Wohlfahrt und der Anforderungen des Zeitgeistes anführt. Es versteht sich doch wohl von selbst: Wenn diese unbedeutenden Lasten der öffentlichen Wohlfahrt im Wege sind und den Anforderungen des Zeitgeistes widersprechen, so tun es die Frondienste, Roboten, Laudemien usw. noch viel mehr. Oder findet Herr Gierke das Recht, die *Gänse* der Bauern zu rupfen (§ 1, Nr. 14) unzeitgemäß, das Recht aber, die *Bauern selbst* zu rupfen, zeitgemäß?

Folgt die Beweisführung, die betreffende Aufhebung verletze kein Eigentumsrecht. Der Beweis dieser schreienden Unwahrheit kann natürlich nur scheinbar, und zwar nur dadurch geführt werden, daß man der Ritterschaft vorrechnet, diese Rechte seien wertlos für sie, und diese Wertlosigkeit kann natürlich nur annähernd bewiesen werden. Herr Gierke rechnet nun mit der größten Emsigkeit alle 18 Abteilungen des ersten Paragraphen durch und merkt nicht, daß in demselben Maße, als es ihm gelingt, die Wertlosigkeit der fraglichen *Lasten* zu beweisen, er auch die *Wertlosigkeit seines Gesetzentwurfs* nachweist. Guter Herr Gierke! Wie hart es uns ankommt, ihn aus seiner süßen Täuschung zu reißen und ihm seine archimedisch-feudalistischen Zirkel zu zertreten!

Nun aber noch eine Schwierigkeit! Bei den früheren Ablösungen der jetzt aufzuhebenden Lasten, wie bei allen Ablösungen, sind die Bauern von den bestochenen Kommissionen fürchterlich zugunsten des Adels übervorteilt worden. Sie verlangen jetzt Revision aller unter der alten Regierung abgeschlossenen Ablösungsverträge, und sie haben vollkommen recht!

Aber Herr Gierke kann sich auf nichts einlassen. Dem „steht das formelle Recht und Gesetz entgegen", was überhaupt jedem Fortschritt entgegensteht, da jedes neue Gesetz ein altes formelles Recht und Gesetz aufhebt.

„Die Folgen davon sind mit Sicherheit dahin vorauszusagen, daß man, um den Verpflichteten Vorteile auf einem den Rechtsgrundsätzen aller Zeiten widersprechenden Wege" (Revolutionen widersprechen auch den Rechtsgrundsätzen aller Zeiten) „zu verschaffen, über einen sehr großen Teil des Grundbesitzes im Staate, mithin (!) über den Staat selbst *unberechenbares Unheil bringen* mußte!"

Und nun beweist Herr Gierke mit erschütternder Gründlichkeit, daß solch ein Verfahren

„den ganzen Rechtszustand des Grundbesitzes in Frage stellen und erschüttern und dadurch in Verbindung mit zahllosen Prozessen und Kosten[1] dem Grundbesitz, der

[1] Im stenogr. Bericht: unermeßlichen Kosten und zahllosen Prozessen

Hauptgrundlage des Nationalwohlstandes, eine schwer heilbare Wunde schlagen werde"; daß es „ein Eingriff in die Rechtsgrundsätze über die Gültigkeit der Verträge sei, ein Angriff auf die unzweifelhaftesten Vertragsverhältnisse, welcher in seinen Konsequenzen jedes Vertrauen auf die Stabilität des Zivilrechts erschüttern und somit den ganzen Geschäftsverkehr auf die bedrohlichste Weise gefährden müsse"!!!

Hier also sieht Herr Gierke einen Eingriff ins Eigentumsrecht, der alle Rechtsgrundsätze erschüttern würde. Und warum ist die unentgeltliche Aufhebung der fraglichen Lasten kein Eingriff? Hier liegen nicht bloß unzweifelhafteste Vertragsverhältnisse, hier liegt eine seit unvordenklicher Zeit unverweigerlich ausgeführte, unangefochtene Berechtigung vor, während bei dem Verlangen der Revision die fraglichen Verträge keineswegs unangefochten sind, da die Bestechungen und Übervorteilungen notorisch und in vielen Fällen erweisbar sind.

Wir können es nicht leugnen: So unbedeutend die aufgehobenen Lasten sind, Herr Gierke verschafft durch ihre Aufhebung „den Verpflichteten Vorteile auf einem den Rechtsgrundsätzen aller Zeiten widersprechenden Wege", dem „das formelle Recht und Gesetz direkt entgegensteht"; er „zerrüttet den ganzen Rechtszustand des Grundbesitzes", er greift die „unzweifelhaftesten" Rechte in ihrer Wurzel an.

In der Tat, Herr Gierke, so schwere Sünden begehen, um so pauvre[1] Resultate zu erreichen, war das der Mühe wert?

Allerdings, *Herr Gierke greift das Eigentum an* – das ist unleugbar –, aber nicht das moderne, bürgerliche Eigentum, sondern das feudale. Das bürgerliche Eigentum, das sich auf den Ruinen des feudalen erhebt, *stärkt* er durch diese Zerstörungen des feudalen Eigentums. Und er will bloß deshalb die Ablösungsverträge nicht revidieren, weil durch diese Verträge die feudalen Eigentumsverhältnisse in *bürgerliche* verwandelt worden sind, weil er sie also nicht revidieren kann, ohne zugleich formell das bürgerliche Eigentum zu verletzen. Und das bürgerliche Eigentum ist natürlich ebenso heilig und unverletzlich, wie das feudale angreifbar und, je nach Bedürfnis und Courage der Herren Minister, verletzlich ist.

Was ist nun des langen Gesetzes kurzer Sinn?

Der schlagendste Beweis, daß die deutsche Revolution von 1848 nur *die Parodie der französischen Revolution von 1789* ist.

Am 4. August 1789[78], drei Wochen nach dem Bastillensturm, wurde das französische Volk auf *einen* Tag mit den Feudallasten fertig.

Am 11. Juli 1848[231], vier Monate nach den Märzbarrikaden, werden die Feudallasten mit dem deutschen Volk fertig, teste Gierke cum Hansemanno[2].

[1] ärmliche – [2] bezeugt durch Gierke und Hansemann

Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich. Sie wußte, die Grundlage ihrer Herrschaft war Zertrümmerung des Feudalismus auf dem Lande, Herstellung der freien, grundbesitzenden Bauernklasse.

Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre *natürlichsten Bundesgenossen*, die Fleisch von ihrem Fleisch sind, und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel.

Die Fortdauer, die Sanktion der Feudalrechte in der Form der (illusorischen) Ablösung, das ist also das Resultat der deutschen Revolution von 1848. Das ist die wenige Wolle von dem vielen Geschrei!

Geschrieben von Karl Marx.

Die „Kölnische Zeitung" über englische Verhältnisse

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 62 vom 1. August 1848]

** *Köln*, 31. Juli.

„Wo ist in England *eine Spur von jenem Haß* gegen die Klasse zu entdecken, welche *in Frankreich die Bourgeoisie genannt wird?* Dieser Haß war *einmal* gegen die Aristokratie gerichtet, die durch das Getreidemonopol von dem Gewerbfleiß eine drückende, ungerechte Steuer erhob. Der Bourgeois *genießt in England keine Privilegien,* er ist das Kind seines Fleißes; in Frankreich war er unter Louis-Philippe das Kind des Monopols, des Privilegiums."

Dieser große, dieser gelehrte, dieser wahrheitsliebende Satz findet sich in einem leitenden Artikel des Herrn Wolfers in der stets wohlunterrichteten *„Kölnischen Zeitung"*[104].

Es ist in der Tat merkwürdig! In England existiert das zahlreichste, das konzentrierteste, das klassischste Proletariat, ein Proletariat, das alle fünf bis sechs Jahre durch das zerreißendste Elend einer Handelskrisis, durch Hunger und Typhus dezimiert wird, das die Hälfte seines Lebens in der Industrie überflüssig und brotlos ist; in England ist der zehnte Mann ein Pauper, und der dritte Pauper ein Gefangener in der Armengesetzbastille[235]; in England kostet die Armenverwaltung jährlich fast ebensoviel wie die gesamten Ausgaben des preußischen Staats; in England ist Elend und Pauperismus als ein notwendiger Faktor des gegenwärtigen Industriesystems und des Nationalreichtums offen proklamiert worden, und trotzdem – wo ist in England eine Spur von Haß gegen die Bourgeoisie?

In keinem Lande der Welt ist mit dem massenhaften Proletariat der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu einer solchen Höhe entwickelt wie in England; kein Land der Welt weist so schreiende Kontraste zwischen der tiefsten Armut und dem kolossalsten Reichtum auf, und trotzdem – wo ist eine Spur von Haß gegen die Bourgeoisie?

Natürlich! Die Koalitionen der Arbeiter, heimlich bis 1825, offen seit 1825, Koalitionen, nicht für *einen* Tag gegen *einen* Fabrikanten, sondern Koalitionen von permanenter Dauer gegen ganze Fraktionen von Fabrikanten, Koalitionen ganzer Arbeitszweige, ganzer Städte, Koalitionen endlich zahlloser Arbeiter über ganz England hin, alle diese Koalitionen und ihre zahllosen Kämpfe gegen die Fabrikanten, ihre Arbeitseinstellungen, die zu Gewalttätigkeiten, rachlustigen Demolierungen, Brandstiftungen, bewaffneten Überfällen, Meuchelmorden führten, alles dies sind ebensoviel Beweise der Liebe des Proletariats gegen die Bourgeoisie!

Der ganze Krieg der Arbeiter gegen die Fabrikanten, der nunmehr an die achtzig Jahre dauert, der mit Maschinenzertrümmerung anfing und durch Koalitionen, einzelne Angriffe auf Personen und Eigentum der Fabrikanten und der den Fabrikanten ergebenen wenigen Arbeiter, durch größere und kleinere Aufstände, durch die Insurrektionen von 1839 und 1842[236] sich zum ausgebildetsten Klassenkampf entwickelt hat, den die Welt gesehen; dieser ganze Klassenkampf der Chartisten[60], der konstituierten Proletariatspartei gegen die konstituierte Staatsgewalt der Bourgeoisie, ein Kampf, der noch nicht zu den furchtbar blutigen Kollisionen geführt hat wie in Paris der Junikampf, der aber mit viel größerer Ausdauer, von viel größeren Massen und auf einem viel größeren Terrain geführt wird – dieser soziale Bürgerkrieg ist für die „Kölnische Zeitung“ und ihren Wolfers natürlich ein einziger langer Beweis der Liebe des englischen Proletariats gegen die ihm vorgesetzte Bourgeoisie!

Wie lange ist es her, da war es Mode, England als das klassische Land der sozialen Gegensätze und Kämpfe hinzustellen und im Hinblick auf Englands sogenannte „unnatürliche Zustände“ Frankreich glücklich zu preisen mit seinem Bürgerkönig, seinen bürgerlichen Parlamentskämpfern und seinen braven Arbeitern, die sich immer so tapfer für die Bourgeoisie schlugen? Wie lange ist es her, da stimmte die *„Kölnische Zeitung“* alltäglich diese Leier an und fand in den englischen Klassenkämpfen einen Grund, Deutschland vom Schutzsystem und der daraus sich entwickelnden „unnatürlichen“ Treibhausindustrie abzuraten? Aber die Junitage haben alles umgewälzt. Die Schrecken des Junikampfs sind der „Kölnischen Zeitung“ in die Glieder gefahren, und die Millionen Chartisten von London, Manchester und Glasgow zerrinnen in nichts vor den vierzigtausend Pariser Insurgenten.

Frankreich ist das klassische Land des Hasses gegen die Bourgeoisie geworden und nach den jetzigen Behauptungen der „Kölnischen Zeitung“ seit 1830 gewesen. Sonderbar! Während die englischen Agitatoren in Meetings, in Broschüren, in Journalen seit nunmehr zehn Jahren nicht müde werden,

unter dem Beifall des gesamten Proletariats zum glühendsten Haß gegen die Bourgeoisie aufzufordern, hat die französische Arbeiter- und Sozialistenliteratur stets Versöhnung mit der Bourgeoisie gepredigt und sich dabei gerade darauf gestützt, daß die Klassengegensätze in Frankreich noch lange nicht so entwickelt seien wie in England! Und gerade die Leute, bei deren bloßem Namen die *„Kölnische Zeitung"* sich dreimal bekreuzt, ein Louis Blanc, ein Cabet, ein Caussidière, ein Ledru-Rollin haben jahrelang, vor und nach der Februarrevolution, Frieden mit der Bourgeoisie gepredigt und taten dies meist de la meilleure foi du monde[1]. Die „Kölnische Zeitung" möge die sämtlichen Schriften der Genannten, sie möge die „Réforme", den „Populaire"[3], sie möge selbst Arbeiterjournale der letzten Jahre, wie die „Union", die „Ruche populaire", die „Fraternité"[237] nachlesen – doch zwei, aller Welt bekannte Zitate genügen: die ganze „Geschichte der zehn Jahre" von Blanc, namentlich der Schluß, und die beiden Bände „Revolutionsgeschichte" von demselben.

Die *„Kölnische Zeitung"* bleibt aber nicht bloß bei der *Behauptung* der Tatsache stehen, daß in England kein Haß existiere gegen „das, was man in Frankreich die *Bourgeoisie* nennt" (auch in England, wohlunterrichtete Kollegin, vgl. *„Northern Star"* seit zwei Jahren) – sie erklärt auch, *warum* dies gerade so und nicht anders sein muß.

Peel hat die englische Bourgeoisie vor dem Haß gerettet, indem er die Monopole aufhob und die Handelsfreiheit begründete:

„In England genießt der Bourgeois keine Privilegien, kein Monopol, in Frankreich war er das Kind des Monopols... Die Maßregeln Peels sind es, welche England vor der furchtbarsten Umwälzung bewahrten."

Indem Peel das Monopol der *Aristokratie* aufhob, rettete er die *Bourgeoisie* vor dem drohenden Haß des Proletariats – wunderbare Logik der *„Kölnischen Zeitung"!*

„Das englische Volk, wir sagen: das *englische Volk* sieht täglich mehr ein, daß von der *Handelsfreiheit* allein die Lösung der Lebensfragen zu hoffen ist, die alle seine jetzigen Leiden und Besorgnisse umfassen, eine Lösung, welche in der letztern Zeit unter Strömen von Blut versucht wurde... Vergessen wir nicht, daß vom *englischen Volk* die ersten Freihandelsideen ausgingen."

Das englische Volk! Aber das „englische *Volk*" hat die Freihandelsmänner seit 1839 in allen ihren Meetings, in der Presse bekämpft; es hat sie gezwungen, zur Zeit der größten Glorie der Anti-Korngesetz-League[202], sich

[1] aufs alleraufrichtigste

heimlich zu versammeln und den Zutritt zu ihren Meetings vom Besitz einer Karte abhängig zu machen, es hat die Praxis der Freetrader[1] mit der bittersten Ironie neben ihre schönen Worte gestellt, es identifiziert vollständig Bourgeois und Freihändler! Das englische Volk ist sogar gezwungen gewesen, von Zeit zu Zeit momentan die Hülfe der Aristokratie, der Monopolisten, gegen die Bourgeoisie zu benutzen – z.B. in der Zehnstundenfrage[238] –, und dies Volk, das so gut versteht, die Freetrader von der Tribüne *öffentlicher* Versammlungen zu vertreiben, dies „englische *Volk*" soll der erste Urheber der Freihandelsideen sein? Kindliche Einfalt der „Kölnischen Zeitung", die nicht allein den großen Kapitalisten von Manchester und Leeds ihre Illusionen nachplappert, sondern auch ihren absichtlichen Lügen gläubig lauscht!

„Der Bourgeois genießt in England keine Privilegien, kein Monopol." Aber in Frankreich, da ist es anders:

„Der Bourgeois war für den Arbeiter seit langer Zeit der Mann des Monopols, dem der arme Ackerbauer 60 Prozent Steuern für das Eisen seines Pfluges zahlte, der mit seinen Steinkohlen wucherte, der die Winzer in ganz Frankreich dem Hungertode preisgab, der ihnen alles und jedes um 20, 40, 50 Prozent teurer verkaufte"...

Die brave „Kölnische Zeitung" kennt kein anderes „Monopol" als das des *Zolls*, d.h. das Monopol, das nur *scheinbar* auf den Arbeiter, in der Wirklichkeit aber auf die Bourgeoisie, auf alle diejenigen Industriellen drückt, die nicht von dem Zollschutz profitieren. Die „Kölnische Zeitung" kennt kein anderes Monopol, als das von Adam Smith bis zu Cobden von den Herren Freihändlern angefeindete, das lokale, durch die Gesetze gemachte Monopol.

Aber das *Monopol des Kapitals*, das ohne die Gesetzgebung und oft trotz der Gesetzgebung existierende Monopol, das existiert für die Herren von der „Kölnischen Zeitung" nicht. Und gerade dies Monopol ist es, das auf die Arbeiter direkt und unerbittlich drückt, das den Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie erzeugt! Gerade dies Monopol ist das *spezifisch moderne* Monopol, dessen Produkt die modernen Klassengegensätze sind; und die Lösung gerade dieser Gegensätze ist die spezifische Aufgabe des 19. Jahrhunderts!

Dies *Monopol des Kapitals* wird aber mächtiger, allumfassender, drohender *in demselben Maße, als die übrigen kleinen und lokalen Monopole schwinden.*

Je freier die Konkurrenz durch die Beseitigung aller „Monopole", desto rascher konzentriert sich das Kapital in den Händen einer industriellen Feudalität, desto rascher wird die kleine Bourgeoisie ruiniert, desto schneller unterjocht das Land des Kapitalmonopols, England, die umliegenden Länder

[1] Freihändler

seiner Industrie. Hebt die „Monopole“ der französischen, deutschen, italienischen Bourgeoisie auf, und Deutschland, Frankreich, Italien sinken herab zu Proletariern gegenüber der alles absorbierenden englischen Bourgeoisie. Den Druck, den der einzelne englische Bourgeois ausübt auf den einzelnen englischen Proletarier, denselben Druck wird dann die gesamte englische Bourgeoisie ausüben über Deutschland, Frankreich und Italien, und wer namentlich darunter leidet, wird die kleine Bourgeoisie dieser Länder sein.

Das sind Trivialitäten, die man heutzutage niemanden mehr auseinandersetzen darf, ohne zu beleidigen – ausgenommen die gelahrten Herren von der „Kölnischen Zeitung“.

Diese tiefen Denker sehen in der Handelsfreiheit das einzige Mittel, Frankreich vor einem Vernichtungskrieg zwischen Arbeitern und Bourgeois zu retten.

In der Tat, die Bourgeoisie des Landes auch ins Proletariat herabdrücken, das ist ein Mittel zur Ausgleichung der Klassengegensätze, würdig der *„Kölnischen Zeitung“!*

Geschrieben von Friedrich Engels.

Vereinbarungsdebatte über die Valdenairesche Angelegenheit

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 63 vom 2. August 1848]

** *Köln*, 1. August. Wir haben wieder einige Vereinbarungssitzungen nachzuholen.[25]

In der Sitzung vom 18. Juli wurde der Antrag auf Einberufung des Abgeordneten Valdenaire[1] beraten. Die Zentralabteilung trug auf Annahme an. Drei rheinische Juristen erhoben sich dagegen.

Zuerst Herr *Simons* aus Elberfeld, ehemaliger Staatsprokurator. Herr Simons glaubte sich noch vor den Assisen oder vor dem Zuchtpolizeigericht; er trat als öffentlicher Ankläger auf und hielt ein förmliches Plaidoyer gegen Herrn Valdenaire und zugunsten der Justiz. Er sagte: Die Sache liegt vor dem Anklagesenat, sie wird dort rasch entschieden, und entweder kommt Valdenaire frei oder er wird vor die Assisen verwiesen. Geschieht das letztere, „so ist es im höchsten Grade zu wünschen, daß dann die Sache nicht auseinandergerissen und in der Aburteilung nicht aufgehalten werde“. Dem Herrn Simons gilt das Interesse der Justiz, d.h. die Bequemlichkeit der Anklagesenate, Staatsprokuratoren und Assisenhöfe für höher als das Interesse der Freiheit und die Unverletzlichkeit der Volksrepräsentanten.

Herr Simons verdächtigt dann zuerst die Schutzzeugen Valdenaires und sodann Valdenaire selbst. Er erklärt, der Versammlung werde durch seine Abwesenheit „irgendein Talent nicht entzogen“, und alsdann erklärt er ihn für unqualifiziert, in der Versammlung zu sitzen, solange er sich nicht von jedem Verdacht des Komplottierens gegen die Regierung oder der Rebellion gegen die bewaffnete Macht gereinigt habe. Was das Talent angeht, so könnte man nach der Logik des Herrn Simons neun Zehntel der löblichen Versammlung ebensogut wie Herrn Valdenaire verhaften, ohne daß ihr irgendein

[1] Siehe vorl. Band, S. 83/84

Talent entzogen würde; und in Beziehung auf das zweite Argument gereicht es Herrn Simons allerdings zur höchsten Ehre, daß er nie „Komplotte" gegen den Absolutismus geschmiedet, noch auf den Barrikaden des März sich „Rebellion gegen die öffentliche Macht" hat zuschulden kommen lassen.

Nachdem Herr *Gräff*, der Stellvertreter Valdenaires, unwiderleglich bewiesen, daß weder auf Valdenaire irgendein Verdacht laste, noch die fragliche Handlung eine gesetzwidrige sei (da sie darin bestand, der mit *Zustimmung des Magistrats* die Barrikaden von Trier okkupierenden *gesetzlich konstituierten Bürgerwehr* in Ausübung ihrer Funktionen Hülfe verschafft zu haben), erhebt sich Herr Bauerband zur Unterstützung des öffentlichen Ministeriums.

Herr *Bauerband* hat ebenfalls einen sehr gewichtigen Skrupel: „Würde durch die Einberufung Valdenaires das künftige Urteil der Geschworenen nicht präjudiziert werden?" Tiefsinniges Bedenken, das durch die einfache Bemerkung des Herrn *Borchardt* noch unlösbarer wird: Ob die *Nicht*einberufung Valdenaires nicht die Geschworenen ebenfalls präjudizieren werde? Das Dilemma ist wirklich so tiefsinnig, daß ein Denker selbst von größerer Force als Herr Bauerband zu seiner Lösung Jahre lang vergeblich anwenden dürfte. Vielleicht ist nur *ein* Mann in der Versammlung stark genug, das Rätsel zu lösen: der Abgeordnete *Baumstark*.

Herr Bauerband plaidiert noch eine Zeitlang möglichst breit und verworren fort. Ihm antwortet kurz Herr *Borchardt*. Nach diesem erhebt sich Herr *Stupp*, um ebenfalls gegen Valdenaire so viel zu sagen, daß er den Reden von Simons und Bauerband „in jeder Beziehung nichts (!) hinzuzusetzen habe". Dies ist für ihn natürlich ein hinreichender Grund, um so lange fortzusprechen, bis ihn der Ruf nach dem Schluß der Debatte unterbricht. Herr Reichensperger II und Herr Wencelius sprechen noch kurz zugunsten Valdenaires, und die Versammlung beschließt, wie bekannt, ihn einzuberufen. Herr Valdenaire hat der Versammlung den Streich gespielt, diesem Rufe nicht zu folgen.

Herr *Borchardt* stellt den Antrag: Um die bevorstehende Vollziehung von Todesstrafen zu verhindern, ehe die Versammlung sich über den Antrag des Herrn Lisiecki wegen Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen, möge man nach acht Tagen über diesen Antrag beschließen.

Herr *Ritz* meint, dies übereilte Verfahren sei nicht *parlamentarisch*.

Herr *Brill:* Wenn wir, wie ich wünsche, in kurzer Zeit die Aufhebung der Todesstrafe beschließen, so würde es gewiß sehr *unparlamentarisch* sein, wenn vorläufig jemand geköpft würde.

Der Präsident will die Diskussion schließen, aber schon steht der beliebte Herr *Baumstark* auf der Tribüne, flammenden Blicks und die Röte edler Entrüstung im Antlitz:

„Meine Herren, erlauben Sie mir, ein *ernstes Wort* zu sagen! Der Gegenstand, um den es sich hier handelt, ist nicht von der Art, daß man auf die Tribüne gehe und so kurzhin vom Köpfen als von einer unparlamentarischen Sache spreche!" (Die Rechte, der das Köpfen höchst parlamentarisch vorkommt, bricht in ein stürmisches Bravo aus.) „Es ist ein Gegenstand von der größten, ernstesten Bedeutung" (das sagt Herr Baumstark bekanntlich von jedem Gegenstand, über den er spricht). „Andere Parlamente ... die größten Männer der Gesetzgebung und Wissenschaft" (d.h. „alle Staatsphilosophen, von Plato bis herab zu Dahlmann") „haben sich selbst 200 bis 300 Jahre" (jeder?) „damit beschäftigt, und wenn Sie den Vorwurf auf uns laden wollen, über eine so wichtige Frage mit einer solchen Leichtigkeit hinwegzugehen ... (Bravo!) Mich drängt nichts, als das Gewissen ... die Frage ist aber zu ernst ... auf *acht Tage mehr* kann es hier *wahrlich* nicht ankommen!"

Das ernste Wort des edlen Abgeordneten Baumstark schlägt vor lauter größter, ernstester Bedeutung des Gegenstandes in die leichtsinnigste Frivolität um. In der Tat, gibt es eine größere Frivolität, als nach des Herrn Baumstark anscheinender Absicht 200 bis 300 Jahre über die Abschaffung der Todesstrafe zu diskutieren und in der Zwischenzeit flott weiter köpfen zu lassen? „Auf acht Tage mehr kann es hier wahrlich nicht ankommen", und auf ein paar in dieser Zeit fallende Köpfe ebensowenig!

Der Ministerpräsident erklärt übrigens, es werde nicht beabsichtigt, Todesurteile vorderhand vollziehen zu lassen.

Nach einigen scharfsinnigen reglementarischen Skrupeln des Herrn Schulze von Delitzsch wird Borchardts Antrag verworfen, dagegen ein Amendement des Herrn Nethe angenommen, das der Zentralkommission Beschleunigung empfiehlt.

Der Abgeordnete *Hildenhagen* stellt den Antrag: Der Präsident solle bis zur Vorlage des betreffenden Gesetzentwurfs jede Sitzung mit der solennen Formel schließen:

„Wir aber sind der Meinung, das Ministerium müsse die Vorlage des neuen Kommunalgesetzes auf das eifrigste betreiben."

Dieser erhebende Vorschlag war leider nicht für unsere bürgerlichen Zeiten gemacht.

Wir sind keine Römer, wir rauchen Tabak.[186]

Der Versuch, aus dem Rohmaterial des Herrn Präsidenten Grabow die klassische Figur eines Appius Claudius zu meißeln und das solenne Ceterum

censeo[239] auf die Kommunalordnung anzuwenden, fiel mit „ungeheurer Heiterkeit" durch.

Nachdem der Abgeordnete *Bredt* aus Barmen noch drei Interpellationen in ziemlich sanftem Tone an den Handelsminister gestellt hat über die Vereinigung ganz Deutschlands zu einem Zollgebiet und zu einem Schiffahrtsbunde mit Navigationszöllen, endlich über provisorische Schutzzölle; nachdem er auf diese Fragen von Herrn *Milde* ebenfalls recht sanfte, aber auch recht ungenügende Antworten erhalten hat, beschließt Herr *Gladbach* die Sitzung. Herr *Schütze* aus Lissa hatte ihm einen Ordnungsruf wegen seiner energischen Sprache bei Gelegenheit der Freischarenentwaffung[1] beantragen wollen, den Antrag jedoch wieder zurückgenommen. Herr Gladbach fordert jedoch den tapfern Schütze und die ganze Rechte mit großer Ungeniertheit heraus und erzählt zum großen Ärger der Altpreußen eine possierliche Anekdote von einem preußischen Lieutenant, der, auf dem Pferde eingeschlafen, unter die Freischaren ritt. Diese begrüßten ihn mit dem Liede „Schlaf, Kindlein, schlaf" und sollten deshalb vor ein Kriegsgericht gestellt werden! Herr Schütze stammelte einige ebenso entrüstete wie zusammenhangslose Worte, und damit ward die Sitzung aufgehoben.

Geschrieben von Friedrich Engels.

[1] Siehe vorl. Band, S. 169/170 und 180–182

Die russische Note

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 64 vom 3. August 1848]

⁂ *Köln,* 1. August. Die russische Diplomatie hat statt eines Heeres vorläufig eine Note unter der Form eines Zirkulars an alle russischen Gesandtschaften in Deutschland einfallen lassen. Im amtlichen Organ der deutschen Reichsverwesung zu Frankfurt[240] fand diese Note ihr erstes Quartier und bald auch bei andern offiziellen und nichtoffiziellen Blättern freundliche Aufnahme. Je ungewöhnlicher es ist, daß Herr Nesselrode, der russische Minister des Auswärtigen, in dieser Art öffentliche Staatskunst treibt, desto mehr verdient dieses Treiben eine nähere Besichtigung.

In der glücklichen Zeit vor 1848 sorgte die deutsche Zensur dafür, daß kein der russischen Regierung mißliebiges Wort gedruckt werden durfte, selbst nicht unter der Rubrik Griechenland oder Türkei.

Seit den bösen Märztagen ist dieser bequeme Ausweg leider versperrt. Nesselrode wird demnach Publizist.

Ihm zufolge ist es die „deutsche Presse, deren Haß gegen Rußland einen Augenblick eingestellt schien", welche in betreff der russischen „Sicherheitsmaßregeln" an der Grenze die „ungegründetsten Voraussetzungen und Kommentare" veranlaßt hat. Auf den zart gehaltenen Eingang folgt weiterhin eine Verstärkung, indem es heißt: „Die deutsche Presse verbreitet täglich die abgeschmacktesten Gerüchte, die gehässigsten Verleumdungen gegen uns." Bald aber kommt die Rede auf „wütende Deklamationen", „Tollköpfe" und „perfide Böswilligkeit".

Beim nächsten Preßprozeß mag ein deutscher Staatsprokurator seinem Requisitorium die russische Note als beglaubigte Urkunde zugrunde legen.

Und weshalb ist die deutsche, insonderheit die „demokratische" Presse anzugreifen und wo möglich zu vernichten? Weil sie die „ebenso wohlwollenden als uneigennützigen Gesinnungen", die „offen friedfertigen Intentionen" des russischen Kaisers mißkennt!

„Wann hat sich denn Deutschland über uns zu beklagen gehabt?", fragt Nesselrode im Namen seines Gebieters. „Während der ganzen Zeit, als auf dem Kontinent die unterdrückende Herrschaft eines Eroberers dauerte, hat Rußland sein Blut vergossen, um Deutschland in der *Erhaltung seiner Integrität und Unabhängigkeit zu unterstützen*. Das russische Gebiet war längst befreit, als Rußland noch fortfuhr, seinen deutschen Verbündeten auf alle Schlachtfelder Europas zu folgen und ihnen beizustehen."

Trotz seiner zahlreichen und gutbesoldeten Agenten ist Rußland in ärgster Täuschung befangen, wenn es durch Erinnerung an die sogenannten Freiheitskriege Sympathien im Jahre 1848 zu erwecken wähnt. Und Rußland hätte sein Blut für uns Deutsche vergossen?

Ganz abgesehen davon, daß Rußland vor 1812 Deutschlands „Integrität und Unabhängigkeit" durch offenes Bündnis und geheime Traktate mit Napoleon „unterstützte"[241], so hat es sich später für seine sogenannte Hülfe durch Raub und Plünderung hinreichend entschädigt. Seine Hülfe galt den mit ihm verbündeten Fürsten, sein Beistand trotz der Kalischer Proklamation[242] den Vertretern des Absolutismus „von Gottes Gnaden" gegen einen aus der Revolution hervorgegangenen Herrscher. Die Heilige Allianz[243] und ihre unheiligen Werke, die Banditen-Kongresse von Karlsbad, Laibach, Verona[153] etc., die russisch-deutschen Verfolgungen gegen jedes freisinnige Wort, die ganze Politik seit 1815, die von Rußland geleitet wurde, haben uns freilich eine tiefe Dankbarkeit einprägen müssen. Das Haus Romanoff nebst seinen Diplomaten möge unbekümmert sein – wir werden *diese* Schuld nie vergessen. Was die russische Hülfe in den Jahren 1814 und 1815 anlangt, so sind wir eher jedem andern Gefühle, als der Erkenntlichkeit für jenen mit Englands Subsidien bezahlten Beistand zugänglich.

Die Gründe liegen für den Einsichtsvollen auf der Hand. Blieb Napoleon in Deutschland Sieger, so beseitigte er wenigstens drei Dutzend geliebte Landesväter mit seiner bekannten energischen Formel. Französische Gesetzgebung und Verwaltung hätten eine solide Grundlage zur deutschen Einheit geschaffen und uns eine 33jährige Schmach und die Tyrannei des von Herrn Nesselrode natürlich hochgepriesenen Bundestages erspart. Durch ein paar napoleonische Dekrete wäre der ganze mittelalterliche Wust, wären jene Fronden und Zehnten, jene Exemtionen und Privilegien, jene gesamte Feudalwirtschaft und Patriarchalität, mit der wir uns jetzt noch an allen Ecken und Enden unserer Vaterländer herumquälen müssen, vollständig vernichtet worden. Das übrige Deutschland stände dann längst auf der nämlichen Stufe, welche das linke Rheinufer bald nach der ersten französischen Revolution erreichte; wir hätten jetzt weder uckermärkische Granden, noch eine

pommersche Vendée[201] und brauchten nicht mehr die Stickluft der „historischen" und „christlich-germanischen" Sümpfe einzuatmen.[88]

Aber Rußland ist großmütig. Selbst wenn ihm kein Dank zuteil wird, bewahrt sein Kaiser uns nach wie vor seine alten, „ebenso wohlwollenden als uneigennützigen Gesinnungen". Ja, „den Kränkungen und Herausforderungen zum Trotz, ist es nicht gelungen, unsere" (Rußlands) „Gesinnungen umzuwandeln".

Diese Gesinnungen manifestieren sich vorläufig in einem „passiven und beobachtenden System", worin Rußland es unleugbar zu einer großen Virtuosität gebracht. Es versteht abzuwarten, bis ihm der gelegene Moment gekommen scheint. Ungeachtet der ungeheuren Truppenbewegungen, die seit dem März in Rußland stattgefunden, ist Herr Nesselrode so naiv, uns vorzureden, die russischen Truppen seien fortwährend „unbeweglich in ihren Kantonnierungen geblieben". Trotz des klassischen: „Jetzt, meine Herren, zu Pferde!"[244], trotz der vertraulichen Herz- und Gallergießung des Polizeiministers Abramowicz in Warschau gegen das deutsche Volk, trotz oder vielmehr wegen der drohenden und erfolgreichen Noten aus Petersburg ist und bleibt die russische Regierung von Gesinnungen des „Friedens und der Versöhnung" beseelt. Rußland verharrt „offen friedfertig und defensiv". Im Nesselrodeschen Zirkular ist Rußland die Geduld selbst und die fromme, vielfach gekränkte und herausgeforderte Unschuld.

Wir wollen einige der in der Note aufgeführten Verbrechen Deutschlands gegen Rußland aufführen: 1. „feindselige Stimmung" und 2. „Veränderungsfieber im ganzen Deutschland". So vielem Wohlwollen des Zaren gegenüber eine „feindselige" Stimmung! Wie kränkend für das väterliche Herz unsers teuren Schwagers. Und nun gar diese vermaledeite Krankheit – „Veränderungsfieber"! Das ist eigentlich die erste, wiewohl hier die zweite Entsetzlichkeit. Rußland beschenkt uns von Zeit zu Zeit mit einer andern Krankheit – mit der Cholera. Immerhin! Allein jenes „Veränderungsfieber" wirkt nicht nur ansteckend, es tritt oft in so bösartiger Steigerung auf, daß hohe Herrschaften sehr leicht zu einer übereilten Abreise nach England genötigt werden[245]. War das „deutsche Veränderungsfieber" vielleicht einer der Gründe, welche Rußlands Eindringen im März und April abrieten? 3. Verbrechen: Das Vorparlament zu Frankfurt[11] hat den Krieg gegen Rußland als eine Zeitnotwendigkeit dargestellt. Dasselbe ist in Klubs und Zeitungen geschehen, und um so unverzeihlicher, als nach den Bestimmungen der Heiligen Allianz und späteren Verträgen zwischen Rußland, Östreich und Preußen wir Deutsche bloß für das Interesse der Fürsten, aber nicht für unser eigenes das Blut vergießen sollen. 4. Man hat in Deutschland von

Wiederherstellung des alten Polens in seinen wirklichen Grenzen von 1772[246] gesprochen. Die Knute über euch und dann nach Sibirien! Doch nein, als Nesselrode das Zirkular schrieb, kannte er noch nicht die Abstimmung des Frankfurter Parlaments in der posenschen Einverleibungsfrage[1]. Das Parlament hat unsere Schuld gesühnt, und ein mildes verzeihendes Lächeln schwebt jetzt auf den Lippen des Zaren. 5. Verbrechen Deutschlands: „Sein bedauerlicher Krieg gegen eine nordische Monarchie".[40] Für solches Unterfangen dürfte Deutschland in Rücksicht auf den Erfolg der drohenden Note Rußlands, auf den eiligen, von Potsdam her befohlenen Rückzug des deutschen Heeres und in Anbetracht der vom preußischen Gesandten in Kopenhagen über Motive und Zweck des Krieges abgegebenen Erklärung[181] milder bestraft werden, als ohne die Umstände zulässig wäre; 6. „offenes Predigen eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Deutschland und Frankreich". Endlich 7. „die den polnischen Flüchtlingen gewordene Aufnahme, ihre Gratisreise auf den Eisenbahnen und die Insurrektion im Posenschen"[52].

Wäre den Diplomaten und einschlägigen Personen die Sprache nicht verliehen, „um ihre Gedanken zu verbergen", so würde uns Nesselrode und Schwager Nikolaus jubelnd um den Hals fallen und inbrünstig danken, daß so viele Polen aus Frankreich, England, Belgien etc. nach dem Posenschen gelockt und mit allen Erleichterungen hinbefördert worden, um sie mit Kartätschen und Schrapnells niederzuschießen, mit Höllenstein zu brandmarken, abzuschlachten, mit abgeschorenen Köpfen davonzuschicken etc. und um sie andererseits in Krakau durch ein verräterisches Bombardement womöglich ganz zu vertilgen.

Und diesen sieben Todsünden Deutschlands gegenüber ist Rußland gleichwohl auf der Defensive geblieben, zu keinem Angriff geschritten? So ist's, und eben darum fordert der russische Diplomat die Welt zur Bewunderung der Friedensliebe und Mäßigung seines Kaisers auf.

Die Verfahrungsregel des russischen Kaisers, „von der er bisher keinen Augenblick abgewichen", ist Herrn Nesselrode zufolge die,

„sich in keiner Weise in die innern Angelegenheiten der Länder einzumischen, welche ihre Organisation verändern wollten, vielmehr die Völker vollkommen frei zu lassen, ohne irgendein Hemmnis von seiner Seite die politischen und gesellschaftlichen Experimente zu bewerkstelligen, welche sie unternehmen wollten, keine Macht anzugreifen, die nicht ihn selbst angegriffen hätte; dagegen aber entschlossen jede Beeinträchtigung seiner eigenen inneren Sicherheit zurückzustoßen und darüber zu wachen, daß, wenn das Territorialgleichgewicht auf irgendeinem Punkte vernichtet oder verändert würde, dies nicht auf Kosten unserer rechtmäßigen Interessen geschehe".

[1] Siehe vorl. Band, S. 319 ff.

Die russische Note vergißt, die erläuternden Beispiele hinzuzufügen. Nach der Julirevolution zog der Kaiser an der westlichen Grenze ein Heer zusammen, um, mit seinen Getreuen in Deutschland verbündet, den Franzosen praktisch zu beweisen, wie er die Völker „vollkommen frei ihre politischen und gesellschaftlichen Experimente bewerkstelligen zu lassen gedenke". Daß er in seiner Verfahrungsregel gestört wurde, war nicht seine Schuld, sondern [die] der polnischen Revolution von 1830[247], die seinen Plänen eine andere Richtung gab. Wir erblickten das nämliche Verfahren bald darauf in betreff Spaniens und Portugals. Seine offene und geheime Unterstützung des Don Carlos[155] und Dom Miguel[154] sind Belege dazu. Als der König von Preußen Ende 1842 eine Art ständischer Verfassung geben wollte auf gemütlichster „historischer" Grundlage, die in den Patenten von 1847[248] eine so treffliche Rolle spielte, war es bekanntlich Nikolaus, der sich das ernstlich verbitten ließ und uns „christliche Germanen" um mehrjährige Patentfreuden betrog. Er tat es, wie Nesselrode sagt, weil sich Rußland niemals in die innere Organisation eines Landes einmischt. Krakau brauchen wir kaum zu erwähnen. Erinnern wir uns bloß an die neueste Probe der kaiserlichen „Verfahrungsregel": Die Walachen stürzen die alte Regierung und setzen an ihre Stelle provisorisch eine neue. Das ganze alte System wollen sie umgestalten und sich nach dem Vorgange zivilisierter Völker einrichten. „Um sie nun die politischen und gesellschaftlichen Experimente vollkommen frei bewerkstelligen zu lassen", fällt ein russisches Truppenkorps ins Land.[249]

Darnach könnte schon jeder die Anwendung dieser „Verfahrungsregel" auf Deutschland von selbst finden. Indes die russische Note erspart uns die eigene Folgerung. Sie sagt:

„Solange die *Konföderation*, welche *neue Form* sie sich auch geben mag, die Nachbarstaaten unangetastet läßt und nicht darauf ausgeht, zwangsweise ihre Gebietsumschreibung weiter auszudehnen oder ihre rechtmäßige Kompetenz außerhalb der *Marken*, welche die *Verträge* ihr vorschreiben, geltend zu machen, wird der Kaiser auch ihre *innere* Unabhängigkeit *achten*."

Klarer lautet die zweite hierauf bezügliche Stelle:

„Wenn Deutschland wirklich dahin gelangt, das Problem seiner Organisation zu lösen, ohne Nachteil für seine innere Ruhe, ohne daß die neuen, seiner Nationalität aufgeprägten Formen derart sind, daß sie die Ruhe der andern Staaten gefährden, so werden wir uns aufrichtig Glück dazu wünschen aus denselben Gründen, die es uns stark und einig wünschen ließen unter seinen vormaligen politischen Formen."

Am deutlichsten und zweifellosesten klingt jedoch folgende Stelle, wo das Zirkular von den unablässigen Bemühungen Rußlands spricht, Eintracht und Einheit in Deutschland zu empfehlen und zu erhalten:

„*Freilich nicht jene materielle Einheit, von welcher heute eine nivellierungs- und vergrößerungssüchtige Demokratie träumt*, und die, wenn sie die ehrgeizigen Theorien, wie sie dieselben aufgefaßt, verwirklichen könnte, früher oder später Deutschland unfehlbar mit allen benachbarten Staaten in Kriegszustand versetzen würde, – sondern die *moralische Einheit*, die aufrichtige Übereinstimmung der Ansichten und Absichten in allen politischen Fragen, welche der *Deutsche Bund* nach außen zu verhandeln hatte.

Diese Einheit zu erhalten, die Bande, welche die deutschen Regierungen miteinander verbinden, enger zu schließen, nur das ist, was unsere Politik erstrebte.

Was wir zu jener Zeit wollten, wollen wir auch heute noch."

Moralische Einheit Deutschlands erlaubt uns, wie wir aus Vorstehendem sehen können, die russische Regierung herzlich gern, nur keine *materielle* Einheit, nur kein Verdrängen der bisherigen Bundestagswirtschaft durch eine auf Volkssouveränetät gegründete, nicht bloß scheinbare, sondern wirkliche und mit Ernst durchgreifende Zentralgewalt! Welche Großmut!

„Was wir zu jener Zeit" (vor dem Februar 1848) „wollten, wollen wir auch heute noch."

Das ist die einzige Phrase in der russischen Note, die gewiß niemand bezweifeln wird. Wir bemerken jedoch dem Herrn Nesselrode, daß Wollen und Vollbringen immer noch zweierlei sind.

Die Deutschen wissen jetzt vollständig, woran sie sich hinsichtlich Rußlands zu halten haben. Solange das alte System, mit neuen modernen Farben überstrichen, ausdauert, oder wenn man, in der „Trunkenheit und Exaltation des Augenblicks" aus dem russischen und „historischen" Gleise gewichen, fügsam wieder einlenkt – solange wird Rußland „offen friedfertig" dastehen.

Die Verhältnisse im Innern Rußlands, das Wüten der Cholera, die partiellen Aufstände in einzelnen Distrikten, die in Petersburg angezettelte, aber noch rechtzeitig verhinderte Revolution, das Komplott in der Zitadelle von Warschau, der vulkanische Boden im Königreich Polen[250] – das alles sind jedenfalls Umstände, die zu den ebenso wohlwollenden als „uneigennützigen Gesinnungen" des Zaren Deutschland gegenüber beigetragen haben.

Allein von weit mächtigerm Einflusse auf das „passive und beobachtende System" der russischen Regierung war zweifelsohne der bisherige Verlauf der Ereignisse in Deutschland selbst.

Könnte Nikolaus in eigener Person seine Geschäfte besser besorgen, seine Absichten schneller in Ausführung bringen, als dies bisher in Berlin-Potsdam, zu Innsbruck, Wien und Prag, in Frankfurt wie in Hannover und fast in jedem andern traulichen Winkel unseres mit russischer Moraleinheit wieder erfüllten Vaterlandes geschehen ist? Haben nicht Pfuel (vom Höllenstein)[91]

Colomb und der Schrapnell-General[1] in Posen, wie Windischgrätz in Prag so gearbeitet, daß des Zaren Herz in Wonne schwimmen muß? Empfing Windischgrätz nicht ein brillantes Belobigungsschreiben des Nikolaus über Potsdam aus den Händen des jungen Herrn Meyendorf? Und lassen denn die Herren Hansemann-Milde-Schreckenstein zu Berlin, die Radowitz's, Schmerlings und Lichnowskis zu Frankfurt für Rußland etwas zu wünschen übrig? Muß nicht die *Bieder-* und *Basser*keit[2] im Frankfurter Parlament für manchen Schmerz der jüngsten Vergangenheit ein lindernder Balsam sein? Unter solchen Verhältnissen bedurfte die russische Diplomatie keiner in Deutschland einfallenden Heere. Ihr genügt mit vollem Recht das „passive und beobachtende System" und – die eben besprochene Note!

[1] Hirschfeld – [2] Anspielung auf die Abgeordneten Biedermann und Bassermann

Das Ministerium Hansemann und der altpreußische Strafgesetzentwurf

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 65 vom 4. August 1848]

** *Köln*, 3. August. Wir haben es schon oft gesagt: Das Ministerium Hansemann macht sich in jeder Weise zum Lobredner des Ministeriums Bodelschwingh[1]; nach der Anerkennung der Revolution die Anerkennung der altpreußischen Wirtschaft, das ist der Welt Lauf![251]

Daß aber Herr Hansemann es bis zu *der* Virtuosität bringen werde, selbst *die* Taten der Herren Bodelschwingh, Savigny und Konsorten zu preisen, die er seinerzeit als rheinischer Landtagsabgeordneter mit der größten Erbitterung bekämpft hat – das ist ein Triumph, auf den die Potsdamer Kamarilla gewiß nicht gerechnet hatte. Und dennoch! Man lese folgenden Artikel des neuesten „Preuß[ischen] Staats-Anzeigers“:

Berlin, 1. August. Das neueste Justiz-Ministerial-Blatt teilt in seinem „nichtamtlichen Teile“ statistische Bemerkungen über die Todesstrafe sowie eine Übersicht der Todesurteile mit, welche in den Jahren 1826 bis 1843 einschließlich, abgesehen von den in den sogenannten demagogischen Untersuchungen gefällten Urteilen, erkannt und bestätigt worden sind. Die Arbeit ist mit Benutzung der Akten des Justizministeriums vorgenommen und dürfte bei der Wichtigkeit des Gegenstandes in dieser Beziehung die Aufmerksamkeit besonders in Anspruch nehmen. Nach der Übersicht sind in dem gedachten Zeitraume:

1. In der Rheinprovinz	erkannt	189	Todesurteile,	bestätigt	6,
2. in den anderen Provinzen	„	237	„	„	94;
überhaupt	erkannt	426	Todesurteile,	bestätigt	100,

von denen jedoch vier wegen Flucht oder Tod der Verbrecher nicht zur Vollziehung gekommen sind.

[1] Siehe vorl. Band, S. 272–274

Wäre der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches von 1847 während jenes Zeitraumes in Kraft gewesen, so würden:

1. In der Rheinprovinz nur	53	Todesurteile erkannt,	5	bestätigt,
2. in den anderen Provinzen nur	134	„ „	76	„
überhaupt	187	Todesurteile erkannt,	81	bestätigt

worden sein, vorausgesetzt, daß bei der Bestätigung dieselben Grundsätze wie bisher befolgt worden wären. Es würde also gegen 237 nach den bestehenden Gesetzen zum Tode verurteilte Verbrecher die Todesstrafe nicht erkannt und gegen 19 hingerichtete Verbrecher diese Strafe nicht vollstreckt worden sein.

Nach der Übersicht kommen auf das Jahr durchschnittlich:

1. In der Rheinprovinz	$10\,{}^{9}/_{18}$	erkannte und	${}^{6}/_{18}$	bestätigte,
2. in den anderen Provinzen	13	„ „	$5\,{}^{4}/_{18}$	„

Todesurteile.

Es würden aber, wenn der Entwurf damals in Kraft gewesen wäre, auf das Jahr durchschnittlich:

1. In der Rheinprovinz nur	$2\,{}^{17}/_{18}$	erkannte und	${}^{5}/_{18}$	bestätigte,
2. in den anderen Provinzen nur	$7\,{}^{7}/_{18}$	„ „	$4\,{}^{4}/_{18}$	„

Todesurteile gekommen sein.

Und nun bewundert die Milde, die Vortrefflichkeit, die Glorie des königlich-preußischen Strafgesetzentwurfs von 1847! Ein ganzes Todesurteil wäre in 18 Jahren in der Rheinprovinz vielleicht weniger vollstreckt worden! Welche Vorteile!

Aber die zahllosen Angeklagten, die den Geschwornen entzogen, durch königliche Richter verurteilt und eingesperrt, die schmählichen Prügelstrafen, die mit altpreußischen Stöcken hier am Rhein vollzogen worden wären, hier, wo wir seit vierzig Jahren vom Stock uns frei gemacht haben, die schmutzigen Verhandlungen infolge der durch die verdorbene Hämorrhoidalphantasie der Landrechtsritter[167] wieder heraufbeschwornen, dem Code[90] unbekannten Verbrechen gegen die Sittlichkeit, die unvermeidlichste juristische Begriffsverwirrung, und endlich die zahllosen politischen Prozesse infolge der despotischen und heimtückischen Bestimmungen jenes verwerflichen Machwerks – mit einem Wort, die *Verpreußung* der ganzen Rheinprovinz; glauben die rheinischen Renegaten in Berlin etwa, daß wir das alles auch über dem *einen* gefallenen Kopf vergessen würden?

Es ist klar: Herr Hansemann will durch seinen Agenten im Justizfach, Herrn Märker, das durchführen, woran Bodelschwingh scheiterte; er will

den so gründlich verhaßten altpreußischen Strafgesetzentwurf nun wirklich in Kraft treten lassen.

Zu gleicher Zeit erfährt man, daß die Geschwornen nur in Berlin, und auch hier nur versuchsweise, eingeführt werden sollen.

Also: Nicht Einführung des rheinischen Rechts bei den Altpreußen, sondern Einführung des altpreußischen Rechts bei den Rheinländern – das ist das große Resultat, die gewaltige „Errungenschaft“ der Märzrevolution! Rien que ça.[1]

[1] Weiter nichts.

Die „Kölnische Zeitung“ über die Zwangsanleihe

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 65 vom 4. August 1848]

* *Köln*, 3. August. Nummer 215 der „Kölnischen Zeitung“[104] bringt folgenden Aufruf an den rheinischen Patriotismus:

„Wie wir soeben zuverlässig erfahren, sind hier in der Stadt Köln bis heute zu der freiwilligen Anleihe ungefähr 210000 Taler teils bar eingezahlt, teils gezeichnet. Es steht zu erwarten, daß diejenigen, welche sich bis jetzt nicht an dieser Staatsanleihe beteiligt haben, in den nächsten zehn Tagen ihre Pflicht als Staatsbürger erkennen und erfüllen werden, *um so mehr*, da ihr eigner Vorteil ihnen wohl raten muß, ihr Geld lieber *vor* dem 10. August zu 5 Prozent, als nach demselben zu $3^1/_3$ Prozent herzuleihen. Insbesondere ist es nötig, daß die Landbewohner, die bis jetzt noch nicht im rechten Verhältnis zu jener Anleihe beigetragen haben, jene Frist nicht versäumen. *Wo Patriotismus und richtige Einsicht fehlen, müßte sonst der Zwang eintreten.*“

Ganze $1^2/_3$ Prozent Prämie sind auf den Patriotismus der Steuerpflichtigen gesetzt, und „trotz alledem und alledem“[223] verharrt der Patriotismus in seinem latenten Zustand! C'est inconcevable.[1] $1^2/_3$ Prozent Differenz! Kann der Patriotismus solch klingendem Argument vom $1^2/_3$ Prozent widerstehn?

Es ist unsere Pflicht, der geliebten Kollegin dies wunderbare Phänomen zu erklären.

Womit will der preußische Staat nicht 5, sondern nur $3^1/_3$ Prozent zahlen? Mit neuen Steuern. Und wenn die gewöhnlichen Steuern nicht ausreichen, wie vorherzusehen ist, mit einer neuen Zwangsanleihe. Und womit die Zwangsanleihe Nr. II? Mit einer Zwangsanleihe Nr. III. Und womit die Zwangsanleihe Nr. III? Mit dem *Bankerutt*. Der Patriotismus gebietet also, den Weg, den die preußische Regierung eingeschlagen, auf jede mögliche Weise nicht mit Talern, sondern mit Protesten zu verbarrikadieren.

---

[1] Das ist unbegreiflich.

Preußen erfreut sich ferner schon einer Extraschuld von 10 Millionen Talern für den Hunnenkrieg in Posen[52]. Fünfzehn Millionen Taler freiwilliger Anleihe wären also nur eine Indemnitätsbill[252] für die Intrigen des geheimen Kabinetts von Potsdam[253], das den Befehlen des schwachen Kabinetts von Berlin entgegen diesen Krieg im Interesse der Russen und der Reaktion führte. Die junkertümliche Kontrerevolution ist herablassend genug, sich an bürgerliche und bäuerliche Geldbeutel zu adressieren, die hinterher ihre Heldentaten saldieren sollen. Und die hartherzigen „Landbewohner" widerstehen solcher Herablassung? Das „Ministerium der Tat" verlangt ferner Geld für die *Konstablerwirtschaft*, und ihr besitzt nicht die „richtige Einsicht" in die Segnungen der aus dem Englischen ins Preußische übersetzten Konstablerei?[172] Das „Ministerium der Tat" will euch knebeln, und ihr verweigert das Geld für die Beschaffung der Knebel? Sonderbarer Mangel an Einsicht!

Das Ministerium der Tat braucht Geld, um die uckermärkischen Sonderinteressen gegen die deutsche Einheit durchzusetzen. Und die Landbewohner des Regierungsbezirks Köln sind verblendet genug, die Kosten für die Verteidigung der uckermärkisch-pommerschen Nationalität nicht tragen zu wollen, trotz der Prämie von $1^2/_3$ Prozent? Wo bleibt da der Patriotismus?

Unsere patriotische Kollegin, die mit „*Exekution*" droht, vergißt schließlich in ihrem Eifer, daß die Zwangsanleihe noch nicht von der Vereinbarungsversammlung votiert ist und daß ministerielle Entwürfe dieselbe Gesetzeskraft haben wie die Leitartikel der „Kölnischen Zeitung".

Proudhons Rede gegen Thiers

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 66 vom 5. August 1848]

* *Paris,* 3. August. Wir haben vorgestern Proudhons Rede nur stückweise geben können. Wir werden jetzt in eine genaue Erörterung derselben eingehen.[254] Herr Proudhon fängt damit an, zu erklären, daß die Februarrevolution weiter nichts sei als das Heraustreten des Sozialismus, der in allen folgenden Ereignissen, in allen folgenden Phasen dieser Revolution sich zur Geltung habe bringen wollen.

„Ihr wollt mit dem Sozialismus fertig werden: nun gut, seht zu; ich will Euch hülfreiche Hand dazu bieten. Der Erfolg des Sozialismus hängt keineswegs von einem einzelnen Manne ab; der gegenwärtige Kampf ist keineswegs ein Kampf zwischen mir und Herrn Thiers, sondern zwischen der Arbeit und den Privilegien."

Statt dessen weist Herr Proudhon nach, daß Herr Thiers nur sein Privatleben angegriffen und verleumdet habe.

„Wenn wir uns auf dieses Terrain stellen, so sage ich zu Herrn Thiers: Laßt uns beide beichten! Bekennt Eure Sünden, ich will die meinigen bekennen!"

Die Frage, um die es sich handle, sei die Revolution; das Finanzkomitee sehe die Revolution als ein zufälliges Ereignis, als eine Überraschung an, er, Proudhon, habe sie ernstlich genommen. Im Jahre 93 habe das Eigentum seine Schuld an die Republik bezahlt, indem es ein Drittel Steuer zahlte. Die Revolution von 48 müsse in einem „Proportionalitätsverhältnis" bleiben. Die Feinde im Jahre 93 waren der Despotismus und das Ausland; im Jahre 48 ist der Feind der Pauperismus. „Was ist dies droit au travail", das Recht auf Arbeit?

„Wäre die Nachfrage nach Arbeit stärker als das Angebot, so brauchte man keine Versprechungen von seiten des Staates. Aber das sei nicht der Fall; die Konsumtion ginge sehr schwach; die Magazine seien voll von Waren und die Armen nackt! Und

doch, welches Land ist geneigter zu konsumieren, als Frankreich? Gäbe man uns statt 10 Millionen 100, d.h. 75 Fr[ancs][1] per Kopf und per Tag, so würde man sie schon zu konsumieren wissen." (Heiterkeit im Saale.)

Der Zinsfuß sei eine Grundursache des Ruins für das Volk. Die Errichtung einer Nationalbank von zwei Milliarden, die ihr Geld ohne Interesse ausliehe und den Gebrauch des Bodens und der Häuser gratis einräume, würde unendliche Vorteile gewähren. (Heftige Unterbrechung.)

„Wenn wir *daran* halten werden (Gelächter), wenn der Fetischismus des Geldes durch den Realismus des Genusses verdrängt sein wird (neues Gelächter), dann existiert die Garantie der Arbeit. Laßt den Zoll auf die Arbeitsinstrumente wegfallen, und Ihr seid gerettet. Diejenigen, welche das Gegenteil sagen, mögen sie Girondins oder Montagnards heißen, sind keine Sozialisten, sind keine Republikaner (oh, oh!)... Entweder wird das Eigentum die Republik zu Boden schlagen, oder die Republik schlägt das Eigentum zu Boden." (Man ruft: Schluß!)

Herr Proudhon verwickelt sich nun in lange Entwickelungen über die Bedeutung des Zinses und wie der Zinsfuß auf Null reduziert werden könne. Solange er sich auf diesem ökonomischen Standpunkte hält, ist Herr Proudhon schwach, obgleich er in dieser Bourgeoiskammer unendlichen Skandal erregt. Wenn er aber, durch diesen Skandal gerade aufgeregt, sich auf den Standpunkt des Proletariers stellt, dann ist's, als geriet die Kammer in nervöse Zuckungen.

„Meine Herren, mein Ideengang ist ein anderer als der Eurige; ich stehe auf einem anderen Standpunkte als Ihr! Die Liquidation der alten Gesellschaft ist den 24. Februar eröffnet worden zwischen der Bourgeoisie und der arbeitenden Klasse. Diese Liquidation wird auf heftigem oder auf friedlichem Wege zustande kommen. Alles hängt von der Einsicht der Bourgeoisie, von ihrem größern oder geringern Widerstande ab."

Herr Proudhon geht nun auf die Erläuterung seiner Idee „über die Abschaffung des Eigentums" über. Er will das Eigentum nicht auf einmal, sondern allmählich abschaffen, und deshalb habe er in seinem Journale[255] gesagt, daß die *Grundrente ein freiwilliges Geschenk der Erde sei*, das der Staat allmählich einziehen müsse.

„Ich habe demnach einerseits der Bourgeoisie die Bedeutung der Februarrevolution denunziert, ich habe dem Eigentum aufgekündigt, damit es sich bereit halte zur Liquidation, und die Eigentümer verantwortlich für ihre Weigerung gemacht würden."

Donnerrollen von mehren Seiten: Wie verantwortlich?

„Ich meine, wenn die Eigentümer nicht gutwillig liquidieren wollen, so werden *wir* zur Liquidation schreiten."

[1] Im Sitzungsprotokoll: 7 fr. 05 centimes

Mehrere Stimmen: Wer, *wir*?

Andere Stimmen: Ins Narrenhaus nach Charenton mit ihm. (Furchtbare Aufregung; ein wahrer Sturm mit Donner und Windbrausen.)

„Wenn ich *wir* sage, so identifiziere ich *mich* mit dem Proletariat und Euch mit der Bourgeoisie!"

Herr Proudhon geht sodann in eine Spezifizierung seines Steuersystems ein und wird wieder „wissenschaftlich". Diese „Wissenschaft", die jedesmal Proudhons schwache Seite war, wird gerade in dieser bornierten Kammer seine starke Seite, indem sie ihm die Keckheit verleiht, mit seiner reinen, lautern „Wissenschaft" die unreine Finanzwissenschaft des Herrn Thiers zu bekämpfen. Herr Thiers hat seine praktisch-finanzielle Einsicht bewährt. Die Staatskasse hat unter seiner Verwaltung ab-, dafür sein Privatvermögen zugenommen.

Als die Kammer Proudhons weiterer Auseinandersetzung wenig Aufmerksamkeit schenkt, erklärt er ihr geradezu, daß er noch wenigstens $^3/_4$ Stunden zu sprechen habe. Als die Kammer dann sich zum großen Teil anschicken wollte, fortzugehen, geht er wieder direkt auf Angriffe des Eigentums über.

„Durch die alleinige Februarrevolution habt Ihr das Eigentum abgeschafft!"

Man möchte sagen, daß der Schrecken die Leute auf ihren Sitzen gebannt hält, jedesmal wenn Proudhon ein Wort gegen den Besitz fallen läßt.

„Indem Ihr in der Konstitution das Recht auf Arbeit anerkennt, habt Ihr die Anerkennung der Abschaffung des Eigentums ausgesprochen."

Larochejaquelein fragt, ob man das Recht zu stehlen habe. Andere Deputierten wollen Herrn Proudhon nicht fortfahren lassen.

„Ihr könnt die Konsequenzen der faits accomplis" (des Geschehenen) „nicht vernichten Wenn Schuldner und Pächter noch zahlen, so tun sie es, weil sie gerne wollen." (Furchtbares Getöse. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung: Jedermann sei verpflichtet, seine Schulden zu zahlen.)

„Ich sage nicht, daß die Schuldverpflichtungen abgeschafft sind, aber diejenigen, welche sie hier verteidigen wollen, vernichten die Revolution...

Was sind wir hier, Repräsentanten? Nichts! gar nichts; die Macht, die uns die Macht verliehen, ermangelte des Prinzips, der Grundlage. Unsere ganze Autorität ist Gewalt, Willkür, die Macht des Stärkern. (Neuer Ausbruch des Sturms.) Das allgemeine Stimmrecht ist ein Zufall, und damit dasselbe eine Bedeutung erlange, muß ihm eine Organisation vorangehen. Was uns regiert, ist nicht das Gesetz, ist nicht das Recht; es ist die Gewalt, die Notwendigkeit, die Providenz... Der 16. April, der 15. Mai, der 23., 24. und 25. Juni sind Fakten, weiter nichts als Fakten, die sich in der Geschichte legitimieren. Wir können heute alles machen, was wir wollen; wir sind die

Stärkern. Sprechen wir daher nicht von Aufrührischen; die Aufrührischen sind diejenigen, die kein anderes Recht als das des Stärkern haben, aber dieses Recht bei den andern nicht gelten lassen wollen. Ich weiß, mein Antrag wird nicht angenommen werden. Aber Ihr seid in einer Lage, daß Ihr nur dadurch dem Tode entgehen könnt, daß Ihr meinen Antrag annehmt. Es handelt sich von der Kredit-, von der Arbeitsfrage! Das Zutrauen wird nie mehr zurückkommen – nein, es ist unmöglich, daß es wiederkehrt..." (Schauderhaft!) „Ihr mögt immerhin sagen, daß Ihr eine honette, moderierte Republik machen wollt: Das Kapital wagt sich nicht zu zeigen unter einer Republik, die Demonstrationen zugunsten der Arbeiter machen muß. Während daher das Kapital auf uns wartet, um uns zu liquidieren, warten wir auf das Kapital, um es zu liquidieren. Der 24. Februar hat das Recht zur Arbeit aufgestellt. Streicht Ihr dieses Recht aus der Konstitution, so stellt Ihr das Recht zur Insurrektion auf.

Setzt Euch auf ewig unter den Schutz der Bajonette, verlängert auf ewig den Belagerungszustand: Das Kapital wird doch noch Furcht haben, und der Sozialismus hat die Augen auf es gerichtet."

Die Leser der „Kölnischen Zeitung"[104] kennen Herrn Proudhon von alters her. Herr Proudhon, der, wie es in der motivierten Tagesordnung heißt, die Moral, die Religion, die Familie und das Eigentum angegriffen, war vor nicht langer Zeit noch der gepriesene Held der „Kölnischen Zeitung". Proudhons „sogenanntes sozialökonomisches System" wurde in Korrespondenzartikeln aus Paris, in Feuilletons und in langen Abhandlungen ausführlich verherrlicht. Von Proudhons Wertbestimmung sollten alle sozialen Reformen ausgehen. Wie die „Kölnische Zeitung" zu dieser gefährlichen Bekanntschaft kam, gehört nicht hierher. Aber merkwürdig! Sie, die damals in Proudhon einen Retter erblickte, hat jetzt der Schmähworte nicht genug, um ihn und seine „lügenhafte Partei" als die Untergräber der Gesellschaft zu bezeichnen. Ist Herr Proudhon nicht mehr Herr Proudhon?

Was wir in Herrn Proudhon angegriffen, das war die „utopistische Wissenschaft", mit welcher er den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgleichen wollte.[256] Wir werden darauf zurückkommen. Sein ganzes Banksystem, sein ganzer Produktenaustausch ist weiter nichts als eine kleinbürgerliche Illusion. Jetzt, wo er zur Ausführung dieser blassen Illusion genötigt ist, demokratisch aufzutreten gegen die ganze Bourgeoiskammer und ihr gegenüber diesen Gegensatz schroff ausdrückt, schreit letztere über ein Vergreifen an Moral und Eigentum.

Debatte über die bisherige Ablösungsgesetzgebung

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 67 vom 6. August 1848]

** *Köln*, 4. August. Die Berliner Versammlung bringt uns von Zeit zu Zeit allerlei altpreußischen Schmutz ans Tageslicht, und gerade jetzt, wo die schwarz-weiße Ritterschaft täglich unverschämter wird, sind dergleichen Enthüllungen sehr brauchbar.

In der Sitzung vom 21. Juli[25] kam wieder die Rede auf die Feudallasten. Die Zentralabteilung schlug infolge des Antrags eines Abgeordneten vor, die schwebenden Ablösungs- und Gemeinheitsteilungs-Verhandlungen resp. Prozesse teils von Amts wegen, teils auf Antrag eines Interessenten zu sistieren.

Der Abgeordnete *Dierschke* ging auf die bisherige Weise der Ablösung ein. Er entwickelte zuerst, wie die Ablösungsordnung selbst schon den Bauern übervorteile.

„So hat man z.B. die Entschädigung für Robotdienste" (Frondienste) „sehr einseitig festgestellt. Man hat nicht berücksichtigt, daß das Robotlohn, welches in früheren Jahrhunderten auf 1 oder 2 Silbergroschen stipuliert worden, den *damaligen Preisen* der Naturalien und den Verhältnissen der Zeit entsprach, mithin als ein angemessenes Äquivalent der übernommenen Arbeit betrachtet werden mußte, so daß weder die Gutsherrschaft noch der Dienstpflichtige einen überwiegenden Vorteil haben sollte. Einem freien Lohnarbeiter aber müssen jetzt statt 2 Silbergroschen 5 bis 6 Silbergroschen täglich gegeben werden. Trägt nun einer von den Interessenten des Dienstverhältnisses auf Ablösung an, so muß nach vorhergängiger Reduktion der Robottage auf Ersatztage ein Differenzquantum von mindestens 3 Silbergroschen pro Tag, mithin für 50 Tage jährlich eine Rente von 4 bis 5 Talern entrichtet werden, welche der arme Stellenbesitzer nicht erschwingen kann, da er oft kaum $^1/_4$ Morgen Landes besitzt und anderwärts keine hinreichende Gelegenheit zur Arbeit findet."

Diese Stelle der Rede des Herrn Dierschke führt zu allerlei Betrachtungen, die für die vielberühmte freisinnige Gesetzgebung von 1807–1811[110] nicht sehr vorteilhaft sind.

Erstens geht daraus hervor, daß die Frondienste (speziell in Schlesien, wovon Herr Dierschke spricht) keineswegs eine in natura abgetragene Rente oder Erbpacht, keine Entschädigung für den Gebrauch des Bodens sind, sondern – trotz Herrn Patow und Gierke – ein purer „Ausfluß der Lehnsherrlichkeit und Erbuntertänigkeit", und daß sie damit nach den *eigenen Prinzipien* dieser großen Staatsmänner *unentgeltlich abgeschafft* werden müßten.

Worin bestand die Verpflichtung des Bauern? Darin, daß er sich während gewisser Tage im Jahre oder zu gewissen Diensten dem Gutsherrn zur Verfügung stellte. Aber keineswegs unentgeltlich; er erhielt dafür einen Lohn, der ursprünglich mit dem Tagelohn der freien Arbeit vollkommen gleich stand. Der Vorteil der Gutsherrn bestand also nicht in der unentgeltlichen oder nur wohlfeilern Arbeit des Bauern, sondern darin, daß er Arbeiter gegen üblichen Lohn zu seiner Verfügung hatte, sooft er sie brauchte, und ohne daß er verpflichtet war, sie zu beschäftigen, wenn er sie nicht brauchte. Der Vorteil des Gutsbesitzers bestand nicht in dem Geldwert der Naturalleistung, sondern im *Zwang* zur Naturalleistung; er bestand nicht im ökonomischen Nachteil, sondern in der *Unfreiheit* des Bauern. Und diese Verpflichtung soll kein „Ausfluß der Lehnsherrlichkeit und Erbuntertänigkeit" sein!

Kein Zweifel, nach dem ursprünglichen Charakter der Frondienste müssen sie, wenn Patow, Gierke und Komp. anders konsequent sein wollen, *unentgeltlich* aufgehoben werden.

Aber wie stellt sich die Sache, wenn wir ihren *jetzigen* Charakter betrachten?

Die Frondienste blieben während Jahrhunderten dieselben, und der Robotlohn blieb ebenfalls derselbe. Aber die Preise der Lebensmittel stiegen, und mit ihnen der Lohn für freie Arbeit. Der Frondienst, der anfangs beiden Teilen ökonomisch gleich vorteilhaft war, ja, der dem Bauern oft gut bezahlte Arbeit für seine müßigen Tage verschaffte, wurde für ihn allmählich zu einer „wirklichen Reallast", um in der Sprache des Herrn Gierke zu sprechen, und zu einem direkten Geldgewinn für den gnädigen Gutsherrn. Zu der Gewißheit für ihn, immer eine hinreichende Anzahl Arbeiter zu seiner Disposition zu besitzen, kam noch der hübsche Schnitt, den er auf den Lohn dieser Arbeiter machte. Vermittelst einer konsequenten, jahrhundertelangen Prellerei wurden so die Bauern um einen stets wachsenden Teil ihres Lohnes betrogen, so daß sie endlich nur noch ein Drittel oder nur ein Viertel davon erhielten. Nehmen wir an, ein Bauernhof habe die Verpflichtung, nur *einen* Arbeiter während nur 50 Tagen jährlich zu stellen, und der tägliche Arbeitslohn sei seit 300 Jahren durchschnittlich nur um 2 Silbergroschen gestiegen, so hat der gnädige Herr an diesem *einen* Arbeiter volle 1000 Taler verdient, sowie

an Zinsen von 500 Talern während 300 Jahren zu 5 Prozent 7500 Taler, zusammen 8500 Taler an *einem* Arbeiter, zu einem Anschlag, der nicht die Hälfte der Wirklichkeit erreicht!

Was folgt daraus? Daß nicht der Bauer dem gnädigen Herrn, sondern der gnädige Herr dem Bauern herausgeben, daß nicht der Bauernhof dem Rittergut, sondern das Rittergut dem Bauernhof eine Rente zahlen müßte.

Aber so urteilen die preußischen Liberalen von 1848 nicht. Im Gegenteil, das preußische Juristengewissen erklärt, nicht der Adlige müsse den Bauern, sondern der Bauer den Adligen für die Differenz zwischen Robotlohn und freiem Arbeitslohn entschädigen. Gerade *deswegen, weil* der Bauer soundso lange um die Lohndifferenz vom gnädigen Herrn geprellt worden ist, gerade *deswegen* muß er den gnädigen Herrn für die Prellerei entschädigen. Aber wer da hat, dem wird gegeben, und wer nicht hat, von dem wird genommen, was er hat.

Die Lohndifferenz wird also berechnet, ihr jährlicher Betrag als Grundrente angesehen, und in dieser Form fließt sie in die Tasche des gnädigen Herrn. Will der Bauer sie ablösen, so wird sie zu 4 Prozent (nicht einmal zu 5 Prozent) kapitalisiert, und dies Kapital, der 25fache Betrag der Rente, abgetragen. Man sieht, mit den Bauern wird durchaus kaufmännisch verfahren; unsre obige Berechnung über die Profite des Adels war also ganz berechtigt.

Dabei kommt es denn heraus, daß Bauern für $^1/_4$ Morgen schlechten Landes oft 4 bis 5 Taler Rente zu zahlen haben, während ein ganzer Morgen robotfreien, guten Landes zu drei Taler Jahresrente zu haben ist!

Die Ablösung kann auch durch Abtretung eines Stückes Land von gleichem Werte mit der abzutragenden Kapitalsumme geschehen. Das können natürlich nur größere Bauern. In diesem Falle bekommt der Gutsherr ein Stück Land als Prämie für die Geschicklichkeit und Konsequenz, mit der er und seine Vorfahren die Bauern escroquiert haben.

Das ist die Theorie der Ablösung. Sie bestätigt vollkommen, was in allen andern Ländern, wo die Feudalität allmählich aufgehoben wurde, was namentlich in England und Schottland der Fall war: die Verwandlung des feudalen Eigentums in bürgerliches, der Lehnsherrlichkeit in Kapital ist jedesmal eine neue, grelle Übervorteilung des Unfreien zugunsten des Feudalherrn. Der Unfreie muß seine Freiheit jedesmal *erkaufen*, teuer erkaufen. Der bürgerliche Staat verfährt nach dem Grundsatz: Umsonst ist der Tod.

Sie beweist aber noch mehr.

Die notwendige Folge von diesen enormen Anforderungen an die Bauern ist nämlich, wie der Abgeordnete *Dane* bemerkt, daß sie in die Hände von Wucherern fallen. Der Wucher ist der notwendige Begleiter einer Klasse von

freien Kleinbauern, wie Frankreich, die Pfalz und die Rheinprovinz beweisen. Die preußische Ablösungswissenschaft hat es zustande gebracht, die Kleinbauern der alten Provinzen an den Freuden des Wucherdrucks teilnehmen zu lassen, schon ehe sie frei waren. Die preußische Regierung hat es überhaupt von jeher verstanden, die unterdrückten Klassen dem Druck der feudalen und dem der modernen bürgerlichen Verhältnisse zu gleicher Zeit zu unterwerfen und so das Joch doppelt schwer zu machen.

Dazu kommt noch ein Punkt, auf den der Abgeordnete *Dane* ebenfalls aufmerksam macht: die ungeheuren Kosten, die um so höher steigen, je lässiger und ungeschickter der nach Terminen bezahlte Kommissar ist.

„Die Stadt Lichtenau in Westfalen hat für 12000 Morgen 17000 Taler bezahlt und *die Kosten damit noch nicht gedeckt(!!)*"

Folgt die Praxis der Ablösung, die dies noch mehr bestätigt. Die Ökonomiekommissarien, sagt Herr Dierschke weiter, d.h. die Beamten, die die Ablösung vorbereiten,

„erscheinen in dreifacher Eigenschaft. Einmal als *Instruktionsbeamte;* als solche vernehmen sie die Parteien, stellen die faktischen Grundlagen der Ablösung fest und legen die Entschädigungsberechnung an. Sie gehen oft dabei sehr einseitig zu Werke, berücksichtigen oft nicht die obwaltenden Rechtsverhältnisse, da es ihnen zum Teil an Rechtskenntnissen fehlt. Ferner erscheinen sie zum Teil als *Sachverständige* und *Zeugen*, indem sie den Wert der abzulösenden Gegenstände autonomisch selbst taxieren. Zum Schlusse geben sie ihr *Gutachten* ab, welches fast einem Erkenntnis gleichkommt, da die Generalkommission auf ihre aus der Örtlichkeit hergeleiteten Ansichten in der Regel fußen muß.

Endlich besitzen die Ökonomiekommissarien nicht das Vertrauen der Landleute, denn sie benachteiligen oft die Parteien dadurch, daß sie sie stundenlang warten lassen, während sie es sich *am Tisch des Gutsherrn*" (der selbst Partei ist) *„gutschmecken* lassen und dadurch ganz besonders das Mißtrauen der Parteien gegen sich erregen. Wenn endlich die Dreschgärtner[257] nach dreistündigem Warten vorgelassen sind, so werden sie von den Ökonomiekommissarien gar häufig angedonnert und mit ihren Entgegnungen barsch zurückgewiesen. Ich kann hier aus eigener Erfahrung sprechen, ich habe bei Ablösungen als Justizkommissär den bäuerlichen Interessenten assistiert. Also die diktatorische Gewalt der Ökonomiekommissarien muß beseitigt werden. Die Vereinigung der dreifachen Eigenschaft als Instruent, Zeuge und Richter in *einer* Person läßt sich ebenfalls nicht rechtfertigen."

Der Abgeordnete *Moritz* verteidigt die Ökonomiekommissarien. Herr *Dierschke* antwortet: Ich kann sagen, daß es sehr viele unter ihnen gibt, welche die Interessen der Bauern hintenansetzen; ich selbst habe sogar einige zur Untersuchung denunziert und kann, wenn es verlangt wird, hierüber Beweise geben.

Der Minister *Gierke* tritt natürlich wieder als Verteidiger des altpreußischen Systems und der aus ihm hervorgegangenen Institutionen auf. Die Ökonomiekommissarien müssen natürlich auch wieder gelobt werden:

„Ich muß aber dem Gefühl der Versammlung anheimstellen, ob es gerecht ist, die Tribüne zu solchen, *aller Beweise mangelnden, völlig unsubstantiierten* Vorwürfen zu benutzen!"

Und Herr Dierschke bietet Beweise an!

Da aber Se. Exzellenz Gierke der Meinung zu sein scheint, notorische Tatsachen ließen sich durch ministerielle Behauptungen niederschlagen, so werden wir nächstens einige „Beweise" dafür bringen, daß Herr Dierschke, statt zu übertreiben, das Verfahren der Ökonomiekommissarien noch lange nicht scharf genug getadelt hat.

Soweit die Debatte. Die eingereichten Amendements waren so zahlreich, daß der Bericht mit denselben an die Zentralabteilung zurückverwiesen werden mußte. Der definitive Beschluß der Versammlung steht also noch zu erwarten.

Unter diesen Amendements befindet sich eins von Herrn *Moritz*, das auf eine weitere erbauliche Maßregel der alten Regierung aufmerksam macht. Er trägt an, daß alle die Mühlenabgaben betreffenden Verhandlungen sistiert werden.

Als nämlich im Jahre 1810 die Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte beschlossen wurde, ernannte man zugleich eine Kommission, um die Müller dafür zu entschädigen, daß sie der freien Konkurrenz ausgesetzt wurden. Schon dies war ein widersinniger Beschluß. Hat man denn die Zunftmeister für Aufhebung ihrer Privilegien entschädigt? Aber die Sache hat ihre besonderen Gründe. Die Mühlen bezahlten außerordentliche Abgaben für den Genuß der Zwangs- und Bannrechte, und statt diese einfach aufzuheben, gab man ihnen eine Entschädigung und ließ die Abgaben bestehen. Die Form ist widersinnig, aber in der Sache bleibt wenigstens ein *Schein* von Recht.

Nun aber sind in den seit 1815 hinzugekommenen Provinzen die Mühlenabgaben beibehalten, die Zwangs- und Bannrechte aufgehoben, und dennoch *keine Entschädigung* gegeben worden. Das ist altpreußische Gleichheit vor dem Gesetz. Zwar hebt das Gewerbegesetz alle Gewerbsabgaben auf, aber nach der Gewerbeordnung von 1845 und nach dem Entschädigungsgesetz sind alle Mühlenabgaben in zweifelhaften Fällen nicht als Gewerbe-, sondern als *Grundabgaben* anzusehen. Aus diesem Wirrwarr und diesen Rechtsverletzungen sind zahllose Prozesse hervorgegangen, die Gerichtshöfe haben sich gegenseitig in ihren Urteilen widersprochen, das Obertribunal selbst

hat die widersprechendsten Urteile gefällt. Was für Abgaben die exgesetzgebende Gewalt früher für „Grundabgaben“ ansah, geht aus einem von Herrn Moritz zitierten Fall hervor: Eine Mühle in Sachsen, zu der außer den Mühlengebäuden nur noch die Wasserkraft, nicht aber der Grund gehört, ist mit einer „Grundabgabe“ von *vier Wispeln* Korn belastet!

In der Tat, man mag sagen, was man will, Preußen war von jeher der am weisesten, am gerechtesten, am besten verwaltete Staat!

Geschrieben von Friedrich Engels.

Der „Musterstaat" Belgien

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 68 vom 7. August 1848]

** *Köln*, 6. August. Werfen wir endlich wieder einen Blick auf Belgien, auf unsern konstitutionellen „*Musterstaat*", auf das monarchische Eldorado mit breitester *demokratischer* Grundlage, auf die Hochschule der Berliner Staatskünstler und den Stolz der „Kölnischen Zeitung".

Wir betrachten zunächst die ökonomischen Zustände, wovon die vielgepriesene politische Verfassung nur den vergoldeten Rahmen bildet.

Der belgische „*Moniteur*"[258] – Belgien hat seinen „Moniteur" – gibt folgende Nachrichten über den größten Vasallen Leopolds, den *Pauperismus*.

In der Provinz	*Luxemburg*	findet	sich	unterstützt	1	Einwohner	auf	69,
„ „ „	*Namur*	„	„	„	1	„	„	17,
„ „ „	*Antwerpen*	„	„	„	1	„	„	16,
„ „ „	*Lüttich*	„	„	„	1	„	„	7,
„ „ „	*Limburg*	„	„	„	1	„	„	7,
„ „ „	*Hainaut*	„	„	„	1	„	„	6,
„ „ „	*Ostflandern*	„	„	„	1	„	„	5,
„ „ „	*Brabant*	„	„	„	1	„	„	4,
„ „ „	*Westflandern*	„	„	„	1	„	„	3.

Dieser Anwachs des Pauperismus zieht im notwendigen Gefolge einen ferneren Anwachs von Pauperismus nach sich. Alle Individuen, die auf dem Stand einer selbständigen Existenz stehen, verlieren durch die Unterstützungssteuer, die jene paupern Mitbürger ihnen aufbürden, das bürgerliche Gleichgewicht und stürzen ebenfalls in den Abgrund der offiziellen Wohltätigkeit. Der Pauperismus erzeugt mit vermehrter Geschwindigkeit den

Pauperismus. In demselben Maße aber, worin der Pauperismus zunimmt, nimmt das *Verbrechen* zu und wird die Lebensquelle selbst der Nation, die *Jugend*, demoralisiert.

Die Jahre 1845, 1846, 1847 bieten in dieser Hinsicht traurige Dokumente dar.[259]

Zahl der jungen Knaben und Mädchen unter 18 Jahren, die sich in gerichtlicher Haft befanden:

	1845	1846	1847
Knaben	2146	4607	7283
Mädchen	429	1279	2069
Summa:	2575	5886	9352
Gesamtsumme:	17813		

Also von 1845 an ungefähr jährliche Verdopplung der jugendlichen Verbrecher *unter* 18 Jahren. Nach dieser Proportion würde Belgien im Jahre 1850 an jugendlichen Verbrechern 74 816 besitzen, und im Jahre 1855: 2393312, d.h. mehr als es an Jugend unter 18 Jahren besitzt und mehr als die Hälfte seiner Bevölkerung. Im Jahre 1856 würde ganz Belgien im Gefängnis sitzen, die ungebornen Kinder mitgezählt. Kann sich die Monarchie eine *breitere* demokratische Grundlage wünschen? Im Kerker herrscht – *Gleichheit*.

Die Routiniers der Nationalökonomie haben vergeblich ihre beiden Morrisonpillen[1], Freihandel auf der einen, Schutzzoll auf der andern Seite, angewandt. Der Pauperismus in Flandern wurde geboren unter dem Freihandelssystem, er wuchs und erstarkte unter den Schutzzöllen gegen fremdes Leinen und Leinengespinst.

Während so Pauperismus und Verbrechen unter dem Proletariat wachsen, versiegen die Einkommenquellen der Bourgeoisie, wie die neulich erschienene vergleichende Tabelle des auswärtigen belgischen Handels während des ersten Semesters der Jahre 1846, 1847, 1848 beweist.

Mit Ausnahme der Waffen- und Nägelfabriken, die durch die Zeitumstände ausnahmsweise begünstigt wurden, der Tuchfabriken, die ihren alten Ruhm behaupten, und der Zinkfabrikation, die verglichen mit der Gesamtproduktion unbedeutend ist, befindet sich die gesamte belgische Industrie im Zustand des Verfalls oder der Stagnation.

Mit wenigen Ausnahmen zeigt sich eine beträchtliche Verminderung der *Ausfuhr* der Produkte der belgischen Minen und der Metallarbeiten.

---

[1] „Morrison's Pills"; ein damals bekanntes Abführmittel

Wir führen einige Beispiele an:

	1. Semester 1847	1. Semester 1848
Kohlen Tonnen	869000	549000
Gußeisen	56000	35000
Gußwaren	463	172
Eisen, Eisenbahnschienen	3489	13
Verarbeitetes Schmiedeeisen	556	434
Schlösser	3210	3618
Totalsumme:	932718	588237

Die Gesamtverminderung auf diese drei Artikel beträgt also für das erste Semester von 1848: 344481 Tonnen, etwas mehr als $^1/_3$.

Kommen wir zur Leinenindustrie.

	1. Semester 1846	1. Semester 1847	1. Semester 1848
Leinengespinst	1017000	623000	306000
Leinengewebe	1483000	1230000	681000
Totalsumme:	2500000	1853000	987000

Die Verminderung des Semesters von 1847 verglichen mit dem von 1846 betrug 657000 Kil[ogramm], die von 1848 verglichen mit 1846 beträgt 1613000 Kil[ogramm] oder 64 Prozent.[260]

Die Ausfuhr von Büchern, Kristallwaren, Fensterglas hat ungeheuer abgenommen; ebenso Verlust auf die Ausfuhr von rohem und gehecheltem Flachs, Werg, Baumrinde, fabriziertem Tabak.

Der um sich fressende Pauperismus, die unerhörte Konfiskation der Jugend durch das Verbrechen, der systematische Verfall der belgischen Industrie bilden die materielle Grundlage zu den konstitutionellen Heiterkeiten, als da sind: Das ministerielle Journal „Indépendance" zählt, wie es nicht müde wird zu verkünden, über 4000 Abonnenten. Der greise *Mellinet,* der einzige General, der die belgische Ehre gerettet, sitzt in Stubenhaft und wird in einigen Tagen vor den Assisen in Antwerpen erscheinen.[1] Der Genter Advokat *Rolin,* der im Interesse der oranischen Familie gegen Leopold konspiriert und im Interesse Leopolds des Coburgers gegen seine späteren Alliierten,

[1] Siehe vorl. Band, S. 378–381

die belgischen Liberalen: Rolin, der doppelte Apostat, hat das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten erhalten. Der Extrödler, Fransquillon[1], Baron und Kriegsminister Cha-a-azal schwingt seinen großen Säbel und rettet das europäische Gleichgewicht. Der „Observateur" hat das Programm der Septembertagfeier[261] um ein neues Vergnügen vermehrt, um eine Prozession – einen Ommeganck General[2] – zu Ehren des *Doudou*[3] aus Mons, des *Houplala*[3] aus Antwerpen und des *Mannequin Pisse*[3] aus Brüssel. Dies ist heiligster Ernst des „*Observateur*", des Journals des großen *Verhaegen*. Endlich, was Belgiens Leiden weit aufwiegt, es hat sich aufgeschwungen zur Hochschule der Berliner Montesquieus – eines Stupps, eines Grimms, eines Hansemanns, eines Baumstarks – und genießt die Bewunderung der „Kölnischen Zeitung". Glückliches Belgien!

Geschrieben von Karl Marx.

[1] In Belgien Bezeichnung für die Anhänger alles Französischen – [2] mit besonderer Pracht durchgeführter Umzug – [3] bekannte Denkmalsfiguren dieser Städte

Die Polendebatte in Frankfurt

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 70 vom 9. August 1848]

** *Köln*, 7. August. Die Frankfurter Versammlung[7], deren Debatten selbst in den erregtesten Momenten nie den Charakter einer echt deutschen Gemütlichkeit verloren, hat sich endlich bei der Posener Frage emporgerafft. Hier, wo preußische Schrapnells und gehorsame Bundestagsbeschlüsse ihr vorgearbeitet hatten, hier mußte sie einen entscheidenden Beschluß fassen; hier war keine Vermittlung möglich; sie mußte Deutschlands Ehre retten oder sie abermals beflecken. Die Versammlung hat unsern Erwartungen entsprochen; sie hat die sieben Teilungen Polens[54] sanktioniert, sie hat die Schmach von 1772, 1794 und 1815 von den Schultern der deutschen Fürsten auf ihre eigenen Schultern gewälzt.

Noch mehr! Die Frankfurter Versammlung hat die sieben Teilungen Polens für ebenso viele an die Polen verschwendete Wohltaten erklärt. Hat nicht das gewaltsame Eindringen der jüdisch-germanischen Race Polen zu einer Höhe der Kultur, zu einer Stufe der Wissenschaft emporgeschwungen, von der das Land früher keine Ahnung hatte? Verblendete, undankbare Polen! Hätte man euch nicht geteilt, ihr selbst müßtet bei der Frankfurter Versammlung um die Gnade nachsuchen, geteilt zu werden!

Der Pfarrer Bonavita Blank im Kloster Paradies bei Schaffhausen erzog sich Elstern und Stare zum Aus- und Einfliegen. Er hatte ihnen die untere Hälfte des Schnabels ausgeschnitten, daß sie ihr Futter nicht selbst suchen, sondern es bloß aus seiner Hand empfangen konnten. Die Philister, welche von fern die Vögel auf die Schultern des Ehrwürdigen fliegen und vertraulich mit ihm verkehren sahen, bewunderten seine hohe Kultur und Wissenschaft. – Die Vögel, sagt sein Biograph, *liebten* ihn *wie ihren Wohltäter*.[262]

Und die gefesselten, verstümmelten, gebrandmarkten Polen wollen ihre preußischen Wohltäter nicht lieben!

Wir können die den Polen durch das Preußentum erwiesenen Wohltaten nicht besser schildern, als indem wir auf den völkerrechtlichen Ausschußbericht des gelehrten Historienschreibers, Herrn *Stenzel*, eingehen, den Bericht, der der Debatte als Text zugrunde liegt.[263]

Der Bericht erzählt zuerst, ganz im Stile der gewöhnlichsten diplomatischen Aktenstücke, die Entstehung des Großherzogtums Posen im Jahre 1815 durch „Einverleibung“ und „Zusammenschlagung“. Dann folgen die von Friedrich Wilhelm III. den Posenern zu gleicher Zeit gemachten Versprechungen: Aufrechthaltung der Nationalität, Sprache und Religion, Einsetzung eines eingebornen Statthalters, Teilnahme an der berühmten preußischen Konstitution[264].

Was von diesen Versprechungen gehalten worden, ist bekannt. Die Verkehrsfreiheit zwischen den drei Bruchstücken Polens, die der Wiener Kongreß[265] um so ruhiger beschließen konnte, je unausführbarer sie war, trat natürlich nie ins Leben.

Jetzt kommt das Bevölkerungsverhältnis. Herr Stenzel rechnet heraus, daß 1843 im Großherzogtum 790000 Polen, 420000 Deutsche und fast 80000 Juden wohnten, zusammen fast 1300000 Einwohner.

Der Behauptung des Herrn Stenzel stehen die polnischen Behauptungen, unter andern des Erzbischofs Przyluski[185] entgegen, wonach weit über 800000 Polen, und nach Abzug der Juden, Beamten und Soldaten, kaum 250000 Deutsche in Posen leben.

Bleiben wir jedoch bei der Behauptung des Herrn Stenzel. Sie reicht vollständig hin für unsere Zwecke. Geben wir zu, um uns alle weitere Debatte zu ersparen, daß 420000 Deutsche in Posen wohnen. Wer sind diese durch Hinzuziehung der Juden auf eine halbe Million gebrachten Deutschen?

Die Slawen sind ein vorwiegend ackerbautreibendes Volk, wenig geschickt zum Betrieb städtischer Gewerbe, wie sie bisher in slawischen Ländern möglich waren. Der Handelsverkehr auf seiner ersten, rohesten Stufe, wo er noch bloßer Schacher war, wurde den hausierenden *Juden* überlassen. Als Kultur und Bevölkerung sich vermehrten, als das Bedürfnis städtischer Gewerbe und städtischer Konzentration fühlbar wurde, zogen *Deutsche* nach den slawischen Ländern. Die Deutschen, die überhaupt ihre höchste Blüte in der Kleinbürgerei der mittelalterlichen Reichsstädte, in dem trägen, karawanenmäßigen Binnenhandel und beschränkten Seehandel, im zünftigen Handwerksbetrieb des 14. und 15. Jahrhunderts erreichten, die Deutschen bewiesen ihren Beruf, die Pfahlbürger[9] der Weltgeschichte zu werden, namentlich dadurch, daß sie bis auf den heutigen Tag den Kern der Kleinbürgerschaft von ganz Ost- und Nordeuropa, ja von Amerika bilden. In Petersburg,

Moskau, Warschau und Krakau, in Stockholm und Kopenhagen, in Pest, Odessa und Jassy, in New York und Philadelphia sind die Handwerker, Krämer und kleinen Zwischenhändler zum großen, oft zum größten Teil Deutsche oder von deutscher Abkunft. In allen diesen Städten gibt es Stadtviertel, wo ausschließlich deutsch gesprochen wird; einzelne Städte, wie Pest, sind sogar fast ganz deutsch.

Diese deutsche Einwanderung ist, namentlich in den slawischen Ländern, seit dem 12. und 13. Jahrhundert fast ununterbrochen vor sich gegangen. Seit der Reformation wurden außerdem durch Sektenverfolgungen von Zeit zu Zeit ganze Massen von Deutschen nach Polen getrieben, wo sie mit offenen Armen aufgenommen wurden. In andern slawischen Ländern, in Böhmen, Mähren usw., wurde die slawische Bevölkerung durch Eroberungskriege der Deutschen dezimiert und die deutsche Bevölkerung durch Invasion vermehrt.

Die Sachlage ist gerade in Polen am klarsten. Die deutschen Spießbürger, die dort seit Jahrhunderten ansässig sind, haben sich von jeher ebensowenig politisch zu Deutschland gerechnet wie die Deutschen in Nordamerika, wie die „französische Kolonie" in Berlin oder die 15000 Franzosen in Montevideo zu Frankreich. Sie sind, soweit es in den dezentralisierten Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts möglich war, Polen geworden, deutsch redende Polen, sie hatten längst vollkommen verzichtet auf allen Zusammenhang mit dem Mutterlande.

Aber sie haben Kultur, Bildung und Wissenschaft, Handel und Gewerbe nach Polen gebracht! – Allerdings den Kleinhandel und die Zunfthandwerke haben sie hingebracht; durch ihre Konsumtion und den beschränkten Verkehr, den sie herstellten, haben sie einigermaßen die Produktion gehoben. Von großer Bildung und Wissenschaft hat man bis 1772 in ganz Polen und seitdem auch in Östreichisch- und Russisch-Polen noch nicht viel gehört; vom preußischen werden wir noch näher sprechen. Dafür haben die Deutschen in Polen die Bildung polnischer Städte mit polnischer Bourgeoisie verhindert; sie haben die Zentralisation, das gewaltigste politische Mittel zur raschen Entwicklung eines Landes, durch ihre verschiedene Sprache, durch ihr Abschließen von der polnischen Bevölkerung, durch ihre tausendfach verschiedenen Privilegien und städtischen Rechtsverfassungen erschwert. Fast jede Stadt hatte ihr eigenes Recht, ja, in gemischten Städten bestand und besteht oft noch verschiedenes Recht für Deutsche, für Polen und für Juden. Die Deutschpolen sind auf der alleruntergeordnetsten Stufe der Industrie stehengeblieben, sie haben weder große Kapitalien gesammelt, noch haben sie sich die große Industrie anzueignen gewußt, noch haben sie sich der ausgedehnten

Handelsverbindungen bemächtigt. Der Engländer Cockerill mußte erst nach Warschau kommen, ehe die Industrie in Polen Wurzel fassen konnte. Kramhandel, Handwerk und höchstens Kornhandel und Manufaktur (Weberei etc.) im beschränktesten Maßstabe – das war die ganze Tätigkeit der Deutschpolen. Und daß sie deutsches Philistertum, deutsche spießbürgerliche Beschränktheit nach Polen importiert, daß sie die schlechten Eigenschaften beider Nationen ohne die guten in sich vereinigen, darf bei den Verdiensten der Deutschpolen ebenfalls nicht vergessen werden.

Herr Stenzel sucht die Sympathie der Deutschen für die Deutschpolen rege zu machen:

„Als die Könige ... vorzüglich im 17. Jahrhundert immer ohnmächtiger wurden und auch die eingebornen polnischen Bauern gar nicht mehr gegen die härteste Unterdrückung durch den Adel schützen konnten, verfielen auch die deutschen Dörfer und Städte, von denen viele in den Besitz des Adels kamen. Nur die größern königlichen Städte retteten einen Teil ihrer alten Freiheiten“ (lies: Privilegien).

Verlangt Herr Stenzel etwa, die Polen hätten die (übrigens auch „eingebornen“) „Deutschen“ (lies: Deutschpolen) besser schützen sollen als sich selbst? Es versteht sich doch wohl von selbst, daß die in ein Land eingewanderten Ausländer nichts mehr verlangen können, als gute und böse Tage mit der Urbevölkerung zu teilen!

Kommen wir jetzt zu den Wohltaten, welche die Polen speziell der preußischen Regierung zu verdanken haben.

1772 wurde der Netzdistrikt durch Friedrich II. geraubt und im folgenden Jahr der Bromberger Kanal angelegt, der zwischen der Oder und der Weichsel eine Binnenschiffahrt herstellte.

„Die seit Jahrhunderten zwischen Polen und Pommern streitigen, durch zahllose Verheerungen und große Moräste vielfach wüsten Umgebungen [...] wurden nun urbar gemacht und durch zahlreiche Kolonisten bevölkert.“

Die erste Teilung Polens war also kein Raub. Friedrich II. bemächtigte sich nur eines „seit Jahrhunderten streitigen“ Gebietes. Aber seit wie lange bestand kein selbständiges Pommern mehr, das dieses Gebiet hätte streitig machen *können*? Seit wie langen Jahrhunderten war es wirklich den Polen nicht mehr streitig gemacht worden? Und was soll überhaupt diese rostige und verrottete Theorie der „Streitigmachungen“ und „Ansprüche“, die gut genug war, im 17. und 18. Jahrhundert die Nacktheit der Handels- und Arrondierungsinteressen zu verhüllen, was soll sie im Jahre 1848, wo allem historischen Recht und Unrecht der Boden unter den Füßen weggezogen ist?

Übrigens sollte Herr Stenzel doch bedenken, daß nach dieser Rumpelkammerdoktrin die Rheingrenze zwischen Frankreich und Deutschland „seit Jahrtausenden streitig" ist und die Polen Ansprüche auf die Lehnshoheit über die Provinz Preußen und selbst Pommern geltend machen könnten!

Genug. Der Netzdistrikt wurde preußisch und war somit nicht mehr „streitig". Friedrich II. ließ ihn von Deutschen kolonisieren, und so entstanden die in der posenschen Angelegenheit so ruhmvoll genannten „*Netzbrüder*". Die Germanisierung von Staats wegen beginnt mit dem Jahre 1773.

„Die Juden in dem Großherzogtum sind *allen zuverlässigen Angaben nach* durchgehends Deutsche und *wollen* es auch sein ... Die religiöse Toleranz, welche ehemals in Polen vorherrschte, sowie mehrere Eigenschaften, welche den Polen abgingen, haben den Juden seit Jahrhunderten einen tiefeingreifenden" (in die Geldbeutel der Polen nämlich) „Wirkungskreis in Polen gegeben. In der Regel sind sie beider Sprachen mächtig, obgleich sie in ihren Familien, wie von Jugend auf ihre Kinder, *deutsch* sprechen."

Die unerwartete Sympathie und Anerkennung, welche die polnischen Juden in der letzten Zeit in Deutschland gefunden, hat hier ihren offiziellen Ausdruck erlangt. Verrufen, soweit der Einfluß der Leipziger Messe reicht, als der vollständigste Ausdruck des Schachers, der Filzigkeit und des Schmutzes, sind sie plötzlich deutsche Brüder geworden; der biedere Michel drückt sie unter Wonnetränen an sein Herz, und Herr Stenzel reklamiert sie im Namen der deutschen Nation als Deutsche, welche auch Deutsche sein *wollen*.

Und warum sollten die polnischen Juden keine echten Deutschen sein? Sprechen sie nicht „in ihren Familien, sowie von Jugend auf ihre Kinder, deutsch"? Und welches Deutsch noch obendrein!

Wir machen übrigens Herrn Stenzel darauf aufmerksam, daß er auf diese Weise ganz Europa und halb Amerika, ja einen Teil von Asien reklamieren kann. Deutsch ist bekanntlich die jüdische Weltsprache. In New York wie in Konstantinopel, in Petersburg wie in Paris „sprechen die Juden in ihren Familien, sowie von Jugend auf ihre Kinder, deutsch", und teilweise noch klassischeres Deutsch als die „stammverwandten" Bundesgenossen der Netzbrüder, die posenschen Juden.

Der Bericht fährt nun fort, die Nationalitätsverhältnisse möglichst unbestimmt und möglichst zugunsten der aus Deutschpolen, Netzbrüdern und Juden bestehenden angeblichen halben Million Deutschen darzustellen. Der bäuerliche Grundbesitz der Deutschen sei größer als der der polnischen Bauern (wir werden sehen, wie das zugeht). Seit der ersten Teilung Polens sei der Haß zwischen Polen und Deutschen, namentlich Preußen, aufs höchste gestiegen.

„Preußen vorzüglich störte durch Einführung seiner besonders fest geregelten Staats- und Verwaltungsanordnungen" (welches Deutsch!) „und deren strenge Handhabung die alten Gewohnheiten[1] und herkömmlichen Einrichtungen der Polen auf das empfindlichste."

Wie sehr die „festgeregelten" und „strenge gehandhabten" Maßregeln der löblichen preußischen Bürokratie nicht nur die alten Gewohnheiten und herkömmlichen Einrichtungen, sondern das *ganze gesellschaftliche* Leben, die industrielle und ackerbauende Produktion, den Handelsverkehr, den Bergbau, kurz alle gesellschaftlichen Beziehungen ohne Ausnahme *„störten"*, davon wissen nicht nur die Polen, sondern auch die übrigen Preußen, und ganz besonders wir Rheinländer, wunderbare Dinge zu erzählen. Herr Stenzel spricht aber hier nicht einmal von der Bürokratie von 1807–1848, sondern von der von 1772–1806, von den Beamten des eigentlichsten Stockpreußentums, deren Gemeinheit, Bestechlichkeit, Habgier und Brutalität in den Verrätereien von 1806 so glänzend zutage kam. Diese Beamten hätten den polnischen Bauern gegen den Adel geschützt und puren Undank geerntet; freilich hätten die Beamten fühlen müssen, „daß alles, auch Gutes geben und aufzwingen, nicht für den Verlust nationaler Selbständigkeit entschädigt".

Auch wir kennen die Art, in der die preußischen Beamten noch in letzter Zeit gewohnt waren, „alles zu geben und aufzuzwingen". Wo ist der Rheinländer, der nicht mit frisch importierten altpreußischen Beamten zu tun gehabt, der nicht Gelegenheit gehabt hat, dies unvergleichliche, naseweise Besserwissen, dies unverschämte Dreinreden, diese Vereinigung von Beschränktheit und Unfehlbarkeit, diese apodiktische Grobheit zu bewundern! Bei uns freilich haben die Herren Altpreußen ihre härtesten Ecken meist bald abgeschlissen; sie hatten keine Netzbrüder, keine geheime Inquisition, kein Landrecht[167] und keine Stockprügel zu ihrer Verfügung, und an dem Mangel der letzteren ist mancher vor Gram gestorben. Wie sie aber erst in Polen gehaust haben mögen, wo sie nach Herzenslust prügeln und geheim inquirieren lassen konnten, das braucht uns nicht erst beschrieben zu werden.

Genug, die preußische Willkürherrschaft wußte sich so beliebt zu machen, daß „schon nach der Schlacht von Jena sich der Haß der Polen durch einen allgemeinen Aufstand und Verjagung der preußischen Beamten zeigte". Damit hatte die Beamtenwirtschaft einstweilen ihr Ende erreicht.

Aber im Jahr 1815 kam sie in etwas veränderter Gestalt wieder. Das „reformierte", „gebildete", „unbestechliche", „beste" Beamtentum versuchte sein Glück an diesen widerhaarigen Polen.

---

[1] In der „Neuen Rheinischen Zeitung": Gerechtigkeiten

„Auch mit Errichtung des Großherzogtums Posen konnte kein gutes Vernehmen hergestellt werden, indem ... der König von Preußen damals unmöglich darauf eingehen konnte, eine einzelne Provinz ganz selbständig zu organisieren und aus seinem Staate gewissermaßen einen Bundesstaat zu machen."

Also der König von Preußen konnte nach Herrn Stenzel „unmöglich darauf eingehen", seine eigenen Versprechungen und die Wiener Verträge zu halten!![266]

„Als im Jahre 1830 die Sympathien des polnischen Adels für den Aufstand in Warschau[247] Besorgnisse erregten und seitdem planmäßig dahin gearbeitet wurde, durch mehrere getroffene Einrichtungen (!), namentlich durch Aufkaufen, Zerschlagen und Verteilen polnischer Rittergüter an Deutsche, vorzüglich den polnischen Adel nach und nach völlig zu beseitigen, stieg die Erbitterung desselben gegen Preußen."

„Durch mehrere getroffene Einrichtungen!" Durch das Verbot, subhastierte Grundstücke an Polen zu verkaufen und andere derartigen Maßregeln, die Herr Stenzel mit dem Mantel der Liebe bedeckt.

Was würden die Rheinländer dazu sagen, wenn bei uns die preußische Regierung ebenfalls verboten hätte, gerichtlich verkaufte Grundstücke an Rheinländer zu verkaufen! Vorwände genug wären dazu da gewesen: um die Bevölkerung der alten und neuen Provinzen zu verschmelzen; um die Eingeborenen der alten Provinzen an den Wohltaten der Parzellierung und der rheinischen Gesetzgebung teilnehmen zu lassen; um die Rheinländer zu veranlassen, ihre Industrie auch in den alten Provinzen durch Einwanderung einheimisch zu machen, usw. Gründe genug, um uns ebenfalls mit preußischen „Kolonisten" zu beglücken! Wie würden wir eine Bevölkerung betrachten, die unsern Grund und Boden, bei ausgeschlossener Konkurrenz, zu Spottpreisen aufkaufte und außerdem noch vom Staate dabei unterstützt würde; eine Bevölkerung, die uns ausdrücklich zu dem Zwecke aufgeladen würde, um den Begeisterungsfusel mit Gott für König und Vaterland[267] bei uns einheimisch zu machen?

Und wir sind doch noch Deutsche, wir sprechen dieselbe Sprache wie die alten Provinzen. In Posen aber wurden diese Kolonisten systematisch, mit unerbittlicher Regelmäßigkeit auf die Domänen, in die Wälder, auf die parzellierten polnischen Rittergüter geschickt, um die eingeborenen Polen und ihre Sprache von ihrem eigenen Lande zu verdrängen und eine echtpreußische Provinz zu bilden, die in schwarz-weißem Fanatismus selbst Pommern übertreffen sollte.

Und damit die preußischen Bauern in Polen nicht ohne natürliche Vorgesetzte blieben, sandte man ihnen die Blüte der preußischen Ritterschaft, einen *Tresckow*, einen *Lüttichau*, nach, die dort ebenfalls Rittergüter zu Spott-

preisen und mit Staatsvorschüssen aufkauften. Ja, nach dem Polenaufstande von 1846[45] bildete sich eine ganze Aktiengesellschaft in Berlin, unter dem gnädigen Schutze hoher, höchster und noch höherer Personen, die den Zweck hatte, polnische Güter für deutsche Ritter aufzukaufen. Die hungrigen Schlucker vom märkischen und pommerschen Adel sahen voraus, daß der Polenprozeß eine Menge polnischer Rittergutsbesitzer ruinieren, daß man ihre Güter nächstens spottwohlfeil verschleudern werde. Welch ein gefunden Futter für so manchen in Schulden ertrinkenden uckermärkischen Don Ranudo! Ein schönes Rittergut fast umsonst, polnische Bauern zum Prügeln und obendrein noch das Verdienst, König und Vaterland sich verpflichtet zu haben – welche brillante Aussicht!

So entstand die dritte deutsche Einwanderung nach Polen: preußische Bauern und preußischer Adel, die sich überall in Posen festsetzten, und die, von der Regierung unterstützt, mit der offenen Absicht nicht der Germanisierung, sondern der *Verpommerung* hinkamen. Hatten die deutschpolnischen Bürger die Entschuldigung, zur Hebung des Handels ein Kleines beigetragen zu haben, konnten die Netzbrüder sich rühmen, einige Moräste urbar gemacht zu haben, so fehlte dieser letzten preußischen Invasion aller Vorwand. Nicht einmal die Parzellierung hatten sie konsequent eingeführt; der preußische Adel folgte den preußischen Bauern auf dem Fuß.

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 73 vom 12. August 1848]

** *Köln*, 11. August. Wir haben im ersten Artikel die „historische Grundlage“ des Stenzelschen Berichts untersucht, insoweit er auf die Lage Posens vor der Revolution eingeht. Wir kommen heute auf Herrn Stenzels Geschichte der Revolution und Kontrerevolution in Posen.

„Das deutsche Volk, immer voll Teilnahme für jeden Unglücklichen“ (solange die Teilnahme nichts kostet), „hatte jederzeit das große Unrecht tief gefühlt, was von seinen Fürsten gegen die Polen begangen worden war.“

Allerdings, „tief gefühlt“ im stillen deutschen Herzen, wo die Gefühle so „tief“ sitzen, daß sie nie in Taten herausbrechen! Allerdings, „Teilnahme“ durch einige Almosen 1831, durch Zweckessen und Polenbälle, solange es galt, zum Besten der Polen zu tanzen, Champagner zu trinken und zu singen: „Noch ist Polen nicht verloren!“[268] Aber wirklich etwas Ernsthaftes tun, wirklich einmal ein Opfer bringen – wo ist das je der Deutschen Sache gewesen!

„Die Deutschen boten aufrichtig die Bruderhand, um zu sühnen, was ihre Fürsten früher verbrochen.“

Allerdings, wenn rührende Phrasen und träge Kannegießereien irgend etwas „sühnen" könnten, dann stände kein Volk so rein in der Geschichte da wie gerade die Deutschen.

„In demselben Augenblick aber, als die Polen einschlugen" (nämlich in die dargebotene Bruderhand), „trennten sich auch schon beider Nationen Interessen und Ziele. Die Polen dachten nur an die Wiederherstellung ihres alten Reichs, mindestens in der Landesausdehnung vor der ersten Teilung im Jahr 1772."

Wahrlich, nur der gedankenlose, wüste Enthusiasmus ins Blaue hinein, der von jeher eine Hauptzierde des deutschen Nationalcharakters war, konnte es zuwege bringen, daß die Deutschen von der Forderung der Polen überrascht waren! Die Deutschen wollten das an Polen begangene Unrecht *„sühnen"*. Womit begann dies Unrecht? Von früheren Verrätereien nicht zu sprechen, doch gewiß mit der ersten Teilung 1772. Wie war dies zu „sühnen"? Doch nur dadurch, daß der Status quo *vor* 1772 wiederhergestellt wurde, oder mindestens dadurch, daß die Deutschen den Polen das herausgaben, was *sie* seit 1772 von ihnen geraubt hatten. Aber das Interesse der Deutschen war dagegen? Gut, sprechen wir von Interessen, so kann von den Sentimentalitäten wegen „Sühnen" usw. keine Rede mehr sein, so spreche man die Sprache der kalten, gefühllosen Praxis und verschone uns mit Toastphrasen und Großmutsempfindungen.

Übrigens haben die Polen erstens keineswegs *„nur"* an die Wiederherstellung des Polens von 1772 „gedacht". Woran die Polen *„gedacht"* haben, geht uns überhaupt wenig an. Sie *verlangten* vorderhand nur Reorganisation des *ganzen* Posens und sprachen von weitern Eventualitäten nur für den Fall eines deutsch-polnischen Kriegs gegen Rußland.

Zweitens „trennten sich beider Nationen Interessen und Ziele" nur so lange, als die „Interessen und Ziele" des revolutionierten Deutschlands in völkerrechtlicher Beziehung ganz dieselben blieben wie die des alten, absolutistischen Deutschlands. Russische Allianz, wenigstens Friede mit Rußland um jeden Preis, wenn das Deutschlands „Interesse und Ziel" ist, muß in Polen allerdings alles beim alten bleiben. Wir werden aber später sehen, wie sehr die *wirklichen* Interessen Deutschlands mit denen Polens identisch sind.

Jetzt kommt ein breiter, verworrener, verlegener Passus, in welchem Herr Stenzel sich darüber ausläßt, wie recht die Deutschpolen hatten, wenn sie zwar Polen Gerechtigkeit widerfahren lassen, zugleich aber preußisch und deutsch bleiben wollten. Daß das Zwar das Aber und das Aber das Zwar unmöglich macht, geht Herrn Stenzel natürlich nichts an.

Daran schließt sich eine ebenso breite und verworrene Geschichtserzählung, worin Herr Stenzel im einzelnen zu beweisen sucht, daß bei den „sich

trennenden Interessen und Zielen beider Nationen“, bei der dadurch sich stets steigernden gegenseitigen Erbitterung ein blutiger Zusammenstoß *unvermeidlich* war. Die Deutschen hielten das *„nationale“* Interesse fest, die Polen das bloß *„territoriale“*. D.h., die Deutschen verlangten Scheidung des Großherzogtums nach den Nationalitäten, die Polen wollten ihr ganzes altes Gebiet für sich.

Dies ist wieder nicht wahr. Die Polen verlangten Reorganisation, erklärten aber zugleich, sie seien mit Abtretung der gemischten Grenzbezirke, da wo die Mehrheit deutsch sei und zu Deutschland geschlagen sein *wolle*, vollständig einverstanden. Nur solle man die Leute nicht nach dem Belieben der preußischen *Beamten* deutsch oder polnisch machen, sondern nach ihrem *eigenen* Willen.

Willisens Mission, fährt Herr Stenzel fort, mußte natürlich scheitern an dem (vorgegebenen, nirgends existierenden) Widerstand der Polen gegen die Abtretung der überwiegend deutschen Bezirke. Herrn Stenzel lagen die Erklärungen Willisens über die Polen und die der Polen über Willisen zur Einsicht vor. Diese *gedruckten* Erklärungen beweisen das Gegenteil. Aber das liegt daran, wenn man, wie Herr Stenzel sagt, „ein Mann ist, der seit vielen Jahren sich mit Geschichte beschäftigt und es sich zur Pflicht gemacht hat, nichts Unwahres zu sagen und nichts Wahres zu verhehlen“!

Mit derselben Treue, die nichts Wahres verhehlt, geht Herr Stenzel über den in Posen verübten Kannibalismus, über den schnöden Treubruch der Konvention von Jaroslawiec[269], über die Metzeleien von Trzemeszno, Miloslaw und Wreschen, über das verheerende Wüten einer des Dreißigjährigen Krieges würdigen Soldateska leicht hinweg, ohne davon auch nur eine Silbe zu erwähnen.[270]

Herr Stenzel kommt nun zu den vier neuen Teilungen Polens durch die preußische Regierung. Zuerst wurde der Netzdistrikt nebst vier andern Kreisen abgerissen (14. April); dazu schlug man noch einige Teile anderer Kreise, zusammen mit einer Bevölkerung von 593390 Köpfen und ließ sie in den Deutschen Bund aufnehmen (22. April). Dann nahm man die Stadt und Festung Posen nebst dem Rest des linken Wartheufers hinzu – wieder 273500 Seelen, also zusammen *mehr als doppelt* soviel, als selbst nach *preußischen* Angaben Deutsche in ganz Posen wohnen. Das geschah durch Kabinettsordre vom 26. April[1], und schon am 2. Mai erfolgte die Aufnahme in den Deutschen Bund. Herr Stenzel wimmert nun der Versammlung vor, wie es durchaus nötig sei, daß Posen in deutschen Händen bleibe, Posen, eine wich-

[1] In der „Neuen Rheinischen Zeitung“ irrtümlich: 29. April

tige, gewaltige Festung, wo über 20000 Deutsche (von denen die meisten polnische Juden) wohnen, denen $^2/_3$ des gesamten Grundbesitzes gehört usw. Daß Posen mitten in rein polnischem Lande liegt, daß es gewaltsam germanisiert worden ist und daß polnische Juden keine Deutsche sind, das ist höchst gleichgültig für Leute, die „nie Unwahres berichten und nie Wahres verschwiegen", für Historiker von der Force eines Herrn Stenzel!

Genug, aus militärischen Gründen durfte man Posen nicht aus den Händen geben. Als ob man diese Festung, die nach Willisen einer der größten strategischen Fehler ist, nicht hätte schleifen und dafür Breslau befestigen können. Aber man hatte zehn Millionen hineingesteckt (beiläufig wieder nicht wahr, kaum fünf Millionen), und es ist natürlich vorteilhafter, das teure Kunstwerk zu behalten und 20–30 Quadratmeilen polnischer Erde dazu.

Hat man aber erst die „Stadt und Festung" Posen, so bietet sich die ungezwungenste Gelegenheit, noch mehr zu nehmen.

„Um aber die Festung zu behaupten, wird man genötigt sein, ihr auch die Zugänge von Glogau, Küstrin und Thorn sowie einen Festungsbezirk gegen Osten zu sichern" (der nur 1000 bis 2000 Schritte zu sein brauchte, wie der von Maestricht gegen Belgien und Limburg). „Dadurch", schmunzelt Herr Stenzel weiter, „wird zugleich der ungestörte Besitz des Bromberger Kanals behauptet, es werden aber auch zahlreiche Striche, in denen die polnische Bevölkerung überwiegend ist, dem Deutschen Bunde einverleibt werden müssen."

Aus allen diesen Gründen hat denn auch der bekannte Menschenfreund Pfuel von Höllenstein[91] zwei neue Teilungen Polens vorgenommen, wodurch alle Wünsche des Herrn Stenzel befriedigt und drei Viertel des ganzen Großherzogtums zu Deutschland geschlagen werden. Herr Stenzel erkennt dies Verfahren um so dankbarer an, als er, der Historiker, in dieser potenzierten Erneuerung der Reunionskammern Ludwigs XIV.[271] offenbar sehen muß, daß die Deutschen gelernt haben, die Lehren der Geschichte zu benutzen.

Die Polen, meint Herr Stenzel, sollen sich damit trösten, daß ihr Anteil fruchtbarer ist als das einverleibte Gebiet, daß sie weit weniger Grundbesitz haben als die Deutschen und daß „kein Unbefangener leugnen wird, daß der polnische Landmann sich weit erträglicher unter einer deutschen Regierung als der deutsche unter einer polnischen befinden wird"!! Wovon die Geschichte merkwürdige Beweise liefert.

Schließlich ruft Herr Stenzel den Polen zu, auch das kleine Stückchen, das ihnen geblieben, werde ihnen genügen, um sich durch Ausübung aller bürgerlichen Tugenden

„würdig auf den Augenblick vorzubereiten, den die Zukunft ihnen jetzt noch verhüllt und den sie in sehr verzeihlicher Weise vielleicht zu stürmisch herbeizurufen suchen.

‚Es gibt', ruft einer ihrer einsichtsvollsten Mitbürger sehr treffend, ‚eine Krone, welche auch würdig ist, euren Ehrgeiz zu reizen, es ist die *Bürgerkrone*!' Ein Deutscher darf hinzusetzen: Sie glänzt nicht, aber sie ist gediegen!"

„Sie ist gediegen!" Noch „gediegener" aber sind die wirklichen Gründe der erneuerten vier Teilungen Polens durch die preußische Regierung.

Deutscher Biedermann! Du glaubst, die Teilungen seien vorgenommen, um deine deutschen Brüder von der polnischen Herrschaft zu retten? Um dir in der Festung Posen ein Bollwerk gegen jeden Angriff zu sichern? Um die Straßen von Küstrin, Glogau und Bromberg, um den Netzkanal sicherzustellen? Welche Täuschung!

Man hat dich schmählich hintergangen. Die neuen Teilungen Polens sind gemacht worden aus keinem andern Grunde, als um die *Kassen des preußischen Staats zu füllen.*

Die ersten Teilungen Polens bis 1815 waren ein Länderraub mit bewaffneter Hand, die Teilungen von 1848 sind ein *Diebstahl.*

Und jetzt merke auf, deutscher Biedermann, wie man dich hintergangen hat!

Nach der dritten Teilung Polens konfiszierte Friedrich Wilhelm II. die polnischen starosteilichen und die der katholischen Geistlichkeit gehörenden Güter zum Besten des Staats. Namentlich die Güter der Kirche machten „einen *sehr beträchtlichen* Teil des ganzen Landeigentums aus", wie die Besitzergreifungsdeklaration vom 28. Juli[1] 1796 selbst sagte. Diese neuen Domänen wurden für königliche Rechnung verwaltet oder verpachtet und waren so ausgedehnt, daß zu ihrer Administration 34 Domänenämter und 21 Oberförstereien errichtet werden mußten. Zu jedem dieser Domänenämter gehörten eine Menge Ortschaften, z.B. zu den 10 Ämtern des Bromberger Regierungsbezirks zusammen 636 und zu dem einzigen Domänenamt Mogilno 127 Ortschaften.

Außerdem hat Friedrich Wilhelm II. 1796 die Güter und Forsten des Nonnenklosters zu Owinsk konfisziert und dem Kaufmann von Tresckow (Vorfahren des tapfern preußischen Bandenführers Tresckow aus dem letzten Heldenkriege[272]) verkauft; diese Güter bestehen aus 24 Ortschaften nebst Mühlen und 20000 Morgen Forst, im Wert von mindestens 1000000 Taler.

Ferner wurden die Domänenämter Krotoschin, Rozdrazewo, Orpiszewo und Adelnau, im Wert von mindestens 2 Millionen Taler, 1819 dem Fürsten Thurn und Taxis zur Entschädigung für das Postregal in mehreren an Preußen gefallenen Provinzen abgetreten.

---

[1] In der „Neuen Rheinischen Zeitung" irrtümlich: März

Die sämtlichen Güter hatte Friedrich Wilhelm II. unter dem Vorwande, sie besser zu verwalten, übernommen. Trotzdem aber sind sie, ein Eigentum der polnischen Nation, verschenkt, abgetreten, verkauft worden, und die Kaufgelder sind in die *preußische* Staatskasse geflossen.

Die Domänenämter Gnesen, Skorzencin, Trzemeszno sind zerschlagen und veräußert worden.

Es bleiben also noch 27 Domänenämter und die Oberförstereien in einem Kapitalwert von allermindestens *zwanzig Millionen Taler* in den Händen der preußischen Regierung. Wir sind erbötig, mit der Karte in der Hand zu beweisen, daß diese Domänen und Forsten sämtlich – mit sehr wenigen oder gar keinen Ausnahmen – in dem einverleibten Teil von Posen liegen. Um diesen reichen Schatz vor allem Rückfall an die polnische Nation zu retten, mußte er in den Deutschen Bund aufgenommen werden; und da er nicht zum Deutschen Bunde kommen konnte, so mußte der Deutsche Bund zu ihm kommen, und $^3/_4$ von Posen wurden einverleibt.

Das ist der wahre Grund der vier berühmten Teilungen Polens binnen zwei Monaten. Nicht die Reklamationen dieser oder jener Nationalität, nicht angeblich strategische Gründe haben entschieden: Die Lage der Domänen, die Habgier der preußischen Regierung allein hat die Grenzlinie bestimmt.

Während die deutschen Bürger für die erdichteten Leiden ihrer armen Brüder in Posen blutige Tränen vergossen, während sie sich für die Sicherung der deutschen Ostmark begeisterten, während sie sich durch erlogene Berichte von polnischen Barbareien gegen die Polen in Harnisch jagen ließen, operierte die preußische Regierung ganz im stillen und brachte ihr Schäfchen ins trockene. Der grund- und zwecklose deutsche Enthusiasmus hat zu weiter nichts gedient, als die schmutzigste Handlung der neueren Geschichte zu bemänteln.

So, deutscher Biedermann, wird dir von deinen verantwortlichen Ministern mitgespielt!

Aber in der Tat, du konntest es vorher wissen. Wo Herr Hansemann beteiligt ist, handelt es sich nie um deutsche Nationalität, militärische Notwendigkeit und andere dergleichen leere Phrasen, sondern stets um bare Zahlung und klaren Profit.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 81 vom 20. August 1848]

** *Köln*, 19. August. Wir haben den Bericht des Herrn Stenzel, die Grundlage der Debatte, in seinen Einzelnheiten verfolgt. Wir haben nachgewiesen, wie er die ältere und neuere Geschichte Polens und der Deutschen in Polen verfälscht, wie er die ganze Frage verrückt, wie der Historiker Stenzel nicht

nur absichtliche Verfälschung, sondern sich auch grobe Unwissenheit hat zuschulden kommen lassen.

Ehe wir auf die Debatte selbst eingehen, müssen wir noch einen Blick auf die polnische Frage werfen.

Die Posener Frage ist, für sich betrachtet, ohne allen Sinn, ohne Möglichkeit der Lösung. Sie ist ein Fragment der polnischen Frage, und nur in und mit dieser kann sie gelöst werden. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen kann erst bestimmt werden, wenn Polen wieder existiert.

Aber kann und wird Polen wieder bestehen? In der Debatte ist dies geleugnet worden.

Ein französischer Historiker hat gesagt: Il y a des peuples nécessaires: es gibt *notwendige Völker*. Zu diesen notwendigen Völkern gehört im 19. Jahrhundert unbedingt das polnische Volk.

Die nationale Existenz Polens ist aber für niemand notwendiger als gerade für uns Deutsche.

Worauf stützt sich zunächst die Macht der Reaktion in Europa seit 1815, ja, teilweise seit der ersten französischen Revolution? Auf die russisch-preußisch-östreichische *Heilige Allianz*[243]. Und was hält diese Heilige Allianz zusammen? Die *Teilung Polens*, von der alle drei Alliierten Nutzen zogen.

Der Riß, den die drei Mächte durch Polen zogen, ist das Band, das sie aneinanderkettet; der gemeinsame Raub hat sie einer für den andern solidarisch gemacht.

Von dem Augenblick an, wo der erste Raub an Polen begangen wurde, war Deutschland in die Abhängigkeit Rußlands geraten. Rußland befahl Preußen und Östreich, absolute Monarchien zu bleiben, und Preußen und Östreich mußten gehorchen. Die ohnehin schlaffen und schüchternen Anstrengungen, namentlich der preußischen Bourgeoisie, sich die Herrschaft zu erobern, scheiterten vollends an der Unmöglichkeit, von Rußland loszukommen, an dem Rückhalt, den Rußland der feudalistisch-absolutistischen Klasse in Preußen bot.

Dazu kam, daß von dem ersten Unterdrückungsversuche der Alliierten an die Polen nicht nur insurrektionell für ihre Unabhängigkeit kämpften, daß sie zugleich *revolutionär* gegen ihre eigenen inneren gesellschaftlichen Zustände auftraten.

Die Teilung Polens war zustande gekommen durch das Bündnis der großen Feudalaristokratie in Polen mit den drei teilenden Mächten. Sie war kein Fortschritt, wie der Ex-Poet Herr Jordan behauptet, sie war das letzte Mittel für die große Aristokratie, sich vor einer Revolution zu retten, sie war durch und durch reaktionär.

Die Folge schon der ersten Teilung war ganz natürlich eine Allianz der übrigen Klassen, d.h. des Adels, der Bürgerschaft der Städte und teilweise der Bauern, sowohl gegen die Unterdrücker Polens wie gegen die große Aristokratie des Landes selbst. Wie sehr die Polen es schon damals begriffen, daß ihre Unabhängigkeit nach außen unzertrennlich sei von dem Sturz der Aristokratie und von der agrarischen Reform im Innern, beweist die Konstitution von 1791[273].

Die großen ackerbauenden Länder zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere können sich aus der patriarchalisch-feudalen Barbarei retten nur durch eine agrarische Revolution, die die leibeigenen oder fronpflichtigen Bauern in freie Grundbesitzer verwandelt, eine Revolution, die ganz dieselbe ist wie die französische von 1789 auf dem platten Lande. Die polnische Nation hat das Verdienst, unter allen ihren ackerbauenden Nachbarvölkern dies zuerst proklamiert zu haben. Der erste Reformversuch war die Verfassung von 1791; in dem Aufstande von 1830[247] wurde die agrarische Revolution von Lelewel als einziges Mittel zur Rettung des Landes ausgesprochen, aber zu spät vom Reichstage anerkannt; in den Insurrektionen von 1846 und 1848 wurde sie offen proklamiert.

Von dem Tage ihrer Unterdrückung an traten die Polen revolutionär auf und fesselten dadurch ihre Unterdrücker um so fester an die Kontrerevolution. Sie zwangen ihre Unterdrücker, den patriarchalisch-feudalen Zustand nicht nur in Polen, sondern auch in ihren übrigen Ländern aufrechtzuhalten. Und namentlich seit dem Krakauer Aufstand von 1846[45] ist der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugleich der Kampf der *agrarischen Demokratie* – der in Osteuropa einzig möglichen – gegen den *patriarchalisch-feudalen Absolutismus*.

Solange wir also Polen unterdrücken helfen, solange wir einen Teil von Polen an Deutschland schmieden, solange bleiben wir an Rußland und die russische Politik geschmiedet, solange können wir den patriarchalisch-feudalen Absolutismus bei uns selbst nicht gründlich brechen. Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands.

Die Herstellung Polens und seine Grenzregulierung mit Deutschland ist aber nicht nur notwendig, sie ist bei weitem die lösbarste von all den politischen Fragen, die seit der Revolution in Osteuropa aufgetaucht sind. Die Unabhängigkeitskämpfe der Völker aller Stämme, die südlich von den Karpaten bunt durcheinandergewürfelt sind, sind ganz anders verwickelt, werden weit mehr Blut, Verwirrung und Bürgerkrieg kosten als der polnische Unabhängigkeitskampf und die Feststellung der Grenze zwischen Deutschland und Polen.

Es versteht sich, daß es sich nicht von der Herstellung eines Scheinpolen handelt, sondern von der Herstellung eines Staats auf lebensfähiger Grundlage. Polen muß wenigstens die Ausdehnung von 1772 haben, muß nicht nur die Gebiete, sondern auch die Mündungen seiner großen Ströme und muß wenigstens an der Ostsee einen großen Küstenstrich besitzen.

Alles das konnte ihm Deutschland garantieren und doch dabei seine Interessen und seine Ehre sicherstellen, wenn es nach der Revolution in seinem eignen Interesse den Mut hatte, von Rußland die Herausgabe Polens mit den Waffen in der Hand zu fordern. Daß bei dem Durcheinander von Deutsch und Polnisch an der Grenze und namentlich an der Küste beide Teile sich gegenseitig etwas nachgeben, daß mancher Deutsche polnisch, mancher Pole hätte deutsch werden müssen, verstand sich von selbst und hätte keine Schwierigkeit gemacht.

Aber nach der halben deutschen Revolution hatte man den Mut nicht, so entschieden aufzutreten. Pomphafte Reden halten über die Befreiung Polens, die durchziehenden Polen an den Eisenbahnstationen empfangen und ihnen die glühendsten Sympathien des deutschen Volks anbieten (wem sind die nicht schon angeboten worden?) – das ließ sich hören; aber einen Krieg mit Rußland anfangen, das ganze europäische Gleichgewicht in Frage stellen und vollends irgendein Läppchen des geraubten Gebiets herausgeben – ja, da müßte man seine Deutschen nicht kennen!

Und was war der Krieg mit Rußland? Der Krieg mit Rußland war der vollständige, offne und wirkliche Bruch mit unsrer ganzen schmachvollen Vergangenheit, war die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, war die Herstellung der Demokratie auf den Trümmern der Feudalität und des kurzen Herrschaftstraums der Bourgeoisie. Der Krieg mit Rußland war der einzig mögliche Weg, unsre Ehre und unsre Interessen gegenüber unsren slawischen Nachbarn und namentlich gegenüber den Polen zu retten.

Aber wir waren Spießbürger und wir blieben Spießbürger. Wir machten ein paar Dutzend kleine und große Revolutionen, vor denen wir uns selbst fürchteten, noch ehe sie vollendet waren. Nachdem wir den Mund recht voll genommen hatten, führten wir gar nichts aus. Die Revolution, statt unsern Gesichtskreis zu erweitern, verengerte ihn. Mit der zaghaftesten, borniertesten, engherzigsten Philisterei wurden alle Fragen behandelt und damit natürlich unsre wirklichen Interessen wieder kompromittiert. Auf dem Standpunkte dieser kleinlichen Philisterei reduzierte sich denn auch die große Frage von der Befreiung Polens auf die winzige Phrase von der Reorganisation eines Teils der Provinz Posen, verwandelte sich unser Enthusiasmus für die Polen in Schrapnells und Höllenstein.

Die einzig mögliche, die einzige Lösung, die Deutschlands Ehre, Deutschlands Interessen gewahrt hätte, wir wiederholen es, war der Krieg mit Rußland. Man hat ihn nicht gewagt, und das Unvermeidliche ist erfolgt: Die Soldateska der Reaktion, in Berlin geschlagen, erhob ihr Haupt wieder in Posen; unter dem Scheine, Deutschlands Ehre und Nationalität zu retten, pflanzte sie das Banner der Kontrerevolution auf und erdrückte die revolutionären Polen, unsre Bundesgenossen – und das geprellte Deutschland jauchzte einen Augenblick seinen siegreichen Feinden Beifall zu. Die neue Teilung Polens wurde vollzogen, und es fehlte ihr nur noch die Sanktion der deutschen Nationalversammlung.

Es war für die Frankfurter Versammlung noch ein Weg möglich, um die Sache wieder gutzumachen: Man hätte ganz Posen vom Deutschen Bunde ausschließen und die Grenzfrage für offen erklären müssen, bis man mit dem wiederhergestellten Polen darüber d'égal à égal[1] verhandeln könne.

Aber das wäre zuviel verlangt gewesen von unsern Frankfurter Professoren, Advokaten und Pastören der Nationalversammlung! Die Lockung war zu groß: Sie, die ruhigen Bürger, die nie eine Flinte abgefeuert, sollten durch Aufstehen und Sitzenbleiben ein Land von 500 Quadratmeilen für Deutschland erobern, 800000 Netzbrüder, Deutschpolen, Juden und Polen einverleiben, wenn auch auf Kosten der Ehre und der wirklichen, dauernden Interessen Deutschlands – welche Versuchung! – Sie sind ihr erlegen, sie haben die Teilung Polens bestätigt.

Aus welchen Gründen, werden wir morgen sehn.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 82 vom 22. August 1848]

** *Köln*, 21. August. Wir übergehen die Vorfrage, ob die Posener Abgeordneten mitberaten und abstimmen sollen, und gehen gleich zur Debatte über die Hauptfrage.

Herr *Stenzel*, der Berichterstatter, eröffnete sie mit einer erschrecklich konfusen und diffusen Rede. Er stellt sich als Historiker und gewissenhaften Mann hin, er spricht von Festungen und Feldschanzen, Himmel und Hölle, Sympathien und deutschen Herzen; er geht zurück auf das 11. Jahrhundert, um zu beweisen, daß der polnische Adel den Bauern immer unterdrückt habe; er benutzt einige spärliche Data der polnischen Geschichte als Entschuldigung für einen endlosen Strom der plattesten Gemeinplätze über Adel, Bauern, Städte, Wohltaten der absoluten Monarchie usw.; er entschuldigt in

[1] als Gleicher mit Gleichen

holpriger und verlegener Sprache die Teilung Polens; er setzt die Bestimmungen der Konstitution vom 3. Mai 1791[273] in einer so bunten Konfusion auseinander, daß die Mitglieder, die sie bisher nicht kannten, jetzt erst recht nicht wissen, woran sie sind; er will eben auf das Großherzogtum Warschau übergehen, als er durch den lauten Ruf: „Das geht zu weit!" und durch den Präsidenten unterbrochen wird.

Der große Geschichtsforscher, gänzlich in Verwirrung gebracht, fährt fort in folgenden rührenden Worten:

„Ich werde kurz sein. Es fragt sich nun: Was wollen wir tun. Diese Frage ist ganz natürlich" (! buchstäblich). „Der Adel will das Reich wiederherstellen. Er behauptet, er sei demokratisch. Ich zweifle nicht dran, daß er's ehrlich meint. Allein, meine Herren, es ist natürlich (!), daß manche Stände sich große Illusionen machen. Ich glaube an die Aufrichtigkeit vollkommen, allein, wenn Fürsten und Grafen in das Volk übergehen sollen, so weiß ich nicht, wie die Verschmelzung stattfinden wird" (was geht das auch den Herrn Stenzel an!). „Das ist in Polen unmöglich etc."

Herr Stenzel tut, als ob in Polen Adel und Aristokratie ganz dasselbe sei. Lelewels „Histoire de Pologne", die er selbst zitierte, Mieroslawskis „Débat entre la révolution et la contrerévolution en Pologne" und eine Masse anderer neuerer Schriften könnten den „Mann, der sich seit Jahren mit Geschichte beschäftigt", eines Bessern belehren. Die meisten „Fürsten und Grafen", von denen Herr Stenzel spricht, sind ja gerade diejenigen, gegen welche die polnische Demokratie selbst ankämpft.

Man soll also, meint Herr Stenzel, den Adel fallenlassen mit seinen Illusionen und ein Polen gründen für den Bauern (indem man ein Stück Polen nach dem andern zu Deutschland schlägt).

„Reichen Sie vielmehr den armen Bauern die Hände, damit diese emporkommen, damit es ihnen vielleicht (!) gelinge, ein freies Polen herzustellen, aber nicht nur herzustellen, sondern auch zu erhalten. Das, meine Herren, ist die Hauptsache!"

Und unter dem Jubelruf der Nationalsalbaderer der Zentren[274]: „Sehr brav!" „Ausgezeichnet!" verläßt der siegestrunkne Geschichtsforscher die Tribüne. Die neue Teilung Polens als eine Wohltat für die polnischen Bauern darstellen, diese überraschend unsinnige Wendung mußte allerdings die im Zentrum der Versammlung vereinigte Masse von Gemütlichkeit und Menschenliebe bis zu Tränen rühren!

Folgt Herr *Goeden* von *Krotoszyn*, ein Deutschpole vom reinsten Wasser. Nach ihm tritt Herr *Senff* von *Inowroclaw* auf, ein schönes Musterbild eines Netzbruders, an dem kein Falsch ist, der sich gegen den Ausschußantrag hatte einschreiben lassen und der dafür sprach, so daß ein Redner gegen den Antrag um seine Reihenfolge für das Wort geprellt war.

Die Art und Weise, wie die Herren Netzbrüder hier auftreten, ist die possierlichste Komödie von der Welt und zeigt abermals, wozu ein echter Preuße fähig ist. Wir alle wissen, die profitwütigen jüdisch-preußischen Winkelmänner aus Posen bekämpften die Polen in der innigsten Harmonie mit der Bürokratie, mit dem k[öniglich]-preußischen Offizierskorps und mit der märkischen und pommerschen Junkerschaft, kurz mit allem, was reaktionär, was altpreußisch war. Der Verrat an Polen war die erste Schilderhebung der Kontrerevolution, und niemand war kontrerevolutionärer als gerade die Herren Netzbrüder.

Und nun sehe man diese preußenwütigen Schulmeister und Beamten mit Gott für König und Vaterland[267] hier in Frankfurt, wie sie ihren kontrerevolutionären Verrat an der polnischen Demokratie für eine Revolution, für eine wirkliche und echte Revolution im Namen der souveränen Netzbrüderschaft erklären, wie sie das historische Recht mit Füßen treten und über der angeblichen Leiche Polens ausrufen: Nur der Lebende hat recht![275]

Aber so ist der Preuße: An der Spree von Gottes Gnaden, an der Warta souveränes Volk; an der Spree Pöbelaufruhr, an der Warta Revolution; an der Spree historisches Recht, „das keinen Datum nicht hat"[1], an der Warta Recht der lebendigen Tatsache, die von gestern datiert – und trotz alledem ohne Falsch, ehrlich und brav im treuen preußischen Herzen!

Hören wir den Herrn Goeden.

„Zum zweiten Male sollen wir eine Sache verteidigen, die von solcher Bedeutsamkeit, von solcher Folgewichtigkeit für unser Vaterland ist, daß, hätte sie sich nicht in sich selber als eine durchaus rechtliche für uns herausgearbeitet (!), sie *notwendig dazu gemacht werden müßte* (!!). Unser Recht hat weniger in der Vergangenheit als in den *heißen Pulsschlägen*" (und namentlich den Kolbenschlägen) „der *Gegenwart* seine Wurzeln."

„Der polnische Bauer und Bürger fühlte sich durch die" (preußische) „Besitzergreifung in einen solchen Zustand der Sicherheit und des Wohlseins versetzt, wie er ihn nie gekannt hatte." (Namentlich seit den polnisch-preußischen Kriegen und den Teilungen Polens nicht.)

„Der Bruch der Gerechtigkeit, der in der Teilung Polens liegt, ist durch die Humanität Ihres" (des deutschen) „Volks" (und besonders durch die Stockprügel der preußischen Beamten), „durch seinen Fleiß" (auf geraubtem und verschenktem polnischem Grundeigentum), „und im April dieses Jahres auch durch sein *Blut* vollständig gesühnt worden!"

Das Blut des Herrn Goeden von Krotoszyn!

„Die *Revolution* ist unser Recht, und kraft derselben sind wir hier!"

[1] Ausspruch Lichnowskis; siehe vorl. Band, S. 351

„Die Beweistitel unsrer rechtmäßigen Einverleibung in Deutschland bestehen nun nicht in vergilbten Pergamenten, wir sind nicht angeheiratet, nicht angeerbt, nicht durch Kauf oder Tausch erworben worden; wir sind Deutsche und gehören unserem Vaterlande an, weil uns ein vernünftiger, rechtlicher, *ein souveräner Wille* dazu treibt, ein Wille, der bedingt ist durch unsre geographische Lage, unsre Sprache und Sitte, unsre Zahl (!), unsern Besitz, vor allem aber durch unsre deutsche Gesinnung und unsre Liebe zum Vaterlande."

„Unsre Rechte sind so sichere, so tief im *modernen Weltbewußtsein* ruhende, daß nicht einmal ein deutsches Herz dazu gehört, sie anerkennen zu müssen!"

Es lebe der im modernen Weltbewußtsein beruhende, auf die Schrapnell-Revolution gestützte, in den heißen Pulsschlägen der standrechtlichen Gegenwart wurzelnde souveräne Wille der preußisch-jüdischen Netzbrüderschaft! Es lebe das Deutschtum der posenschen Bürokratengehälter, des Kirchen- und Starosteigüterraubs und der Geldvorschüsse à la Flottwell!

Nach dem deklamatorischen Ritter der höheren Berechtigung kommt der unverschämte Netzbruder. Für den Herrn Senff von Inowroclaw ist selbst der Stenzelsche Antrag noch zu höflich gegen die Polen, und daher schlägt er eine etwas gröbere Fassung vor. Mit derselben Stirn, mit der er sich unter diesem Vorwand als Redner gegen den Antrag einschreiben ließ, erklärte er, es sei ein himmelschreiendes Unrecht, die Posener von der Abstimmung auszuschließen:

„Ich glaube, daß die Posener Abgeordneten *erst recht* dazu berufen seien mitzustimmen, denn es handelt sich gerade um die wichtigsten Rechte derjenigen, die uns hergeschickt haben."

Herr Senff geht dann auf die Geschichte Polens seit der ersten Teilung ein und bereicherte sie mit einer Reihe absichtlicher Fälschungen und schreiender Unwahrheiten, wovor Herr Stenzel als der beklagenswerteste Stümper dasteht. Alles Erträgliche, was in Posen existiert, verdankt seinen Ursprung der preußischen Regierung und den Netzbrüdern.

„Das Großherzogtum Warschau entstand. An die Stelle der preußischen Beamten traten polnische, und im Jahre 1814 war kaum noch eine Spur dessen zu bemerken, was die preußische Regierung für diese Provinzen Gutes getan hatte."

Herr Senff hat recht. Weder von der Leibeigenschaft, noch von den etatsmäßigen Zahlungen polnischer Distrikte an preußische Bildungsanstalten, z.B. für die Universität Halle, noch von den Erpressungen und Brutalitäten preußischer, des Polnischen unkundiger Beamten war „noch eine Spur zu bemerken". Aber noch war Polen nicht verloren[268], denn Preußen kam von Rußlands Gnaden wieder in Flor, und Posen kam wieder an Preußen.

„Von da ab erneuerten sich die Bestrebungen der preußischen Regierung, gerichtet auf Verbesserung der Verhältnisse der Provinz Posen."

Wer darüber etwas Näheres wissen will, der lese die Flottwellsche Denkschrift von 1841 nach. Bis 1830 geschah durch die Regierung gar *nichts*. Flottwell fand nur *vier* Meilen Chaussee im ganzen Großherzogtum vor! Und sollen wir die Flottwellschen Wohltaten aufzählen? Herr Flottwell, ein schlauer Bürokrat, suchte die Polen durch Chausseebauten, Schiffbarmachungen von Flüssen, Trockenlegungen von Sümpfen etc. etc. zu bestechen; aber nicht mit dem Gelde der preuß[ischen] Regierung, sondern *mit ihrem eignen Gelde* bestach er sie. Alle jene Verbesserungen geschahen hauptsächlich aus Privat- oder Kreismitteln; und wenn die Regierung hie und da einige Gelder zuschoß, so war das nur der kleinste Teil der Summen, die sie an Steuern und am Ertrag der polnischen National- und Kirchendomänen aus der Provinz zog. Ferner verdanken die Polen dem Herrn Flottwell nicht nur das Fortbestehen der Suspendierung der Wahl der Landräte durch die Kreise (seit 1826), sondern speziell noch die langsame Expropriation der polnischen Gutsbesitzer durch die Regierungsaufkäufe subhastierter Rittergüter, die nur an gutgesinnte Deutsche wieder verkauft wurden (Kabinettsordre von 1833). Eine schließliche Wohltat der Flottwellschen Verwaltung war die Verbesserung des Schulwesens. Aber diese war wieder eine Verpreußungsmaßregel. Die höheren Schulen sollten die jungen Adligen und zukünftigen katholischen Geistlichen, die niederen sollten die Bauern durch preußische Lehrer verpreußen. Wie es mit den Bildungsanstalten gemeint war, hat der Bromberger Regierungspräsident, Herr Wallach, in einer unbewachten Aufwallung verraten; er schreibt an den Oberpräsidenten Herrn Beurmann, die *polnische Sprache* sei ein *Haupthindernis* der Verbreitung von Bildung und Wohlstand unter der ländlichen Bevölkerung! Allerdings ganz richtig, wenn der Schulmeister kein Polnisch versteht. – Wer übrigens diese Schulen bezahlte, das waren wieder die Polen selbst, denn 1. wurden die meisten und wichtigsten, aber nicht gerade der Verpreußung dienenden Institute aus Privatbeiträgen oder von den Provinzialständen gegründet und dotiert, und 2. wurden selbst die Verpreußungsschulen von den Einkünften der am 31. März 1833 säkularisierten Klöster erhalten, und die Staatskasse bewilligte nur 21 000 Taler jährlich auf zehn Jahre. – Im übrigen gesteht Herr Flottwell zu, daß alle Reformen von den Polen selbst ausgegangen. Daß die größten Wohltaten der preußischen Regierung in der Einziehung bedeutender Renten und Steuern und in der Verwendung der jungen Leute für den preußischen Kriegsdienst bestanden, verschweigt Herr Flottwell nicht minder als Herr Senff.

Kurz, die sämtlichen Wohltaten der preußischen Regierung reduzieren sich auf die Versorgung von preußischen Unteroffizieren im Posenschen, sei es als Exerziermeister, Schulmeister, Gendarmen oder Steuereintreiber.

Auf die weiteren grundlosen Verdächtigungen der Polen sowie auf die falschen statistischen Angaben des Herrn Senff können wir weiter nicht eingehen. Genug, Herr Senff spricht bloß, um die Polen bei der Versammlung gehässig zu machen.

Es folgt Herr *Robert Blum*. Wie gewöhnlich hält er einen sogenannten *gediegenen* Vortrag, d.h. einen Vortrag, der mehr Gesinnung als Gründe und mehr Deklamation als Gesinnung enthält, und der übrigens als Deklamatorium – wir müssen es gestehen – keinen größeren Effekt macht als das moderne Weltbewußtsein des Herrn Goeden von Krotoszyn. Polen, der Wall gegen nordische Barbarei – – wenn die Polen Laster haben, so ist das die Schuld ihrer[1] Unterdrücker – – der alte Gagern erklärt die Teilung Polens für den Alp, der auf unserer Zeit laste – – die Polen lieben ihr Vaterland warm, und wir könnten ein Beispiel dran nehmen – – Gefahren, die von Rußland drohen – – – – wenn nun in Paris die rote Republik siegte und Polen mit Gewalt der Waffen befreien wollte, wie dann, meine Herren? – Seien wir unparteiisch usw. usw.

Es tut uns leid für Herrn Blum, aber wenn man alle diese schönen Sachen ihres deklamatorischen Flitters beraubt, so bleibt nichts übrig als die allertrivialste Kannegießerei, wenn auch – was wir gern zugeben – Kannegießerei auf großem Fuß und in erhabener Arbeit. Selbst wenn Herr Blum meint, die Nationalversammlung müsse in Schleswig, Böhmen, Welschtirol, den russischen Ostseeprovinzen und dem Elsaß konsequenterweise nach demselben Prinzip verfahren wie in Posen, so ist das ein Grund, der nur berechtigt ist gegenüber den gedankenlosen Nationalitätslügen und der bequemen Inkonsequenz der Majorität. Und wenn er meint, nur mit einem schon existierenden Polen könne Deutschland anständigerweise wegen Posens verhandeln, so werden wir ihm das nicht leugnen, aber doch bemerken, daß dieser einzige triftige Grund in seiner Rede schon hundertmal und viel besser von den Polen selbst entwickelt ist, während er bei Herrn Blum als stumpfer rhetorischer Pfeil mit „Mäßigung und schonender Milde" auf die verhärtete Brust der Majorität fruchtlos abgeschossen wird.

Herr Blum hat recht, wenn er sagt, Schrapnells sind keine Gründe, aber er hat unrecht – und er weiß es –, wenn er sich unparteiisch auf einen „gemäßigten" höhern Standpunkt stellt. Mag Herr Blum über die Polenfrage

[1] In der „Neuen Rheinischen Zeitung": seiner

nicht im klaren sein, das ist seine eigne Schuld. Aber daß er 1. glaubt, bei der Majorität durchzusetzen, auch nur daß sie von der Zentralgewalt Bericht einverlange, und 2. daß er sich einbildet, durch den Bericht dieser Zentralgewaltsminister, die sich bei Gelegenheit des 6. August so schmählich vor den preußischen Souveränetätsgelüsten gebeugt haben[276] – durch den Bericht dieser Minister werde er auch nur das geringste gewinnen, das ist schlimm für Herrn Blum. Will man auf der „entschiednen Linken" sitzen, so ist das erste Erfordernis, daß man alle schonende Milde beiseite legt und daß man darauf verzichtet, irgend etwas, sei es auch noch so gering, bei der Majorität durchzusetzen.

Überhaupt ergeht sich in der Polenfrage, wie immer, fast die ganze Linke[46] in Deklamationen oder gar in phantastischen Schwärmereien, ohne auf das tatsächliche Material, auf den praktischen Inhalt der Frage auch nur im entferntesten einzugehn. Und doch war gerade hier das Material so reichhaltig, die Tatsachen so schlagend. Dazu gehört freilich, daß man die Frage studiert, und das kann man sich natürlich sparen, wenn man einmal durch das Fegefeuer der Wahl passiert und keinem Menschen weiter verantwortlich ist.

Auf die wenigen Ausnahmen kommen wir im Verlauf der Debatte zurück. Morgen ein Wörtchen mit Herrn Wilhelm Jordan, der keine Ausnahme ist, sondern diesmal im buchstäblichen Sinne, und aus Gründen, mit dem großen Haufen läuft.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 86 vom 26. August 1848]

** *Köln*, 25. August. Endlich verlassen wir, gottlob, die platte Sandebene der alltäglichen Kannegießerei, um die erhabenern Alpenpartien der großen Debatte zu betreten! Endlich besteigen wir jenen wolkenteilenden Gipfel, wo die Adler horsten, wo der Mensch dem Göttlichen Aug ins Auge blickt, von wo er verächtlich herabsieht auf das kleine Gewürm, das tief, tief unten sich mit den wenigen Argumenten des gewöhnlichen Menschenverstandes herumschlägt! Endlich, nach den Scharmützeln eines Blum mit einem Stenzel, einem Goeden, einem Senff von Inowroclaw, eröffnet sich die große Schlacht, in der ariostische Helden mit den Lanzensplittern ihres Geistes das Blachfeld übersäen!

Die Reihen der Kämpfer eröffnen sich ehrfurchtsvoll, und mit geschwungenem Schwert sprengt vor Herr *Wilhelm Jordan* von Berlin.

Wer ist Herr Wilhelm Jordan von Berlin?

Herr Wilhelm Jordan von Berlin war zur Zeit der Blüte deutschen Literatentums Literat in Königsberg. Man hielt halberlaubte Versammlungen

auf dem Böttchershöfchen; Herr Wilhelm Jordan ging hin, las ein Gedicht vor: „Der Schiffer und sein Gott", und wurde ausgewiesen.

Herr Wilhelm Jordan von Berlin ging nach Berlin. Dort hielt man Studentenversammlungen. Herr Wilhelm Jordan las ein Gedicht vor: „Der Schiffer und sein Gott", und wurde ausgewiesen.

Herr Wilhelm Jordan von Berlin ging nach Leipzig. Dort waren ebenfalls irgendwelche unschuldige Zusammenkünfte. Herr Wilhelm Jordan las ein Gedicht vor: „Der Schiffer und sein Gott", und wurde ausgewiesen.

Herr Wilhelm Jordan gab ferner mehrere Schriften heraus: Ein Gedicht „Glocke und Kanone"; eine Sammlung litauischer Volkslieder, darunter auch eigenes Fabrikat, namentlich selbstverfaßte Polenlieder; Übersetzungen von George Sand; eine Zeitschrift, die unbegreifliche „begriffene Welt"[277] usw. im Dienst des rühmlichst bekannten Herrn Otto Wigand, der es noch nicht so weit gebracht hat wie sein französisches Original, Herr Pagnerre; ferner eine Übersetzung von Lelewels „Histoire de Pologne" mit polenschwärmender Vorrede usw.

Die Revolution kam. En un lugar de la Mancha, cuyo nombre no quiero acordarme[1] – in einem Ort der deutschen Mancha, der Mark Brandenburg, wo die Don Quixoten wachsen, einem Ort, auf dessen Namen ich mich nicht besinnen mag, präsentierte sich Herr Wilhelm Jordan von Berlin als Kandidat für die deutsche Nationalversammlung. Die Bauern des Kreises waren gemütlich-konstitutionell. Herr Wilhelm Jordan hielt mehrere eindringliche Reden, voll der konstitutionellsten Gemütlichkeit Die entzückten Bauern wählten den großen Mann zum Deputierten. Kaum in Frankfurt angekommen, setzt sich der edle Unverantwortliche auf die „entschiedene" Linke und stimmt mit den Republikanern. Die Bauern, die in ihrer Eigenschaft als Wahlmänner diesen parlamentarischen Don Quixote gezeugt hatten, senden ihm ein Mißtrauensvotum, erinnern ihn an seine Versprechungen, rufen ihn zurück. Aber Herr Wilhelm Jordan hält sich an sein Wort ebensowenig gebunden wie ein König und fährt fort, bei jeder Gelegenheit seine „Glocke und Kanone" in der Versammlung ertönen zu lassen.

Jedesmal, wenn Herr Wilhelm Jordan auf die Kanzel der Paulskirche trat, hat er im Grunde nur ein Gedicht vorgelesen: „Der Schiffer und sein Gott", – womit jedoch nicht gesagt ist, daß er damit verdient hätte, ausgewiesen zu werden.

Hören wir das letzte Glockengeläute und den neuesten Kanonendonner des großen Wilhelm Jordan über Polen.

[1] In einem Flecken des Ländchens la Mancha, an dessen Namen ich mich nicht erinnern mag (Anfangsworte des Romans „Don Quijote" von Cervantes)

„Vielmehr glaube ich, daß wir uns erheben müssen auf den *weltgeschichtlichen Standpunkt*, auf dem die Posener Angelegenheit zu untersuchen ist in ihrer Bedeutung als Episode des großen polnischen Dramas."

Mit einem Ruck hebt uns der gewaltige Herr Wilhelm Jordan weit über die Wolken, auf den schneebedeckten, himmelanstrebenden Chimborazo des „weltgeschichtlichen Standpunkts" und eröffnet uns die unermeßlichste Aussicht.

Vorab aber ergeht er sich noch einen Augenblick auf dem alltäglichen Gebiet der „speziellen" Beratung, und zwar mit vielem Glück. Einige Proben:

„Später kam er" (der Netzdistrikt) „durch den Vertrag von Warschau" (d.h. die erste Teilung) „an Preußen und ist seitdem bei Preußen geblieben, wenn man von der kurzen Zwischenexistenz des Herzogtums Warschau absehen will."

Herr Jordan spricht hier vom Netzdistrikt im *Gegensatz* zum übrigen Posen. Er, der Ritter des welthistorischen Standpunkts, der Kenner polnischer Geschichte, der Übersetzer Lelewels, welcher Quelle folgt er hier? Keiner andern, als der Rede des Herrn Senff von Inowroclaw! Er folgt ihr so sehr, daß er sogar ganz vergißt, wie auch der übrige, großpolnische Teil von Posen 1794 „an Preußen kam und seitdem, wenn man von der kurzen Zwischenexistenz des Herzogtums Warschau absehen will, bei Preußen geblieben ist". Aber davon hatte der Netzbruder Senff nicht gesprochen, und daher weiß [es] der „weltgeschichtliche Standpunkt" nicht anders, als daß der Regierungsbezirk Posen erst 1815 „an Preußen kam".

„Ferner sind die Westkreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt seit *urdenklicher* Zeit, wie Sie schon aus den *Namen* dieser Städte entnehmen können, in der überwiegenden Mehrzahl ihrer Bewohner deutsch gewesen."

Und der Kreis Miedzychod, Herr Jordan, war „seit urdenklicher Zeit", wie Sie schon aus dem Namen entnehmen können, in der überwiegenden Mehrzahl seiner Bewohner „polnisch", nicht wahr, Herr Jordan?

Der Kreis Miedzychod ist aber kein anderer als der Kreis Birnbaum. Die Stadt heißt auf polnisch Miedzychod.

Welch eine Stütze werden diese etymologischen Reunionskammern[271] des „weltgeschichtlichen Standpunktes" der „begriffenen Welt" erst an dem christlich-germanischen Herrn *Leo* finden! Davon nicht zu sprechen, daß Mailand, Lüttich, Genf, Kopenhagen, „wie Sie schon aus den Namen entnehmen, seit urdenklicher Zeit deutsch" sind; ersieht der „weltgeschichtliche Standpunkt" nicht auch „schon aus den Namen" die urdenkliche Deutschheit von Haimons-Eichicht, Welsch-Leyden, Jenau und Kaltenfelde? Der weltgeschichtliche Standpunkt wird freilich verlegen sein, diese

urdenklichen deutschen Namen auf der Karte zu finden, und er verdankte es bloß dem Herrn Leo, der sie selbst fabriziert hat, wenn er erfährt, daß darunter Le Quesnoi, Lyon, Genua und Campo Freddo gemeint sind.

Was wird der weltgeschichtliche Standpunkt sagen, wenn die Franzosen nächstens Cologne, Coblence, Mayence und Francfort[1] als urdenklich französisches Land reklamieren, und dann wehe dem welthistorischen Standpunkt!

Doch verweilen wir nicht länger bei diesen petites misères de la vie humaine[2], die auch schon Größeren passiert sind. Folgen wir Herrn Wilhelm Jordan von Berlin in die höheren Regionen seines Fluges. Da heißt es von den Polen, man habe sie „desto mehr lieb, je weiter man von ihnen entfernt ist und je weniger man sie kennt, und desto weniger, je näher man ihnen rückt", und daher beruhe „diese Zuneigung nicht sowohl auf einem wirklichen Vorzuge des polnischen Charakters, als auf einem gewissen *kosmopolitischen Idealismus*".

Wie aber wird es der weltgeschichtliche Standpunkt erklären, daß die Völker der Erde ein anderes Volk, weder wenn man sich „von ihm entfernt", noch wenn man ihm „näher rückt", „lieb haben", daß sie mit einer seltnen Übereinstimmung dies Volk verachten, exploitieren, verspotten und mit Füßen treten? Dies Volk sind die *Deutschen.*

Der weltgeschichtliche Standpunkt wird sagen, dies beruhe auf einem „*kosmopolitischen Materialismus*", und damit ist er gerettet.

Aber unbekümmert um solche kleinen Einwände, schwingt der weltgeschichtliche Aar seine Fittiche immer kühner, immer höher, bis er endlich im reinen Äther der an-und-für-sich-seienden Idee in folgenden heroisch-weltgeschichtlich-hegelschen Hymnus ausbricht:

„Mag man immerhin der Geschichte recht geben, die auf ihrem von der Notwendigkeit vorgezeichneten Gange ein Volkstum, das nicht mehr stark genug ist, sich zu erhalten unter ebenbürtigen Nationen, mit ehernem Fuße stets unerbittlich zertritt, so wäre es doch unmenschlich und barbarisch, sich gegen alle Teilnahme zu verschließen beim Anblick der langen Passion eines solchen Volks, und ich bin weit entfernt von solcher Gefühllosigkeit." (Gott wird's Euch nicht unbelohnt lassen, edler Jordan!) „Ein andres aber ist es, ergriffen zu sein von einem Trauerspiel, und ein andres, dies Trauerspiel gleichsam rückgängig machen zu wollen. Eben nur die eiserne Notwendigkeit, welcher der Held unterliegt, macht sein Geschick zur *wahren Tragödie,* und in den Gang dieses Schicksals eingreifen, aus menschlicher Teilnahme das umrollende Rad der Geschichte aufhalten und noch einmal zurückdrehen zu wollen, das

[1] französische Namen für Köln, Koblenz, Mainz und Frankfurt – [2] kleinen Mißgeschicken des irdischen Lebens

hieße sich selbst der Gefahr preisgeben, von ihm zermalmt zu werden. Polen bloß deswegen herstellen zu wollen, weil sein Untergang mit gerechter Trauer erfüllt – das nenne ich eine schwachsinnige Sentimentalität!"

Welche Gedankenfülle! Welch eine Tiefe der Weisheit! Welche schwunghafte Sprache! So spricht der weltgeschichtliche Standpunkt, wenn er seine stenographierten Reden nachträglich verbessert hat.

Die Polen haben die Wahl: Wollen sie eine „wahre Tragödie" spielen, dann müssen sie demütig unter dem ehernen Fuß und dem umrollenden Rad der Geschichte sich zerreiben lassen und zu Nikolaus sprechen: Herr, dein Wille geschehe! Oder wollen sie rebellieren und versuchen, ob sie nicht auch einmal ihren Unterdrückern den „ehernen Fuß der Geschichte" auf den Nacken setzen können, dann spielen sie keine „wahre Tragödie", und Herr Wilhelm Jordan von Berlin kann sich nicht mehr für sie interessieren. So spricht der vom Professor Rosenkranz ästhetisch gebildete weltgeschichtliche Standpunkt.

Worin lag die unerbittliche, die eiserne Notwendigkeit, die Polen momentan vernichtete? In dem Verfall der auf der Leibeigenschaft beruhenden Adelsdemokratie, d.h. im Aufkommen einer großen Aristokratie *innerhalb* des Adels. Das war ein Fortschritt, insofern es der einzige Weg war, aus dem überlebten Zustand der Adelsdemokratie herauszukommen. Was war die Folge davon? Daß der eherne Fuß der Geschichte, d.h. daß die drei Autokraten des Ostens Polen erdrückten. Die Aristokratie war zum Bund mit dem Ausland gezwungen, um mit der Adelsdemokratie fertig zu werden. Die polnische Aristokratie blieb bis vor kurzem, ja teilweise bis heute, der redliche Bundesgenosse der Erdrücker Polens.

Und worin liegt die unerbittliche, die eherne Notwendigkeit, daß Polen sich wieder befreit? Darin, daß die Herrschaft der Aristokratie in Polen, die seit 1815 wenigstens in Posen und Galizien, und selbst teilweise in Russisch-Polen nicht aufgehört hat, heute ebenso überlebt und untergraben ist wie 1772 die Demokratie des kleinen Adels; darin, daß die Herstellung der agrarischen Demokratie für Polen nicht nur eine politische, sondern auch eine gesellschaftliche Lebensfrage geworden ist; darin, daß die Existenzquelle des polnischen Volks, der Ackerbau, zugrunde geht, wenn der leibeigene oder robotpflichtige Bauer nicht freier Grundbesitzer wird; darin, daß die agrarische Revolution unmöglich ist ohne die gleichzeitige Eroberung der nationalen Existenz, des Besitzes der Ostseeküste und der Mündungen der polnischen Flüsse.

Und das nennt Herr Jordan von Berlin das umrollende Rad der Geschichte aufhalten und noch einmal zurückdrehen wollen!

Allerdings, das alte Polen der *Adels*demokratie ist längst tot und begraben, und die „wahre Tragödie“ dieses Polens rückgängig zu machen, kann nur Herr Jordan jemanden zumuten; aber dieser „Held“ des Trauerspiels hat einen robusten Sohn gezeugt, vor dessen näherer Bekanntschaft es allerdings manchem geckenhaften Berliner Literaten grausen mag; und dieser Sohn, der sich erst anschickt, *sein* Drama aufzuführen und Hand zu legen an das „umrollende Rad der Geschichte“, dem aber der Sieg gewiß ist – dieser Sohn ist das Polen der *Bauern*demokratie.

Etwas abgenutzter belletristischer Pomp, etwas nachaffektierte Weltverachtung – die bei Hegel eine Kühnheit war, bei Herrn Jordan eine wohlfeile plattgetretene Albernheit wird – kurz, etwas Glocke und etwas Kanone, Schall und Rauch[278] in schlechte Sätze gebracht, und dazu eine namenlose Verwirrung und Unwissenheit über die gewöhnlichen geschichtlichen Verhältnisse – darauf reduziert sich der ganze weltgeschichtliche Standpunkt!

Es lebe der weltgeschichtliche Standpunkt mit seiner begriffenen Welt!

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 90 vom 31. August 1848]

** *Köln*, 26. August. Der zweite Schlachttag bietet ein noch großartigeres Bild als der erste. Freilich fehlt uns ein Wilhelm Jordan von Berlin, dessen Lippen die Herzen aller Hörer fesseln; aber bescheiden wir uns: ein Radowitz, ein Wartensleben, ein Kerst und ein Rodomont-Lichnowski[279] sind auch nicht zu verachten.

Herr *Radowitz* besteigt zuerst die Tribüne. Der Chef der Rechten spricht kurz, bestimmt, berechnet. Nicht mehr Deklamation, als gerade nötig. Falsche Voraussetzungen, aber zusammengedrängte raschfolgende Schlüsse aus diesen Voraussetzungen. Appell an die *Furcht* der Rechten. Kaltblütige Gewißheit des Erfolgs, fußend auf der Feigheit der Majorität. Gründliche Verachtung der ganzen Versammlung, rechts wie links. Das sind die Grundzüge der kurzen Rede, die Herr Radowitz gehalten hat, und wir begreifen sehr wohl den Effekt, den diese eiskalten und prunklosen wenigen Worte in einer Versammlung machen mußten, die die pomphaftesten und hohlsten rhetorischen Übungen zu hören gewohnt ist. Herr Wilhelm Jordan von Berlin würde glücklich sein, wenn er mit all seiner „begriffenen“ und unbegriffenen Bilderwelt nur den zehnten Teil des Effekts hervorgebracht hätte, wie Herr Radowitz mit seiner kurzen und im Grunde auch ganz gehaltlosen Rede.

Herr Radowitz ist kein „Charakter“, kein gesinnungstüchtiger Biedermann, aber er ist eine Figur mit scharfen, bestimmten Umrissen, von dem man nur eine Rede zu lesen braucht, um ihn vollständig zu kennen.

Wir haben nie nach der Ehre gegeizt, ein Organ irgendeiner parlamentarischen Linken zu sein. Wir haben es bei den vielfachen verschiedenen Elementen, aus denen sich die demokratische Partei in Deutschland gebildet hat, im Gegenteil für dringend nötig gehalten, niemanden schärfer zu überwachen als gerade die Demokraten. Und bei dem Mangel an Energie, an Entschiedenheit, an Talent und an Kenntnissen, der uns mit sehr wenigen Ausnahmen bei den Führern aller Parteien gegenübertritt, muß es uns freuen, in Herrn Radowitz wenigstens einen ebenbürtigen *Gegner* zu finden.

Nach Herrn Radowitz Herr Schuselka. Trotz aller vorher[ge]gangenen Warnungen dennoch ein rührender Appell ans Herz. Unendlich breiter Vortrag, unterbrochen durch seltene historische Einwände und hie und da durch etwas östreichischen praktischen Verstand. Im ganzen ist der Eindruck ermattend.

Herr Schuselka ist nach Wien gegangen, wohin er auch in den Reichstag gewählt wurde. Dort ist er an seinem Platze. Wenn er in Frankfurt auf der Linken saß, gerät er dort ins Zentrum; wenn er in Frankfurt eine gewisse Rolle spielen konnte, macht er in Wien mit der ersten Rede Fiasko. Das ist das Schicksal aller dieser belletristischen, philosophischen und kannegießernden Größen, die die Revolution nur dazu benutzt haben, sich Positionen zu verschaffen; setzt sie einen Augenblick auf wirklich revolutionären Boden, und im Nu sind sie verschwunden.

Es folgt der ci-devant[1] Graf *v. Wartensleben.* Herr Wartensleben tritt als behäbiger, von Wohlwollen überfließender Biedermann auf, erzählt Anekdoten über seinen Zug als Landwehrmann an die polnische Grenze im Jahre 1830, spielt über in den Sancho Pansa[280], indem er den Polen Sprüchwörter zuruft: Ein Sperling in der Hand sei besser als hundert auf dem Dache, und weiß dabei recht unschuldig die perfide Bemerkung einzuschmuggeln:

„Woher kommt es, daß sich nicht einmal polnische Beamte fanden, welche die Reorganisation in dem abzutretenden Teil übernehmen wollten? Ich fürchte, sie fürchten sich vor sich selbst, sie fühlen, daß sie noch nicht so weit sind, daß sie die Bevölkerung ruhig organisieren könnten, und sie schieben aus diesem Grunde nur vor, daß es die Vaterlandsliebe gegen Polen sei, welche sie verhindere, auch nur den Keim zu legen zu einem fröhlichen Auferstehen!“

Mit andern Worten, die Polen kämpfen seit achtzig Jahren mit Aufopferung ihres Lebens und ihres Vermögens unaufhörlich für eine Sache, die sie selbst für unmöglich und unsinnig halten.

Schließlich ist Herr Wartensleben der Meinung des Herrn Radowitz.

---

[1] ehemalige

Herr Janiszewski aus Posen, Mitglied des Posenschen Nationalkomitees, besteigt die Tribüne.

Die Rede des Herrn Janiszewski ist das erste Stück wirklicher parlamentarischer Beredsamkeit, das von der Tribüne der Paulskirche herab vorgetragen wurde. Endlich einmal hören wir einen Redner, der nicht bloß nach dem Beifall des Saales hascht, der die Sprache der wirklichen, lebendigen Leidenschaft spricht und der eben deshalb einen ganz andern Effekt macht als alle Redner vor ihm. Blums Appell an das Gewissen der Versammlung, Jordans wohlfeiler Bombast, Radowitz' kalte Konsequenz, Schuselkas gemütliche Breite verschwinden gleichmäßig vor diesem Polen, der die Existenz seiner Nation verteidigt und sein gutes Recht zurückfordert. Janiszewski spricht erregt, heftig, aber er deklamiert nicht, er trägt nur die Tatsachen vor mit der gerechten Indignation, in der allein eine richtige Schilderung solcher Tatsachen möglich ist, und die doppelt gerecht ist nach den schamlosen Entstellungen, die in der bisherigen Debatte vorgebracht waren. Seine Rede, die in der Tat den Mittelpunkt der Debatte bildet, widerlegt alle früheren Angriffe auf die Polen, macht alle Fehler der Polenfreunde wieder gut, führt die Debatte auf ihren einzig praktischen und richtigen Boden zurück und schneidet den späteren Rednern der Rechten die volltönendsten Argumente von vornherein ab.

„Ihr habt die Polen verschluckt, verdauen werdet Ihr sie bei Gott nicht!"

Dies schlagende Resumé der Rede Janiszewskis wird bleiben, ebenso wie der Stolz, mit dem er auf all die Betteleien der Polenfreunde erklärt:

„Ich komme nicht als Bettler zu Ihnen, ich komme mit meinem guten Rechte; nicht Sympathien rufe ich an, nur die Gerechtigkeit."

Nach Herrn Janiszewski Herr Direktor Kerst aus Posen. Nach dem Polen, der für die Existenz, für die soziale und politische Freiheit seines Volks kämpft, der nach Posen eingewanderte preußische Schulmeister, der für seinen Gehalt kämpft. Nach der schönen indignierten Leidenschaft des Unterdrückten die platte Unverschämtheit des Bürokraten, der von der Unterdrückung zehrt.

Die Teilung Polens, „die man heute eine Schmach nennt", war seinerzeit „ein *ganz gewöhnliches Ereignis*".

„Das Recht der Völker, sich nach Nationalitäten zu sondern, ist ein nagelneues und nirgends anerkanntes Recht... In der Politik entscheidet nur der *faktische Besitzstand*."

Das sind einige von den Kraftsprüchen, auf die Herr Kerst seine Argumentation basiert. Dann folgen die plumpesten Widersprüche:

„Mit Posen ist ein Strich Landes zu Deutschland gekommen, der allerdings überwiegend polnisch ist" – und nicht lange nachher: „Was den polnischen Teil Posens betrifft, so hat er nicht um den Anschluß an Deutschland gebeten, und soviel ich weiß, sind Sie, meine Herren, nicht gesonnen, diesen Teil wider seinen Willen aufzunehmen!"

Daran knüpfen sich statistische Angaben über die Bevölkerungsverhältnisse – Angaben nach den berühmten netzbrüderlichen Aufnahmen, wonach nur diejenigen für Polen gelten, die kein Deutsch verstehen, und alle diejenigen für Deutsche, die etwas Deutsch radbrechen. Und endlich eine höchst künstliche Kalkulation, worin er nachrechnet, daß bei der Abstimmung des Posener Provinziallandtags die Minorität von 17 gegen 26, die *für* den Anschluß an Deutschland stimmte[227], eigentlich die Majorität war.

„Nach dem Provinzialgesetz wäre allerdings notwendig, daß die Majorität $^2/_3$ sein müßte, wenn sie beschlußfähig sein sollte. Nun ist allerdings 17 nicht voll $^2/_3$ zu 26, aber der Bruchteil, der dazu fehlt, ist so klein, daß er bei einer so ernsten Frage nicht wohl in Betracht kommen kann."!!

Also wenn die Minorität $^2/_3$ von der Majorität ist, so ist sie „nach dem Provinzialgesetz" die Majorität! Das Altpreußentum wird Herrn Kerst krönen für diese Entdeckung. – In der Tat aber steht die Sache so: Um einen *Antrag* zu machen, mußten $^2/_3$ der Stimmen dafür sein. Aufnahme in den Deutschen Bund war ein solcher Antrag. Die Aufnahme war also erst gesetzlich beantragt, wenn $^2/_3$ der Versammlung, $^2/_3$ von 43 Stimmenden dafür stimmten. Statt dessen stimmen fast $^2/_3$ dagegen. Aber was hilft das? 17 sind ja beinahe „$^2/_3$ zu 43"!

Daß die Polen keine so „gebildete" Nation sind wie die Bürger des „Staats der Intelligenz", ist sehr begreiflich, wenn der Staat der Intelligenz ihnen solche Rechenmeister zu Lehrern gibt.

Herr *Clemens* aus Bonn macht die richtige Bemerkung, daß es der preußischen Regierung nicht darauf angekommen sei, Posen zu germanisieren, sondern zu *verpreußen*, und vergleicht mit den Verpreußungsversuchen Posens die ähnlichen Versuche im Rheinlande.

Herr *Ostendorf* von Soest. Der Sohn der roten Erde verliest ein Repertorium von politischen Plattheiten und Kannegießereien, ergeht sich in Möglichkeiten, Wahrscheinlichkeiten und Vermutungen, die vom Hundertsten ins Tausendste gehn, von Herrn Jordan zu den Franzosen, von der roten Republik zu den Rothäuten von Nordamerika, mit denen er die Polen auf eine Stufe stellt, wie die Netzbrüder mit den Yankees. Kühne Parallele, würdig der roten Erde! Herr Kerst, Herr Senff, Herr Goeden als Hinterwäldler mit Blockhaus, Büchse und Schaufel – welche unvergleichliche Komödie!

Herr *Franz Schmidt* von Löwenberg besteigt die Tribüne. Er spricht ruhig und ohne Prunk, was um so mehr anzuerkennen ist, als Herr Schmidt einem Stande angehört, der sonst die Deklamation über alles liebt, dem Stand der deutsch-katholischen Geistlichen. Herr Schmidt, dessen Rede nach der von Janiszewski jedenfalls die beste, weil die schlagendste und sachkundigste in der ganzen Debatte ist, Herr Schmidt weist dem Ausschuß nach, wie hinter seinem scheinbaren Aufwand von Gelehrsamkeit (deren Gehalt wir untersucht haben[1]) die grenzenloseste Unwissenheit über die tatsächlich vorliegenden Verhältnisse versteckt liegt. Herr Schmidt hat jahrelang im Großherzogtum Posen gelebt und weist dem Ausschuß selbst für den kleinen Distrikt, den er genauer kennt, die gröbsten Schnitzer nach. Er zeigt, wie der Ausschuß gerade in allen entscheidenden Punkten die Versammlung ohne Aufklärung gelassen hat, wie er sie geradezu auffordert, ohne irgendein Material, ohne alle Kenntnis der Sache ins Blaue hinein zu beschließen. Er verlangt vor allem Aufklärung über die faktische Lage der Dinge. Er weist nach, wie die Ausschußanträge mit ihren eigenen Voraussetzungen im Widerspruch stehen; er zitiert Flottwells Denkschrift und fordert ihn, der auch als Deputierter gegenwärtig ist, aufzutreten, wenn dies Aktenstück unecht sei. Er denunziert endlich dem Publikum, wie die Netzbrüder zu Gagern gekommen seien und ihn durch die falsche Nachricht von einem in Posen ausgebrochenen Aufstand zum raschen Schluß der Debatte bewegen wollten. Gagern leugnet dies zwar, indes Herr Kerst hat sich dessen laut gerühmt.

Die Majorität hat sich an Herrn Schmidt für diese mutige Rede dadurch gerächt, daß sie für Verfälschung derselben in den stenogr[aphischen] Berichten Sorge getragen hat. An einer Stelle hat Herr Schmidt den hineingeschriebenen Unsinn dreimal selbst korrigiert, und dennoch ist er im Druck stehengeblieben. Trommeln gegen Schlöffel[2], offene Gewalttat gegen Brentano[281], Fälschung gegen Schmidt – in der Tat, die Herren von der Rechten sind feine Kritiker!

Herr Lichnowski schließt die Sitzung. Diesen Freund indes behalten wir uns für den nächsten Artikel vor; einen Redner vom Kaliber des Herrn Lichnowski bricht man nicht übers Knie!

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 91 vom 1. September 1848]

** *Köln*, 31. August. Auf die Tribüne schreitet mit ritterlich-galantem Anstand und selbstgefälligem Lächeln der bel-homme[3] der Versammlung, der deutsche Bayard ohne Furcht und Tadel, der Ex-Fürst (§ 6 der Grund-

[1] Siehe vorl. Band, S. 319–331 – [2] siehe vorl. Band, S. 16 – [3] schöne Mann

rechte[282]) von *Lichnowski*. Mit dem reinsten Akzent des preußischen Lieutenants und mit verächtlicher Nonchalance debitiert er die wenigen Gedankenspäne, die er der Versammlung mitzuteilen hat.

Der schöne Ritter bildet in dieser Debatte ein durchaus notwendiges Moment. Wer an den Herren Goeden, Senff und Kerst sich noch nicht hinlänglich genug davon überzeugt hat, welche achtungswerten Leute die Deutschpolen sind, der kann an dem Ritter Lichnowski sehen, welche unästhetische Erscheinung – trotz der netten Figur – der verpreußte Slawe ist. Herr Lichnowski ist der Stammverwandte der Deutschpolen, er vervollständigt die Akten durch sein bloßes Auftreten auf der Tribüne. Der in den preußischen Krautjunker aufgegangene Slachcic[1] aus der Wasserpolackei liefert uns ein lebendes Exempel von dem, was die liebevolle preußische Regierung aus dem posenschen Adel zu machen gedenkt. Herr Lichnowski ist trotz aller seiner Beteuerungen kein Deutscher, er ist ein „reorganisierter" Pole; er spricht auch kein Deutsch, sondern Preußisch.

Herr *Lichnowski* beginnt mit der Beteuerung seiner ritterlichsten Sympathie für die Polen, er macht Herrn Janiszewski Komplimente, er vindiziert den Polen „die große Poesie des Märtyrertums" und schlägt dann plötzlich um: Warum haben diese Sympathien abgenommen? Weil in allen Insurrektionen und Revolutionen „die Polen in erster Linie auf den Barrikaden waren"! Das ist allerdings ein Verbrechen, das nicht mehr vorkommt, sobald die Polen „reorganisiert" sind; wir können übrigens dem Herrn Lichnowski die beruhigende Versicherung geben, daß auch unter der „polnischen Emigration", auch unter dem nach ihm so tief gesunkenen polnischen Adel in der Verbannung Leute sind, die sich von aller Berührung mit den Barrikaden gänzlich unbefleckt erhielten.

Jetzt folgt eine heitere Szene.

Lichnowski: „Die Herren von der Linken, welche die vergilbten Pergamente mit Füßen treten, haben auf eine auffallende Weise das historische Recht heraufbeschworen. Es gibt kein Recht, ein Datum für die polnische Sache mehr als ein anderes in Anspruch zu nehmen. Für das historische Recht gibt es kein Datum nicht." (Großes Gelächter auf der Linken.)

„Für das historische Recht gibt es keinen Datum nicht." (Großes Gelächter auf der Linken.)

Präsident: „Meine Herren, lassen Sie doch den Redner den Satz ausführen, unterbrechen Sie ihn nicht."

Lichnowski: „Das historische Recht hat keinen Datum nicht." (Gelächter auf der Linken.)

---

[1] polnische Adlige

Präsident: „Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen, ich bitte um Ruhe!" (Unruhe.)

Lichnowski: „Es gibt für das historische Recht keinen Datum" (Bravo und Heiterkeit auf der Linken), „welches einem früheren Datum gegenüber ein größeres Recht vindizieren könnte!"

Hatten wir nicht recht, zu sagen, der edle Ritter spreche kein Deutsch, sondern Preußisch?

Das historische Recht, das keinen Datum nicht hat, findet einen furchtbaren Gegner an unserm edlen Paladin:

„Gehen wir in der Geschichte weiter zurück, so finden wir" (in Posen) „viele Kreise, die schlesisch und deutsch waren; gehen wir noch weiter, kommen wir auf die Zeit, wo Leipzig und Dresden durch Slawen erbaut worden sind, und dann kommen wir auf Tacitus, und Gott weiß, wohin uns die Herren führen würden, wenn wir auf dies Thema eingingen."

Es muß schlimm in der Welt stehen. Die Güter der preußischen Ritterschaft müssen unrettbar verpfändet, die jüdischen Gläubiger müssen furchtbar dringend geworden sein, die Verfalltage der Solawechsel müssen sich überstürzen, Subhastation, Körperhaft, Entlassung aus dem Dienst wegen leichtsinnigen Schuldenmachens, alle diese Schrecken der blassen Finanznot müssen die preußische Ritterschaft mit unaufhaltsamem Ruin bedrohen, ehe es dahin kommen konnte, daß ein Lichnowski dasselbe historische Recht bekämpft, für das er sich in der Tafelrunde des Don Carlos die Rittersporen verdiente![283]

Allerdings, Gott weiß, wohin die Herren Gerichtsvollzieher die magere Ritterschaft[233] führen würden, wenn wir auf das Thema des historischen Schuldenrechts eingehen wollten! Und doch, sind die Schulden nicht die beste, die einzig entschuldigende Eigenschaft der preußischen Paladine?

Auf sein Thema übergehend, meinte der bel-homme, man dürfe den Deutschpolen gegenüber nicht „mit dem unklaren Bilde einer in fernstem Dunkel liegenden Zukunft Polens (!) auftreten"; er meint, die Polen würden sich an Posen nicht genügen lassen:

„Wenn ich die *Ehre* hätte, ein Pole zu sein, dann dächte ich alle Morgen und alle Abend daran, das alte Königreich Polen wiederherzustellen."

Da aber Herr Lichnowski nicht „die Ehre hat", da er nur ein reorganisierter Wasserpolack[284] ist, so denkt er „alle Morgen und alle Abend" an ganz andere, weniger vaterländische Dinge.

„Um ehrlich zu sein, muß ich sagen, einige 100000 Polen müssen Deutsche werden, was, aufrichtig gesagt, auch für sie kein Unglück wäre nach den jetzigen Verhältnissen."

Im Gegenteil, wie schön, wenn die preußische Regierung eine neue Pflanzschule anlegte, um noch mehr von dem Holze wachsen zu lassen, woraus man die Lichnowkis schneidet.

In gleicher liebenswürdig-nonchalanter Weise, die im Grunde für die Damen auf der Galerie berechnet, aber auch für die Versammlung selbst immer noch gut genug ist, plaudert der schnurrbartkräuselnde Ritter noch eine Zeitlang weiter und schließt dann:

„Ich habe nichts mehr zu sagen, beschließen Sie jetzt; nehmen Sie 500 000 Deutsche unter uns auf, oder geben Sie sie weg, ... aber dann streichen Sie auch das Lied unsers alten Volkssängers: ‚So weit die deutsche Zunge klingt, und Gott im Himmel Lieder singt.' Streichen Sie dies Lied!"

Es ist allerdings schlimm, daß der alte Arndt bei seinem Liede[285] nicht an die polnischen Juden und ihr Deutsch gedacht hat. Aber glücklicherweise ist unser oberschlesischer Paladin da. Wer kennt nicht die alten, im Laufe der Jahrhunderte ehrwürdig gewordenen Verpflichtungen des Adels gegen die Juden? Was der alte Plebejer übersah, dessen erinnert sich der Ritter Lichnowski.

So weit ein polnischer Jude deutsch kauderwelscht,
Auf Wucher leiht, Münz und Gewicht verfälscht –

so weit reicht das Vaterland des Herrn Lichnowski!

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 93 vom 3. September 1848]

** *Köln*, 2. September. Der dritte Tag der Debatte zeigt eine allgemeine Ermattung. Die Argumente wiederholen sich, ohne sich zu verbessern, und wenn nicht der erste ehrenwerte Redner, der Bürger *Arnold Ruge*, seinen reichen Schatz neuer Gründe vorbrächte, so wäre der stenographische Bericht vollends zum Einschlafen.

Der Bürger Ruge [kennt] aber auch seine Verdienste besser als sonst irgend jemand. Er verspricht:

„*Alle* meine *Leidenschaft*, die ich habe, und *alle* meine *Kenntnisse*, die ich besitze, will ich anwenden."

Er macht einen Antrag, der aber kein gewöhnlicher, kein Antrag im allgemeinen, sondern der einzig richtige, der *wahre* Antrag, der absolute Antrag ist:

„*Es ist gar nichts anderes zu beantragen und zulässig.* Man kann etwas anderes tun, meine Herren, denn es ist dem Menschen gegeben, vom Richtigen abzuweichen.

Dadurch, daß er vom Richtigen abweicht, dadurch hat der Mensch einen freien Willen ... darum hört aber das Richtige nicht auf, richtig zu sein. Und in unserm Falle ist, was ich beantrage, das *einzig Richtige*, was geschehen kann." (Der Bürger Ruge opfert also diesmal seinen „freien Willen" dem „Richtigen".)

Sehen wir uns die Leidenschaft, die Kenntnisse und das einzig Richtige des Bürgers Ruge näher an.

„Die Aufhebung Polens ist darum ein schmachvolles Unrecht, weil eine wertvolle Entwickelung der Nation unterdrückt wurde, die um die europäische Völkerfamilie sich große Verdienste erworben hat und die eine Phase der mittelalterlichen Existenz, das ritterliche Wesen, zu einer glanzvollen Gestalt entwickelt hatte. Die Adelsrepublik ist unterbrochen worden durch den Despotismus, ihre eigene innerliche (!) Aufhebung zu vollziehen, die möglich gewesen wäre durch die Verfassung, welche in der Revolutionszeit angebahnt wurde."

Die südfranzösische Nationalität war im Mittelalter mit der nordfranzösischen nicht verwandter, als die polnische es jetzt mit der russischen ist. Die südfranzösische, vulgo provenzalische Nation hatte im Mittelalter nicht nur eine „wertvolle Entwickelung", sie stand sogar an der Spitze der europäischen Entwickelung. Sie hatte zuerst von allen neueren Nationen eine gebildete Sprache. Ihre Dichtkunst diente sämtlichen romanischen Völkern, ja den Deutschen und Engländern zum damals unerreichten Vorbild. In Ausbildung der feudalen Ritterlichkeit wetteiferte sie mit den Castilianern, Nordfranzosen und englischen Normannen; in der Industrie und dem Handel gab sie den Italienern nichts nach. Nicht nur „eine Phase der mittelalterlichen Existenz" entwickelte sie „zur glanzvollen Gestalt", sie brachte sogar einen Abglanz des alten Hellenentums im tiefsten Mittelalter hervor. Die südfranzösische Nation hat sich also nicht nur große, sondern unendliche „Verdienste um die europäische Völkerfamilie erworben". Dennoch wurde sie, wie Polen, erst geteilt zwischen Nordfrankreich und England und später ganz von den Nordfranzosen unterjocht. Von den Albigenserkriegen[286] bis auf Ludwig XI. führten die Nordfranzosen, die in der Bildung ebensosehr hinter ihren südlichen Nachbarn zurückstanden wie die Russen hinter den Polen, ununterbrochene Unterjochungskriege gegen die Südfranzosen und endigten mit der Unterwerfung des ganzen Landes. Die südfranzösische „Adelsrepublik" (die Benennung ist ganz richtig für die Blütezeit) „ist unterbrochen worden durch den Despotismus" (Ludwig XI.), „ihre eigene innerliche Aufhebung zu vollziehen", die wenigstens ebenso möglich gewesen wäre durch die Entwickelung der Bürgerschaft der Städte, wie die der polnischen durch die Verfassung von 1791.[273]

Jahrhundertelang kämpften die Südfranzosen gegen ihre Unterdrücker an. Aber die geschichtliche Entwickelung war unerbittlich. Nach dreihundert-

jährigem Kampf war ihre schöne Sprache zum Patois herabgedrängt, und sie selbst waren Franzosen geworden. Dreihundert Jahre dauerte der nordfranzösische Despotismus über Südfrankreich, und dann erst machten die Nordfranzosen ihre Unterdrückung wieder gut – durch die Vernichtung der letzten Reste südfranzösischer Selbständigkeit. Die Konstituante zerschlug die unabhängigen Provinzen, die eiserne Faust des Konvents machte die Bewohner des südlichen Frankreichs erst zu *Franzosen* und gab ihnen zur Entschädigung für ihre Nationalität die Demokratie. Aber während der dreihundert Jahre der Unterdrückung paßt wörtlich auf sie, was der Bürger Ruge von den Polen sagt:

„Der Despotismus Rußlands hat die Polen nicht befreit, die Zerstörung des polnischen Adels und die Verbannung so vieler edlen Familien aus Polen, das alles hat in Rußland keine Demokratie, keine humane Existenz gegründet."

Und dennoch hat man nie die Unterdrückung Südfrankreichs durch die Nordfranzosen „ein schmachvolles Unrecht" genannt. Wie kommt das, Bürger Ruge? Entweder ist die Unterdrückung Südfrankreichs ein schmachvolles Unrecht, oder die Unterdrückung Polens ist kein schmachvolles Unrecht. Der Bürger Ruge möge wählen.

Worin liegt aber nun der Unterschied zwischen den Polen und den Südfranzosen? Warum wurde Südfrankreich bis zur völligen Vernichtung seiner Nationalität von den Nordfranzosen als hülfloser Ballast ins Schlepptau genommen, während Polen alle Aussicht hat, sehr bald an der Spitze aller slawischen Stämme zu stehen?

Südfrankreich wurde – infolge von sozialen Verhältnissen, die wir hier nicht weiter entwickeln können – der reaktionäre Teil von Frankreich. Seine Opposition gegen Nordfrankreich wurde sehr bald zur Opposition gegen die progressiven Klassen des ganzen Frankreichs. Es wurde der Hauptrückhalt des Feudalismus und ist bis heute die Stärke der Kontrerevolution von Frankreich geblieben.

Polen dagegen wurde, infolge von sozialen Verhältnissen, die wir oben (Nr. 81)[1] entwickelt haben, der revolutionäre Teil von Rußland, Östreich und Preußen. Seine Opposition gegen seine Unterdrücker war zugleich die Opposition gegen die hohe Aristokratie in Polen selbst. Sogar der Adel, der zum Teil noch auf feudalem Boden stand, schloß sich mit einer beispiellosen Aufopferung der demokratisch-agrarischen Revolution an. Polen war schon der Herd der osteuropäischen Demokratie geworden, als Deutschland noch in

[1] Siehe vorl. Band, S. 331–335

der plattesten konstitutionellen und der überschwenglichsten philosophischen Ideologie umhertappte.

Darin, und nicht in der glanzvollen Entwickelung des längst begrabnen ritterlichen Wesens, liegt die Garantie, die Unvermeidlichkeit der Wiederherstellung Polens.

Aber Herr Ruge hat noch ein zweites Argument für die Notwendigkeit eines unabhängigen Polens in der „europäischen Völkerfamilie":

„Die Gewalt, die an Polen verübt worden ist, diese Gewalt hat die Polen in ganz Europa zerstreut, sie sind überall hingeworfen worden mit ihrem Zorn über das erlittene Unrecht ... der polnische Geist hat sich in Frankreich, in Deutschland (!?) humanisiert und geläutert: Die polnische Emigration ist die *Propaganda der Freiheit* geworden" (Nr. 1). „... Die Slawen sind fähig geworden, in die große europäische Völkerfamilie" (die „Familie" ist unvermeidlich!) „einzutreten, weil ... ihre Emigration ein wahres *Apostelamt der Freiheit* ausübt" (Nr. 2). „... Die ganze russische Armee (!!) ist von den Ideen der Neuzeit infiziert durch diese *Apostel der Freiheit*, die Polen" (Nr. 3). „... Ich achte die ehrenhafte Gesinnung der Polen, die sie überall in Europa an den Tag gelegt haben, um mit Gewalt *Propaganda* zu machen für die *Freiheit*" (Nr. 4). „... Sie werden, solange die Geschichte reden kann, in derselben dafür geehrt werden, daß sie die *Vorkämpfer* waren" (Nr. 5), „*wo sie es gewesen sind* (!!!) ... Die Polen sind das *Element der Freiheit*" (Nr. 6), „das in das Slawentum geworfen wurde; sie haben den Slawenkongreß in Prag zur *Freiheit angeführt*" (Nr. 7), „sie haben in Frankreich, Rußland und Deutschland gewirkt. Die Polen sind also ein wirkendes Element auch noch in der jetzigen Bildung, sie wirken gut, und weil sie gut wirken, weil sie notwendig sind, sind sie keineswegs tot."

Der Bürger Ruge soll beweisen, daß die Polen 1. notwendig und 2. nicht tot sind. Er tut dies, indem er sagt: „Weil sie notwendig sind, sind sie keineswegs tot."

Man nehme aus dem obigen langen Passus, der siebenmal dasselbe sagt, die paar Worte heraus: Polen – Element – Freiheit – Propaganda – Bildung – Apostelamt, und man sehe, was von dem ganzen Bombast übrigbleibt.

Der Bürger Ruge soll beweisen, daß die Wiederherstellung Polens notwendig ist. Dies beweist er wie folgt: Die Polen sind nicht tot, sie sind im Gegenteil sehr lebendig, sie wirken gut, sie sind die Apostel der Freiheit in ganz Europa. Wie kommen sie dazu? Die Gewalt, das schmachvolle Unrecht, das an ihnen verübt, hat sie über ganz Europa zerstreut mit ihrem Zorn über das erlittene Unrecht, ihrem gerechten revolutionären Zorn. Diesen Zorn haben sie in der Verbannung „geläutert", und dieser geläuterte Zorn befähigte sie zum Apostolat der Freiheit und stellte sie „zuvörderst auf die Barrikaden". Was folgt daraus? Nehmt das schmachvolle Unrecht, die verübte Gewalt hinweg, stellt Polen wieder her, so fällt der „Zorn" fort, so kann er

nicht mehr geläutert werden, so gehen die Polen nach Hause und hören auf, die „Apostel der Freiheit" zu sein. Wenn nur der „Zorn über das erlittene Unrecht" sie zu Revolutionären macht, so wird die Hinwegnahme des Unrechts sie zu Reaktionären machen. Ist der Gegendruck gegen die Unterdrückung das Einzige, was die Polen am Leben erhält, so hebt die Unterdrückung auf, und sie sind tot.

Bürger Ruge beweist also das gerade Gegenteil von dem, was er beweisen will; seine Gründe führen dahin, daß Polen im Interesse der Freiheit und der europäischen Völkerfamilie *nicht wiederhergestellt* werden darf.

Es wirft übrigens ein sonderbares Licht auf die „Kenntnisse" des Bürgers Ruge, daß er bei Polen nur die Emigration erwähnt, nur die Emigration auf den Barrikaden sieht. Wir sind weit entfernt, der polnischen Emigration, die ihre Energie und ihren Mut auf dem Schlachtfeld und in achtzehn Jahren Konspiration für Polen bewiesen, zu nahe treten zu wollen. Aber wir können es nicht leugnen: Wer die polnische Emigration kennt, der weiß, daß sie lange nicht so freiheitsapostolisch und barrikadensüchtig war, als der Bürger Ruge dem Exfürsten Lichnowski in gutem Glauben nachschwatzt. Die polnische Emigration hat standhaft ausgehalten, hat viel gelitten und viel gearbeitet für die Herstellung Polens. Aber haben die Polen in Polen selbst etwa weniger getan, haben sie nicht größeren Gefahren getrotzt, setzten sie sich nicht den Kerkern von Moabit und dem Spielberg[1], der Knute und den sibirischen Bergwerken, den galizischen Metzeleien und den preußischen Schrapnells aus? Aber alles das existiert für Herrn Ruge nicht. Er hat ebensowenig bemerkt, wie die nichtemigrierten Polen viel mehr die allgemeine europäische Bildung in sich aufgenommen, viel besser die Bedürfnisse Polens, das sie fortwährend bewohnten, erkannt haben, als mit Ausnahme von Lelewel und Mieroslawski fast die gesamte Emigration. Der Bürger Ruge schiebt alle Intelligenz, die in Polen existiert, oder, um seine Sprache zu reden, die „unter die Polen und über die Polen gekommen ist", auf ihren Aufenthalt im Ausland. Wir haben in Nr. [81][2] nachgewiesen, daß die Polen die Erkenntnis der Bedürfnisse ihres Landes weder bei den französischen politischen Schwärmern, die seit Februar an ihren eigenen Phrasen gescheitert sind, noch bei den deutschen tiefsinnigen Ideologen, die noch keine Gelegenheit zum Scheitern finden konnten, zu suchen brauchten; daß Polen selbst die beste Schule war, um zu lernen, was Polen not tut. Das Verdienst der Polen besteht darin, die agrarische Demokratie als die einzig mögliche Form der Befreiung für alle slawischen Nationen zuerst erkannt und verbreitet, nicht aber darin, wie der

[1] Berg mit Zitadelle bei Brünn – [2] siehe vorl. Band, S. 331–335

Bürger Ruge sich einbildet, allgemeine Phrasen, wie „den großen Gedanken der politischen Freiheit, der in Frankreich reif wurde, und selbst (!) die Philosophie, die in Deutschland aufgetaucht" (und in der Herr Ruge untergetaucht) „ist, nach Polen und Rußland hinübergetragen zu haben".

Gott bewahre uns vor unsern Freunden, vor unsern Feinden werden wir uns selbst wahren! – können die Polen nach dieser Rede des Bürgers Ruge ausrufen. Aber es ist von jeher das größte Unglück der Polen gewesen, von ihren nichtpolnischen Freunden mit den schlechtesten Gründen von der Welt verteidigt zu werden.

Es spricht sehr für die Frankfurter Linke[46], daß sie mit wenig Ausnahmen von der Polenrede des Bürgers Ruge vollkommen entzückt war, von einer Rede, in der es heißt:

„Wir wollen uns nicht darüber entzweien, meine Herren, ob wir die demokratische Monarchie, die demokratisierte Monarchie (!) oder die reine Demokratie meinen, *im ganzen wollen wir dasselbe*, die Freiheit, die Volksfreiheit, die Herrschaft des Volks!"

Und wir sollen uns für eine Linke begeistern, die davon hingerissen wird, wenn man sagt, sie wolle im „ganzen dasselbe" wie die Rechte, wie Herr Radowitz, Herr Lichnowski, Herr Vincke und die übrige fette oder magere Ritterschaft? für eine Linke, die sich selbst vor Entzücken nicht mehr kennt, die alles vergißt, sobald sie so ein paar hohle Schlagworte hört wie „Volksfreiheit" und „Herrschaft des Volks"?

Doch lassen wir die Linke und kehren wir zum Bürger Ruge zurück.

„Noch ist keine größere Revolution über den Erdball hingegangen als die Revolution von 1848."

„Sie ist die humanste in ihren Prinzipien" – weil diese Prinzipien aus der Vertuschung der entgegengesetztesten Interessen entstanden sind.

„Die humanste in ihren Dekreten und Proklamationen" – weil diese ein Kompendium der philanthropischen Schwärmereien und sentimentalen Brüderlichkeitsphrasen aller Hohlköpfe von Europa sind.

„Die humanste in ihrer Existenz" – nämlich in den Metzeleien und Barbareien von Posen, in den Mordbrennereien Radetzkys, in den kannibalischen Grausamkeiten der Pariser Junisieger, in den Schlächtereien von Krakau und Prag, in der allgemeinen Herrschaft der Soldateska, kurz, in all den Infamien, welche heute, am 1. September 1848, die „Existenz" dieser Revolution ausmachen und mehr Blut in vier Monaten gekostet haben als 1793 und 1794 zusammen.

Der „humane" Bürger Ruge!

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 96 vom 7. September 1848]

** *Köln*, 6. September. Wir haben den „humanen" Bürger Ruge auf dem Wege seiner geschichtlichen Untersuchungen über die Notwendigkeit Polens verfolgt. Bisher hat der Bürger Ruge von der schlechten Vergangenheit, von der Zeit des Despotismus gesprochen, er hat die *Ereignisse* der *Unvernunft* redigiert; jetzt kommt er zur Gegenwart, zum glorreichen Jahr 1848, zur Revolution, jetzt betritt er heimischen Boden, jetzt redigiert er die „*Vernunft* der Ereignisse"[287].

„Wie kann die Freilassung Polens geschehen? Sie kann durch Verträge geschehen, an welchen die beiden großen zivilisierten Nationen Europas teilnehmen, die mit Deutschland, dem befreiten Deutschland, zusammen notwendig eine neue Tripelallianz *darum* bilden müssen, weil sie dasselbe denken und *im ganzen* dasselbe wollen."

Da haben wir in *einem* kühnen Satz die ganze Vernunft der Ereignisse für die auswärtige Politik. Allianz zwischen Deutschland, Frankreich und England, die alle drei „dasselbe denken und im ganzen dasselbe wollen", neuer Rütlibund[288] zwischen den modernen drei Schweizern Cavaignac, Leiningen und John Russell! Allerdings sind Frankreich und Deutschland mit Gottes Hülfe inzwischen wieder so weit rückwärts gekommen, daß ihre Regierungen über allgemeine politische Prinzipien ziemlich „dasselbe denken" wie das offizielle England, jener unerschütterte kontrerevolutionäre Fels im Meer.

Aber die Länder „denken" nicht nur dasselbe, sie „wollen auch im ganzen dasselbe". Deutschland will Schleswig, und England will es ihm nicht überlassen; Deutschland will Schutzzölle, und England will Handelsfreiheit; Deutschland will Einheit, und England wünscht ihm Zersplitterung; Deutschland will selbständig sein, und England strebt darnach, es industriell zu unterjochen – aber was tut das? „Im ganzen" wollen sie doch „dasselbe"! Und Frankreich, Frankreich erläßt Zollgesetze gegen Deutschland, sein Minister Bastide moquiert sich über den Schulmeister Raumer, der dort Deutschland vertritt – also will es offenbar „im ganzen dasselbe" wie Deutschland! In der Tat, England und Frankreich beweisen aufs schlagendste, daß sie dasselbe wollen wie Deutschland, indem sie es, England wegen Schleswigs, Frankreich wegen der Lombardei, mit Krieg bedrohen!

Der Bürger Ruge hat die ideologische Naivetät, zu glauben, Nationen, denen gewisse politische Vorstellungen gemeinsam seien, würden schon deshalb eine Allianz eingehen. Der Bürger Ruge hat überhaupt nur zwei Farben

auf seiner politischen Palette: schwarz und weiß, Sklaverei und Freiheit. Die Welt teilt sich für ihn in zwei große Hälften: in zivilisierte Nationen und Barbaren, in Freie und in Knechte. Die Grenzlinie der Freiheit, die vor sechs Monaten jenseits des Rheines lag, fällt jetzt mit der russischen Grenze zusammen, und diesen Fortschritt nennt man die Revolution von 1848. In dieser wüsten Gestalt spiegelt sich die gegenwärtige Bewegung im Kopfe des Bürgers Ruge wider. Das ist die pommersche Übersetzung[289] des Barrikadenschlachtrufs vom Februar und März.

Übersetzen wir aus dem Pommerschen ins Deutsche zurück, so stellt sich heraus, daß die drei zivilisierten Nationen, die drei freien Völker, diejenigen sind, bei denen in verschiedenen Formen und Entwicklungsstufen die Bourgeoisie herrscht, während die „Sklaven und Knechte" die Völker sind, die unter der Herrschaft des patriarchalisch-feudalen Absolutismus stehen. Unter Freiheit versteht der farouche[1] Republikaner und Demokrat Arnold Ruge den ganz gewöhnlichen „seichten" Liberalismus, die Herrschaft der Bourgeoisie, allenfalls mit etwas scheindemokratischen Formen – das des Pudels Kern![290]

Weil in Frankreich, England und Deutschland die Bourgeoisie herrscht, darum sind sie natürliche Alliierte, so räsoniert der Bürger Ruge. Und wenn die materiellen Interessen der drei Länder einander schnurstracks entgegenlaufen, wenn Handelsfreiheit mit Deutschland und Frankreich eine unumgängliche Lebensbedingung für die englische, wenn Schutzzölle gegen England eine unumgängliche Lebensbedingung für die französische und deutsche Bourgeoisie sind, wenn ähnliche Verhältnisse in vieler Hinsicht wieder zwischen Deutschland und Frankreich stattfinden, wenn diese Tripelallianz in der Praxis auf die industrielle Unterjochung Frankreichs und Deutschlands hinausliefe? – „bornierter Egoismus, schäbige Krämerseelen", brummt der pommersche Denker Ruge in seinen blonden Bart.

Herr Jordan hat in seiner Rede von der tragischen Ironie der Weltgeschichte gesprochen. Der Bürger Ruge liefert ein schlagendes Exempel davon. Er, sowie die ganze mehr oder weniger ideologische Linke, sieht seine teuersten Lieblingsschwärmereien, seine höchsten Gedankenefforts[2] scheitern an der Klasse, deren Repräsentant er ist. Sein philanthropisch-kosmopolitisches Projekt scheitert an den schäbigen Krämerseelen, und er muß gerade, ohne es selbst zu wissen und zu wollen, diese Krämerseelen in mehr oder weniger ideologisch-verdrehter Weise vertreten. Der Ideologe denkt und der Krämer lenkt. Tragische Ironie der Weltgeschichte!

[1] wilde – [2] Gedankenanstrengungen

Der Bürger Ruge entwickelt nun, wie Frankreich „gesagt hat, die Verträge von 1815 sind zwar zerrissen, allein es wolle den Territorialbestand anerkennen, wie er gegenwärtig ist". „Dies ist sehr richtig[1]", denn was bisher niemand in dem Manifest Lamartines gesucht hat, das findet der Bürger Ruge darin: Es ist die Grundlage eines neuen Völkerrechts. Dies wird folgendermaßen entwickelt:

„Aus diesem Verhältnis mit Frankreich muß das neue *historische* (!) Recht" (Nr. 1) „hervorgehen. Das historische Recht ist das *Recht* der *Völker*" (! Nr. 2). „Es ist in dem Fall, wovon wir sprechen (?), das neue *Völkerrecht*" (! Nr. 3). „Das ist die allein richtige Auffassung des *historischen Rechts*" (! Nr. 4). „Jede andere Auffassung des *historischen Rechts*" (! Nr. 5) „ist absurd. Es gibt kein anderes *Völkerrecht*" (! Nr. 6). „Das *historische Recht*" (Nr. 7) „ist das Recht" (endlich!), „welches die *Historie herbeiführt* und die *Zeit sanktioniert*, indem sie" (wer?) „die bisherigen Verträge aufhebt, zerreißt und neue an ihre Stelle setzt."

Mit *einem* Wort: Das historische Recht ist – die Redaktion der Vernunft der Ereignisse![287]

So steht geschrieben buchstäblich in der Apostelgeschichte der deutschen Einheit, in den stenogr[aphischen] Berichten von Frankfurt, pag. 1186, erste Spalte. Und man beschwert sich, daß die „Neue Rheinische Zeitung" Herrn Ruge durch Ausrufungszeichen kritisiert! Aber natürlich, bei diesem schwindelnden Wirbeltanz von historischem Recht und Völkerrecht mußte der biedermännischen Linken Hören und Sehen vergehen, und sie mußte in Bewunderung aufgehen, als der Philosoph von Pommern ihr mit apodiktischer Gewißheit in die Ohren rief: „Das historische Recht ist das Recht, welches die Historie herbeiführt und die Zeit sanktioniert" usw.

Die „Historie" hat ja stets das gerade Gegenteil von dem „herbeigeführt", was die „Zeit sanktioniert" hatte, und die Sanktion der „Zeit" bestand immer gerade darin, daß sie das umstieß, was die „Historie herbeigeführt" hatte.

Jetzt stellt der Bürger Ruge den „einzig richtigen und zulässigen" Antrag:

„Die Zentralgewalt zu beauftragen, in Gemeinschaft mit England und Frankreich einen Kongreß zur Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Polens, bei welchem alle beteiligten Mächte durch Gesandte zugezogen werden, einzuleiten."

Welche braven, biedermännischen Gesinnungen! Lord John Russell und Eugen Cavaignac sollen Polen wiederherstellen; die englische und französische Bourgeoisie sollen Rußland mit einem Kriege drohen, um die Freiheit Polens zu erzwingen, an der ihnen in diesem Augenblick vollends gar nichts liegt! In dieser

[1] Im stenogr. Bericht: wichtig

Zeit der allgemeinen Verwirrung und Verwicklung, wo jede beruhigende Nachricht, die die Kurse ein Achtel Prozent steigen macht, durch sechs störende Schläge wieder vereitelt wird, die Industrie mit dem langsamen Bankerutt kämpft, wo der Handel stockt, wo das unbeschäftigte Proletariat mit unerschwinglichen Geldsummen unterstützt werden muß, um nicht in einen allgemeinen, letzten Verzweiflungskampf hineingejagt zu werden – da sollen die Bourgeois der drei zivilisierten Nationen noch eine neue Schwierigkeit schaffen? Und welche Schwierigkeit! Einen Krieg mit Rußland, das seit Februar der intimste Bundesgenosse Englands ist! Einen Krieg mit Rußland, einen Krieg, der, wie jedermann weiß, der Sturz der deutschen und französischen Bourgeoisie wäre! Und um welche Vorteile zu erlangen? Gar keine. In der Tat, das ist mehr als pommersche Naivetät!

Aber der Bürger Ruge schwört darauf, daß die „friedliche Lösung" der polnischen Frage möglich sei. Immer besser! Und warum? Weil es sich jetzt darum handelt:

> „Was die Wiener Verträge *wollen*, muß jetzt realisiert und wirklich ausgeführt werden... Die Wiener Verträge, sie wollten das Recht *aller* Nationen gegen die *große* Nation der Franzosen, ... wollten die Wiederherstellung der deutschen Nation."

Jetzt erklärt es sich, weshalb Herr Ruge „im ganzen dasselbe will" wie die Rechte. Die Rechte will auch die Ausführung der Wiener Verträge[266].

Die Wiener Verträge sind das Resumé des großen Siegs des reaktionären Europa über das revolutionäre Frankreich. Sie sind die klassische Form, in der die europäische Reaktion unter der Restaurationszeit 15 Jahre herrschte. Sie stellen die Legitimität, das Königtum von Gottes Gnaden, den Feudaladel, die Pfaffenherrschaft, die patriarchalische Gesetzgebung und Verwaltung wieder her. Da aber der Sieg erkämpft war mit Hülfe der englischen, deutschen, italienischen, spanischen und namentlich der französischen *Bourgeoisie*, so mußten der Bourgeoisie ebenfalls Konzessionen gemacht werden. Während Fürsten, Adel, Pfaffen und Bürokraten nun die fetten Bissen der Beute unter sich teilten, wurde die Bourgeoisie mit Wechseln auf die Zukunft abgespeist, die nie honoriert wurden und die niemand beabsichtigte zu honorieren. Und statt den wirklichen, praktischen Inhalt der Wiener Verträge zu betrachten, glaubt Herr Ruge, diese leeren Versprechungen seien der eigentliche Inhalt derselben, während die reaktionäre Praxis nur mißbräuchlich hineingedeutet sei!

In der Tat, man muß merkwürdig gutmütiger Natur sein, um nach 33 Jahren, nach den Revolutionen von 1830 und 1848 noch an die Auszahlung dieser Wechsel zu glauben, um sich einzubilden, daß die sentimentalen Phrasen,

in welche die Wiener Scheinversprechungen gehüllt sind, noch im Jahre 1848 irgendeinen Sinn haben!

Der Bürger Ruge als Don Quixote der Wiener Verträge!

Schließlich enthüllt der Bürger Ruge der Versammlung das tiefe Geheimnis: Die Revolutionen von 1848 seien bloß dadurch hervorgerufen, daß man 1846 in Krakau die Verträge von 1815 gebrochen.[45] Zur Warnung für alle Despoten!

Kurzum, der Bürger Ruge hat sich, seit wir ihm zuletzt auf literarischem Felde begegneten, in keinem Punkte verändert. Es sind noch immer dieselben Phrasen, die er einstudiert und wiederholt hat, seitdem er bei den „Hallischen" und „Deutschen Jahrbüchern"[291] den Portier der deutschen Philosophie vorstellte; noch immer dieselbe Wirrnis, dasselbe Tohuwabohu der Anschauung, derselbe Mangel an Gedanken; dasselbe Talent, die hohlköpfigsten und widersinnigsten Gedanken in pomphafter Form vorzutragen; derselbe Mangel an „Kenntnissen", und namentlich dieselben Ansprüche auf den Beifall des deutschen Philisters, der so etwas in seinem Leben noch nicht gehört hat.

Hiermit schließen wir unser Resumé der Polendebatte. Auf Herrn Löw aus Posen und die andern großen Geister, die noch folgen, einzugehen, wäre zu viel verlangt.

Die ganze Debatte hinterläßt einen wehmütigen Eindruck. So viel lange Reden und so wenig Inhalt, so wenig Bekanntschaft mit dem Gegenstande, so wenig Talent! Die schlechteste Debatte der ehemaligen oder jetzigen französischen Kammer oder des englischen Unterhauses enthält mehr Geist, mehr Sachkenntnis, mehr wirklichen Inhalt als dies dreitägige Gespräch über einen der interessantesten Gegenstände der modernen Politik. Es war *alles* daraus zu machen, und die Nationalversammlung hat reine Kannegießerei darüber gemacht.

In der Tat, eine Versammlung wie diese hat noch nie und nirgends gesessen!

Die Beschlüsse sind bekannt. Man hat $^3/_4$ von Posen erobert; man hat sie erobert weder durch Gewalt noch durch „deutschen Fleiß", noch durch den „Pflug", sondern durch Kannegießerei, erlogene Statistik und furchtsame Beschlüsse.

„Ihr habt die Polen verschluckt, verdauen werdet Ihr sie bei Gott nicht!"

Geschrieben von Friedrich Engels.

Das deutsche Reichsbürgerrecht und die preußische Polizei

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 73 vom 12. August 1848]

* *Köln*, 11. August. Man weiß, wie die preußische Armee am 6. August der deutschen Einheit gehuldigt hat.[276] Die *preußische Polizei* darf nicht zurückbleiben hinter der preußischen Armee. Nie gab es für sie mehr *deutsche Ausländer* oder *ausländische Deutsche* in Preußen, als seitdem zu Frankfurt eine unteilbare deutsche Nationalversammlung, ein deutscher Reichsverweser und ein deutsches Reichsministerium tagen.

Herr *Geiger*, kommissarischer Polizeidirektor, dessen Thronbesteigung wir ahnungsvoll vorher begrüßten, scheint speziellen Befehl erhalten zu haben, Köln von deutschen *Ausländern* zu säubern und nur preußische *Untertanen* in den Mauern der alten Reichsstadt zu dulden. Verfährt er konsequent, wer wird das Heimatrecht retten außer der Polizei, der Armee, der Bürokratie und den Mutterländern? Herr Geiger selbst wird unter diesen *„letzten Mohikanern"* nicht vermißt werden.

Über die Konflikte zwischen dem Redakteur en chef der „Neuen Rheinischen Zeitung", *Karl Marx*, und der preußischen Untertanenschaft werden wir später berichten.[1] Heute handelt es sich um den Mitarbeiter und Korrektor der „Neuen Rheinischen Zeitung" – Herrn *Karl Schapper*.

Herr Schapper hatte für heute morgen eine Einladung zu seinem respektiven Polizeikommissär erhalten. Der Herr Polizeikommissär eröffnete ihm, daß er nach einem Reskript des Herrn Geiger schon morgen als Ausländer Köln und den preußischen Staat zu räumen habe. Der Herr Kommissär teilte zugleich mit, daß er aus Höflichkeit den Termin auf acht Tage verlängere.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 382–385

Herr Schapper ist nicht nur Deutscher, sondern außerdem *Nassauer* und mit einem nassauischen Passe in optima forma[1] versehen. Herr Schapper bewohnt Köln mit seiner Frau und drei Kindern. Sein Verbrechen besteht darin, Mitglied der demokratischen Gesellschaft und des Arbeitervereins und Korrektor der „Neuen Rheinischen Zeitung" zu sein – allerdings drei Verbrechen auf einmal.

„*Jeder Deutsche hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht*" – heißt der erste schon votierte Paragraph der deutschen Grundrechte.[292] Herr Geiger scheint dies dahin zu verstehn, daß jeder Deutsche das Recht hat, aus 37 deutschen Staaten ausgewiesen zu werden. Neben der Gesetzgebung der Nationalversammlung die Gesetzgebung Geiger!

Herrn *Hansemann* aber, dem Minister der Tat, geben wir einen Rat: Deputierte mag er konstablern lassen, soviel ihm wohldünkt, aber mit der Presse ist nicht zu spielen. Das Buch der bürgerlichen Vergangenheit kann sie entsiegeln und –

Will der Herr Graf ein Tänzchen wagen,
So mag er's sagen,
Ich spiel' ihm auf![293] –

mögen noch so viele *Geiger* mit ihrer *Violine* drohen[2].

[1] bester Form – [2] Wortspiel: Geiger – kommissarischer Polizeidirektor in Köln; Violine – abgeleitet von dem französischen Wort „violon", das sowohl „Geige" als auch „Gefängnis, Polizeirevier" bedeutet

Der italienische Befreiungskampf und die Ursache seines jetzigen Mißlingens

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 73 vom 12. August 1848]

* Mit der nämlichen Schnelligkeit, als die Östreicher im März aus der Lombardei hinausgeschlagen wurden, sind sie jetzt triumphierend zurückgekehrt und bereits in Mailand eingezogen.

Das italienische Volk hat es an keinem Opfer fehlen lassen. Mit Gut und Blut stand es bereit, das angefangene Werk zu Ende zu führen und seine nationale Selbständigkeit zu erkämpfen.

Allein dem Mute, der Begeisterung, der Aufopferungsfähigkeit entsprachen nirgends diejenigen, welche am Ruder standen. Offen oder geheim taten sie alles, nicht um die in ihre Hände gelegten Mittel zur Befreiung von der brutalen Tyrannei Östreichs zu verwenden, sondern um die Volkskraft zu lähmen und die alten Zustände ihrem Wesen nach baldmöglichst zurückzuführen.

Der Papst[1], von der östreichisch-jesuitischen Politik täglich mehr bearbeitet und gewonnen, legte dem Ministerium Mamiani alle Hindernisse in den Weg, die ihm in Verbindung mit den „Schwarzen" und den „Schwarz-Gelben"[294] zu Gebote standen. Das Ministerium selbst hielt sehr patriotische Reden vor beiden Kammern, besaß aber nicht die nötige Energie, um seinen guten Willen zur Tat zu machen.

In Toskana trat die Regierung zwar mit schönen Worten, aber mit noch weniger Taten hervor. Allein, der Hauptfeind der italienischen Freiheit unter den einheimischen Fürsten war und ist Karl Albert. Die Italiener hätten stündlich den Spruch wiederholen und beachten sollen: „Der Himmel beschütze uns vor unsern Freunden, vor unsern Feinden werden wir uns schon selber schützen!" Den Bourbonen Ferdinand brauchten sie nur wenig zu

---

[1] Pius IX.

fürchten; er war längst demaskiert. Dagegen ließ sich Karl Albert als „la spada d'Italia" (das Schwert Italiens) überall Loblieder singen und als den Helden preisen, dessen Degenspitze für Italiens Freiheit und Selbständigkeit die sicherste Garantie biete.

Seine Emissäre gingen aus nach allen Orten Oberitaliens und schilderten ihn als den einzigen Mann, der das Vaterland retten könne und werde. Damit er dies könne, sei freilich die Bildung eines oberitalischen Königreichs notwendig. Erst dadurch werde ihm die nicht bloß zum Widerstande gegen Östreich, sondern zum Hinauswerfen desselben aus Italien erforderliche Macht in die Hände gelegt. Der Ehrgeiz, der ihn früher zur Verbindung mit den Carbonaris[295] vermocht, die er später verriet, dieser Ehrgeiz war stärker als je erwacht und ließ ihn von einer Machtfülle und Herrlichkeit träumen, vor denen der Glanz aller übrigen Fürsten Italiens sehr bald erbleichen müßte. Die ganze Volksbewegung des Jahres 1848 glaubte er zum Besten seiner kläglichen Person konfiszieren zu können. Von Haß und Mißtrauen gegen alle wahrhaft liberalen Männer erfüllt, umgab er sich mit Leuten, die mehr oder weniger dem Absolutismus ergeben und zur Förderung des königlichen Ehrgeizes geneigt waren. Er stellte an die Spitze des Heeres solche Generale, deren geistiges Übergewicht oder deren politische Ansichten er nicht zu fürchten hatte, die aber weder das Vertrauen der Soldaten noch das Talent besaßen, welches zur glücklichen Führung des Krieges erfordert wurde. Pomphaft nannte er sich den „Befreier" Italiens, während er den zu Befreienden sein Joch als Bedingung auferlegte. Die Umstände waren ihm günstig wie selten einem Menschen. Seine Gier, recht viel und womöglich alles zu haben, ließ ihn endlich auch das verlieren, was er bereits gewonnen. Solange der Anschluß der Lombardei an Piemont noch nicht völlig entschieden, solange die Möglichkeit einer republikanischen Regierungsform noch vorhanden war, blieb er den Östreichern gegenüber, so schwach sie auch verhältnismäßig zu jener Zeit waren, unbeweglich in seinen Verschanzungen. Er ließ Radetzky, d'Aspre, Welden etc. eine Stadt und Festung nach der andern in den venetianischen Provinzen erobern, er rührte sich nicht. Venedig zeigte sich für ihn erst der Hülfe würdig, als es sich unter seine Krone geflüchtet. So mit Parma und Modena. Inzwischen hatte sich Radetzky verstärkt und alle Maßregeln zum Angriff, und der Unfähigkeit und der Blindheit Karl Alberts und seiner Generale gegenüber, zum entscheidenden Siege getroffen. Der Ausgang ist bekannt. Von nun an können und werden die Italiener ihre Befreiung nicht mehr in die Hände eines Fürsten oder Königs legen; behufs ihrer Rettung müssen sie vielmehr diese „spada d'Italia" als untauglich möglichst schnell ganz beiseite schaffen. Hätten sie das früher getan, den König

und sein System nebst allen Anhängern desselben in Ruhestand versetzt und eine demokratische Union unter sich hergestellt, so befand sich jetzt wahrscheinlich kein Östreicher mehr in Italien. Statt dessen haben sie nicht bloß umsonst alle Leiden eines von ihren Feinden wütend und barbarisch geführten Krieges umsonst erduldet und vergebens die schwersten Opfer gebracht, sondern sie sind auch dem ganzen Rachedurst der metternich-östreichischen Reaktionsmänner und ihrer Soldateska schutzlos preisgegeben. Wer die von Radetzky an die Bewohner der Lombardei, von Welden an die römischen Legationen gerichteten Manifeste überliest, der wird begreifen, daß den Italienern Attila mit seinen Hunnenscharen noch als Engel der Milde erscheinen müßte. Die Reaktion und Restauration ist vollständig. Der Herzog von Modena, „il carnefice" (der Henker) genannt, der den Östreichern 1200000 Gulden zur Kriegsführung vorgestreckt, kehrt ebenfalls zurück. Die Völker haben sich durch ihre Großmut schon so oft ihre eigene Grube gegraben, daß sie endlich klug werden und ein bißchen von ihren Feinden lernen müssen. Die Modenesen ließen den Herzog, der während seiner frühern Regierung Tausende wegen politischer Bestrebungen hatte einkerkern, hängen und erschießen lassen, ruhig seines Weges ziehen. Dafür kehrt er zu ihnen zurück, um mit verdoppelter Lust sein fürstliches Blutamt auszuüben.

Die Reaktion und Restauration ist vollständig. Sie ist es aber nur interimistisch. Der revolutionäre Geist ist zu tief ins Volk gedrungen, als daß man ihn auf die Dauer bemeistern könnte. Mailand, Brescia und andere Orte haben im März gezeigt, was dieser Geist vermag. Das Übermaß der Leiden wird zu einer neuen Erhebung führen. Mit Zurateziehung der bittern Erfahrungen während der letzten Monate wird Italien neue Illusionen zu vermeiden und unter einheitlichem demokratischen Banner seine Selbständigkeit zu sichern wissen.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die „Kölnische Zeitung" über Italien

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 87 vom 27. August 1848]

** *Köln*, 26. August. Wir waren gestern dazu verurteilt, einen Belletristen, den Herrn Wilhelm Jordan von Berlin, vom weltgeschichtlichen Standpunkt herab politisch kannegießern zu hören.[1] Das Schicksal verfolgt uns unerbittlich. Ein ähnliches Los trifft uns heute: Die Haupterrungenschaft des März besteht darin, daß die Belletristen die Politik gepachtet haben.

Herr *Levin Schücking* von Münster, das vierte oder fünfte Rad am Annoncenwagen des Herrn Dumont, hat in der „Kölnischen Zeitung"[104] einen Artikel über „unsere Politik in Italien" erlassen.

Und was sagt „mein Freund Levin mit den Gespensteraugen"?[296]

„Es ist kein *glücklicherer* Augenblick je für Deutschland dagewesen als der jetzige, um seine Politik Italien gegenüber auf eine gesunde, für Jahrhunderte Dauer verheißende Unterlage zu stellen. Wir haben glorreich" (! durch den Verrat Karl Alberts) „den Schimpf abgewaschen, womit unsere Fahnen von einem im Glück leicht übermütigen Volke beschmutzt wurden: An der Spitze eines unübertrefflichen, im Siege und Kampf nicht allein, sondern auch im Dulden und Ausharren bewunderungswürdigen Heeres hat die barba bianca, der *Weißbart*, Deutschlands glorreichen (!?) Doppelaar auf die Zinnen der *empörten* Stadt gepflanzt, wo vor mehr als sechshundert Jahren der kaiserliche *Rotbart* diesselbe Banner fliegen ließ als *Symbol von Deutschlands Hoheit über Italien. Diese Hoheit gehört noch heute uns.*"

So spricht Herr Levin Schücking von der „Kölnischen Zeitung".

Damals, als die Kroaten und Panduren[97] Radetzkys von einem waffenlosen Volk nach fünftägigem Kampf aus Mailand herausgeschlagen wurden[96], damals, als das „bewunderungswürdige Heer", bei Goito gesprengt, sich nach Verona zurückzog – damals schwieg die politische Leier „meines Freundes

[1] Siehe vorl. Band, S. 341 – 346

Levin mit den Gespensteraugen"! Aber seitdem die verstärkte österreichische Armee durch den ebenso feigen wie ungeschickten Verrat Karl Alberts – einen Verrat, den wir unzählige Male vorhergesagt – zu einem unverdienten Siege gekommen, seitdem erscheinen die benachbarten Publizisten wieder auf dem Platz, seitdem trompeten sie von „abgewaschenem Schimpf", seitdem riskieren sie Parallelen zwischen Friedrich Barbarossa und Radetzky Barbabianca, seitdem ist das heldenmütige Mailand, das die ruhmvollste Revolution von ganz 1848 gemacht, nur noch eine „empörte Stadt", seitdem gehört uns Deutschen, denen sonst nie etwas gehört, die „Hoheit über Italien"!

„Unsere Fahnen!" Die schwarzgelben Lappen der Metternichschen Reaktion, die man in Wien mit Füßen tritt – das sind die Fahnen des Herrn Schücking von der „Kölnischen Zeitung"!

„Deutschlands glorreicher Doppelaar!" Dasselbe heraldische Ungeheuer, dem bei Jemappes, bei Fleurus, bei Millesimo, bei Rivoli, bei Neuwied, bei Marengo, bei Hohenlinden, bei Ulm, bei Austerlitz, bei Wagram[297] die bewaffnete Revolution die Federn ausrupfte – das ist der „glorreiche" Cerberus des Herrn Schücking von der „Kölnischen Zeitung"!

Als die Österreicher geschlagen wurden, waren die Österreicher Sonderbündler[298], ja fast Vaterlandsverräter; seit Karl Albert in die Falle gegangen ist, seit sie an den Ticino gerückt sind, sind sie „Deutsche", sind „Wir" es, die das alles vollbracht haben. Wir haben nichts dagegen, daß die „Kölnische Zeitung" die Siege von Volta und Custozza erfochten und Mailand erobert hat[299]; aber sie übernimmt dann auch die Verantwortlichkeit für die ihr sehr wohl bekannten Brutalitäten und Infamien jenes „im Dulden und Ausharren bewundernswerten" Barbarenheeres – gerade wie sie seiner Zeit die Verantwortlichkeit für die galizischen Schlächtereien ebenfalls übernommen hat.

„Diese Hoheit gehört noch heute uns. Italien und Deutschland sind Nationen, um welche die Natur und die Geschichte nun einmal ein Band geschlungen hat, die providentiell zusammengehören, die verwandt sind wie Wissenschaft und Kunst, wie Gedanke und Gefühl."

Wie Herr Brüggemann und Herr Schücking!

Und gerade deswegen haben die Deutschen und die Italiener seit 2000 Jahren sich beständig bekämpft, gerade deswegen haben die Italiener die deutsche Unterdrückung immer wieder abgeschüttelt, gerade deswegen hat deutsches Blut so oft die Straßen von Mailand gerötet, um zu beweisen, daß Deutschland und Italien „providentiell zusammengehören"!

Eben weil Italien und Deutschland „verwandt sind“, haben Radetzky und Welden alle venetianischen Städte in Brand schießen und plündern lassen!

Mein Freund Levin mit den Gespensteraugen verlangt nun, wir sollen die Lombardei bis an die Etsch aufgeben, denn das Volk wolle uns nicht, wenn auch einige arme „Cittadini“ (so sagt der gelehrte Herr Schücking für Contadini, Bauern) die Österreicher jubelnd empfingen. Aber wenn wir uns als „freies Volk“ benehmen, „dann wird es uns gern die Hand bieten, um sich *von uns* auf dem Wege, den es allein nicht gehen kann, auf dem Wege zur Freiheit, leiten zu lassen“.

In der Tat! Italien, das sich Preßfreiheit, Geschworne, Konstitution eroberte, ehe denn Deutschland aus dem faulsten Schlaf erwachte; Italien, das in Palermo die erste Revolution dieses Jahres durchkämpfte; Italien, das in Mailand die „unübertrefflichen“ Österreicher ohne Waffen besiegte – Italien kann den Weg der Freiheit nicht gehen, ohne von Deutschland, das heißt von einem Radetzky, geleitet zu werden! Freilich, wenn eine Frankfurter Versammlung, eine nichtssagende Zentralmacht, 39 Sonderbünde und die „Kölnische Zeitung“ dazu gehören, den Weg zur Freiheit zu wandeln...

Genug. Damit die Italiener sich ja von den Deutschen „zur Freiheit leiten lassen“, behält Herr Schücking Welsch-Tirol und das Venetianische, um damit einen österreichischen Erzherzog zu belehnen, und schickt „2000 Mann süddeutscher Reichstruppen nach Rom, um dem Statthalter Christi in seinem eignen Hause Ruhe zu schaffen“.

Aber leider!

> Franzosen und Russen gehört das Land,
> Das Meer gehört den Briten;
> Wir aber besitzen im Luftreich des Traums
> Die Herrschaft unbestritten.
>
> Dort üben wir die Hegemonie,
> Dort sind wir unzerstückelt;
> Die andern Völker haben sich
> Auf platter Erde entwickelt.[300]

Und dort oben, im Luftreich des Traums, gehört uns auch „die Hoheit über Italien“. Das weiß niemand besser als Herr Schücking. Nachdem er zu Nutz und Frommen des deutschen Reiches diese brave Hoheitspolitik entwickelt hat, schließt er seufzend:

„Eine Politik, welche groß, hochherzig, welche einer Macht wie der des deutschen Reiches würdig, hat ja leider seit je bei uns für phantastisch gegolten, *und so wird es auch wohl noch lange bleiben!*“

Wir empfehlen Herrn Schücking zum Portier und Grenzwächter der deutschen Ehre auf der Höhe des Stilfser Jochs. Von dort herab wird das geharnischte Feuilleton der „Kölnischen Zeitung“ Italien überschauen und wachen, daß von „Deutschlands Hoheit über Italien“ kein Titelchen verlorengeht, und erst dann kann Deutschland ruhig schlafen.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die „Zeitungs-Halle" über die Rheinprovinz

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr.87 vom 27.August 1848]

** *Köln*, 26.August. Die „Berliner Zeitungs-Halle"[112] enthält folgenden Artikel:

„Wir hatten neulich Gelegenheit, davon zu reden, daß eine Zeit gekommen ist, in welcher aus den alten Staatenkörpern mehr und mehr der Geist entweicht, der sie so lange zusammengehalten hat. In betreff Österreichs möchte wohl niemand daran zweifeln; aber auch in Preußen treten von Tage zu Tage immer merklicher Zeichen der Zeit hervor, welche unsere Bemerkung bestätigen und gegen die wir uns nicht blind machen dürfen. Es gibt jetzt nur ein Interesse, welches noch die Provinzen des Staates an den Staat Preußen zu fesseln vermag, das ist das Interesse an der Entwicklung freisinniger Staatseinrichtungen, das Interesse an der gemeinsamen Begründung und wechselseitigen Förderung einer neuen und freien Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das auf dem Wege des politischen und sozialischen Fortschrittes rüstig weiterstrebende Schlesien wird sich schwerlich in Preußen wohl fühlen, wenn nicht Preußen als Staat diesem Interesse vollständig genügt. Von der Provinz Sachsen ist es nur zu bekannt, daß sie dem preußischen Staat stets, seitdem sie ihm einverleibt worden, im Herzen gegrollt hat. Und was die Rheinprovinz anbetrifft, so wird es wohl noch in aller Angedenken sein, mit welchen Drohungen Deputierte derselben vor dem 18.März hier auftraten und den Umschwung der Dinge beschleunigten. Der Geist der Entfremdung wächst in dieser Provinz. Ein Flugblatt ohne Angabe des Druckortes und Druckers, welches jetzt viel verbreitet wird, gibt davon ein neues Zeugnis."

Das Flugblatt, wovon die „Zeitungs-Halle" spricht, wird allen unsern Lesern bekannt sein.

Was uns freuen muß, ist die Einsicht, die endlich unter den Berlinern wenigstens *einen* Repräsentanten findet, daß Berlin weder für Deutschland noch speziell für das Rheinland ein Paris ist. Berlin beginnt einzusehn, daß es uns nicht regieren, daß es sich nicht die Autorität verschaffen kann, die einer Zentralstadt zukommt. Berlin hat seine Inkompetenz in der halben März-

revolution, im Zeughaussturm[76], in der letzten Emeute[301] zur Genüge bewiesen. Zu der Unentschiedenheit, mit der das Berliner Volk auftritt, gesellt sich noch der gänzliche Mangel an Kapazitäten in allen Parteien. In der ganzen Bewegung seit dem Februar ist in Berlin kein einziger aufgestanden, der imstande war, seine Partei zu leiten. Der Geist in dieser Zentralstadt des „Geistes" ist äußerst willig, aber ebenso schwach wie das Fleisch. Selbst ihren Hansemann, ihren Camphausen, ihren Milde mußten sich die Berliner vom Rhein oder von Schlesien holen. Berlin, weit entfernt ein deutsches Paris zu sein, ist nicht einmal ein preußisches Wien. Es ist keine Hauptstadt, es ist eine „Residenz".

Es ist immer anerkennenswert, daß man selbst in Berlin zu der Einsicht kommt, die hier am Rhein längst allgemein verbreitet ist, daß *nur aus dem Zerfall* der deutschen sog. Großmächte die deutsche Einheit hervorgehen kann. Wir haben unsere Ansicht hierüber nie verheimlicht. Wir schwärmen weder für den vergangnen noch für den gegenwärtigen Ruhm Deutschlands, weder für die Freiheitskriege noch für die „glorreichen Siege der deutschen Waffen" in der Lombardei und in Schleswig. Aber wenn je aus Deutschland irgend etwas werden soll, so muß Deutschland sich konzentrieren, es muß nicht nur der Phrase, sondern der Tat nach *ein* Reich werden. Und dazu ist es vorher allerdings nötig, daß es „kein Österreich, kein Preußen mehr"[302] gibt.

„Der Geist" übrigens, der uns mit Altpreußen „so lange zusammengehalten hat", war ein sehr handgreiflicher, plumper Geist; es war der Geist von 15000 Bajonetten und soundso viel Kanonen. Nicht umsonst legte man hier am Rhein eine Soldatenkolonie von Wasserpolacken[284] und Kassuben an. Nicht umsonst steckte man unsre Jugend in die Berliner Garde. Es geschah nicht, um uns mit den übrigen Provinzen zu versöhnen, es geschah, um Provinz auf Provinz zu hetzen, um den Nationalhaß der Deutschen und der Slawen, um den Lokalhaß jedes kleinen deutschen Provinzchens gegen seine sämtlichen Nachbarprovinzen im Interesse der patriarchalisch-feudalen Despotie zu exploitieren. Divide et impera![1]

In der Tat, es ist Zeit, daß die fingierte Rolle, die „die Provinzen", d.h. die uckermärkische und hinterpommersche Junkerschaft durch ihre angstschlotternden Adressen den Berlinern übertragen und die die Berliner eiligst übernommen haben, endlich einmal aufhöre. Berlin ist nicht und wird nie werden der Sitz der Revolution, die Hauptstadt der Demokratie. Nur die vor Bankerott, Schuldarrest und Laternenpfahl bebende Phantasie der märki-

[1] Teile und herrsche!

schen Ritterschaft konnte ihm diese Rolle übertragen, nur die kokettierende Eitelkeit des Berliners konnte darin die Provinzen repräsentiert sehn. Wir erkennen die Märzrevolution an, aber für das, was sie wirklich war, und nicht für mehr. Ihr größter Mangel ist, daß sie die *Berliner* nicht revolutioniert hat.

Die „Zeitungs-Halle“ glaubt, durch freisinnige Institutionen lasse sich der zerfallende preußische Staatskörper zusammenkitten. Im Gegenteil. Je freisinniger die Institutionen, desto freier werden sich die heterogenen Elemente auseinanderscheiden, desto mehr wird sich zeigen, wie notwendiger die Trennung ist, desto mehr wird die Unfähigkeit der Berliner Politiker aller Parteien an den Tag kommen.

Wir wiederholen: Innerhalb *Deutschlands* mit den altpreußischen Provinzen zusammenzubleiben, dagegen hat die Rheinprovinz nichts einzuwenden; aber sie zwingen wollen, ewig innerhalb Preußens, gleichviel ob eines absolutistischen, eines konstitutionellen oder eines demokratischen Preußens zu bleiben, das hieße Deutschlands Einheit unmöglich machen, das hieße vielleicht sogar – wir sprechen die allgemeine Stimmung des Volks aus – ein großes, schönes Gebiet für Deutschland verloren machen, während man es für Preußen erhalten will.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Vermittlung und Intervention.
Radetzky und Cavaignac

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 91 vom 1. September 1848]

* In circa drei Wochen (21. September) läuft der durch Karl Alberts Verrat[1] abgeschlossene Waffenstillstand ab.[96] Frankreich und England haben ihre Vermittelung angeboten. Daß Östreich sich bis jetzt noch nicht erklärt hat über seine Annahme oder Ablehnung, ist im „Spectateur républicain", dem Blatte Cavaignacs, zu lesen. Der Diktator Frankreichs wird über die östreichische Unhöflichkeit nachgerade ärgerlich und droht mit bewaffneter Intervention, wenn das Wiener Kabinett bis zu einem bestimmten Tage nicht antwortet oder die Vermittlung zurückweist. Wird sich Östreich, zumal jetzt nach dem Siege über die Wiener Demokratie und über die italienischen „Rebellen", von einem Cavaignac den Frieden diktieren lassen? Östreich weiß sehr wohl, daß die französische Bourgeoisie „Frieden um jeden Preis" haben will, daß überhaupt der Bourgeoisie die Freiheit oder Knechtschaft Italiens sehr gleichgültig ist und daß von ihr alles zugegeben wird, sobald man sie nur nicht offen vor der Welt blamiert und ihr damit wider Willen das Schwert in die Hand zwingt. Man sagt, Radetzky werde in Wien einen kurzen Besuch abstatten, um in betreff der Vermittelung sein entscheidendes Wort auszusprechen. Dazu braucht er nicht erst nach Wien zu reisen. Seine Politik ist jetzt obenauf und seine Ansicht wird nichts von ihrem Gewicht verlieren, wenn er selbst auch in Mailand bleibt. Ginge Östreich auf die von England und Frankreich vorgeschlagene Grundlage des Friedens ein, so würde es dies nicht aus Furcht vor der Cavaignacschen Intervention, sondern aus weit dringlichern und zwingenderen Gründen tun.

Die Italiener haben sich von den Ereignissen des März ebenso düpieren lassen wie die Deutschen. Jene glaubten, mit der Fremdherrschaft sei es nun

[1] Siehe vorl. Band, S. 366–368

jedenfalls zu Ende; diese meinten, das alte System sei für immer zu Grabe getragen. Statt dessen ist dort die Fremdherrschaft ärger als je, während in Deutschland das alte System sich von den paar Schlägen im März wieder erholt hat und mit mehr Wut und Rachedurst als vorher wirtschaftet.

Der Irrtum der Italiener besteht jetzt darin, daß sie von der gegenwärtigen Regierung Frankreichs Rettung erwarten. Nur der Sturz dieser Regierung könnte sie erretten. Die Italiener irren ferner darin, daß sie die Befreiung ihres Landes für möglich halten, während in Frankreich, Deutschland etc. die Demokratie täglich mehr an Terrain verliert. Die Reaktion, unter deren Schlägen jetzt Italien erlegen, ist kein bloß italienisches, sie ist ein europäisches Faktum. Italien kann sich nicht allein befreien aus den Krallen dieser Reaktion und am wenigsten durch Anrufung der französischen Bourgeoisie, die für die Reaktion in ganz Europa gerade den eigentlichen Eckpfeiler bildet.

Erst muß die Reaktion in Frankreich selber besiegt sein, ehe sie in Italien und Deutschland vernichtet werden kann. Erst muß also dort die demokratisch-soziale Republik proklamiert sein, erst muß das französische Proletariat seiner Bourgeoisie den Fuß auf den Nacken gesetzt haben, ehe an den dauerhaften Sieg der Demokratie in Italien, Deutschland, Polen, Ungarn etc. zu denken ist.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Die Antwerpner Todesurteile

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 93 vom 3. September 1848]

** *Köln*, 2. September. Der konstitutionelle Musterstaat Belgien hat einen neuen glänzenden Beweis für die Vortrefflichkeit seiner Institutionen geliefert. *Siebzehn Todesurteile* aus Veranlassung der lächerlichen Geschichte von Risquons-Tout![303] Siebzehn Todesurteile, um die Schmach zu rächen, die einige Unbesonnene, einige hoffnungsvolle Toren[304] der prüden belgischen Nation angetan, als sie einen kleinen Zipfel ihres konstitutionellen Mantels zu lüften versuchten! Siebzehn Todesurteile – welche Brutalität!

Man kennt die Geschichte von Risquons-Tout. Belgische Arbeiter taten sich in Paris zusammen, um eine republikanische Invasion in ihr Vaterland zu versuchen. Belgische Demokraten kamen von Brüssel und unterstützten das Unternehmen. Ledru-Rollin förderte es, soviel er konnte. Lamartine, der „edelherzige" Verräter, der schöne Worte und erbärmliche Taten für die fremden nicht minder wie für die französischen Demokraten hatte, Lamartine, der sich rühmt, mit der Anarchie konspiriert zu haben wie der Blitzableiter mit der Wetterwolke, Lamartine unterstützte zuerst die belgische Legion, um sie später desto sicherer zu verraten. Die Legion zog aus. Delescluze, Regierungskommissar im Norddepartement, *verkaufte* die erste Kolonne an belgische Eisenbahnbeamte; der Zug, der sie führte, wurde durch Verrat auf belgischen Boden mitten in die belgischen Bajonette geschleppt. Die zweite Kolonne, angeführt von *drei belgischen Spionen* (ein Mitglied der Pariser provisorischen Regierung hat es uns selbst gesagt, und die Prozedur bestätigt es), wurde von ihren verräterischen Anführern in einen Wald auf belgischem Gebiet geführt, wo die geladenen Kanonen in sicherm Hinterhalt ihrer warteten; sie wurde zusammengeschossen und größtenteils gefangen.

Diese winzige, durch die vielen Verrätereien und durch die ihr in Belgien gegebenen Dimensionen komische Episode der Revolutionen von 1848 diente dem Brüsseler Parquet zur Leinwand, um darauf die kolossalste Verschwörung

zu sticken, die je stattgefunden. Der Befreier Antwerpens, der alte General Mellinet, Tedesco, Ballin, kurz, die entschiedensten, die tätigsten Demokraten von Brüssel, Lüttich und Gent wurden hineinverwickelt. Herr Bavay würde sogar Jottrand von Brüssel hineingezogen haben, wenn nicht Herr Jottrand Dinge wüßte und Papiere besäße, deren Veröffentlichung die ganze belgische Regierung, den weisen Leopold nicht ausgeschlossen, aufs schmählichste kompromittieren würde.

Und warum diese Verhaftungen von Demokraten, warum die monströseste aller Prozeduren gegen Leute, die der ganzen Sache ebenso fremd waren wie die Geschwornen, vor die sie gestellt wurden? Um der belgischen Bürgerschaft Furcht zu machen und unter dem Schutz dieser Furcht die übermäßigen Steuern und Zwangsanleihen einzutreiben, die den Kitt des glorreichen belgischen Staatsgebäudes bilden und mit deren Zahlung es sehr schlecht aussah!

Genug. Man stellte die Angeklagten vor die Antwerpener Geschwornen, vor die Elite jener flämischen Faronaturen[1], denen der Schwung des französischen politischen Devouements ebenso fremd ist wie die ruhige Sicherheit des großartigen englischen Materialismus, vor jene Stockfischhändler, die im kleinbürgerlichsten Nützlichkeitskram, in der kurzsichtigsten, schreckhaftesten Profitmacherei lebenslänglich dahinvegetieren. Der große Bavay kannte seine Leute und appellierte an ihre Furcht.

In der Tat, hatte man in Antwerpen jemals einen Republikaner gesehen? Jetzt standen zweiunddreißig dieser Ungeheuer vor den erschreckten Antwerpnern; und die bebenden Geschwornen, zusammen mit dem weisen Gerichtshof, überliefern siebzehn der Angeklagten der Milde der Artikel 86 und folgende des Code pénal[166], d.h. dem Tode.

Auch in der Schreckenszeit von 1793 haben Scheinprozesse stattgefunden, sind Verurteilungen vorgekommen, denen andere Tatsachen zum Grunde lagen als die offiziell vorgebrachten; aber einen so durch plumpe Unverschämtheit des Lügens, durch blinden Parteihaß ausgezeichneten Prozeß hat selbst der Fanatiker Fouquier-Tinville nicht geführt. Und herrscht etwa in Belgien der Bürgerkrieg, steht halb Europa an seinen Grenzen und konspiriert mit den Rebellen, wie dies 1793 in Frankreich geschah? Ist das Vaterland in Gefahr? Hat die Krone einen Riß bekommen? – Im Gegenteil, niemand denkt daran, Belgien zu unterjochen, und der weise Leopold fährt noch täglich ohne Eskorte von Laeken nach Brüssel und von Brüssel nach Laeken!

---

[1] Glücksspielernaturen

Was hatte der alte 81jährige Mellinet getan, daß ihn Jury und Richter zum Tode verurteilten? Der alte Soldat der französischen Republik hatte 1831 den letzten Schimmer der belgischen Ehre gerettet; er hatte Antwerpen befreit, und dafür verurteilt ihn Antwerpen zum Tode! Seine ganze Schuld bestand darin, daß er einen alten Freund, Becker, vor den Verdächtigungen der belgischen offiziellen Presse schützte und ihn, auch während er in Paris konspirierte, nicht aus seinem freundlichen Andenken ausschloß. Mit der Konspiration hatte er nicht das geringste zu tun. Und dafür wird er ohne weiteres zum Tode verurteilt.

Und Ballin! Er war ein Freund Mellinets, er hatte ihn häufig besucht, er war mit Tedesco in einem Estaminet[1] gesehen worden. Grund genug, ihn zum Tode zu verurteilen.

Und Tedesco vollends! Wie, war er nicht im deutschen Arbeiterverein gewesen, stand er nicht mit Leuten in Verbindung, denen die belgische Polizei Theaterdolche untergeschoben hatte? Hatte man ihn nicht mit Ballin in einem Estaminet gesehen? Die Sache war bewiesen, Tedesco hatte die Völkerschlacht von Risquons-Tout provoziert – aufs Schafott mit ihm!

Und so mit den andern.

Wir sind stolz darauf, mehr als einen dieser „Verschwörer", die aus keinem andern Grunde zum Tode verurteilt wurden, als weil sie Demokraten sind, unsern Freund nennen zu dürfen. Und wenn die feile belgische Presse sie mit Schmutz bewirft, so wollen wir wenigstens ihre Ehre vor der deutschen Demokratie retten; wenn ihr Vaterland sie verleugnet, so wollen wir uns zu ihnen bekennen.

Als der Präsident das Todesurteil über sie aussprach, brachen sie in den stürmischen Ruf aus: „Es lebe die Republik!" Sie haben sich während der ganzen Prozedur wie bei Verkündigung des Urteils mit echt revolutionärer Unerschütterlichkeit benommen.

Und nun höre man dagegen die Sprache der elenden belgischen Presse:

„Der Urteilsspruch", sagt das „Journal d'Anvers", „macht nicht mehr Sensation in der Stadt als der ganze Prozeß, der fast gar kein Interesse erregte. Nur in den arbeitenden Klassen" (lies: Lumpenproletariat) „ist ein den Paladinen der Republik feindliches Gefühl zu entdecken; die übrige Bevölkerung kümmert sich kaum darum; für sie scheint die Lächerlichkeit des Revolutionsversuchs nicht einmal verwischt durch ein Todesurteil, an dessen Vollstreckung ohnehin niemand glaubt."

Natürlich, würde den Antwerpnern das interessante Schauspiel gegeben,

[1] kleines Kaffeehaus oder Restaurant

siebzehn Republikaner, den alten Mellinet, ihren Retter, an der Spitze, guillotinieren zu sehen, dann würden sie sich schon um den Prozeß kümmern!

Als ob nicht gerade darin die Brutalität der belgischen Regierung, der belgischen Geschwornen und Gerichtshöfe bestände, daß sie mit Todesurteilen spielen!

„Die Regierung", sagt der „Libéral Liégeois", „hat sich *stark* zeigen wollen, sie hat es nur bis zur *Brutalität* gebracht."

Und das ist allerdings das Los der flämischen Nation von jeher gewesen.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Der Konflikt zwischen Marx und der preußischen Untertanenschaft[305]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 94 vom 5. September 1848]

* *Köln*, 4. September. Der Redakteur en chef der „Neuen Rheinischen Zeitung", Karl Marx, ist, wie wir bereits früher erwähnten[1], in einen Konflikt mit der preußischen Untertanenschaft geraten. Diese Angelegenheit ist ein neuer Beweis von der Art und Weise, in der man die Versprechungen des März zu eskamotieren sucht. Wie sich die Sache verhält, geht aus folgendem Aktenstück hervor, das Marx an den Minister des Innern, Herrn Kühlwetter, abgesandt hat:

Herr Minister!

Ich erlaube mir hiermit, bei Ihnen Rekurs einzulegen gegen einen Beschluß der hiesigen Königl[ichen] Regierung, der mich persönlich betrifft.

Ich verließ im Jahre 1843 meine Heimat Rheinpreußen, um mich einstweilen in Paris nieder[zu]lassen. – Im Jahre 1844 erfuhr ich, daß auf Grund meiner Schriften vom Königl[ichen] Oberpräsidium in Koblenz ein Verhaftsbefehl gegen mich an die betreffenden Grenzpolizeibehörden abgegangen war. Diese Nachricht wurde auch in Berliner zensierten Blättern veröffentlicht. – Ich betrachtete mich von diesem Augenblicke an als politischer Flüchtling. Später – Januar 1845 – wurde ich auf direkte Veranlassung der damaligen preußischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen und ließ mich in Belgien nieder. – Da auch hier von der preußischen Regierung Anträge auf meine Ausweisung bei dem belgischen Ministerium gestellt wurden, sah ich mich endlich genötigt, meine Entlassung aus dem Preußischen Staatsverbande zu fordern. – Ich mußte dies letzte Mittel anwenden, um mich solchen Verfolgungen zu entziehen. – Daß ich nur aus Notwehr meinen Aus-

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 364/365

wanderungskonsens verlangte, dafür ist der beste Beweis, daß ich in keinem andern Staat das Bürgerrecht angenommen habe, obwohl es mir in Frankreich nach der Februarrevolution von Mitgliedern der provisorischen Regierung angetragen wurde.

Ich bin nach der Märzrevolution in meine Heimat zurückgekehrt und habe mich in Köln im Monat April um das Bürgerrecht beworben, das mir auch vom hiesigen Stadtrat ohne Anstand bewilligt wurde. – Die Sache ging nach dem Gesetz vom 31. Dezember 1842 an die Königl[iche] Regierung zur Bestätigung. Ich erhielt nun vom hiesigen kommissarischen Polizeidirektor, Herrn Geiger, ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Ew. Wohlgeboren benachrichtige ich, daß die Königliche Regierung nach Lage Ihrer bisherigen Verhältnisse von der durch § 5 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 ihr beigelegten Befugnis, einem Ausländer die Eigenschaft als Preußischer Untertan zu verleihen, zu Ihren Gunsten für jetzt nicht Gebrauch gemacht hat, Sie daher nach wie vor als Ausländer zu betrachten sind. (§§ 15 und 16 des angef. Gesetzes.)

Köln, den 3. August 1848.

Der kommis[sarische] Polizeidirektor
(gez.) Geiger.

An
den Herrn Dr. Marx
Nro. 2678 Wohlgeboren hier."

Ich halte den Bescheid der Königl[ichen] Regierung für ungesetzlich, und zwar aus folgenden Gründen:

Nach dem Bundesbeschlusse vom 30. März d. J.[306] sind wahlberechtigt und wählbar zur deutschen Nationalversammlung auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland zurückkehren und erklärt haben, ihr Staatsbürgerrecht wieder antreten zu wollen.

Der Beschluß des Vorparlaments[11], der zwar keine direkte gesetzliche Bestimmung hat, aber doch für die Aussichten und Verheißungen maßgebend ist, die dem deutschen Volke gleich nach der Revolution gemacht wurden, gibt das aktive und passive Wahlrecht sogar denjenigen politischen Flüchtlingen, welche im *Auslande Bürger* geworden sind, aber ihr deutsches Bürgerrecht wieder antreten wollen.

Jedenfalls ist aber der Bundesbeschluß und die darauf beruhende Wahlordnung des Ministerium Camphausen in Preußen gesetzlich gültig.

Da ich durch meine Anmeldung zur Erwerbung des Niederlassungsrechtes in Köln, mein deutsches Bürgerrecht wieder antreten zu wollen deut-

lich genug erklärt habe, so steht es fest, daß ich zur deutschen Nationalversammlung Wähler und wählbar war, also mindestens das deutsche Reichsbürgerrecht besitze.

Wenn ich aber das höchste Recht besitze, das ein Deutscher haben kann, so wird mir das niedrigere Anrecht auf das *Preußische* Staatsbürgerrecht um so viel weniger verweigert werden können.

Die Königl[iche] Regierung in Köln beruft sich auf das Gesetz vom 31. Dezember[1] 1842. Auch dies Gesetz, im Zusammenhang mit dem obigen Bundesbeschluß, spricht für mich.

Man verliert nach § 15,1 und 3 die Eigenschaft als Preuße durch Entlassung auf Antrag des Untertanen oder durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande. – Es sind viele politische Flüchtlinge nach der Revolution in ihre Heimat zurückgekehrt, die über zehn Jahre im Auslande waren, also nach § 15 des erwähnten Gesetzes die Eigenschaft als Preußen ebensogut verloren hatten wie ich. – Einige von ihnen, z.B. Herr J. Venedey, sitzen sogar in der deutschen Nationalversammlung. – Die preußischen „Landespolizeibehörden“ (§ 5 des Gesetzes) könnten also diesen deutschen Gesetzgebern ebenfalls, wenn es ihnen beliebte, das Preußische Staatsbürgerrecht verweigern!

Schließlich halte ich es für durchaus ungehörig, daß die hiesige Königliche Regierung, resp. der Herr kommis[sarische] Polizeidirektor Geiger, sich in der mir gemachten Anzeige des Wortes „Untertan“ bedienen, wo das vorige sowohl wie das jetzige Ministerium diese Bezeichnung aus allen ihren offiziellen Aktenstücken verbannt haben und dafür nur von Staatsangehörigen sprechen. – Ebenso ungehörig ist es, selbst von meinem preußischen Staatsbürgerrecht abstrahiert, mich, einen deutschen Reichsbürger, als „Ausländer“ zu bezeichnen.

Wenn ferner die Königl[iche] Regierung mir „nach Lage meiner bisherigen Verhältnisse“ die Bestätigung des Preußischen Bürgerrechts verweigert, so kann dies sich nicht auf meine materiellen Verhältnisse beziehen, da selbst nach dem Wortlaut des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 nur der Kölnische Stadtrat darüber zu entscheiden hatte und zu meinen Gunsten entschieden hat. – Es kann sich nur auf meine Tätigkeit als Redakteur en chef der „Neuen Rheinischen Zeitung“ beziehen und heißt dann: nach Lage meiner demokratischen Gesinnungen und meines oppositionellen Auftretens gegenüber der bestehenden Regierung. – Wenn aber selbst der hiesigen Bezirksregierung oder auch dem Ministerium des Innern in Berlin die Befugnis zustehen sollte – was ich leugne –, mir in diesem speziellen, unter den Bundes-

[1] In der „Neuen Rheinischen Zeitung“ irrtümlich: März


POLICE GÉNÉRALE

Passe-Port

valable pour un an.

DÉPARTEMENT

SOUS-PRÉFECTURE

COMMUNE

Registre

SIGNALEMENT.

Passe-port Gratuit

valable pour un an.

Nous Préfet

Invitons les autorités civiles et militaires à laisser passer et librement circuler département département

profession de

natif de département d

demeurant à

et à lui donner aide et protection, en cas de besoin.

Délivré sur

Fait à le

Signature du Porteur

Charles Marx

Reisepaß von Karl Marx aus den Jahren 1848/49 (erste Seite)



Reisepaß von Karl Marx aus den Jahren 1848/49 (zweite Seite)

Reisepaß von Karl Marx aus den Jahren 1848/49 (dritte Seite)

beschluß vom 30. März gehörenden Falle das preußische Bürgerrecht zu verweigern – so könnten doch derartige tendenzielle Gründe nur im alten Polizeistaat, keineswegs aber im revolutionierten Preußen und bei seiner verantwortlichen Regierung in Anwendung kommen.

Endlich muß ich noch bemerken, daß der Herr Polizeidirektor Müller, dem ich erklärte, nicht auf das Ungewisse hin meine Familie aus Trier nach Köln übersiedeln zu können, mich versicherte, meine Renaturalisation werde keinen Anstand finden.

Aus allen diesen Gründen verlange ich, daß Sie, Herr Minister, die hiesige Königliche Bezirksregierung anweisen, das mir vom hiesigen Stadtrat bewilligte Niederlassungs- (Gesuch) Recht zu bestätigen und mir dadurch die Eigenschaft als Preuße wieder zu verleihen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

Köln, den 22. August 1848.

Karl Marx

Der dänische Waffenstillstand[307]

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 97 vom 8. September 1848]

** *Köln*, 7. September.

„Was soll aus Deutschland werden, wenn Preußen nicht mehr an seiner Spitze steht, wenn Preußens Heere nicht mehr Deutschlands Ehre schirmen, wenn Preußens Macht und Einfluß als Großmacht untergegangen sind in der phantastischen Macht einer imaginären deutschen Zentralgewalt!“

So prahlt die preußische Partei, die Partei der Helden mit Gott für König und Vaterland[267], die kontrerevolutionäre Ritterschaft Hinterpommerns und der Uckermark.

Nun – Preußen *hat* an der Spitze gestanden, Preußen hat die Ehre Deutschlands geschirmt – in Schleswig-Holstein.[40]

Und was war das Resultat? Nach einer Reihe von leichten, ruhmlosen Siegen über einen schwachen Feind, nach einer durch die feigste Diplomatie gelähmten Kriegführung, nach den schimpflichsten Rückzügen vor einer *geschlagenen* Armee, endlich – ein Waffenstillstand, so entehrend für Deutschland, daß selbst ein *preußischer* General einen Grund fand, ihn nicht zu unterzeichnen.[213]

Die Feindseligkeiten und die Unterhandlungen begannen von neuem. Der Reichsverweser gab der preußischen Regierung eine Vollmacht zum Abschluß des Waffenstillstands; diese Vollmacht war von *keinem der Reichsminister kontrasigniert* und hatte also *gar keine Gültigkeit*. Sie erkannte den ersten Waffenstillstand an, jedoch mit folgenden Modifikationen: 1. Die Mitglieder der neuen Regierung von Schleswig-Holstein sollten noch vor Abschluß des Waffenstillstandes „in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen“; 2. alle bis zum Abschluß des Waffenstillstandes erlassenen Gesetze und Verordnungen der provisorischen Regierung sollten

volle Gültigkeit behalten; 3. die in Schleswig-Holstein zurückbleibenden Truppen sollten sämtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben.

Vergleicht man diese Instruktion mit den Stipulationen des ersten preußisch-dänischen Projekts, so ist ihr Zweck sehr deutlich. Sie sichern bei weitem nicht alles, was das siegreiche Deutschland fordern konnte; aber indem sie in der Form manches nachgeben, retten sie manches der Sache nach.

Die erste Bedingung sollte dafür garantieren, daß in der neuen Regierung die schleswig-holsteinische (deutsche) Richtung das Übergewicht über die dänische habe. Was tut Preußen? Es willigt ein, daß der *Chef der dänischen Partei* in Schleswig-Holstein, Karl *Moltke*, Chef der neuen Regierung wird, daß Dänemark *drei* Stimmen gegen *zwei* schleswig-holsteinische in der Regierung bekommt.

Die zweite Bedingung sollte die Anerkennung, wenn auch nicht der provisorischen, vom Bundestage anerkannten Regierung selbst, doch ihrer bisherigen Wirksamkeit durchsetzen. Ihre Beschlüsse sollten aufrechterhalten werden. Was tut Preußen? Unter dem Vorwand, daß auch Dänemark die illusorischen, von Kopenhagen aus für die Herzogtümer erlassenen Beschlüsse fallen läßt – Beschlüsse, die nie einen Schatten von Gesetzeskraft erhielten, außer auf der Insel Alsen –, unter diesem Vorwand willigt das kontrerevolutionierte Preußen ein, alle Beschlüsse der provisorischen Regierung zu vernichten.

Die dritte Bedingung endlich sollte die Einheit der Herzogtümer und ihre Einverleibung in Deutschland zur vorläufigen Anerkennung bringen; sie sollte den Versuch der Dänen vereiteln, die im dänischen Heer dienenden Schleswiger wieder nach Schleswig hineinzuschmuggeln, indem alle in Schleswig und Holstein bleibenden Truppen dem deutschen Oberbefehlshaber untergeordnet wurden. Und Preußen? Preußen willigt ein, die schleswigschen Truppen von den holsteinischen zu trennen, dem Oberbefehl des deutschen Feldherrn zu entziehen und einfach der zu $^{3}/_{5}$ dänischen neuen Regierung zur Verfügung zu stellen.

Außerdem war Preußen nur zum Abschluß eines dreimonatlichen Waffenstillstandes bevollmächtigt (Art. 1 des ursprünglichen Entwurfs) und schloß ihn aus eigner Machtvollkommenheit auf sieben Monate ab; d.h. es bewilligte den Dänen Waffenruhe während der Wintermonate, wo die Hauptwaffe der Dänen, die Flotte, zur Blockade der deutschen und schleswigschen Küsten nutzlos wurde und wo der Frost den Deutschen erlaubte, über das Eis des Kleinen Belt zu rücken, Fünen zu erobern und Dänemark auf Seeland zu beschränken.

Kurz, Preußen hat in allen drei Punkten seine Vollmacht mit Füßen getreten. Warum auch nicht? Sie war ja *nicht kontrasigniert!* Und hat Herr Camphausen, der preußische Gesandte bei der Zentralgewalt, in seinem Schreiben vom 2. September[1] an Herrn Heckscher „Exzellenz“(!!) nicht geradezu gesagt, die preußische Regierung habe sich „auf Grund jener Vollmacht zum *Abschlusse ohne Vorbehalt* für ermächtigt erklärt“?

Damit nicht genug. Der Reichsverweser schickt „Seinen“ Unterstaatssekretär Max Gagern nach Berlin und von da nach Schleswig, um die Unterhandlungen zu überwachen. Er gibt ihm eine Vollmacht mit, welche abermals *nicht kontrasigniert* ist. Herr Gagern – wie er in Berlin behandelt worden, wissen wir nicht – kommt in den Herzogtümern an. Die preußischen Unterhändler sind in Malmö. Er erfährt nichts. In Lübeck werden die Ratifikationen ausgewechselt. Man zeigt Herrn Gagern an, daß dies erfolgt sei und daß er jetzt ruhig wieder nach Hause gehen könne. Der unglückliche Gagern samt seiner nicht kontrasignierten Vollmacht kann natürlich nichts anderes tun als nach Frankfurt zurückkehren und über die schäbige Rolle klagen, die er gespielt hat.

So ist der glorreiche Waffenstillstand geboren worden, der den Deutschen während der besten Kriegszeit die Hände bindet, der Schleswig-Holsteins revolutionäre Regierung und demokratische konstituierende Versammlung auflöst, alle Dekrete dieser vom Bundestage anerkannten Regierung vernichtet, der die Herzogtümer einer dänischen Regierung unter Anführung des verhaßten Moltke überliefert, der die schleswigschen Truppen aus ihren Regimentern reißt, dem deutschen Oberbefehl entzieht und der dänischen Regierung überliefert, von der sie nach Gutdünken aufgelöst werden können; der die deutschen Truppen zum Rückzuge von der Königsau bis nach Hannover und Mecklenburg zwingt und der Lauenburg der alten reaktionären dänischen Regierung in die Hände liefert.*

Nicht nur Schleswig-Holstein, ganz Deutschland mit Ausnahme von Urpreußen ist entrüstet über diesen schmählichen Waffenstillstand. Und das Reichsministerium, dem er von Herrn Camphausen mitgeteilt, zitterte zwar anfangs, nahm ihn aber schließlich doch auf sich. Was war auch zu machen? Herr Camphausen scheint gedroht zu haben, und für das feige, kontrerevolutionäre Reichsministerium ist das offizielle Preußen immer noch eine Macht.

* Dieser Kunstgriff wurde folgendermaßen vollbracht: Die alte Regierung wurde aufgelöst; darauf wählte für die neue Dänemark eins, Preußen das zweite, beide zusammen das dritte Mitglied dieser alten Regierung wieder.

[1] Das Schreiben Camphausens wurde am 3. September 1848 ausgefertigt

Aber nun kam die Nationalversammlung.[7] Ihre Genehmigung war nötig, und so erbaulich diese Versammlung auch ist, so schämte sich Herr Heckscher „Exzellenz“ doch, mit diesem Aktenstück hervorzurücken. Unter tausend Bücklingen, mit den demütigsten Bitten um Ruhe und Mäßigung, las er es vor. Ein allgemeiner Sturm folgte. Selbst das rechte Zentrum, ja ein Teil der Rechten, Herr *Dahlmann* selbst, gerieten in den heftigsten Zorn. Man befahl den Ausschüssen, binnen 24 Stunden zu berichten. Man beschloß, auf diesen Bericht hin den Rückmarsch der Truppen sofort zu sistieren. Der Beschluß über den Waffenstillstand selbst ist noch nicht gefaßt.

Die Nationalversammlung hat endlich einmal einen energischen Beschluß gefaßt, obwohl das Ministerium erklärte, es werde abtreten, wenn der Beschluß durchgehe. Dieser Beschluß ist nicht die Aufhebung, er ist ein *Bruch* des Waffenstillstandes. Er wird in den Herzogtümern nicht nur Aufregung, er wird offenen Widerstand gegen die Ausführung des Waffenstillstandes, gegen die neue Regierung hervorrufen und neue Verwickelungen herbeiführen.

Wir haben indes wenig Hoffnung, daß die Versammlung den Waffenstillstand selbst verwirft. Herr Radowitz braucht nur neun Stimmen aus dem Zentrum herüberzuziehen, und er hat die Majorität. Und das sollte ihm während der paar Tage, wo die Sache ruht, nicht gelingen?

Beschließt die Versammlung, den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten, so haben wir Proklamation der Republik und Bürgerkrieg in Schleswig-Holstein, Unterjochung der Zentralgewalt unter Preußen, allgemeine Verachtung von ganz Europa gegen die Zentralgewalt und die Versammlung und doch gerade soviel Verwickelungen als hinreichen, um jedes zukünftige Reichsministerium unter unlösbaren Schwierigkeiten zu erdrücken.

Beschließt sie, den Waffenstillstand fallenzulassen, so haben wir einen europäischen Krieg, Bruch zwischen Preußen und Deutschland, neue Revolutionen, den Zerfall Preußens und die *wirkliche Einheit Deutschlands*. Die Versammlung möge sich nicht einschüchtern lassen: zwei Drittel mindestens von Preußen halten zu Deutschland.

Aber werden die Repräsentanten der Bourgeoisie in Frankfurt nicht lieber jeden Schimpf einstecken, werden sie nicht lieber unter Preußens Knechtschaft sich begeben, als daß sie einen europäischen revolutionären Krieg wagen, als daß sie sich neuen Stürmen aussetzen, die ihre eigene Klassenherrschaft in Deutschland gefährden?

Wir glauben es. Die feige Bourgeoisnatur ist zu mächtig. Wir haben zu der Frankfurter Versammlung *nicht* das Vertrauen, daß sie die schon in Polen preisgegebene Ehre Deutschlands in Schleswig-Holstein auslösen werde.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Sturz des Ministeriums der Tat

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 99 vom 10. September 1848]

* **Köln, 8. September, 10 Uhr abends. Das Ministerium der Tat ist gestürzt. Nachdem es mehrere Mal „gestolpert", hielt es sich nur noch durch seine Unverschämtheit.** Endlich haben die immer steigenden Anforderungen des Ministeriums der Versammlung gezeigt, was das Geheimnis der Existenz des Ministeriums war.

In der gestrigen Sitzung der Vereinbarungsversammlung[25] kam der Steinsche Antrag[308] zur Debatte. Der Antrag lautet:

> „Es sei dringende Pflicht des Staatsministeriums, den am 9. August beschlossenen Erlaß ohne weiteres zur Beruhigung des Landes sowie zur Vermeidung eines Bruches mit der Versammlung ergehen zu lassen."

Das Ministerium hatte erklärt, es werde sich auf keine Beschönigung, keine Vermittlung einlassen.

Die Linke hatte erklärt, sie werde austreten, wenn die Versammlung ihren Beschluß vom 9. August fallenlasse.

In der gestrigen Sitzung nun brachte nach einer nichtssagenden Rede des Ministerpräsidenten der Abgeordnete *Unruh* folgendes Amendement ein:

> „In Erwägung, daß die Beschlüsse vom 9. August keine Erforschung der Gesinnung, keinen Gewissenszwang, sondern nur die im konstitutionellen Staat notwendige Übereinstimmung zwischen Volk und Heer herbeizuführen und reaktionäre Bestrebungen sowie fernere Konflikte zwischen den Bürgern, welche zum Heer, und denen, welche zum Zivilstande gehören, zu vermeiden bezwecken,
>
> erklärt die Versammlung,
>
> **daß das Ministerium das Vertrauen des Landes nicht besitzt, wenn es ferner Anstand nimmt, einen dem Beschluß vom 9. August entsprechenden Erlaß an das Heer ergehen zu lassen."**

Diesem Amendement des **linken Zentrums** wurde ein zweites vom **rechten Zentrum** entgegengestellt durch den Abgeordneten Tamnau.

Es lautet:

> „Die Nationalversammlung wolle erklären wie folgt: die Nationalversammlung hat bei ihrem Beschluß vom 9. August d. J. die Absicht gehabt, an die Befehlshaber der Armee einen ähnlichen Erlaß herbeizuführen, wie ihn die Ministerien der Finanzen und des Innern unter dem 15. Juli an die Regierungspräsidenten erlassen haben. Sie beabsichtigt nicht, die Offiziere der Armee zur Darlegung ihrer politischen Gesinnung zu nötigen oder dem Kriegsminister den Wortlaut des Erlasses vorzuschreiben. **Sie erachtet einen derartigen Erlaß, in welchem die Offiziere der Armee vor reaktionären und republikanischen Bestrebungen gewarnt werden, im Interesse des staatsbürgerlichen Friedens und zur Förderung des neuen konstitutionellen Staatssystems für notwendig.**"

Nachdem eine Zeitlang hin und her debattiert, erklärt sich der „edle" *Schreckenstein* im Namen des Ministeriums mit dem Amendement **Tamnau einverstanden.** Das nach der stolzen Versicherung, keine Vermittlung annehmen zu wollen!

Nachdem die Debatte noch eine Zeitlang fortgedauert, nachdem sogar Herr *Milde* die Versammlung gewarnt hatte, kein **revolutionärer Nationalkonvent** zu werden (die Angst des Herrn Milde ist ganz überflüssig!), wird unter einem ungeheuren Andrang des Volks gegen den Sitzungssaal abgestimmt:

Namentliche Abstimmung:

Das **Amendement Unruh** mit 320 gegen 38 Stimmen **verworfen.**

Das **Amendement Tamnau** mit 210 gegen 156 Stimmen **verworfen.**

Der Steinsche Antrag wird mit 219 gegen 152 Stimmen angenommen. Majorität gegen die Minister:

67 Stimmen.[309]

Einer unserer Berliner Korrespondenten berichtet:

Die Aufregung war heute groß in der Stadt; Tausende von Menschen umlagerten das Sitzungsgebäude der Versammlung, so daß Herr Reichensperger, als der Präsident die ganz loyale Adresse der Bürgerwehr verlas, den Antrag stellte, die Versammlung solle ihre Sitzungen nach einer andern Stadt verlegen, da Berlin gefährdet sei.

Als die Nachricht von der Niederlage des Ministeriums dem versammelten Volke bekannt wurde, brach ein unaussprechlicher Jubel aus, und als

die Abgeordneten der Linken heraustraten, wurden sie mit ununterbrochenen „Vivats!" bis zu den Linden begleitet. Als aber der Abgeordnete Stein (der Antragsteller der heutigen Abstimmung) erblickt wurde, da erreichte der Enthusiasmus die höchste Stufe. Einige Männer aus dem Volke setzten ihn sogleich auf ihre Schultern und trugen ihn so im Triumphzug nach seinem Hotel in der Taubenstraße. Tausende von Menschen schlossen sich diesem Zuge an, und unter immerwährendem Hurrarufen wälzten sich die Massen über den Opernhausplatz. Noch nie hat man hier einen solchen Freudenausdruck gesehen. Je größer die Besorgnis um den Erfolg war, desto überraschender ist der glänzende Sieg.

Gegen das Ministerium stimmte: die Linke, das linke Zentrum (die Partei Rodbertus-Berg) und das Zentrum (Unruh, Duncker, Kosch). Der Präsident stimmte in allen drei Fragen für das Ministerium. Ein Ministerium Waldeck-Rodbertus hat sich hiernach einer vollständigen Majorität zu erfreuen.

Wir werden also das Vergnügen haben, den Urheber der Zwangsanleihe, den Minister der Tat, den Herrn Hansemann „*Exzellenz*" in wenigen Tagen hier durchspazieren, an seine „bürgerliche Vergangenheit" wieder anknüpfen und über Duchâtel und Pinto nachdenken zu sehen.

Camphausen ist auf anständige Weise gefallen. Herr Hansemann, der ihn durch seine Intrigen zu Fall gebracht, Herr Hansemann hat ein gar trauriges Ende genommen! Armer Hansemann-Pinto!

Geschrieben von Friedrich Engels.

Der dänisch-preußische Waffenstillstand[307]

["Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 99 vom 10. September 1848]

** *Köln*, 9. September. Wir kommen nochmals auf den dänischen Waffenstillstand zurück – die Gründlichkeit der Nationalversammlung, die, statt rasch und energisch zu beschließen und neue Minister zu *erzwingen*, die Ausschüsse in aller Gemächlichkeit beraten läßt und die Beendigung der Ministerkrise dem lieben Gott überläßt –, diese Gründlichkeit, die „den mangelnden Mut von unsern lieben Bekannten"[310] nur schlecht verhüllt, gibt uns die Zeit dazu.

Der Krieg in Italien[96] war bei der demokratischen Partei stets unpopulär und ist selbst bei den Wiener Demokraten seit geraumer Zeit unpopulär geworden. Die preußische Regierung vermochte den Sturm des öffentlichen Unwillens über den posenschen Vernichtungskrieg[52] durch Fälschungen und Lügen nur um wenige Wochen zurückzuhalten. Der Prager Straßenkampf[1] erregte, trotz aller Bemühungen der nationalen Presse, im Volk Sympathien nur für die Besiegten, nicht aber für die Sieger. Aber der Krieg in Schleswig-Holstein[40] ist von Anfang auch im *Volk* populär gewesen. Woher kommt dies?

Während die Deutschen in Italien, in Posen, in Prag die *Revolution bekämpften*, haben sie in Schleswig-Holstein *die Revolution unterstützt*. Der dänische Krieg ist der erste *Revolutionskrieg*, den Deutschland führt. Und darum haben wir uns, ohne dem meerumschlungenen bürgerlichen Schoppenenthusiasmus die geringste Stammverwandtschaft zu bezeigen, von Anfang an *für* energische Führung des dänischen Kriegs erklärt.

Schlimm genug für Deutschland, wenn sein erster Revolutionskrieg der komischste Krieg ist, der je geführt wurde!

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 80–82 und 108/109

Zur Sache. Die Dänen sind ein Volk, das in der unbeschränktesten kommerziellen, industriellen, politischen und literarischen Abhängigkeit von Deutschland steht. Es ist bekannt, daß die faktische Hauptstadt von Dänemark nicht Kopenhagen, sondern Hamburg ist, daß die dänische Regierung alle Vereinigte-Landtags-Experimente der in den Barrikaden entschlafenen preußischen ein ganzes Jahr lang nachmachte, daß Dänemark alle seine literarischen Lebensmittel, ebensogut wie seine materiellen, über Deutschland bezieht und daß die dänische Literatur – mit Ausnahme Holbergs – ein matter Abklatsch der deutschen ist.

So ohnmächtig Deutschland auch von jeher war, es hat die Genugtuung, daß die skandinavischen Nationen und namentlich Dänemark unter seine Botmäßigkeit geraten sind, daß es *ihnen* gegenüber sogar noch revolutionär und progressiv ist.

Wollt ihr Beweise? Lest die Polemik der skandinavischen Nationen untereinander, seit die Idee des Skandinavismus aufgetaucht ist. Der Skandinavismus besteht in der Begeisterung für die brutale, schmutzige, seeräuberische, altnordische Nationalität, für jene tiefe Innerlichkeit, die ihre überschwenglichen Gedanken und Gefühle nicht in Worte bringen kann, wohl aber in Taten, nämlich in Roheit gegen Frauenzimmer, permanente Betrunkenheit und mit tränenreicher Sentimentalität abwechselnde Berserkerwut.

Der Skandinavismus und die meerumschlungene schleswig-holsteinische Stammverwandtschaft[216] tauchten zugleich in den Ländern des Königs von Dänemark auf. Sie gehören zusammen; sie haben sich gegenseitig hervorgerufen, bekämpft und dadurch am Leben erhalten.

Der Skandinavismus war die Form, in der die Dänen an die Unterstützung der Schweden und Norweger appellierten. Aber wie es der christlich-germanischen Nation immer geht: Sogleich erhob sich der Streit, wer der echte Christlichgermane, der wahre Skandinavier sei. Der Schwede erklärte den Dänen für „verdeutscht" und entartet, der Norweger den Schweden und den Dänen, der Isländer alle drei. Natürlich, je roher eine Nation, je näher ihre Sitten und Lebensart der altnordischen, desto „skandinavischer" war sie.

Vor uns liegt das „Morgenbladet"[311] von Christiania vom 18. November 1846. Dies anmutige Blättchen enthält in einem Artikel über Skandinavismus folgende heitere Stellen:

Nachdem es den ganzen Skandinavismus als einen bloß von den Dänen in ihrem Interesse hervorgerufenen Bewegungsversuch geschildert, sagt es von den Dänen:

„Was hat dies muntere, lebensfrohe Volk mit der alten, düstern und wehmutsvollen Kämpenwelt (med den gamle, alvorlige og vemodsfulde Kjämpeverden) zu

schaffen? Wie kann diese Nation mit ihrer – wie ein dänischer Schriftsteller selbst zugibt – lenksamen und sanftmütigen Willensbeschaffenheit glauben, in Geistesverwandtschaft zu stehen mit der alten Vorzeit derben, kraftvollen und energischen Männern? Und wie können diese Menschen mit der südlich-weichen Aussprache sich einbilden, eine nordische Zunge zu sprechen? Und obwohl es ein Hauptzug unserer und der schwedischen Nation wie auch der alten Nordbewohner ist, daß die Gefühle sich mehr ins *Innerste* der Seele zurückziehen, ohne sich näher im *Äußern* zu zeigen, so glauben doch diese gefühlvollen und herzlichen Menschen, die so leicht zu verwundern, zu bewegen, zu bestimmen sind, deren Geistesbewegungen sich so rasch und deutlich in ihrem Äußern abdrücken, daß sie in einer nordischen Form gegossen, daß sie von verwandter Natur sind mit den beiden andern skandinavischen Nationen!"

Das „Morgenbladet" erklärt nun diese Entartung aus der Verbindung mit Deutschland und der Verbreitung deutschen Wesens in Dänemark. Die Deutschen hätten zwar

„ihr heiligstes Eigentum, ihr nationales Gepräge verloren; aber so kraftlos und matt die deutsche Nationalität auch ist, so gibt es doch eine in der Welt, die noch kraftloser und matter ist, nämlich die dänische. Während die deutsche Sprache im Elsaß, Waadt und an der slawischen Grenze zurückgedrängt wird" (!! damals blieben die Verdienste der Netzbrüder noch im stillen), „hat sie gegen die dänische Grenze reißende Fortschritte gemacht."

Die Dänen hätten nun den Deutschen eine Nationalität entgegenstellen müssen und hätten zu diesem Zweck den Skandinavismus erfunden; die dänische Nationalität sei widerstandslos gewesen,

„denn die dänische Nation war, wie gesagt, obwohl sie die deutsche Sprache nicht angenommen, doch *wesentlich verdeutscht*. Der Verfasser hat selbst in einem dänischen Blatte anerkannt gesehen, daß die *dänische* Nationalität *von der deutschen nicht wesentlich verschieden sei*."

Soweit „Morgenbladet".

Allerdings, es läßt sich nicht leugnen, daß die Dänen eine halbweg zivilisierte Nation sind. Unglückliche Dänen!

Mit demselben Recht, mit dem die Franzosen Flandern, Lothringen und Elsaß genommen haben und Belgien früher oder später nehmen werden, mit demselben Recht nimmt Deutschland Schleswig: mit dem Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität. Und selbst wenn die Verträge für Dänemark wären – was noch sehr zweifelhaft ist –, dies Recht gilt mehr als alle Verträge, weil es das Recht der geschichtlichen Entwickelung ist.

Solange die schleswig-holsteinsche Bewegung eine rein bürgerlich-friedliche, gesetzliche Philisteragitation blieb, erregte sie nur die Begeisterung

wohlmeinender Kleinbürger. Als daher vor der Februarrevolution der jetzige Dänenkönig bei seiner Thronbesteigung für seine Gesamtstaaten eine freisinnige Verfassung mit gleicher Zahl Abgeordneter für die Herzogtümer wie für Dänemark versprach und die Herzogtümer dagegen opponierten, trat der kleinbürgerliche Lokalcharakter der schleswig-holsteinschen Bewegung unangenehm hervor. Es handelte sich damals nicht so sehr um einen Anschluß an Deutschland – wo war damals ein Deutschland? – als um Trennung von Dänemark und Konstituierung eines kleinen selbständigen Lokalstaats.

Aber die Revolution brach herein und gab der Bewegung einen andern Charakter. Die schleswig-holsteinsche Partei mußte entweder zugrunde gehen oder selbst eine Revolution wagen. Sie wagte die Revolution, und sie hatte recht: Die dänischen Zusagen, vor der Revolution sehr günstig, waren nach der Revolution ungenügend; der Anschluß an Deutschland, früher eine Phrase, konnte jetzt eine Bedeutung erhalten; Deutschland hatte eine Revolution, und Dänemark machte sie, wie immer, auf kleinstädtischem Fuße nach.

Die schleswig-holsteinsche Revolution und die aus ihr hervorgegangene provisorische Regierung hatte anfangs selbst noch einen sehr spießbürgerlichen Charakter. Aber der Krieg zwang sie bald auf demokratische Bahnen. Schleswig-Holstein hat durch diese Regierung, in der lauter altliberale Biedermänner, ehemalige Geistesverwandte von Welcker, Gagern, Camphausen sitzen, demokratischere Gesetze erhalten als irgendein anderer deutscher Staat. Von allen deutschen Versammlungen ist die Kieler Landesversammlung die einzige, die nicht nur auf allgemeinem Stimmrecht, sondern auch auf direkter Wahl beruht. Der ihr von der Regierung vorgelegte Verfassungsentwurf ist der demokratischste, der je in deutscher Sprache abgefaßt worden. Schleswig-Holstein, bisher politisch von Deutschland ins Schlepptau genommen, ist durch den Revolutionskrieg plötzlich zu fortgeschritteneren Institutionen gekommen als das ganze übrige Deutschland.

Der Krieg, den wir in Schleswig-Holstein führen, ist also ein wirklicher Revolutionskrieg.

Und wer ist von Anfang an auf Seite Dänemarks gewesen? Die drei kontrerevolutionärsten Mächte Europas: *Rußland, England* und die *preußische Regierung*. Die preußische Regierung hat, solange sie konnte, einen bloßen *Scheinkrieg* geführt – man denke an Wildenbruchs Note[181], an die Bereitwilligkeit, mit der sie auf englisch-russische Vorstellungen hin den Rückzug aus Jütland befahl, und schließlich an den zweimaligen Waffenstillstand! Preußen, England und Rußland sind die drei Mächte, die die deutsche Revolution und ihre erste Folge, die deutsche Einheit, am meisten zu fürchten haben: Preußen, weil es dadurch aufhört zu existieren, England, weil der

deutsche Markt dadurch seiner Exploitation entzogen wird, Rußland, weil die Demokratie dadurch nicht nur an die Weichsel, sondern selbst bis an die Düna und den Dnjepr vorrücken muß. Preußen, England und Rußland haben komplottiert gegen Schleswig-Holstein, gegen Deutschland und gegen die Revolution.

Der Krieg, der möglicherweise jetzt aus den Beschlüssen in Frankfurt entstehen kann, würde ein Krieg Deutschlands gegen Preußen, England und Rußland sein. Und gerade solch ein Krieg tut der einschlummernden deutschen Bewegung not – ein Krieg gegen die drei Großmächte der Kontrerevolution, ein Krieg, der Preußen in Deutschland *wirklich* aufgehn, der die Allianz mit Polen zum unumgänglichsten Bedürfnis macht, der die Freilassung Italiens sofort herbeiführt, der gerade gegen die alten kontrerevolutionären Alliierten Deutschlands von 1792 bis 1815 gerichtet ist, ein Krieg, der „das Vaterland in Gefahr" bringt und gerade dadurch rettet, indem er den Sieg *Deutschlands* vom Siege der Demokratie abhängig macht.

Die Bourgeois und Junker in Frankfurt mögen sich keine Illusionen darüber machen: Beschließen sie, den Waffenstillstand zu verwerfen, so beschließen sie ihren eigenen Sturz, geradesogut wie die Girondins in der ersten Revolution, die am 10. August tätig waren und für den Tod des Exkönigs stimmten, damit ihren eigenen Sturz am 31. Mai vorbereiteten[312]. Nehmen sie dagegen den Waffenstillstand an, so beschließen sie ebenfalls ihren eigenen Sturz, so begeben sie sich unter die Botmäßigkeit von Preußen und haben gar nichts mehr zu sagen. Sie mögen wählen.

Wahrscheinlich ist die Nachricht vom Sturz Hansemanns noch vor der Abstimmung nach Frankfurt gekommen. Vielleicht wird sie bedeutend auf die Abstimmung influieren, besonders weil das erwartete Ministerium Waldeck und Rodbertus bekanntlich die Souveränität der Nationalversammlung anerkennt.

Wir werden sehen. Aber wir wiederholen es[1]: Die Ehre Deutschlands ist in schlechten Händen!

Geschrieben von Friedrich Engels.

[1] Siehe vorl. Band, S. 389

Die Krisis und die Kontrerevolution[313]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 100 vom 12. September 1848]

** *Köln*, 11. September. Man lese unsere nachfolgenden Berliner Korrespondenzen und sage, ob wir die Entwickelung der Ministerkrisis nicht ganz richtig vorhergesagt haben. Die alten Minister treten zurück; der Plan des Ministeriums, sich durch Auflösung der Vereinbarungsversammlung, durch Martialgesetze und Kanonen zu halten, scheint den Beifall der Kamarilla nicht gefunden zu haben. Die uckermärkische Junkerschaft brennt vor Begierde nach einem Konflikt mit dem Volk, nach einer Wiederholung der Pariser Juniszenen in den Straßen von Berlin; aber sie wird sich nie für das Ministerium Hansemann, sie wird sich für das **Ministerium des Prinzen von Preußen** schlagen. *Radowitz*, *Vincke* und ähnliche zuverlässige Leute, die der Berliner Versammlung fremd stehen, die ihr gegenüber ungebunden sind, werden berufen; die Creme der preußischen und westfälischen Ritterschaft, zum Schein assoziiert mit einigen bürgerlichen Biedermännern der äußersten Rechten, mit einem Beckerathe und Konsorten, denen man die prosaischen kaufmännischen Geschäfte des Staats überträgt – das ist das Ministerium des Prinzen von Preußen, womit man uns zu beglücken gedenkt. Inzwischen sprengt man Hunderte von Gerüchten aus, läßt vielleicht Waldeck oder Rodbertus rufen, führt die öffentliche Meinung irre, macht inzwischen seine militärischen Vorbereitungen und tritt offen heraus, wenn es Zeit ist.

Wir gehen einem entscheidenden Kampf entgegen. Die gleichzeitigen Krisen in Frankfurt und Berlin, die letzten Beschlüsse der beiden Versammlungen zwingen die Kontrerevolution, ihre letzte Schlacht zu schlagen. Wagt man es in Berlin, das konstitutionelle Prinzip der Herrschaft der Majorität mit Füßen zu treten, stellt man den 219 Stimmen der Majorität die doppelte Anzahl Kanonen gegenüber, wagt man es, der Majorität nicht nur in Berlin, sondern auch in Frankfurt durch ein Ministerium hohnzusprechen, das

gegenüber den beiden Versammlungen unmöglich ist – **provoziert man so den Bürgerkrieg zwischen Preußen und Deutschland, so wissen die Demokraten, was sie zu tun haben.**

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 101 vom 13. September 1848]

** *Köln,* 12. September. Während das neue Reichsministerium, wie wir es gestern mitteilten, auch von andern Seiten her bestätigt wird, und wir vielleicht schon heute mittag die Nachricht von seiner definitiven Konstituierung bekommen, dauert in Berlin die Ministerkrise fort. Die Krisis ist nur auf zwei Wegen lösbar:

Entweder ein Ministerium Waldeck, Anerkennung der Autorität der deutschen Nationalversammlung, Anerkennung der Volkssouveränetät;

Oder ein Ministerium Radowitz-Vincke, Auflösung der Berliner Versammlung, Vernichtung der revolutionären Eroberungen, Scheinkonstitutionalismus oder gar – der Vereinigte Landtag[34].

Verhehlen wir es uns nicht: Der Konflikt, der in Berlin ausgebrochen ist, ist ein Konflikt nicht zwischen den Vereinbarern und den Ministern, es ist ein Konflikt zwischen der Versammlung, die zum erstenmal sich als *konstituierende* hinstellt, und der *Krone.*

Es dreht sich alles darum, ob man den Mut hat, die Versammlung aufzulösen oder nicht.

Aber hat die Krone das Recht, die Versammlung aufzulösen?

In konstitutionellen Staaten hat die Krone allerdings das Recht, die auf Grundlage der Verfassung berufenen gesetzgebenden Kammern im Fall einer Kollision aufzulösen und durch neue Wahlen ans Volk zu appellieren.

Ist die Berliner Versammlung eine konstitutionelle, gesetzgebende Kammer?

Nein. Sie ist berufen zur „Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung mit der Krone", auf Grund nicht einer Verfassung, sondern einer *Revolution.* Sie hatte ihr Mandat keineswegs von der Krone oder ihren verantwortlichen Ministern, sondern nur von ihren Wählern und von sich selbst zu empfangen. Die Versammlung war souverän als der legitime Ausdruck der Revolution, und das Mandat, das Herr Camphausen ihr im Wahlgesetz vom 8. April[30] mit dem Vereinigten Landtag zusammen ausgefertigt hatte, war nichts als ein *frommer Wunsch,* über den die Versammlung zu entscheiden hatte.

Die Versammlung ist anfangs auf die Vereinbarungstheorie[53] mehr oder weniger eingegangen. Sie hat gesehen, wie sie dabei von Ministern und Kamarilla geprellt worden ist. Sie hat endlich einen Akt der Souveränetät

vollzogen, sie hat sich einen Moment als konstituierende, nicht mehr als vereinbarende Versammlung hingestellt.

Sie hatte als für *Preußen* souveräne Versammlung vollkommen das Recht dazu.

Eine souveräne Versammlung ist aber von niemanden auflösbar, den Befehlen niemandes unterworfen.

Aber selbst als bloß vereinbarende Versammlung, selbst nach Herrn Camphausens eigener Theorie, steht sie *gleichberechtigt* neben der Krone da. Beide Teile *kontrahieren* einen Staatsvertrag, beide Teile haben gleichen Anteil an der Souveränetät, das ist die Theorie vom 8. April, die Theorie Camphausen-Hansemann, also die von der Krone selbst anerkannte *offizielle* Theorie.

Ist die Versammlung der Krone *gleichberechtigt, so hat die Krone kein Recht, die Versammlung aufzulösen.*

Sonst hätte die Versammlung konsequent ebenfalls das *Recht, den König abzusetzen.*

Die Auflösung der Versammlung wäre also ein *Staatsstreich.* Und wie man auf Staatsstreiche antwortet, hat der 29. Juli 1830 und der 24. Februar 1848 gezeigt.[314]

Man wird sagen, die Krone könne ja an dieselben Wähler wieder appellieren. Aber wer weiß nicht, daß *heute* die Wähler eine ganz andere Versammlung wählen würden, eine Versammlung, die mit der Krone weit weniger Federlesens machen würde?

Man weiß es: Nach der Auflösung dieser Versammlung ist nur der Appell an *ganz andere Wähler* als die vom 8. April möglich, sind keine andere Wahlen mehr möglich, als die unter der Säbeltyrannei vorgenommen werden.

Machen wir uns also keine Illusionen:

Siegt die Versammlung, setzt sie das Ministerium der Linken durch, so ist die Macht der Krone *neben* der Versammlung gebrochen, so ist der König nur noch der bezahlte Diener des Volks, so stehen wir wieder am Morgen des 19. März – falls das Ministerium Waldeck uns nicht verrät, wie so manches vor ihm.

Siegt die Krone, setzt sie das Ministerium des Prinzen von Preußen durch, so wird die Versammlung aufgelöst, das Assoziationsrecht unterdrückt, die Presse geknebelt, ein Wahlgesetz mit Zensus dekretiert, vielleicht sogar, wie gesagt, der Vereinigte Landtag nochmals heraufbeschworen – alles unter dem Schutze der Militärdiktatur, der Kanonen und der Bajonette.

Wer von beiden Teilen siegt, das wird von der Haltung des Volks, namentlich von der Haltung der demokratischen Partei abhängen. Die Demokraten mögen wählen.

Wir stehen am 25. Juli. Wird man es wagen, die Ordonnanzen zu erlassen, die in Potsdam geschmiedet werden? Wird man das Volk provozieren, den Sprung vom 26. Juli bis zum 24. Februar in *einem* Tage zu machen?[314]

Am guten Willen fehlt's sicher nicht, aber der Mut, der Mut!

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 102 vom 14. September 1848]

** *Köln*, 13. September. Die Krisis in Berlin ist um einen Schritt weiter gerückt: *Der Konflikt mit der Krone*, der gestern nur noch als unvermeidlich bezeichnet werden konnte, *ist wirklich eingetreten*.

Unsere Leser finden weiter unten die Antwort des Königs auf das Entlassungsgesuch der Minister.[315] Durch diesen Brief tritt die Krone selbst in den Vordergrund, ergreift Partei für die Minister, stellt sich der Versammlung gegenüber.

Sie geht noch weiter: Sie bildet ein Ministerium außer der Versammlung, sie beruft *Beckerath*, der in Frankfurt auf der äußersten Rechten sitzt und von dem die ganze Welt im voraus weiß, daß er in Berlin nie auf eine Majorität wird rechnen können.

Das Schreiben des Königs ist kontrasigniert von Herrn *Auerswald*. Herr Auerswald möge es verantworten, daß er die Krone auf diese Weise vorschiebt, um seinen schimpflichen Rückzug zu decken, daß er in einem und demselben Atemzuge der Kammer gegenüber sich hinter das konstitutionelle Prinzip zu verkriechen sucht und das konstitutionelle Prinzip mit Füßen tritt, indem er *die Krone kompromittiert und auf die Republik provoziert!*

Das konstitutionelle Prinzip! schreien die Minister. Das konstitutionelle Prinzip! schreit die Rechte. Das konstitutionelle Prinzip! ächzt das hohle Echo der „Kölnischen Zeitung".

„Das konstitutionelle Prinzip!" Sind denn diese Herren wirklich so töricht zu glauben, man könne das deutsche Volk aus den Stürmen des Jahres 1848, aus dem täglich drohender hereinbrechenden Einsturz aller historisch überlieferten Institutionen hinausführen mit der wurmstichigen Montesquieu-Delolmeschen Teilung der Gewalten, mit abgetragenen Phrasen und längst durchschauten Fiktionen!

„Das konstitutionelle Prinzip!" Aber gerade die Herren, die das konstitutionelle Prinzip um jeden Preis retten wollen, müssen doch zuerst einsehen, daß es sich in einem provisorischen Zustande nur durch Energie retten läßt!

„Das konstitutionelle Prinzip!" Aber hat das Votum der Berliner Versammlung, haben die Kollisionen zwischen Potsdam und Frankfurt, haben die Unruhen, die Reaktionsversuche, die Provokationen der Soldateska nicht

längst gezeigt, daß wir trotz aller Phrasen noch immer auf *revolutionärem Boden stehen*, daß die Fiktion, als stünden wir schon auf dem Boden der *konstituierten*, der fertigen konstitutionellen Monarchie, zu weiter nichts führt als zu Kollisionen, die schon jetzt das „konstitutionelle Prinzip" an den Rand des Abgrunds geführt haben?

Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur. Wir haben es Camphausen von Anfang an vorgeworfen, daß er nicht diktatorisch auftrat, daß er die Überbleibsel der alten Institutionen nicht sogleich zerschlug und entfernte. Während also Herr Camphausen sich in konstitutionellen Träumereien wiegte, verstärkte die geschlagene Partei die Positionen in der Bürokratie und in der Armee, ja, wagte hier und da selbst den offenen Kampf. Die Versammlung wurde einberufen, um die Verfassung zu vereinbaren. Sie trat gleichberechtigt neben die Krone hin. Zwei gleichberechtigte Mächte in einem Provisorium! Gerade die Teilung der Gewalten, mit der Herr Camphausen „die Freiheit zu retten" suchte, gerade diese Teilung der Gewalten mußte in einem Provisorium zu Kollisionen führen. Hinter der Krone versteckte sich die kontrerevolutionäre Kamarilla des Adels, des Militärs, der Bürokratie. Hinter der Majorität der Versammlung stand die Bourgeoisie. Das Ministerium suchte zu vermitteln. Zu schwach, die Interessen der Bourgeoisie und der Bauern entschieden zu vertreten und die Macht des Adels, der Bürokratie und der Armeeführer mit einem Schlage zu stürzen, zu ungeschickt, um nicht die Bourgeoisie in seinen Finanzmaßregeln überall zu verletzen, kam es zu nichts, als sich bei allen Parteien unmöglich zu machen und die Kollision herbeizuführen, die es gerade vermeiden wollte.

In jedem nichtkonstituierten Zustande ist nicht dies oder jenes Prinzip maßgebend, sondern allein das salut public, das öffentliche Wohl. Das Ministerium konnte die Kollision der Versammlung mit der Krone nur dadurch vermeiden, daß es allein das Prinzip des öffentlichen Wohles anerkannte, sogar auf die Gefahr hin, *selbst* mit der Krone in Kollision zu kommen. Aber es hat es vorgezogen, sich in Potsdam „möglich" zu halten. Es hat gegen die Demokratie nie gezaudert, Maßregeln des öffentlichen Wohls (mesures de salut public), diktatorische Maßregeln anzuwenden. Oder was anders war die Anwendung der alten Gesetze auf politische Verbrechen, selbst als Herr Märker schon anerkannt hatte, daß diese Landrechtsparagraphen[167] abgeschafft werden müßten? Was anders waren die massenhaften Verhaftungen in allen Teilen des Königreichs?

Aber gegen die Kontrerevolution hat sich das Ministerium wohl gehütet, aus Gründen des öffentlichen Wohls einzuschreiten!

Und gerade aus dieser Lauheit des Ministeriums gegenüber der täglich drohender werdenden Kontrerevolution entstand die Notwendigkeit für die Versammlung, *selbst* Maßregeln des öffentlichen Wohls zu *diktieren*. War die durch die Minister repräsentierte Krone zu schwach, so mußte die Versammlung selbst einschreiten. Sie hat dies getan in dem Beschluß vom 9. August.[308] Sie tat es noch auf eine sehr gelinde Weise, sie gab den Ministern nur eine Warnung. Die Minister kehrten sich nicht daran.

Aber wie hätten sie auch darauf eingehen können! Der Beschluß vom 9. August tritt das konstitutionelle Prinzip mit Füßen, er ist ein Übergriff der gesetzgebenden Gewalt gegen die vollziehende, er zerstört die Teilung und gegenseitige Kontrolle der Gewalten, die im Interesse der Freiheit so nötig ist, er macht die Vereinbarungsversammlung zum *Nationalkonvent!*

Und nun ein Pelotonfeuer von Drohungen, ein donnernder Appell an die Furcht der Kleinbürger, eine weite Perspektive auf Schreckensregierung mit Guillotine, Progressivsteuer, Konfiskation und roter Fahne.

Die Berliner Versammlung – ein Konvent! Welche Ironie!

Aber die Herren haben nicht ganz unrecht. Fährt die Regierung fort wie bisher, so haben wir in nicht gar langer Zeit einen Konvent – nicht bloß für Preußen, sondern für ganz Deutschland –, einen Konvent, dem es obliegen wird, den Bürgerkrieg unserer zwanzig Vendéen[201] und den unvermeidlichen russischen Krieg mit allen Mitteln zu unterdrücken. Jetzt freilich sind wir erst an der Parodie der Konstituante!

Wie aber haben die Herren Minister, die an das konstitutionelle Prinzip appellieren, dies Prinzip aufrechterhalten?

Am 9. August lassen sie die Versammlung ruhig auseinandergehen im guten Glauben, daß die Minister den Beschluß ausführen werden. Sie denken nicht daran, der Versammlung ihre Weigerung anzukündigen, und noch weniger, ihr Amt niederzulegen.

Sie besinnen sich einen ganzen Monat und zeigen endlich, als mehrere Interpellationen drohen, der Versammlung kurzweg an: Es verstehe sich von selbst, daß sie den Beschluß nicht ausführen würden.

Als darauf die Versammlung den Ministern die Weisung erteilt, den Beschluß dennoch auszuführen, verschanzen sie sich hinter die Krone, rufen einen Bruch zwischen der Krone und der Versammlung hervor und provozieren dadurch auf die Republik.

Und diese Herren sprechen noch vom konstitutionellen Prinzip!

Resumieren wir:

Die unvermeidliche Kollision zwischen zwei gleichberechtigten Mächten in einem Provisorium ist eingetreten. Das Ministerium wußte die Regierung

nicht energisch genug zu führen, es unterließ, die notwendigen Maßregeln des öffentlichen Wohls zu treffen. Die Versammlung tat nur ihre Schuldigkeit, als sie das Ministerium aufforderte, seine Pflicht zu tun. Das Ministerium gibt dies für eine Verletzung der Krone aus und kompromittiert die Krone noch im Moment seines Abtretens. Krone und Versammlung stehen einander gegenüber. Die „Vereinbarung" hat zur Trennung, zum Konflikt geführt. Vielleicht werden die Waffen entscheiden.

Der am meisten Mut und Konsequenz hat, wird siegen.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 104 vom 16. September 1848]

** *Köln*, 15. September. Die Ministerkrisis ist abermals in ein neues Stadium getreten; nicht durch die Ankunft und die vergeblichen Bemühungen des unmöglichen Herrn Beckerath, sondern durch die *Militärrevolte in Potsdam und Nauen*[316]. Der Konflikt zwischen Demokratie und Aristokratie ist im *Schoß der Garde selbst* ausgebrochen: Die Soldaten sehen in dem Beschluß der Versammlung vom 7.[308] ihre Befreiung von der Tyrannei der Offiziere, sie erlassen Dankadressen an die Versammlung, sie bringen ihr ein Lebehoch.

Damit ist der Kontrerevolution das Schwert aus den Händen gewunden. Jetzt wird man es nicht wagen, die Versammlung aufzulösen, und wenn man dazu nicht schreitet, so bleibt nichts anders übrig als nachzugeben, den Beschluß der Versammlung auszuführen und ein Ministerium Waldeck zu berufen.

Die Potsdamer Soldatenrevolte erspart uns wahrscheinlich eine Revolution.

Geschrieben von Karl Marx.

Die Freiheit der Beratungen in Berlin

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 105 vom 17. September 1848]

** *Köln*, 16. September. Es ist in der kontrerevolutionären Presse seit dem Eintritt der Krisis fortwährend behauptet worden, die Berliner Versammlung berate nicht frei. Namentlich hat der wohlbekannte G-Korrespondent der „Kölnischen Zeitung", der sein Amt ebenfalls nur noch „interimistisch bis zur Ernennung seines Nachfolgers"[317] verwaltet, mit unverkennbarer Angst auf die „8000 bis 10000 Klubfäuste" hingewiesen, die im Kastanienwäldchen[1] ihre Freunde von der Linken „moralisch" unterstützten. Die „Vossische"[318], „Spenersche"[319] und andere Zeitungen haben ähnliches Klagegeschrei erhoben, und Herr Reichensperger hat sogar am 7. d. [Mts.] direkt darauf angetragen, die Versammlung von Berlin (nach Charlottenburg etwa?) zu verlegen.

Die „Berliner Zeitungs-Halle"[112] bringt einen langen Artikel, worin sie diese Anschuldigung zu widerlegen sucht. Sie erklärt, die große Majorität für die Linke sei gegenüber der früheren schwankenden Haltung der Versammlung durchaus keine Inkonsequenz. Es lasse sich nachweisen,

„daß die Abstimmung vom 7. auch seitens derer, welche früher immer mit den Ministern gestimmt hatten, *ohne Widerspruch* gegen ihr früheres Verhalten stattfinden konnte, ja daß sie, vom Standpunkte jener Mitglieder betrachtet, mit ihrem früheren Verhalten in vollkommener Harmonie steht..." Die von den Zentren Übergegangenen „hatten in einer Täuschung gelebt; sie hatten sich die Sache *so vorgestellt*, als ob die Minister Vollstrecker des Volkswillens wären; sie hatten im Bestreben der Minister, Ruhe und Ordnung herzustellen, einen Ausdruck ihres, der Majoritätsmitglieder, eigenen Willens gefunden und waren nicht *innegeworden*, daß die Minister nur da den Volkswillen zulassen könnten, wo derselbe dem Willen der Krone nicht widerspricht, nicht aber da, wo er diesem sich entgegensetzt."

[1] Die im Kastanienwäldchen gelegene Singakademie war der Tagungsort der Berliner Nationalversammlung

So „erklärt“ die „Z[eitungs]-H[alle]“ das auffallende Phänomen von dem plötzlichen Umschlagen so vieler Mitglieder aus den Vorstellungen und Täuschungen dieser Mitglieder. Man kann die Sache nicht unschuldiger darstellen.

Sie gibt indes zu, daß Einschüchterungen stattgefunden haben. Aber, meint sie,

„wenn die Einflüsse von außen etwas gewirkt haben, so war es dies, daß sie den Einflüssen der ministeriellen Vorspiegelungen und Verleitungskünste einigermaßen die Waage hielten und so den vielen schwachen und unselbständigen Mitgliedern es möglich machten, dem *natürlichen Lebensinstinkt* ... zu folgen“.

Die Gründe, welche die „Zeitungs-Halle“ veranlassen, die wankenden Mitglieder der Zentren in dieser Weise vor dem Publikum moralisch zu rechtfertigen, liegen auf der Hand: Der Artikel ist mehr für diese Herren der Zentren selbst, als für das Publikum geschrieben. Für uns, die wir nun einmal das Privilegium haben, rückhaltlos zu sprechen, und die wir die Vertreter einer Partei nur solange und soweit unterstützen, als sie *revolutionär* auftreten – für uns existieren diese Gründe nicht.

Warum sollen wir es nicht sagen? Die Zentren haben sich am 7. d. [Mts.] allerdings durch die Volksmassen einschüchtern lassen[1]; ob ihre Furcht begründet war oder nicht, lassen wir dahingestellt sein.

Das Recht der demokratischen Volksmassen, durch ihre Anwesenheit auf die Haltung konstituierender Versammlungen moralisch einzuwirken, ist ein altes revolutionäres Volksrecht, das seit der englischen und französischen Revolution in keiner stürmischen Zeit entbehrt werden konnte. Diesem Recht verdankt die Geschichte fast alle energischen Schritte solcher Versammlungen. Wenn die Ansässigen des „Rechtsbodens“, wenn die furchtsamen und philiströsen Freunde der „Freiheit der Beratungen“ dagegen jammern, so hat dies keinen andern Grund als den, daß sie überhaupt keine energischen Beschlüsse wollen.

„Freiheit der Beratungen!“ Es gibt keine hohlere Phrase als diese. Die „Freiheit der Beratungen“ wird beeinträchtigt durch die Freiheit der Presse, durch die Freiheit der Versammlung und der Rede, durch das Recht der Volksbewaffnung auf der einen Seite. Sie wird beeinträchtigt durch die bestehende öffentliche Macht, die in den Händen der Krone und ihrer Minister beruht: durch die Armee, die Polizei, die sog. unabhängigen, in der Tat aber von jeder Beförderung und jeder politischen Veränderung abhängigen Richter.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 390–392

Die Freiheit der Beratungen ist zu jeder Zeit eine Phrase, die weiter nichts sagen will als Unabhängigkeit von allen nicht durch das Gesetz anerkannten Einflüssen. Diese anerkannten Einflüsse, Bestechung, Beförderung, Privatinteressen, Furcht vor einer Kammerauflösung usw. machen ja erst die Beratungen wahrhaft „frei". Aber in Revolutionszeiten ist diese Phrase vollends sinnlos. Wo zwei Mächte, zwei Parteien sich gerüstet gegenüberstehen, wo der Kampf jeden Augenblick losbrechen kann, da haben die Deputierten nur die Wahl:

Entweder sie stellen sich *unter den Schutz des Volkes* und lassen sich dann auch von Zeit zu Zeit eine kleine Lektion gefallen;

Oder sie stellen sich *unter den Schutz der Krone*, ziehen in irgendeine kleine Stadt, beraten unter dem Schutz der Bajonette und Kanonen oder gar des Belagerungszustandes – und dann werden sie nichts dagegen haben, wenn die Krone und die Bajonette ihnen ihre Beschlüsse vorschreiben.

Einschüchterung durch das unbewaffnete Volk oder Einschüchterung durch die bewaffnete Soldateska – die Versammlung möge wählen.

Die französische Konstituante zog von Versailles nach Paris. Es gehört eigentlich ihrem ganzen Charakter nach zur deutschen Revolution, daß die Vereinbarungsversammlung von Berlin nach Charlottenburg zieht.

Die Ratifikation des Waffenstillstandes[307]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 107 vom 20. September 1848]

** *Köln*, 19. September. Die deutsche Nationalversammlung[7] hat den Waffenstillstand ratifiziert. Wir hatten uns nicht getäuscht[1]: „Die Ehre Deutschlands liegt in schlechten Händen."

Unter dem Zudrange von Fremden, Diplomaten etc. zu den Bänken der Abgeordneten, im Tumult und bei gänzlicher Dunkelheit ging die Abstimmung vor sich. Eine Majorität von Zweien zwang die Versammlung, über zwei ganz verschiedene Punkte zugleich abzustimmen. Mit einer Majorität von 21 Stimmen wurde der Waffenstillstand angenommen, Schleswig-Holstein geopfert, die „Ehre Deutschlands" mit Füßen getreten und das *Aufgehen Deutschlands in Preußen* beschlossen.

In keiner Frage hatte sich die Volksstimme so entschieden ausgesprochen. In keiner Frage hatten die Herren von der Rechten so offen eingestanden, daß sie für eine Sache aufträten, die sich *nicht verteidigen lasse*. In keiner Frage waren die Interessen Deutschlands so unzweifelhaft, so deutlich wie in dieser. Die Nationalversammlung hat entschieden: Sie hat sich und der von ihr geschaffenen sogenannten Zentralgewalt das *Todesurteil* gesprochen. Hätte Deutschland einen Cromwell, er würde bald genug kommen: „Ihr seid kein Parlament! Im Namen Gottes, hebt Euch von hinnen!"[320]

Man spricht davon, die Linke werde austreten. Wenn sie Mut hätte, diese arme, verspottete, von der Majorität mit Fäusten angegriffene und dafür vom edlen Gagern obendrein zur Ordnung gerufene Linke! Noch nie ist eine Minorität mit einer solchen Unverschämtheit und Konsequenz gemißhandelt worden wie die Frankfurter Linke vom edlen Gagern und seinen 250 Majoritätshelden. Aber wenn sie nur Mut hätte!

An dem Mangel an Mut geht die ganze deutsche Bewegung zugrunde. Der Kontrerevolution fehlt der Mut zu entscheidenden Schlägen ebensosehr wie

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 397

der revolutionären Partei. Ganz Deutschland, mag es rechts oder links halten, weiß jetzt, daß die gegenwärtige Bewegung zu furchtbaren Kollisionen, zu blutigen Kämpfen führen muß, sei es, um sie zu unterdrücken, sei es, um sie durchzuführen. Und statt diesen unvermeidlichen Kämpfen mutig entgegenzusehen, statt sie mit ein paar raschen, entscheidenden Schlägen ihrem Ende entgegenzuführen, schließen die beiden Parteien, die der Kontrerevolution und die der Bewegung, ein förmliches Komplott, um sie möglichst lange zu vertagen. Und gerade diese ewigen kleinen Auskunftsmittelchen, diese Konzessiönchen und Palliative, diese Vermittlungsversuche sind schuld daran, daß überall Unerträglichkeit und Ungewißheit der politischen Lage zu zahllosen Einzelaufständen geführt hat, die nur mit Blut und mit Schmälerung der errungenen Rechte zu beseitigen sind. Gerade diese Furcht vor dem Kampf ruft Tausende von kleinen Kämpfen herbei, gibt dem Jahr 1848 seinen unerhört blutigen Charakter und verwickelt die ganze Stellung der kämpfenden Parteien so, daß der endliche Kampf nur um so heftiger, um so verheerender werden muß. Aber „der mangelnde Mut von unsern lieben Bekannten"![310]

Dieser entscheidende Kampf um die Zentralisation und demokratische Organisierung Deutschlands ist nun einmal nicht zu vermeiden. Trotz aller Vertuschungen und Vermittlungen rückt er täglich näher. Die Verwicklungen in Wien, in Berlin, in Frankfurt selbst drängen zu einer Entscheidung; und wenn *alles* an der deutschen Zaghaftigkeit und Unentschiedenheit scheitern sollte, dann wird uns Frankreich retten. In Paris reifen jetzt die Früchte des Junisieges: Cavaignac und seine „reinen Republikaner" werden in der Nationalversammlung, in der Presse, in den Klubs überflügelt von den Royalisten; der legitimistische Süden droht [mit] einem allgemeinen Aufstand; Cavaignac muß zu dem revolutionären Mittel Ledru-Rollins, zu Departemental-Kommissaren mit außerordentlicher Vollmacht seine Zuflucht nehmen; nur mit der größten Not schlug er sich und seine Regierung am Samstag in der Kammer durch. Noch eine solche Abstimmung, und Thiers, Barrot und Konsorten, die Leute, in deren Interesse der Junisieg errungen, haben die Majorität, Cavaignac wird der roten Republik in die Arme geworfen, und der Kampf um die Existenz der Republik bricht los.

Wenn Deutschland in seiner Unentschiedenheit beharrt, so wird diese neue Phase der französischen Revolution zugleich das Signal zum Wiederausbruch des offenen Kampfes in Deutschland sein, eines Kampfes, der uns hoffentlich etwas weiterführen und Deutschland wenigstens von den traditionellen Fesseln der Vergangenheit befreien wird.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Der Aufstand in Frankfurt[321]

[„Neue Rheinische Zeitung" Nr. 107
vom 20. September 1848, Beilage]

** *Köln*, 19. September, abends 7 Uhr. Der deutsch-dänische Waffenstillstand hat den Sturm beschworen. Der blutigste Aufstand ist in Frankfurt losgebrochen; die Ehre Deutschlands, von der Nationalversammlung an ein mit Schimpf und Schande abgedanktes preußisches Ministerium verraten, wird von den Arbeitern Frankfurts, Offenbachs und Hanaus, von den Bauern der Umgegend mit dem Leben verteidigt.[307]

Noch schwankt der Kampf. Die Soldaten scheinen bis gestern abend wenig Fortschritte gemacht zu haben. Artillerie ist in Frankfurt mit Ausnahme der Zeil und allenfalls einiger andern Straßen und Plätze wenig anzuwenden, Kavallerie fast gar nicht. Von dieser Seite stehen die Chancen günstig fürs Volk. Die Hanauer, aus dem gestürmten Zeughaus bewaffnet, sind zur Hülfe hinzugezogen. Desgleichen die Bauern aus zahllosen Ortschaften der Umgegend. Das Militär mochte bis gestern abend gegen 10000 Mann, mit wenig Artillerie, stark sein. Der Zuzug von Bauern während der Nacht muß sehr groß, der von Soldaten schon geringer gewesen sein; die nächste Umgegend war entblößt von Truppen. Die revolutionäre Gesinnung der odenwälder, nassauischen und kurhessischen Bauern erlaubte keine weitern Absendungen; die Kommunikationen werden unterbrochen sein. Hat sich der Aufstand nur noch heute gehalten, so steht der ganze Odenwald, Nassau, Kurhessen und Rheinhessen, so steht zwischen Fulda, Koblenz, Mannheim und Aschaffenburg die ganze Bevölkerung unter den Waffen, und die Truppen fehlen, den Aufstand zu unterdrücken. Und wer steht für Mainz, Mannheim, Marburg, Kassel, Wiesbaden – lauter Städte, in denen der Haß gegen die Soldateska durch blutige Exzesse der sog. „Reichstruppen" auf den höchsten Grad gestiegen ist? Wer steht für die Bauern am Rhein, die mit Leichtigkeit Truppensendungen zu Wasser verhindern können?

Und dennoch, wir gestehen es, wir haben wenig Hoffnung für den Sieg der braven Insurgenten. Frankfurt ist eine zu kleine Stadt, die unverhältnismäßige Stärke der Truppen und die bekannten kontrerevolutionären Sympathien der Frankfurter Spießbürger sind zu überwiegend, als daß wir uns übergroße Hoffnungen machen könnten.

Selbst wenn die Insurgenten unterliegen, so ist noch nichts entschieden. Die Kontrerevolution wird übermütig werden, wird uns mit Belagerungszustand, Unterdrückung der Preßfreiheit, der Klubs und der Volksversammlungen einen Augenblick knechten; aber nicht lange und das Krähen des gallischen Hahns[322] wird die Stunde der Befreiung, die Stunde der Vergeltung verkünden.

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 108 vom 21. September 1848]

** *Köln*, 20. September. Die Nachrichten aus Frankfurt fangen an, unsere gestrigen Befürchtungen allmählich zu bestätigen. Es scheint gewiß zu sein, daß die Insurgenten aus Frankfurt herausgeschlagen sind und nur noch Sachsenhausen besetzt halten, wo sie stark verschanzt sein sollen. Frankfurt ist in Belagerungsstand erklärt; wer mit den Waffen in der Hand oder im Widerstande gegen die „Reichsmacht" ergriffen wird, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Die Herren in der Paulskirche sind jetzt also ihren Kollegen in Paris ebenbürtig; sie können in aller Ruhe und unter der Herrschaft des Belagerungsstandes die Grundrechte des deutschen Volkes auf ein „Minimum" reduzieren.

Die Eisenbahn nach Mainz ist an vielen Stellen aufgerissen, und die Posten treffen zu spät oder gar nicht ein.

Die Artillerie scheint den Kampf in den breiteren Straßen entschieden und dem Militär einen Weg in den Rücken der Barrikadenkämpfer eröffnet zu haben. Der Eifer, womit die Frankfurter Spießbürgerschaft den Soldaten ihre Häuser öffnete und ihnen damit alle Vorteile des Straßenkampfes in die Hände gab, die Übermacht der mit den Eisenbahnen rasch hineingezogenen Truppen gegenüber den langsamen, zu Fuß ankommenden Zuzügen der Bauern tat das übrige.

Aber selbst wenn der Kampf in Frankfurt selbst sich nicht wieder erneuert hat, ist damit der Aufstand keineswegs unterdrückt. Die wütenden Bauern werden die Waffen nicht so ohne weiteres niederlegen. Können sie die Nationalversammlung nicht sprengen, so haben sie zu Hause immer noch genug wegzuräumen. Der Sturm, von der Paulskirche abgeschlagen, kann sich

auf sechs bis acht Residenzchen, auf Hunderte von Rittersitzen verteilen; der Bauernkrieg von diesem Frühjahre hat sein Ende solange noch nicht erreicht, bis er sein Resultat, die Befreiung der Bauern vom Feudalismus, herbeigeführt haben wird.

Woher der fortwährende Sieg der „Ordnung“ auf allen Punkten Europas, woher die Reihe der zahllosen, sich stets wiederholenden Niederlagen der revolutionären Partei von Neapel, Prag, Paris bis Mailand, Wien und Frankfurt?

Weil alle Parteien wissen, daß der Kampf, der sich in allen zivilisierten Ländern vorbereitet, ein ganz anderer, ein unendlich bedeutenderer ist als alle bisherigen Revolutionen; weil es sich in Wien wie in Paris, in Berlin wie in Frankfurt, in London wie in Mailand um den *Sturz der politischen Herrschaft der Bourgeoisie* handelt, um eine Umwälzung, deren nächste Konsequenzen schon alle behäbigen und spekulierenden Bürger mit Entsetzen erfüllen.

Gibt es noch ein revolutionäres Zentrum in der Welt, wo nicht von den Barrikaden der letzten fünf Monate die rote Fahne, das Kampfeszeichen des verbrüderten europäischen Proletariats, geweht hat?

Auch in Frankfurt ist das Parlament der vereinigten Junker und Bourgeois unter der roten Fahne bekämpft worden.

Daher, weil die Bourgeoisie direkt in ihrer politischen und indirekt in ihrer gesellschaftlichen Existenz durch jeden Aufstand bedroht ist, der jetzt losbricht, daher alle diese Niederlagen. Das meist waffenlose Volk hat zu kämpfen nicht nur gegen die von der Bourgeoisie übernommene Macht des organisierten Beamten- und Militärstaats, es hat auch zu kämpfen gegen die bewaffnete Bourgeoisie selbst. Dem nicht organisierten und schlecht bewaffneten Volk stehen sämtliche übrigen Klassen der Gesellschaft wohlorganisiert und wohlgerüstet gegenüber. Und daher kommt es, daß bisher das Volk erlegen [ist], daß es erliegen wird, bis seine Gegner – sei es durch Beschäftigung der Truppen im Krieg, sei es durch eine Spaltung unter sich – geschwächt werden oder bis irgendein großes Ereignis das Volk zu einem verzweifelten Kampfe treibt und seine Gegner demoralisiert.

Und solch ein großes Ereignis bereitet sich in Frankreich vor.

Darum brauchen wir nicht zu verzweifeln, wenn seit vier Monaten die Kartätschen auf allen Punkten über die Barrikaden gesiegt haben. Im Gegenteil – jeder Sieg unserer Gegner war zugleich eine Niederlage für sie; er spaltete sie, er verschaffte nicht der siegreichen Partei der Februar- und März-Konservativen, er verschaffte jedesmal schließlich *der* Partei die Herrschaft, die im Februar und März *gestürzt* wurde. Der Junisieg in Paris hat nur für den Anfang die Herrschaft der kleinen Bourgeoisie, der *reinen* Republikaner hergestellt; noch nicht drei Monate sind verflossen, und die große Bourgeoisie,

die konstitutionelle Partei droht Cavaignac zu stürzen und die „Reinen" den „Roten" in die Arme zu werfen. So wird's auch in Frankfurt gehen: Der Sieg wird nicht den biedern Zentren, er wird der *Rechten* zugute kommen; die Bourgeoisie wird den Herren vom Militär-, Beamten- und Junkerstaat den Vorrang gewähren und bald genug die bittern Früchte ihres Sieges kosten müssen.

Mögen sie ihr wohl bekommen! Wir inzwischen wollen des Augenblicks warten, wo in Paris die Befreiungsstunde für Europa schlägt.

Geschrieben von Friedrich Engels.

Das Ministerium der Kontrerevolution[323]

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 110 vom 23. September 1848]

** *Köln*, 22. September. Also doch! Das Ministerium des Prinzen von Preußen ist fertig, die Kontrerevolution will den letzten entscheidenden Streich riskieren.

Man lese den folgenden Brief eines Abgeordneten:

„*Berlin*, 20. September, 10 Uhr abends. Eben haben wir die Gewißheit, daß ein vollkommen *kontrerevolutionäres Ministerium* zustande gekommen ist, nämlich“ (folgt die Ministerliste, wie wir sie gestern nach dem Extrablatt der „Zeitungs-Halle“[112] gaben). „Dasselbe wird in der morgenden Sitzung eine königl[iche] Botschaft verlesen, worin die *Auflösung der Versammlung in Aussicht* gestellt wird. Die Folge hiervon ist eine *Permanenzerklärung*, welche wahrscheinlich eine neue sehr blutige *Revolution* zur Folge haben wird. Alle Parteien der Nationalversammlung sind in ihren Lokalen permanent in Beratung. Das Volk ist sehr aufgeregt. Wrangel hat heute Heerschau gehalten. Alles steht in Frage!“

Also doch! Die Krone begibt sich unter den Schutz der uckermärkischen Granden, und die uckermärkischen Granden stemmen sich gegen die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848. Die Don Quixoten von Hinterpommern, die alten Krieger, die verschuldeten Grundbesitzer werden endlich Gelegenheit haben, ihre rostigen Klingen im Blute der Wühler[324] abzuwaschen. Die mit dem wohlfeilen Ruhm von Schleswig gekrönten Garden sollen den entscheidenden Streich führen gegen die Revolution, die die Rechte der Krone antastet, die den Offizieren verbieten will, im stillen zu komplottieren, und die durch die unerbittliche Hand Hansemannscher Finanzmaßregeln einen erschrecklich „kühnen Griff“[234] in die ohnehin schon schlaffen Beutel der märkischen Junker beabsichtigt. Die Garde wird sich rächen für die Schmach des 18. März, sie wird die Berliner Versammlung auseinanderjagen, und die Herren Offiziere werden die Linden hinabsprengen über die Leichen der Revolutionäre.

Nur zu! Vorwärts mit Gott für König und Vaterland![267]

[Belagerungszustand in Köln[325]]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 113 vom 27. September 1848]

*** Köln, 26. September. Wir lassen auch heute die Übersicht weg. Wir eilen, das Blatt unter die Presse zu bringen. Wir hören aus sicherer Quelle, daß binnen 1–2 Stunden die Stadt in Belagerungszustand erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst und entwaffnet, die „Neue Rheinische Zeitung", die „Neue Kölnische Zeitung"[326], die „Arbeiter-Zeitung"[327] und der „Wächter am Rhein"[328] suspendiert, Kriegsgerichte eingesetzt und alle im März errungenen Rechte unterdrückt werden sollen. Es heißt, daß die Bürgerwehr nicht geneigt sei, sich entwaffnen zu lassen.**

[Redaktionelle Erklärung über das Wiedererscheinen der „Neuen Rheinischen Zeitung"]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 114 vom 12. Oktober 1848]

Durch die Teilnahme, die sich namentlich in Köln für die Aufrechthaltung der „Neuen Rheinischen Zeitung" gezeigt, ist es gelungen, die von dem Belagerungszustande herbeigeführten finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden und sie wiedererscheinen zu lassen. Das Redaktionskomitee bleibt dasselbe. Ferdinand Freiligrath ist neu eingetreten.

Karl Marx
Redakteur en Chef der „Neuen Rheinischen Zeitung"

Revolution in Wien

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 114 vom 12. Oktober 1848]

* *Köln*, 11. Oktober. In ihrer *ersten* Nummer (vom 1. Juni) hatte die *„Neue Rheinische Zeitung"* aus Wien eine Revolution (vom 25. Mai) zu berichten. Heute, bei unserm *ersten* Wiedererscheinen nach der durch den kölnischen Belagerungszustand herbeigeführten Unterbrechung, bringen wir die Botschaft der ungleich wichtigern Wiener Revolution vom 6. und 7. Oktober. Die ausführlichen Berichte über die Wiener Ereignisse zwingen uns, alle räsonierenden Artikel heute wegzulassen. Darum nur wenige Worte, und zwar über die Wiener Revolution. Unsere Leser ersehen aus den Berichten des Wiener Korrespondenten[1], daß diese Revolution an dem Mißtrauen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, wenn nicht zu scheitern, so wenigstens in ihrer Entwicklung gelähmt zu werden droht. Wie dem aber auch sei, ihr Rückschlag auf Ungarn, Italien und Deutschland vereitelt den ganzen Feldzugsplan der Kontrerevolution. Die Flucht des Kaisers und der tschechischen Deputierten aus Wien[329] zwingt die Wiener Bourgeoisie, will sie sich nicht auf Gnade und Ungnade ergeben, den Kampf fortzusetzen. Die Frankfurter Versammlung, die uns Deutschen

ein Nationalzuchthaus und eine gemeinsame Peitsche[330]

soeben zu schenken beschäftigt ist, wird von dem Wiener Ereignis unangenehm aus ihren Träumereien aufgeschreckt, und das Berliner Ministerium an dem Universalmittel, dem *Belagerungszustand*, irr werden. Der Belagerungszustand machte wie die Revolution die Tour um die Welt. Man versuchte eben das Experiment im großen auf ein ganzes Reich, auf Ungarn anzuwenden. Dieser Versuch, statt die Kontrerevolution in Ungarn, hat die Revolution in Wien heraufbeschworen. Der Belagerungszustand wird sich von

[1] Müller-Tellering

dieser Schlappe nicht mehr erholen. Der Belagerungszustand ist für immer kompromittiert. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß gleichzeitig mit Jellachich der westliche Heros des Belagerungszustandes, *Cavaignac*, zur Zielscheibe des Angriffs aller der Fraktionen geworden ist, die er im Juni mit Kartätschen gerettet hat. Nur durch den entschiedenen Übertritt zur Revolution kann er sich für einige Zeit noch möglich machen.

Wir lassen hinter den neuesten Nachrichten aus Wien noch einige Korrespondenzen vom 5. Oktober folgen, weil sie ein Echo der Wiener Hoffnungen und Befürchtungen wegen Ungarns Schicksal sind.

Geschrieben von Karl Marx.

Die „Kölnische Revolution"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 115 vom 13. Oktober 1848]

** *Köln*, 12. Oktober. Die „Kölnische Revolution" vom 25. September war ein Fastnachtsspiel, erzählt uns die „Kölnische Zeitung"[104], und die „Kölnische Zeitung" hat recht. Die „Kölnische Kommandantur" führt am 26. September den Cavaignac auf. Und die „Kölnische Zeitung" bewundert die Weisheit und Mäßigung der „Kölnischen Kommandantur". Wer aber ist der Komischste – die Arbeiter, die am 25. September sich im Barrikadenbauen übten, oder der Cavaignac, der am 26. September in heiligstem Ernst den Belagerungszustand aussprach, Journale suspendierte, die Bürgerwehr entwaffnete, die Assoziationen untersagte?

Arme „Kölnische Zeitung"! Der Cavaignac der „Kölnischen Revolution" kann keinen Zoll größer sein als die „Kölnische Revolution" selbst. Arme „Kölnische Zeitung"! Die „Revolution" muß sie im Scherz und den „Cavaignac" dieser lustigen Revolution im Ernst nehmen. Verdrießliches, undankbares, widerspruchvolles Thema!

Über die Berechtigung der Kommandantur verlieren wir kein Wort. D'Ester hat diesen Gegenstand erschöpft.[331] Wir betrachten übrigens die Kommandantur als untergeordnetes Werkzeug. Die eigentlichen Dichter dieser sonderbaren Tragödie waren die *„gutgesinnten Bürger"*, die *Dumonts* und Konsorten. Kein Wunder also, daß Herr Dumont mit seinen Zeitungen die Adresse gegen d'Ester, Borchardt und Kyll kolportieren ließ.[332] Was sie zu verteidigen hatten, diese „Gutgesinnten", es war nicht die Tat der Kommandantur, es war ihre eigene Tat.

Das kölnische Ereignis wanderte durch die Saharawüste der deutschen Presse in der Form, die ihm das kölnische „Journal des Débats" gegeben. Hinreichender Grund, um darauf zurückzukommen.

Moll, einer der beliebtesten Führer des Arbeitervereins[333], sollte ver-

haftet werden. Schapper und Becker waren schon verhaftet. Man hatte zur Ausführung dieser Maßregeln einen *Montag* gewählt, einen Tag, an dem bekanntlich der größte Teil der Arbeiter unbeschäftigt ist. Man mußte also vorher wissen, daß die Verhaftungen große Gärung unter den Arbeitern hervorrufen und selbst zu gewalttätigem Widerstand die Veranlassung bieten konnten. Sonderbarer Zufall, der diese Verhaftungen gerade auf einen Montag fallen ließ! Die Aufregung war um so leichter vorherzusehen, als bei Gelegenheit des Steinschen Armeebefehls[308], nach Wrangels Proklamation[334] und Pfuels Ernennung zum Ministerpräsidenten[323] jeden Augenblick ein entscheidender, kontrerevolutionärer Schlag, also eine Revolution von Berlin aus erwartet wurde. Die Arbeiter mußten daher die Verhaftungen nicht als gerichtliche, sondern als *politische* Maßregeln betrachten. In der Prokuratur sahen sie nur noch eine kontrerevolutionäre Behörde. Sie glaubten, daß man sie am Vorabende wichtiger Ereignisse ihrer Führer berauben wolle. Sie beschlossen, Moll um jeden Preis der Verhaftung zu entziehen. Und sie verließen erst den Kampfplatz, nachdem sie ihren Zweck erreicht hatten. Die Barrikaden wurden erst gebaut, als die auf dem Altenmarkt versammelten Arbeiter erfuhren, daß von allen Seiten das Militär zum Angriff anrücke. Sie wurden nicht angegriffen; sie hatten sich also auch nicht zu verteidigen. Zudem war ihnen bekannt geworden, daß aus Berlin durchaus keine gewichtigen Nachrichten eingetroffen. Sie zogen sich also zurück, nachdem sie einen großen Teil der Nacht hindurch vergebens einen Feind erwartet hatten.

Nichts lächerlicher daher als der Vorwurf der Feigheit, den man den kölnischen Arbeitern gemacht hat.

Aber noch andere Vorwürfe hat man ihnen gemacht, um den Belagerungszustand zu rechtfertigen und das Kölner Ereignis zu einer kleinen Junirevolution zuzustutzen. Ihr eigentlicher Plan sei die Plünderung der guten Stadt Köln gewesen. Diese Anklage beruht auf der angeblichen Plünderung *eines* Tuchladens. Als wenn nicht jede Stadt ihr Kontingent Diebe hätte, die natürlich Tage öffentlicher Aufregung benutzen. Oder versteht man unter der Plünderung die Plünderung von Waffenläden? So schicke man das kölnische Parquet nach Berlin, damit es den Prozeß gegen die Märzrevolution instruiere. Ohne die geplünderten Waffenläden hätten wir vielleicht nie die Genugtuung erlebt, Herrn Hansemann in einen Bankdirektor und Herrn Müller in einen Staatssekretär verwandelt zu sehen.

Genug von den Arbeitern Kölns. Kommen wir zu den sogenannten *Demokraten*. Was wirft ihnen die *„Kölnische Zeitung"* vor, die *„Deutsche Zeitung"*, die *„Augsburger Allgemeine Zeitung"* und wie die andern „gutgesinnten" Blätter heißen mögen?

Die heroischen Brüggemanns, Bassermanns usw. verlangten Blut, und die weichherzigen Demokraten, aus *Feigheit* haben sie kein Blut fließen lassen.

Der Tatbestand ist einfach dieser: Die Demokraten erklärten im Kranz (auf dem Altenmarkt), im Eiserschen Saale und auf den Barrikaden den Arbeitern, daß sie unter keiner Bedingung einen „*Putsch*" wollten. In diesem Augenblicke aber, wo keine große Frage die Gesamtbevölkerung in den Kampf treibe und jede Emeute daher scheitern müsse, sei sie um so sinnloser, als in wenigen Tagen gewaltige Ereignisse eintreffen könnten und man sich daher *vor* dem Tage der Entscheidung kampfunfähig mache. Wenn das Ministerium in Berlin eine Kontrerevolution wage, dann sei der Tag für das Volk gekommen, eine Revolution zu wagen. Die gerichtliche Untersuchung wird unsere Angabe bestätigen. Die Herrn von der „Kölnischen Zeitung" hätten besser getan, statt im „nächtlichen Dunkel" mit „verschränkten Armen und finstern Blicken" vor den Barrikaden zu stehen und über „die Zukunft ihres Volkes nachzusinnen"[335], vielmehr die verblendete Masse mit ihren Worten der Weisheit von den Barrikaden herab zu harangieren. Was nutzt die Weisheit post festum[1]?

Am schlimmsten ist bei Gelegenheit der kölnischen Ereignisse der Bürgerwehr von der guten Presse aufgespielt worden. Unterscheiden wir. Daß die Bürgerwehr sich weigerte, zum willenlosen Diener der Polizei herabzusinken – es war ihre Pflicht. Daß sie die Waffen freiwillig ablieferte, es ist nur durch eine Tatsache zu entschuldigen: Der liberale Teil derselben wußte, daß der illiberale Teil die Gelegenheit mit Jubel ergriff, um sich der Waffen zu entledigen. Der partielle Widerstand aber wäre nutzlos gewesen.

Die „Kölnische Revolution" hat *ein* Resultat gehabt. Sie hat das Dasein einer Phalanx von mehr als 2000 Heiligen enthüllt, deren „*satte* Tugend und zahlungsfähige Moral"[199] nur im Belagerungszustand ein „freies Leben" führt. Vielleicht findet sich einmal Veranlassung, „Acta Sanctorum"[336] – Biographien dieser Heiligen – zu schreiben. Unsere Leser werden dann erfahren, wie die „Schätze" erworben werden, die weder „Motten noch Rost" fressen, sie werden lernen, auf welche Weise der ökonomische Hintergrund der „guten Gesinnung" erobert wird.

Geschrieben von Karl Marx.

[1] hinterher

Das Ministerium Pfuel[323]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 116 vom 14. Oktober 1848]

* *Köln*, 13. Oktober. Als das Ministerium *Camphausen* stürzte, sagten wir: „Das Ministerium Camphausen hatte sein liberal-bürgerliches Gewand der Kontrerevolution umgeworfen. Die Kontrerevolution fühlt sich stark genug, die lästige Maske abzuschütteln. Ein beliebiges unhaltbares Ministerium des *linken Zentrums* (Hansemann) kann möglicherweise dem Ministerium vom 30. März auf einige Tage folgen. Sein wirklicher Nachfolger ist das *Ministerium des Prinzen von Preußen*". („N[eue] Rh[einische] Z[eitung"] Nr. 23 vom 23. Juni[1].) Und wirklich folgte das Ministerium *Pfuel* (von *Neufchâtel*[337]) dem Ministerium *Hansemann*.

Das Ministerium Pfuel geht mit den konstitutionellen Phrasen um, wie die Frankfurter Zentralgewalt mit der „deutschen Einheit". Wenn wir das corpus delicti, den wirklichen Körper dieses Ministeriums mit seinem Echo, seinen konstitutionellen Erklärungen, Beschwichtigungen, Vermittlungen, Vereinbarungen in der Berliner Versammlung vergleichen, so können wir nur *ein* Wort auf es anwenden, Falstaffs Wort:

„*Was wir alten Leute doch dem Laster des Lügens ergeben sind!*"[338]

Dem Ministerium Pfuel kann nur ein *Ministerium der Revolution* folgen.

Geschrieben von Karl Marx.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 96

Thiers' Rede über eine allgemeine Hypothekenbank mit Zwangskurs

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 116 vom 14. Oktober 1848]

* Herr Thiers publiziert in dem „Constitutionnel" eine Broschüre über das *„Eigentum"*.[339] Wir werden auf diese klassisch geschriebene Trivialität näher eingehen, sobald die Publikation vollständig erschienen ist. Herr Thiers hat sie plötzlich abgebrochen. Uns genügt einstweilen zu bemerken, daß die „großen" *belgischen* Blätter, der *„Observateur"*[175] und die *„Indépendance"*[125], schwärmen für die Schrift des Herrn Thiers. Heute verfolgen wir einen Augenblick die am 10. Oktober von Herrn Thiers in der französischen Nationalversammlung gehaltene Rede über die Hypothekenbons[340], eine Rede, die nach der belgischen „Indépendance" dem Papiergeld den „Todesstoß" versetzt hat. Aber Herr Thiers ist auch, wie „Indépendance" sagt, ein Redner, der mit gleicher Überlegenheit die politischen Fragen behandelt, die finanziellen, die sozialen.

Diese Rede interessiert uns nur, weil sie die Taktik der Ritter der alten Zustände zeigt, eine Taktik, die sie mit Recht den Don Quixoten der neuen entgegenhalten.

Verlangt eine teilweise Reform in den industriellen und kommerziellen Zuständen, wie Herr Turck[1], dem Thiers antwortet, und sie halten euch die Verkettung und die Wechselwirkung der Gesamtorganisation entgegen. Verlangt die Umwälzung der Gesamtorganisation, und ihr seid destruktiv, revolutionär, gewissenlos, utopistisch und überseht die *partiellen* Reformen. Also Resultat: Laßt alles beim Alten.

Herr Turck z. B. will den Bauern die Verwertung ihres Grundeigentums durch offizielle Hypothekenbanken erleichtern. Er will ihr Eigentum in Zirkulation bringen, ohne daß es durch die Hände des Wuchers hindurch-

[1] In der „Neuen Rheinischen Zeitung" immer irrtümlich: Türk

passieren muß. In Frankreich nämlich, wie in den Ländern überhaupt, wo die Parzellierung herrscht, hat sich die Herrschaft der Feudalherrn in die Herrschaft der Kapitalisten, haben sich die feudalen Leistungen des Bauern in bürgerliche Hypothekenverpflichtungen verwandelt.

Was antwortet Herr Thiers zunächst?

Wollt ihr den Bauern durch öffentliche Kreditanstalten helfen, so beeinträchtigt ihr den kleinen Handelsmann. Ihr könnt dem einen nicht helfen, ohne dem andern zu schaden.

Also müssen wir das *ganze Kreditsystem* umwandeln?

Beileibe nicht! Das ist eine Utopie. Also ist Herr Turck abgefertigt.

Der kleine Handelsmann, für welchen Herr Thiers so zärtlich sorgt, ist die *große* Bank von Frankreich.

Die Konkurrenz von Papierscheinen für zwei Milliarden Hypotheken würde ihr das Monopol und die Dividenden und vielleicht noch something more[1] ruinieren. Hinter dem Argument des Herrn Thiers steht also im Hintergrund – Rothschild.

Kommen wir zu einem andern Argument des Herrn Thiers. Der Vorschlag der Hypotheken, sagt Herr Thiers, geht die *Agrikultur* selbst eigentlich gar nichts an.

Daß das Grundeigentum nur unter erschwerenden Umständen in Zirkulation gesetzt wird, daß es sich nur mühsam verwertet, daß die Kapitalien es sozusagen fliehen, das alles, bemerkt Herr Thiers, liegt in der *„Natur"*. Es werfe nämlich nur kleinen Profit ab. Aber von der andern Seite kann Herr Thiers nicht leugnen, daß es in der „Natur" der modernen industriellen Organisation liegt, daß alle Industrien, also auch die Agrikultur, nur gedeihen, wenn ihre Produkte und ihre Instrumente leicht verwertet, in Umtausch gesetzt, mobilisiert werden können. Bei dem Grund und Boden ist das nicht der Fall. *Also* wäre der Schluß: Innerhalb der bestehenden zivilisierten Zustände kann die *Agrikultur* nicht gedeihen. Man muß daher die bestehenden Zustände ändern und ein kleiner, wenn auch inkonsequenter Anlauf zu einer solchen Veränderung ist der Vorschlag des Herrn Turck. Keineswegs! ruft Thiers aus. Die „Natur", d.h. die jetzigen sozialen Verhältnisse verdammen die Agrikultur zu ihrem jetzigen Zustande. Die jetzigen sozialen Verhältnisse sind *„Natur"*, d.h. unabänderlich. Die Behauptung ihrer Unveränderlichkeit ist natürlich der schlagendste Beweis gegen den Vorschlag jeder Veränderung. Wenn die „Monarchie" Natur ist, ist jeder republikanische Versuch eine Auflehnung gegen die Natur. Nach Herrn Thiers ist es auch

[1] einiges mehr

einleuchtend, daß das Grundeigentum immer *naturgemäß* dieselben kleinen Profite abwirft, sei es, daß der Staat dem Grundeigentümer die Kapitalien zu 3 oder der Wucherer zu 10 Prozent vorschießt. Es ist dies einmal „Natur".

Indem aber Herr Thiers den industriellen Profit und die Rente, welche die Agrikultur abwirft, miteinander identifiziert, stellt er geradezu auch eine den jetzigen sozialen Verhältnissen, dem, was er „Natur" nennt, widersprechende Behauptung auf.

Während der industrielle Profit im allgemeinen beständig fällt, steigt beständig die Grundrente, d.h. der Wert des Bodens. Herr Thiers hatte also das Phänomen zu erklären, daß der Bauer trotzdem beständig verarmt. Er läßt sich natürlich auf dies Gebiet nicht ein.

Von wirklich merkwürdiger Oberflächlichkeit ist ferner, was Thiers über den *Unterschied* der französischen und englischen Agrikultur sagt.

Der ganze Unterschied, belehrt uns Thiers, besteht in der *Grundsteuer*. Wir zahlen sehr hohe Grundsteuer, die Engländer gar keine. Abgesehen von der Unrichtigkeit der letztern Behauptung, weiß Herr Thiers sicher, daß in England die Armensteuer und eine Masse anderer in Frankreich nicht existierender Steuern auf die Agrikultur fallen. Das Argument des Herrn Thiers wird in umgekehrtem Sinn von englischen Anhängern der kleinern Agrikultur angewandt. Wißt ihr, sagen sie, warum das englische Getreide kostspieliger ist als das französische? Weil wir *Grundrente* zahlen und hohe Grundrente, was die Franzosen nicht tun, da sie im Durchschnitt nicht Pächter, sondern kleine Eigentümer sind. Es lebe daher das kleine Eigentum!

Es gehört die ganze unverschämte Trivialität von Thiers dazu, um die englische Konzentration des Arbeitsinstruments, des Bodens, wodurch Anwendung der Maschinerie und der Teilung der Arbeit im großen auf die Agrikultur möglich gemacht wird, die Wechselwirkung der englischen Industrie und des englischen Handels auf die Agrikultur, um alle diese vielverzweigten Verhältnisse in die eine nichtssagende Phrase aufzulösen, die Engländer zahlen *keine Grundsteuer*.

Der Ansicht des Herrn Thiers, daß die jetzige Hypothekenwirtschaft in Frankreich gleichgültig für die Agrikultur ist, setzen wir die Ansicht des größten französischen agronomischen Chemikers entgegen. *Dombasle* hat ausführlich bewiesen, daß, wenn das jetzige Hypothekenwesen sich *„der Natur"* gemäß in Frankreich fortentwickelt, die französische Agrikultur zu einer Unmöglichkeit werden wird.[341]

Welche freche Flachheit gehört überhaupt dazu, zu behaupten, der Agrikultur seien die Grundeigentumsverhältnisse gleichgültig, mit andern Worten,

der Produktion seien die gesellschaftlichen Verhältnisse gleichgültig, innerhalb deren produziert wird?

Es bedarf übrigens keiner weitern Auseinandersetzung, daß Herr Thiers, der den Kredit der großen Kapitalisten erhalten will, den kleinen keinen Kredit geben darf. Der Kredit der großen Kapitalisten ist eben die Kreditlosigkeit der kleinen. Wir leugnen allerdings, daß es möglich ist, den kleinen Grundeigentümern innerhalb des jetzigen Systems durch irgendein finanzielles Kunststück aufzuhelfen. Aber Thiers mußte dies behaupten, da er die jetzige Welt für die beste der Welten ansieht.

In bezug auf diesen Teil von Thiers' Rede bemerken wir daher nur noch eins: Indem er gegen die Mobilisation des Grundeigentums spricht und andererseits die englischen Verhältnisse preist, vergißt er, daß die Agrikultur in England gerade im höchsten Grade *den* Vorzug besitzt, daß sie fabrikmäßig betrieben wird und daß die Grundrente, d.h. das Grundeigentum ein mobiles, übertragbares Börsenpapier wie jedes andere ist. Fabrikmäßige Agrikultur, d.h. Betreibung der Agrikultur in der Weise der großen Industrie bedingt ihrerseits Mobilisation, kaufmännisch-leichte Austauschbarkeit des Grundeigentums.

Der zweite Teil der Rede des Herrn Thiers besteht in Angriffen auf das *Papiergeld* im allgemeinen. Er nennt die Ausgabe von Papiergeld überhaupt *Falschmünzerei*. Er erzählt uns die große Wahrheit, daß, wenn man eine zu große Masse Zirkulationsmittel, d.h. Geld auf den Markt wirft, man das Geld selbst entwertet, also doppelt betrügt, die Privaten und den Staat. Dies sei bei den Hypothekenbanken besonders der Fall.

Alles dies sind Entdeckungen, die man in den schlechtesten Katechismen der politischen Ökonomie findet.

Unterscheiden wir. Es ist klar, daß wir die Produktion, also den wirklichen Reichtum nicht vermehren, indem wir das Geld, sei es Papier- oder Metallgeld, willkürlich vermehren. So verdoppeln wir im Kartenspiel unsere Stiche nicht, wenn wir die Spielmarken verdoppeln.

Andererseits ist ebenso klar, daß, wenn die Produktion durch Mangel an Spielmarken, an Austauschmitteln, an Geld gehemmt wird, sich zu entwickeln, jede Vermehrung der Austauschmittel, jede Verminderung der Schwierigkeit, sich Austauschmittel zu verschaffen, zugleich eine *Vermehrung der Produktion* ist. Diesem Produktionsbedürfnisse verdanken Wechsel, Banken usw. ihren Ursprung. In dieser Weise kann die Agrikultur durch Hypothekenbanken gehoben werden.

Wofür Herr Thiers aber eigentlich kämpft, ist nicht das Metallgeld gegen das Papiergeld. Er selbst hat zu viel auf der Börse gespielt, um in den Vor-

urteilen der alten Merkantilisten befangen zu sein. Was er bekämpft, ist die Regelung des Kredits durch die im Staat repräsentierte Gesellschaft gegen die Regelung des Kredits durch das Monopol. Der Ansatz zu einer Regelung des Kredits im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse war eben der Turckesche Vorschlag einer allgemeinen Hypothekenbank, deren Scheine Zwangskurs hätten, so wenig dieser Vorschlag in seiner Isolierung bedeutet.

Geschrieben von Karl Marx.

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" und die Wiener Revolution

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 120 vom 19. Oktober 1848]

* *Köln*, 18. Oktober.

„Es waltet ein eigenes Geschick über Deutschland. Wenn man glaubt, man sei an dem Punkte angelangt, wo es gestattet sei, die Hand an den Wiederaufbau des gemeinsamen Vaterlandes zu legen, wenn man *dafür den Blick dankbar zum Himmel erhebt*, so entladen sich die Gewitterwolken, die Europa stets noch umlagern, in neuen gewaltigen Schlägen und machen *die Hände erzittern*, die sich dem Verfassungswerke Deutschlands gewidmet haben. Einen solchen Donnerschlag haben wir soeben wieder in *Wien* erlebt."

So klagt der „Moniteur" der Reichsverwesung, die „*Frankfurter Oberpostamts-Zeitung*". Dies brave Blatt, dessen letzter Redakteur[1] auf der Liste der von Guizot bezahlten Kreaturen prangte, nahm seine Stellung einen Augenblick au sérieux[2]. Die Zentralgewalt mit ihrer parlamentarischen Umrahmung, dem Frankfurter Konzil[3], erschien ihm als eine ernsthafte Macht. Statt direkt ihre kontrerevolutionären Ordres an ihre Untertanen auszuteilen, ließen die 38 deutschen Regierungen sich von der Zentralgewalt zu Frankfurt den Befehl erteilen, ihre eigenen Beschlüsse auszuführen. Alles war im besten Gange, wie zur Zeit der Mainzer Immediatkommission[342]. Die Zentralgewalt konnte sich einbilden, eine Gewalt, und ihr „Moniteur" konnte sich einbilden, ein „Moniteur" zu sein. „Nun danket alle Gott", sang er, „die Hände zum Himmel erhoben."

Und nun „erleben" wir von Wien aus einen Donnerschlag. Die „*Hände*" unserer Lykurge „*erzittern*", trotz der Armee von Pickelhauben, die ebenso viele Blitzableiter der Revolution sind; trotz der Dekrete, worin die Kritik

[1] Karl Peter Berly – [2] zu ernst – [3] Bezeichnung von Marx für die Frankfurter Nationalversammlung

der schwarz-rot-goldenen Personen und Gesta[1] zu einem hochnotpeinlichen Kasus dekretiert wird[343]; trotz der Kraftworte jener gigantischen Figuren Schmerling, Mohl und Gagern. Von neuem brüllt das revolutionäre Ungeheuer – und man „*zittert*" zu Frankfurt. Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" wird aus ihrem Dankgebete aufgeschreckt. – Tragisch grollt sie dem eisernen Verhängnis.

Zu Paris die Thierspartei[157] obenauf, zu Berlin das Ministerium Pfuel mit Wrangels in allen Provinzen, zu Frankfurt eine Zentral-Gendarmerie, in ganz Deutschland mehr oder minder versteckter Belagerungszustand, Italien von dem milden Ferdinand und Radetzky pazifiziert, Jellachich Kommandant von Ungarn, nach Vernichtung der Magyaren gemeinsam mit Windischgrätz zu Wien „kroatische Freiheit und Ordnung" proklamierend, zu Bukarest die Revolution im Blut erstickt, die Donaufürstentümer mit den Wohltaten des russischen Regimes beglückt, in England alle Führer der Chartisten verhaftet und deportiert, Irland zu ausgehungert, um sich bewegen zu können – sage, was willst du mehr?[226]

Die Wiener Revolution hat noch nicht gesiegt. Ihr erstes Wetterleuchten aber genügte, um alle Positionen der Kontrerevolution vor Europa klarzulegen und so einen universellen Kampf auf Leben und Tod unvermeidlich zu machen.

Die Kontrerevolution ist noch nicht vernichtet, aber sie hat sich *lächerlich* gemacht. In Held *Jellachich* sind alle ihre Helden zu komischen Figuren verwandelt, und in *Fuad Effendis* Proklamation nach dem Blutbade von Bukarest[249] sind alle Proklamationen der Freunde der „verfassungsmäßigen Freiheit und Ordnung" zu Tode parodiert, von den Reichstagsproklamationen bis zur kleinsten Heuleradresse herab.

Wir werden morgen ausführlich auf die unmittelbare Lage Wiens und die östreichischen Verhältnisse überhaupt zu sprechen kommen.

Geschrieben von Karl Marx.

[1] Taten

Antwort des Königs von Preußen an die Deputation der Nationalversammlung

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 120 vom 19. Oktober 1848]

**Köln*, 18. Oktober. Der König ist jedenfalls konsequent. Se. Majestät widerspricht sich nie. Zu der Deputation der Frankfurter Nationalversammlung sagte er bei Gelegenheit des Kölner Dombaufestes:

„Die Bedeutsamkeit Ihrer Versammlung verstehe ich sehr wohl, meine Herren. Ich sehe sehr wohl ein, wie wichtig Ihre Versammlung ist!" – die Stimme Sr. Majestät nahm hier einen sehr ernsten, schneidenden Ton an – „Vergessen Sie aber auch nicht, daß es noch Fürsten in Deutschland gibt" – hier legte Se. Majestät die Hand aufs Herz und sprach mit ungemeinem Nachdruck – „und vergessen Sie nicht, daß Ich dazu gehöre!"

Eine ähnliche Antwort erhielt auch die Deputation der Berliner Versammlung, als sie am 15. Oktober im Schlosse Bellevue Sr. Majestät die Gratulationsvisite machte. Der König sprach:

„Wir sind im Begriffe, einen Bau aufzuführen, welcher Jahrhunderte währen soll. Aber, meine Herren, ich mache Sie auf eins aufmerksam. Wir besitzen noch eine gewiß von vielen Seiten beneidete angestammte Obrigkeit *von Gottes Gnaden*" – diese Worte sprach der König mit großem Nachdruck – „welche noch mit voller Macht ausgestattet ist. Sie ist das Fundament, auf welchem einzig und allein jenes Gebäude aufgeführt werden kann, wenn es so von Dauer sein soll, wie ich erwähnte."

Der König ist konsequent. Er würde immer konsequent gewesen sein, wenn nicht leider die Märztage jenes verhängnisvolle Stück Papier zwischen Se. Majestät und das Volk geschoben[102] hätten.

Se. Majestät scheinen wieder in diesem Augenblicke, wie vor den Märztagen, an die *„eisernen Füße"*[344] des Slawentums zu glauben. Das Volk zu Wien ist vielleicht der Zaubrer, der das Eisen in Ton verwandeln wird.

Geschrieben von Karl Marx.

Antwort Friedrich Wilhelm IV. an die Deputation der Bürgerwehr

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 121 vom 20. Oktober 1848]

* *Köln*, 18. Oktober. *Friedrich Wilhelm IV.* antwortete dem Berliner Bürgerwehrkommandanten *Rimpler* auf seine Gratulation bei Gelegenheit des 15. Oktober:

„Ich weiß, daß ein heldenmütiges und tapferes Volk auch ein *treues* ist. Aber vergessen Sie nicht, *daß Sie die Waffen von mir haben*, und ich es als eine Pflicht fordere, daß Sie für die Wahrung der Ordnung, des Gesetzes und der Freiheit einstehen."

Die konstitutionellen Könige sind *unverantwortlich*, unter der Bedingung, *unzurechnungsfähig* zu sein – im konstitutionellen Sinne natürlich. Ihre Handlungen, ihre Worte, ihre Mienen, nicht ihnen selbst gehören sie, sie gehören den *verantwortlichen Ministern.*

Hansemann z.B. ließ bei seinem Exit den König sagen, die Ausführung des Steinschen Armeebefehls[308] sei unvereinbar mit der konstitutionellen Monarchie. *Pfuel* führte ihn aus – im parlamentarischen Sinne nämlich. Hansemann war kompromittiert – im konstitutionellen Sinne. Der König selbst hatte sich nicht widersprochen, weil er nicht gesprochen hatte – immer im konstitutionellen Sinne.

So ist obige Erklärung des Königs nichts anders als eine *ministerielle* Erklärung, und als solche unterliegt sie der Kritik.

Behauptet *Pfuel*, der König habe aus freiem Antriebe die Bürgerwehr geschaffen, so behauptet er, der König sei der *Urheber* der *Märzrevolution*, was Unsinn ist – sogar im konstitutionellen Sinne.

Abgesehn davon.

Nachdem Gott die Welt und die Könige von Gottes Gnaden geschaffen hatte, überließ er die kleinere Industrie den Menschen. „*Waffen*" sogar und Lieutenantsuniformen werden auf profanem Wege fabriziert, und der profane

Weg der Fabrikation schafft nicht wie die himmlische Industrie aus Nichts. Er bedarf des Rohmaterials, der Arbeitsinstrumente und des Arbeitslohns, lauter Sachen, die man unter dem schlichten Namen *Produktionskosten* zusammenfaßt. Diese Produktionskosten werden für den Staat durch die *Steuern* aufgebracht, und die Steuern werden durch die *Nationalarbeit* aufgebracht. Im *ökonomischen* Sinne bleibt es also ein Rätsel, wie irgendein König irgendeinem Volke irgend etwas *geben* kann. Erst muß das Volk Waffen machen und dem Könige Waffen geben, um vom Könige Waffen erhalten zu können. Der König kann immer nur geben, was ihm gegeben wird. *So im ökonomischen Sinne*. Die *konstitutionellen* Könige erstehen aber gerade in Augenblicken, wo man diesem *ökonomischen Geheimnisse* auf die Spur kommt. Die ersten Anlässe zum Sturze der Könige von Gottes Gnaden waren daher stets – *Steuerfragen*. So auch in Preußen. Sogar die *immateriellen* Waren, die Privilegien, die sich die Völker von den Königen *geben* ließen, haben sie nicht nur vorher den Königen gegeben, sie haben das Rückgeben ihnen immer *bar* bezahlt – mit Blut und mit klingender Münze. Verfolgt z.B. die *englische* Geschichte seit dem 11. Jahrhundert, ihr werdet ziemlich genau berechnen können, wieviel eingeschlagene Hirnschädel und wieviel Pfund Sterling jedes konstitutionelle Privilegium gekostet hat. Herr Pfuel scheint uns in die guten Zeiten der *Davenantschen ökonomischen Tabelle*[345] zurückführen zu wollen. In dieser Tabelle über die englische Produktion heißt es nämlich u. a.:

§ 1. *Produktive Arbeiter:* Könige, Offiziere, Lords, Landgeistliche usw.

§ 2. *Unproduktive Arbeiter:* Matrosen, Bauern, Weber, Spinner usw.

Nach dieser Tabelle schafft § 1 und empfängt § 2. In diesem Sinn läßt Herr Pfuel den König geben.

Die Pfuelsche Erklärung beweist, was man in Berlin von dem Heros der „kroatischen Ordnung und Freiheit“[1] erwartet.

Die letzten Vorfälle in Berlin erinnern an die ebenfalls von der Kamarilla hervorgerufenen Wiener Streitigkeiten zwischen Bürgerwehr und Volk am 23. August. *Diesem 23. August folgte ein 5. Oktober.*

Geschrieben von Karl Marx.

---

[1] Jellachich

Die „Réforme" über die Juniinsurrektion

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 123 vom 22. Oktober 1848]

* *Paris*. Als die „*Neue Rheinische Zeitung*" am 29. Juni mit Ausnahme des englischen „*Northern Star*" das *einzige* europäische Blatt war, welches den Mut und die Einsicht hatte, die Junirevolution richtig zu würdigen[1], wurde sie nicht widerlegt, sondern denunziert.

Die Tatsachen bestätigen nachträglich unsere Auffassung selbst für das blödeste Auge, soweit das Interesse nicht alle Sehkraft raubt.

Damals blamierte sich auch die *französische* Presse. Die entschiedenen Pariser Zeitungen waren unterdrückt. Die „Réforme", das einzige radikale Journal, dem Cavaignac fortzuexistieren erlaubte, stotterte Entschuldigungen für die hochherzigen Junikämpfer und bettelte bei dem Sieger um ein Almosen Humanität für die Besiegten. Man hörte natürlich nicht auf den Bettler. Es bedurfte erst des vollständigen Verlaufs des Junisiegs, der monatlangen Diatriben der nicht von dem Belagerungszustand gefesselten Provinzialblätter, der augenfälligen Auferstehung der Thierspartei[157], um die „Réforme" zur Besinnung zu bringen.

Bei Gelegenheit des Amnestieprojekts der äußersten Linken[346] bemerkt sie in ihrer Nummer vom 18. Oktober:

„Das Volk, als es von den Barrikaden stieg, bestrafte niemanden. Das Volk! Damals war es der Herrscher, der Souverän, der Sieger; man küßte ihm die Füße, die Hände, man salutierte vor seinen Blusen, man akklamierte seinen edlen Gefühlen. Und mit Recht. Es war großmütig.

Heute hat das Volk seine Kinder, seine Brüder in den Kerkern, auf den Galeeren und vor den Kriegsgerichten. Nachdem es die Geduld des Hungers erschöpft hatte, nachdem es eine ganze Bevölkerung von Ehrsüchtigen, die es von der Straße aufgerafft, ruhig an sich hatte vorbeigehen und Paläste hinaufsteigen gesehn, nachdem es

[1] Siehe vorl. Band, S. 133–137

drei lange Monate hindurch der Republik Kredit geschenkt hatte, verlor es eines Tages den Kopf mitten zwischen seinen ausgehungerten Kindern und seinen hinsiechenden Vätern und stürzte sich in die Schlacht.

Es hat teuer gezahlt. Seine Söhne sind unter den Kugeln gesunken, und diejenigen, die übrigblieben, teilte man in zwei Teile. Den einen warf man den Kriegsgerichten vor, den andern verpackte man zur Deportation, ohne Untersuchung, ohne das Recht der Verteidigung, ohne Urteil! Diese Methode ist jedem Lande fremd, selbst dem Lande der Kabylen.

Nie während ihrer zwanzigjährigen Dauer hatte die Monarchie ähnliches gewagt.

Damals kamen die Journale, die in Dynastien spekulieren, berauscht von dem Geruche der Leichname, kühn und schnell bereit zum Insulte gegen die Toten" (vgl. die „*Kölnische Zeitung*" vom 29. Juni), „spien sie alle Verleumdungen gehässiger Bosheit aus, vierteilten sie das Volk vor der gerichtlichen Untersuchung in seiner Ehre, und schleiften sie die Besiegten, Tote und Lebende, vor die Ausnahmsgerichte; sie denunzierten sie der Raserei der Nationalgarden und des Heers, sie machten sich zu Mäklern[1] des Henkers, zu Knechten des Prangers, Lakaien wahnsinniger Rachgelüste, erfanden sie Verbrechen; sie vergifteten unsern Unstern und sie raffinierten die Beleidigung und die Lüge!" (Vgl. die „N[eue] Rh[einische] Z[eitung]" vom 1. Juli über den französischen „Constitutionnel", die belgische „Indépendance" und die „Kölnische Zeitung"[2].)

„Der ‚Constitutionnel' hielt offene Butik mit gräßlichen Verstümmelungen und unwürdigen Greueln. Er wußte sehr wohl, daß er *log*, aber das paßte nun einmal in seinen Handel und in seine Politik, und, Handelsmann und Diplomat zugleich, verkaufte er ‚nach dem Verbrechen', wie man sonst ‚nach der Elle' verkauft. Diese schöne Spekulation mußte einmal ein Ende nehmen. Die Widersprüche regneten: nicht der Name eines einzigen Galeerensträflings auf den Akten der Kriegsgerichte, auf den Bulletins der Transportation. Es gab kein Mittel mehr, die Verzweiflung herabzuwürdigen, und man schwieg, nachdem man den Profit einkassiert hatte."

Geschrieben von Karl Marx.

[1] veraltete Pluralform für Makler – [2] siehe vorl. Band, S. 138–144

Die englisch-französische Vermittlung in Italien

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 123 vom 22. Oktober 1848]

* *Köln*, 21. Oktober. Die *englisch-französische Vermittlung in Italien ist aufgegeben.* Der Totenkopf der Diplomatie grinst nach jeder Revolution und namentlich nach den Reaktionen, die jeder Revolution folgen. Die Diplomatie verkriecht sich in ihr parfümiertes Beinhaus, sooft der Donner einer neuen Revolution grollt. Die *Wiener Revolution* hat die französisch-englische Diplomatie weggeblasen.

Palmerston hat seine Ohnmacht eingestanden, *Bastide* hat sie eingestanden. Die Wiener Revolution hat den langweiligen Korrespondenzen dieser Herren, wie sie erklären, ein Ende gemacht. Bastide hat dies dem sardinischen Gesandten, dem Marquis *Ricci*, offiziell eröffnet.

Auf Befragen des letztern, „ob Frankreich unter gewissen Umständen die Waffen zugunsten Sardiniens ergreifen würde"[347], hat der farouche[1] Republikaner Bastide (vom „*National*") einen Knix gemacht, einmal, zweimal, dreimal und gesungen:

> Vertraut auf mich und helft euch selbst,
> So wird auch Gott euch helfen.[162]

Frankreich halte am Prinzipe der *Nichtintervention* fest, an demselben Prinzipe, von dessen Bekämpfung *Bastide* und die übrigen Herren des „*National*"[132] jahrelang zehrten zu Guizots Zeiten.

In dieser *italienischen* Frage hätte sich die französische „*honette*" Republik tödlich blamiert, wäre sie nicht erhaben über alle Schmach seit dem schicksalsschwangern Juni.

Rien pour la gloire![2] sagen die Freunde des Handels unter allen Umständen. Rien pour la gloire! ist das Motto der tugendhaften, der gemäßigten,

[1] wilde – [2] Nichts um des Ruhmes willen!

der anständigen, der gesetzten, der honetten, mit einem Worte – der Bourgeoisrepublik. Rien pour la gloire!

Lamartine war die Einbildung der Bourgeoisrepublik von sich selbst, die überschwengliche, die phantastische, die schwärmerische Vorstellung, die sie sich von sich selbst machte, ihr Traum von ihrer eigenen Herrlichkeit. Was kann man sich nicht alles einbilden! Wie Äolus aus seinem Schlauche alle Winde, so entfesselte er alle Luftgeister, alle Phrasen der Bourgeoisrepublik und blies sie nach Ost und West, windige Worte von Fraternität aller Völker, von der Emanzipation, die allen Völkern durch Frankreich bevorstehe, von Aufopferung Frankreichs für alle Völker.

Er tat – *nichts.*

Die Tat zu seinen Phrasen übernahm *Cavaignac* und sein auswärts gekehrtes Organ, Bastide.

Die unerhörten Szenen in Neapel, die unerhörten Szenen in Messina, die unerhörten Szenen im Mailändischen ließen sie ruhig unter ihren Augen vorgehen.

Und damit nicht der geringste Zweifel übrigbliebe, daß in der *„honetten"* Republik dieselbe *Klasse* herrsche, also auch dieselbe auswärtige Politik wie unter der konstitutionellen Monarchie, unter Cavaignac dieselbe wie unter Louis-Philippe, nimmt man in den Völkerzwisten zu dem alten ewig neuen Mittel seine Zuflucht, zur entente cordiale[14] mit England, mit dem England Palmerstons, mit dem England der kontrerevolutionären Bourgeoisie.

Die Geschichte durfte aber die *Spitze* nicht vergessen, die Pointe. Ein Redakteur des *„National"*, *Bastide,* mußte krampfhaft die Hand Englands ergreifen. Und die entente cordiale war der Haupttrumpf, den der arme Anglophage „National" sein Leben lang ausgespielt hatte gegen Guizot.

Auf dem Grabstein der „honetten" Republik wird zu lesen sein: *Bastide-Palmerston.*

Aber selbst die entente cordiale Guizots ist von den „honetten" Republikanern überboten worden. Die Offiziere der französischen Flotte ließen sich von den neapolitanischen Offizieren in einem Bankett traktieren – und jubelten Gesundheit zu dem *Könige von Neapel,* dem *blödsinnigen Tiger* Ferdinand, auf den noch rauchenden Trümmern von Messina. Über ihren Köpfen aber verdampften die Phrasen *Lamartines.*

Geschrieben von Karl Marx.

Der „konstitutionelle Musterstaat"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 123 vom 22. Oktober 1848]

**Köln*, 21. Oktober. Wir kommen immer wieder und immer mit erneuter Genugtuung auf unsern *„konstitutionellen Musterstaat"*, auf Belgien, zurück.

In einer früheren Nummer unserer Zeitung wiesen wir nach, daß der *„größte Vasall Leopolds der Pauperismus"* ist. Wir zeigten nach, daß, wenn die *Verbrechen*, auch nur der jungen Knaben und Mädchen unter 18 Jahren, in gleicher Proportion wie vom Jahre 1845–1847 sich naturwüchsig weiter entwickelten, „im Jahre 1856 ganz Belgien im Gefängnis sitzen würde, die ungebornen Kinder mitgezählt". Wir wiesen ebendaselbst nach, daß mit dem Wachstume des Pauperismus und des Verbrechens das Versiechen der industriellen Einkommenquellen Belgiens gleichen Schritt hält (Nr. 68 der „N[euen] Rh[einischen] Z[eitung]").[1]

Heute werfen wir einen Blick auf die *finanziellen* Zustände des *„Musterstaats"*.

	Francs
Das ordentliche Budget von 1848	119 000 000
Erste gezwungene Anleihe	12 000 000
Zweite gezwungene Anleihe	25 000 000
Bankbillets mit gezwungenem Kurs	12 000 000
Totalsumme:	168 000 000
Hinzuzufügen Bankbillets mit gezwungenem Kurs, unter Staatsgarantie ..	40 000 000
Summe:	208 000 000

[1] Siehe vorl. Band, S. 315–318

Belgien, erzählt uns Rogier, steht wie ein Fels von den weltgeschichtlichen Stürmen umbraust, aber unerregt. Es steht auf den Urgebirgen seiner breiten Institutionen. Die 208 000 000 Fr[ancs] sind die prosaische Übersetzung der wundertätigen Kraft jener Musterinstitutionen. Das konstitutionelle Belgien geht nicht unter an der revolutionären Entwicklung. Es geht schmählich zugrunde am – *Bankerutt.*

Das *liberale* belgische Ministerium, das Ministerium Rogier, ist wie alle liberalen Ministerien nichts anders als ein Ministerium der Kapitalisten, der Bankiers, der hohen Bourgeoisie. Wir werden sogleich sehen, wie es, dem wachsenden Pauperismus und der sinkenden Industrie zum Trotz, die raffiniertesten Mittel nicht verschmäht, das gesamte Volk zugunsten der Bankbarone stets von neuem zu exploitieren.

Die zweite Anleihe, die in der obigen Zusammenstellung aufgestellt ist, wurde den Kammern hauptsächlich abgerungen durch die Versicherung, man wolle die *Schatzscheine* einlösen. Diese Schatzscheine hatte unter dem katholischen Ministerium *de Theux* der katholische Finanzminister *Malou* ausgegeben. Es waren diese Schatzscheine ausgegeben für freiwillige Anleihen, die einige Finanzbarone dem Staat gemacht hatten. Sie bildeten das Hauptthema, das unerschöpfliche Thema der heulenden Diatriben unsers Rogiers und seiner liberalen Konsorten gegen das Ministerium de Theux.

Was tut nun das liberale Ministerium? Es kündet im „Moniteur"[258] – Belgien besitzt seinen „Moniteur" – eine neue Ausgabe von Schatzscheinen zu 5 Prozent an.

Welche Schamlosigkeit, Schatzscheine auszugeben, nachdem man eine gezwungene Anleihe von 25 000 000 Fr[ancs] nur unter dem Vorwande erschlichen hatte, die so verlästerten von Malou ausgegebenen Schatzscheine einzulösen? Aber nicht genug.

Die Schatzscheine sind zu 5 Prozent ausgegeben. Belgische Papiere, die auch unter Staatsgarantie stehen, verzinsen sich zu 7 und 8 Prozent. Wer wird also sein Geld in Schatzscheine stecken? Und überdem hat die Lage des Landes überhaupt und die gezwungenen Anleihen wenige übriggelassen, die imstande wären, dem Staate freiwillige Vorschüsse zu machen.

Was also der Zweck dieser neuen Ausgabe von Schatzscheinen?

Die *Banken* haben die Billets mit Zwangskurs, zu deren Ausgabe die liberale Regierung sie ermächtigte, noch bei weitem nicht alle in Umlauf zu setzen vermocht. Es befinden sich in ihren Portefeuilles noch einige Millionen dieser nutzlosen Papiere, die natürlich nichts einbringen, solange sie hermetisch in den Portefeuilles verschlossen bleiben. Gibt es ein besseres Mittel,

dies Papier in Umlauf zu setzen, als es dem Staate im Austausche für Schatzscheine zu geben, die 5 Prozent einbringen?

Die Bank zieht so für mehrere Millionen Papierschnitzel, die ihr nichts gekostet und die überhaupt nur einen Tauschwert haben, weil der Staat ihnen einen Tauschwert gegeben hat, 5 Prozent. Der steuerpflichtige belgische Pöbel wird auf dem nächsten Budget ein Defizit von einigen 100000 Fr[ancs] mehr finden, die er pflichtgemäß aufzubringen hat, alles zum Besten der armen Bank.

Ist es zu verwundern, daß die belgischen Finanzbarone die konstitutionelle Monarchie einträglicher finden als die Republik? Das katholische Ministerium hegte und pflegte hauptsächlich die *heiligsten,* d.h. die *materiellen* Interessen der Landlords. Das liberale Ministerium behandelt mit gleich zärtlicher Sorgfalt die Interessen der Landlords, der Finanzbarone und der Hoflakaien. Welch Wunder, daß unter seiner kunstgerechten Hand diese sogenannten Parteien, die gleich heißhungrig auf den Nationalreichtum, oder in Belgien vielmehr auf die Nationalarmut losstürzen und bei dieser Gelegenheit sich zuweilen in die Haare fielen, nun alle versöhnt sich in die Arme sinken und nur noch eine einzige große Partei bilden, die *„nationale Partei“*?

Geschrieben von Karl Marx.

Der Staatsprokurator „Hecker“ und die „Neue Rheinische Zeitung“

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 129 vom 29. Oktober 1848]

* *Köln*, 28. Oktober. Nr. 116 der „Neuen Rheinischen Zeitung“ brachte *hinter dem Striche*, d.h. außerhalb des politischen Teils der Zeitung, *„Ein Wort an das deutsche Volk“*, unterzeichnet *„Hecker“*. Dies *„historische Aktenstück“* hatten deutsche Zeitungen *vor* der „Neuen Rheinischen Zeitung“ mitgeteilt. Andere deutsche Zeitungen, rheinpreußische und altpreußische nicht ausgenommen, brachten es später. Selbst die *„Kölnische Zeitung“*[104] besaß historischen Sinn genug, die Proklamation von Struve abzudrucken, nicht minder die von Fuad Effendi[249].

Wir wissen nicht – ließen die Lorbeeren des Republikaners Hecker den Staatsprokurator Hecker nicht ruhig schlafen? Die erstaunte Welt, sollte sie erfahren, daß die deutsche Revolution doppelt geschlagen sei durch die Flucht des Republikaners Hecker nach New York, durch die Anwesenheit des Staatsprokurators Hecker zu Köln? Man kann es nicht leugnen. Die Nachwelt wird in diesen beiden Riesengestalten die Gegensätze der modernen Bewegung dramatisch zusammengefaßt sehn. Ein künftiger *Goethe* wird sie in einen „Faust“ binden. Wir überlassen es ihm, welchem Hecker er die Rolle des Faust zuteilen will, welchem die des Wagner.

Genug. Dem phantastischen Abschiedsworte des Republikaners Hecker folgte ein nicht minder phantastisches Requisitorium des Staatsprokurators Hecker.

Oder täuschen wir uns? Glaubt Hecker, der Staatsprokurator, *„das Wort an das deutsche Volk“* sei eigenstes Fabrikat der „Neuen Rheinischen Zeitung“, und in ihrer erfinderischen Bosheit habe diese Zeitung ihre eigene Proklamation „Hecker“ unterzeichnet, um dem deutschen Volke glauben zu machen, Hekker, der Staatsprokurator, wandere aus nach New York, Hecker, der Staats-

prokurator, proklamiere die deutsche Republik, Hecker, der Staatsprokurator, sanktioniere amtlich revolutionäre fromme Wünsche?

Eine solche Finte war glaublich, denn das in der Beilage zu Nr. 116 der „Neuen Rheinischen Zeitung" abgedruckte Aktenstück ist nicht *Friedrich* Hecker unterschrieben, sondern tout bonnement[1] „Hecker". Hecker ohne Schnörkel, einfacher Hecker! Und besitzt Deutschland nicht einen zweifachen Hecker?

Und wer von den zweien ist der „einfache Hecker"? Zweideutig bleibt diese Einfachheit immerhin, wir meinen inkulpierend für die „Neue Rheinische Zeitung".

Wie dem auch sei, Herr Hecker, der Staatsprokurator, sah offenbar in dem „*Wort an das deutsche Volk*" ein *Fabrikat* der „Neuen Rheinischen Zeitung". Er erblickte darin eine *direkte Aufforderung zum Umsturze der Regierung*, Hochverrat in ausgebildetster Form oder zum allerwenigsten Teilnahme am Hochverrat, was nach dem Code pénal[166] „einfacher" Hochverrat ist.

Herr Hecker trug also bei dem Instruktionsrichter darauf an, nicht den unterzeichneten Geranten[2], sondern den Redakteur en chef, *Karl Marx*, als Hochverräter zu „*konstituieren*". Einen als *Hochverräter* „konstituieren" heißt aber mit andern Worten, einen vorläufig ins Gefängnis stecken und ihn bis aufs weitere mit der Untersuchungshaft bestrafen. Es handelt sich hier um die „Konstitution" des Zellengefängnisses. Der Instruktionsrichter weigerte sich. Wenn Herr Hecker einmal eine Idee gefaßt hat, so verfolgt er seine Idee. Den Redakteur en chef der „Neuen Rheinischen Zeitung" zu „konstituieren", war ihm zur *fixen Idee* geworden, wie der Name „Hecker" unter dem „Abschiedswort" zur *Fiktion*. Er wandte sich also an die Ratskammer. Die Ratskammer weigerte sich. Er ging von der Ratskammer an den Appellsenat. Der Appellsenat weigerte sich. Aber Herrn Hecker, den Staatsprokurator, verließ seine fixe Idee nicht, den Redakteur en chef der „Neuen Rheinischen Zeitung", *Karl Marx*, immer in dem angegebenen Sinne, zu „konstituieren". Die Ideen des Parquets sind, wie man sieht, keine spekulativen Ideen im Hegelschen Sinne. Es sind Ideen im Kantschen Sinne. Einfälle der „*praktischen*" Vernunft.

Karl Marx konnte nimmer gleich direkt als Hochverräter „konstituiert" werden, konstituierte selbst der Abdruck revolutionärer Tatsachen oder Proklamationen eine Zeitung zur Hochverräterin. Zunächst hatte man sich an *den* zu halten, der die Zeitung *unterzeichnet*, ganz besonders in diesem Falle, wo

[1] ganz einfach – [2] Korff

das fragliche Aktenstück *unter dem Strich* steht. Was blieb übrig? Eine Idee gibt die andere. Man konnte *Karl Marx* nach Artikel 60 des Code pénal als Komplice des angeblich vom Geranten begangenen Verbrechens zitieren. Man kann ihn, wenn man will, auch als Komplice jener Annonce, stehe sie selbst in der „Kölnischen Zeitung", zitieren. *Karl Marx* erhielt also von dem Instruktionsrichter einen Erscheinungsbefehl, erschien und wurde zu Protokoll vernommen. Die Setzer wurden, soviel wir wissen, als Zeugen geladen, der Korrektor wurde als Zeuge geladen, der Druckereibesitzer wurde als Zeuge geladen. Endlich aber wurde der *Gerant* als *Zeuge* geladen. Die letzte Ladung verstehen wir nicht.

Soll der angebliche Autor gegen seinen Komplicen zeugen?

Um in unserer Geschichtserzählung vollständig zu sein: Eine Haussuchung wurde im Büro der „Neuen Rheinischen Zeitung" abgehalten.

Hecker, der Staatsprokurator, hat Hecker, den Republikaner, übertroffen. Der eine vollbringt rebellische Tatsachen und erläßt rebellische Proklamationen. Der andere streicht die Tatsachen trotz allem Widerstreben aus, aus den Memoiren der Zeitgeschichte, aus den *Zeitungen*. Er macht das Geschehene ungeschehn. Teilt die „schlechte Presse" revolutionäre Tatsachen und Proklamationen mit, so hochverrät sie doppelt. Sie ist moralischer Komplice; sie teilt die rebellischen Tatsachen nur mit, weil dieselben sie innerlich kitzeln. Sie ist Komplice im gewöhnlichen juristischen Sinne; indem sie referiert, verbreitet sie, und indem sie verbreitet, macht sie sich zum Werkzeuge des Aufruhrs. Nach beiden Seiten hin wird sie daher „konstituiert" und genießt so die *Früchte* der „Konstitution". Die „gute Presse" dagegen wird das Monopol haben, revolutionäre Aktenstücke und Tatsachen mitzuteilen oder nicht mitzuteilen, zu verfälschen oder nicht zu verfälschen. *Radetzky* hat diese Theorie angewandt, indem er den Mailänder Blättern verbot, die Wiener Tatsachen und Proklamationen mitzuteilen. Dagegen brachte die „Mailänder Zeitung"[348] an der Stelle der großen Wiener „Revolution" einen eigens von Radetzky komponierten kleinen Wiener Krawall. Ein Aufstand soll, so munkelt man, nichtsdestoweniger in Mailand ausgebrochen sein.

Herr Hecker, der Staatsprokurator, ist, wie jedermann weiß, *Mitarbeiter* an der „Neuen Rheinischen Zeitung"[1]. Als unserm Mitarbeiter vergeben wir ihm viel, nur nicht die Sünde gegen den unheiligen „Geist" unserer Zeitung. Und er begeht eine solche Sünde, indem er mit einem Mangel an Kritik, der an einem Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung" unerhört ist, die Proklamation Heckers, des Flüchtlings, in die Proklamation der „Neuen

[1] Siehe vorl. Band, S. 175–177

Rheinischen Zeitung" verwandelt. Friedrich Hecker verhält sich *pathetisch*, die „Neue Rheinische Zeitung" verhält sich *kritisch* zur Bewegung. Friedrich Hecker erwartet alles von dem magischen Wirken einzelner *Persönlichkeiten*. Wir erwarten alles von den Kollisionen, die aus den ökonomischen *Verhältnissen* hervorgehn. Friedrich Hecker reist nach den Vereinigten Staaten, um die „Republik" zu studieren. Die „Neue Rheinische Zeitung" findet in den großartigen Klassenkämpfen, die innerhalb der *französischen Republik* vorgehen, interessantere Gegenstände des Studiums als in einer Republik, wo die Klassenkämpfe im Westen noch nicht existieren und im Osten nur noch in der alten lautlosen englischen Form sich bewegen. Für Friedrich Hecker sind die sozialen Fragen Konsequenzen der politischen Kämpfe, für die „Neue Rheinische Zeitung" sind die politischen Kämpfe nur die Erscheinungsformen der sozialen Kollisionen. Friedrich Hecker könnte ein guter trikolorer Republikaner sein. Die eigentliche Opposition der „Neuen Rheinischen Zeitung" beginnt erst in der trikoloren Republik.

Wie hätte z.B. die „Neue Rheinische Zeitung", ohne vollständig ihre Vergangenheit zu desavouieren, dem deutschen Volke zurufen können:

> „Schart euch um die Männer, welche das Banner der Volkssouveränität hoch und bei demselben treue Wache halten, um die Männer der äußersten Linken zu Frankfurt a. M.; schließt euch in Rat und Tat fest an die tapferen Führer der republikanischen Schilderhebung."

Wir haben wiederholt erklärt, daß wir kein „parlamentarisches" Blatt sind[1] und uns daher nicht scheuen, von Zeit zu Zeit den Zorn selbst der äußersten Linken von Berlin und Frankfurt auf unser Haupt zu ziehen. Wir haben den Herrn von Frankfurt zugerufen, sich an das Volk, wir haben nie dem Volke zugerufen, sich an die Herren von Frankfurt anzuschließen. Und „die tapfern Führer der republikanischen Schilderhebung", wo sind sie, wer sind sie? Hecker ist bekanntlich in Amerika, Struve im Gefängnisse. Also *Herwegh*? Die Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung", namentlich Karl Marx, sind dem Herweghschen Unternehmen[349] zu Paris in öffentlichen Volksversammlungen entschieden gegenübergetreten, ohne die Ungunst der aufgeregten Massen zu scheuen. Sie sind dafür ihrer Zeit gebührendermaßen von *Utopisten*, die sich für *Revolutionäre* versahn, verdächtigt worden (vergleiche u.a. die „*Deutsche Volkszeitung*"[350]). Und jetzt, wo die Ereignisse wiederholt unsere Vorhersagungen bestätigt haben, sollten wir uns den Männern der entgegengesetzten Meinung anschließen?

[1] Siehe u. a. vorl. Band, S. 347 und 406

Doch seien wir gerecht. Herr Hecker, der Staatsprokurator, ist noch ein junger Mitarbeiter an unserm Blatte. Der Anfänger in der Politik wie der Anfänger in der Naturwissenschaft gleicht jenem Maler, der nur zwei Farben kennt, weiß und schwarz, oder, wenn man lieber will, schwarzweiß und rot. Die feineren Unterschiede innerhalb jeder espèce[1] enthüllen sich nur dem geübten und erfahrenen Auge. Und überdem, war Herr Hecker nicht beherrscht von der fixen Idee, den Redakteur en chef der „Neuen Rheinischen Zeitung“, Karl Marx, zu „*konstituieren*“! – eine fixe Idee, die weder im Fegefeuer des Instruktionsgerichtes, noch der Ratskammer, noch des Appellsenats zerschmolz, also eine feuerhaltige fixe Idee sein muß.

Die größte Errungenschaft der Märzrevolution ist unstreitig, um mit Brutus Bassermann zu reden, die „Herrschaft der Edelsten und Besten“ und ihr rasches Steigen auf der Stufenleiter der Herrschaft. Wir hoffen daher, daß auch die Verdienste unsres geehrten Mitarbeiters, des Herrn Staatsprokurators *Hecker*, den schneeweißen Tauben gleich, die vor den Wagen der Aphrodite gespannt, sie pfeilschnell zum Olymp trugen, ihn auf die Höhen des Staatsolymps tragen werden. Unsere Regierung ist, wie jedermann weiß, konstitutionell. Pfuel schwärmt für den Konstitutionalismus. In konstitutionellen Staaten ist es Usus, den Empfehlungen der Oppositionsblätter aufmerksames Gehör zu schenken. Wir bewegen uns also auf konstitutionellem Boden, wenn wir der Regierung raten, unserm Hecker die erledigte *Oberprokuratur* von Düsseldorf zu *erteilen*. Herr Prokurator *Ammon* von Düsseldorf, der, soviel uns bekannt, bisher noch keine Rettungsmedaille um das Vaterland verdient hat, wird keinen Augenblick anstehn, vor dem höhern Verdienste seinen eignen etwaigen Ansprüchen ehrfurchtvolles Schweigen zu diktieren. Sollte aber Herr *Heimsoeth* Justizminister werden, wie wir hoffen, so empfehlen wir Herrn Hecker zum *Generaladvokaten*. Größeres erwarten wir für Herrn Hecker. Herr Hecker ist noch jung. Und, wie jener Russe sagt: Der Zar ist groß, Gott ist noch größer, aber der *Zar ist noch jung*.

Geschrieben von Karl Marx.

---

[1] Art

„Aufruf des demokratischen Kongresses an das deutsche Volk"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 133 vom 3. November 1848]

* *Köln*, 2. November. Nachstehend geben wir den Aufruf des „demokratischen Kongresses"[351]:

An das deutsche Volk!

Lange schmachvolle Jahre hindurch seufzte das deutsche Volk unter dem Joche der Gewaltherrschaft. Die blutigen Taten Wiens und Berlins berechtigten zu der Hoffnung, daß seine Freiheit und Einheit mit einem Schlage zur Wahrheit werden würden. Teuflische Künste einer fluchwürdigen Reaktion traten dieser Entwickelung entgegen, das heldenmütige Volk um die Früchte seiner großartigen Erhebung zu betrügen. Wien, ein Hauptbollwerk deutscher Freiheit, steht augenblicklich in der höchsten Gefahr. Aufgeopfert durch die Ränke einer noch immer mächtigen Kamarilla, sollte es aufs neue den Fesseln einer Zwingherrschaft überliefert werden. Aber seine edle Bevölkerung erhob sich wie ein Mann und steht den bewaffneten Horden seiner Unterdrücker todesmutig entgegen. Die Sache Wiens ist die Sache Deutschlands, ist die Sache der Freiheit. Mit dem Falle Wiens wird die alte Willkürherrschaft mehr wie je ihr Banner erheben, mit seinem Siege wird sie vernichtet sein. An uns ist es, deutsche Mitbrüder, Wiens Freiheit nicht untergehen zu lassen, sie nicht dem Waffenglücke barbarischer Horden preiszugeben. Es ist die heiligste Pflicht der deutschen Regierungen, mit allem ihrem Einflusse der bedrängten Schwesterstadt zu Hülfe zu eilen; es ist zugleich aber auch die heiligste Pflicht des deutschen Volkes, im Interesse seiner Freiheit, im Interesse seiner Selbsterhaltung zur Rettung Wiens jedes Opfer zu bringen. Nimmer darf es die Schmach stumpfer Gleichgültigkeit auf sich laden, wo das Höchste, wo alles auf dem Spiele steht. Wir fordern Euch daher auf, Mitbrüder, daß Ihr, jeder nach seinen Kräften, beitragt, Wien vor dem Untergange zu retten. Was wir für Wien tun, tun wir für Deutschland. Helfet selbst! Die Männer, die Ihr nach Frankfurt gesendet, um die Freiheit zu gründen, haben die Aufforderung, Wien zu helfen, mit Hohngelächter zurückgewiesen. An Euch ist es jetzt, zu handeln! Fordert Ihr es mit dem kräftigen und unwandelbaren Willen von Euren Regierungen, daß sie sich Eurer Majorität unterwerfen und die deutsche Sache und die Sache der Freiheit in Wien retten. Eilt! Ihr seid die Macht, Euer Wille ist Gesetz! Auf! Ihr Männer der

Freiheit, auf! in allen deutschen Landen und wo sonst der Gedanke der Freiheit und Humanität edle Herzen durchglüht! Auf, ehe es zu spät ist! Rettet die Freiheit Wiens, rettet die Freiheit Deutschlands. Die Gegenwart wird Euch bewundern, die Nachwelt mit unsterblichem Ruhm belohnen!

Am 29. Oktober 1848.

Der demokratische Kongreß in Berlin

Dieser Aufruf ersetzt den Mangel an revolutionärer Energie durch ein predigerartiges Heulerpathos, hinter dem sich die entschiedenste Armut an Gedanken und an Leidenschaft verbirgt.

Einige Proben!

Der Aufruf erwartete von den Wiener und Berliner Märzrevolutionen das „zur Wahrheitwerden der Einheit und Freiheit" des deutschen Volks *„mit einem Schlage"*. In andern Worten: Der Aufruf träumte von *„einem Schlage"*, der dem deutschen Volke die *„Entwicklung"* zur „Einheit und Freiheit" überflüssig machen würde.

Gleich darauf verwandelt sich ihm aber der phantastische „eine Schlag", der die Entwicklung ersetzt, in eine *„Entwicklung"*, welcher die Reaktion *entgegengetreten* sei. Phrase, sich selbst auflösende Phrase!

Wir sehn ab von der eintönigen Wiederholung des Grundthemas: Wien ist in Gefahr, mit Wien Deutschlands Freiheit; helft Wien, ihr helft damit euch selbst! Diesem Gedanken wird nicht Fleisch und Blut gegeben. Die *eine* Phrase wird so oft um sich selbst gewickelt, bis sie sich zu einem Redestück ausgedehnt hat. Wir bemerken nur, daß der gemachte, unwahre Pathos immer dieser stümperhaften Rhetorik verfällt.

„An uns ist es, deutsche Mitbrüder, Wiens Freiheit nicht untergehn zu lassen, sie nicht dem Waffenglücke barbarischer Horden preiszugeben."

Und wie sollen wir das anfangen?

Zunächst durch eine Adresse an das Pflichtgefühl der *„deutschen Regierungen"*. C'est incroyable![1]

„Es ist die *heiligste Pflicht der deutschen Regierungen*, mit allem ihrem Einflusse der bedrängten Schwesterstadt zu Hülfe zu eilen."

Die preußische Regierung, soll sie Wrangel oder Colomb oder den Prinzen von Preußen gegen Auersperg, Jellachich und Windischgrätz senden? Durfte der *„demokratische"* Kongreß sich einen Augenblick diese kindische und konservative Stellung zu den deutschen Regierungen geben? Durfte er einen Augenblick die Sache und die „heiligsten Interessen" der

[1] Das ist unglaublich!

deutschen Regierungen von der Sache und den Interessen „der kroatischen Ordnung und Freiheit“ trennen? Die Regierungen werden selbstvergnügt lächeln über diese jungfräuliche Schwärmerei.

Und das Volk?

Das Volk wird im allgemeinen ermahnt, „jedes Opfer zur Rettung Wiens zu bringen“. Gut! Aber das „Volk“ erwartet vom demokratischen Kongresse bestimmte Forderungen. Wer alles verlangt, verlangt nichts und erhält nichts. Die *bestimmte* Forderung, die Pointe also ist:

„*Fordert* Ihr es mit dem kräftigen und unwandelbaren Willen von *Euren Regierungen*, daß sie sich Eurer Majorität unterwerfen und die deutsche Sache und die Sache der Freiheit in Wien retten. Eilt! Ihr seid die Macht, Euer Wille ist Gesetz! Auf!“

Gesetzt, es gelänge großartigen Volksdemonstrationen, die Regierungen zu offiziösen Schritten für Wiens Rettung zu bewegen – wir würden mit der zweiten Auflage des „Steinschen Armeebefehls“[308] beglückt werden. Die jetzigen „deutschen Regierungen“ als „Freiheitsretter“ verwenden zu wollen – als ob sie in den *Reichsexekutionen* ihren wahren Beruf, ihre „heiligsten Pflichten“ als Gabriele der „verfassungsmäßigen Freiheit“ nicht vollzögen? Der „demokratische Kongreß“ mußte schweigen von den deutschen Regierungen, oder er mußte ihre Konspiration mit Olmütz und Petersburg schonungslos enthüllen.

Obgleich der Aufruf „*Eile*“ empfiehlt und in Wahrheit keine Zeit zu verlieren ist, reißt ihn die humanistische Phraseologie über die Grenzen Deutschlands, über jede geographische Grenze hinweg in das kosmopolitische Nebelland der „edlen Herzen“ im allgemeinen!

„Eilt! Auf! Ihr Männer der Freiheit, auf! in allen deutschen Landen und *wo sonst* der Gedanke der Freiheit und Humanität edle Herzen durchglüht!“

Wir zweifeln nicht, daß es selbst in Lappland solche „Herzen“ gibt.

In Deutschland und *wo sonst!* Indem der „Aufruf“ in diese reine, bestimmungslose Phrase verpufft, hat er seinen wahren Ausdruck gewonnen.

Es bleibt unverzeihlich, daß der „demokratische Kongreß“ ein solches Aktenstück kontrasignierte. Weder wird ihn „die Gegenwart dafür bewundern“, noch „die Nachwelt mit unsterblichem Ruhm belohnen“.

Hoffen wir trotz dem „Aufruf des demokratischen Kongresses“, daß das Volk aus seiner Lethargie erwachen und die einzige Hülfe den Wienern bringen wird, die es ihnen in diesem Augenblicke noch bringen kann – die Besiegung der Kontrerevolution im eigenen Hause.

Geschrieben von Karl Marx.

Die Pariser „Réforme“ über die französischen Zustände

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 133 vom 3. November 1848]

* *Köln*, 2. November. Schon *vor* dem Juniaufstande haben wir wiederholt die Illusionen der Republikaner der Tradition von 1793, der Republikaner von der „Réforme“[133] (der „Pariser“) enthüllt. Die Junirevolution und die aus ihr hervorgegangene Bewegung zwingen diese utopistischen Republikaner, nach und nach die Augen zu öffnen.

Ein Leitartikel der „Réforme“ vom 29. Oktober zeigt uns das Ringen dieser Partei zwischen ihren alten Einbildungen und den neuen Tatsachen.

Die „Réforme“ sagt:

„Seit langer Zeit waren die Kämpfe, welche bei uns den Besitz der Regierung zum Zwecke hatten, *Klassenkriege:* Kämpfe der Bourgeoisie und des Volkes gegen den Adel beim Auftreten der ersten Republik; Hingebung des bewaffneten Volkes nach außen, Herrschaft der Bourgeoisie nach innen unter dem Kaiserreiche; Versuche nach Restauration der Feudalität unter den Bourbonen der ältern Linie; endlich 1830 Triumph und Herrschaft der Bourgeoisie – das ist unsre Geschichte.“

Die „Réforme“ setzt seufzend hinzu:

„Mit Bedauern, sicherlich, sprechen wir von *Klassen*, von gottlosen und gehässigen Unterschieden; aber diese Unterschiede existieren, und wir können diese Tatsache nicht verkennen.“

Das heißt: Der republikanische Optimismus der „Réforme“ sah bisher nur „citoyens“[1]; die Geschichte ist ihr so direkt auf den Leib gerückt, daß sie das Zerfallen dieser „citoyens“ in „bourgeois“ und „prolétaires“[2] nicht mehr wegschwärmen kann.

---

[1] „Staatsbürger“ – [2] „Proletarier“

Die „Réforme" fährt fort:

„Im Februar wurde der Bourgeoisdespotismus gebrochen. Was verlangte das Volk? Die Gerechtigkeit für alle, die Gleichheit. Das war sein erster Ruf, sein erster Wunsch. Die Bourgeoisie, aufgeklärt durch den Blitz, der sie getroffen, hatte im Anfang keinen andern Wunsch als das Volk."

Die „Réforme" beurteilt den Charakter der Februarrevolution noch immer nach den Februardeklamationen. Weit entfernt, daß in der Februarrevolution der Bourgeoisdespotismus gebrochen worden wäre, wurde er vollendet. Die Krone, der letzte feudale Heiligenschein, welcher die Herrschaft der Bourgeoisklasse versteckte, wurde abgeschlagen. Die Herrschaft des Kapitals trat rein hervor. Bourgeoisie und Proletariat bekämpften in der Februarrevolution einen gemeinschaftlichen Feind. Sobald der gemeinschaftliche Feind beseitigt war, standen die beiden feindseligen Klassen allein auf dem Kampfplatze, und der entscheidende Kampf zwischen ihnen mußte beginnen. Wenn die Februarrevolution die Bourgeoisherrschaft vollendete, woher, wird man fragen, der Rückfall der Bourgeoisie in den Royalismus? Nichts einfacher. Sie sehnt sich in die Periode zurück, wo sie herrschte, ohne verantwortlich für ihre Herrschaft zu sein; wo eine Scheinmacht, zwischen ihr und dem Volke stehend, für sie handeln und ihr zugleich als Versteck dienen mußte; wo sie sozusagen einen gekrönten Sündenbock besaß, auf den das Proletariat losschlug, sobald es sie treffen wollte, gegen den sie sich selbst mit dem Proletariat verband, sooft er ihr lästig wurde und sich als Macht für sich festsetzen wollte. In dem Könige besaß sie einen Blitzableiter für das Volk, in dem Volke einen Blitzableiter für den König.

Indem die „Réforme" die teils heuchlerischen, teils ehrlich gemeinten Einbildungen, die am Tage nach Louis-Philippes Niederlage grassierten, für Realitäten versieht, erscheint ihr die Bewegung *nach* den Februartagen als eine Reihe von Fehlern und mißlichen Zufällen, die vermieden worden wären durch einen großen Mann, der den Bedürfnissen der Situation entsprochen. Als ob Lamartine, das Irrlicht, nicht der wahre Mann der Situation gewesen wäre!

Immer noch will der wahre Mann, der große Mann nicht erscheinen, klagt die „Réforme", und die Situation verschlechtert sich jeden Tag.

„Einerseits wächst die industrielle und kommerzielle Krise. Andrerseits wächst der Haß, und jeder strebt nach entgegengesetztem Ziele. Die, welche vor dem 24. Februar unterdrückt waren, suchen ein Ideal von Glück und Freiheit in der Konzeption einer ganz neuen Gesellschaft. Die, welche unter der Monarchie herrschten, denken nur daran, ihr Reich wiederzugewinnen, um es mit verdoppelter Härte auszubeuten."

Wie, nun tritt die „Réforme“ zwischen die schroff entgegenstehenden Klassen? Erhebt sie sich auch nur zu der Ahnung, daß die Klassengegensätze und der Klassenkampf erst mit dem Verschwinden der Klassen verschwinden?

Nein! Soeben hat sie den Klassengegensatz zugegeben. Die Klassengegensätze aber beruhen auf ökonomischen Grundlagen, auf der bisherigen materiellen Produktionsweise und den daraus hervorgehenden Verkehrsverhältnissen. Die „Réforme“ weiß kein besseres Mittel, sie zu verändern und aufzuheben, als von ihrer wirklichen Grundlage, eben von diesen materiellen Verhältnissen, wegzublicken und sich in den blauen Dunsthimmel der republikanischen Ideologie zurückzustürzen, d.h. in die poetische Februarperiode, aus der die Juniereignisse sie gewaltsam herausgeworfen hatten. Man höre nur:

„Das Traurigste bei diesen innern Zwistigkeiten ist das Erlöschen, das Verlorengehen der patriotischen, der nationalen Gefühle“, d.h. eben jener Schwärmerei, womit beide Klassen ihre bestimmten Interessen, ihre Lebensbedingungen patriotisch und national übertünchten. Als sie das 1789 taten, war auch ihr wirklicher Gegensatz noch nicht entwickelt. Was damals der entsprechende Ausdruck der Situation war, ist heute nur eine Ausflucht aus der Situation. Was damals Körper, ist heute Reliquie.

„Offenbar“, schließt die „Réforme“, „ist es ein tiefliegendes Übel, woran Frankreich leidet; aber es ist nicht unheilbar. Es hat seinen Ursprung in der Verwirrung der Ideen und Sitten, in dem Vergessen der Gerechtigkeit und der Gleichheit in den gesellschaftlichen Verhältnissen, in der Verderbtheit durch einen egoistischen Unterricht. In diesem Zirkel muß man die Mittel der Reorganisation sichern. Statt dessen nimmt man zu materiellen Mitteln seine Zuflucht.“

Die „Réforme“ schiebt die Sache ins „Gewissen“, und nun hilft die moralische Salbaderei aus aller Not. Der Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat stammt also von den Ideen dieser beiden Klassen her. Und woher stammen diese Ideen? Aus den gesellschaftlichen Verhältnissen. Und woher diese Verhältnisse? Aus den materiellen, den ökonomischen Lebensbedingungen der feindseligen Klassen. Nach der „Réforme“ ist beiden geholfen, wenn sie das *Bewußtsein* ihrer wirklichen Lage und ihres wirklichen Gegensatzes *verlieren* und sich in dem Opium der „patriotischen“ Gefühle und Redensarten von 1793 berauschen. Welche Ratlosigkeit!

Geschrieben von Karl Marx.

[Die Wiener Revolution und die „Kölnische Zeitung"]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 133 vom 3. November 1848]

* *Köln,* 3. November. Unsere Leser haben sich nie utopistischen Hoffnungen bezüglich *Wiens* hingegeben. *Nach* der Junirevolution glaubten wir an *jede Niederträchtigkeit* der **Bourgeoisie.** Wir haben gleich in der *ersten* Nummer der nach dem Belagerungszustande wiedererscheinenden *„Neuen Rheinischen Zeitung"* gesagt: „Diese Revolution droht an dem Mißtrauen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, wo nicht zu *scheitern,* doch wenigstens *gelähmt zu werden.* Wie dem aber auch sei, ihr Rückschlag auf Ungarn, Italien und Deutschland vereitelt den ganzen Feldzugsplan der Kontrerevolution!"[1]

Wir wären daher *nicht überrascht* von einer Niederlage Wiens; wir würden uns nur dazu bestimmt finden, jede Vermittlung mit der *Bourgeoisie,* die die Freiheit an der *Freiheit des Schachers* mißt, abzubrechen und versöhnungslos, vermittlungslos der elenden deutschen Mittelklasse gegenüberzutreten, die auf ihre eigne Herrschaft gern Verzicht leistet, unter der Bedingung, daß sie *kampflos* weiter schachern darf. Die englische und französische Bourgeoisie ist ehrgeizig; die Ehrlosigkeit der deutschen Bourgeoisie würde sich bestätigen durch Wiens Niederlage.

Also: Wir haben keinen Augenblick den Sieg der Wiener verbürgt. Ihre *Niederlage* würde uns nicht überraschen. Sie würde uns nur *überzeugen,* daß kein Friede, selbst nicht für Übergangszeit, möglich ist mit der *Bourgeoisie,* daß das Volk sich gleichgültig verhalten muß in den Kämpfen der Bourgeoisie mit der Regierung und ihre Siege oder Niederlagen abwarten muß, um sie zu exploitieren. Noch einmal: Unsere Leser haben nur unsere bisherigen Nummern nachzuschlagen, um sich zu überzeugen, daß weder der Sieg noch die Niederlage der Wiener uns überraschen kann.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 417

Aber was uns überrascht, ist das abermalige Extrablatt der *„Kölnischen Zeitung“*[104]. Verbreitet die Regierung absichtlich falsche Gerüchte über Wien, um die Aufregung in Berlin und den Provinzen niederzuschlagen? *Bezahlt Dumont* den preußischen *Staatstelegraphen*, so daß *er*, Dumont, Nachrichten von „Berliner“ und „Breslauer“ Morgenblättern empfängt, die der „schlechten Presse“ nicht zugehen? Und woher hatte Dumont heute morgen seine „telegraphische Depesche“, die wir nicht hatten? Ist *Birk* aus Trier, diese Null, die an Wittgensteins Stelle getreten ist, als Redakteur bei Dumont engagiert? Wir glauben es nicht. Denn selbst ein Brüggemann, ein Wolfers, ein Schwanbeck – alles das ist noch kein *Birk*. Wir bezweifeln, daß Dumont eine *solche* Impotenz engagiert hat.

Heute 6 Uhr abends bringt *Dumont*, der die Februarrevolution und die Märzrevolution weggelogen hatte, in seinen ersten Berichten abermals einen „telegraphischen“ Bericht, wonach Wien sich der „wendischen Krätze“, dem „Windischgrätz“, ergeben hat.

Möglich. Aber die Möglichkeiten des ehemals *bluttriefenden* „Brüggemanns“[352], des Exkorrespondenten *der alten „Rheinischen Zeitung“*[188], des Biedermanns, dessen *Ansicht* immer mit dem *„Tauschwert“* der Ansichten überhaupt Hand in Hand ging – seine Möglichkeiten beruhen auf dem „Preuß[ischen] Staats-Anz[eiger]“[26] und der „Bresl[auer] Z[ei]t[un]g“[353]. Ein eigner Beitrag zur Geschichte werden die Geschichten *„Brüggemanns“* oder der *„Kölnischen Zeitung“* über die *Februar-*, *März-* und *Oktober*revolution bieten.

Wir geben nun die Berichte, die nichts berichten.[354]

Geschrieben von Karl Marx.

Die neuesten Nachrichten aus Wien, Berlin und Paris

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 135 vom 5. November 1848]

* *Köln*, 4. November. *Der Horizont lichtet sich.*

Aus *Wien* fehlen noch immer die direkten Nachrichten. Soviel geht aber aus den Berichten selbst der offiziellen *preußischen Presse* hervor, daß *Wien* sich nicht ergeben und *Windischgrätz* absichtlich oder aus einem *Mißverständnisse* eine *falsche telegraphische Depesche* in die Welt geschleudert hatte, die ein bereitwilliges vielzüngiges, orthodoxes Echo in der „guten" Presse fand, so sehr sie ihre Schadenfreude hinter heuchlerischen Leichenbitterreden zu verstecken suchte. Streifen wir allen märchenhaften und in seinen eigenen Widersprüchen sich auflösenden Wust der schlesischen und Berliner Berichte ab, so heben sich folgende Punkte hervor: Am 29. Oktober hatten die kaiserlichen Banditen nur erst einige Vorstädte in ihrer Gewalt. Daß sie in der Stadt Wien selbst schon Fuß gefaßt, geht aus den bisherigen Berichten *nicht* hervor. Die ganze Übergabe Wiens beschränkt sich auf einige *hochverräterische Proklamationen des Wiener Gemeinderats.* Am 30. Oktober griff die Vorhut der ungarischen Armee Windischgrätz an und wurde *angeblich* zurückgedrängt. Am 31. Oktober begann Windischgrätz wieder das Bombardement Wiens – erfolglos. Er befindet sich jetzt zwischen den Wienern und der mehr als 80000 Mann starken ungarischen Armee. Die infamen Manifeste des Windischgrätz haben in allen Provinzen das Signal zum Aufstand oder wenigstens zu sehr drohenden Bewegungen gegeben. Sogar die tschechischen Fanatiker zu Prag, die Neophyten der Slovanská lipa[355] erwachen aus ihrem wüsten Traume und erklären sich *für Wien* gegen den kaiserlichen Schinderhannes[356]. *Nie* hatte die Kontrerevolution so albern-schamlos ihre Pläne auszuposaunen gewagt. Selbst in *Olmütz*, dem österreichischen Koblenz[357], bebt der Boden unter den Füßen des gekrönten Idioten. Die

Anführung des weltenberühmten *Sipehsalar*[1] *Jellachich*, dessen Namen so groß ist, daß *„beim Blinken seines Säbels sich der erschrockene Mond in den Wolken verbirgt"*, dem bei jeder Gelegenheit der „Donner der Kanonen die Richtung bezeichnet", in der er sich aus dem Staube zu machen hat, läßt nicht zweifeln, daß Ungarn und Wiener

> Peitschen dies Gesindel in die Donau,
> Stäupen fort dies freche Lumpenpack,
> Die Bettler, hungrig, ihres Lebens müde,
> Ein Schwarm Landläufer, Schelme, Vagabunden,
> Kroatenabschaum, niedre Bauernknechte,
> Die ausgespien ihr übersättigt Land
> Zu tollen Abenteuern, *sicherm Untergang*.

Spätere Berichte werden entsetzliche Details über die Schandtaten der Kroaten und der andern Ritter „der gesetzlichen Ordnung und verfassungsmäßigen Freiheit" bringen. Und von ihren Börsen- und sonstigen bequemen Zuschauerlogen aus klatschte die europäische Bourgeoisie der namenlosen Blutszene ihr Bravo zu, dieselbe elende, die bei einigen barschen Akten der Volksjustiz einen einzigen Schrei moralischer Entrüstung ausstieß und ihr einstimmiges Anathem über die „Mörder" des braven Latour und des edlen Lichnowski aus tausend Lungen hervorkrächzte.

Die *Polen* haben in Vergeltung der galizischen Mordszenen abermals sich an die Spitze von Wiens Befreiern gestellt, wie sie an der Spitze des italienischen Volks stehn, wie sie überall die hochherzigen *Generale der Revolution* sind. Heil, dreifach Heil den *Polen*.

Die *Berliner Kamarilla*, berauscht im Blute Wiens, geblendet von den Rauchsäulen der brennenden Vorstädte, betäubt von dem Kroaten- und Haiducken-Siegsgeheule, hat den Schleier fallen lassen. „Die Ruhe ist in Berlin hergestellt." Nous verrons.[2]

Von *Paris* aus endlich hören wir ein erstes unterirdisches Grollen das Erdbeben ankündigen, das die honette Republik in ihren eigenen Ruinen begraben wird.

Der Horizont lichtet sich.

Geschrieben von Karl Marx.

---

[1] Oberbefehlshaber – [2] Wir werden sehen.

Sieg der Kontrerevolution zu Wien

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 136 vom 7. November 1848]

* *Köln*, 6. November. *Die kroatische Freiheit und Ordnung hat gesiegt* und mit Mordbrand, Schändung, Plünderung, mit namenlos-verruchten Untaten ihren Sieg gefeiert. *Wien ist in den Händen von Windischgrätz, Jellachich und Auersperg*. Hekatomben von Menschenopfern werden dem greisen Verräter Latour in sein Grab nachgeschleudert.

Alle düsteren Vorhersagungen unseres Wiener Korrespondenten[1] haben sich bestätigt, und vielleicht ist er selbst in diesem Augenblicke schon abgeschlachtet.

Einen Moment hofften wir Wiens Befreiung durch ungarischen Sukkurs, und noch sind uns die Bewegungen der ungarischen Armee rätselhaft.

Verrat jeder Art hat Wiens Fall vorbereitet. Die ganze Geschichte des *Reichstags* und des *Gemeinderats* seit dem 6. Oktober ist nichts als eine fortgesetzte Geschichte des Verrats. Wer war repräsentiert im Reichstag und Gemeinderat?

Die *Bourgeoisie*.

Ein Teil der Wiener *Nationalgarde* ergriff gleich im Beginn der Oktoberrevolution offene Partei für die Kamarilla. Und am Schlusse der Oktoberrevolution finden wir einen andern Teil der Nationalgarde im Kampfe mit dem Proletariat und der akademischen Legion[358], im geheimen Einverständnisse mit den kaiserlichen Banditen. Wem gehören diese Fraktionen der Nationalgarde an?

Der *Bourgeoisie*.

In *Frankreich* aber trat die Bourgeoisie an die *Spitze* der Kontrerevolution, nachdem sie jede Schranke, die der Herrschaft ihrer eigenen Klasse im Wege stand, niedergeworfen hatte. In *Deutschland* befindet sie sich gedrückt im *Gefolge* der absoluten Monarchie und des Feudalismus, ehe sie auch nur die ersten Lebensbedingungen ihrer eignen bürgerlichen Freiheit

[1] Müller-Tellering

und Herrschaft sichergestellt. In Frankreich trat sie als Despot auf und machte ihre eigne Kontrerevolution. In Deutschland tritt sie als Sklavin auf und macht die Kontrerevolution ihrer eignen Despoten. In Frankreich siegte sie, um das Volk zu demütigen. In Deutschland demütigt sie sich, damit das Volk nicht siege. Die ganze Geschichte zeigt keine *schmachvollere Erbärmlichkeit* als die der *deutschen Bourgeoisie.*

Wer lief in Scharen aus Wien fort und überließ der Großmut des Volkes die Überwachung der hinterlassenen Reichtümer, um es für seinen Wachtdienst während der Flucht zu verlästern und bei der Wiederkehr niedermetzeln zu sehn?

Die *Bourgeoisie.*

Wessen innerste Geheimnisse spricht der Thermometer aus, der bei jedem Lebensatem des Wiener Volkes fiel, bei jedem Todesröcheln desselben stieg? Wer spricht in der Runensprache der *Börsenkurse*?

Die *Bourgeoisie.*

Die „deutsche Nationalversammlung“ und ihre „Zentralgewalt“ haben Wien verraten. Wen repräsentieren sie?

Vor allem die *Bourgeoisie.*

Der Sieg der „kroatischen Ordnung und Freiheit“ zu Wien war bedingt durch den Sieg der „honetten“ Republik zu Paris. Wer siegte in den Junitagen?

Die *Bourgeoisie.*

Mit ihrem Siege zu Paris begann die europäische Kontrerevolution ihre Orgien zu feiern.

In den Februar- und Märztagen scheiterte überall die bewaffnete Macht. Warum? Weil sie nichts als die *Regierungen* selbst vertrat. Nach den Junitagen hat sie überall gesiegt, weil die *Bourgeoisie* sich überall im geheimen Einverständnisse mit ihr befindet, während sie andererseits die offizielle Leitung der revolutionären Bewegung in ihrer Hand hat und alle jene halben Maßregeln ins Werk setzt, deren naturgemäße Frucht der Abortus ist.

Der nationale Fanatismus der Tschechen war das gewaltigste Werkzeug der Wiener Kamarilla. *Die Verbündeten sind sich schon in die Haare gefallen.* Unsere Leser werden den Protest der Prager Deputation gegen die schnöden Ungezogenheiten, womit sie zu Olmütz begrüßt wurden, in dieser Nummer abgedruckt finden.

Es ist dies *das erste Symptom des Krieges, der zwischen der slawischen Partei und ihrem Heros Jellachich mit der Partei der einfachen, über alle Nationalität erhabenen Kamarilla und ihrem Heros Windischgrätz beginnen wird.* Seinerseits ist das deutsche Landvolk von Östreich noch nicht pazifiziert. Seine Stimme

wird durch die östreichische Völkerkatzenmusik gellend durchdringen. Und von einer dritten Seite läßt sich die Stimme des völkerfreundlichen Zar[en] bis nach Pest vernehmen; seine Scharfrichter harren des entscheidenden Worts in den Donaufürstentümern.

Endlich müßte der letzte Beschluß der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, der das deutsche Östreich in das deutsche Reich inkorporiert, allein zu einem Riesenkonflikte führen, wenn nicht die deutsche Zentralgewalt und die deutsche Nationalversammlung ihren Beruf darin erfüllt fänden, auf die Bühne zu treten, um ausgezischt zu werden von dem europäischen Publikum. Trotz ihrer gottergebenen Resignation wird der Kampf in Östreich sich in Riesendimensionen entfalten, wie die Weltgeschichte sie noch nie gesehen hat.

In *Wien* ist soeben der zweite Akt des Dramas aufgeführt worden, dessen ersten Akt man zu Paris spielte unter dem Titel: *„Die Junitage"*. Zu Paris Mobile, zu Wien „Kroaten" – in beiden Lazzaronis, bewaffnetes und erkauftes Lumpenproletariat gegen das arbeitende und denkende Proletariat. Zu *Berlin* werden wir bald den dritten Akt erleben.

Gesetzt, die Kontrerevolution lebte in ganz Europa durch die *Waffen*, sie würde in ganz Europa sterben durch das *Geld*. Das Fatum, das den Sieg kassieren würde, wäre der europäische – *Bankerutt*, der *Staatsbankerutt*. An den „ökonomischen" Pointen brechen die Spitzen der Bajonette wie mürber Zunder.

Aber die Entwickelung wartet den Verfalltag jener Wechsel nicht ab, die die europäischen Staaten auf die europäische Gesellschaft gezogen haben. In *Paris* wird der vernichtende Gegenschlag der Junirevolution geschlagen werden. Mit dem Siege der „roten Republik" zu Paris werden die *Armeen* aus dem *Innern* der Länder an und über die Grenzen ausgespien werden und die *wirkliche Macht* der ringenden Parteien wird sich rein herausstellen. Dann werden wir uns erinnern an den Juni, an den Oktober, und auch wir werden rufen:

Vae **victis!**[138]

Die resultatlosen Metzeleien seit den Juni- und Oktobertagen, das langweilige Opferfest seit Februar und März, der Kannibalismus der Kontrerevolution selbst wird die Völker überzeugen, daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft *abzukürzen*, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur *ein Mittel* – den *revolutionären Terrorismus*.

Geschrieben von Karl Marx.

FRIEDRICH ENGELS

Aus dem handschriftlichen Nachlaß

Von Paris nach Bern.

I

Seine und Loire.

La belle France! In der Tat, die Franzosen haben ein schönes Land & sie haben Recht wenn sie stolz darauf sind.

Welches Land in Europa wollte sich an Reichtum, an Mannigfaltigkeit der Anlagen und Produkte, an Universalität mit Frankreich messen?

Spanien? Aber zwei Drittel seiner Oberfläche sind durch Wassermangel oder von Natur eine Steppe (Steinwüste); & die atlantische Seite der Halbinsel, Portugal, gehört nicht zu ihm.

Italien? Aber seit die Welthandelsstraße durch den Ozean geht, seit die Dampfschiffe das Mittelmeer durchkreuzen, liegt Italien verlassen da.

England? Aber England ist seit achtzig Jahren aufgegangen in Handel & Industrie, Kohlenaufschüttungen; England hat einen schrecklich bleiernen Himmel & keinen Wein.

Und Deutschland? Im Norden eine platte Landstrecke von ungeheuren Sand..., durch den granitnen Wall der Alpen getrennt, weinarm, Land des Biers, Schnapses & Roggenbrots, der versandeten Flüsse & Revolutionen!

Aber Frankreich! An drei Meeren gelagert, von fünf großen Strömen in all drei Richtungen durchzogen, im Norden fast deutsches Wetter, im Süden fast italienisches Klima; im Norden der Weizen, im Süden der Mais & Reis; im Norden die Colza, im Süden die Olive; im Norden der Flachs, im Süden die Seide, & fast überall der Wein.

Und welcher Wein! Welche Verschiedenheit, vom Bordeaux bis zum Burgunder, vom Burgunder zum schweren St. Georges, Lunel & Frontignan des Südens & von diesem zum sprudelnden Champagner! Welche Mannigfaltigkeit der Weißen & der Roten, vom petit Mâcon oder Chablis zum Chambertin, zum Château Larose, zum Sauternes, zum Roussillon, zum Aï Mousseux! Und wenn man bedenkt daß

Erste Seite des Manuskripts „Von Paris nach Bern" von Friedrich Engels

[Friedrich Engels]

Von Paris nach Bern[359]

I

Seine und Loire

La belle France![1] In der Tat, die Franzosen haben ein schönes Land, und sie haben recht, wenn sie stolz darauf sind.

Welches Land in Europa will sich an Reichtum, an Mannigfaltigkeit der Anlagen und Produkte, an Universalität mit Frankreich messen?

Spanien? Aber zwei Drittel seiner Oberfläche sind durch Nachlässigkeit oder von Natur eine heiße Steinwüste, und die atlantische Seite der Halbinsel, Portugal, gehört nicht zu ihm.

Italien? Aber seit die Welthandelsstraße durch den Ozean geht, seit die Dampfschiffe das Mittelmeer durchkreuzen, liegt Italien verlassen da.

England? Aber England ist seit achtzig Jahren aufgegangen in Handel und Industrie, Kohlenrauch und Viehzucht, und England hat einen schrecklich bleiernen Himmel und keinen Wein.

Und Deutschland? Im Norden eine platte Sandebene, vom europäischen Süden durch die granitne Wand der Alpen getrennt, weinarm, Land des Bieres, Schnapses und Roggenbrots, der versandeten Flüsse und Revolutionen!

Aber Frankreich! An drei Meeren gelegen, von fünf großen Strömen in drei Richtungen durchzogen, im Norden fast deutsches und belgisches, im Süden fast italienisches Klima; im Norden der Weizen, im Süden der Mais und Reis; im Norden die Colza[2], im Süden die Olive; im Norden der Flachs, im Süden die Seide, und fast überall der Wein.

Und welcher Wein! Welche Verschiedenheit, vom Bordeaux bis zum Burgunder, vom Burgunder zum schweren St. Georges, Lünel und Frontignan des Südens, und von diesem zum sprudelnden Champagner! Welche Mannigfaltigkeit des Weißen und des Roten, vom Petit Mâcon oder Chablis

---

[1] Schönes Frankreich! – [2] Raps

zum Chambertin, zum Château Larose, zum Sauterne, zum Roussilloner, zum Ai Mousseux! Und wenn man bedenkt, daß jeder dieser Weine einen verschiedenen Rausch macht, daß man mit wenig Flaschen alle Zwischenstufen von der Musardschen Quadrille bis zur „Marseillaise", von der tollen Lust des Cancans bis zur wilden Glut des Revolutionsfiebers durchmachen und sich schließlich mit einer Flasche Champagner wieder in die heiterste Karnevalslaune von der Welt versetzen kann!

Und Frankreich allein hat ein Paris, eine Stadt, in der die europäische Zivilisation zu ihrer vollsten Blüte sich entfaltet, in der alle Nervenfasern der europäischen Geschichte sich vereinigen und von der in gemessenen Zeiträumen die elektrischen Schläge ausgehn, unter denen eine ganze Welt erbebt; eine Stadt, deren Bevölkerung die Leidenschaft des Genusses mit der Leidenschaft der geschichtlichen Aktion wie nie ein andres Volk vereinigt, deren Bewohner zu leben wissen wie der feinste Epikureer Athens und zu sterben wie der unerschrockenste Spartaner, Alcibiades und Leonidas in *einem;* eine Stadt, die wirklich, wie Louis Blanc sagt, Herz und Hirn der Welt ist.

Wenn man von einem hohen Punkte der Stadt oder vom Montmartre oder der Terrasse von Saint-Cloud Paris überschaut, wenn man die Umgegend der Stadt durchstreift, so meint man, Frankreich wisse, was es an Paris besitze, Frankreich habe seine besten Kräfte verschwendet, um Paris recht zu hegen und zu pflegen. Wie eine Odaliske auf bronzeschillerndem Divan liegt die stolze Stadt an den warmen Rebenhügeln des gewundenen Seinetals. Wo in aller Welt gibt es eine Aussicht wie die von den beiden Versailler Eisenbahnen hinab auf das grüne Tal mit seinen zahllosen Dörfern und Städtchen, und wo gibt es so reizend gelegene, so reinlich und nett gebaute, so geschmackvoll angelegte Dörfer und Städtchen wie Suresnes, Saint-Cloud, Sèvres, Montmorency, Enghien und zahllose andre? Man gehe hinaus zu welcher Barriere man will, man verfolge seinen Weg aufs Geratewohl, und überall wird man auf dieselbe schöne Umgebung, auf denselben Geschmack in der Benutzung der Gegend, auf dieselbe Zierlichkeit und Reinlichkeit stoßen. Und doch ist es wieder nur die Königin der Städte selbst, die sich dies wunderbare Lager geschaffen hat.

Aber freilich gehört auch ein Frankreich dazu, um ein Paris zu schaffen, und erst wenn man den üppigen Reichtum dieses herrlichen Landes kennengelernt hat, begreift man, wie dies strahlende, üppige, unvergleichliche Paris zustande kommen konnte. Man begreift es freilich nicht, wenn man von Norden kommt, auf der Eisenbahn die Blachfelder Flanderns und Artois', die wald- und rebenlosen Hügel der Picardie durchfliegend. Da sieht man nichts als Kornfelder und Weiden, deren Einförmigkeit nur durch sumpfige



Kartographische Skizze von Friedrich Engels
über seine Reiseroute von Auxerre bis Le Locle (I) [360]

Kartographische Skizze von Friedrich Engels über seine Reiseroute von Auxerre bis Le Locle (II)

Flußtäler, durch ferne, gestrüppbewachsene Hügel unterbrochen wird; und erst wenn man bei Pontoise den Kreis der Pariser Atmosphäre betritt, merkt man etwas vom „schönen Frankreich". Man begreift Paris schon etwas mehr, wenn man durch die fruchtbaren Täler Lothringens, über die rebenbekränzten Kreidehügel der Champagne, das schöne Marnetal entlang nach der Hauptstadt zieht; man begreift's noch mehr, wenn man durch die Normandie fährt und von Rouen nach Paris mit der Eisenbahn die Windungen der Seine bald verfolgt, bald durchkreuzt. Die Seine scheint die Pariser Luft auszuhauchen bis an ihre Mündung; die Dörfer, die Städte, die Hügel, alles erinnert an die Umgebung von Paris, nur daß alles schöner, üppiger, geschmackvoller wird, je mehr man sich dem Zentrum Frankreichs nähert. Aber ganz habe ich erst verstanden, wie Paris möglich war, als ich die Loire entlangging und von da übers Gebirg mich nach den burgundischen Rebentälern wandte.

Ich hatte Paris gekannt in den letzten beiden Jahren der Monarchie, als die Bourgeoisie im Vollgenuß ihrer Herrschaft schwelgte, als Handel und Industrie erträglich gingen, als die große und kleine bürgerliche Jugend noch Geld hatte zum Genießen und zum Verjubeln, und als selbst ein Teil der Arbeiter noch gut genug gestellt war, um mit an der allgemeinen Heiterkeit und Sorglosigkeit teilnehmen zu können. Ich hatte Paris wiedergesehn in dem kurzen Rausch der republikanischen Flitterwochen, im März und April, wo die Arbeiter, die hoffnungsvollen Toren[304], der Republik mit der sorglosesten Unbedenklichkeit „drei Monate Elend zur Verfügung stellten"[1], wo sie den Tag über trocken Brot und Kartoffeln aßen und den Abend auf den Boulevards Freiheitsbäume pflanzten, Schwärmer abbrannten und die „Marseillaise" jubelten, und wo die Bourgeois, den ganzen Tag in ihren Häusern versteckt, den Zorn des Volks durch bunte Lampen zu besänftigen suchten. Ich kam – unfreiwillig genug, bei Hecker! – im Oktober wieder. Zwischen dem Paris von damals und von jetzt lag der 15. Mai und der 25. Juni, lag der furchtbarste Kampf, den die Welt je gesehen, lag ein Meer von Blut, lagen fünfzehntausend Leichen. Die Granaten Cavaignacs hatten die unüberwindliche Pariser Heiterkeit in die Luft gesprengt; die „Marseillaise" und der „Chant du départ"[360] waren verstummt, nur die Bourgeois summten noch ihr „Mourir pour la patrie"[123] zwischen den Zähnen; die Arbeiter, brotlos und waffenlos, knirschten in verhaltnem Groll; in der Schule des Belagerungszustands war die ausgelassene Republik gar bald honett, zahm, artig und gemäßigt (sage et modérée) geworden. Aber Paris war tot, es war nicht mehr Paris. Auf den Boulevards nichts als Bourgeois

[1] Siehe vorl. Band, S. 135

und Polizeispione; die Bälle, die Theater verödet; die Gamins[1] in der Mobilgardenjacke untergegangen, für 30 Sous täglich an die honette Republik verkauft, und je dummer sie wurden, desto mehr gefeiert von der Bourgeoisie – kurz, es war wieder das Paris von 1847, aber ohne den Geist, ohne das Leben, ohne das Feuer und das Ferment, das die Arbeiter damals überall hineinbrachten. Paris war tot, und diese schöne Leiche war um so schauerlicher, je schöner sie war.

Es litt mich nicht länger in diesem toten Paris. Ich mußte fort, gleichviel wohin. Also zunächst nach der Schweiz. Geld hatt' ich nicht viel, also zu Fuß. Auf den nächsten Weg kam's mir auch nicht an; man scheidet nicht gern von Frankreich.

Eines schönen Morgens also brach ich auf und marschierte aufs Geratewohl direkt nach Süden zu. Ich verirrte mich zwischen den Dörfern, sobald ich erst aus der Banlieue hinaus war; das war natürlich. Endlich geriet ich auf die große Straße nach Lyon. Ich verfolgte sie eine Strecke, mit Abstechern über die Hügel. Von dort oben hat man wunderschöne Aussichten, die Seine aufwärts und abwärts, nach Paris und nach Fontainebleau. Unendlich weit sieht man den Fluß sich schlängeln im breiten Tal, zu beiden Seiten Rebenhügel, weiter im Hintergrund die blauen Berge, hinter denen die Marne fließt.

Aber ich wollte nicht so direkt nach Burgund hinein; ich wollte erst an die Loire. Ich verließ also am zweiten Tage die große Straße und ging über die Berge nach Orléans zu. Ich verirrte mich natürlich wieder zwischen den Dörfern, da ich nur die Sonne und die von aller Welt abgeschnittenen Bauern, die weder rechts noch links wußten, zu Führern hatte. Ich übernachtete in irgendeinem Dorf, dessen Namen ich nie aus dem Bauernpatois deutlich heraushören konnte, fünfzehn Lieues von Paris, auf der Wasserscheide zwischen Seine und Loire.

Diese Wasserscheide wird gebildet von einem breiten Bergrücken, der sich von Südosten nach Nordwesten entlangzieht. Zu beiden Seiten sind zahlreiche Taleinschnitte, von kleinen Bächen oder Flüssen bewässert. Oben auf der windigen Höhe gedeiht nur Korn, Buchweizen, Klee und Gemüse; an den Talwänden jedoch wächst überall Wein. Die nach Osten zu gelegenen Talwände sind fast alle mit großen Massen jener Kalkfelsblöcke bedeckt, welche die englischen Geologen Bolderstones nennen, und die man im sekundären und tertiären Hügelland häufig findet. Die gewaltigen blauen Blöcke, zwischen denen grünes Gebüsch und junge Bäume emporwachsen,

[1] Gassenjungen

bilden gar keinen üblen Kontrast zu den Wiesen des Tals und den Weinbergen des gegenüberliegenden Abhangs.

Allmählich stieg ich in eins dieser kleinen Flußtäler hinab und verfolgte es eine Zeitlang. Endlich stieß ich auf eine Landstraße und damit auf Leute, von denen zu erfahren war, wo ich mich eigentlich befand. Ich war nah bei Malesherbes, halbwegs zwischen Orléans und Paris. Orléans selbst lag mir zu weit westlich; Nevers war mein nächstes Ziel, und so stieg ich wieder über den nächsten Berg direkt nach Süden zu. Von oben eine sehr hübsche Aussicht: zwischen waldigen Bergen das nette Städchen Malesherbes, an den Abhängen zahlreiche Dörfer, oben auf einem Gipfel das Schloß Châteaubriand. Und was mir noch lieber war: gegenüber, jenseits einer schmalen Schlucht, eine Departementalstraße, die sich direkt nach Süden zog.

Es gibt nämlich in Frankreich dreierlei Straßen: die Staatsstraßen, früher königliche, jetzt Nationalstraßen genannt, schöne breite Chausseen, die die wichtigsten Städte miteinander verbinden. Diese Nationalstraßen, in der Umgegend von Paris nicht nur Kunst-, sondern wahre Luxusstraßen, prächtige, sechzig und mehr Fuß breite, in der Mitte gepflasterte Ulmenalleen, werden schlechter, schmaler und baumloser, je weiter man sich von Paris entfernt und je weniger Bedeutung die Straße hat. Sie sind dann stellenweise so schlecht, daß sie nach zwei Stunden mäßigen Regens für Fußgänger kaum noch zu passieren sind. Die zweite Klasse sind die Departementalstraßen, die Kommunikationen zweiten Rangs herstellend, aus Departementsfonds bestritten, schmaler und prunkloser als die Nationalstraßen. Die dritte Klasse endlich bilden die großen Vizinalwege[1] (chemins de grande communication), aus Kantonalmitteln[2] hergestellt, schmale, bescheidne Straßen, aber stellenweise in besserem Zustand als die größeren Chausseen.

Ich stieg querfeldein direkt auf meine Departementalstraße los und fand zu meiner größten Freude, daß sie mit der unabänderlichsten Geradlinigkeit direkt nach Süden ging. Dörfer und Wirtshäuser waren selten; nach mehrstündigem Marsch traf ich endlich einen großen Pachthof, wo man mir mit der größten Bereitwilligkeit einige Erfrischungen vorsetzte, wofür ich den Kindern des Hauses einige Fratzen auf ein Blatt Papier zeichnete und sehr ernsthaft erklärte: dies sei der General Cavaignac, das sei Louis Napoleon, das Armand Marrast, Ledru-Rollin usw. zum Sprechen ähnlich. Die Bauern starrten die verzerrten Gesichter mit großer Ehrfurcht an, bedankten sich hoch erfreut und schlugen die frappant ähnlichen Porträts sogleich an die

[1] Ortsverbindungswege – [2] Geldmittel, die aus dem Unterbezirk eines Arrondissements aufgebracht werden

Wand. Von diesen braven Leuten erfuhr ich auch, daß ich mich auf der Straße von Malesherbes nach Châteauneuf an der Loire befinde, bis wohin ich noch etwa zwölf Lieues habe.

Ich marschierte durch Puyseaux und ein andres kleines Städtchen, dessen Namen ich vergessen, und kam des Abends spät in Bellegarde an, einem hübschen und ziemlich großen Ort, wo ich übernachtete. Der Weg über das Plateau, das hier übrigens an vielen Orten Wein produziert, war ziemlich einförmig.

Den nächsten Morgen ging's nach Châteauneuf, noch fünf Lieues, und von da die Loire entlang auf der Nationalstraße von Orléans nach Nevers.

Unter blüh'nden Mandelbäumen,
An der Loire grünem Strand,
O wie lieblich ist's zu träumen,
Wo ich meine Liebe fand[361] –

so singt gar mancher deutsche schwärmerische Jüngling und manche zarte germanische Jungfrau in den schmelzenden Worten Helmina von Chezys und der geschmolzenen Weise Carl Maria von Webers. Aber wer an der Loire Mandelbäume und sanfte, liebliche Liebesromantik sucht, wie sie anno zwanzig in Dresden Mode war, der macht sich schreckliche Illusionen, wie sie eigentlich nur einem deutschen Erbblaustrumpf in der dritten Generation erlaubt sind.

Von Châteauneuf über les Bordes nach Dampierre bekommt man diese romantische Loire fast gar nicht zu sehn. Die Straße geht in einer Entfernung von zwei bis drei Lieues vom Flusse über die Höhen, und nur selten sieht man in der Ferne das Wasser der Loire in der Sonne aufleuchten. Die Gegend ist reich an Wein, Getreide, Obst; nach dem Flusse zu sind üppige Weiden; der Anblick des waldlosen, nur von wellenförmigen Hügeln umgebnen Tals ist jedoch ziemlich einförmig.

Mitten auf der Straße, nah bei einigen Bauernhäusern, traf ich eine Karawane von vier Männern, drei Weibern und mehreren Kindern, die drei schwerbeladene Eselskarren mit sich führten und auf offner Landstraße bei einem großen Feuer ihr Mittagsmahl kochten. Ich blieb einen Augenblick stehn: Ich hatte mich nicht getäuscht, sie sprachen deutsch, im härtesten oberdeutschen Dialekt. Ich redete sie an; sie waren entzückt, mitten in Frankreich ihre Muttersprache zu hören. Es waren übrigens Elsasser aus der Gegend von Straßburg, die jeden Sommer in dieser Weise ins Innere Frankreichs zogen und sich mit Korbflechten ernährten. Auf meine Frage, ob sie davon leben könnten, hieß es: „Ja, schwerlich, wenn mer alles kaufe müscht'; das Mehrscht werd g'bettelt." Allmählich kroch noch ein ganz alter Mann

aus einem der Eselskarren hervor, wo er ein vollständiges Bett hatte. Die ganze Bande hatte etwas sehr Zigeunerartiges in ihren zusammengebettelten Kostümen, von denen kein Stück zum andern paßte. Dabei schauten sie indes recht gemütlich drein und plauderten mir unendlich viel von ihren Fahrten vor, und mitten in der heitersten Schwatzhaftigkeit gerieten sich die Mutter und die Tochter, ein blauäugiges sanftes Geschöpf, beinahe in die struppigen roten Haare. Ich mußte bewundern, mit welcher Allgewalt sich die deutsche Gemütlichkeit und Innigkeit auch durch die zigeunerhaftesten Lebens- und Kleidungsverhältnisse Bahn bricht, wünschte guten Tag und setzte meine Reise fort, eine Strecke lang begleitet von einem der Zigeuner, der sich vor Tisch das Vergnügen eines Spazierrittes auf der spitzknochigen Croupe eines magern Esels erlaubte.

Den Abend kam ich nach Dampierre, einem kleinen Dorf nicht weit von der Loire. Hier ließ die Regierung durch 300 bis 400 Pariser Arbeiter, Trümmer der ehemaligen Nationalwerkstätten[115], einen Damm gegen die Überschwemmungen ausführen. Es waren Arbeiter aller Art, Goldarbeiter, Metzger, Schuhmacher, Schreiner, bis herab zum Lumpensammler der Pariser Boulevards. Ich fand ihrer an die zwanzig im Wirtshause, wo ich die Nacht blieb. Ein robuster Metzger, der bereits zu einer Art Aufseherstelle vorgerückt war, sprach mit großem Entzücken von dem Unternehmen: Man verdiene 30 bis 100 Sous täglich, je nachdem man arbeite, 40 bis 60 Sous seien leicht zu machen, wenn man nur etwas anstellig sei. Er wollte mich gleich in seine Brigade einrangieren; ich werde mich bald hineinfinden und gewiß schon in der zweiten Woche 50 Sous den Tag verdienen, ich könne mein Glück machen, und es sei wenigstens noch für sechs Monat Arbeit da. Ich hatte nicht übel Lust, zur Abwechslung auf einen oder zwei Monate die Feder mit der Schaufel zu vertauschen; aber ich hatte keine Papiere, und da wäre ich schön angelaufen.

Diese Pariser Arbeiter hatten ganz ihre alte Lustigkeit behalten. Sie betrieben ihre Arbeit, zehn Stunden täglich, unter Lachen und Scherzen, ergötzten sich in den Freistunden mit tollen Streichen und amüsierten sich abends damit, die Bauernmädchen zu „déniaisieren"[1]. Aber sonst waren sie durch ihre Isolierung auf ein kleines Dorf gänzlich demoralisiert. Von Beschäftigung mit den Interessen ihrer Klasse, mit den die Arbeiter so nahe berührenden politischen Tagesfragen keine Spur. Sie schienen gar keine Journale mehr zu lesen. Alle Politik beschränkte sich bei ihnen auf die Erteilung von Spitznamen; der eine, ein großer, starker Lümmel, hieß Caussidière,

[1] „übertölpeln"

der andre, ein schlechter Arbeiter und arger Trunkenbold, hörte auf den Namen Guizot, usw. Die anstrengende Arbeit, die verhältnismäßig gute Lebenslage und vor allem die Lostrennung von Paris und die Versetzung nach einem abgeschlossenen, stillen Winkel Frankreichs hatte ihren Gesichtskreis merkwürdig beschränkt. Sie standen schon im Begriff zu verbauern, und sie waren erst zwei Monate dort.

Den nächsten Morgen kam ich nach Gien, und damit endlich ins Loiretal selbst. Gien ist ein kleines, winkliges Städtchen mit einem hübschen Quai und einer Brücke über die Loire, die hier an Breite kaum dem Main bei Frankfurt gleichkommt. Sie ist überhaupt sehr seicht und voller Sandbänke.

Von Gien nach Briare geht der Weg durch das Tal, ungefähr eine Viertelmeile von der Loire entfernt. Die Richtung geht nach Südost, und die Gegend nimmt allmählich einen südlichen Charakter an. Ulmen, Eschen, Akazien oder Kastanienbäume bilden die Allee; üppige Weiden und fruchtbare Felder, zwischen deren Stoppeln eine Nachernte des fettesten Klees aufschoß, mit langen Pappelreihen besetzt, machen die Talsohle aus; jenseits der Loire in duftiger Ferne eine Hügelreihe, diesseits dicht neben der Landstraße eine zweite, ganz mit Weinstöcken bepflanzte Kette von Anhöhen. Das Tal der Loire ist hier durchaus nicht auffallend schön oder romantisch, wie man zu sagen pflegt, aber es macht einen höchst angenehmen Eindruck; man sieht der ganzen reichen Vegetation das milde Klima an, dem sie ihr Gedeihen verdankt. Selbst in den fruchtbarsten Gegenden Deutschlands habe ich nirgends einen Pflanzenwuchs gefunden, der sich mit dem auf der Strecke von Gien bis Briare vergleichen könnte.

Eh ich die Loire verlasse, noch ein paar Worte über die Bewohner der durchstreiften Gegend und ihre Lebensart.

Die Dörfer bis vier, fünf Stunden von Paris können keinen Maßstab für die Dörfer des übrigen Frankreichs abgeben. Ihre Anlage, die Bauart der Häuser, die Sitten der Bewohner sind viel zu sehr von dem Geist der großen Metropole beherrscht, von der sie leben. Erst zehn Lieues von Paris, auf den abgelegnen Höhen, fängt das eigentliche Land an, sieht man wirkliche Bauernhäuser. Es ist bezeichnend für die ganze Gegend bis zu der Loire und bis nach Burgund hinein, daß der Bauer den Eingang seines Hauses möglichst vor der Landstraße versteckt. Auf den Höhen ist jeder Bauernhof von einer Mauer umgeben; man tritt ein durch ein Tor und muß im Hofe selbst die meist nach hinten zu gelegne Haustür erst suchen. Hier, wo die meisten Bauern Kühe und Pferde haben, sind die Bauernhäuser ziemlich groß; an der Loire dagegen, wo viel Gartenkultur getrieben wird und selbst wohlhabende Bauern wenig oder gar kein Vieh besitzen und die Viehzucht als

besondrer Erwerbszweig den größeren Grundbesitzern oder Pächtern überlassen bleibt, werden die Bauernhäuser immer kleiner, oft so klein, daß man nicht begreift, wie eine Bauernfamilie mit ihrem Gerät und ihren Vorräten darin Platz findet. Auch hier indes ist der Eingang auf der der Straße abgekehrten Seite, und in den Dörfern haben fast nur die Schenken und Läden Türen nach der Straße zu.

Die Bauern dieser Gegend führen meist trotz ihrer Armut ein recht gutes Leben. Der Wein ist, wenigstens in den Tälern, meist eignes Produkt, gut und wohlfeil (dies Jahr zwei bis drei Sous die Flasche), das Brot überall, mit Ausnahme der höchsten Gipfel, gutes Weizenbrot, dazu vortrefflicher Käse und herrliches Obst, das man in Frankreich bekanntlich überall zum Brote ißt. Wie alle Landbewohner verzehren sie wenig Fleisch, dagegen viel Milch, vegetabilische Suppen und überhaupt eine vegetabilische Nahrung von ausgezeichneter Qualität. Der norddeutsche Bauer, selbst wenn er bedeutend wohlhabender ist, lebt nicht den dritten Teil so gut wie der französische zwischen Seine und Loire.

Diese Bauern sind ein gutmütiges, gastfreies, heiteres Geschlecht, dem Fremden auf jede mögliche Weise gefällig und zuvorkommend und im schlechtesten Patois noch echte, höfliche Franzosen. Trotz ihres im höchsten Grade entwickelten Eigentumssinnes für die von ihren Vätern dem Adel und den Pfaffen aberoberte Scholle, sind sie noch immer die Träger gar mancher patriarchalischen Tugend, besonders in den von den großen Straßen abseits gelegnen Dörfern.

Aber Bauer bleibt Bauer, und die Lebensverhältnisse der Bauern hören keinen Augenblick auf, ihren Einfluß geltend zu machen. Trotz aller Privattugenden des französischen Bauern, trotz der entwickelteren Lebenslage, in der er sich gegen den ostrheinischen Bauern befindet, ist der Bauer in Frankreich, wie in Deutschland, der Barbar mitten in der Zivilisation.

Die Isolierung des Bauern auf ein abgelegenes Dorf mit einer wenig zahlreichen, nur mit den Generationen wechselnden Bevölkerung, die anstrengende, einförmige Arbeit, die ihn mehr als alle Leibeigenschaft an die Scholle bindet und die vom Vater auf den Sohn stets dieselbe bleibt, die Stabilität und Einförmigkeit aller Lebensverhältnisse, die Beschränkung, in der die Familie das wichtigste, entscheidendste gesellschaftliche Verhältnis für ihn wird – alles das reduziert den Gesichtskreis des Bauern auf die engsten Grenzen, die in der modernen Gesellschaft überhaupt möglich sind. Die großen Bewegungen der Geschichte gehen an ihm vorüber, reißen ihn von Zeit zu Zeit mit sich fort, aber ohne daß er eine Ahnung hat von der Natur der bewegenden Kraft, von ihrer Entstehung, von ihrem Ziel.

Im Mittelalter, im siebenzehnten und achtzehnten Jahrhundert ging der Bewegung der Bürger in den Städten eine Bauernbewegung zur Seite, die aber fortwährend reaktionäre Forderungen aufstellte und, ohne für die Bauern selbst große Resultate herbeizuführen, nur die Städte in ihren Emanzipationskämpfen unterstützte.

In der ersten französischen Revolution traten die Bauern gerade solange revolutionär auf, als ihr allernächstes, handgreiflichstes Privatinteresse dies erforderte; solange, bis ihnen das Eigentumsrecht auf ihre bisher in feudalen Verhältnissen bebaute Scholle, die unwiederbringliche Abschaffung dieser Feudalverhältnisse und die Entfernung der fremden Armeen von ihrer Gegend gesichert war. Als dies erreicht, kehrten sie sich mit der ganzen Wut blinder Habgier gegen die unverstandene Bewegung der großen Städte und namentlich gegen die Pariser Bewegung. Zahllose Proklamationen des Wohlfahrtsausschusses, zahllose Dekrete des Konvents, vor allem die über das Maximum und die Akkapareurs[362], mobile Kolonnen und ambulante Guillotinen mußten gegen die eigensinnigen Bauern gerichtet werden. Und doch kam die Schreckensherrschaft, die die fremden Armeen vertrieb und den Bürgerkrieg erstickte, keiner Klasse so sehr zugut wie grade den Bauern.

Als Napoleon die Bourgeoisherrschaft des Direktoriums stürzte, die Ruhe wiederherstellte, die neuen Besitzverhältnisse der Bauern befestigte und in seinem Code civil[90] sanktionierte und die fremden Armeen immer weiter von den Grenzen trieb, schlossen die Bauern sich ihm mit Begeisterung an und wurden seine Hauptstütze. Denn der französische Bauer ist national bis zum Fanatismus; la France[1] hat für ihn eine hohe Bedeutung, seit er ein Stück Frankreich erbeigentümlich besitzt; die Fremden kennt er nur in der Gestalt verheerender Invasionsarmeen, die ihm den meisten Schaden zufügen. Daher der unbegrenzte nationale Sinn des französischen Bauern, daher sein ebenso unbegrenzter Haß gegen l'étranger[2]. Daher die Leidenschaft, mit der er 1814 und 1815 in den Krieg zog.

Als die Bourbonen 1815 wiederkamen, als die vertriebne Aristokratie wieder Ansprüche auf den in der Revolution verlornen Grundbesitz erhob, sahen die Bauern ihre ganze revolutionäre Eroberung bedroht. Daher ihr Haß gegen die Bourbonenherrschaft, ihr Jubel, als die Julirevolution ihnen die Sicherheit des Besitzes und die dreifarbige Fahne wiederbrachte.

Von der Julirevolution an hörte aber auch die Beteiligung der Bauern an den allgemeinen Interessen des Landes wieder auf. Ihre Wünsche waren erfüllt, ihr Grundbesitz war nicht länger bedroht, auf der Mairie[3] des Dorfes

[1] Frankreich – [2] den Fremden – [3] dem Bürgermeisteramt

wehte wieder dieselbe Fahne, unter der sie und ihre Väter ein Vierteljahrhundert gesiegt.

Aber wie immer genossen sie wenig Früchte ihres Sieges. Die Bourgeois begannen sogleich, ihre ländlichen Verbündeten mit aller Macht zu exploitieren. Die Früchte der Parzellierung und der Teilbarkeit des Bodens, die Verarmung der Bauern und die Hypothezierung ihrer Grundstücke hatten schon unter der Restauration angefangen zu reifen; nach 1830 traten sie in immer allgemeinerer, immer drohenderer Weise hervor. Aber der Druck, den das große Kapital auf den Bauern ausübte, blieb für ihn ein bloßes Privatverhältnis zwischen ihm und seinem Gläubiger; er sah nicht und konnte nicht sehen, daß diese immer allgemeiner, immer mehr zur Regel werdenden Privatverhältnisse allmählich zu einem Klassenverhältnis zwischen der Klasse der großen Kapitalisten und der der kleinen Grundbesitzer sich entwickelten. Es war nicht mehr derselbe Fall wie mit den Feudallasten, deren Entstehung längst vergessen, deren Sinn längst verloren, die nicht mehr Gegenleistung gegen erwiesene Dienste, die längst eine bloße, den einen Teil bedrückende Last geworden. Hier, bei der Hypothekarschuld, hat der Bauer oder doch sein Vater die Summe in harten Fünffrankentalern ausbezahlt erhalten; der Schuldschein und das Hypothekenbuch erinnern ihn vorkommendenfalls an den Ursprung der Last; der Zins, den er zahlen muß, selbst die stets sich erneuernden, drückenden Nebenvergütungen für den Wucherer sind moderne bürgerliche Gefälle, die in ähnlicher Form alle Schuldner treffen; die Bedrückung geschieht in ganz moderner, zeitgemäßer Gestalt, und der Bauer wird genau nach denselben Rechtsprinzipien ausgesogen und ruiniert, unter denen allein ihm sein Besitz gesichert ist. Sein eigner Code civil, seine moderne Bibel, wird zur Zuchtrute für ihn. Der Bauer kann in dem Hypothekarwucher kein Klassenverhältnis sehn, er kann seine Aufhebung nicht verlangen, ohne zugleich seinen eignen Besitz zu gefährden. Der Druck des Wuchers, statt ihn in die Bewegung zu schleudern, macht ihn vollends verwirrt. Worin er allein Erleichterung sehen kann, ist Verminderung der Steuern.

Als im Februar dieses Jahres zum erstenmal eine Revolution gemacht wurde, in der das Proletariat mit selbständigen Forderungen auftrat, begriffen die Bauern nicht das mindeste davon. Wenn die Republik einen Sinn für sie hatte, so war es nur der: Verminderung der Steuern und hie und da vielleicht auch etwas von Nationalehre, Eroberungskrieg und Rheingrenze. Als aber in Paris am Morgen nach dem Sturz Louis-Philippes der Krieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie losbrach, als die Stockung in Handel und Industrie auf das Land zurückwirkte, die Produkte des Bauern, in einem fruchtbaren Jahr ohnehin entwertet, noch mehr im Preise fielen und unverkäuflich

wurden, als vollends die Junischlacht bis in die entferntesten Winkel Frankreichs Schrecken und Angst verbreitete, da erhob sich unter den Bauern ein allgemeiner Schrei der fanatischsten Wut gegen das revolutionäre Paris und die nie zufriedenen Pariser. Natürlich! Was wußte auch der starrköpfige, bornierte Bauer von Proletariat und Bourgeoisie, von demokratisch-sozialer Republik, von Organisation der Arbeit, von Dingen, deren Grundbedingungen, deren Ursachen in seinem engen Dorf nie vorkommen konnten! Und als er hie und da durch die unsauberen Kanäle der Bourgeoisblätter eine trübe Ahnung von dem erhielt, worum es sich in Paris handelte, als die Bourgeois ihm das große Schlagwort gegen die Pariser Arbeiter zugeschleudert hatten: ce sont les partageurs[1], es sind Leute, die alles Eigentum, allen Grund und Boden teilen wollen, da verdoppelte sich der Wutschrei, da kannte die Entrüstung der Bauern keine Grenzen mehr. Ich habe Hunderte von Bauern gesprochen in den verschiedensten Gegenden Frankreichs, und bei allen herrschte dieser Fanatismus gegen Paris und namentlich gegen die Pariser Arbeiter. „Ich wollte, dies verdammte Paris würde morgen am Tage in die Luft gesprengt" – das war noch der mildeste Segenswunsch. Es versteht sich, daß für die Bauern die alte Verachtung gegen die Städter durch die Ereignisse dieses Jahres nur noch vermehrt und gerechtfertigt wurde. Die Bauern, das Land muß Frankreich retten; das Land produziert alles, die Städte leben von unserm Korn, kleiden sich von unserm Flachs und unsrer Wolle, wir müssen die rechte Ordnung der Dinge wiederherstellen; wir Bauern müssen die Sache in unsre Hand nehmen – das war der ewige Refrain, der mehr oder weniger deutlich, mehr oder weniger bewußt durch alles verworrene Gerede der Bauern durchklang.

Und wie wollen sie Frankreich retten, wie wollen sie die Sache in ihre Hand nehmen? Indem sie Louis Napoleon Bonaparte zum Präsidenten der Republik wählen, einen großen Namen, getragen von einem winzigen, eitlen, verworrenen Toren! Bei allen Bauern, die ich gesprochen, war der Enthusiasmus für Louis Napoleon ebenso groß wie der Haß gegen Paris. Auf diese beiden Leidenschaften und auf das gedankenloseste, tierischste Verwundern über die ganze europäische Erschütterung beschränkt sich die ganze Politik des französischen Bauern. Und die Bauern haben über sechs Millionen Stimmen, über zwei Drittel aller Stimmen bei den Wahlen in Frankreich.

Es ist wahr, die provisorische Regierung hat es nicht verstanden, die Interessen der Bauern an die Revolution zu fesseln, sie hat in dem Zuschlag von 45 Centimen auf die Grundsteuer, die hauptsächlich die Bauern traf,

[1] das sind die Teiler

einen unverzeihlichen, nie gutzumachenden Fehler begangen. Aber hätte sie auch die Bauern auf ein paar Monate für die Revolution gewonnen, im Sommer wären sie doch abgefallen. Die gegenwärtige Stellung der Bauern zur Revolution von 1848 ist nicht Folge von etwaigen Fehlern und zufälligen Verstößen; sie ist naturgemäß, sie ist in der Lebenslage, in der gesellschaftlichen Stellung des kleinen Grundeigentümers begründet. Das französische Proletariat, ehe es seine Forderungen durchsetzt, wird zuerst einen allgemeinen Bauernkrieg zu unterdrücken haben, einen Krieg, der selbst durch Niederschlagung aller Hypothekarschulden sich nur um kurze Zeit wird hinausschieben lassen.

Man muß während vierzehn Tagen fast nur mit Bauern, Bauern der verschiedensten Gegenden, zusammengekommen sein, man muß Gelegenheit gehabt haben, überall dieselbe vernagelte Borniertheit, dieselbe totale Unkenntnis aller städtischen, industriellen und kommerziellen Verhältnisse, dieselbe Blindheit in der Politik, dasselbe Raten ins Blaue über alles, was jenseits des Dorfes liegt, dasselbe Anlegen des Maßstabs der Bauernverhältnisse an die gewaltigsten Verhältnisse der Geschichte wiederzufinden – man muß, mit einem Wort, die französischen Bauern gerade im Jahr 1848 kennengelernt haben, um den ganzen niederschlagenden Eindruck zu empfinden, den diese störrische Dummheit hervorbringt.

II

Burgund

Briare ist ein altertümliches Städtchen an der Mündung des Kanals, der die Loire mit der Seine verbindet. Hier orientierte ich mich über die Route und fand es angemessener, statt über Nevers, über Auxerre nach der Schweiz zu gehn. Ich verließ also die Loire und wandte mich über die Berge nach Burgund zu.

Der fruchtbare Charakter des Loiretals nimmt allmählich, aber ziemlich langsam ab. Man steigt unmerkbar und kommt erst fünf bis sechs Meilen von Briare, bei Saint-Sauveur und Saint-Fargeau, in die Anfänge des waldigen, viehzuchttreibenden Gebirgslandes. Der Bergrücken zwischen Yonne und Loire ist hier schon höher, und diese ganze westliche Seite des Yonne-Departements ist überhaupt ziemlich gebirgig.

In der Gegend von Toucy, sechs Lieues von Auxerre, hörte ich zuerst den eigentümlichen naiv-breiten Burgunder Dialekt, ein Idiom, das hier und im ganzen eigentlichen Burgund noch einen liebenswürdigen, angenehmen

Charakter hat, dagegen in den höheren Gegenden der Franche Comté einen schwerfälligen, plumpen, fast doktoralen Klang annimmt. Es ist wie der naive östreichische Dialekt, der sich allmählich in den groben oberbayrischen verwandelt. Das burgundische Idiom betont auf eine merkwürdig unfranzösische Weise stets die Silbe vor derjenigen, welche im guten Französisch den Hauptakzent hat, sie verwandelt das jambische Französisch in ein trochäisches und verdreht dadurch merkwürdig die feine Akzentuierung, die der gebildete Franzose seiner Sprache zu geben weiß. Aber wie gesagt, im eigentlichen Burgund klingt es noch recht nett und im Munde eines hübschen Mädchens sogar reizend: Mais, mâ foi, monsieur, je vous demande ûn peu ...[364]

Wenn man vergleichen kann, so ist überhaupt der Burgunder der französische Östreicher. Naiv, gutmütig, zutraulich im höchsten Grade, mit viel Mutterwitz innerhalb des gewohnten Lebenskreises, voll naiv komischer Vorstellungen über alles, was darüber hinausgeht, possierlich ungeschickt in ungewohnten Verhältnissen, stets unverwüstlich heiter – so sind diese guten Leute fast einer wie der andre. Man verzeiht dem liebenswürdig gutherzigen burgundischen Bauern noch am allerersten seine gänzliche politische Nullität und seine Schwärmerei für Louis Napoleon.

Die Burgunder haben übrigens unleugbar eine stärkere Beimischung deutschen Bluts als die weiter westlich wohnenden Franzosen; die Haare und der Teint sind heller, die Gestalt etwas größer, namentlich bei den Frauenzimmern, der scharfe kritische Verstand, der schlagende Witz nimmt schon bedeutend ab und wird ersetzt durch ehrlicheren Humor und zuweilen durch einen leisen Anflug von Gemütlichkeit. Aber das französische heitre Element herrscht noch bedeutend vor, und an sorglosem Leichtsinn gibt der Burgunder keinem nach.

Die westliche Berggegend des Yonne-Departements lebt hauptsächlich von der Viehzucht. Aber der Franzose ist überall ein schlechter Viehzüchter, und diese burgundischen Rinder fallen gar dünn und klein aus. Doch wird neben der Viehzucht noch viel Kornbau getrieben und überall ein gutes Weizenbrot gegessen.

Die Bauernhäuser nehmen hier auch schon einen deutschern Charakter an; sie werden wieder größer und vereinigen Wohnung, Scheune und Ställe unter einem Dach; doch ist auch hier die Tür noch meist seitwärts von der Straße oder ganz von ihr abgekehrt.

An dem langen Abhang, der nach Auxerre hinunterführt, sah ich die ersten Burgunder Reben, zum großen Teil noch belastet mit der unerhört reichen Traubenernte des Jahres 1848. An manchen Stöcken sah man fast gar keine Blätter vor lauter Trauben.

Auxerre ist ein kleines, unebenes, von innen nicht sehr ansehnliches Städtchen mit einem hübschen Quai an der Yonne und einigen Ansätzen zu jenen Boulevards, ohne die ein französischer Departementshauptort nun einmal nicht sein kann. Zu gewöhnlichen Zeiten muß es gar still und tot sein, und der Präfekt der Yonne muß die Pflichtbälle und Abendessen, die er unter Ludwig Philipp den Notabeln des Ortes zu geben hatte, mit wenig Kosten bestritten haben. Aber jetzt war Auxerre belebt, wie es nur einmal im Jahre belebt ist. Wenn der Bürger Denjoy, Volksrepräsentant, der sich in der Nationalversammlung so sehr darüber skandalisierte, daß bei dem demokratisch-sozialen Bankett von Toulouse das ganze Lokal rot dekoriert war, wenn dieser brave Bürger Denjoy mit mir nach Auxerre gekommen wäre, er hätte vor Entsetzen Krämpfe bekommen. Hier war nicht ein Lokal, hier war die ganze Stadt rot dekoriert. Und welches Rot! Das unzweifelhafteste, unverhüllteste Blutrot färbte die Mauern und Treppen der Häuser, die Blusen und Hemden der Menschen; dunkelrote Ströme füllten sogar die Rinnsteine und befleckten das Pflaster, und eine unheimlich schwärzliche, rotschäumende Flüssigkeit wurde von bärtigen, unheimlichen Männern in großen Zubern über die Straßen getragen. Die rote Republik schien mit allen ihren Greueln zu herrschen, die Guillotine, die Dampfguillotine schien in Permanenz zu sein, die buveurs de sang[1], von denen das „Journal des Débats" so schauerliche Sagen zu berichten weiß, feierten hier offenbar ihre kannibalischen Orgien. Aber die rote Republik von Auxerre war sehr unschuldig, es war die rote Republik der burgundischen Weinlese, und die Blutsäufer, die das edelste Erzeugnis dieser roten Republik mit so großer Wollust verzehren, sind niemand anders als die Herren honetten Republikaner selbst, die großen und kleinen Bourgeois von Paris. Und der ehrenwerte Bürger Denjoy hat in dieser Beziehung auch seine roten Gelüste trotz dem Besten.

Wer nur in dieser roten Republik die Taschen voll Geld gehabt hätte! Die Lese von 1848 war so unendlich reich, daß nicht Fässer genug gefunden werden konnten, um all den Wein aufzunehmen. Und dabei von einer Qualität – besser als 46er, ja vielleicht besser als 34er! Von allen Seiten strömten die Bauern herzu, um den noch übrigen 47er zu Spottpreisen – zu 2 Franken die Feuillette[2] von 140 Litern guten Weins – aufzukaufen; zu allen Toren kamen Wagen auf Wagen mit leeren Fässern herein, und doch wurde man nicht fertig. Ich habe selbst gesehn, wie ein Weinhändler in Auxerre mehrere Fässer 47er, ganz guten Weins, auf die Straße auslaufen ließ, um nur Fassung zu bekommen für den neuen Wein, der der Speku-

[1] Blutsäufer – [2] Fäßchen, altfranzösisches Weinmaß

lation allerdings ganz andre Aussichten bot. Man versicherte mir, dieser Weinhändler habe in wenig Wochen auf diese Weise bis zu vierzig große Fässer (fûts) auslaufen lassen.

Nachdem ich in Auxerre mehrere Schoppen des Alten sowohl wie des Neuen zu mir genommen, zog ich über die Yonne den Bergen des rechten Ufers zu. Die Chaussee geht das Tal entlang; ich nahm indes die alte, kürzere Straße über die Berge. Der Himmel war bedeckt, das Wetter unfreundlich, ich selbst war müde, und so blieb ich im ersten Dorf, einige Kilometer von Auxerre über Nacht.

Am nächsten Morgen brach ich in aller Frühe und mit dem herrlichsten Sonnenschein von der Welt auf. Der Weg führte zwischen lauter Weinbergen hindurch über einen ziemlich hohen Bergrücken. Aber für die Mühe des Steigens belohnte mich oben der prachtvollste Überblick. Vor mir die ganze hügelige Abdachung bis zur Yonne, dann das grüne, wiesenreiche und pappelbepflanzte Yonnetal mit seinen vielen Dörfern und Bauernhöfen; dahinter das steingraue Auxerre, an die jenseitige Bergwand gelehnt; überall Dörfer, und überall, soweit das Auge reichte, Reben, nichts als Reben, und der schimmerndste, warme Sonnenschein, nur in der Ferne durch feinen Herbstduft gemildert, ausgegossen über diesen großen Kessel, in dem die Augustsonne einen der edelsten Weine kocht.

Ich weiß nicht, was es ist, das diesen französischen, durch keine ungewöhnlich schönen Umrisse ausgezeichneten Landschaften ihren eigentümlich reizenden Charakter verleiht. Es ist freilich nicht diese oder jene Einzelheit, es ist das Ganze, das Ensemble, das ihnen einen Stempel der Sättigung aufdrückt, wie man ihn selten anderswo findet. Der Rhein und die Mosel haben schönere Felsengruppierungen, die Schweiz hat größere Kontraste, Italien ein volleres Kolorit, aber kein Land hat Gegenden von einem so harmonischen Ensemble wie Frankreich. Mit einer ungewöhnlichen Befriedigung schweift das Auge von dem breiten, üppigen Wiesental zu den bis auf den höchsten Gipfel ebenso üppig mit Reben bewachsenen Bergen und zu den zahllosen Dörfern und Städten, die aus dem Laubwerk der Obstbäume sich erheben. Nirgends ein kahler Fleck, nirgends eine störende unwirtbare Stelle, nirgends ein rauher Fels, dessen Wände dem Pflanzenwuchs unzugänglich wären. Überall eine reiche Vegetation, ein schönes sattes Grün, das in eine herbstlich-bronzierte Schattierung übergeht, gehoben durch den Glanz einer Sonne, die noch im halben Oktober heiß genug brennt, um keine Beere am Weinstock unreif zu lassen.

Ich ging noch etwas weiter, und eine zweite, ebenso schöne Aussicht eröffnete sich vor mir. Tief unten, in einem engeren Talkessel, lag Saint-Bris,

ein kleines, ebenfalls nur von Weinbau lebendes Städtchen. Dieselben Details wie vorhin, nur näher zusammengerückt. Weiden und Gärten unten im Tal um das Städtchen, Reben ringsum an den Wänden des Kessels, nur an der Nordseite umgeackerte oder mit grünem Stoppelklee bedeckte Felder und Wiesen. Drunten in den Straßen von Saint-Bris dasselbe Getriebe wie in Auxerre; überall Fässer und Keltern, und die ganze Einwohnerschaft unter Lachen und Scherzen beschäftigt, Most zu keltern, in die Fässer zu pumpen oder in großen Kufen über die Straße zu tragen. Dazwischen wurde Markt gehalten; in den breiteren Straßen hielten Bauernwagen mit Gemüse, Korn und andern Felderzeugnissen; die Bauern mit ihren weißen Zipfelmützen, die Bäuerinnen mit ihren Madrastüchern um den Kopf drängten sich schwatzend, rufend, lachend zwischen die Winzer; und das kleine Saint-Bris bot ein lebendiges Getreibe dar, daß man glaubte, in einer großen Stadt zu sein.

Jenseits Saint-Bris ging's wieder einen lang hingezogenen Berg hinauf. Aber diesen Berg erstieg ich mit ganz besonderm Vergnügen. Hier war alles noch in der Weinlese begriffen, und eine burgundische Weinlese ist ganz anders lustig als selbst eine rheinländische. Auf jedem Schritt fand ich die heiterste Gesellschaft, die süßesten Trauben und die hübschesten Mädchen; denn hier, wo von drei zu drei Stunden ein Städtchen liegt, wo die Einwohner vermöge ihres Weinhandels viel mit der übrigen Welt in Verkehr sind, hier herrscht schon eine gewisse Zivilisation, und niemand nimmt diese Zivilisation rascher an als die Frauenzimmer, denn sie haben die nächsten und augenfälligsten Vorteile davon. Es fällt keiner französischen Städterin ein zu singen:

> Wenn ich doch so hübsch wär
> Wie die Mädchen auf dem Land!
> Ich trüg 'nen gelben Strohhut
> Und ein rosenrotes Band.[365]

Im Gegenteil, sie weiß viel zu gut, daß sie der Stadt, der Entziehung aller groben Arbeiten, der Zivilisation und ihren hundert Reinlichkeitsmitteln und Toilettenkünsten die ganze Ausbildung ihrer Reize verdankt; sie weiß, daß die Mädchen auf dem Land, selbst wenn sie nicht schon von ihren Eltern jene, dem Franzosen so schreckliche Grobknochigkeit ererbt haben, die der Stolz der germanischen Race ist, doch durch die anstrengende Feldarbeit im glühendsten Sonnenschein wie im heftigsten Regen, durch die Erschwerung der Reinlichkeit, durch die Abwesenheit aller Mittel der körperlichen Ausbildung, durch das zwar sehr ehrwürdige, aber ebenso unbeholfene und geschmacklose Kostüm meistens zu plumpen, wackelnden, in grellen Farben

komisch aufgeputzten Vogelscheuchen werden. Die Geschmäcke sind verschieden; unsre deutschen Landsleute halten es meist mehr mit der Bauerntochter, und sie mögen nicht unrecht haben: allen Respekt vor dem Dragonertritt einer handfesten Viehmagd und besonders vor ihren Fäusten; alle Ehre dem grasgrün und feuerrot gewürfelten Kleide, das sich um ihre gewaltige Taille schlingt; alle Achtung vor der Tadellosigkeit der Ebene, die von ihrem Nacken bis zu ihren Fersen geht und ihr von hinten das Ansehn eines mit buntem Kattun überzogenen Brettes gibt! Aber die Geschmäcke sind verschieden, und darum möge der von mir differierende, obgleich darum nicht minder ehrenwerte Teil meiner Mitbürger mir verzeihen, wenn die reingewaschenen, glattgekämmten, schlankgewachsenen Burgunderinnen von Saint-Bris und Vermanton einen angenehmeren Eindruck auf mich machten als jene naturwüchsig schmutzigen, struppigen, molossischen Büffelkälber zwischen Seine und Loire, die einen wie vernagelt anstarren, wenn man eine Zigarette dreht, und mit Geheul davonlaufen, wenn man sie in gutem Französisch nach dem rechten Wege fragt.

Man wird mir also gern glauben, daß ich mehr mit den Winzern und Winzermädchen Trauben essend, Wein trinkend, plaudernd und lachend im Grase lag, als den Berg hinaufmarschierte, und daß ich in derselben Zeit wie diesen unbedeutenden Hügelrücken, den Blocksberg oder gar die Jungfrau hätte besteigen können. Um so mehr, als man sich an Weintrauben alle Tage sechzigmal sattessen kann und also an jedem Weinberge den besten Vorwand hat, sich mit diesen ewig lachenden und gefälligen Leuten beiderlei Geschlechts in Verbindung zu setzen. Aber alles hat ein Ende, und so auch dieser Berg. Es war schon Nachmittag, als ich den andern Abhang herunterstieg in das reizende Tal der Cure, eines kleinen Nebenflusses der Yonne, nach dem Städtchen Vermanton, das noch schöner liegt als Saint-Bris.

Bald hinter Vermanton aber hört die schöne Gegend auf. Man nähert sich allmählich dem höheren Rücken des Faucillon, der die Flußgebiete der Seine, Rhône und Loire voneinander scheidet. Von Vermanton steigt man mehrere Stunden, geht über ein langes unfruchtbares Plateau, auf dem schon der Roggen, Hafer und Buchweizen den Weizen mehr oder weniger vertreiben.[1]

Geschrieben Ende Oktober bis November 1848.
Nach dem Manuskript.

[1] Hier bricht das Manuskript ab

Beilagen

1

[Aufruf des Mainzer Arbeiterbildungsvereins an alle Arbeiter Deutschlands zur Gründung von Arbeitervereinen und zur Vorbereitung eines Arbeiterkongresses[366]]

[„Seeblätter" Nr. 89 vom 13. April 1848]

An alle Arbeiter Deutschlands!

Brüder und Arbeiter!

Wollen wir nicht abermals die Meistbetrogenen sein, nicht ferner auf eine lange Reihe von Jahren hinaus durch eine kleine Zahl ausgebeutet, verachtet und niedergetreten werden, so dürfen wir keinen Augenblick verlieren, keine Minute in Untätigkeit verstreichen lassen.

Vereinzelt, wie bisher, sind wir schwach, obgleich wir Millionen zählen. Vereinigt und organisiert werden wir dagegen eine unwiderstehliche Macht bilden. Drum, Brüder, überall in Städten und Dörfern Arbeitervereine gebildet, in denen unsere Verhältnisse erörtert, Maßregeln zur Abänderung unserer jetzigen Lage vorgeschlagen, Vertreter aus der Arbeiterklasse ins deutsche Parlament namhaft gemacht, erwählt und alle übrigen Schritte getan werden, die zur Wahrung unserer Interessen nötig sind. Sämtliche Arbeitervereine Deutschlands müssen ferner so schnell als möglich miteinander in Verbindung treten und darin bleiben.

Wir schlagen Euch vor, *Mainz* vorläufig zum Mittelpunkte für sämtliche Arbeitervereine zu wählen und mit dem unterzeichneten Vorstande in Korrespondenz zu treten, damit wir uns über einen gemeinsamen Plan verständigen und sobald als möglich auf einer Zusammenkunft von Abgeordneten aller Vereine den Sitz des Zentralkomitees etc. definitiv bestimmen können.

Wir erwarten die Briefe *unfrankiert*, wie wir unsererseits an die Vereine *unfrankiert* schreiben werden.

Mainz, am 5. April 1848

Der Bildungsverein für Arbeiter in Mainz

Im Namen des Vorstandes:

Der Sprecher **Wallau** — Der Schreiber **Cluß**

Adresse: An das Sekretariat des Bildungsvereins für Arbeiter in Mainz zu Händen des Herrn Adolph *Cluß*. Mainz, Franziskanergasse Nr. 156 1/2.

2

[Sitzungsprotokoll der Kölner Gemeinde des Bundes der Kommunisten vom 11. Mai 1848[367]]

Sitzung Mai 11/48

Präsident Marx fragt Gottschalk, welches seine Meinung oder seinen Beschluß sei in Hinsicht des B[un]d[es]: welche Stellung er, Gottschalk, jetzt dem B[un]d gegenüber jetzt einzunehmen gedächte.

Gottschalk erklärt seinen gegebenen Austritt zu wiederholen, da durch die Umwälzungen in den jetzigen Verhältnissen auch eine Umgestaltung der B[un]d[es]-Statuten verlangte und unter den bisherigen Statuten seine persönliche Freiheit gefährdet sei; erklärt aber, daß er in allen Fällen, wo der B[un]d seine Wirksamkeit wünschen sollte, er unter der gegebenen Bedingung seine Wirksamkeit vollständigst gewähren würde.

H. Bürgers, Präsident
Jos. Moll, Sekretär

Nach dem Manuskript.

3

Gerichtliche Untersuchung gegen die „Neue Rheinische Zeitung"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 38 vom 8. Juli 1848]

**Köln*, 7. Juli. Der Gerant der „Neuen Rheinischen Zeitung", Korff, und ihr Redakteur en chef, Karl Marx, wurden gestern auf dem Instruktionsamt vernommen, beide beschuldigt der Beleidigung resp. Verleumdung der bei der Verhaftung Annekens funktionierenden Herrn Gendarmen und des Herrn Oberprokurator Zweiffel. Um 4 Uhr begann das Verhör. Nach Schluß desselben, ungefähr 6 Uhr, begleiteten der Instruktionsrichter und der Staatsprokurator *Hecker* die Inkulpaten in das Redaktionslokal, wo mit Zuziehung eines Polizeikommissars Haussuchung stattfand, um das Manuskript und so den Verfasser des angeschuldigten Artikels ausfindig zu machen. Es fand sich ein Zettel von unbekannter Handschrift vor, der indes nicht die

Kopie des inkulpierten Artikels[1] enthielt. Dieser Zettel wurde zu den Anklageakten gegen *Marx und Genossen* gelegt. Es scheint nach letzterm Ausdruck, daß man der Redaktion en masse[2] den Prozeß machen will, obgleich der Gerant Korff, der die Zeitung allein unterschreibt, natürlich auch die gerichtliche Verantwortlichkeit übernimmt.

4

Gerichtliche Verfolgung der „Neuen Rheinischen Zeitung"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 53 vom 23. Juli 1848]

**Köln*, 22. Juli. Heute morgen war der Redakteur en chef der „Neuen Rheinischen Zeitung", Karl Marx, abermals vor den Instruktionsrichter geladen, um wegen des inkriminierten Artikels über die Verhaftung des Herrn Anneke verhört zu werden. Der Gerant der Zeitung, H. Korff, war diesmal nicht mitgeladen.

5

[Anzeige über die Einberufung des rheinischen Kreiskongresses der demokratischen Vereine[368]]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 66 vom 5. August 1848]

**Köln*, 4. August. Nach Beschluß des demokratischen Kongresses zu Frankfurt[228], welcher Köln zum Vorort für die preußische Rheinprovinz bestimmt und die dortigen demokratischen Vereine beauftragt hat, einen Kreiskongreß zur Organisation der demokratischen Partei in der Provinz zusammenzuberufen, ladet der Zentralausschuß der hiesigen Vereine[369] alle in der Rheinprovinz bestehenden Vereine mit demokratischer Tendenz ein, Abgeordnete zu diesem Kongresse zu ernennen, welcher Sonntag, den 13. August, hier stattfinden wird. Die Deputierten haben sich zu melden im obern Saale des Stollwerckschen Lokals.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 166–168 und 175–177 – [2] im ganzen

Der Zentralausschuß der drei demokratischen Vereine in Köln

Schneider II, Marx
(Für die Demokratische Gesellschaft)

Moll, Schapper
(Für den Arbeiterverein)

Becker, Schützendorf
(Für den Verein für Arbeiter und Arbeitgeber)

In einem Augenblick, wo unter der Firma von wandelnden „konstitutionellen" Kongressen die Reaktion ihre Kräfte im ganzen Staate mustert und zusammenzieht, braucht den Demokraten die Notwendigkeit eines energischen Entgegenwirkens nicht ausführlicher entwickelt zu werden. Sie haben bloß von denselben Freiheiten Gebrauch zu machen, deren sich der Verein „Mit Gott für König und Vaterland" und seine Zweigvereine erfreuen.

6

Die gerichtliche Verfolgung gegen die „Neue Rheinische Zeitung"

[„Neue Rheinische Zeitung" Nr. 66 vom 5. August 1848]

× *Köln,* 4. August. Unsre Verwickelungen mit dem öffentlichen Ministerium gehen ihren Gang. Am vorigen Montag war der Gerant *Korff* wieder vor den Instruktionsrichter geladen, und gestern waren zwei unsrer Redakteure, Dronke und Engels, als *Zeugen* zitiert. Dronke ist auf einige Zeit abwesend, Engels erschien, wurde jedoch nicht eidlich vernommen, da man vermutet, daß der neulich in unsren Büros konfiszierte Zettel von seiner Handschrift ist, und es also möglich ist, daß auch er in die Anklage verwickelt wird.

Man sieht, das öffentliche Ministerium ist nicht damit zufrieden, daß der Gerant als verantwortlicher Herausgeber fungiert. Es soll der Redakteur en chef impliziert, es soll der Verfasser des fraglichen Artikels entdeckt, es sollen die Redakteure, von denen *jeder* der Verfasser des fraglichen Artikels sein kann, veranlaßt werden, *gegeneinander*, ja möglicherweise *gegen sich selbst* Zeugnis abzulegen.

7

[Aus dem Protokoll der Generalversammlung der Demokratischen Gesellschaft in Köln am 11. August 1848]

[„Der Wächter am Rhein“ 2. Dutzend, Nr. 2 vom 25. August 1848]

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der vorigen Generalversammlung auf Verordnung des provisorischen Präsidenten Marx, verliest Herr *Wolff* den Protest an die deutsche Nationalversammlung wegen der Teilung Polens[1], welcher mit Freude begrüßt und mit Akklamation angenommen wird.

Herr *Rittinghausen* vindiziert dem Herrn Marx das ihm neuerdings durch die preußische Regierung bestrittene Staatsbürgerrecht[2] aus vielen Gründen. Er hält es für das beste, die Regierung zur Zurücknahme dieses ungesetzlichen und durchaus lächerlichen Schrittes durch eine Deputation morgen zu veranlassen, und im Falle die Regierung dies nicht wolle, einen Protest über solches Handeln direkt an den Minister zu richten[305]. Nach Verlesung des Protestes wird derselbe angenommen und im Falle der Nichtzurücknahme der Verweigerung des Bürgerrechts für Marx zur Unterschrift heute abend aufgelegt.

Herr *Marx* entwickelt noch näher die Gründe des Unrechts der gegen ihn gefaßten Maßregel, welche durch den Beifall der ganzen Versammlung als schlagend anerkannt werden. Die Verhältnisse, weshalb die Regierung das Bürgerrecht verweigerte, sind eigentlich die, daß man früher vergeblich versucht hat, ihn für die Regierung zu gewinnen.

Herr *Engels* bringt eine neue fatale Polizeimaßregel gegen Schapper[3] zur Sprache, wodurch derselbe mit Ausweisung bedroht wird. Er bespricht den Übergriff der Polizei, wobei er besonders hervorhebt, daß Schapper als Nassauer Bürger jedenfalls das Recht hat, als Deutscher betrachtet zu werden, und nach dem Beschlusse der Frankfurter Nationalversammlung als solcher sich in allen 38 deutschen Staaten aufhalten darf.

Als Deputierte, die Angelegenheit von Marx und Schapper dem Regierungspräsidenten und Polizeidirektor vorzutragen und eine Zurücknahme der betreffenden Beschlüsse zu erwirken, werden erwählt: Rittinghausen, Schneider und Bürgers.

Der Deputierte *Gladbach*, mit stürmischem Beifall bei seinem Erscheinen begrüßt, setzt des weiteren auseinander, daß weder von der Berliner noch von der Frankfurter Versammlung Heil zu erwarten sei.

---

[1] Siehe vorl. Band, S. 488/489 – [2] siehe vorl. Band, S. 382–385 – [3] siehe vorl. Band, S. 364/365

Herr *Engels* hebt hervor, wie gerade Gladbach sich immer durch Freisinnigkeit, Kühnheit und besonders durch den energischen Protest hinsichts des Verfahrens gegen die Schleswig-Holsteiner in Spandau[1] ausgezeichnet habe. Hierauf wird dem Herrn Gladbach ein dreimaliges Lebehoch gebracht.

8

[Protest der Demokratischen Gesellschaft in Köln gegen die Einverleibung Posens in den Deutschen Bund]

[„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 74 vom 13. August 1848]

**Köln*, 12. August. Die *Demokratische Gesellschaft* von Köln hat folgenden Protest bei der Nationalversammlung eingelegt:

Hohe Nationalversammlung!

Die Demokratische Gesellschaft zu Köln, in Erwägung:

1. daß das im Freiheitskampf begriffene Deutschland andere Nationalitäten nicht unterdrücken, sondern in ihrem Streben nach Freiheit und Selbständigkeit fördern will;
2. daß die Freiwerdung Polens eine Existenzfrage für Deutschland ist;
3. daß den Polen ihre Freiheit und nationale Selbständigkeit von drei Despoten allerdings wiederholt geraubt;
4. daß seit 1792 alle Attentate gegen Polen und alle Teilungen desselben von der Reaktion stets gegen die Freiheit von ganz Europa gerichtet und andererseits jedesmal, wenn eine Freimachung der Völker eintrat, auch auf Wiederherstellung Polens gedrungen worden;
5. daß selbst der Fünfzigerausschuß jeden Anteil an dem wider Polen begangenen Frevel im Namen des deutschen Volkes mit Entrüstung zurückgewiesen und die Pflicht des letzteren, zur Herstellung eines selbständigen Polens mitzuwirken, klar ausgesprochen;
6. daß sogar der König von Preußen nach der Märzrevolution, durch die öffentliche Meinung gezwungen, die Reorganisation Posens feierlich zugesagt;
7. daß demungeachtet die, freilich aus indirekten Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung zu Frankfurt in der Sitzung vom 27. Juli c.[2] die Einverleibung von drei Vierteln des Großherzogtums Posen in das

[1] Siehe vorl. Band, S. 169/170 und 180–183 – [2] courant – des laufenden (Jahres)

noch gar nicht existierende deutsche Reich beschlossen und sich dadurch einer neuen Teilung Polens und der nämlichen Verhöhnung der Freiheit wie der Wiener Kongreß und der deutsche Bundestag schuldig gemacht;

8. daß jedoch der gesunde Teil des deutschen Volkes an dem Zertreten der polnischen Nationalität zu Gunsten der Reaktion und im Interesse einer Anzahl preußischer Bürokraten, Gutsbesitzer und Schacherseelen keinen Teil haben will und kann;

beschließt in ihrer heutigen Sitzung:

gegen den von der deutschen Nationalversammlung am 27. Juli c. bezüglich des Großherzogtums Posen gefaßten Beschluß feierlich zu protestieren und vor Deutschland, Polen und ganz Europa gegen diese lediglich zum Vorteil der reaktionären Partei in Preußen, Rußland und Östreich beliebte Einverleibung hiermit energische Verwahrung einzulegen.

Die Demokratische Gesellschaft
Im Auftrage:
Das Komitee

9

Die gerichtliche Untersuchung gegen die „Neue Rheinische Zeitung"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 74 vom 13. August 1848]

* *Köln*, 12. August. Die interessanten Beziehungen unserer Zeitung zu dem öffentlichen Ministerium nehmen noch immer ihren Fortgang. Gestern war wieder einer unserer Redakteure, Ernst Dronke, als Zeuge vor den Instruktionsrichter geladen. Eine eidliche Vernehmung fand nicht statt, da eine Denunziation vorlag, daß Dronke am Abend nach der Verhaftung Annekes bei dessen Frau gewesen und dort Notizen über die Verhaftung gesammelt habe. Auf die Frage des Zeugen, gegen wen die Anklage gerichtet sei, wurde die Bezeichnung „Marx und Genossen" dahin erläutert, daß man den verantwortlichen Geranten Korff nur eventuell, den Redakteur en chef, Karl Marx, dagegen als mutmaßlichen Verfasser des inkriminierten Artikels zur Verantwortung zu ziehen wünsche.

Dronke erklärte übrigens, daß er sich nicht verpflichtet halte, die Wahrheit zu sagen, da er als Redakteur möglicherweise bei der Autorschaft des Artikels kompliziert sein könne und nicht gegen sich selbst Zeugnis ablege.

10

[Berichte über das Auftreten von Marx im Wiener Demokratischen Verein am 28. August 1848]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 94 vom 5. September 1848]

·|· *Wien*, 29. August. In der gestrigen Versammlung des Demokratischen Vereins wurde darüber beraten, ob der Verein zum Sturze des Ministers Schwarzer oder vielmehr zum Sturze des ganzen Ministeriums Doblhoff beim Kaiser oder Reichstag Schritte tun solle. Herr Julius Fröbel und Herr Marx waren als Gäste zugegen und beteiligten sich beide von verschiedenen Standpunkten aus an der Debatte.

Herr Julius Fröbel war der Ansicht, der Verein müsse sich deshalb an den Kaiser wenden, während Herr Marx behauptete, das demokratische Prinzip befinde sich im Reichstag. Niemand wundert sich hier, daß die Berliner „theoretischen" sogenannten Demokraten sich praktisch mit den Fürsten zu „vereinbaren" suchen.

[„Der Radikale" Nr. 64
vom 31. August 1848]

Wien, 30. August. Die Sitzung des Demokratischen Vereines vom 28. d. [Mts.] gehört zu den interessantesten und wichtigsten unserer Tagesgeschichte. Unter den anwesenden Gästen erwähnen wir den bekannten politischen Schriftsteller *Julius Fröbel* und den Herausgeber der „Neuen Rheinischen Zeitung", Herrn *Karl Marx;* beide Männer sind durch ihr eigentümliches Schicksal von Bedeutung geworden. Auch als Schriftsteller nehmen sie eine bestimmte Stellung ein, die für Deutschland von Wichtigkeit ist...

Herr Marx meinte, es sei gleichgültig, *wer* Minister sei, denn es handelte sich jetzt auch hier – wie in Paris – um den Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Seine Rede war sehr geistvoll, scharf und belehrend...

11

[Berichte über die Rede von Marx im Ersten Wiener Arbeiterverein am 30. August 1848]

[„Die Constitution" Nr. 133
vom 1. September 1848]

... Herr Dr. Marx redet über die Arbeiter, namentlich deutsche Arbeiter im Auslande. – Die Nationalwerkstätten und die letzte Arbeiterrevolution in Paris. Er spricht aus, daß die deutschen Arbeiter stolz sein können, daß eine

bedeutende Anzahl der Deportierten Landsleute sind. – Die Chartisten in England, die letzten Bewegungen derselben. England und die vollständige Emanzipation der Arbeiter Europas. Belgien.

Herr Dr. Stifft jun.: Über die heutigen Zustände. Die Stellung und Zukunft der Arbeiter...

[„Der Volksfreund" Nr. 109
vom 3. September 1848]

... Dr. Marx, Redakteur der „[Neuen] Rheinischen Zeitung", begrüßt den Verein und macht es sich zur Ehre, auch in Wien vor einem Arbeitervereine zu sprechen, wie er es bereits in Paris, in London und in Brüssel getan...

12

[Bericht über den Vortrag von Marx über Lohnarbeit und Kapital in der Versammlung des Ersten Wiener Arbeitervereins am 2. September 1848]

[„Die Constitution" Nr. 136
vom 5. September 1848]

... Herr Dr. Marx hält einen längeren Vortrag über Lohnarbeit und Kapital. Er sagt in der Einleitung, alle Revolutionen sind soziale Revolutionen. Das Kapital besteht nicht aus Geld, sondern aus Rohstoffen, Produktionsinstrumenten und Lebensprodukten; die Lohnarbeit macht das Kapital den Erzeugnissen gegenüber. Die Behauptung, daß das Interesse des Kapitalisten und des Lohnarbeiters dasselbe sei, ist falsch. Mit der Teilung der Arbeit wächst die Konkurrenz unter den Arbeitern, es sinkt der Lohn; noch vielmehr aber durch das Maschinenwesen. Die Produktionskosten bestimmen den Arbeitslohn. Die Zivilisation vermehrt nicht das Wohlbefinden der Arbeiter, sondern bewirkt das Gegenteil. Es wachsen die Steuern und die Preise der Lebensbedürfnisse.

Der Redner spricht noch über angewandte Heilmittel und deren Unzulänglichkeit, als z. B. Malthus' Übervölkerungstheorie. Die Armenhäuser Englands. Die industrielle Erziehung. Abschaffung der Schutzzölle und Steuern. Schließlich spricht er aus, daß die Verhältnisse sich verbessern müssen, weil die Arbeiter nicht alle als Arbeiter gebraucht, sondern teilweise erhalten werden...

13

[Erwiderung der „Neuen Rheinischen Zeitung" auf die Berliner Korrespondenz der „Breslauer Zeitung" vom 29. August 1848]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 93 vom 3. September 1848]

Erwiderung

Die „Breslauer Zeitung"[353] läßt sich in Nr. 201 aus Berlin schreiben, Ritter Schnapphahnski[370] habe eine Menge Aktien auf die „Neue Rheinische Zeitung" genommen und deshalb hätten die Feuilletonartikel über ihn aufgehört, weil eine Zeitung unmöglich gegen ihre eignen Aktionäre polemisieren könne. Die angeblich demokratische „Düsseldorfer Zeitung" hat sich gemüßigt gesehen, diese Insinuation in ihre Spalten aufzunehmen. Mag in Berlin gefabelt werden was da will, eine *schlesische* Zeitung mußte wissen, daß diese Behauptung eine Lüge war und warum sie es war. Die perfide Insinuation kommt aber leider zu spät. Schon Nr. 92 der „Neuen Rheinischen Zeitung", die längst vor Ankunft der Nr. 201 der „Breslauer Zeitung" ausgegeben wurde, enthält die Fortsetzung des besagten Feuilletons. Die „Neue Rheinische Zeitung" ist übrigens ein Parteiblatt und hat bereits hinlänglich den Beweis geliefert, daß sie nicht käuflich ist.

Die Geranten
der „Neuen Rheinischen Zeitung"

14

Gerichtliche Verfolgung der „Neuen Rheinischen Zeitung"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 95 vom 6. September 1848]

* *Köln*, 5. September. Gestern war abermals einer unserer Redakteure, *Friedrich Engels*, in der Untersuchung gegen Marx und Genossen vor den Instruktionsrichter geladen, diesmal indes nicht als Zeuge, sondern als Mitbeschuldigter. Die Voruntersuchung ist geschlossen, und wenn das öffentliche Ministerium keine weitern Anträge macht, so wird binnen kurzem die Ratskammer zu entscheiden haben, ob Marx, Engels und Korff wegen Beleidigung resp. Verleumdung des Herrn Oberprokurators Zweiffel und der sechs Herren Gendarmen vor den Assisen zu erscheinen haben.

15

Volksversammlung und Sicherheitsausschuß

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 103 vom 15. September 1848]

* *Köln*, 14. September. Wir kommen auf die gestrige Volksversammlung und ihre Resultate zurück, da diese in unserer Stadt ziemlich viel Aufsehen erregt haben.

Die Volksversammlung wurde bald nach 12 Uhr auf dem Frankenplatz durch Herrn W. Wolff eröffnet, der den Zweck der Berufung kurz angab und Herrn H. Bürgers zum Präsidenten vorschlug. Herr Bürgers, mit Akklamation angenommen, bestieg die Tribüne und gab das Wort wieder Herrn Wolff, der nun die Bildung eines Sicherheitsausschusses als Vertretung für die in den bestehenden gesetzlichen Behörden nicht vertretenen Teile der Bevölkerung Kölns vorschlug. Herr F. Engels unterstützte den Vorschlag, desgleichen die Herren H. Becker und E. Dronke. Der Vorschlag wurde von der mindestens 5000–6000 Menschen starken Versammlung unter stürmischem Beifall und mit allen gegen fünf Stimmen angenommen, nachdem auf wiederholte Aufforderung sich kein Gegner dagegen gemeldet hatte. Es wurde dann die Zahl der Mitglieder des Ausschusses auf 30 festgesetzt und diese 30 erwählt.[371] Da sich unter diesen auch die beiden Verhafteten Gottschalk und Anneke befinden, so wurden für diese noch zwei Stellvertreter erwählt.

Herr F. Engels schlug hierauf folgende Adresse an die Berliner Versammlung vor:

An die Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Verfassung in Berlin.

Die unterzeichneten Bürger Kölns,

in Erwägung:

daß die Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Verfassung dem Ministerium die Pflicht auferlegt hat, den am 9. August beschlossenen Erlaß betreffs der reaktionären Bestrebungen der Offiziere zur Beruhigung des Landes sowie zur Vermeidung eines Bruchs mit der Versammlung ohne weiteres ergehen zu lassen[1];

daß das Ministerium Auerswald-Hansemann infolge dieses Beschlusses seine Entlassung genommen und der König den eben gestürzten Reichsminister Beckerath mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt hat;

[1] Siehe vorl. Band, S. 390–392

daß Herr Beckerath keineswegs die nötigen Garantien für Ausführung des Beschlusses der Versammlung bietet, vielmehr bei der bekannten kontrerevolutionären Gesinnung dieses Mannes sogar der Versuch einer Auflösung der Versammlung zu erwarten steht;
daß eine vom Volk gewählte Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung zwischen König und Volk nicht einseitig aufgelöst werden kann, weil sonst die Krone nicht neben, sondern *über* der Versammlung stände;
daß die Auflösung der Versammlung somit ein Staatsstreich sein würde;

fordern die Versammlung auf,

bei einem Versuch zur Auflösung der Versammlung ihre Pflicht zu tun und ihre Plätze selbst der Gewalt der Bajonette gegenüber zu behaupten.

Diese Adresse wurde einstimmig angenommen und darauf die Versammlung aufgehoben.

Obwohl auf den höheren Teilen des Platzes zahlreiche Abgesandte des Bürgervereins[74] standen, und obwohl behauptet wird, daß mehrere bekannte „Heuler" ihr möglichstes taten, für Geld und gute Worte Skandalmacher zu gewinnen, obwohl ferner die Polizei in Zivil ziemlich zahlreich vertreten war, so hatte die Versammlung doch Takt genug, jede Ruhestörung zu unterdrücken.

Inzwischen saßen die Herren Befehlshaber der Bürgerwehr auf dem Rathause und berieten, was zu tun sei, denn, meinten einige, es werde jedenfalls Unruhen setzen. Mitten in der Beratung ging die Tür auf, und herein stürzten die Führer des Bürgervereins, mit der Erklärung, der Sicherheitsausschuß sei der erste Schritt zur Revolution, Köln sei in Gefahr, die rote Republik sei auf dem Punkte, proklamiert zu werden, und wenn die Bürgerwehr allein nicht ausreichte, die Ordnung zu erhalten, so stelle sich der *Bürgerverein mit Gut und Blut zur Verfügung des Herrn von Wittgenstein!* Herr v. Wittgenstein war so klug, dies Anerbieten abzulehnen und ebenfalls keine Bürgerwehr unter die Waffen zu rufen. Die Folgen zeigten, wie recht die Bürgerwehr diesmal hatte.

Damit nicht zufrieden, hatten die Herren vom Bürgerverein noch während der Volksversammlung einen „Protest" anschlagen lassen, den wir unten mitteilen. Der Protest, der *nicht unterschrieben* war, war binnen fünf Minuten von allen Ecken spurlos verschwunden. Gegen Abend erschien er wieder als Flugblatt mit fetter Schrift, in der Druckerei der „Kölnischen Zeitung" gedruckt und an die Abonnenten dieses Blattes verteilt. Diesmal hatte er folgende erheiternde Einleitung:

Köln, 13. September 1848

Die sogenannten Demokraten wollen die durch die jüngsten Beschlüsse der Versammlungen zu Frankfurt und Berlin hervorgerufene Aufregung ausbeuten, um das immer mehr verlorene Terrain wiederzugewinnen und um jeden Preis einen Konflikt

herbeizuführen. Zu dem Ende wird auch die am 11.d.M. hier in Köln vorgefallene Reibung zwischen Militär und Bürgern[372] auf eine maßlose Weise in ihrer Wichtigkeit und Gefährlichkeit mit planmäßiger Übertreibung dargestellt und zu frevelhaften Zwecken mißbraucht. Heute morgen wurde sogar durch einen Maueranschlag eine Volksversammlung unter freiem Himmel auf 12 Uhr zusammenberufen, und diese Versammlung hat wirklich die in einem vorgelegten Verzeichnisse im voraus vorgeschlagenen und verabredeten Personen durch Zuruf zu einem Sicherheitsausschusse gewählt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß niemand eine solche aus einer zufällig versammelten Volksmasse hervorgegangene, mit Umgehung der bestehenden Autorität ausgerufene Behörde anerkennen darf, und daß die Mitglieder dieses Ausschusses, falls sie als solche zu handeln sich anmaßen, sofort dem Gesetze verfallen. Inzwischen ist es besser, Verbrechen zu verhindern, als dieselben zu bestrafen, wenn sie vielleicht mit großen Opfern vollbracht sind.

Darum ist es Pflicht, alle Bürger zu warnen und auf die vorhandene Gefahr aufmerksam zu machen.

Zu dem Ende ist nachfolgender Protest nebst Aufforderung erlassen:

Protest

Die Bildung eines Sicherheitsausschusses ist der erste Schritt zur

Revolution.

Wer wahre Freiheit und Ordnung will, wird aufgefordert, die bestehenden Autoritäten mit aller Kraft zu unterstützen, den strafbaren Bestrebungen einer Minorität entgegenzutreten und gegen die Bildung eines Sicherheitsausschusses zu protestieren.

Insbesondere werden alle Bürgerwehrmänner aufgefordert, ihre Pflicht zu erfüllen, Gesetz und Ordnung mit Kraft zu schützen. Die vorgespiegelte Gefahr von seiten des Militärs ist beseitigt, und die wirkliche Gefahr wird durch die Bildung eines Sicherheitsausschusses herbeigeführt.

Mehrere Vorstandsmitglieder
des Kölner Bürgervereins

Der Sicherheitsausschuß hat sich gestern abend konstituiert und vor allen Dingen diesen heitern Protest zu den Akten genommen, womit die Herrn vom Bürgerverein wohl beruhigt sein werden. Er hat einen Präsidenten, einen Sekretär und drei Mitglieder eines Vollziehungsausschusses erwählt, ferner eine Zuschrift an den Regierungspräsidenten, die Kommandantur, den Stadtrat und das Kommando der Bürgerwehr beschlossen, worin er diesen Behörden seine Konstituierung anzeigt und ihnen erklärt, er werde mit allen gesetzlichen Mitteln die Aufgabe verfolgen, wo möglich im Einvernehmen mit den Behörden, die Ruhe aufrechtzuerhalten, zugleich aber über die Erhaltung der Volksrechte zu wachen. Er beschloß ferner, dies in einem Maueranschlag an die Einwohner Kölns auszusprechen. Wir werden beide Aktenstücke morgen mitteilen.

Heute morgen haben sich die Gemüter schon etwas beruhigt. Man lacht über die gestrige Angst, die in dem Ausschuß eine provisorische Regierung,

ein comité de salut public[1], eine Konspiration für die rote Republik, kurz, alles mögliche sah, nur nicht das, was er wirklich ist: ein vom Volk direkt und öffentlich gewähltes *Komitee*, das sich die Vertretung der Interessen des in den gesetzlichen Behörden nicht vertretenen Teils der Bevölkerung zur Aufgabe stellt, das nur auf gesetzlichem Wege verfährt und dem es nicht einfällt, irgendeine andere Autorität usurpieren zu wollen, als den moralischen Einfluß, den das freie Assoziationsrecht, die Gesetze und das Vertrauen seiner Wähler ihm gestatten.

16

Volksversammlung in Worringen

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 106 vom 19. September 1848]

* *Köln*, 18. September. Gestern fand bei Worringen eine große Volksversammlung statt. Von Köln waren fünf oder sechs große Rheinkähne, jeder mit ein paar hundert Menschen, die rote Fahne voraus, den Rhein hinabgefahren. Von Neuß, Düsseldorf, Krefeld, Hitdorf, Frechen und Rheindorf waren mehr oder minder zahlreiche Deputationen anwesend. Die Versammlung, auf einer Wiese am Rheine abgehalten, zählte mindestens 6000 bis 8000 Menschen.

Karl *Schapper* von Köln wurde zum Präsidenten, Friedrich *Engels* von Köln zum Sekretär ernannt. Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärte sich die Versammlung mit allen gegen eine Stimme für die Republik, und zwar für die demokratisch-soziale, für die *rote Republik*.

Auf den Vorschlag von Ernst *Dronke* von Köln wurde dieselbe Adresse an die Berliner Versammlung, die vorigen Mittwoch auf dem Frankenplatz in Köln beschlossen worden (worin die Versammlung aufgefordert wurde, im Falle einer Auflösung selbst der Gewalt der Bajonette nicht zu weichen)[2], auch von der Worringer Versammlung einstimmig angenommen.

Auf den Vorschlag von Joseph *Moll* von Köln wurde der in Köln in öffentlicher Volksversammlung erwählte Sicherheitsausschuß *anerkannt* und auf Antrag eines Mitgliedes der Versammlung demselben ein dreimaliges Hoch gebracht.

Auf den Vorschlag von Friedrich *Engels* von Köln wurde folgende Adresse einstimmig beschlossen:

An die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt.

Die hier versammelten deutschen Reichsbürger erklären hiermit, daß sie, wenn aus der Widersetzlichkeit der preußischen Regierung gegen

[1] Wohlfahrtsausschuß – [2] siehe vorl. Band, S. 493/494

die Beschlüsse der Nationalversammlung und der Zentralgewalt ein Konflikt zwischen Preußen und Deutschland entstehen sollte, sie mit Gut und Blut zu Deutschland stehen werden.

Worringen, den 17. September 1848

Auf den Antrag von Schultes aus Hitdorf wurde beschlossen, daß die „Kölnische Zeitung"[104] nicht die Interessen der Rheinprovinz vertritt.

Es sprachen außerdem noch W. *Wolff* von Köln, F. *Lassalle* von Düsseldorf, *Esser* von Neuß, *Weyll, Wachter, Becker* und *Reichhelm* von Köln, *Wallraf* von Frechen, *Müller*, Mitglied des Worringer Arbeitervereins, *Leven* von Rheindorf, *Imandt* von Krefeld. Den Schluß der Sitzung bildete eine kurze Ansprache von Henry *Brisbane* von New York, dem bekannten Redakteur der demokratisch-sozialistischen „New York Tribune".

Im Laufe der Sitzung wurde aus sicherer Quelle mitgeteilt, daß man beabsichtige, „am Dienstag die 27ger wieder nach Köln rücken zu lassen, die übrigen Bataillone des Regiments ebenfalls herbeizuziehen, die Soldaten zu Streitigkeiten mit den Bürgern zu veranlassen, bei dieser Gelegenheit die Stadt in Belagerungszustand zu erklären, die Bürgerwehr zu entwaffnen und uns kurz und gut nach Mainzer Manier[1] zu behandeln".

Für den Fall, daß diese Nachricht wirklich begründet sei, daß es zu einem Zusammenstoß kommen sollte, haben die anwesenden Bewohner der Umgegend den Kölnern ihre Hülfe zugesagt. In der Tat warten die Worringer nur der Aufforderung, zu erscheinen.

Dies zur Notiz für den Exbürgerwehrkommandanten Herrn Wittgenstein.

17

[Beschluß der Volksversammlung in Köln im Zusammenhang mit dem Aufstand in Frankfurt]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 110 vom 23. September 1848]

Um Nachdruck wird gebeten!

PROKLAMATION!

Die in einer Volksversammlung zu Köln am 20. September zusammengetretenen Reichsbürger

in Erwägung,

daß der Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung vom 16. über Genehmigung des ehrlosen Waffenstillstandes mit Dänemark

[1] Siehe vorl. Band, S. 18

ein Verrat an dem deutschen Volke und der Ehre der deutschen Waffen ist,

erklären:

Art. 1. Die Mitglieder der Frankfurter sogenannten Nationalversammlung, mit Ausnahme derjenigen, welche sich dem Volke bereit erklärt haben auszutreten, sind Volksverräter;

Art. 2. Die Frankfurter Barrikadenkämpfer haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht.

Diese Proklamation ist durch Maueranschläge und durch die Presse möglichst zu verbreiten.

Beiträge zur Unterstützung der Insurgenten und deren Familien wird die Expedition der „Neuen Rheinischen Zeitung" in Empfang nehmen.

18

[Mitteilung der Geranten der „Neuen Rheinischen Zeitung" über das Verbot des Blattes]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Extrablatt vom 28. September 1848]

AN UNSERE GEEHRTEN ABONNENTEN!

Durch den für Köln eingetretenen Belagerungszustand, wo die Feder dem Säbel untergeordnet sein muß, ist der

„NEUEN RHEINISCHEN ZEITUNG"

verboten zu erscheinen und kann dieselbe ihren Verpflichtungen den geehrten Abonnenten gegenüber vorerst nicht nachkommen.

Wir dürfen indessen hoffen, daß der exzeptionelle Zustand nur wenige Tage noch fortdauern wird, und werden wir dann im Laufe des Monats Oktober unser Blatt in *vergrößertem Format*, von *neuen kräftigen Mitteln* unterstützt, unsern Abonnenten um so pünktlicher zugehen lassen können, da wir binnen kurzem den Druck mittelst einer neuen Schnellpresse besorgen lassen werden.

Köln, den 28. September 1848

DIE GERANTEN

19

Einladung zum Abonnement auf die „Neue Rheinische Zeitung"

[„Neue Rheinische Zeitung"
Extrablatt vom 3. Oktober 1848]

Die **„Neue Rheinische Zeitung"**, welche von der bewaffneten Reaktion während des Belagerungszustandes der Stadt Köln auf die unverantwortlichste Weise für einige Tage unterdrückt wurde, wird, nachdem dieser Zustand am heutigen Tage wieder aufgehoben worden ist, **aufs neue mit Energie und Besonnenheit die demokratischen Interessen des gesamten Volkes vertreten. Dies ist gerade jetzt um so nötiger, als wir alle gesehen haben, mit welcher kecken Rücksichtslosigkeit die bewaffnete Reaktion in der jüngsten Zeit den mit Recht errungenen Freiheiten des Volkes gegenübergetreten ist.** Indem wir hiermit den Anhängern der Demokratie diese Mitteilung machen, fordern wir sie zu recht zahlreichem Abonnement für das jetzt beginnende 4. Quartal auf, da die ohnehin von vielen Seiten angefeindeten demokratischen Blätter **insbesondere der lebhaften Teilnahme ihrer Anhänger bedürfen.**

Abonnementspreis für Köln per Quartal 1 Taler, 15 Silbergroschen. Außerhalb Köln in Preußen 1 Taler, 24 Silbergroschen, 6 Pfennige. Außer Preußen mit Zuschlag des fremden Zeitungsportos.

Insertionen: die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 1 Silbergroschen, 6 Pfennige.

Köln, den 3. Oktober 1848

H. Korff,
Gerant der „Neuen Rheinischen Zeitung"

20

[Steckbrief gegen Friedrich Engels und Heinrich Bürgers]

[„Kölnische Zeitung"
Nr. 271 vom 4. Oktober 1848]

Steckbrief. Die hier unten signalisierten Personen haben sich der wegen Verbrechen, vorgesehen in den Artikeln 87, 91 und 102 des Strafgesetzbuchs, eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht entzogen. Auf Grund des von dem Instruktionsrichter hierselbst erlassenen Vorführungsbefehls ersuche ich

daher alle Behörden und Beamten, die es angeht, auf dieselben zu vigilieren und sie im Betretungsfalle zu verhaften und mir vorführen zu lassen.

Köln, 3. Oktober 1848

Für den Ober-Prokurator:
Der Staats-Prokurator **Hecker**

Signalement. I. Namen: *Joh. Heinr. Gerhard Bürgers* ....
....

II. Namen: *Friedrich Engels;* Stand: Kaufmann; Geburts- und Wohnort: Barmen; Religion: evangelisch; Alter: 27 Jahre; Größe: 5 Fuß 8 Zoll; Haare und Augenbrauen: dunkelblond; Stirn: gewöhnlich; Augen: grau; Nase und Mund: proportioniert; Zähne: gut; Bart: braun; Kinn und Gesicht: oval; Gesichtsfarbe: gesund; Statur: schlank.

21

[Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" über die Ausweisung von Engels und Dronke aus Belgien und die „schwarze Liste" der Kölner Polizei]

[„Neue Rheinische Zeitung"
Nr. 116 vom 14. Oktober 1848]

* *Köln,* 13. Oktober. Ein sehr wohlunterrichteter Freund in *Brüssel* schreibt uns:

„*Engels* und *Dronke* wurden nur verhaftet und im Zellenwagen über die Grenze transportiert, weil sie unvorsichtig genug waren, ihre Namen zu nennen. Ein Arbeiter aus Köln, *Schmitz,* der bei der Befreiung Wachters tätig gewesen sein soll, teilte dasselbe Geschick. Die Brüsseler Polizei besaß nämlich eine lange Liste von Leuten, die aus Köln geflüchtet. So war die belgische Polizei auch genau über die angebliche Teilnahme von Schmitz an Wachters Befreiung unterrichtet."

Ist der kommissarische Polizeidirektor Herr *Geiger* vielleicht über den Verfasser und Expedienten dieser schwarzen Liste unterrichtet?

22

[Aus dem Protokoll der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins am 16. Oktober 1848 mit der Rede von Marx anläßlich der Übernahme der Präsidentschaft und der Ereignisse in Wien]

[„Zeitung des Arbeitervereins zu Köln"
Nr. 40 vom 22. Oktober 1848]

Der provisorische Präsident, B[ürger] Röser, erklärte, daß Dr. Marx auf die Bitte der vom Vereine an ihn abgesandten Deputation, sich an die Spitze unseres Vereines zu stellen, eingegangen, er ersuche ihn daher, seinen Platz einzunehmen.

Dr. Marx: Seine Stellung zu Köln sei prekär. Die Antwort, die er von dem Exminister Kühlwetter erhalten auf sein Renaturalisationsgesuch, gleiche einem versteckten Ausweisungsbefehl. Er würde dagegen allerdings Protest bei der Nationalversammlung einlegen. Andererseits sei er eines angeblichen Preßvergehens wegen vor die Assisen verwiesen. Überdem sei er durch die einstweilige Zersprengung des Redaktionskomitees der „Neuen Rheinischen Zeitung" mit Arbeiten überhäuft. Nichtsdestoweniger sei er bereit, provisorisch bis zur Freilassung Dr. Gottschalks dem Wunsche der Arbeiter nachzukommen. Regierung und Bourgeoisie müßten sich überzeugen, daß ihren Verfolgungen zum Trotz sich immer Leute fänden, bereit, sich den Arbeitern zur Verfügung zu stellen.

Dr. Marx spricht dann ausführlicher über die revolutionäre Wirksamkeit der deutschen Arbeiter im Auslande und hebt schließlich die ausgezeichnete Rolle hervor, die sie in der neuesten Wiener Revolution spielen. Er schlägt daher eine Adresse an den Wiener Arbeiterverein vor. (Mit Akklamation angenommen.) ...

Der Antrag des Präsidenten (die Geschäftsordnung betreffend) ging dahin, daß die erste Stunde im Interesse der Gesellschaft (d. h. über ihre inneren und auswärtigen Angelegenheiten), die zweite über soziale und politische Fragen diskutiert und die Sitzung um halb 9 Uhr eröffnet würde. (Angenommen.)...

23

[Aus dem Protokoll der allgemeinen Versammlung des Kölner Arbeitervereins am 22. Oktober 1848 unter dem Vorsitz von Marx]

[„Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit“
Nr. 2 vom 29. Oktober 1848]

Der Präsident Dr. *Marx* eröffnet die Sitzung mit einigen Bemerkungen über das System der indirekten Wahl.

B[ürger] Röser: Wir haben eine Aufforderung erhalten, den am 26. ds. [Mts.] in Berlin stattfindenden demokratischen Kongreß[351] zu beschicken. Es entsteht jedoch hierbei die Frage, ob der Arbeiterverein für sich allein oder in Verbindung mit dem demokratischen Vereine jemand hinsenden solle. In der letzten Komiteesitzung Ihres Vereines entschied man sich für das erstere, nämlich selbständig zu handeln, jedoch bleibt dies der Genehmigung der Versammlung vorbehalten und ist bei Annahme desselben auch wesentlich der Kostenpunkt zu berücksichtigen. Deswegen stelle ich den Antrag:

Daß wir für uns allein einen Deputierten wählen und zur Deckung der Kosten uns eine freiwillige Steuer auferlegen.

Der Antrag wird angenommen und als Minimum der Steuer 1 Silbergroschen festgesetzt...

B[ürger] Beust wird als Deputierter zum Kongreß in Berlin vorgeschlagen und gewählt.

Der Präsident Dr. Marx und Vizepräsident B[ürger] Röser werden als solche von der Versammlung bestätigt...

24

[Bericht von Marx über die Ereignisse in Wien in der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins am 6. November 1848]

[„Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit“
Nr. 6 vom 12. November 1848]

... Pr[äsident] Dr. Marx macht eine kurze Mitteilung über die Ereignisse in Wien und hebt namentlich hervor, wie es nur durch den vielfachen Verrat der dortigen Bourgeoisie dem Windischgrätz möglich werden konnte, die Stadt zu nehmen...


Anhang und Register

Anmerkungen

[1] Die *„Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland"* schrieben Marx und Engels in der Zeit vom 21. bis 29. März 1848 in Paris. Sie bildeten das politische Programm des Bundes der Kommunisten in der beginnenden deutschen Revolution. Die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" wurden Ende März 1848 als Flugblatt gedruckt und Anfang April in den demokratischen Zeitungen „Berliner Zeitungs-Halle", „Mannheimer Abendzeitung", „Trier'sche Zeitung" und „Deutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht; außerdem wurden sie den in die Heimat zurückkehrenden Mitgliedern des Bundes der Kommunisten als Direktive ausgehändigt. Im Verlaufe der Revolution waren Marx und Engels sowie deren Anhänger bestrebt, die Volksmassen mit diesem programmatischen Dokument bekannt zu machen. Vor dem 10. September wurden die „Forderungen" in Köln als Flugblatt gedruckt und durch Mitglieder des Kölner Arbeitervereins in einer Reihe von Orten der Rheinprovinz verbreitet. Mit Ausnahme unwesentlicher stilistischer Varianten unterscheidet sich der Text dieses Flugblattes, der unserem Abdruck zugrunde liegt, von dem im April 1848 veröffentlichten Text nur in der Formulierung des 10. Punktes, wo die Worte „an die Regierung zu fesseln" durch „an die Revolution zu knüpfen" ersetzt wurden.

Auf dem zweiten demokratischen Kongreß in Berlin im Oktober 1848 machte der Delegierte des Kölner Arbeitervereins, Beust, im Namen der Kommission für die Lösung sozialer Fragen den Vorschlag, ein Programm von Maßnahmen anzunehmen, das fast völlig den „Forderungen" entlehnt war. Im November und Dezember wurden in den Sitzungen des Kölner Arbeitervereins die einzelnen Punkte (insbesondere 1 und 4) der „Forderungen" erörtert.

Ende 1848 wurden die „Forderungen" auch in einer Sammlung politischer Flugschriften von Weller in Leipzig in gekürzter Form herausgegeben. Weggelassen war die Losung am Anfang des Dokuments, der zweite Absatz von Punkt 9, der letzte Satz von Punkt 10 und in der Unterschrift die Worte „Das Komitee". 3

[2] Der Brief von Marx und Engels an Etienne Cabet und die Erklärung gegen die Deutsche demokratische Gesellschaft werden nach der Photokopie des Manuskripts veröffentlicht, die dem Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau vom Historischen Museum in Montreuil (Frankreich, Departement Seine) zur Verfügung gestellt wurde.

Aus der Tatsache, daß die Erklärung und der Brief von Engels' Hand stammen, kann man schließen, daß beide Dokumente Ende März 1848 nach der Ankunft von Engels in Paris verfaßt wurden. In dieser Zeit führten Marx und Engels sowie andere Mitglieder der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten einen Kampf gegen die Deutsche

demokratische Gesellschaft, deren Führer Herwegh und Bornstedt beabsichtigten, mit Hilfe einer in Frankreich organisierten bewaffneten Legion in Deutschland eine republikanische Ordnung aufzurichten. Im Zusammenhang mit diesem abenteuerlichen Plan wurde der ehemalige Redakteur der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung", Bornstedt, am 16. März aus dem Bund der Kommunisten ausgeschlossen.

Auf Initiative der Führer des Bundes der Kommunisten wurde Anfang März 1848 in Paris der Klub deutscher Arbeiter gegründet, dessen Statut von Marx ausgearbeitet wurde. Marx und Engels strebten danach, mit Hilfe dieses Klubs die deutschen Arbeiteremigranten in Paris zusammenzufassen, ihnen die Taktik des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution zu erläutern und entgegen den abenteuerlichen Plänen Herweghs und Bornstedts die Einzelrückkehr der deutschen Arbeiter in die Heimat zu organisieren. 6

[3] *„Le Populaire de 1841"* – Propagandaorgan des friedlichen utopischen ikarischen Kommunismus; es erschien von 1841 bis 1852 in Paris und wurde bis 1849 von Etienne Cabet redigiert; diesen Titel erhielt die Zeitung zum Unterschied von dem radikalen Wochenblatt „Populaire", das Cabet von 1833 bis 1835 herausgegeben hatte. 6 286

[4] Der Brief von Marx wurde in „L'Alba" am 29. Juni 1848 mit nachstehender einleitenden Bemerkung der Redaktion abgedruckt: „Wir veröffentlichen folgenden Brief, den wir aus Köln erhalten haben, um zu zeigen, welche Gefühle die edlen Deutschen gegenüber Italien hegen und wie heiß sie wünschen, brüderliche Bande zwischen dem italienischen und dem deutschen Volk zu knüpfen, die beide von den europäischen Despoten aufeinandergehetzt wurden."

Ein Teil des Antwortbriefes der Redaktion „L'Alba", unterschrieben von L. Alinari, erscheint in dem Artikel „Auswärtige deutsche Politik" (siehe vorl. Band, S. 156).

„L'Alba" – italienische demokratische Zeitung, die von 1847 bis 1849 in Florenz unter der Redaktion von Lafarina erschien. 8

[5] *„Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie"* – Tageszeitung, die unter der Redaktion von Karl Marx vom 1. Juni 1848 bis 19. Mai 1849 in Köln herausgegeben wurde.

Sofort nach ihrer Rückkehr aus der Emigration bereiteten Marx und Engels die Ausgabe einer großen revolutionären Tageszeitung vor. Als Aufenthaltsort wählten sie Köln, die Hauptstadt der Rheinprovinz, eines der ökonomisch und politisch entwickeltsten Gebiete Deutschlands mit einem starken Proletariat. Im Rechtswesen galt hier der bürgerliche Code Napoléon, der eine größere Pressefreiheit garantierte als das feudalabsolutistische preußische Landrecht.

Mit dem Titel „Neue Rheinische Zeitung" knüpften Marx und Engels an die revolutionären Traditionen der von Marx 1842 bis 1843 redigierten „Rheinischen Zeitung" an. Das neue Organ, das die Volksmassen ganz Deutschlands in der Revolution führen sollte, wurde gegen den Widerstand einiger Demokraten und Kommunisten (Bürgers, Heß und anderen) geschaffen, die unter dem gleichen Namen eine lokale Kölner Zeitung herausgeben wollten.

Im April und Mai 1848 vertrieben Marx und Engels Zeitungsaktien, wählten Korrespondenten aus und stellten Beziehungen zu demokratischen Zeitungen anderer Länder her. Gleichzeitig mit dem Vertrieb der Zeitungsaktien versuchten Marx' und Engels' Anhänger in verschiedenen Städten Deutschlands Gemeinden des Bundes der Kommunisten zu bilden. Aber wie aus Briefen von Mitgliedern des Bundes (W. Wolff, Dronke, Schapper, Born und anderen) ersichtlich ist, schlugen diese Versuche fehl, weil die deutschen Arbeiter noch unorganisiert und politisch wenig gebildet waren. Marx, Engels und ihre Anhänger

trugen dem Rechnung und traten als linker, wirklich proletarischer Flügel der Demokratie auf. Diese Situation bestimmte auch die Richtung der „Neuen Rheinischen Zeitung", die mit dem Untertitel „Organ der Demokratie" erschien. Die Zeitung spielte die Rolle eines Erziehers der Volksmassen und rief zum Kampf gegen die Konterrevolution auf.

In dem Bestreben, die Leser über alle wichtigen Ereignisse der deutschen und europäischen Revolution aufzuklären, gab die Redaktion oft eine zweite Tagesausgabe heraus. Wenn vier Druckseiten nicht ausreichten, fügte man Beilagen hinzu und bei neuen wichtigen Nachrichten Extrabeilagen und Extrablätter in Form von Flugblättern. Die Leitartikel wurden in der Regel von Marx und Engels verfaßt. Sie waren gekennzeichnet: „*Köln" oder „**Köln". Da Marx in den ersten Monaten in starkem Maße mit der Gesamtleitung und mit organisatorischen Dingen beschäftigt war, schrieb in dieser Zeit Engels die meisten Leitartikel. Einige redaktionelle Artikel von Marx und Engels – mit einem Sternchen gekennzeichnet – wurden auch unter den Mitteilungen aus den verschiedenen Ländern abgedruckt.

Jeder Redakteur beschäftigte sich mit einem begrenzten Bereich. Engels schrieb kritische Artikel über die Debatten der Berliner und Frankfurter Nationalversammlung sowie der zweiten Kammer in Preußen, Artikel über die nationale Freiheitsbewegung in Böhmen, Posen und Italien, über den Krieg mit Dänemark um Schleswig-Holstein, die revolutionären Kämpfe in Ungarn und vom November 1848 bis Januar 1849 eine Artikelreihe über die Schweiz. Wilhelm Wolff verfaßte Artikel über die Agrarfrage in der deutschen Revolution, insbesondere über die Lage der Bauern und die Bauernbewegung in Schlesien, und führte einen Abschnitt der Rubrik „Aus dem Reich", in der Nachrichten aus den deutschen Kleinstaaten zusammengestellt wurden. Ernst Dronke arbeitete eine Zeitlang als Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung" in Frankfurt am Main; er schrieb einige Artikel über Polen und in der Zeit von März bis Mai 1849 Beiträge über Italien. Ferdinand Wolff war längere Zeit einer der Korrespondenten in Paris. Die Mitarbeit von Heinrich Bürgers an der Zeitung beschränkte sich lediglich auf einen Artikel, der zudem von Marx völlig überarbeitet worden ist (siehe vorl. Band, S. 22–24 und Anm. 20). Georg Weerth war der Verfasser des Feuilletons. Ferdinand Freiligrath trat im Oktober 1848 in die Redaktion ein und veröffentlichte seine revolutionären Gedichte.

Als die erste Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" mit Engels' Artikel „Die Frankfurter Versammlung" (siehe vorl. Band, S. 14–17) erschien, stellte eine große Zahl der bürgerlichen Aktionäre die Unterstützung der Zeitung ein. Die offene Parteinahme der „Neuen Rheinischen Zeitung" für die Sache des Proletariats während des Pariser Juniaufstandes veranlaßte die meisten der verbliebenen Aktionäre, sich ebenfalls zurückzuziehen.

Die entschlossene und unversöhnliche Haltung der „Neuen Rheinischen Zeitung", ihr kämpferischer Internationalismus, ihre politischen Enthüllungen – all das rief bereits in den ersten Monaten ihres Erscheinens eine Hetze von seiten der feudal-monarchistischen und bürgerlich-liberalen Presse und Verfolgungen durch die preußische Regierung hervor. Die Behörden weigerten sich, Marx die preußische Staatsbürgerschaft zu gewähren, und leiteten gegen die Redakteure der Zeitung, in erster Linie gegen Marx und Engels, eine Reihe gerichtlicher Verfahren ein. Aus Anlaß der Septemberereignisse in Köln verhängten die Militärbehörden am 26. September 1848 den Belagerungszustand über die Stadt und verboten das Erscheinen der demokratischen Zeitungen, darunter der „Neuen Rheinischen Zeitung". Engels, Dronke und Ferdinand Wolff verließen zeitweilig Köln, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Wilhelm Wolff mußte sich vorübergehend in die Pfalz begeben und später einige Monate in Köln vor der Polizei verbergen.

Nach der Aufhebung des Belagerungszustandes konnte die „Neue Rheinische Zeitung" ab 12. Oktober wieder erscheinen. Um dies zu ermöglichen, mußte Marx große organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten überwinden und seine persönlichen Geldmittel in die Zeitung investieren. Infolge Engels' erzwungener Abreise trug Marx bis Januar 1849 die Hauptlast der Redaktionsarbeit. Nach dem konterrevolutionären Umsturz in Preußen verstärkten sich besonders die gerichtlichen und polizeilichen Verfolgungen von Redakteuren der „Neuen Rheinischen Zeitung". Die von der Regierung im Februar 1849 eingeleiteten Gerichtsprozesse gegen Marx, Engels, Korff und den Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten endeten mit einem Freispruch der Beschuldigten durch die Geschworenengerichte.

Ungeachtet aller Verfolgungen und polizeilichen Maßregelungen verteidigte die „Neue Rheinische Zeitung" mutig die Interessen der revolutionären Demokratie und damit die Interessen des Proletariats. Im Mai 1849, als die Konterrevolution allgemein zum Angriff überging, erließ die preußische Regierung, die Marx bereits die Staatsbürgerschaft verweigert hatte, den Befehl, ihn aus Preußen auszuweisen. Seine Ausweisung und die Repressalien gegen die anderen Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung" zwangen die Redaktion, das Erscheinen des Blattes einzustellen. Die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" (Nr. 301 vom 19. Mai 1849) erschien in rotem Druck. In ihrem Abschiedsaufruf an die Arbeiter Kölns erklärten die Redakteure, „ihr letztes Wort wird überall und immer sein: *Emanzipation der arbeitenden Klasse!*" Die „Neue Rheinische Zeitung" war „das beste, unübertroffene Organ des revolutionären Proletariats" (Lenin). 13

[6] *Septembergesetze* – reaktionäre Gesetze, die im September 1835 von der französischen Regierung unter Berufung auf das am 28. Juli auf den König Louis-Philippe verübte Attentat erlassen wurden. Sie beschränkten die Tätigkeit der Geschworenengerichte und führten strenge Maßnahmen gegen die Presse ein, so die Erhöhung der Kautionen für periodisch erscheinende Druckerzeugnisse sowie Gefängnishaft und hohe Geldstrafen für Verfasser von Publikationen, die gegen das Eigentum und die bestehende Staatsordnung gerichtet waren. 13 157 160 240

[7] In die *Frankfurter Nationalversammlung* waren nach unterschiedlichen Bestimmungen in den verschiedenen deutschen Ländern 589 Abgeordnete gewählt worden; am 18. Mai 1848 versammelten sich 384 Abgeordnete zur feierlichen Eröffnung in der Paulskirche. Unter den Abgeordneten befanden sich 122 Verwaltungsbeamte, 95 Justizbeamte, 103 Gelehrte, 81 Advokaten, 21 Geistliche, 17 Industrielle und Kaufleute, 15 Ärzte, 12 Offiziere, 40 Grundbesitzer, jedoch keine Arbeiter und Kleinbauern.

Lenin sprach von den „bürgerlichen Schwätzern im Frankfurter Parlament", da sich die liberale Bourgeoisie, die in der Versammlung die Mehrheit besaß, auf endlose Reden beschränkte und durch ihre Unentschlossenheit und Feigheit den feudalreaktionären Kräften Vorschub leistete.

In ihren Artikeln über die Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung benutzten Marx und Engels die stenographischen Berichte, die später als Einzelausgabe erschienen: „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main", herausgegeben auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redactions-Commission und in deren Auftrag von Franz Wigard, Bd. 1–9, Frankfurt a. M. und Leipzig 1848–1849. 14 98 225 276 319 389 408

[8] In der Sitzung der Frankfurter Nationalversammlung vom 19. Mai stellte Raveaux den Antrag, daß die preußischen Abgeordneten, die gleichzeitig in die Berliner und Frank-

furter Versammlung gewählt waren, das Recht haben sollten, beide Mandate anzunehmen. Das in diesem Artikel (S. 17) erwähnte Reskript des preußischen Innenministers Auerswald vom 22. Mai 1848 gab eine Erklärung im gleichen Sinne. 15

[9] *Pfahlbürger* – im Mittelalter außerhalb der Grenzpfähle des Stadtgebiets Wohnende, denen von der Stadt (meist zur Erhöhung ihrer Wehrkraft) das Bürgerrecht verliehen war. Im übertragenen Sinne für vom Lande kommende, nicht auf der geistigen Höhe der fortgeschrittenen Teile der Bourgeoisie stehende Vertreter des Bürgertums angewandt. 15 320

[10] *beschränkter Untertanenverstand* – ein bekannter Ausspruch des preußischen Innenministers von Rochow. 16 29

[11] *Vorparlament und Fünfzigerausschuß* – im Vorparlament, das vom 31. März bis 4. April 1848 in Frankfurt am Main zusammentrat, vereinigten sich Vertreter der deutschen Staaten, die im Gegensatz zum Bundestag entweder Mitglieder der bestehenden Ständeversammlungen waren oder von einer Vereinigung bzw. Volksversammlung delegiert wurden. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer des Vorparlaments gehörte der konstitutionell-monarchistischen Richtung an. Das Vorparlament faßte den Beschluß über die Einberufung einer gesamtdeutschen Nationalversammlung und arbeitete einen Entwurf über die „Grundrechte und Forderungen des deutschen Volkes" aus. Dieses Dokument verkündete zwar einige bürgerliche Freiheiten, griff jedoch die Grundlagen der halbfeudalen, absolutistischen Staatsordnung des damaligen Deutschland nicht an.

Nach den Erfolgen der Märztage kam es darauf an, das Vorparlament als souverän zu proklamieren und die Macht des reaktionären Bundestages zu brechen. Statt dessen lehnte das Vorparlament ab, sich für permanent zu erklären, und wählte im April 1848 aus seiner Mitte einen Fünfzigerausschuß, der sich mit dem Bundestag zu vereinbaren suchte. Der Fünfzigerausschuß war bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung tätig und bestand in seiner Mehrheit aus bürgerlichen Liberalen (siehe „Verhandlungen des Deutschen Parlaments", Frankfurt am Main 1848). 16 224 295 383

[12] Die *siebzehn „Vertrauensmänner der Bundesversammlung"* vertraten die deutschen Regierungen und wurden durch das Zentralorgan des Deutschen Bundes, die Bundesversammlung, einberufen. Sie tagten vom 30. März bis 8. Mai 1848 in Frankfurt am Main und arbeiteten einen im konstitutionell-monarchistischen Geiste gehaltenen Entwurf der deutschen Reichsverfassung aus (siehe F. F. Weichsel, „Deutschlands Einheit und der Entwurf des Deutschen Reichsgrundgesetzes", Magdeburg 1848). 16

[13] Am *22. Mai 1815* erschien die „Verordnung über die zu bildende Repräsentation des Volkes", in der vom preußischen König die Schaffung von provisorischen Ständeversammlungen, die Einberufung eines gesamtpreußischen Vertretungsorgans und die Einführung einer Verfassung versprochen wurde. Es kam jedoch nur durch Gesetz vom 5. Juni 1823 zur Bildung von Ständeversammlungen in den Provinzen (Provinziallandtage) mit begrenzten beratenden Funktionen (siehe auch Anm. 33). 18

[14] *entente cordiale* (herzliches Einvernehmen) – ein Ausdruck, der namentlich zur Bezeichnung der guten Beziehungen zwischen Frankreich und England in den Jahren des Julikönigtums (1830–1848) diente. Die Grundlage dieses „herzlichen Einvernehmens" war die von der unter Louis-Philippe herrschenden Finanzbourgeoisie betriebene Politik ständigen Nachgebens gegenüber England. Diese Politik stieß in der französischen Industrie- und Handelsbourgeoisie zunächst auf heftigen Widerspruch, wurde jedoch von ihr selbst nach der Revolution von 1848 zur Festigung ihrer Herrschaft im Innern fortgeführt. 20 436

[15] *Sanfedisten* (von santa fede – heiliger Glaube) nannten sich die Mitglieder der Anfang des 19. Jahrhunderts von der päpstlichen Macht gebildeten terroristischen Gruppen, die sich überwiegend aus dem Lumpenproletariat rekrutierten und im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung in Italien eingesetzt wurden. 20

[16] *10. August 1792* – Tag des Sturzes der Monarchie in Frankreich durch den Volksaufstand.

29. Juli 1830 – der Sieg des Volkes von Paris über die königlichen Truppen stürzte die Bourbonendynastie in Frankreich.

1820 flammte die Revolution in Neapel auf, die von den Carbonari (siehe Anm. 295) geführt wurde. Durch die Einmischung der Mächte der Heiligen Allianz wurde die Revolution niedergeschlagen (siehe auch Anm. 153). 21 132

[17] *Militärkapitulationen* – Dienstverpflichtungsverträge, die von Schweizer Kantonen von Mitte des 15. bis Mitte des 19. Jahrhunderts mit europäischen Staaten über die Bereitstellung von Söldnern abgeschlossen wurden. In einer Reihe bürgerlicher Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts waren die Schweizer Söldner das Werkzeug der monarchistischen Konterrevolution. 21

[18] Die erwähnte Skulptur des dänischen Bildhauers Thorwaldsen stellt einen sterbenden Löwen dar, der in Luzern zum Gedächtnis an die Schweizer Söldner aufgestellt wurde, die am 10. August 1792 bei der Verteidigung des königlichen Palais in Paris gegen das anstürmende Volk den Tod fanden. 21

[19] *24. Februar 1848* – Tag des Sturzes der Monarchie Louis-Philippes in Frankreich. 21 132

[20] Dieser Artikel wurde ursprünglich von Heinrich Bürgers geschrieben, aber Marx redigierte ihn; wie er später selbst schrieb, strich er dabei die eine Hälfte und arbeitete die andere um. 22

[21] *Die Leute sind gefährlich* – aus Shakespeare, „Julius Cäsar", I. Aufzug, zweite Szene. 24

[22] Aus Laurence Sternes Roman „The Life and Opinions of Tristram Shandy, Gentleman" [Das Leben und die Ansichten Tristram Shandys], Bd. 1, Kapitel 11. 25

[23] Die *preußische Nationalversammlung* wurde am 22. Mai 1848 einberufen, um „in Vereinbarung mit der Krone" die Verfassung auszuarbeiten. Das Wahlgesetz vom 8. April 1848 setzte die Wahlordnung für die Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts fest, das jedoch durch das indirekte (Zweistufen-)Wahlsystem eingeschränkt wurde. Die Mehrheit der Abgeordneten bestand aus Vertretern der Bourgeoisie und des preußischen Beamtentums. 25

[24] der *denkende Geschichtsfreund* – ironische Bezeichnung von Marx und Engels für Camphausen in Anspielung auf den Untertitel des damals bekannten Werkes „Allgemeine Geschichte vom Anfang der historischen Kenntniß bis auf unsere Zeiten. Für denkende Geschichtsfreunde bearbeitet von Karl von Rotteck", Freiburg im Breisgau 1834. 25 71

[25] In ihren Artikeln über die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung (Vereinbarungsversammlung) benutzten Marx und Engels die „Stenographischen Berichte über die Verhandlungen der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung", Beilage zum „Preußischen Staats-Anzeiger", Bd. 1–3, Berlin 1848, die später als Einzelausgabe unter dem Titel „Verhandlungen der constituirenden Versammlung für Preußen 1848", Bd. 1–8, Berlin 1848, erschienen. 25 30 36 44 48 53 57 64 79 83 85 159 169 178 185 191 206 213 216 222 271 289 309 390

[26] *„Allgemeine Preußische Staats-Zeitung"* – 1819 in Berlin gegründet, von 1819 bis April 1848 das halbamtliche Organ der preußischen Regierung; von Mai 1848 bis Juli 1851

erschien sie unter dem Titel „*Preußischer Staats-Anzeiger*" als offizielles Organ der preußischen Regierung. 25 206 452

[27] Abgewandeltes Zitat aus Goethes „Faust", Erster Teil, „Nacht"; dort heißt es: „Die Kunst ist lang, und kurz ist unser Leben." 26

[28] Abgewandeltes Zitat aus Shakespeare, „König Richard der Dritte", V. Aufzug, vierte Szene; dort heißt es: „Ein Pferd, ein Pferd! Mein Königreich für ein Pferd!" 27

[29] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput XVII. 27

[30] Das „*Wahlgesetz* für die zur Vereinbarung der Preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung" wurde auf Vorschlag des Ministeriums Camphausen am 8. April 1848 vom zweiten Vereinigten Landtag (siehe Anm. 35) angenommen und beruhte auf dem indirekten Zweistufenwahlsystem. 27 269 399

[31] *kapitolrettendes Geschnatter* – um das Jahr 390 v. u. Z. nahmen die Gallier die Stadt Rom ein mit Ausnahme des Kapitols, dessen Verteidiger nach der Überlieferung bei einem nächtlichen Überraschungsangriff der Feinde durch das Geschnatter der Gänse aus dem Tempel der Juno rechtzeitig geweckt wurden. 28

[32] Nach der griechischen Sage entschlüpften die Kinder der spartanischen Herrscherin Leda und des Zeus einem Ei. *Kastor*, der Sohn Ledas, war eine Heldengestalt des alten Griechenland. Dieselbe Bezeichnung hat ein Stern im Sternbild der Zwillinge. 28

[33] Die *Landstände der Provinzen (Provinziallandtage)* wurden in Preußen im Jahre 1823 gebildet. Sie bestanden aus den Häuptern der Fürstenfamilien sowie aus Vertretern des Adels, der Städte und der Landgemeinden. Da die Teilnahme an den Landtagswahlen vom Besitz an Grundeigentum abhing, war der größere Teil der Bevölkerung von diesen Wahlen ausgeschlossen und dem Adel die Mehrheit in den Landtagen gesichert. Die Landtage wurden vom König einberufen; ihre Kompetenzen beschränkten sich auf Fragen der örtlichen Wirtschaft und der Provinzialverwaltung. Auf politischem Gebiet hatten sie nur geringe beratende Funktionen. Die Vorsitzenden der Provinziallandtage trugen den Titel Marschall des Landtages. 29

[34] Der *erste Vereinigte Landtag* trat auf Grund eines Königlichen Patents am 11. April 1847 zusammen und tagte bis zum 26. Juni 1847. Er stellte die Vereinigung aller acht bestehenden Provinziallandtage (siehe Anm. 33) dar, sollte nach königlichem Ermessen berufen werden und war in zwei Kurien geteilt. Die Kurie des Herrenstandes bestand aus 70 Vertretern des hohen Adels, die Kurie der übrigen drei Stände umfaßte 237 Vertreter der Ritterschaft, 182 der Städte und 124 der Landgemeinden. Die Befugnisse des Vereinigten Landtages beschränkten sich auf die Bewilligung neuer Anleihen in Friedenszeiten und auf die Zustimmung zu neuen Steuern oder Steuererhöhungen. Mit seiner Bildung wollte der preußische König die Erfüllung der gegebenen konstitutionellen Versprechungen und die Bestimmungen des Staatsschuldengesetzes (siehe Anm. 51) umgehen. Auf dem Landtage machte sich eine starke liberale Opposition bemerkbar, die von den Vertretern der rheinischen Großbourgeoisie (Hansemann, Camphausen, von Beckerath) und einem Teil des ostpreußischen Adels (von Vincke, von Auerswald) ausging. Da der Landtag sich für die Bewilligung einer Anleihe nicht kompetent erklärte, wurde er vom König nach Hause geschickt. 29 228 399

[35] Der *zweite Vereinigte Landtag*, bestehend aus den Vertretern der 8 Provinziallandtage in Preußen, wurde am 2. April 1848 einberufen. Er nahm auf Vorschlag des Ministeriums Camphausen am 8. April das „Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der Preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung" an und gab seine Zustimmung zu einer

Anleihe in Höhe von 25 Millionen Taler, die der erste Vereinigte Landtag (siehe Anm. 34) abgelehnt hatte. Danach wurde der Landtag am 10. April 1848 aufgelöst. 30 65

[36] *im Luftreich des Traums* – aus Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput VII. 30

[37] Das *Ministerium Camphausen* löste am 29. März 1848 die am 19. März 1848 gebildete Regierung des Grafen Arnim-Boitzenburg ab. Ministerpräsident der neuen Regierung war der rheinische Bankier Camphausen, Präsident der Handelskammer in Köln; Finanzminister wurde Hansemann, einer der Vertreter der rheinischen Großbourgeoisie, der im ersten Vereinigten Landtag von 1847 (siehe Anm. 34) als Führer der liberalen Opposition aufgetreten war. Diese Regierung sah ihre Aufgabe in der Vermittlung zwischen Großbourgeoisie und Krone. 32

[38] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput XXXI. 32

[39] Als einige Tage vor der Einsetzung des Julikönigtums (1830) die Frage erwogen wurde, ob der neue König den Namen „Philipp der Siebente" annehmen sollte, erklärte Dupin der Ältere (1783–1865), „der Herzog von Orléans sei auf den Thron berufen worden, nicht *weil*, sondern *obgleich* er ein Bourbon sei". 32

[40] Der *preußisch-dänische Krieg um Schleswig-Holstein* – im Gefolge der Märzrevolution 1848 in Deutschland bildete sich in Schleswig-Holstein eine provisorische Regierung und eine Landesversammlung, die durch den Erlaß demokratischer Gesetze und eines fortschrittlichen Verfassungsentwurfs in offenen Konflikt mit dem dänischen Königtum geriet. Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins forderte den Anschluß an Deutschland. Ihr gerechter Kampf fand im deutschen Volk volle Unterstützung; Teile der revolutionär und patriotisch gesinnten Jugend eilten als Freiwillige nach Schleswig-Holstein. Preußen ließ sich vom Deutschen Bund mit der Führung des Krieges gegen Dänemark beauftragen, um unter dem Vorwand, die Interessen Deutschlands zu vertreten, seine eigenen Machtpositionen zu verstärken, die revolutionäre Stimmung der Massen in Deutschland nach außen abzulenken und eine demokratische Entwicklung in Schleswig-Holstein zu verhindern (siehe auch Anm. 181). Die preußische Militärkamarilla führte darum nur einen Scheinkrieg, ließ die Truppen nutzlos hin und her marschieren und sah ruhig zu, wie einzelne Abteilungen der schleswig-holsteinischen revolutionären Armee und der deutschen Freiwilligen von den Dänen geschlagen wurden. Als England und Rußland drohende Noten schickten, beeilte sich Preußen, den Waffenstillstand von Malmö (siehe Anm. 307) abzuschließen. Mit der Annahme seiner Bedingungen setzte es sich über die Weisungen der deutschen Zentralgewalt hinweg und ließ die Bevölkerung und die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein schmählich im Stich. 34 59 256 296 386 393

[41] Der *Deutsche Bund*, der durch die am 8. Juni 1815 auf dem Wiener Kongreß unterzeichnete Bundesakte geschaffen wurde, umfaßte zunächst 35, zuletzt 28 Fürstentümer und vier Freie Städte und bestand bis 1866; dadurch wurde keine Zentralregierung geschaffen und die feudale Zersplitterung Deutschlands konserviert. Die Bundesversammlung der bevollmächtigten Gesandten bildete den *Bundestag*, der unter dem ständigen Vorsitz Österreichs in Frankfurt am Main tagte und zu einem Bollwerk der deutschen Reaktion wurde. Im Kampf gegen die demokratische Einigung Deutschlands versuchten reaktionäre Kräfte nach der Märzrevolution 1848 die Tätigkeit des Bundestages neu zu beleben. 34 40 226

[42] In den Schlachten bei den unweit von Berlin liegenden Orten *Größbeeren* (23. August 1813) und *Dennewitz* (6. September 1813) erfochten die zur Koalitionsarmee gehörenden preußischen Truppen Siege über die Armee Napoleons. Bei Großbeeren schlug die pom-

mersche Landwehr, die im Regen unbrauchbar gewordenen Flinten umdrehend, mit den Kolben auf die napoleonischen Truppen ein. 34

[43] Aus der Ballade „Lenore“ von Gottfried August Bürger. 36

[44] Das *Comité de sûreté générale* (Sicherheitsausschuß) in Paris wurde 1792 vom Konvent gebildet und sah seine Hauptaufgabe in dem Schutz der Republik vor allen Anschlägen der Konterrevolution. 37

[45] Im Februar 1846 wurde in Polen ein Aufstand vorbereitet, der die nationale Befreiung des Landes zum Ziel hatte. Die Hauptinitiatoren des Aufstandes waren polnische revolutionäre Demokraten (Dembowski u. a.). Infolge des Verrats des Adels und der Verhaftung der Führer des Aufstandes durch die preußische Polizei war jedoch der ganze Aufstand zersplittert, und es kam nur zu vereinzelten revolutionären Erhebungen. Allein in Krakau, das seit 1815 der gemeinsamen Kontrolle Österreichs, Rußlands und Preußens unterlag, gelang es den Aufständischen am 22. Februar, den Sieg davonzutragen und eine Nationalregierung zu schaffen, die ein Manifest über die Aufhebung der Feudallasten herausgab. Der Aufstand in Krakau wurde Anfang März 1846 durch Truppen Österreichs, Preußens und Rußlands unterdrückt. Im November 1846 unterschrieben diese Staaten den Vertrag über die Einverleibung Krakaus in das österreichische Imperium und brachen damit die Wiener Verträge von 1815, die den Freistaat Krakau garantierten. 38 155 326 333 363

[46] Die *Linke in der Frankfurter Nationalversammlung* bestand aus zwei Fraktionen. Einer der maßgebenden Führer der eigentlichen Linken war Robert Blum. Zur äußersten Linken, der sogenannten radikal-demokratischen Partei, gehörten unter anderen die Abgeordneten Arnold Ruge, Zitz, Simon, Schlöffel, von Trützschler. Die „Neue Rheinische Zeitung“ stand dieser Fraktion am nächsten; sie unterstützte den äußersten linken Flügel der revolutionären Demokratie, geißelte aber zugleich seine Halbheit und Unentschlossenheit und trat für die konsequente Beseitigung des Feudalismus und der Monarchie ein. 39 341 358

[47] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen“, Kaput XVI. 41

[48] *Gordischer Knoten* – kunstvoll verschlungener und unentwirrbarer Knoten am Wagen des Königs Gordius im Jupitertempel der Stadt Gordium in Phrygien, von dem das Orakel sagte, wer ihn zu lösen verstände, würde die Herrschaft über Asien erlangen. Alexander der Große soll auf seinem Feldzug gegen die Perser 333 v. u. Z. den Knoten mit dem Schwert durchschlagen haben. 41

[49] *Vereinbarungsdebatten* nannten Marx und Engels die Debatten der preußischen Nationalversammlung, die im Mai 1848 in Berlin zur Ausarbeitung einer Verfassung „durch Vereinbarung mit der Krone“ einberufen wurde. Marx und Engels nannten die preußische Nationalversammlung, die diese Formulierung annahm und dadurch auf das Prinzip der Volkssouveränität verzichtete, „Vereinbarungsversammlung“ und dementsprechend die Abgeordneten „Vereinbarer“. 44

[50] *Seehandlung* – „Preußische Seehandlungsgesellschaft“. Sie wurde 1772 als Handelskreditgesellschaft gegründet, mit einer Reihe wichtiger staatlicher Privilegien ausgestattet, stellte der Regierung große Darlehen zur Verfügung und spielte somit faktisch die Rolle ihres Bankiers und Maklers. 1810 wurden die Aktien und Obligationen der Gesellschaft in Staatsschuldscheine umgewandelt und damit die Gesellschaftsform beseitigt. Durch Kabinettsorder vom 17. Januar 1820 wurde sie zum Finanz- und Bankhaus des preu-

ßischen Staates umgestaltet; damit schuf sich die Regierung eine Möglichkeit, das gleichzeitig erlassene Staatsschuldengesetz (siehe Anm. 51) zu umgehen. 46 219

[51] *Staatsschuldengesetz* – die „Verordnung wegen der künftigen Behandlung des gesammten Staatsschulden-Wesens" vom 17. Januar 1820 bestimmte, daß die Aufnahme von Anleihen durch die preußische Regierung nur unter Hinzuziehung und Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung geschehen und die Schuldenverwaltung dieser jährlich Rechnung legen sollte. 46

[52] Im Großherzogtum Posen brach nach der Märzrevolution 1848 ein Aufstand der Polen für ihre nationale Befreiung vom preußischen Joch aus. An dieser revolutionären Bewegung nahm erstmalig die Masse der Bauern und Handwerker teil, deren Führung in den Händen von Angehörigen des niederen polnischen Adels lag. Die Adelsaristokratie jedoch scheute vor dem Bündnis mit der revolutionär-demokratischen Bewegung in Polen und Deutschland zurück und sah den Ausweg in der Verständigung mit dem preußischen König. Angesichts der großen Volksbewegung versprach die preußische Regierung Ende März 1848 die Bildung einer Kommission zur nationalen Reorganisation des Großherzogtums Posen, die den Polen die Aufstellung eines polnischen Heeres, die Einsetzung von Polen in administrative und andere Ämter und die offizielle Anerkennung der polnischen Sprache zusicherte. Als Beauftragter der preußischen Regierung wurde General Willisen eingesetzt, dem es gelang, unter ähnlichen Versprechungen die Konvention von Jaroslawiec (siehe Anm. 269) abzuschließen und die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen zu veranlassen. Alle Zusagen wurden jedoch schmählich gebrochen. Bereits am 14. April 1848 verfügte der preußische König die Teilung des Großherzogtums Posen in einen östlichen, polnischen Teil und in einen westlichen, „deutschen" Teil, der nicht der Reorganisation unterlag und umgehend dem Deutschen Bund einverleibt wurde. Der königliche Erlaß vom 26. April schloß weitere Gebiete von der Reorganisation aus. Durch diese Maßnahmen und ständige Überfälle preußischer Truppen herausgefordert, begannen die Aufständischen erneut den Kampf und errangen bei Miloslaw einen Sieg über die preußischen Truppen, mußten jedoch am 9. Mai 1848 vor der Übermacht ihre Waffen strecken. Willisens Nachfolger, General von Pfuel, verfolgte die Teilnehmer des Aufstandes und der Partisanenbewegung mit den brutalsten Mitteln. Nach der blutigen Unterdrückung der Polen wurde die Demarkationslinie in den folgenden Monaten immer weiter nach Osten vorgeschoben, bis das zu Preußen geschlagene Gebiet schließlich drei Viertel des Territoriums des Großherzogtums Posen umfaßte. So riß Preußen weitere polnische Gebiete an sich, statt die versprochene Reorganisation durchzuführen. 48 56 80 94 190 246 296 304 393

[53] Die „*Vereinbarungstheorie*", mit der die preußische Bourgeoisie in der Person von Camphausen und Hansemann ihren Verrat an der Revolution zu rechtfertigen suchte, bestand darin, daß die preußische Nationalversammlung, „auf dem Boden der Gesetzlichkeit" bleibend, sich auf die Errichtung einer konstitutionellen Ordnung durch Vereinbarung mit der Krone beschränken sollte (siehe auch Anm. 49). 53 64 399

[54] *Sieben Teilungen Polens* – gemeint sind die drei Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1792/93 und 1794/95, die Schaffung des Großherzogtums Warschau durch Napoleon 1807, ferner die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1814/15, die Annexion des Krakauer Freistaates durch Österreich 1846 und die Einverleibung des überwiegenden Teils des Großherzogtums Posen durch Preußen im Jahre 1848, die sich in vier Etappen (14. und 22. April, 2. Mai und 4. Juni) vollzog und vom Bundestag und der Frankfurter Nationalversammlung sanktioniert wurde. 55 319

[55] „Kölnische Zeitung" Nr. 161 vom 9. Juni 1848. 57

[56] *Äneas* – nach der griechischen Mythologie einer der Verteidiger Trojas, der Sohn des Anchises und der Göttin Aphrodite. Während der Eroberung und Ausplünderung Trojas durch die Griechen wurde er gerettet und gelangte nach langen Irrfahrten an die Küste Italiens. Der Beschreibung der Irrfahrten des Äneas ist Virgils Heldengedicht „Aeneis" gewidmet. 57

[57] Aus dem Heldengedicht „Ilias" von Homer. 57

[58] Der *Prinz von Preußen*, einer der Anführer der reaktionären Hofkamarilla war der Hauptschuldige an den Ausschreitungen des Militärs gegen die Berliner Bevölkerung vor dem 18. März 1848 und floh während der Märzkämpfe aus Furcht vor dem Volk nach England. Sein Palais wurde zum Nationaleigentum erklärt. Die Regierung Camphausen setzte sich jedoch bereits Anfang Mai für seine Rückberufung ein, ohne sich um die Proteste der empörten Berliner Bevölkerung zu kümmern. Am 8. Juni erschien der „Kartätschenprinz" als Abgeordneter des Kreises Wirsitz in der preußischen Nationalversammlung. 57

[59] Anfangszeilen aus dem Gedicht „Reineke Fuchs" von Goethe. 59

[60] *Chartisten* – Vertreter der revolutionären, aber nicht sozialistischen Bewegung der englischen Arbeiter in den Jahren von 1836 bis 1848, die für die Verwirklichung der Volkscharte (peoples charter) kämpften, deren Forderungen auf die Demokratisierung der staatlichen Ordnung Englands gerichtet waren. Über die Bedeutung der Chartistenbewegung sagte Lenin, daß „England der Welt die erste wirkliche, breite, politisch klar ausgeprägte, proletarisch-revolutionäre Massenbewegung...gab". 59 102 117 141 285

[61] *Repealers* (von Repeal of Union – Aufhebung der Union) – die Anhänger der Abschaffung der englisch-irischen Union vom Jahre 1801. Die Union, die Irland von der englischen Regierung nach der Niederschlagung des irischen Aufstandes vom Jahre 1798 aufgezwungen worden war, zerstörte die letzten Spuren der nationalen Selbständigkeit Irlands und löste das irische Parlament auf. Die Forderung nach Aufhebung der Union wurde seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts zur populärsten Losung der irischen nationalen Befreiungsbewegung. Im Jahre 1840 gründeten die Anhänger der irischen Unabhängigkeitsbewegung unter der Führung des bürgerlichen Liberalen O'Connell eine Vereinigung (Repeal-Association), um den Kampf für die Aufhebung der Union wirkungsvoller führen zu können. 59

[62] Der Fünfzigerausschuß (siehe Anm. 11) verwarf den Vorschlag des Bundestages, ein Direktorium aus drei Männern als provisorische Zentralgewalt des Deutschen Bundes zu schaffen. Anfang Juni 1848 wurde ein gleicher Antrag von einer Kommission eingebracht, die von der Frankfurter Nationalversammlung gewählt worden war. Im Ergebnis der Diskussion nahm die Versammlung am 28. Juni 1848 den Beschluß an, eine provisorische Zentralgewalt zu schaffen, die sich aus dem Reichsverweser und dem Reichsministerium zusammensetzen sollte. 59

[63] *„Eigentum der ganzen Nation"* – Aufschrift, die von den bewaffneten Arbeitern während der Märzrevolution in Berlin am Palais des geflohenen Prinzen von Preußen (siehe auch Anm. 58) angebracht worden war. 59

[64] Es handelt sich um die *Unterdrückung des republikanischen Aufstands in Baden* im April 1848, den die kleinbürgerlichen Demokraten Hecker und Struve leiteten. Die Hauptgebiete des Aufstands waren der Seekreis (Gebiet um Konstanz am Bodensee) und der Schwarzwald. 59 236

[65] *„Deutsche Zeitung"* (auch Gervinus-Zeitung genannt) – bürgerlich-liberale Tageszeitung, trat für die konstitutionelle Monarchie und die Einigung Deutschlands unter der Führung Preußens ein. Sie erschien von 1847 bis Ende September 1848 unter der Redaktion des bürgerlichen Historikers Gervinus in Heidelberg, danach bis 1850 in Frankfurt am Main. 60 104

[66] Am 9. Juni 1848 lehnte die Frankfurter Nationalversammlung den Antrag ab, daß die Billigung des künftigen Friedensvertrags mit Dänemark zum Kompetenzbereich der Nationalversammlung gehören solle. Damit wich die Versammlung einer Einmischung in die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage aus und ließ dem Bundestag volle Handlungsfreiheit. 63

[67] *Preßfreiheit mit Kautionen* – die Herausgeber politischer Zeitungen mußten einen Geldbetrag als Sicherheit dafür hinterlegen, daß keine der Obrigkeit mißfallenden Veröffentlichungen vorgenommen wurden; dieses System der nachträglichen Geldstrafen an Stelle der 1848 offiziell aufgehobenen Vorzensur wurde in Deutschland erst durch das Preßgesetz von 1874 beseitigt. 64 68

[68] *Liste der „siebzehn Militärtoten"* – am 24. März 1848 erfolgte die Bestattung der nach den offiziellen Angaben am 18. März gefallenen 15 Soldaten und 2 Unteroffiziere auf dem Invalidenfriedhof. Es waren jedoch bei weitem mehr Soldaten gefallen, die man im stillen zur Beerdigung nach Spandau geschafft hatte. Mit dieser Maßnahme sollte das Ausmaß der Kämpfe am 18. März und die Tatsache verdeckt werden, daß die preußischen Truppen von den Berlinern besiegt und zum Rückzug gezwungen worden waren. 65 87

[69] Zu der *Linken in der preußischen Nationalversammlung* gehörten unter anderen die Abgeordneten Waldeck, Jacoby, Georg Jung, Julius Berends und d'Ester. In der „Neuen Rheinischen Zeitung" wurde häufig das zögernde, unentschlossene Verhalten der Linken kritisiert und diese zu einem energischen Handeln und zum außerparlamentarischen Kampf aufgefordert. 66 168

[70] Am 3. Juni 1848 wurde in der Berliner Nationalversammlung der Antrag diskutiert, an der von Studenten organisierten Demonstration zu den Gräbern der im März gefallenen Kämpfer der Revolution teilzunehmen. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. 67

[71] Zeilen aus dem „Lied für den dänischen Unterthan" von dem schleswigschen Pfarrer Heinrich Harries, das von Balthasar Gerhard Schumacher zu dem Lied „Heil Dir im Siegerkranz", der späteren „preußischen Nationalhymne", umgearbeitet wurde. 69

[72] Unter dem Druck der Volksmassen sah sich der österreichische Kaiser Ferdinand I. gezwungen, im *Manifest vom 16. Mai und 3. Juni 1848* den österreichischen Reichstag zur Konstituierenden Versammlung zu erklären. 70

[73] In diesem Artikel werden die Ergebnisse der Nachwahl in Köln zur Frankfurter Nationalversammlung vom 14. Juni 1848 mit der am 10. Mai stattgefundenen Wahl zu dieser Versammlung verglichen. 78

[74] *Bürgervereine* – nach der Märzrevolution in Preußen entstandene Organisationen des gemäßigten liberalen Bürgertums, die sich die Aufgabe stellten, „Gesetzlichkeit" und „Ordnung" im Rahmen der konstitutionellen Monarchie zu wahren und die „Anarchie", d.h. die revolutionär-demokratische Bewegung, zu bekämpfen. 78 494

[75] Die *Demokratische Gesellschaft in Köln*, deren Versammlungen im Saal des „Deutschen Kaffeehauses" bei Franz Stollwerk stattfanden, wurde im April 1848 gegründet. Ihr gehörten neben Kleinbürgern auch Arbeiter an. Marx und Engels traten in die Demokratische

Gesellschaft ein, um Einfluß auf die Arbeiter zu gewinnen und die kleinbürgerlichen Demokraten zum entschlossenen Handeln zu drängen. Marx beteiligte sich an der Leitung der Gesellschaft. Marx, Engels und andere Mitglieder der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" erreichten in den Versammlungen der Demokratischen Gesellschaft die Annahme von Beschlüssen, welche die verräterische Politik der preußischen Regierung entlarvten und die unentschlossene Haltung der Berliner und Frankfurter Versammlung verurteilten. Im April 1849, als Marx und seine Anhänger dazu übergingen, eine proletarische Partei zu schaffen, trennten sie sich auch organisatorisch von der kleinbürgerlichen Demokratie und traten aus der Demokratischen Gesellschaft aus. 78

[76] Empört über die Verleugnung der Märzrevolution durch die preußische Nationalversammlung (siehe vorl. Band, S. 64–77), eroberten die Arbeiter und Handwerker Berlins am 14. Juni 1848 im Sturm das Zeughaus, um durch die Volksbewaffnung die erkämpften Errungenschaften zu verteidigen und die Revolution voranzutreiben. Die Aktion der Berliner Arbeiter war jedoch spontan und unorganisiert. Der zu Hilfe gerufenen militärischen Verstärkung gelang es im Verein mit Abteilungen der Bürgerwehr, das Volk schnell zurückzudrängen und zu entwaffnen. Die Anführer des Zeughaussturms sowie Hauptmann von Natzmer, der den Rückzug der Soldaten aus dem Zeughaus befohlen hatte, und sein Premierleutnant Techow wurden später von einem Kriegsgericht zu langjährigen Festungsstrafen verurteilt. 79 85 374

[77] In der Resolution, die am 15. Juni 1848 von der preußischen Nationalversammlung unter dem Einfluß der revolutionären Aktionen der werktätigen Massen Berlins angenommen wurde, heißt es, daß die Versammlung „den Schutz bewaffneter Kräfte nicht benötigt und sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stellt". 79 85

[78] In der Nacht des *4. August 1789* verkündete die französische Nationalversammlung unter dem Druck der wachsenden Bauernbewegung feierlich die Aufhebung einer Reihe von Feudallasten, die in jener Zeit von den aufständischen Bauern faktisch bereits beseitigt waren. Die gleich danach erlassenen Gesetze hoben jedoch nur die persönlichen Lasten ohne Ablösung auf. Die Beseitigung aller Feudallasten ohne jede Ablösung wurde erst in der Periode der Jakobinerdiktatur durch das Gesetz vom 17. Juli 1793 verwirklicht. 79 106 282

[79] Erschreckt durch die Barrikadenkämpfe in Berlin, wandte sich am *21. März 1848* der preußische König Friedrich Wilhelm IV. in einem Aufruf „An mein Volk und die deutsche Nation"; darin versprach er heuchlerisch, eine ständische Vertretungskörperschaft zu schaffen, eine Verfassung zu geben, die Verantwortlichkeit der Minister, das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren, Geschworenengerichte usw. einzuführen. Er ritt in einem komödienhaften Aufzug mit schwarzrotgoldener Fahne durch Berlin und verkündete, daß Preußen in Deutschland aufgehen solle, daß er die deutsche Einheit und Freiheit retten und sich an die Spitze eines konstitutionellen Deutschlands stellen wolle. 79

[80] Anfang März 1848 forderte eine Massenversammlung in Prag in einer Petition die Aufhebung des Frondienstes, den engen Zusammenschluß von Böhmen, Mähren und Schlesien sowie konstitutionelle Rechte. Die Forderung nach voller nationaler Gleichberechtigung verstärkte sich nach dem Ausbruch der Revolution in Wien und Budapest, wurde jedoch von der deutschböhmischen Bourgeoisie und dem böhmischen Adel, der die Bauernbefreiung befürchtete, scharf bekämpft. Die tschechischen Demokraten lehnten die großdeutschen Pläne ab, betonten jedoch ihre Bereitschaft, mit den Österreichern und den übrigen Donauvölkern gemeinsam den Weg der Verständigung zu gehen. Diesen Gedanken unterstrichen die Demokraten auch auf dem Slawenkongreß in Prag (siehe Anm. 82). 80

[81] *Wyschehrad* – Südteil von Prag mit der altertümlichen Zitadelle gleichen Namens am rechten Ufer der Moldau.

Hradschin (tschechisch Hradčany) – nordwestlicher Teil Prags mit der alten Burg, die sich über dem übrigen Teil der Stadt erhebt. 80

[82] Der *Slawenkongreß* trat am 2. Juni 1848 in Prag zusammen. Auf dem Kongreß zeigte sich der Kampf zwischen zwei Richtungen in der nationalen Bewegung der slawischen Völker, die im Habsburger Kaiserreich unterdrückt wurden. Die rechte, gemäßigt-liberale Richtung, zu der die Führer des Kongresses Palacký und Šafařík gehörten, versuchte die nationale Frage auf dem Wege der Erhaltung und Festigung der Habsburger Monarchie durch ihre Umwandlung in eine Föderation gleichberechtigter Nationalitäten zu lösen. Die linke, demokratische Richtung (Sabina, Frič, Libelt u. a.) trat entschieden dagegen auf und erstrebte ein gemeinsames Handeln mit der revolutionär-demokratischen Bewegung in Deutschland und Ungarn. Indem die Mehrheit der Kongreßteilnehmer die austroslawische Theorie vertrat, nahm sie eine der europäischen revolutionären Bewegung feindliche Stellung ein, denn die Vernichtung des reaktionären Habsburgerreiches war eine der Hauptaufgaben der demokratischen Bewegung. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus verurteilten Marx und Engels die Politik der tschechischen Bourgeoisie, die auf dem Kongreß den Sieg davontrug und mit Palacký an der Spitze den Weg zu einem offenen Bündnis mit dem Adel und den Habsburgern gegen die revolutionäre Bewegung beschritt. Die zum radikal-demokratischen Flügel gehörenden Delegierten des Kongresses nahmen aktiv am Prager Aufstand teil und wurden grausamen Repressalien unterworfen. Die in Prag zurückgebliebenen Vertreter des gemäßigt-liberalen Flügels gaben am 16. Juni 1848 die Vertagung der Sitzungen des Kongresses auf unbestimmte Zeit bekannt. 80

[83] Dieses Urteil über die Tschechen wird nur verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Marx und Engels die nationale Frage vom Gesichtspunkt der Interessen der revolutionären Gesamtbewegung in Europa betrachteten.

In der gesellschaftlichen Bewegung des Jahres 1848 in Böhmen kann man zwei inhaltlich verschiedene Hauptetappen unterscheiden. In der ersten Etappe, vom Beginn der Märzereignisse bis zur Niederschlagung des Prager Aufstandes, nahmen die tschechischen Volksmassen – die Bauernschaft und das Proletariat – aktiv teil an der revolutionären Bewegung gegen Feudalismus und Absolutismus. Dieser Kampf des tschechischen Volkes stimmte mit den Interessen der europäischen revolutionären Bewegung überein und wurde von Marx und Engels unterstützt.

Nach der Niederschlagung des Prager Aufstandes gelang es der tschechischen liberalen Bourgeoisie, die im Kampf gegen Revolution und Demokratie mit dem Adel und den Habsburgern gemeinsame Sache machte, die demokratischen Kräfte in Böhmen zu unterdrücken und die gesellschaftliche Bewegung unter ihre Führung und in das Fahrwasser des nationalistischen Kampfes zu bringen. Damit geriet diese Bewegung in Widerspruch zu der europäischen Revolution, weil sie nunmehr zu einer Stütze der konterrevolutionären Habsburger Monarchie und indirekt auch des russischen Zarismus wurde. Den demokratischen Elementen des tschechischen Volkes gelang es in der zweiten Etappe nicht, die Revolution tatkräftig zu unterstützen und die konterrevolutionäre Politik der Bourgeoisie zu vereiteln. Damit ist offensichtlich, daß Marx und Engels völlig richtig die Rolle der tschechischen nationalen Bewegung 1848/49 als konterrevolutionär und die Position des tschechischen Volkes in der zweiten, für die Revolution in ganz Österreich entscheidenden Etappe der Bewegung als reaktionär eingeschätzt haben.

Marx und Engels hoben aber dabei hervor, daß die nationalistische, antislawische Politik der deutschen Bourgeoisie die Hauptschuld daran trug, daß die Tschechen auf die Seite der Konterrevolution getrieben wurden. 82

[84] *„Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen"*, äußerte Talleyrand über die nach der Restauration der Bourbonenherrschaft im Jahre 1815 nach Frankreich zurückgekehrten aristokratischen Emigranten, die versuchten, ihren Grundbesitz zurückzuerhalten und die Bauern wieder zur Übernahme ihrer Feudalverpflichtungen zu zwingen. 85

[85] *Verfassungsentwurf* – „Entwurf eines Verfassungs-Gesetzes für den preußischen Staat" vom 20. Mai 1848. 85 242

[86] An der *Schlacht bei Leipzig* vom 16.–19. Oktober 1813 nahmen Truppen Rußlands, Preußens, Österreichs und Schwedens teil. Die Schlacht endete mit dem Sieg dieser verbündeten Armeen über die Armee Napoleons. 87 119

[87] In der *Schlacht bei Waterloo* am 18. Juni 1815 wurde Napoleon durch die von Blücher und Wellington befehligten preußischen und englischen Truppen geschlagen. 87

[88] An dieser Stelle legen Marx und Engels besonderes Gewicht auf den *zwiespältigen Charakter der Befreiungskriege 1813–1815*, in denen der gerechte nationale Befreiungskampf der Volksmassen gegen die räuberische Politik Napoleons I. von den Fürsten und Junkern dazu ausgenutzt wurde, die feudalen Verhältnisse in Europa soweit als möglich wieder herzustellen. Dabei weisen Marx und Engels vor allem auf die reaktionären Seiten und Folgen (Haß gegen die Französische Revolution, mangelnde Initiative im Kampf gegen die einheimischen Unterdrücker, Deutschtümelei usw.) hin und führen damit einen Schlag gegen die reaktionäre preußische Geschichtsschreibung, die besonders nach der Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen im Jahre 1840 den Inhalt und die Bedeutung der Befreiungskriege im Interesse des preußischen Chauvinismus systematisch verfälschte und mißbrauchte. Die fortschrittliche Seite der Befreiungskriege behandelt Engels in der Arbeit „Ernst Moritz Arndt" aus dem Jahre 1841 und in seinen Aufsätzen aus dem Jahre 1870, die sich mit der Landsturmordnung von 1813 beschäftigen, wo er nachdrücklich feststellt, daß erst der Sieg über die napoleonische Fremdherrschaft den Weg für die Lösung der nationalen Frage und damit für die Befreiung vom Joch der deutschen Fürsten ebnete. 87 295

[89] Nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 folgten die schmählichen kampflosen Kapitulationen der preußischen Festungen vor den französischen Truppen; fast überall, mit ganz wenigen Ausnahmen, offenbarten die junkerlichen Kommandanten eine feige, verräterische Gesinnung. 88

[90] *Code civil des Français* – französisches Zivilgesetzbuch von 1804, das 1807 als *Code Napoléon* neu gefaßt wurde. Dieses bürgerliche Gesetzbuch wurde von Frankreich in den eroberten Gebieten West- und Südwestdeutschlands eingeführt. In der Rheinprovinz blieb es auch nach der Vereinigung mit Preußen gültig (siehe auch Anm. 166). Der Code Napoléon behielt im wesentlichen die Errungenschaften der Französischen Revolution bei und stand auf dem Boden der formalen bürgerlichen Gleichheit. 92 240 278 301 472

[91] Auf Befehl des preußischen Generals *Pfuel* schor man den gefangengenommenen Teilnehmern des Posener Aufstandes von 1848 die Köpfe und brannte ihnen mit Höllenstein ein Mal auf Hände und Ohren. Daher der Spitzname des Generals Pfuel – „von Höllenstein". 94 298 329

[92] Nach dem Zeughaussturm (siehe Anm. 76) traten am 17. Juni 1848 die Minister von Kanitz, Graf Schwerin und Freiherr von Arnim und am 20. Juni das gesamte Ministerium

Camphausen zurück. Die „Neue Rheinische Zeitung" sah in diesem *Sturz Camphausens* den Ausdruck dafür, daß die Großbourgeoisie aus der Periode des passiven Verrats des Volkes an die Krone zu der Periode der aktiven Unterwerfung des Volkes unter ihre mit der Krone vereinbarte Herrschaft überzugehen gedachte. 96

[93] Ferdinand Raimund, „Das Mädchen aus der Feenwelt oder der Bauer als Millionär", II. Akt, sechste Szene. 96

[94] Am 30. März 1848 begann das am Vortage gebildete Ministerium Camphausen, in dessen Regierungszeit die blutige Niederschlagung des Aufstandes in Posen (siehe Anm. 52) fiel, seine Tätigkeit. 96

[95] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput XXIV. 97

[96] Norditalien gehörte damals zur österreichischen Monarchie. Anfang 1848 brach ein Aufstand der Italiener gegen die Fremdherrschaft und für die Einheit und Unabhängigkeit Italiens aus. Die Nachricht vom Siege der Revolution in Wien führte am 18. März 1848 zu einer gewaltigen Volkserhebung in Mailand. In einem erbitterten fünftägigen Kampfe gelang es den Aufständischen, Radetzky mit seinen 15000 österreichischen Soldaten zum Verlassen der Stadt zu zwingen. Am 22. März wurde eine provisorische Regierung aus Vertretern der liberalen Bourgeoisie gebildet. Dem König von Sardinien und Piemont, Karl Albert, gelang es, sich an die Spitze der italienischen Befreiungsbewegung zu setzen, wobei er das Ziel verfolgte, sein Königreich auf ganz Oberitalien auszudehnen; der demokratischen Volksbewegung stand er feindlich gegenüber. Die unter dem Kommando von Karl Albert stehende sardinisch-lombardische Armee drängte zuerst die Truppen Radetzkys nach dem Norden zurück, mußte dann aber auf Grund der zögernden Haltung und der militärischen Unfähigkeit Karl Alberts und seiner Generale eine Reihe Niederlagen hinnehmen. Mailand fiel wieder in die Hände der Österreicher. Aus Furcht, bei einer völligen Niederlage auch seine bisherigen Besitzungen einzubüßen, schloß Karl Albert daraufhin am 9. August 1848 einen verräterischen Waffenstillstand mit Österreich, der nach Ablauf von sechs Wochen verlängert wurde. Am 20. März 1849 wurden die militärischen Aktionen noch einmal aufgenommen, aber schon kurze Zeit später war die sardinische Armee von den Österreichern aufgerieben, und Karl Albert verzichtete auf den Thron. 98 118 369 376 393

[97] *Kroaten* – Soldaten des kaiserlich-österreichischen Heeres, dessen leichte Reiterei und Infanterie sich ursprünglich aus Angehörigen dieses südslawischen Volksstamms rekrutierten.

Panduren – Militärformationen der kaiserlich-österreichischen Armee, die eine besondere Art irregulärer Infanterietruppen darstellten und sehr brutal und rücksichtslos auftraten. 98 369

[98] Auf die Regierung Camphausen folgte in Preußen vom 26. Juni 1848 bis 21. September 1848 die *Regierung Auerswald-Hansemann*, das sogenannte „Ministerium der Tat". Auerswald war der Präsident dieses Staatsministeriums, Hansemann, der eigentliche Kopf des Kabinetts, blieb weiterhin wie unter Camphausen Finanzminister. 100 184 189

[99] Heine, „Ritter Olaf", Kaput II. 101

[100] „Das Leben ein Traum" (La vida es sueño) – Titel eines Schauspiels des spanischen Dramatikers Calderon de la Barca. 101

[101] *„Neue Berliner Zeitung"* – reaktionäre Tageszeitung, die in Berlin von Juni bis Oktober 1848 erschien. 102

[102] Hinweis auf die Thronrede Friedrich Wilhelms IV. bei der Eröffnung des ersten Vereinigten Landtages (siehe Anm. 34) am 11. April 1847. In dieser Rede erklärte der preußische König, „daß die Jahrhunderte und eine Erbweisheit ohnegleichen, aber kein *Stück Papier*" die Verfassung Preußens gemacht haben und daß er „es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unserm Herrgott im Himmel und dieses Land ein *beschriebenes Blatt*, gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge..." (siehe „Der Erste Vereinigte Landtag in Berlin 1847", Berlin 1847). 104 430

[103] Anspielung auf *Camphausen*, der in früheren Jahren mit Fetten und Getreide handelte, und auf *Hansemann*, der seine Handelstätigkeit als Wollhändler begann. 104

[104] *„Kölnische Zeitung"* – Tageszeitung, die unter diesem Titel seit 1802 in Köln erschien. Während der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre verteidigte sie die katholische Kirche gegen den in Preußen herrschenden Protestantismus; 1848/49 spiegelte sie die feige, verräterische Politik der preußischen liberalen Bourgeoisie wider und führte einen ständigen erbitterten Kampf gegen die „Neue Rheinische Zeitung". 105 140 284 303 308 369 419 440 452 497

[105] Goethe, „Faust", Erster Teil, „Marthens Garten". 105

[106] Über die Forderung, einen revolutionären *Krieg gegen Rußland* zu führen, schrieb Lenin: „Marx im Jahre 1848 haßte Rußland, weil damals in Deutschland die Demokratie nicht zu siegen, sich nicht zu entwickeln, das Land nicht zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschweißen vermochte, solange die reaktionäre Hand des rückständigen Rußland auf ihm lastete." 105 202

[107] Der Titel der *Ablösungsdenkschrift Patows*, datiert vom 10. Juni 1848, lautet: „Promemoria, betreffend die Maßregeln der Gesetzgebung, durch welche die zeitgemäße Reform der guts- und grundherrlichen Verhältnisse und die Beseitigung der noch vorhandenen Hemmungen der Landeskultur bezweckt wird." 106

[108] *Patrimonialgerichtsbarkeit* – das in Deutschland von 1848 an eingeschränkte und 1877 aufgehobene feudale Recht des Gutsbesitzers, über seine Bauern Gericht zu halten und sie zu strafen. 107

[109] Die *Patowsche Ablösungsdenkschrift* sah die Gründung von Hypotheken- und Rentenbanken für die Durchführung der Ablösung bäuerlicher Lasten zu äußerst günstigen Bedingungen für die Gutsbesitzer vor. Da der Bauer die Ablösungssumme, d. h. den achtzehnfachen Betrag der bestehenden laufenden Leistungen, nicht zur Verfügung hatte, sollten ihm diese staatlichen Kreditinstitute die Summe in Form eines Rentenbriefes, mit 4% Verzinsung, zur Verfügung stellen. Die Amortisation des Rentenbriefes durch den Bauern war auf 41 Jahre vorgesehen, während der Grundbesitzer sofort den vollen Betrag von der Bank erhielt. Es handelte sich also bei diesem Vorschlag um keine Befreiung der Bauern, sondern nur um die Umwandlung der Abhängigkeit in eine geldliche, die den Prozeß des Hinüberwachsens der preußischen Gutsbesitzer in den Kapitalismus erleichtern und beschleunigen sollte. 107

[110] In den Jahren *1807 bis 1811* begannen die Minister Stein und Hardenberg in Preußen einige Agrarreformen durchzuführen, denn nach der Zerschlagung des preußischen Heeres bei Jena und Auerstedt (1806) durch Napoleon „begann der preußischen Regierung ein schwaches Licht zu dämmern, daß man die freien grundbesitzenden Bauernsöhne nicht mit den Söhnen leibeigener Fronbauern besiegen könne" (Engels). Das Ergebnis war das Edikt vom 9. Oktober 1807 und die Kabinettsorder vom 28. Oktober 1807, welche die Leibeigenschaft in Preußen aufhoben, jedoch alle feudalen Abgaben und Dienstleistungen der

Bauern beibehielten. Selbst diese Teilreform hielt der bauernplündernde Adel nicht ein. Als der Krieg Napoleons gegen Rußland bevorstand, versuchte die preußische Regierung erneut, sich der Bauern zu versichern, und erließ am 14. September 1811 ein „Edikt die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend". Dieses Gesetz versprach den Bauern das Recht auf Ablösung von den Feudallasten innerhalb von 2 Jahren unter der Bedingung, daß sie dem Grundherrn ihren Boden bis zur Hälfte abtraten oder eine dementsprechende Summe zahlten. Nach dem Sieg über Napoleon wurden die Bauern wiederum um die gegebenen Zusicherungen betrogen, und erst 1845 erhielten sie das Recht, die Geld- und Kornrente gegen Zahlung eines fünfundzwanzigfachen Betrages abzulösen. 107 309

[111] Es handelt sich um den spontanen Aufstand der im größten Elend lebenden Textilarbeiter in Prag und Umgebung in der zweiten Junihälfte 1844. Die Bewegung der Arbeiter, die Fabriken zerstörten und Maschinen vernichteten, wurde durch österreichische Regierungstruppen grausam unterdrückt. 108

[112] *„Berliner Zeitungs-Halle"* – Tageszeitung, die in Berlin seit 1846 von Gustav Julius herausgegeben wurde; 1848/49 war sie ein Organ der kleinbürgerlichen Demokratie. 108 373 405 414

[113] *Bürgerausschuß* – Abkürzung für das im Mai 1848 in Wien gebildete Komitee der Bürger, der Nationalgarde und der Studenten zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit sowie zur Verteidigung der Rechte des Volkes. 108

[114] *Arbeiterkommission im Luxembourg* – Regierungskommission für die Arbeiterfrage, die unter dem Vorsitz von Louis Blanc im Palais Luxembourg tagte. Sie wurde am 28. Februar 1848 unter dem Druck der Arbeiter gegründet, die die Schaffung eines Arbeitsministeriums forderten. Die praktische Tätigkeit der Luxembourg-Kommission, die aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer bestand, beschränkte sich auf die Beilegung von Arbeitskonflikten; durch die kompromißbereite Haltung Louis Blancs fiel die Entscheidung häufig zugunsten der Unternehmer. Nach der Aktion der Volksmassen am 15. Mai (siehe Anm. 137) löste die Regierung am 16. Mai 1848 die Luxembourg-Kommission auf. 112

[115] Die *Nationalateliers*, auch *Nationalwerkstätten* genannt, wurden sofort nach der Februarrevolution 1848 durch ein Dekret der französischen provisorischen Regierung geschaffen. Damit verfolgte sie das Ziel, einerseits die Ideen Louis Blancs über die Organisation der Arbeit unter den Arbeitern zu diskreditieren und andrerseits die militärisch organisierten Arbeiter der Nationalateliers im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat auszunutzen. Da dieser provokatorische Plan, die Arbeiterklasse zu spalten, mißlang und die revolutionäre Stimmung der in den Nationalateliers beschäftigten Arbeiter immer stärker anwuchs, ergriff die bürgerliche Regierung eine Reihe Maßnahmen zur Beseitigung der Nationalateliers (Verringerung der Zahl der dort beschäftigten Arbeiter, ihre Verschickung zu öffentlichen Arbeiten in die Provinz usw.). Diese Provokationen riefen im Pariser Proletariat große Empörung hervor und waren mit ein Anlaß zum Beginn des Pariser Juniaufstandes. Nach der Unterdrückung des Aufstandes nahm die Regierung Cavaignac am 3. Juli 1848 ein Dekret über die Auflösung der Nationalateliers an. 112 147 469

[116] *„aimables Faubourgs"* (liebenswerte Vorstädte) – so nannte der „Bürgerkönig" Louis-Philippe jene östlichen Vororte von Paris, die überwiegend von Arbeitern bewohnt waren, um Volksverbundenheit vorzutäuschen. 113

[117] Die *Mobilgarde* wurde durch ein Dekret der provisorischen Regierung vom 25. Februar 1848 zum Kampf gegen die revolutionären Volksmassen geschaffen. Diese Truppe bestand hauptsächlich aus Lumpenproletariern und wurde zur Unterdrückung des Pariser Juniaufstandes eingesetzt. 113 131

[118] *Nationalgarde* – 1848 in Frankreich eine bewaffnete Organisation ähnlich der Bürgerwehr in Deutschland, die zum Schutze der bürgerlichen „Ordnung" eingesetzt wurde. 113 131

[119] *Palais Royal* (Königspalast) – Palais in Paris, seit 1643 Residenz Ludwigs XIV. und seit 1692 im Besitz der Bourbonen aus der Linie Orléans. Nach der Februarrevolution 1848 wurde es zum Nationaleigentum erklärt. Daher die Bezeichnung Ex-Royal. 113

[120] In dem *Café Tortoni* auf dem Italienischen Boulevard und in seiner näheren Umgebung wickelte man in den Stunden, in denen die Börse geschlossen war, Börsengeschäfte ab. Zum Unterschied von der offiziellen Börse nannte man das Café Tortoni und das dazugehörige Viertel die „kleine Börse". 113

[121] Die sogenannte *republikanische Garde* wurde am 16. Mai 1848 auf Befehl der französischen Regierung gebildet, die durch das revolutionäre Auftreten der Pariser Arbeiter am 15. Mai (siehe Anm. 137) beunruhigt war. Die republikanische Garde, die unter dem Kommando konterrevolutionärer Offiziere stand, führte den Polizeidienst in Paris aus und war dem Polizeipräfekten unterstellt; ihre zahlenmäßige Stärke betrug 2600 Mann. 114 121 131

[122] *„The Northern Star"* – englische Wochenzeitung, Hauptorgan der Chartisten; erschien von 1837 bis 1852, anfangs in Leeds und ab November 1844 in London. Begründer und Redakteur der Zeitung war Feargus Edward O'Connor; in den vierziger Jahren wurde sie von George Julian Harney redigiert. Engels war von September 1845 bis März 1848 Mitarbeiter dieser Zeitung.

In einer Notiz vom 24. Juni 1848 schrieb „The Northern Star": „Die ‚Neue Rheinische Zeitung', die sich ‚Organ der Demokratie' genannt hat, wird mit seltener Meisterschaft redigiert und zeichnet sich durch ungewöhnliche Kühnheit aus; wir begrüßen sie als würdigen, talentierten und mutigen Genossen im entschlossenen Kampf gegen jede Art von Tyrannei und Ungerechtigkeit." 117 140

[123] *„Mourir pour la patrie"* (Sterben für das Vaterland) – Refrain eines französischen patriotischen Liedes, das in der Periode der Februarrevolution 1848 populär war. 118 465

[124] *Gesellschaft der Menschen- und Bürgerrechte* – eine kleinbürgerliche demokratische Organisation, die von Barbès, Huber u. a. geleitet wurde; sie entstand in der Periode der Julimonarchie. Die Gesellschaft vereinigte eine Reihe von demokratischen Klubs der Hauptstadt und der Provinz und hatte die Verwirklichung der jakobinischen Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte von 1793 zum Ziel. Zum Unterschied von vielen anderen kleinbürgerlichen Organisationen verzichtete die Gesellschaft der Menschen- und Bürgerrechte nicht auf den bewaffneten Kampf mit der Konterrevolution. Einige Mitglieder dieser Gesellschaft waren Führer des Juniaufstandes. So war der verabschiedete Offizier Kersausie, der den Plan des Juniaufstandes ausgearbeitet hatte, Vorsitzender des Aktionskomitees der Gesellschaft der Menschen- und Bürgerrechte. 122

[125] *„L'Indépendance Belge"* – bürgerliche Tageszeitung, die 1831 in Brüssel gegründet wurde; in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts war sie das Organ der Liberalen. 124 128 142 423

[126] Die Verteidiger von *Saragossa* waren berühmt durch ihre heldenhafte Standhaftigkeit im Befreiungskrieg des spanischen Volkes gegen die Herrschaft Napoleons; die Stadt wurde

zweimal von den Franzosen belagert (Juni bis August und Dezember 1808); erst im Februar 1809 kapitulierten die Verteidiger von Saragossa vor der überlegenen Stärke der Franzosen, nachdem sie mehr als 40000 Menschen verloren hatten. 124

[127] Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 24. Juni 1848 (siehe „Compte rendu des séances de l'Assemblée nationale" [Sitzungsprotokolle der Nationalversammlung], T. 2, Paris 1849). 125 126 148

[128] Die *Munizipalgarde* von Paris, die nach der Julirevolution 1830 gebildet wurde, war dem Polizeipräfekten unterstellt; sie wurde zur Niederschlagung von Volksaufständen eingesetzt. Nach der Februarrevolution 1848 wurde die Munizipalgarde aufgelöst. 127

[129] Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 25. Juni 1848 (siehe „Compte rendu des séances de l'Assemblée nationale" [Sitzungsprotokolle der Nationalversammlung], T. 2, Paris 1849). 129 136 144

[130] Es handelt sich um den Bericht über die Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 25. Juni 1848, der in der „Neuen Rheinischen Zeitung" Nr. 29 vom 29. Juni veröffentlicht wurde. 129

[131] Die *Insel Louvier*, vom rechten Ufer der Seine durch einen schmalen Flußarm getrennt, wurde 1843 mit dem Festland verbunden und bildete den Raum zwischen dem Boulevard Morland und dem Quai Henri IV. 131 150

[132] Die politische Gruppierung um die französische Zeitung „*Le National*" vereinigte in sich gemäßigte bürgerliche Republikaner mit Armand Marrast an der Spitze; sie stützte sich in den vierziger Jahren auf die Industriebourgeoisie und war mit ihr durch einen Teil der liberalen Intelligenz verbunden. „Le National" erschien als Tageszeitung von 1830 bis 1851 in Paris. 133 142 157 435

[133] Die Anhänger der französischen Zeitung „*La Réforme*" waren eine politische Gruppierung kleinbürgerlicher Demokraten und Republikaner mit Ledru-Rollin an der Spitze; ihr schlossen sich die kleinbürgerlichen Sozialisten unter der Führung von Louis Blanc an. „La Réforme" erschien als Tageszeitung von 1843 bis 1850 in Paris. 133 448

[134] *Exekutivkommission* – Regierung der Französischen Republik, die am 10. Mai 1848 von der konstituierenden Versammlung geschaffen wurde; sie löste die provisorische Regierung ab, die ihre Vollmachten niedergelegt hatte. Die Exekutivkommission bestand bis zum 24. Juni 1848, dem Beginn der Militärdiktatur Cavaignacs. 133

[135] *Dynastische Opposition* – eine von Odilon Barrot geführte Gruppe in der französischen Deputiertenkammer während der Julimonarchie, deren Mitglieder die politischen Auffassungen liberaler Kreise der Industrie- und Handelsbourgeoisie zum Ausdruck brachten und für die Durchführung einer gemäßigten Wahlreform eintraten; sie sahen darin ein Mittel, der Revolution vorzubeugen und die Dynastie Orléans aufrechtzuerhalten. 134 157

[136] *Legitimisten* – Anhänger der „legitimen" Bourbonendynastie, die in Frankreich von 1589 bis 1793 und während der Restaurationszeit von 1814 bis 1830 an der Macht war; sie vertraten die Interessen des erblichen Großgrundbesitzes. 134

[137] *15. Mai 1848* – empört über den Bruch der Versprechungen auf Verbesserung ihrer Lebenslage, die ihnen von der Regierung nach der Februarrevolution gemacht worden waren, drangen Pariser Arbeiter in die Nationalversammlung ein; sie forderten eine Reihe sozialer Maßnahmen (Arbeitsbeschaffung, Sondersteuer für die Reichen etc.). Nachdem die Nationalversammlung nicht bereit war, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, erklärten Sprecher der Arbeiter die Nationalversammlung für auf-

gelöst und bildeten eine provisorische Regierung, der Barbès, Blanqui, Albert, Blanc, Proudhon, Cabet u.a. angehörten. Nach dem Scheitern dieser revolutionären Aktion der Pariser Arbeiter und der Verhaftung ihrer Führer ergriff die Regierung eine Reihe reaktionärer Maßnahmen, die auf die Liquidierung der Nationalateliers hinausliefen; ferner wurde das Gesetz über das Verbot von Zusammenscharungen erlassen und eine Reihe von demokratischen Klubs geschlossen. 135

[138] *Vae victis! Weh den Besiegten!* – Ausruf des Brennus vor der Einnahme und Zerstörung Roms durch die Gallier (390 v.u.Z.). 136 457

[139] *„The Times"* – größte englische Tageszeitung konservativer Richtung; sie wurde am 1. Januar 1785 in London unter dem Namen „Daily Universal Register" gegründet; am 1. Januar 1788 wurde der Titel in „The Times" geändert. 140 206

[140] *„The Manchester Guardian"* – englische bürgerliche Zeitung, Organ der Anhänger des Freihandels (free-traders), später Organ der liberalen Partei; erscheint seit 1821 in Manchester. 140

[141] *Kotzebuesche Bedienten tragödie* – Kotzebue schrieb einige hundert Theaterstücke von geringem Niveau; vielfach waren die Hauptpersonen seiner rührseligen Stücke Bediente (Haus- und Gartenangestellte, Gesellschafterinnen u.ä.). Das Hauptwerk dieser ganzen Richtung bildet das 1789 erschienene „Menschenhaß und Reue". 141

[142] Abgewandeltes Zitat aus Shakespeare, „Julius Cäsar", III. Aufzug, zweite Szene; dort heißt es: „... und Brutus ist ein ehrenwerter Mann." 141

[143] *Augsburgerin* – gemeint ist die „Allgemeine Zeitung", eine Tageszeitung, die 1798 gegründet wurde; sie erschien von 1810 bis 1882 in Augsburg. 142

[144] *„Débats"* – Abkürzung für die französische bürgerliche Tageszeitung „Journal des Débats politiques et littéraires", gegründet 1789 in Paris. Während der Julimonarchie war sie als Regierungszeitung das Organ der orleanistischen Bourgeoisie. In der Revolution 1848 vertrat sie die Auffassungen der konterrevolutionären Bourgeoisie. 142 157

[145] Aus dem Gedicht „Der deutsche Rhein" von dem kleinbürgerlichen Dichter Nicolaus Becker; dieses Gedicht wurde 1840 geschrieben und seitdem oftmals vertont. Besonders beliebt war das Lied in chauvinistischen Kreisen. 142

[146] *„Le Constitutionnel"* – französische bürgerliche Tageszeitung, die von 1815 bis 1870 in Paris erschien; in den vierziger Jahren war sie das Organ des gemäßigten Flügels der Orleanisten; in der Periode der Revolution von 1848 vertrat sie die Auffassungen der konterrevolutionären royalistischen Bourgeoisie, die sich um Thiers gruppierte; nach dem Staatsstreich des Louis Bonaparte im Dezember 1851 war sie eine bonapartistische Zeitung. 142 177

[147] *„Le Peuple constituant"* – französische Tageszeitung republikanischer Richtung, die in Paris von Februar bis Juli 1848 unter der Redaktion von Lamennais erschien. 144

[148] Am 5. Juni 1832 benutzten Anhänger des linken Flügels der republikanischen Partei, darunter die Gesellschaft der Volksfreunde, das Begräbnis des Generals Lamarque zu einer friedlichen Demonstration. Lamarque war der Wortführer der wenigen republikanischen Deputierten der neuen Kammer gewesen.

Durch die Schuld der Regierung wurde aus dieser Demonstration ein blutiges Gemetzel, das bis zum Nachmittag des 6. Juni namentlich um das ehemalige Kloster von Saint Merry wütete, wo sich die letzten hundert Republikaner, unter denen viele Arbeiter waren, verbarrikadiert hatten. 146

[149] Am *12. und 13. Vendémiaire* (4. und 5. Oktober) 1795 schlug Napoleon in Paris einen Aufstand der Royalisten gegen den Konvent nieder. 149

[150] Der Herzog von Braunschweig, Oberkommandierender der österreichisch-preußischen Armee, die gegen das revolutionäre Frankreich kämpfte, gab am 25. Juli 1792 ein Manifest heraus, in welchem er dem französischen Volk androhte, Paris völlig zu zerstören. 154

[151] Es handelt sich um den Aufstand 1785 in Holland gegen die Herrschaft der aristokratisch-katholischen Partei, die sich um den Statthalter Wilhelm von Oranien gruppierte. Der Aufstand, an dessen Spitze der republikanische Teil der Bourgeoisie stand, führte zur Verjagung des Statthalters aus dem Land; jedoch wurde 1787 seine Macht mit Hilfe preußischer Truppen wieder hergestellt. 154

[152] Nach einer Vereinbarung zwischen England, Frankreich und Rußland wurde 1832 der minderjährige bayrische Prinz Otto auf den griechischen Thron gesetzt; er kam in Begleitung bayrischer Truppen nach Griechenland und herrschte unter dem Namen Otto I. bis 1862. 154

[153] Die *Kongresse der Heiligen Allianz*, die in Troppau und Laibach (Oktober 1820 bis Mai 1821) und in Verona (Oktober/November 1822) stattfanden, spiegelten in ihren Beschlüssen die reaktionäre Politik Österreichs, Preußens und Rußlands in Europa wider.

Auf dem *Kongreß in Troppau und Laibach* wurde offiziell das Prinzip der Einmischung der Mächte der Heiligen Allianz in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten proklamiert. Auf Grund eines Beschlusses dieses Kongresses überschritten 60000 Österreicher im Februar 1821 die Grenze und stellten in Neapel die im Juli 1820 durch eine bürgerliche Revolution gestürzte absolutistische Ordnung wieder her. Die gleiche Gendarmenrolle spielte Österreich auch gegenüber Turin, wo die Anhänger der liberalen und nationalen Bewegung seit dem 10. März 1821 im Bürgerkrieg mit den Truppen des Königs von Sardinien, Viktor Emanuel, standen und nach etwa einem Monat mit Hilfe österreichischer Truppen niedergeworfen wurden. Am 5. Februar 1831 brach in Modena und in der Romagna (einem Teil des Kirchenstaats) unter der Führung der Carbonari (siehe Anm. 295) ein Aufstand aus. Ende März 1831 wurde diese Bewegung, die sich gegen die weltliche Macht des Papstes und die österreichische Fremdherrschaft richtete und die Einheit Italiens erringen wollte, von österreichischen und päpstlichen Truppen niedergeschlagen.

Der *Kongreß in Verona* beschloß besonders auf Betreiben Österreichs die Intervention in Spanien, um dort die Volksbewegung niederzuwerfen und das absolute Königtum wiederherzustellen. Frankreich übernahm die Durchführung des Beschlusses und rückte 1823 mit einem Heer von 100000 Mann in Spanien ein. Die liberale Regierung, die eine Reihe von Reformen eingeleitet hatte, wurde gestürzt und eine unerhörte Schreckensherrschaft der Reaktion errichtet. 154 294

[154] Österreich, Preußen und Rußland unterstützten in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts in Portugal die klerikal-feudale Partei mit *Dom Miguel* an der Spitze, die gegen jegliche Einschränkung des Absolutismus auftrat. 154 297

[155] In Spanien genoß *Don Carlos*, der 1833 einen Bürgerkrieg entfesselte, um im Interesse der reaktionären klerikal-feudalen Partei den Thron zu erobern, die Unterstützung Österreichs, Preußens und Rußlands. 154 297

[156] Bei dem *Manifest der provisorischen Regierung zu Mailand an das deutsche Volk* handelt es sich um den Aufruf „Il Governo provvisorio alla Nazione Germanica" vom 6. April 1848, in dem die provisorische Regierung von Mailand ihrer brüderlichen Verbundenheit mit

dem deutschen Volk Ausdruck verleiht und es zum gemeinsamen Kampf gegen die Kräfte der Reaktion aufruft. 156

[157] *Thierspartei* – nach ihrem bekanntesten Führer Thiers benannte Gruppe der royalistischen Bourgeoisie in Frankreich, die sich um die Zeitung „Le Constitutionnel" (siehe Anm. 146) sammelte. Als Anhänger der Dynastie Orléans war sie Gegner der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Republikaner und trat vor dem Februar 1848 für eine Monarchie mit republikanischen Institutionen, danach für eine Republik mit monarchistischen Institutionen ein. Nach dem Pariser Juniaufstand 1848 verschmolz sie aufs engste mit der dynastischen Opposition (siehe Anm. 135). 157 429 433

[158] Aus der Rede Caussidières am 27. Juni 1848 in der französischen Nationalversammlung (siehe „Compte rendu des séances de l'Assemblée nationale" [Sitzungsprotokolle der Nationalversammlung], T. 2, Paris 1849). 158

[159] *westfälische Adresse* – eine reaktionäre „Adresse der Krieger und Wehrmänner des Kreises Hagen vom 19. Juni 1848", die in der „Neuen Rheinischen Zeitung" Nr. 25 vom 25. Juni 1848 (Extrabeilage) wiedergegeben wurde. 160

[160] *Trierer Heldentaten* – in Trier kam es in der Zeit vom 2. bis 4. Mai 1848 auf Grund von militärischen Provokationen zu Zusammenstößen zwischen preußischem Militär und der Bürgerschaft. Der spätere preußische Kriegsminister Schreckenstein, damals stellvertretender kommandierender General des 8. Armeekorps, wurde zur Unterdrückung der Unruhen nach Trier entsandt. Er ordnete die Auflösung der Bürgerwehr an. 160

[161] *benachbarter Publizist* – ein beliebter Ausdruck von Marx und Engels für Brüggemann, den Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung". 160 232

[162] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput XII. 161 435

[163] *Treasury-Whip* (wörtlich „Peitsche der Ministerialabteilung der Finanzen") – nach dem Sturz des Kabinetts Camphausen (siehe auch Anm. 98) mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt, blieb Hansemann auch im neuen Kabinett Auerswald (26. Juni bis 21. September 1848) weiterhin Finanzminister, weil er dadurch als Vertreter der Großbourgeoisie eine entscheidende Schlüsselposition in den Händen hielt, die es ihm ermöglichte, Gesetze und Maßnahmen im Interesse seiner Klasse in der Regierung und der Nationalversammlung „durchzupeitschen". 164

[164] *Heilige Hermandad* – Bund spanischer Städte, der Ende des 15. Jahrhunderts unter Mitwirkung königlicher Behörden gegründet wurde, die sich bemühten, die Bourgeoisie im Kampf gegen die großen Feudalherren im Interesse des Absolutismus auszunutzen. Seit Mitte des 16. Jahrhunderts übten die bewaffneten Kräfte der Heiligen Hermandad Polizeifunktionen aus. Im übertragenen, ironischen Sinne bezeichnete man später mit „Heiliger Hermandad" die Polizei. 166

[165] *Gürzenich* – früherer Festsaal in Köln, der als Versammlungsraum diente; hier wurde am 25. Juni 1848 eine Versammlung des Kölner Arbeitervereins durchgeführt, in der über die Schaffung einer Vereinigungskommission, bestehend aus den Vertretern der drei demokratischen Organisationen Kölns, debattiert wurde. Die drei Organisationen waren die Demokratische Gesellschaft, der Arbeiterverein und der Verein für Arbeiter und Arbeitgeber. 167

[166] *Code pénal* – Strafgesetzbuch, das in Frankreich 1810 angenommen und in den unter Napoleon I. eroberten Gebieten West- und Südwestdeutschlands eingeführt wurde; in der Rheinprovinz galt es ebenso wie der Code civil (siehe Anm. 90) auch nach ihrer Angliederung an Preußen im Jahre 1815. Die preußische Regierung war bestrebt, in dieser

Provinz wieder das preußische Landrecht (siehe Anm. 167) einzuführen. Eine ganze Reihe von Gesetzen, Erlassen und Vorschriften sollten in der Rheinprovinz die feudalen Privilegien des Adels (die Majorate) und die preußische Strafgesetzordnung, Ehegesetzgebung usw. wiederherstellen. Diese Maßnahmen, die eine entschiedene Opposition in der Rheinprovinz hervorriefen, wurden nach der Märzrevolution durch die Verordnungen vom 15. April 1848 aufgehoben. 167 198 240 379 441

[167] *Das „Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten" von 1794* war eine Zusammenfassung des bürgerlichen Rechts, des Handels-, Wechsel-, See- und Versicherungsrechts, ferner des Straf-, Kirchen-, Staats- und Verwaltungsrechts; es verankerte den rückständigen Charakter des feudalen Preußens in der Rechtsprechung und galt in wesentlichen Teilen bis zur Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1900. 167 216 240 301 324 402

[168] *Anneke* wurde zusammen mit Gottschalk und Willich als einer der Organisatoren der Massenversammlungen in Köln am 3. März 1848 verhaftet. Gegen alle drei wurde Anklage erhoben wegen „Anstiftung zum Aufruhr und Gründung einer verbotenen Gesellschaft". Infolge der königlichen Amnestie wurden sie am 21. März 1848 aus der Haft entlassen. 167

[169] *Kösliner Adresse* – in einem Aufruf wandten sich konterrevolutionäre Junker und Beamte der Stadt Köslin (Pommern) am 23. Mai 1848 an die preußische Bevölkerung und forderten sie auf, nach Berlin zu marschieren, um die Revolution niederzuschlagen. 170

[170] *Spanien, Mexiko, Polen und Krakau* waren Hauptabsatzgebiete der preußischen Weberei- und Spinnereiindustrie, welche durch die unsinnige Handels- und Außenpolitik der preußischen Regierung vor 1848 verlorengingen. Dadurch wurde dieser Erwerbszweig ruiniert. 171

[171] Als erniedrigende Maßnahme wurden den gefangengenommenen polnischen Aufständischen auf Befehl des preußischen Generals Pfuel die Köpfe geschoren (siehe auch Anm. 91). 171

[172] Im Sommer 1848 wurde in Berlin außer der gewöhnlichen Polizei eine Abteilung Bewaffneter in Zivil für den Einsatz gegen Straßenansammlungen und Massenkundgebungen des Volkes und für Spionagedienste gebildet. Diese Polizeiabteilung nannte man *Konstabler* analog zu den Spezial-Konstablern in England, die bei der Sprengung der Chartistendemonstration am 10. April 1848 eine bedeutende Rolle spielten. 174 304

[173] *„Le Siècle"* – Tageszeitung, erschien von 1836 bis 1939 in Paris; in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts brachte sie die Anschauungen jenes Teils der Kleinbourgeoisie zum Ausdruck, der sich auf die Forderung gemäßigter konstitutioneller Reformen beschränkte. 177

[174] *„La Presse"* – bürgerliche Tageszeitung, die seit 1836 in Paris herausgegeben wurde. 1848/49 unterstützte sie die bürgerlichen Republikaner, später die Bonapartisten. 1836 bis 1857 war Émile de Girardin Redakteur der Zeitung. 177

[175] *„Observateur"* – Abkürzung für die belgische Tageszeitung „L'Observateur Belge", die von 1835 bis 1860 in Brüssel erschien. In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts war sie das Organ der bürgerlichen Liberalen. 177 423

[176] Am Schluß der Sitzung vom 4. Juli 1848, in der weiter über die Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Posen debattiert wurde, beschloß die preußische Nationalversammlung, dieser Kommission unbeschränkte Vollmachten einzuräumen. Die An-

nahme dieses Beschlusses bedeutete eine Niederlage für das Ministerium Auerswald-Hansemann. Die Vertreter des rechten Flügels versuchten nunmehr, entgegen den parlamentarischen Regeln eine weitere Abstimmung durchzusetzen, und zwar über den mit dem ersten Beschluß bereits verworfenen Antrag, die Vollmachten der Kommission einzuschränken. Die Abgeordneten des linken Flügels verließen zum Zeichen des Protestes den Sitzungssaal. Die Rechten nutzten dies aus und brachten den Antrag durch, der Kommission das Recht zu verweigern, sich nach Posen zu begeben und an Ort und Stelle Zeugen und Sachverständige zu vernehmen. Damit wurde die ursprüngliche Entscheidung der Versammlung unrechtmäßig annulliert. Zu dem Verlauf der Debatte über eine Kommission für Posen in der preußischen Nationalversammlung siehe vorl. Band, S. 48–52, 185–188 und 190–197. 177 184 185 197 206

[177] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput XXV. 178

[178] Heine, „Der Tannhäuser", Kaput 2. 179

[179] *„The Morning Chronicle"* – englische bürgerliche Tageszeitung, erschien von 1769 bis 1862 in London. 180

[180] *„Biene"* – gemeint ist „Sewernaja ptschela" [Die Biene des Nordens], eine russische politische und literarische Zeitung, die von 1825 bis 1864 in Petersburg unter der Redaktion von Bulgarin und Gretsch erschien. Sie war ein halbamtliches Organ der zaristischen Regierung. 180

[181] In der Note, die Major *Wildenbruch* in geheimer Mission des preußischen Königs am 8. April 1848 der Regierung von Dänemark übergab, wurde darauf hingewiesen, daß der Krieg in Schleswig-Holstein (siehe Anm. 40) von Preußen nicht geführt werde, um Dänemark das Herzogtum zu entreißen, sondern lediglich darum, um die „radikalen und republikanischen Elemente in Deutschland" zu bekämpfen. Die preußische Regierung umging auf jede Art und Weise die offizielle Anerkennung dieses sie kompromittierenden Dokuments. 180 257 296 396

[182] *patriotische Überkraft* – aus Heines Zeitgedicht „Bei des Nachtwächters Ankunft in Paris". 180

[183] *Frankfurter Beschlüsse über den Schutz aller Nationalitäten* – in ihrer 10. Sitzung am 31. Mai 1848 nahm die Nationalversammlung in Frankfurt auf Vorschlag des Verfassungsausschusses eine Proklamation an, in welcher es u. a. heißt: „Die Verfassunggebende deutsche Nationalversammlung erklärt feierlich: Daß sie im vollen Maße das Recht anerkenne, welches die nichtdeutschen Volksstämme auf deutschem Bundesboden haben, den Weg ihrer volkstümlichen Entwicklung ungehindert zu gehen..." 187

[184] Es handelt sich um die im Juli 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlichte Artikelserie von Ernst Dronke: „Die preußische Pacificirung und Reorganisation Posens". 190

[185] Die Korrespondenz des Erzbischofs von Posen, Przyluski, mit dem Berliner Kabinett ist abgedruckt in [Brodowski, Kraszewski, Potworowski] „Zur Beurtheilung der polnischen Frage im Großherzogthum Posen im Jahre 1848", Berlin [1848]. 190 320

[186] Aus Heines Zeitgedicht „Zur Beruhigung". Der Dichter geißelt darin das Philistertum und den Konservatismus des deutschen Bürgers, indem er diesem die Republikaner des alten Roms gegenüberstellt. 196 222 291

[187] *Langes Parlament* – so wurde das englische Parlament genannt, das in der Periode der bürgerlichen Revolution 13 Jahre hindurch (1640–1653) ohne Neuwahl tagte. 196

[188] *„Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe"* – Tageszeitung, die vom 1. Januar 1842 bis 31. März 1843 in Köln erschien. Die Zeitung war von Vertretern der rheinischen Bourgeoisie gegründet worden, die dem preußischen Absolutismus gegenüber oppositionell eingestellt waren. Zur Mitarbeit wurden auch einige Junghegelianer herangezogen. Ab April 1842 wurde Karl Marx Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung" und ab Oktober des gleichen Jahres ihr Chefredakteur. Die Zeitung veröffentlichte auch eine Reihe Artikel von Friedrich Engels. Unter der Redaktion von Karl Marx begann die „Rheinische Zeitung" einen immer ausgeprägteren revolutionär-demokratischen Charakter anzunehmen. Diese Richtung der „Rheinischen Zeitung", deren Popularität in Deutschland ständig wuchs, rief Besorgnis und Unzufriedenheit in Regierungskreisen und eine wütende Hetze der reaktionären Presse gegen sie hervor. Am 19. Januar 1843 erließ die preußische Regierung eine Verordnung, die die „Rheinische Zeitung" mit dem 1. April 1843 verbot und bis dahin eine besonders strenge Zensur über sie verhängte. 198 452

[189] Am 20. Oktober 1842 veröffentlichte die „Rheinische Zeitung" den äußerst reaktionären Entwurf eines Ehescheidungsgesetzes, dessen Vorbereitung in Regierungskreisen streng geheimgehalten wurde. Dadurch wurde eine breite öffentliche Diskussion über den Gesetzentwurf in einer Reihe von Zeitungen veranlaßt. Die Veröffentlichung des Entwurfes des Ehescheidungsgesetzes und die entschiedene Weigerung der Redaktion der „Rheinischen Zeitung", die Person zu nennen, die den Wortlaut des Gesetzentwurfes übersandt hatte, waren eine der Ursachen für das Verbot der „Rheinischen Zeitung". 198

[190] *Kamptz*, Mitglied der Mainzer Zentralen Immediatkommission (siehe Anm. 342), war einer der eifrigsten Organisatoren der Prozesse, die 1819 gegen die sogenannten Demagogen – die Vertreter der bürgerlichen Opposition – begannen.

Die *schwarz-rot-goldnen Farben* waren zum Symbol der nationalen Einigungsbewegung in Deutschland geworden. 198

[191] In der Volksversammlung im Saal des Gürzenich in Köln wurde am 9. Juli 1848 auf Vorschlag der Demokratischen Gesellschaft ein Schreiben an die preußische Nationalversammlung angenommen, das an einer Reihe von Beispielen die konterrevolutionäre Praxis der Regierung Auerswald-Hansemann entlarvte und die preußische Nationalversammlung aufrief zu erklären, daß das Ministerium Auerswald-Hansemann „das Vertrauen des Landes nicht besitze". 200

[192] *Car tel est notre bon plaisir* (Denn dies ist unser Wille) – so lautete die Schlußformel der königlichen Verordnungen in Frankreich, die sich zuerst unter einem Edikt Ludwigs XI. vom 31. Oktober 1472 findet. 207

[193] Das Ministerium Camphausen verlangte von dem am 2. April 1848 zusammenberufenen zweiten Vereinigten Landtag (siehe Anm. 35) die Bewilligung einer *Staatsanleihe in Höhe von 25 Millionen Talern*. Darüber hinaus wurde die Zustimmung zur Beschaffung von 15 Millionen Talern durch Ausschreibung neuer oder Erhöhung alter Steuern gefordert. Eine *königliche Botschaft* unterstrich die Dringlichkeit der Aufbringung dieser Geldmittel, da die Bestände des Staatsschatzes nicht ausreichend seien. Finanzminister *Hansemann* gab dazu eine Erklärung ab, daß nach Deckung der notwendigen Ausgaben im Staatsschatz „nur noch 3500000 Taler verbleiben, eine überaus mäßige Summe, welche man ... als ein zu reservierendes Minimum betrachten muß", und daß „ohne rechtzeitige Fürsorge ... die Erhaltung des Staats gefährdet sein würde" (siehe „Verhandlungen des zum 2. April 1848 zusammenberufenen Vereinigten Landtages", zusammengestellt von E. Bleich, Berlin 1848). 209

[194] Heine, Zeitgedicht „Der Tambourmajor". 212

[195] *Scheinkäufe* – gemeint sind Geschäfte, die aus spekulativen Gründen abgeschlossen werden, wobei keine Warenbewegung oder Bewegung der Wertpapiere stattfindet. Das Spekulationselement ergibt sich aus den unterschiedlichen Börsenkursen, mit denen Käufer und Verkäufer zum vereinbarten Liefertermin rechnen. 214

[196] Der „Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr" vom 6. Juli 1848 wurde am 7. Juli der preußischen Nationalversammlung übermittelt. Das Gesetz selbst trat am 12. Oktober 1848 in Kraft. 217 243

[197] *Landwehr* – ursprünglich die allgemeine Landesbewaffnung, das Aufgebot aller Wehrfähigen zur Verteidigung; mit Einführung der stehenden Heere trat diese Bedeutung der Landwehr zurück, erst mit dem zunehmenden Bedarf an Streitkräften in den Napoleonischen Kriegen griff man auf sie zurück. In Preußen veranlaßte Scharnhorst nach dem Tilsiter Frieden die Einrichtung einer Landwehr, die in engste Verbindung mit dem stehenden Heer gebracht wurde. Die Landwehrordnung von 1815 teilte die Landwehr in zwei Aufgebote. Das erste umfaßte alle aus dem Heer entlassenen Leute vom 26. bis zum 32. Lebensjahr und diente neben dem stehenden Heer zur Bildung der Feldarmee, das zweite die Leute vom 32. bis 40. Lebensjahr als Festungsbesatzung. 219 220 252

[198] Die Frankfurter Nationalversammlung beschloß am 28. Juni 1848 die Schaffung einer provisorischen *Zentralgewalt*, die aus dem Reichsverweser (für dieses Amt war der österreichische Erzherzog Johann gewählt worden) und dem Reichsministerium bestehen sollte. Die provisorische Zentralgewalt verfügte über kein eigenes Budget und keine eigene Armee und war damit jeglicher realen Macht beraubt; sie unterstützte die konterrevolutionäre Politik der deutschen Fürsten. 222

[199] *satte Tugend und zahlungsfähige Moral* – aus der Romanze „Anno 1829" von Heine. 224 421

[200] *Zollverein* (Preußisch-deutscher Zollverein) – eine wirtschaftspolitische Vereinigung deutscher Einzelstaaten unter preußischer Führung zur Beseitigung der Binnenzölle und zur gemeinsamen Regelung der Grenzzölle. Er wurde am 1. Januar 1834 gebildet und umfaßte 18 deutsche Staaten mit über 23 Millionen Menschen. Österreich und einige süddeutsche Staaten traten dem Zollverein nicht bei. 226

[201] *Vendée* – eine französische Provinz, in der während der Französischen Revolution im Frühjahr 1793 ein gegenrevolutionärer Aufstand unter der Führung des Adels ausbrach, der sich auf die Bauernschaft dieses ökonomisch rückständigen Gebietes stützte. Vendée wird daher verallgemeinert für konterrevolutionäre Strömungen gebraucht. 227 295 403

[202] *Anti-Corn-Law League* (*Anti-Korngesetz-Liga*) – eine freihändlerische Vereinigung, die 1838 von den Fabrikanten Cobden und Bright in Manchester gegründet wurde. Die sogenannten Korngesetze, die die Einschränkung bzw. das Verbot der Getreideeinfuhr aus dem Ausland zum Ziele hatten, waren in England im Jahre 1815 im Interesse der dortigen Großgrundbesitzer, der Landlords, eingeführt worden. Die Liga erhob die Forderung nach völliger Handelsfreiheit und kämpfte für die Abschaffung der Korngesetze mit dem Ziel, die Löhne der Arbeiter zu senken und die ökonomischen und politischen Positionen der Grundaristokratie zu schwächen. In ihrem Kampf gegen die Grundbesitzer versuchte die Liga, die Arbeitermassen auszunutzen. Aber gerade zu dieser Zeit schlugen die fortgeschrittensten Arbeiter Englands den Weg einer selbständigen politisch ausgeprägten Arbeiterbewegung (Chartismus) ein. Der Kampf zwischen der industriellen Bourgeoisie und der Grundaristokratie endete 1846 mit der Annahme der Bill über die Abschaffung der Korngesetze. Danach löste sich die Liga auf. 228 286

[203] Am 2. April 1848 verließ die republikanische Minderheit, geführt von Hecker und Struve, zum Zeichen des Protestes gegen die Politik der liberalen Mehrheit das Vorparlament (siehe Anm. 11). Die durch das Anwachsen der republikanischen Bewegung erschreckte Regierung von Baden nahm einen Beschluß über die Vergrößerung der Armeekontingente an, wandte sich um militärische Unterstützung an die benachbarten deutschen Staaten und verhaftete auf Grund einer Denunziation des Liberalen Mathy den Republikaner Fickler. Diese Maßnahmen der badischen Regierung lösten den republikanischen Aufstand am 12. April 1848 unter Führung der kleinbürgerlichen Demokraten Hecker und Struve aus. Ende April wurde der Aufstand, der von Anfang an schlecht vorbereitet und organisiert war, niedergeschlagen. 229

[204] „Kölnische Zeitung" Nr. 203 vom 21. Juli 1848. 233

[205] Heine, Zeitgedicht „An Georg Herwegh". 238

[206] In den meisten deutschen Staaten waren die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung indirekt, d.h. die wahlberechtigten Bürger wählten nur die sogenannten Wahlmänner, diese dann wiederum die Abgeordneten zur Nationalversammlung. Nach dem Gesetz vom 8. April 1848 (siehe Anm. 30) wurden auch die Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung auf diese Weise gewählt. 238

[207] Am 14. Juli 1848 gab der Heidelberger Senat bekannt, „daß nach Maßgabe des Gesetzes vom *26. Oktober 1833* der demokratische Studentenverein aufgelöst und sein Fortbestand verboten ist". Der Senat bezog sich dabei auf den Artikel 2 des erwähnten Gesetzes, in dem es heißt: „Die Teilnahme an verbotenen Vereinen wird mit bürgerlichem Gefängnis bis zu vier Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 25 Fl. bestraft, vorbehaltlich der höheren Strafe, wenn der Verein nach den Gesetzen als ein besonderes Vergehen oder Verbrechen erscheint." 239

[208] *Preußischer Preßgesetzentwurf* – der „Entwurf eines interimistischen Preßgesetzes" ist abgedruckt in der „Kölnischen Zeitung" Nr. 201 vom 19. Juli 1848, Erste Beilage. Die Hauptbestimmungen dieses Entwurfs erschienen außerdem in der „Neuen Rheinischen Zeitung" Nr. 47 vom 17. Juli 1848. 240

[209] In Homers „Odyssee" (10. Gesang) verwandelt die griechische Göttin Circe die Hälfte der Gefährten des Odysseus in Schweine. 246

[210] Heine, „Berg-Idylle", Gedicht aus „Die Harzreise". 249

[211] *Quadratur des Zirkels (Kreises)* – die unlösbare Aufgabe, zwecks Berechnung der Kreisfläche einen Kreis in ein vollkommen flächengleiches Quadrat zu verwandeln. 249

[212] Häng dich auf, Figaro! Du würdest das nicht ersonnen haben! – abgewandeltes Zitat aus Beaumarchais, „La folle journée, ou le mariage de Figaro" [Der tolle Tag oder die Hochzeit des Figaro], V. Akt, achte Szene. 251

[213] Im Juni 1848 fanden in Malmö (Schweden) Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dänischen und preußischen Bevollmächtigten statt. Es kam zu einem Abkommen, das zwar am 8. Juli vom preußischen König genehmigt, aber vom kommandierenden General Wrangel auf Grund der äußerst ungünstigen Bedingungen für die preußisch-deutsche Seite nicht unterzeichnet wurde. So kam dieses Projekt nicht zur Ausführung. Der eigentliche Waffenstillstand wurde erst am 26. August 1848 geschlossen (siehe Anm. 40 und 307). 252 253 256 386

[214] *„Faedrelandet“* – dänische Zeitung, die von 1834 bis 1839 in Kopenhagen wöchentlich, später täglich erschien; 1848 war sie das halbamtliche Organ der dänischen Regierung. 253 257

[215] *„allzeit Mehrer des Reichs“* – aus dem offiziellen Titel der deutschen Kaiser bis 1806: „von Gottes Gnaden Römischer Kaiser zu allen Zeiten Mehrer des Reichs“. 253

[216] *Schleswig-Holstein, meerumschlungen* – der Anfang eines 1844 gedichteten Liedes von Matthäus Friedrich Chemnitz. In diesem Lied wird mit kleinbürgerlich-nationaler Begeisterung die Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zu Deutschland und die Untrennbarkeit von Schleswig und Holstein hervorgehoben. 256 394

[217] *Sundzoll* – Geldabgabe, die von 1425 bis 1857 durch Dänemark von ausländischen Schiffen erhoben wurde, die durch den Sund fuhren. 258

[218] *„La Concordia“* – italienische bürgerlich-liberale Zeitung, die 1848/49 in Turin erschien. 260

[219] Der *Arbeiterkongreß*, der vom 23. August bis 3. September 1848 in Berlin tagte, war auf Initiative einer Reihe von Arbeiterorganisationen einberufen worden. Das unter Einfluß von Stefan Born zusammengestellte Programm des Kongresses stellte den Arbeitern die Verwirklichung einer Reihe sozialer Forderungen als Aufgabe und lenkte sie damit vom revolutionären politischen Kampf ab. Dieses Programm wurde in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ Nr. 31 vom 1. Juli 1848 ohne Kommentar in der Korrespondenz aus Berlin veröffentlicht. 260

[220] Der „Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ausschreibung einer Zwangs-Anleihe“ vom 10. Juli 1848 und seine Motivierung wurden der preußischen Nationalversammlung am 12. Juli 1848 vorgelegt. 262

[221] *Pfund Sterling* (pound sterling) – englische Währungseinheit, die in 20 shilling zu je 12 pence zerfällt; ein farthing ist die kleinste englische Münze im Werte von $^1/_4$ penny. 262

[222] [Isaac Pinto] „Traité de la circulation et du crédit“ [Abhandlung über Zirkulation und Kredit], Amsterdam 1771. 263

[223] Aus Freiligraths Gedicht „Trotz alledem“. 263 303

[224] *„gleitende Skala“* (sliding-scale) – ein in England während des Bestehens der Korngesetze angewandtes System zur Festsetzung der Getreidezölle, bei dem der Zoll bei steigendem Preis des Getreides auf dem inneren Markt fällt und bei sinkendem Preis steigt. 265

[225] Cervantes, „Die beispielhaften Novellen“, Novelle „Gespräch zwischen Cipion und Berganza, den Hunden des Auferstehungshospitals“. 266 270

[226] Abgewandeltes Zitat aus Heines Gedicht „Du hast Diamanten und Perlen“ aus dem Zyklus „Die Heimkehr“. 268 429

[227] Die preußische Regierung forderte den Provinziallandtag von Posen auf, sich zur Eingliederung des größten Teils des Großherzogtums Posen in den Deutschen Bund zu äußern. Die Ständeversammlung lehnte die Eingliederung am 6. April 1848 mit 26 gegen 17 Stimmen ab. 271 349

[228] Der *erste demokratische Kongreß* tagte vom 14. bis 17. Juni 1848 in Frankfurt am Main; auf ihm waren Delegierte von 89 demokratischen Vereinen und Arbeiterorganisationen aus 66 Städten Deutschlands vertreten. Der Kongreß erklärte auf Initiative der Arbeiterdelegierten die demokratische Republik als einzige für das deutsche Volk haltbare Verfassung. Es wurde die Zusammenfassung aller demokratischen Vereine, die Schaffung von Kreisausschüssen und eines sie anleitenden Zentralausschusses mit seinem Sitz in

Berlin beschlossen. Als Mitglieder des Zentralausschusses wurden Fröbel, Rau, Kriege, als ihre Vertreter Bairhoffer, Schütte und Anneke gewählt. Infolge der Schwäche und Unbeständigkeit der kleinbürgerlichen Führung blieb die demokratische Bewegung Deutschlands auch nach diesem Beschluß zersplittert und unorganisiert. Die Zusammenarbeit blieb der persönlichen Initiative der Führung der Vereine in den Städten und Kreisen überlassen. 276

[229] „Deutsche Zeitung" Nr. 206 vom 26. Juli 1848. 277

[230] Die gemäßigten bürgerlichen Elemente in Deutschland, Anhänger der konstitutionellen Monarchie, schlossen sich in konstitutionellen Vereinen und Klubs, an deren Spitze der Konstitutionelle Klub in Berlin stand, und in Bürgervereinen (siehe Anm. 74) zusammen. Die Preußenvereine wie auch das Organ der schwärzesten junkerlichen Konterrevolution – der Verein zum Schutze des Eigentums und der Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen – verkündeten ein reaktionäres, von preußischem Geist durchdrungenes Programm. In einer Reihe von Städten der Rheinprovinz existierten katholische Organisationen – Vereine Pius IX. (Piusvereine); sie verkündeten ein konstitutionelles Programm mit sozial-demagogischen Zusätzen. 277

[231] Der „Entwurf eines Gesetzes wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben" vom 10. Juli 1848 wurde am 11. Juli der preußischen Nationalversammlung zugeleitet; seine Motivierung erfolgte in der Sitzung vom 18. Juli 1848. 278 282

[232] Im Rheinland, wo der Einfluß der Französischen Revolution sehr stark war, wurden während der Herrschaft Napoleons I. die Feudalverhältnisse aufgehoben und nach 1815 nicht wiederhergestellt. Im übrigen Preußen dagegen blieben sie im wesentlichen bis 1848 erhalten. 278

[233] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput VIII. 278 352

[234] Das Wort *„ein kühner Griff"* ist in den Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung über die Schaffung einer Zentralgewalt in Deutschland im Jahre 1848 zuerst von dem Abgeordneten Mathy und dem Präsidenten Gagern gebraucht worden und wurde schnell populär. 279 414

[235] Nach dem 1834 in England angenommenen Armengesetz war als einzige Form der Hilfe für die Armen ihre Unterbringung in Arbeitshäusern mit Zuchthausregime gestattet; das Volk nannte diese Häuser *„Bastillen für die Armen"*. 284

[236] *Insurrektionen von 1839 und 1842* – im Jahre *1839* erlitt der von den Chartisten (siehe Anm. 60) vorbereitete *Aufstand in Wales* eine blutige Niederlage, da die Arbeiter durch Verrat zum vorzeitigen Losschlagen gezwungen worden waren. Im *August 1842* unternahmen die englischen Arbeiter auf Grund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der erneuten Ablehnung ihrer politischen Forderungen (Volkscharte) durch das Parlament in einer Reihe von Industriebezirken (Lancashire, Yorkshire u. a.) den Versuch, einen Generalstreik durchzuführen. Im Verlauf des Streiks kam es in einigen Orten zu bewaffneten Zusammenstößen mit Truppen und Polizei. Der Streik wurde jedoch keine allgemeine Aktion und endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Zahlreiche Führer der Chartistenbewegung wurden verhaftet. 285

[237] *„L'Union"* – Monatsschrift, die von Dezember 1843 bis September 1846 in Paris von einer Gruppe von Arbeitern herausgegeben wurde, die unter dem Einfluß der Ideen Saint-Simons stand.

„La Ruche populaire" – Monatszeitschrift für Arbeiter, die den utopischen Sozialismus vertrat; erschien von Dezember 1839 bis Dezember 1849 in Paris.

„La Fraternité de 1845" – monatlich erscheinendes Arbeiterjournal der babeufschen Richtung, das von Januar 1845 bis Februar 1848 in Paris herausgegeben wurde. 286

[238] Der Kampf um die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages auf 10 Stunden begann in England bereits Ende des 18. Jahrhunderts und erfaßte seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts breite Massen des Proletariats. Da die Vertreter der Feudalaristokratie bestrebt waren, diese populäre Losung in ihrem Kampf gegen die industrielle Bourgeoisie auszunutzen, setzten sie sich im Parlament für die Zehnstundenbill ein. Das Gesetz über den zehnstündigen Arbeitstag, das sich nur auf Jugendliche und Arbeiterinnen erstreckte, wurde am 8. Juni 1847 vom englischen Parlament angenommen. 287

[239] *Ceterum censeo* – die Anfangsworte eines Ausspruchs von Cato dem Älteren, mit dem er gewöhnlich alle seine Reden im Senat schloß: „Ceterum censeo, Carthaginem esse delendam" (Übrigens bin ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden muß). 292

[240] Gemeint ist die *„Frankfurter Oberpostamts-Zeitung"*, die von 1617 bis 1866 in Frankfurt am Main erschien. Während der Revolution 1848/49 war sie das Organ der provisorischen Zentralgewalt – des Reichsverwesers und des Reichsministeriums.

Das Zirkular Nesselrodes an die russischen Gesandten in den deutschen Staaten wurde von dieser Zeitung in Nr. 210 vom 28. Juli 1848 veröffentlicht. 293

[241] Am 25. Juni 1807 trafen Napoleon und Zar Alexander I. zum erstenmal auf einem überdachten Floß auf dem Njemen zusammen. Dieses Treffen, das ohne Zeugen stattfand, leitete die Friedensverhandlungen (Rußland hatte seit 1806 an der Koalition gegen Napoleon teilgenommen) und den Abschluß eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland ein. Im Friedensvertrag von Tilsit trat der Zar dem Kontinentalsystem bei, und mit seiner Zustimmung erhielt Napoleon große Teile der preußischen Monarchie; weitere preußische Gebiete mit 186 000 Einwohnern wurden an Rußland abgetreten. Auf dem Treffen in Erfurt vom 17. September bis 14. Oktober 1808 wurde das Bündnis zwischen Napoleon und dem Zaren erneuert. 294

[242] *Kalischer Proklamation* – ein „Aufruf an die Deutschen", der am 13. (25.) März 1813 in der Stadt Kalisch verfaßt wurde. Der russische Zar und der preußische König riefen die Deutschen zum Kampf gegen Napoleon auf und versprachen ihnen demagogisch Freiheit und Unabhängigkeit. 294

[243] Die *Heilige Allianz* war ein Bund der konterrevolutionären Mächte gegen alle fortschrittlichen Bewegungen in Europa. Sie wurde am 26. September 1815 auf Initiative des Zaren Alexander I. von den Siegern über Napoleon geschaffen. Ihr schlossen sich, neben Österreich und Preußen, fast alle europäischen Staaten an. Die Monarchen verpflichteten sich zur gegenseitigen Unterstützung bei der Unterdrückung von Revolutionen, wo immer sie ausbrechen sollten. 294 332

[244] Nach dem Zeugnis einiger Zeitgenossen wandte sich Nikolaus I., als er die Nachricht von der Februarrevolution 1848 in Frankreich erhielt, an die auf dem Hofball anwesenden Offiziere mit dem Ausruf: „Satteln Sie die Pferde, meine Herren! In Frankreich ist die Republik ausgerufen!" 295

[245] Anspielung auf die Flucht des Prinzen von Preußen nach England (siehe Anm. 58). 295

[246] Im Jahre 1772 erfolgte die erste Teilung Polens durch Preußen, Österreich und Rußland. 296

[247] *Polnische Revolution von 1830* – am 29. November 1830 brach in Warschau ein Aufstand gegen die zaristische Fremdherrschaft aus, dem sich viele polnische Bauern anschlossen, weil sie hofften, mit der nationalen auch die soziale und wirtschaftliche Freiheit zu errin-

gen. Die Führung des Aufstandes lag jedoch in den Händen des polnischen Adels, der nicht daran dachte, die Bauern zu befreien und ihnen Land zu geben, sondern nur seine bestehenden Rechte gegenüber dem Zaren bewahren wollte. Das unter Führung des polnischen Historikers Joachim Lelewel stehende demokratische Lager war zu schwach, um sich durchzusetzen. „Der Aufstand von 1830 war weder eine nationale Revolution (sie schloß drei Viertel von Polen aus) noch eine soziale oder politische Revolution: sie änderte nichts an der Lage des Volkes im Innern; sie war eine konservative Revolution" (Engels). Zur Unterdrückung des Aufstandes begann Zar Nikolaus I. Ende Januar 1831 den Krieg gegen Polen, der am 7. September 1831 mit dem Fall von Warschau beendet wurde. Durch den Aufstand wurde das zaristische Heer in Polen festgehalten und am beabsichtigten Eingreifen gegen die Revolution in Westeuropa gehindert. 297 325 333

[248] *Patente von 1847* – es handelt sich um das „Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend", die „Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtages" und die „Verordnung über die periodische Zusammenberufung des Vereinigten ständischen Ausschusses und dessen Befugnisse", alle drei vom 3. Februar 1847. In diesen Verordnungen berief sich der König auf die Gesetze über die Ständevertretungen, die in den zwanziger bis vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Preußen erlassen wurden, darunter auf die „Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände des Königreichs Preußen" vom 21. Juni 1842, auf deren Grundlage der König am 19. August die Ausschüsse sämtlicher Provinziallandtage zum 18. Oktober 1842 nach Berlin berief. Diese Berufung wurde ausdrücklich als eine Entwicklung der ständischen Institutionen, als ein Element der Staatseinheit dargestellt, obwohl man ängstlich bemüht war, die Befugnisse dieses Vereinigten ständischen Ausschusses aufs engste zu begrenzen. Aber selbst vor diesem zaghaften, völlig unzureichenden Schritt zu einer zentralen Ständevertretung hatten damals die russische und österreichische Regierung den preußischen König gewarnt. 297

[249] Im Juni 1848 wurde in der Walachei (Bukarest) nach der Flucht des Fürsten Bibesko von liberalen Kräften eine provisorische Regierung gebildet, welche eine Reihe bürgerliche Reformen und eine Verfassung nach europäischem Muster sowie ein Übereinkommen mit der Türkei anstrebte. Daraufhin überschritt am 10. Juli ein russisches Armeekorps den Pruth. Gleichzeitig gelang es der zaristischen Regierung, die Türkei zu bewegen, ebenfalls Truppen zur Unterdrückung der Befreiungsbewegung in dieses Gebiet zu entsenden. Im Verlauf des September besetzten türkische Truppen die Walachei und hielten in Bukarest blutige Abrechnung mit der Bevölkerung. In einem von dem türkischen Regierungskommissar Fuad Effendi veröffentlichten Manifest wurde die Notwendigkeit der Errichtung einer „Gesetzesordnung" und die „Beseitigung aller Folgen der Revolution" verkündet. 297 429 440

[250] Ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten (eine fast allgemeine Mißernte) und Katastrophen (Cholera und verheerende Brände) riefen im Frühjahr und Sommer 1848 in Rußland einen Aufschwung der Bauernbewegung, Cholera-„Unruhen" in Petersburg und Riga sowie Volksbewegungen in einigen Gouvernements (z.B. im Gouvernement Wladimir) hervor. Einer der wichtigsten Herde der revolutionären Gärung war in jener Zeit der russische Teil Polens, wo die Bewegung einen nationalen Charakter trug und durch den Aufstand im Großherzogtum Posen (siehe Anm. 52) gefördert wurde. 298

[251] *das ist der Welt Lauf* – Goethe, „Faust", Erster Teil, „Garten". 300

[252] *Indemnitätsbill* – im parlamentarischen Leben (besonders in England) die Entbindung des Ministeriums von der Verantwortlichkeit für einen eigenmächtig verfügten Staatsakt durch nachträgliche Einholung der Zustimmung des Parlaments. 304

[253] *geheimes Kabinett von Potsdam* – gemeint ist die reaktionäre Clique (die Brüder Gerlach, Radowitz u. a.), die den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. umgab. 304

[254] Die Rede Proudhons in der Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 31. Juli 1848 wird in diesem Artikel nach Korrespondentenberichten dargelegt und zitiert; ungekürzt wurde sie veröffentlicht in „Compte rendu des séances de l'Assemblée nationale" [Sitzungsprotokolle der Nationalversammlung], T. 2, Paris 1849. 305

[255] Unter der Redaktion Proudhons erschien von April bis August 1848 in Paris die Zeitung „Le Représentant du Peuple". Der zitierte Ausspruch ist in dem Leitartikel Proudhons in Nr. 96 vom 8. Juli 1848 enthalten. 306

[256] Eine eingehende Kritik der ökonomischen und philosophischen Anschauungen Proudhons gab Marx 1847 in der Arbeit „Das Elend der Philosophie" (siehe Band 4 unserer Ausgabe). 308

[257] *Dreschgärtner* – so wurden in einigen Gebieten Deutschlands, besonders in Schlesien, abhängige Bauern genannt, die vom Grundherrn eine Bodenparzelle mit einem Häuschen erhielten und für den Grundherrn gegen geringen Lohn in Geld- oder Naturalform überwiegend Druscharbeiten leisten mußten. 312

[258] *„Le Moniteur Belge"* – so hieß nach dem Vorbild des französischen Regierungsorgans eine belgische Tageszeitung, die 1831 als offizielles Organ in Brüssel gegründet wurde. 315 438

[259] Die Angaben über die Jugendkriminalität in Belgien sind dem 1848 in Brüssel erschienenen Buch „Mémoire sur l'organisation des écoles de réforme" [Denkschrift über die Organisation von Reformschulen] von Edouard Ducpetiaux entnommen. 316

[260] Die Angaben über die Ausfuhr Belgiens sind der Zeitung „Le Moniteur Belge" Nr. 213 vom 31. Juli 1848 entnommen. Da diese Unterlage zur Überprüfung nicht vorlag, blieben die bei der Gegenüberstellung der Zahlen auftretenden Differenzen unberücksichtigt. 317

[261] *Septembertagfeier* – traditionelle Feier in Belgien zu Ehren des Jahrestages seiner Unabhängigkeitserklärung 1830; an diesen Tagen werden große Volksfeste veranstaltet. 318

[262] *Die Vögel liebten ihn wie ihren Wohltäter* – [F. G. Benkert] „Joseph Bonavita Blank's... kurze Lebensbeschreibung", Würzburg 1819. 319

[263] Der Bericht Stenzels im Namen des völkerrechtlichen Ausschusses der Frankfurter Nationalversammlung, „die Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen in den Deutschen Bund ... betreffend", wurde am 24. Juli 1848 gegeben und ist mit der anschließenden Debatte abgedruckt in „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main", Bd. 2, Leipzig 1848. 320

[264] Mit der *preußischen Konstitution* meint Engels die mehrmaligen Versprechungen König Friedrich Wilhelms III., in Preußen eine Ständeverfassung einzuführen (siehe auch Anm. 13 und 51). 320

[265] Auf dem *Wiener Kongreß* (18. September 1814 bis 9. Juni 1815) trafen sich die Sieger über Napoleon I., um sich auf Kosten Frankreichs zu bereichern. Das Ziel des Kongresses war die Wiederherstellung des feudal-reaktionären Systems, das vor der Französischen Revolution bestand, sowie der Grenzen Frankreichs von 1792. England erhielt alle französischen Kolonien. Die Zersplitterung Deutschlands und Italiens, die Teilung Polens und die Unterjochung Ungarns blieben aufrechterhalten. 320

[266] *Wiener Verträge* – in den Verträgen, die von Rußland, Preußen und Österreich in Wien am 3. Mai 1815 unterschrieben worden waren, sowie in der Abschlußakte des Wiener

Kongresses vom 9. Juni 1815 war das Versprechen enthalten, in allen polnischen Provinzen Volksvertretungen und nationale staatliche Einrichtungen zu schaffen. In Posen kam es zur Einberufung einer Ständevertreter-Versammlung, die beratende Funktionen hatte. 325 362.

[267] *Mit Gott für König und Vaterland* – in einer Verordnung Friedrich Wilhelms III. vom 17. März 1813 über die Organisation der Landwehr heißt es: „Jeder Landwehrmann wird als solcher durch ein Kreuz von weißem Blech mit der *Inschrift ,Mit Gott für König und Vaterland'* bezeichnet." 325 337 386 414

[268] *Noch ist Polen nicht verloren* – Worte aus der polnischen Nationalhymne, die aus dem von Joseph Wybicki im Jahre 1797 gedichteten Dombrowski-Marsch entstand. 326 338

[269] Die *Konvention von Jaroslawiec* wurde am 11. April 1848 zwischen dem Posener Komitee und dem preußischen Kommissar General Willisen geschlossen (siehe auch Anm. 52). Diese Abmachung sah die Entwaffnung und Auflösung der polnischen aufständischen Abteilungen vor. Als Gegenleistung wurde den Polen die „nationale Reorganisation" Posens, d. h. die Aufstellung polnischer Truppen, Einsetzung von Polen in administrative und andere Ämter und die Einführung der polnischen Sprache als Amtssprache zugesichert. Die Konvention wurde jedoch durch die preußischen Behörden auf verräterische Art und Weise verletzt; die Vereinbarung mit den Aufständischen ausnutzend, rechneten die preußischen Truppen grausam mit der nationalen Befreiungsbewegung in Posen ab. 328

[270] In einer „Promemoria gegen den projectirten Anschluß des Großherzogthums Posen an Deutschland, mit beweisenden Beilagen an den völkerrechtlichen Ausschuß der deutschen Nationalversammlung von den unterschriebenen durch Vollmacht legitimirten Abgeordneten des polnischen National-Comité" heißt es: „Die polnischen Gutsbesitzer, Priester und Schullehrer sind ihres Lebens nicht mehr sicher und fliehen in das Ausland oder verstecken sich in den Wäldern; die katholischen Kirchen werden durch rohe Exzesse einer wütenden Soldateska entweiht und geplündert... Die Bromberger Regierung läßt, ohne Ansehen der Person, Polen mit 25–30 Prügeln bestrafen; zahlreiche Verhaftungen werden täglich vorgenommen; die Inhaftierten werden nach der Bekanntmachung des Generals von Steinäcker vom 31. Mai 1848 jeglicher Pflege ihrer Angehörigen, selbst in Kost und Wäsche, entzogen. Die Soldaten prügeln die Polen mit Ladestöcken, Kolben und Säbeln zu Tode, plündern und zerstören ihre Wohnsitze; der königliche Kommissarius denunziert der Lynchjustiz falsche Listen der polnischen Anführer des Aufstandes und fordert gegenseitig durch Geldprämien zu Denunziationen auf – die Polen sind, mit einem Worte, auf dem Boden ihrer Väter vogelfrei! Das ist die weitgerühmte Pazifikation des Großherzogtums Posen; das heißt man, die nationale Reorganisation unseres Vaterlandes vollziehen!!!" (abgedruckt in [Brodowski, Kraszewski, Potworowski] „Zur Beurtheilung der polnischen Frage im Großherzogthum Posen im Jahre 1848", Berlin [1848]). 328

[271] *Reunionskammern* (chambres de réunion) – von Ludwig XIV. in den Jahren 1679/80 eingesetzte Gerichte, die die Ansprüche Frankreichs auf diese oder jene Teile der Nachbarstaaten, vor allem am linken Rheinufer, juristisch und historisch begründen und als gerecht hinstellen mußten. Auf Grund der Urteile der Reunionskammern wurden diese Gebiete von französischen Truppen besetzt und Frankreich angeschlossen. 329 343

[272] *der letzte Heldenkrieg* – so nennt Engels ironisch den Krieg um Schleswig-Holstein gegen Dänemark im Jahre 1848 (siehe Anm. 40). 330

[273] Die *Polnische Konstitution vom 3. Mai 1791* brachte die Bestrebungen des progressivsten Teils des polnischen Adels und der städtischen Bourgeoisie zum Ausdruck; sie hob das liberum veto (das Prinzip der Einstimmigkeit in den Beschlüssen des Sejms) und die Wählbarkeit der Könige auf und führte eine dem Sejm verantwortliche Regierung ein. Die Verfassung verkündete die Unabhängigkeit der Städte von der feudalen Bevormundung und die rechtliche Gleichheit der Bauernschaft mit allen anderen Bürgern des polnischen Staates. Wenn die Konstitution auch nicht die ökonomische Befreiung der Bauern brachte, so erleichterte sie die Verhältnisse der Leibeigenschaft, indem die Gesetzeskraft der Loskaufverträge zwischen Gutsbesitzern und Bauern als unbedingt bindend anerkannt wurde und diese Verträge unter die Aufsicht des Staates stellte. Die Verfassung von 1791 beschränkte weitgehend die Macht der Aristokratie, richtete sich gegen die feudale Anarchie und festigte die Zentralmacht. Sie war nach der Verfassung der Französischen Republik die fortschrittlichste Verfassung Europas. Bereits in den Jahren 1792/93 wurde die polnische Verfassung durch das Eingreifen Katharinas II. von Rußland, die sich mit der polnischen Aristokratie verbündet hatte, wieder beseitigt. Dabei leistete ihr Preußen Hilfe, das seinen polnischen Bundesgenossen, mit dem es 1790 einen Vertrag geschlossen hatte, feige verriet. 333 336 354

[274] Der zahlenmäßig größte Teil der Frankfurter Nationalversammlung, das bürgerlichliberale Zentrum, zerfiel in zwei Fraktionen: das rechte Zentrum mit Dahlmann, Heinrich Gagern, Bassermann, Mathy, Mevissen, Schmerling u.a., und das linke Zentrum mit Mittermaier, Werner, Raveaux u.a. Die Mitglieder des Zentrums waren Anhänger der konstitutionellen Monarchie. 336

[275] Schiller, Gedicht „An die Freude". 337

[276] Gemäß einem Befehl des Reichskriegsministers Peucker vom 16. Juli 1848 mußten am 6. August 1848 die Truppen aller deutschen Staaten auf einer feierlichen Parade dem Reichsverweser Erzherzog Johann den Eid leisten. Friedrich Wilhelm IV., der selbst Ansprüche auf das Oberkommando der Streitkräfte des Deutschen Bundes erhob, verbot die für den 6. August angesetzte Truppenparade in Preußen. 341 364

[277] Das von Wilhelm Jordan 1845/46 in Leipzig herausgegebene Monatsjournal trägt den Titel „Die begriffene Welt. Blätter für wissenschaftliche Unterhaltung". 342

[278] *Schall und Rauch* – Goethe, „Faust", Erster Teil, „Marthens Garten". 346

[279] *Rodomont* – Engels gibt Lichnowski den Namen eines Helden aus Ariostos Poem „L'Orlando furioso" und kennzeichnet ihn damit als prahlerischen Schwätzer. 346

[280] *Sancho Pansa* – Gestalt aus Cervantes' Roman „Don Quijote". Sancho, der getreue Schildknappe Don Quijotes, würzte die Unterhaltungen ständig mit Sprichwörtern und stellte damit die Geduld seines Herrn auf manche harte Probe. 347

[281] Am 7. August 1848 sprach der Abgeordnete Brentano in der Sitzung der Frankfurter Nationalversammlung zugunsten eines Amnestieerlasses für die Teilnehmer am republikanischen Aufstand in Baden und ihren Führer Hecker. Die rechten Mitglieder der Versammlung störten Brentano zunächst in seiner Rede und zwangen ihn dann mit Gewalt, die Tribüne zu verlassen. 350

[282] *Artikel II, § 6 der „Grundrechte des deutschen Volkes"*, der von der Frankfurter Nationalversammlung am 2. August 1848 angenommen wurde, sah die Aufhebung aller Standesprivilegien und aller Titel vor, die nicht mit Ämtern verbunden waren. 351

[283] *Don Carlos* berief sich auf das Gesetz von 1713 über das Verbot der Thronfolge für die weibliche Linie, als er 1833 als Prätendent auf den spanischen Thron gegen die Tochter

König Ferdinands, Isabella, auftrat. *Lichnowski* nahm 1838 bis 1840 an dem von Don Carlos entfesselten Bürgerkrieg teil und erhielt den Rang eines Brigadegenerals. 352

[284] *Wasserpolacke* – ursprünglich Bezeichnung der Flößer auf der Oder, die meist oberschlesische Polen waren; später in Deutschland gebräuchlicher Spitzname für die Polen in Schlesien. 352 374

[285] Aus dem Gedicht „Des Deutschen Vaterland" von Ernst Moritz Arndt. 353

[286] Die *Albigenserkriege* wurden von 1209 bis 1229 von den Feudalherren Nordfrankreichs gemeinsam mit dem Papst gegen die „Ketzer" Südfrankreichs geführt, die den Namen Albigenser nach der südfranzösischen Stadt Albi erhielten. Die Albigenserbewegung war eine besondere Form der Opposition der Bürger und kleinen Ritterschaft gegen die katholische Kirche und den Feudalstaat. Die Kriege endeten 1229 mit der Angliederung der Provinz Languedoc an den Besitz der französischen Könige. 354

[287] In dem von Ruge zusammengestellten „Wahl-Manifest der radicalen Reformpartei für Deutschland" (April 1848) wird als Hauptaufgabe der Nationalversammlung die „Redaktion der Vernunft der Ereignisse" verkündet. 359 361

[288] *Rütlibund* – nach einer Schweizer Legende schworen sich 1307 in einer nächtlichen Zusammenkunft auf dem Rütli, einer Bergwiese am Urner See (Vierwaldstätter See), die Vertreter der drei Bergkantone Schwyz, Uri und Unterwalden Treue im gemeinsamen Kampf gegen die Herrschaft der Habsburger. 359

[289] Anwendung eines Ausdrucks von Heine, der bei einer Begegnung mit Ruge 1843 in ihm einen Menschen begrüßte, der „es versteht, Hegel ins Pommersche zu übersetzen". 360

[290] *des Pudels Kern* – Goethe, „Faust", Erster Teil, „Studierzimmer". 360

[291] *„Hallische Jahrbücher" und „Deutsche Jahrbücher"* – abgekürzte Bezeichnung für eine literarisch-philosophische Zeitschrift der Junghegelianer, die in der Form von Tagesblättern von Januar 1838 bis Juni 1841 unter dem Titel „Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst" und von Juli 1841 bis Januar 1843 unter dem Titel „Deutsche Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst" in Leipzig erschien. Bis Juni 1841 wurde die Zeitschrift von Ruge und Echtermeyer in Halle, ab Juli 1841 von Ruge in Dresden redigiert. 363

[292] Die *„Grundrechte des deutschen Volkes"* wurden von der Frankfurter Nationalversammlung als Teil der Verfassung ausgearbeitet. Der Artikel I, § 1, über das deutsche Reichsbürgerrecht wurde in der Sitzung vom 21. Juli 1848 in folgender Fassung angenommen: „Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in *jedem deutschen Lande* ausüben." 365

[293] Mozart, „Die Hochzeit des Figaro", Komische Oper in 4 Akten, Text von Lorenzo da Ponte, I. Akt, Cavatine (Figaro). 365

[294] Mit den *„Schwarzen"* meint Engels die jesuitischen Mönche, mit den *„Schwarz-Gelben"* – nach den Farben ihrer Staatsflagge – die Österreicher. 366

[295] *Carbonari* (Köhler) – geheime politische Gesellschaft in Italien, die Anfang des 19. Jahrhunderts gebildet wurde. Sie trat für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Italiens und freisinnige Staatsreformen ein. Die Carbonari bekämpften auf das entschiedenste die Reaktion in Italien seit 1815. In Neapel zählten sie Tausende von Mitgliedern und spielten bei der Revolution von 1820 eine wichtige Rolle. 367

[296] Aus dem Gedicht „Die Rose" von Freiligrath. 369

[297] Hier werden die Schlachten der Österreicher gegen die Franzosen in den Jahren 1792 bis 1809 aufgezählt, in denen die österreichische Armee Niederlagen erlitt: bei *Jemappes* am 6. November 1792, bei *Fleurus* am 26. Juni 1794, bei *Millesimo* am 13./14. April 1796, bei *Rivoli* am 14./15. Januar 1797, bei *Neuwied* am 18. April 1797, bei *Marengo* am 14. Juni 1800, bei *Hohenlinden* am 3. Dezember 1800, bei *Ulm* am 17. Oktober 1805, bei *Austerlitz* am 2. Dezember 1805, bei *Wagram* am 5./6. Juli 1809. 370

[298] *Sonderbund* – Separatbund von sieben ökonomisch rückständigen katholischen Schweizer Kantonen, der 1843 zum Zwecke des Widerstandes gegen fortschrittliche bürgerliche Umgestaltungen in der Schweiz und zur Verteidigung der Privilegien der Kirche und der Jesuiten geschlossen wurde. Der Beschluß des Schweizer Bundestages (Tagsatzung) im Juli 1847 über die Auflösung des Sonderbundes diente diesem als Anlaß, Anfang November militärische Aktionen gegen die übrigen Kantone zu beginnen. Am 23. November 1847 wurde die Armee des Sonderbundes von den Truppen der Bundesregierung geschlagen. (siehe hierzu auch Engels' Artikel „Der Schweizer Bürgerkrieg" in Band 4 unserer Ausgabe, S. 391–398). 370

[299] Die österreichische Armee unter Radetzky brachte den sardinisch-lombardischen Streitkräften am 25. Juli 1848 bei *Custozza* und am 27. Juli bei *Volta* Niederlagen bei; am 6. August 1848 nahm sie *Mailand* ein. 370

[300] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput VII. 371

[301] Am 21. August 1848 fanden in Berlin Volksversammlungen und Demonstrationen zum Zeichen des Protestes gegen den von Reaktionären organisierten Überfall auf Mitglieder des Demokratischen Klubs im damaligen Berliner Vorort Charlottenburg statt. Die Demonstranten, die den Rücktritt des Ministeriums Auerswald-Hansemann und die Bestrafung der Schuldigen an den Charlottenburger Ereignissen forderten, bewarfen das Gebäude, in dem sich Auerswald und andere Minister befanden, mit Steinen. Das „Ministerium der Tat" antwortete mit neuen Repressalien. Es wurde ein Aufruhrgesetz verkündet, das Versammlungen unter freiem Himmel nur noch mit polizeilicher Erlaubnis zuließ, bewaffnete Versammlungen und Umzüge verbot und die Staatsmacht zur Anwendung von Waffengewalt gegen Zusammenrottungen ermächtigte. 374

[302] Aus dem Gedicht „Der Freudenklang" von Ernst Moritz Arndt. 374

[303] Der sogenannte *Prozeß Risquons-Tout*, der vom 9. bis 30. August 1848 in Antwerpen stattfand, war von der Regierung des belgischen Königs Leopold zur Abrechnung mit den Demokraten inszeniert worden. Als Anlaß diente der Zusammenstoß der belgischen republikanischen Legion, die sich auf dem Wege von Frankreich in die Heimat befand, mit einer Abteilung belgischer Soldaten am 29. März 1848 bei dem Dörfchen Risquons-Tout unweit der französischen Grenze. 378

[304] *hoffnungsvolle Toren* – aus Goethes Gedicht „Prometheus". 378 465

[305] Die Weigerung der Kölner Behörden, Marx das preußische Staatsbürgerrecht zu verleihen, rief in den demokratischen Kreisen der Stadt Empörung hervor. Die Kölner Demokratische Gesellschaft entsandte eine Abordnung mit der Forderung, die Polizeimaßnahmen gegen Marx aufzuheben. Als Antwort auf den Einspruch von Marx beim preußischen Minister des Innern, Kühlwetter, bestätigte dieser am 12. September 1848 den Beschluß der Provinzialregierung in Köln. Diesen Umstand benutzte später die preußische Regierung, um Marx im Mai 1849 „... das Gastrecht, welches er so schmählich verletzt, zu entziehen" und ihn aus Preußen auszuweisen. Die Ausweisung von Marx und die

Repressalien gegen andere Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zwangen die Redaktion, am 19. Mai 1849 das Erscheinen der Zeitung einzustellen. 382 487

[306] Der Bundestag faßte am 30. März 1848 einen Beschluß, in dem u. a. festgelegt wurde, daß auf 70000 Wahlberechtigte ein Vertreter für die Nationalversammlung kommen soll; am 2. April 1848 übermittelte der Siebzehnerausschuß (siehe Anm. 12) dem Bundestag den Vorschlag, daß auf 50000 Wahlberechtigte ein Abgeordneter zu benennen ist und „die politischen Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder angetreten haben, wahlberechtigt und wählbar sind“. Der Bundestag stimmte am 7. April 1848 diesem Vorschlag zu (siehe „Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1848“, Frankfurt am Main). 383

[307] Der *Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark* wurde nach längeren Verhandlungen am 26. August 1848 in Malmö (Schweden) auf 7 Monate abgeschlossen. In dem Vertrag war festgelegt, daß Schleswig-Holstein eine von Preußen und Dänemark eingesetzte vorläufige Regierung erhalten soll und die schleswigschen von den holsteinischen Truppen getrennt werden. Durch die Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die revolutionär-demokratischen Errungenschaften in Schleswig-Holstein zunichte gemacht und die dänische Herrschaft über die beiden Herzogtümer faktisch aufrechterhalten. Damit hatte sich Preußen über die Absichten des Deutschen Bundes, in dessen Namen der Krieg geführt worden war, hinweggesetzt. Dennoch stimmte die Frankfurter Nationalversammlung nach anfänglicher Weigerung am 16. September 1848 diesen Waffenstillstandsbedingungen zu. Am nächsten Tag protestierten 20000 Demokraten auf der Pfingstweide bei Frankfurt am Main gegen diesen Beschluß. In Frankfurt selbst kam es am 18. September zu Barrikadenkämpfen gegen preußische und österreichische Truppen.

Der Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages und die darüber stattgefundene Debatte sind enthalten in „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main“, Bd. 3, Leipzig 1848. 386 393 408 410

[308] Am 3. August 1848 war es in der Festung Schweidnitz zu einem Feuerüberfall von Festungstruppen auf die Bürgerwehr gekommen, wobei 14 Bürger getötet wurden. Durch dieses immer reaktionärere Auftreten preußischer Truppen veranlaßt, nahm die preußische Nationalversammlung am 9. August, unter Einbeziehung einiger Abänderungsvorschläge einen *Antrag des Abgeordneten Stein* mit folgendem Wortlaut an: „Der Herr Kriegsminister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahingehend aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fernbleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Zivil vermeiden, sondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen, und es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Überzeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht machen, aus der Armee auszutreten.“ Der Kriegsminister Schreckenstein erließ trotz des Beschlusses der Versammlung keinen derartigen Befehl. Deshalb wiederholte Stein seinen Antrag in der Sitzung der Nationalversammlung vom 7. September; die Mehrheit der Abgeordneten schloß sich der Aufforderung an das Ministerium an, diesen Beschluß schnellstens auszuführen. Infolge dieses Abstimmungsergebnisses nahm das Ministerium Auerswald-Hansemann seinen Abschied. In der Zeit des folgenden Ministeriums Pfuel wurde der Befehl schließlich in abgeschwächter Form gegeben, blieb aber nur auf dem Papier. 390 403 404 420 431 447

[309] Bei der Verlesung des Protokolls der Sitzung der preußischen Nationalversammlung vom 7. September 1848 stellte der Schriftführer Geßler fest, daß bei der Bekanntgabe des Resultats der Abstimmung über den Steinschen Antrag ein Rechenfehler vorgekommen sei: Es hatten nicht 152 Abgeordnete mit „Nein" gestimmt, sondern nur 143, so daß sich die *Stimmenmehrheit gegen die Minister auf 76 erhöht.* 391

[310] Heine, „Deutschland. Ein Wintermärchen", Kaput XIX. 393 409

[311] *„Morgenbladet"* – norwegische Zeitung, die 1819 in Christiania (Oslo) gegründet wurde; in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts war sie das Organ der sogenannten Volkspartei. 394

[312] *10. August 1792* – Tag des revolutionären Volksaufstandes in Paris, der den Sturz der französischen Monarchie und die Einberufung des Nationalkonvents auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts zur Folge hatte.

Die *Girondisten,* Vertreter der Handels- und Industriebourgeoisie, wurden wegen ihres Versuchs, die Revolution zu beenden, in den Tagen vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1793 von dem revolutionärsten Teil der französischen Bourgeoisie, der Partei der Jakobiner, gestürzt. 397

[313] Der zweite, dritte und vierte Artikel dieser Serie trägt in der „Neuen Rheinischen Zeitung" den Titel „Die Krisis". 398

[314] Am *26. Juli 1830* wurden die königlichen Erlasse (Ordonnanzen) veröffentlicht, die in Frankreich die Preßfreiheit aufhoben, die Kammer als aufgelöst erklärten und das Wahlgesetz abänderten, in dem sie die Wählerzahl um drei Viertel verringerten. Diese außerordentlichen Maßnahmen der Regierung Karls X. waren der Anlaß für die bürgerliche Revolution 1830 in Frankreich, die am *29. Juli* die Bourbonenherrschaft beseitigte.

Am *24. Februar 1848* wurde die Monarchie Louis-Philippes in Frankreich gestürzt. 400 401

[315] In seiner Botschaft vom 10. September 1848 erklärte sich Friedrich Wilhelm IV. mit der Meinung der Minister einverstanden, daß der Beschluß der preußischen Nationalversammlung vom 7. September 1848 (siehe Anm. 308) eine Verletzung des „Prinzips der konstitutionellen Monarchie" darstelle, und billigte den Beschluß des Ministeriums Auerswald-Hansemann, zum Zeichen des Protestes gegen diese Handlungsweise der Versammlung zurückzutreten. 401

[316] *Militärrevolte in Potsdam und Nauen* – am 13. September empörten sich das 1. und das 2. Garderegiment in Potsdam gegen die Willkürmaßregeln ihrer Offiziere. Der Hauptgrund war die Beschlagnahme einer Dankadresse an den Abgeordneten Stein und die preußische Nationalversammlung für den Beschluß vom 7. September (siehe Anm. 308) durch die Offiziere. Es kam bis zum Bau von Barrikaden durch die Soldaten.

In Nauen hatten sich am 10. September die dort stationierten Gardekürassiere geweigert, auf Befehl ihrer Offiziere gegen die Bürgerschaft vorzugehen. 404

[317] Dieser Ausdruck wird hier analog zu der Antwort Friedrich Wilhelms IV. vom 10. September 1848 auf das Rücktrittsgesuch der Minister angewandt. Mit den Motiven des Rücktritts einverstanden, schlug der König den Ministern vor, ihre Ämter noch bis zur Ernennung eines neuen Ministeriums zu verwalten (siehe auch Anm. 315). 405

[318] *„Vossische Zeitung"* – so nannte man nach ihrem Besitzer eine Berliner Tageszeitung, die 1751 in den Besitz von Christian Friedrich Voß übergegangen war und seit 1785 unter dem Titel „Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen"

erschien. In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts nahm die Zeitung eine gemäßigt-liberale Haltung ein. 405

[319] *„Spenersche Zeitung"* – so wurde nach dem Namen ihres Herausgebers die Tageszeitung „Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen" genannt, die in Berlin von 1740 bis 1874 erschien. Während der Revolution 1848/49 nahm die Zeitung eine konstitutionell-monarchistische Haltung ein. 405

[320] Worte Cromwells, als er die Überreste des Langen Parlaments (siehe Anm. 187) am 20. April 1653 auseinanderjagte. 408

[321] Der erste Artikel dieser Serie hat keine Überschrift, da er in der Beilage zur „Neuen Rheinischen Zeitung" abgedruckt wurde, die kein Titelverzeichnis der veröffentlichten Artikel führte. 410

[322] *das Krähen des gallischen Hahnes* – in der von Heinrich Heine im März 1831 verfaßten Einleitung zu der Schrift „Kahldorf über den Adel, in Briefen an den Grafen M. von Moltke" heißt es in Hinblick auf die französische Revolution von 1830: „Der gallische Hahn hat jetzt zum zweiten Male gekräht, und auch in Deutschland wird es Tag." 411

[323] Nach dem Erlaß Friedrich Wilhelms IV. vom 21. September 1848 wurde das *Ministerium Pfuel* in folgender Zusammensetzung gebildet: v. Pfuel, Ministerpräsident; Eichmann, Minister des Innern; v. Bonin, Finanzminister; Graf von Dönhoff, Minister des Äußern; Müller, Justizminister. Es war ein Ministerium von reaktionären Beamten und Offizieren, das zum Schein den Wünschen der Nationalversammlung entgegenkam, unterdessen aber offen die Kräfte der Konterrevolution organisierte. Nach dem Fall von Wien wurde das Ministerium Pfuel am 8. November durch das Ministerium des Grafen von Brandenburg ersetzt, das den konterrevolutionären Staatsstreich (Belagerungszustand in Berlin, Auflösung der Bürgerwehr und der Nationalversammlung) durchführte. 414 420 422

[324] *Wühler* nannten 1848/49 in Deutschland die bürgerlichen Konstitutionellen die republikanischen Demokraten, die ihrerseits ihre Gegner als *Heuler* bezeichneten. 414

[325] Aus Furcht vor dem Aufschwung der revolutionär-demokratischen Bewegung wurde am 26. September 1848 „zum Schutze der Persönlichkeit und des Eigentums" der Belagerungszustand über Köln verhängt. Ein Befehl der Militärkommandantur verbot die Durchführung von Versammlungen und die Tätigkeit aller Vereine zu „politischen und sozialen Zwecken"; die Bürgerwehr wurde aufgelöst und mußte die Waffen abgeben, Kriegsgerichte wurden eingeführt und das Erscheinen der „Neuen Rheinischen Zeitung" und anderer demokratischer Zeitungen untersagt. 415

[326] *„Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten"* – revolutionär-demokratische Zeitung, die vom 10. September 1848 bis 14. Juni 1849 in Köln von Anneke und Beust herausgegeben wurde. Die Zeitung stellte sich die Aufgabe, unter dem werktätigen Volk in der Stadt und auf dem Lande sowie in der Armee revolutionäre Propaganda in allgemeinverständlicher Form zu betreiben. 415

[327] Die *„Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Köln"* erschien von April bis Juli 1848 unter der Redaktion von Gottschalk, dann bis Oktober 1848 unter Moll und Schapper. In diesem Zeitraum wurden 40 Nummern herausgegeben. Danach wurde der bisherige Untertitel „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit" zum Namen der Zeitung. Unter diesem Titel erschienen von Oktober 1848 bis Juni 1849 noch weitere 23 Nummern. In der Zeitung wurde über die Tätigkeit des Kölner Arbeitervereins und anderer Arbeitervereine der Rheinprovinz berichtet. 415

[328] *„Der Wächter am Rhein"* – demokratische Zeitung, die 1848/49 unter der Redaktion von Kramer in Köln erschien. In dieser Zeitung wurden u. a. die Berichte über die Versammlungen der Kölner Demokratischen Gesellschaft veröffentlicht. 415

[329] Zu Beginn des Volksaufstandes in Wien floh der österreichische Kaiser am 7. Oktober 1848 nach Olmütz. Auch die Mehrheit der tschechischen Deputierten des österreichischen Reichstages, die der tschechischen national-liberalen Partei angehörten, verließ Wien und floh nach Prag. 417

[330] Heine, „Der Tannhäuser", Kaput 3. 417

[331] Der Abgeordnete der preußischen Nationalversammlung *d'Ester* verlangte in der Sitzung vom 29. September 1848 von der Regierung, den Belagerungszustand in Köln aufzuheben und die Kölner Kommandantur für ihre ungesetzlichen Handlungen zur Verantwortung zu ziehen. 419

[332] Einige konterrevolutionär gestimmte Bourgeois Kölns (Stupp, Ammon u.a.) wandten sich am 2. Oktober 1848 mit einer Adresse an die preußische Nationalversammlung, in der sie erklärten, der von den Abgeordneten der Rheinprovinz Borchardt und Kyll unterstützte Antrag d'Esters über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Köln würde „eine allgemeine Entrüstung hervorgerufen haben, während die militärischen Maßregeln die völlige Billigung der Bürgerschaft gefunden hätten". Die „Kölnische Zeitung" mußte jedoch zugeben, daß gleichzeitig eine Adresse Kölner Bürger verbreitet wurde, die den Antrag des Abgeordneten d'Ester unterstützte. 419

[333] Der *Kölner Arbeiterverein* wurde am 13. April 1848 von dem Mitglied der Kölner Gemeinde des Bundes der Kommunisten Gottschalk gegründet. Der Verein, der Mitte April ungefähr 300 Mitglieder zählte, war Anfang Mai bereits auf 5000 Mitglieder angewachsen, deren Mehrheit Arbeiter und Handwerker waren. An der Spitze des Vereins stand ein Präsident und ein Komitee, dem Vertreter verschiedener Berufe angehörten. Das Presseorgan des Vereins war die „Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Köln" und ab 26. Oktober 1848 die Zeitung „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit" (siehe auch Anm. 327). Der Kölner Arbeiterverein besaß in der Stadt eine Reihe von Filialen. Nach der Verhaftung Gottschalks wurde am 6. Juli Moll zum Präsidenten gewählt, der dieses Amt bis zu den Septemberereignissen in Köln innehatte und dann infolge der drohenden Verhaftung emigrieren mußte. Am 16. Oktober 1848 übernahm Marx auf Bitten der Arbeiter vorübergehend die Präsidentschaft, ihm folgte am 28. Februar 1849 Schapper, der diese Funktion bis Ende Mai 1849 bekleidete. Die meisten Führer des Arbeitervereins (Gottschalk, Anneke, Schapper, Moll, Leßner, Jansen, Röser, Nothjung, Bedorf) waren Mitglieder des Bundes der Kommunisten.

In seiner Anfangsperiode befand sich der Arbeiterverein unter dem Einfluß Gottschalks, der – im Geiste der „wahren" Sozialisten – die historischen Aufgaben des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution ignorierte, die sektiererische Taktik des Boykotts der indirekten Wahlen zur gesamtdeutschen und preußischen Nationalversammlung verfolgte und gegen die Unterstützung der demokratischen Kandidaten in den Wahlen auftrat. Ultralinke Phrasen verbanden sich bei Gottschalk mit sehr gemäßigten Kampfmethoden (Überreichung von Petitionen im Namen der Arbeiter an die Regierung und Stadtbehörde, alleinige Orientierung auf „gesetzliche" Kampfformen, Unterstützung einer Reihe Forderungen rückständiger, von zünftlerischen Vorurteilen angesteckter Arbeiter usw.). Diese sektiererische Politik Gottschalks stieß von Anfang an auf den Widerstand vieler Mitglieder des Vereins, welche die taktische Linie

von Marx und Engels unterstützten. Unter ihrem Einfluß kam es Ende Juni 1848 zu einem Umschwung in der Tätigkeit des Kölner Arbeitervereins. Im Herbst 1848 wurde eine breite Agitationsarbeit – auch unter den Bauern – entwickelt. Die Vereinsmitglieder organisierten in der Umgebung von Köln demokratische und Arbeitervereine, verbreiteten revolutionäre Literatur, darunter die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" (siehe Anm. 1). Der Verein unterhielt enge Beziehungen zu anderen Arbeitervereinen der Rheinprovinz und Westfalens.

Im Winter 1848/49 führten Gottschalk und seine Anhänger einen erbitterten Kampf, der auf die Spaltung des Kölner Arbeitervereins gerichtet war. In der von ihnen seit Januar 1849 herausgegebenen Zeitung „Freiheit, Arbeit" traten sie mit heftigen Angriffen und böswilligen Verleumdungen gegen Marx und die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" auf. Diese spalterische Tätigkeit fand jedoch keine Unterstützung bei der Mehrheit der Vereinsmitglieder. Mit dem Ziel der Festigung des Vereins führten Marx, Schapper und andere Führer im Januar und Februar 1849 seine Reorganisation durch. Am 25. Februar wurde ein neues Statut angenommen, in dem als Hauptaufgabe des Vereins „die Ausbildung der Mitglieder in politischer, sozialer und wissenschaftlicher Beziehung durch Anschaffung von Büchern, Zeitungen, Flugschriften und durch wissenschaftliche Vorträge und Besprechungen" festgelegt wurde. Im April 1849 faßte das Komitee des Arbeitervereins den Beschluß, in den Sitzungen des Vereins die in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlichte Abhandlung „Lohnarbeit und Kapital" von Marx zu diskutieren.

Die von den Arbeitern im Verlauf der Revolution gewonnene politische Erfahrung, ihre Enttäuschung über die schwankende Politik der kleinbürgerlichen Demokraten – das alles gestattete Marx und Engels, im Frühjahr 1849 praktische Vorbereitungen für die Schaffung einer proletarischen Partei in Angriff zu nehmen. In Verbindung hiermit brachen Marx und seine Anhänger organisatorisch mit der kleinbürgerlichen Demokratie, ohne gemeinsame Kampfaktionen gegen die angreifende Konterrevolution abzulehnen. Am 16. April 1849 beschloß der Kölner Arbeiterverein, aus der Vereinigung demokratischer Vereine Deutschlands auszutreten und sich der Vereinigung deutscher Arbeitervereine in Leipzig anzuschließen. Am 6. Mai 1849 fand ein Kongreß der Arbeitervereine der Rheinprovinz und Westfalens statt.

Die damaligen Verhältnisse in Deutschland (Erstarken der Konterrevolution und die damit verbundene Verschärfung der polizeilichen Repressalien) hinderten jedoch den Kölner Arbeiterverein bei seiner Tätigkeit zum Zusammenschluß und zur Organisierung der Arbeitermassen. Nachdem die „Neue Rheinische Zeitung" ihr Erscheinen einstellen mußte und Marx, Schapper und andere Führer des Arbeitervereins aus Köln abgereist waren, verlor dieser immer mehr seinen politischen Charakter und verwandelte sich allmählich in einen gewöhnlichen Arbeiterbildungsverein. 419

[334] Der kommandierende General des Brandenburger Wehrbezirks, Wrangel, erließ am 17. September 1848 einen Armeebefehl, der zeigte, daß die preußische Militärclique beabsichtigte, zum offenen Angriff auf die Errungenschaften der Revolution überzugehen. Wrangel betont darin, daß es seine Aufgabe sei, „die öffentliche Ruhe" aufrechtzuerhalten, und droht den „Elementen, welche zur Ungesetzlichkeit verführen wollen". Der Befehl schließt mit der Aufforderung an die Soldaten, sich fest um ihre Offiziere und den König zu scharen. 420

[335] Aus dem Artikel „Die Barrikaden in Köln", der in der „Kölnischen Zeitung" Nr. 268 vom 30. September 1848 veröffentlicht wurde. 421

[336] *„Acta Sanctorum"* (Taten der Heiligen) – eine Sammlung katholischer Heiligenlegenden, die von Jean Bolland begonnen und von Jesuitengelehrten fortgesetzt wurde. 421

[337] *Neuchâtel* (auch Neufchâtel) – französische Bezeichnung für den Schweizer Kanton Neuenburg, der aus dem ehemaligen Fürstentum Neuenburg und Valendis gebildet wurde. Auf Beschluß des Wiener Kongresses wurde Neuchâtel als unteilbarer und von der preußischen Monarchie völlig abgesonderter Staat dem König von Preußen zugesprochen und als 21. Kanton in die Eidgenossenschaft aufgenommen. 1831 wurde ein Versuch der Republikaner in Neuchâtel, durch einen Aufstand eine Umgestaltung der Verfassung und die völlige Trennung von Preußen zu erzwingen, durch den Bevollmächtigten des preußischen Königs, Generalmajor von Pfuel, mit großer Härte unterdrückt. Pfuel wurde danach als preußischer Gouverneur für Neuchâtel eingesetzt. Unmittelbar nach der Februarrevolution 1848 brach erneut ein republikanischer Aufstand aus. Es wurde eine provisorische Regierung gebildet, Neuchâtel zur Republik erklärt und der Herrschaft Preußens faktisch ein Ende gesetzt. Im Jahre 1857 mußte der preußische König offiziell auf seine Ansprüche auf Neuchâtel verzichten. 422

[338] Shakespeare, „König Heinrich der Vierte", Zweiter Teil, III. Aufzug, zweite Szene. 422

[339] Die Arbeit von Thiers erschien in der Zeitung „Le Constitutionnel" von September bis Oktober 1848 und später als Einzelbroschüre unter dem Titel „De la propriété" [Über das Eigentum], Paris 1848. 423

[340] Die Rede von Thiers, in welcher er auf den Vorschlag des Deputierten Turck zur Errichtung einer allgemeinen Hypothekenbank mit Zwangskurs antwortet, wurde in der Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 10. Oktober 1848 gehalten und ist abgedruckt in „Compte rendu des séances de l'Assemblée nationale" [Sitzungsprotokolle der Nationalversammlung], T. 4, Paris 1849. 423

[341] O.-J.-A. Mathieu de Dombasle, „Annales agricoles de Roville, ou mélanges d'agriculture, d'économie rurale et de législation agricole" [Landwirtschaftliche Annalen von Roville oder verschiedene Materialien über die Landwirtschaft, über die landwirtschaftliche Ökonomik und über die Gesetzgebung betreffs der Landwirtschaft], Paris 1824–1837. 425

[342] Die *Mainzer Zentrale Immediatkommission* wurde auf Beschluß der Konferenz der deutschen Staaten in Karlsbad 1819 zur Untersuchung „demagogischer Umtriebe", d. h. zur Unterdrückung der oppositionellen Bewegung in Deutschland, gegründet. Die Mainzer Kommission, deren Mitglieder von den einzelnen Regierungen der deutschen Staaten ernannt wurden, konnte unmittelbar (immediat) und unabhängig vom Bundestag Untersuchungen und Verhaftungen in allen Staaten des Deutschen Bundes durchführen. 428

[343] Es handelt sich um das von der Frankfurter Nationalversammlung am 9. Oktober 1848 angenommene „Gesetz, betreffend den Schutz der constituirenden Reichsversammlung und der Beamten der Centralgewalt", nach dem Beleidigungen von Deputierten der Nationalversammlung oder von Beamten der Zentralgewalt mit Gefängnis bestraft wurden. Dieses Gesetz war eine der Repressivmaßnahmen, die nach dem Septemberaufstand in Frankfurt von der Mehrheit der Nationalversammlung und von der Reichsregierung gegen die Volksmassen ergriffen wurden. 429

[344] Anspielung auf die Bibelstelle „Seine Schenkel waren Eisen, seine Füße waren eines Theils Eisen und eines Theils Thon" (Daniel, Kapitel 2, 33). 430

[345] *Davenantsche ökonomische Tabelle* – aus dem anonym erschienenen, von Charles Davenant verfaßten Buch „An Essay upon the Probable Methods of making a People Gainers in the

Ballance of Trade" [Eine Abhandlung über die möglichen Methoden, ein Volk in der Handelsbilanz zu Gewinnern zu machen], London 1700. 432

[346] *Amnestieprojekt der äußersten Linken* – in der Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 16. Oktober 1848 legten Abgeordnete der äußersten Linken den Entwurf eines Amnestiegesetzes für alle politischen Gefangenen vor; darin war die Aufhebung aller Freiheits- und Geldstrafen sowie die Rückerstattung bereits bezahlter Geldbußen vorgesehen. 433

[347] „*La Presse*" Nr. 4499 vom 19. Oktober 1848. 435

[348] „*Mailänder Zeitung*" – die italienische Zeitung „Gazetta di Milano" erschien von 1816 bis 1875 und war bis zum Ende der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts das offizielle Organ der österreichischen Behörden in Norditalien. 442

[349] Die kleinbürgerlichen Demokraten Herwegh, Bornstedt u.a., Führer der in Paris nach der Februarrevolution gegründeten Deutschen demokratischen Gesellschaft, agitierten für die Bildung einer Freiwilligenlegion deutscher Emigranten. Sie wollten auf dem Wege einer bewaffneten Intervention in Deutschland die Revolution auslösen und die republikanische Ordnung aufrichten. Marx und Engels traten entschieden gegen dieses abenteuerliche Unternehmen auf (siehe auch Anm. 2). Nach dem Grenzübergang wurde die Legion Herweghs im April 1848 auf badischem Gebiet durch die Truppen süddeutscher Staaten zerschlagen. 443

[350] „*Deutsche Volkszeitung*" – demokratische Tageszeitung, die in Mannheim im April 1848 unter der Redaktion von Fröbel und Pelz und der Mitarbeit von Struwe, Hecker, Herwegh, Ruge u.a. erschien. In der Nummer vom 17. April brachte eine Korrespondenz aus Paris die ablehnende Haltung der deutschen Kommunisten gegenüber dem Unternehmen Herweghs zum Ausdruck. 443

[351] Der *zweite demokratische Kongreß* tagte vom 26. bis 30. Oktober 1848 in Berlin. Auf diesem Kongreß wurden die Prinzipien der Konstitution erörtert, die Deklaration der Menschenrechte angenommen und der Zentralausschuß in neuer Zusammensetzung gewählt (d'Ester, Reichenbach, Hexamer). Als Berichterstatter der Kommission für die Lösung sozialer Fragen trat Beust aus Köln mit einem Programm auf, das sich eng an die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" anlehnte (siehe auch Anm. 1). Die unterschiedliche soziale Zusammensetzung der Delegierten führte in den wichtigsten Fragen zu Meinungsverschiedenheiten, die in den gegensätzlichen Auffassungen der Arbeiter und der bürgerlichen Demokraten begründet lagen. Da die bürgerlichen Demokraten auf dem Kongreß das Übergewicht besaßen, beschränkte man sich auf die Ausarbeitung unfruchtbarer, widersprüchlicher Resolutionen, anstatt wirksame Maßnahmen für die Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die Konterrevolution zu ergreifen. 445 502

[352] Anspielung auf die vorhergehende politische Tätigkeit Brüggemanns, der infolge seiner Teilnahme an der oppositionellen Studentenbewegung und seines Eintretens für die Preßfreiheit anläßlich des Hambacher Festes (1832) wegen „Hochverrats" zum Tode verurteilt worden war; diese Strafe wurde später in lebenslängliche Gefängnishaft umgewandelt und durch die Amnestie von 1840 aufgehoben. 452

[353] „*Breslauer Zeitung*" – 1820 in Breslau gegründet; vertrat in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine bürgerlich-liberale Richtung. 452

[354] In der „Neuen Rheinischen Zeitung" folgen die Korrespondenzen-Nachdrucke aus dem „Preußischen Staats-Anzeiger", der „Breslauer Zeitung" und der „Allgemeinen Oder-Zeitung". 452

[355] *Slovanská Lípa* – tschechische nationale Gesellschaft, im April 1848 gegründet. In Prag lag die Führung der Gesellschaft in den Händen von Liberalen (Šafařík, Gauč), die nach dem Prager Aufstand in das Lager der Konterrevolution übergingen, während in den Provinzfilialen zu dieser Zeit vorwiegend Vertreter der radikalen tschechischen Bourgeoisie die führende Rolle spielten. 453

[356] *kaiserlicher Schinderhannes* – Bezeichnung für *Windischgrätz*. Schinderhannes nannte man den Räuberhauptmann Johann Bückler, der Ende des 18. bis Anfang des 19. Jahrhunderts in Rheinhessen lebte. 453

[357] *Koblenz* war während der Französischen Revolution das Zentrum der konterrevolutionären Emigration. 453

[358] Die *Akademische Legion* bestand aus Universitätsstudenten und war die radikalste der bürgerlichen militärischen Organisationen. 455

[359] Friedrich Engels' Reisebericht „Von Paris nach Bern" wird nach dem unvollendet gebliebenen Manuskript wiedergegeben; er wurde zum erstenmal in der Zeitschrift „Die Neue Zeit", 17. Jahrgang, 1898/99, 1. Bd., Nr. 1 und 2, veröffentlicht. Der von Engels im Herbst 1848 unternommenen Reise gingen folgende Ereignisse voraus: Am 26. September 1848 wurde über Köln der Belagerungszustand verhängt und der Befehl zur Verhaftung einiger Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung" gegeben, unter denen sich auch Engels befand (siehe vorl. Band, S. 499). Engels emigrierte nach Belgien; dort verhaftete ihn die Brüsseler Polizei am 4. Oktober und wies ihn aus Belgien aus. Einen Tag später traf Engels in Paris ein, und nach kurzem Aufenthalt begab er sich zu Fuß in die Schweiz. Über Genf und Lausanne gelangte er etwa am 9. November nach Bern, wo er sich vorübergehend niederließ. Seine Reisenotizen begann Engels in Genf zu schreiben; dies geht aus dem ursprünglichen Titel des Manuskripts „Von Paris bis Genf" hervor. Die ethnographischen Angaben und Zeichnungen, die sich auf den dem Manuskript beigefügten Skizzen der Marschroute (siehe auch Anm. 360) befinden, lassen annehmen, daß Engels die Arbeit an dem Reisebericht abbrach, um auf Ersuchen von Marx den Artikel „Der magyarische Kampf" (siehe Band 6 unserer Ausgabe) zu schreiben. 463

[360] Dem Manuskript „Von Paris nach Bern" sind zwei Blätter beigefügt, auf denen Engels in fünf kartographischen Skizzen seine Reiseroute von Auxerre (Frankreich) bis Le Locle (Schweiz) dargestellt hat.

Auf dem *ersten Blatt* befinden sich folgende Angaben (Bezeichnungen, die von Engels durchgestrichen wurden, sind in spitze Klammern, ungenaue Ortsbezeichnungen auf den Skizzen in eckige Klammern gesetzt):

1. Marschroute von *Auxerre nach Châlon:*
„Auxerre – St. Bris – Vermanton – Pont aux Alouette – Lucy le Bois – Avallon – ⟨Rouvray⟩ – Saulieu – ⟨nach Dijon⟩ – Champeau [Chanteaux] – Rouvray – nach Dijon – Arnay-le-Duc – Château – (langes Dorf) – wo ich in die Post ging – Kohlenbergwerk – Kneipe – schönes Tal, Wein – ditto – Chagny – Châlon"

2. Marschroute von *Beaufort nach Genf:*
„Beaufort – Orgelet – Aire – Moyrans – Pt. du Lizon [Pt. d'Ison] – St. Claude – La Mure [La Meure] – Mijoux – Gex – Ferney – Succony – Genève"

Außerdem befinden sich auf dem Blatt einige Zeichnungen, und zwar ein Reiter in ungarischer Uniform und drei Köpfe. Daneben stehen folgende Aufzeichnungen:

Tschechen	Kroaten	Serben	Polen
Mähren	Illyrier	Bosniaken	Ruthenen
Slowaken	Slavonen	Bulgaren	

Auf dem *zweiten Blatt* ist folgendes verzeichnet:

1. Marschroute von *Auxerre nach Genf:*
„Auxerre – St. Bris – Vermanton – Pont aux Alouette – Lucy le Bois – Avallon – ⟨Rouvray⟩ – Saulieu – Arnay-le-Duc – langes Dorf – Yvery – La Cange – Chagny – Châlon – St. Marcel – Louhans – Beaufort – Orgelet – Aire – Moyrans – zwei Berge – Pt. du Lizon [Pt. d'Ison] – St. Claude – La Mure [La Meure] – Mijoux – Gex – Genf“

2. Marschroute von *Moyrans nach St. Claude:*
„Moyrans – Mühlen – Pt. du Lizon [Pt. d'Ison] – St. Claude“

3. Marschroute von *Genf nach Le Locle:*
„Genf – Bellerive – Coppet – Nyon – Rolle – Aubonne – Morges – Cossonay – La Sarraz – Orbe – Yverdon – St. Croix – Fleurier – Travers – Le Ponto – Le Locle“. Illustrationen gegenüber S. 464.

[361] *„Chant du départ“* (Marschlied) – ein bekanntes revolutionäres Lied aus der Französischen Revolution, das auch später in den demokratischen Kreisen Frankreichs außerordentlich populär war. 465

[362] Weber, Oper „Euryanthe“, Text von Helmina von Chezy, Cavatine (Adolar). 468

[363] Im Herbst 1793 nahm der Konvent zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung in den Städten, die besonders unter der Teuerung zu leiden hatte, ein *Dekret über das allgemeine Maximum* an, in welchem die Höchstpreise der Waren, vor allem der Lebensmittel, festgesetzt wurden. Das Gesetz bedrohte die *Akkapareurs* (Wucherer) bei Überschreitung der Höchstpreise mit den schwersten Strafen bis zur Todesstrafe. 472

[364] Diese Redewendung benutzt Engels, um die eigenartige Betonung des naiv-breiten Burgunder Dialekts zu zeigen. Entsprechend dem Vergleich von Engels mit dem österreichisch-bayrischen Dialekt in der deutschen Sprache kann man sie etwa so übersetzen: Aber, ma-a-iner Treu, Herr, ich bitt' Sie a-a-in bissel... 476

[365] Engels zitiert die erste Strophe aus dem Gedicht „Kriegserklärung“ von Goethe. 479

[366] Der Aufruf *„An alle Arbeiter Deutschlands“* wurde von dem aus Paris nach Mainz kommenden Abgesandten des Bundes der Kommunisten und Mitglieds der Zentralbehörde Wallau und dem Mitglied des Bundes der Kommunisten Cluß verfaßt und als Flugblatt verbreitet. Er wurde auch in mehreren Zeitungen abgedruckt, u. a. in „Deutsche Volkszeitung“ Nr. 8 vom 8. April 1848, „Mannheimer Abend-Zeitung“ Nr. 100 vom 10. April 1848, „Seeblätter“ Nr. 89 vom 13. April 1848. Auf dem Wege nach Köln hielten sich Marx und Engels am 8. April 1848 in Mainz auf, wo sie mit den dortigen Kommunisten den weiteren Aktionsplan zur Gründung und Zusammenfassung von Arbeitervereinen besprachen. 483

[367] In Köln bestand bereits vor der Märzrevolution 1848 eine Gemeinde des Bundes der Kommunisten, der d'Ester, Daniels, Bürgers, Anneke, Gottschalk und andere angehörten. Ein bedeutender Teil von ihnen befand sich unter dem Einfluß der „wahren“ Sozialisten. Anfang April 1848 erhielt die Gemeinde Zuwachs durch Mitglieder des Bundes der Kommunisten, die aus der Emigration nach Köln kamen. Wie aus dem veröffentlichten Protokoll zu ersehen ist, traten bald nach der Ankunft von Marx und Engels ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und Gottschalk zutage. Dieses Dokument ist von Bürgers und Moll als den Führern der Kölner Gemeinde unterschrieben; Marx wohnte der Sitzung als Vorsitzender der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten bei. 484

[368] Der *erste rheinische Demokraten-Kongreß* fand vom 13. bis 14. August 1848 in Köln statt. An der Tagung nahmen Marx und Engels teil. Der Kongreß bestätigte die Zusammensetzung des Zentralausschusses der drei demokratischen Vereine in Köln (siehe Anm. 369) als Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten. Der Tätigkeitsbereich dieses Ausschusses, in dem Marx eine führende Rolle spielte, wurde vom Kongreß nicht nur auf die Rheinprovinz, sondern auch auf Westfalen ausgedehnt. Der Kongreß betonte in einem Beschluß die Notwendigkeit, unter den Fabrikarbeitern und unter den Bauern politische Arbeit zu leisten. 485

[369] Der *Zentralausschuß aus den Vertretern der drei demokratischen Organisationen in Köln* – der Demokratischen Gesellschaft, dem Arbeiterverein und dem Verein für Arbeiter und Arbeitgeber – wurde Ende Juni 1848 auf Grund des Beschlusses des ersten Demokraten-Kongresses in Frankfurt am Main (siehe Anm. 228) gebildet, um eine enge Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in Köln zu erreichen. Gleichzeitig übte er bis zur Bestätigung durch den ersten rheinischen Demokraten-Kongreß (siehe Anm. 368) provisorisch die Funktion eines Rheinischen Kreisausschusses der Demokraten aus. 485

[370] Unter dem Namen *Ritter Schnapphahnski* verspottete Georg Weerth in einer Feuilletonserie den bekannten reaktionären Fürsten Lichnowski. Die Feuilletons „Leben und Taten des berühmten Ritters Schnapphahnski" wurden ohne Unterschrift in der „Neuen Rheinischen Zeitung" im August, September und Dezember 1848 und Januar 1849 veröffentlicht. 492

[371] In den *Kölner Sicherheitsausschuß* wurden unter anderen auch die Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung" Marx, Engels, Wilhelm Wolff, Dronke und Bürgers sowie die Führer des Kölner Arbeitervereins Schapper und Moll gewählt. 493

[372] Am 11. September 1848 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Soldaten des in Köln einquartierten 27. Regiments und Kölner Bürgern, die von demokratisch gesinnten Männern der Bürgerwehr unterstützt wurden. 495

Literaturverzeichnis

einschließlich der von Marx und Engels erwähnten Schriften

Bei den von Marx und Engels zitierten Schriften werden, soweit sie sich feststellen ließen, die vermutlich von ihnen benutzten Ausgaben angegeben. In einigen Fällen, besonders bei allgemeinen Quellen- und Literaturhinweisen, werden neuere Ausgaben der Schriften angeführt. Einige Quellen konnten nicht ermittelt werden.

I. Werke und Aufsätze

genannter und anonymer Autoren

[„*Adresse* der Krieger und Wehrmänner des Kreises Hagen vom 19. Juni 1848"]. In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 25 vom 25. Juni 1848, Extrabeilage. 160

„*Allerhöchste Cabinetsordre* vom 13. März 1833 betreffend den Ankauf subhastirter größerer Besitzungen polnischer Gutsbesitzer in der Provinz Posen für Rechnung des Staats und deren Wiederveräußerung an Erwerber deutscher Abkunft". In: „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main", Bd. 1–9, Frankfurt a.M. und Leipzig 1848–1849. Bd. 2. 339

„*Allgemeine Gewerbeordnung*. Vom 17. Januar 1845". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1845, Nr. 5. 313

„*Allgemeines Landrecht* für die Preußischen Staaten". Neue Ausg., 2 Th. in 4 Bdn., Berlin 1817 (siehe auch Anm. 167). 167 216 240 301 324 402

Ariosto, Lodovico „L'Orlando furioso" [Der rasende Roland], Bd. 1, Venedig 1811. 346

„*Aristoteles*' Politik". Griech. und Dt. hrsg. von Franz Susemihl, Th. 1. In: „Aristoteles' Werke", Bd. 6, Leipzig 1879. 251

Arndt, Ernst Moritz „Des Deutschen Vaterland", Gedicht. In: „Ernst Moritz Arndts ausgewählte Werke", hrsg. und mit Einl. und Anm. vers. von Heinrich Meisner und Robert Geerds, Bd. 1–16, Leipzig o.J. Bd. 3. 353

– „Der Freudenklang", Gedicht, ebendort, Bd. 3. 374

„*Aufruf* an die Deutschen", gegeben im Hauptquartier zu Kalisch, den 13/25sten März 1813. In: „Urkunden der Deutschen Erhebung", Originalwiedergabe in Faksimiledrucken der wichtigsten Aufrufe, Erlasse, Flugschriften, Lieder und Zeitungsnummern. Als Ergänzung aller Erinnerungsschriften hrsg. von Friedrich Schulze, Leipzig 1913 (siehe auch Anm. 242). 294

„*Aufruf* des demokratischen Kongresses in Berlin an das deutsche Volk" vom 29. Oktober 1848. In: „Volks-Blätter", Nr. 44 vom 31. Oktober 1848. 445–447

Beaumarchais, [Pierre-Augustin Caron] de „La folle journée, ou le mariage de Figaro". In: „Œuvres complètes" [Der tolle Tag oder die Hochzeit des Figaro. In: Sämtliche Werke], T. 5, o.O. 1785 (siehe auch Anm. 212). 251

Becker, Nicolaus „Der deutsche Rhein", Gedicht. In: „Gedichte" von Nicolaus Becker, Köln 1841 (siehe auch Anm. 145). 142

„Bekanntmachung" [über die Bildung eines Sicherheitsausschusses für Berlin], Berlin, den 1. Juni 1848. In: „Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen", Nr. 127 vom 3. Juni 1848. 37 38

[Benkert, Franz Georg] „Joseph Bonavita Blank's...kurze Lebens-Beschreibung", Würzburg 1819. 319

„Die Bibel oder die ganze Heilige Schrift des alten und neuen Testaments", nach der deutschen Übersetzung Martin Luthers. 473

– 2. Buch Mose 3,5. 278

– Psalter 42,2. 245

– Daniel 2,33. 430

– Ev. Matthäi 6,20; 7,7; 13,12; 26,41. 265 266 311 374 421

– Ev. Marcus 14,30. 101

– Ev. Lucä 10,2. 345

Blanc, Louis „Histoire de dix ans. 1830–1840" [Geschichte der zehn Jahre. 1830–1840], T. 1–5, Paris 1841–1844. 286

– „Histoire de la révolution française" [Geschichte der französischen Revolution], T. 1–2, Paris 1847. 286

[Brodowski, Kraszewski, Potworowski] „Zur Beurtheilung der polnischen Frage im Großherzogthum Posen im Jahre 1848", Berlin [1848] (siehe auch Anm. 185 und 270). 190 320 328

Bürger, Gottfried August „Lenore". In: „G. A. Bürger's Werke", hrsg. von Eduard Grisebach, 5., verm. und verb. Aufl., o. O. 1894. 36

Calderón [de la Barca, Pedro] „La vida es sueño" [Das Leben ein Traum]. In: „Klassische Bühnendichtungen der Spanier", hrsg. und erkl. von Max Krenkel, [T.] 1, Calderón, Leipzig 1881. 101

Cervantes Saavedra, Miguel de „Gespräch zwischen Cipion und Berganza, den Hunden des Auferstehungshospitals". In: „Die beispielhaften Novellen", Bd. 1–2, Wiesbaden o.J. Bd. 2. 266 270

– „Vida y Hechos del ingenioso Hidalgo Don Quixote de la Mancha" [Leben und Taten des scharfsinnigen Edlen Don Quijote von La Mancha], En Haia 1744. 342 347 363 414 423

„Code civil" siehe „Code Napoléon"

„Code Napoléon", Paris und Leipzig 1808 (siehe auch Anm. 90). 92 176 240 278 301 472 473

„Code pénal" siehe „Gesetzbuch über Strafen"

„Compte rendu des séances de l'Assemblée nationale" [Sitzungsprotokolle der Nationalversammlung], T. 1–10, Paris 1849–1850. T. 2 u. 4 (siehe auch Anm. 127, 129, 158, 254, 340). 124–126 129 135 136 144 148 157 158 305–308 409 423–427 477

Cooper, [James Fenimore] „The last of the Mohicans". In: „The Works of Cooper" [Der letzte der Mohikaner. In: Coopers Werke], Vol. 1–4, Zwickau 1827. Vol. 3. 364

[*Davenant, Charles*] „An Essay upon the Probable Methods of making a People Gainers in the Ballance of Trade" [Eine Abhandlung über die möglichen Methoden, ein Volk in der Handelsbilanz zu Gewinnern zu machen], 2. Ed., London 1700. 432

„*Declaration* wegen Einziehung und künftiger Verwaltung der geistlichen Güter, ingleichen der Starosteien und anderer königl. Güter in Südpreußen und der von der ehemaligen Republik Polen neuerlich acquirirten Provinzen", Berlin, 28. Juli 1796. In: „Materialien zur Geschichte polnischer Landestheile unter preußischer Verwaltung", H. 1, Leipzig 1861. 330

Dombasle, C.-J.-A. Mathieu de „Annales agricoles de Roville, ou mélanges d'agriculture, d'économie rurale et de législation agricole" [Landwirtschaftliche Annalen von Roville oder verschiedene Materialien über die Landwirtschaft, über die landwirtschaftliche Ökonomik und über die Gesetzgebung betreffs der Landwirtschaft], Paris 1824–1837. 425

[*Dronke, Ernst*] „Die preußische Pacificirung und Reorganisation Posens". In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 38, 39, 40, 43, 45 vom Juli 1848. 190

Ducpetiaux, Edouard „Mémoire sur l'organisation des écoles de réforme" [Denkschrift über die Organisation von Reformschulen], Bruxelles 1848. 316

„*Edikt* den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grund-Eigenthums, so wie die persönlichen Verhältnisse der Land-Bewohner betreffend. Vom 9ten Oktober 1807". In: „Sammlung der für die Königlichen Preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27sten Oktober 1810", Berlin 1822 (siehe auch Anm. 110). 107 309

„*Edikt* die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend. Vom 14ten September 1811". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1811, Nr. 21 (siehe auch Anm. 110). 309

„*Edikt* über die Einführung einer allgemeinen Gewerbe-Steuer. Vom 28sten Oktober 1810". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1810, Nr. 4. 313

„*Edikt* wegen der Mühlen-Gerechtigkeit, und Aufhebung des Mühlen-Zwangs, des Bier- und Branntwein-Zwangs in der ganzen Monarchie. Vom 28sten Oktober 1810". In: Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1810, Nr. 4. 313

„*Entschädigungsgesetz* zur allgemeinen Gewerbeordnung. Vom 17. Januar 1845". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1845, Nr. 5. 313

„*Entwurf des Strafgesetzbuchs* für die Preußischen Staaten, nebst dem Entwurf des Gesetzes über die Einführung des Strafgesetzbuches und dem Entwurf des Gesetzes über die Kompetenz und das Verfahren in dem Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln", Berlin 1847. 300–302

„*Entwurf eines Gesetzes* betreffend die Ausschreibung einer Zwangs-Anleihe" vom 10. Juli 1848. In: „Stenographische Berichte über die Verhandlungen der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung", Beilage zum „Preußischen Staats-Anzeiger", Bd. 1, Berlin 1848. 262–270

„*Entwurf eines Gesetzes* über die Errichtung der Bürgerwehr" vom 6. Juli 1848. In: „Stenographische Berichte über die Verhandlungen der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung", Beilage zum „Preußischen Staats-Anzeiger", Bd. 1, Berlin 1848. 217 243–252

„*Entwurf eines Gesetzes* wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben" vom 10. Juli 1848. In: „Stenographische Berichte über die Verhandlungen der zur

Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung", Beilage zum „Preußischen Staats-Anzeiger", Bd. 1, Berlin 1848. 278–283

„*Entwurf eines interimistischen Preßgesetzes*". In: „Kölnische Zeitung", Nr. 201 vom 19. Juli 1848, Erste Beilage. 240–242

„*Entwurf eines Verfassungs-Gesetzes* für den preußischen Staat" vom 20. Mai 1848. In: „Stenographische Berichte über die Verhandlungen der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung", Beilage zum „Preußischen Staats-Anzeiger", Bd. 1, Berlin 1848. 63 79 85 242

„*Der Erste Vereinigte Landtag* in Berlin 1847". Hrsg. unter Aufsicht des Vorstehers des Central-Bureaus im Min. d. Innern und des Bureaus des Vereinigten Landtages Kgl. Kanzlei-Raths Eduard Bleich, Th. 1, Berlin 1847 (siehe auch Anm. 102). 104 430

Flottwell, [*Eduard Heinrich von*] „Denkschrift des Oberpresidenten Herrn Flottwell, ueber die Verwaltung des Gros-Herzogthum Posen, vom Dezember 1830 bis zum Beginn des Jahres 1841", Strasburg [1841]. 339 350

Freiligrath, Ferdinand „Die Rose". In: „Zwischen den Garben". Eine Nachlese älterer Gedichte von Ferdinand Freiligrath, Stuttgart und Tübingen 1849. 369–371

– „Trotz alledem!". In: „Neuere politische und soziale Gedichte" von Ferdinand Freiligrath, H. 1, Köln 1849. 263 303

Friedrich Wilhelm IV. [„Ansprache an die Deputation der Frankfurter Nationalversammlung beim Kölner Dombaufest"] am 14. August 1848. In: „Kölnische Zeitung", Nr. 229 vom 16. August 1848. 430

– [„Antwort an die Deputation der Bürgerwehr"] vom 15. Oktober 1848. In: „Berliner Zeitungs-Halle", Nr. 241 vom 18. Oktober 1848. 431 432

– [„Antwort an die Deputation der Berliner Nationalversammlung"] vom 15. Oktober 1848. In: „Berliner Zeitungs-Halle", Nr. 241 vom 18. Oktober 1848. 430

– [„Antwort auf das Entlassungsgesuch der Minister"], Sanssouci, den 10. September 1848. In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 102 vom 14. September 1848 (siehe auch Anm. 315 und 317). 401 405

Fuad, Mehemed „Manifest an die Bojaren und an Euch Einwohner der Walachei aller Classen", Bucharest, den 13./25. September 1848. In: „Kölnische Zeitung", Nr. 282 vom 17. Oktober 1848 (siehe auch Anm. 249). 429 440

„*Gesetz,* betreffend den Schutz der constituirenden Reichsversammlung und der Beamten der Centralgewalt" vom 9. Oktober 1848. In: „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main", Bd. 1–9, Frankfurt a. M. und Leipzig 1848–1849. Bd. 4 (siehe auch Anm. 343). 428 429

„*Gesetz* über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als Preußischer Unterthan, so wie über den Eintritt in fremde Staatsdienste. Vom 31. Dezember 1842". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1843, Nr. 2. 383 384

[„*Gesetz* über die Zusammenscharungen"], Paris, den 5. Juni 1848. In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 10 vom 10. Juni 1848. 112 157

„*Gesetzbuch über Strafen*". Aus dem Franz. nach der officiellen Ausg. übers. von Wilhelm Blanchard, zweyte verb. Aufl., Cöln 1812 (siehe auch Anm. 166). 167 198–201 240 241 379 441 442

Jansen, [*Johann, Joseph*] [„Aufruf an die Mitglieder des Arbeiter-Vereins und Bürger von Köln"], Köln, den 3. Juli 1848, Maueranschlag. In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 35 vom 5. Juli 1848. 167

Jordan, Wilhelm „Glocke und Kanone", Gedicht. In: „Schaum". Dichtungen von Wilhelm Jordan, Leipzig 1846. 342 346

– „Der Schiffer und der Gott", Gedicht, ebendort. 342

– „Litthauische Volkslieder und Sagen", Berlin 1844. 342

„*Kabinettsorder* vom 28sten Oktober 1807, betreffend die Aufhebung der Erb-Unterthänigkeit auf sämmtlichen Preußischen Domainen". In: „Sammlung der für die Königlichen Preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27sten Oktober 1810", Berlin 1822 (siehe auch Anm. 110). 309

„*Kartel-Konvention,* unterzeichnet von den Bevollmächtigten Sr. Majestät des Königs von Preußen und Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, Königs von Polen, ... ratifizirt und ausgewechselt am 3. Juli 1844". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1844, Nr. 22. 44

„*Königliche Ordre* an das Staats-Ministerium, betreffend die nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen" vom 26. April 1848. In: „Reden, Proklamationen, Botschaften, Erlasse und Ordres Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV." vom ... 6. März 1848 bis ... 31. Mai 1851, Berlin 1851. 328

[„*Kösliner Adresse*"] vom 23. Mai 1848. In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 14 vom 14. Juni 1848 (siehe auch Anm. 169). 170

Lelevel, Joachim „Histoire de Pologne". Publiée par les soins des Polonais, 2 vols., Paris 1844. 336

Lelewel, Joachim „Geschichte Polens". Vollst. dt. Ausg. 2. verm. Aufl. Mit einer historischen Einl. und Übersicht der jüngsten Ereignisse in Polen von J. P. Jordan und einem chronologisch geordneten Inh.-Verz., Leipzig 1847. 342

Leo, Heinrich „Lehrbuch der Universalgeschichte" zum Gebrauch an höheren Unterrichtsanstalten, Bd. 1–4, Halle 1835–1840. 343 344

[„*Manifest der Linken* in der Frankfurter Nationalversammlung"]. In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 7 vom 7. Juni 1848. 39–43

[*Marx, Karl, und Friedrich Engels*] „Manifest der Kommunistischen Partei", London 1848. 3

[*Mieroslawski, Louis*] „Débat entre la révolution et la contrerévolution en Pologne" [Die Auseinandersetzung zwischen der Revolution und der Konterrevolution in Polen], Leipzig 1848. 336

Montesquieu, [*Charles de*] „Der Geist der Gesetze". Neue, correcte und wohlfeilste Ausgabe, dt. und mit Anm. begleitet von A. Ellissen, T. 1–12, Leipzig 1843. 194 196 236 401

„*Motivirtes Manifest der radikal-demokratischen Partei* in der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main". In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 6 vom 6. Juni 1848. 39–43

Mozart, Wolfgang Amadeus „Die Hochzeit des Figaro", Komische Oper in 4 Akten von Lorenzo da Ponte. Die dt. Übers. theils revidirt, theils neu bearb. von Hermann Levi. Vollst. Klavierauszug mit Text, Leipzig 1899. 365

„*Patent* die ständischen Einrichtungen betreffend. Vom 3. Februar 1847". In: „Gesetz-

Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1847, Nr. 4 (siehe auch Anm. 248). 297

Patow, [*Erasmus Robert von*] „Promemoria, betreffend die Maßregeln der Gesetzgebung, durch welche die zeitgemäße Reform der guts- und grundherrlichen Verhältnisse und die Beseitigung der noch vorhandenen Hemmungen der Landeskultur bezweckt wird". Berlin, den 20. Juni 1848. In: „Stenographische Berichte über die Verhandlungen der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung", Beilage zum „Preußischen Staats-Anzeiger", Bd. 1, Berlin 1848. 106 107 280

[*Pinto, Isaac*] „Traité de la circulation et du crédit" [Abhandlung über Zirkulation und Kredit], Amsterdam 1771. 263

[„*Polnische Konstitution vom 3. Mai 1791*"]. In: [Potocki,] „Vom Entstehen und Untergange der Polnischen Konstitution vom 3ten May 1791", T. 1–2, o.O. 1793, T. 1 (siehe auch Anm. 273). 333 336 354

[„*Programm des Arbeiterkongresses in Berlin*"]. In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 31 vom 1. Juli 1848 (siehe auch Anm. 219). 260

„*Protest* mehrerer Vorstands-Mitglieder des Kölner Bürger-Vereins" [gegen die Bildung eines Sicherheits-Ausschusses] vom 13. September 1848. Flugblatt, Druck von M. DuMont-Schauberg in Köln. 494 495

Raimund, Ferdinand „Das Mädchen aus der Feenwelt oder der Bauer als Millionär". In: „Ferdinand Raimunds dramatische Werke in 3 Bänden", hrsg. von Leopold Rosner, Berlin-Leipzig 1903. Bd. 1. 96 97

Rotteck, Karl von „Allgemeine Geschichte vom Anfang der historischen Kenntniß bis auf unsere Zeiten". Für denkende Geschichtsfreunde bearb. von Karl von Rotteck. 10. Auflage, Bd. 1–9, Freiburg im Breisgau 1834. 25 26 71

Ruge, Arnold „Wahl-Manifest der radicalen Reformpartei für Deutschland". In: „Die Reform", Nr. 16 vom 16. April 1848. 359 361

Sand, George „Sämtliche Werke", Neue Ausg., Deutsch von Wilhelm Jordan, Bd. 1 u. 2, Leipzig 1847. 342

Schiller, Friedrich von „An die Freude". In: „Friedrich von Schillers sämmtliche Werke", Bd. 1–12, Stuttgart und Tübingen 1812–1815. Bd. 3. 337

Sebaldt „Warnung", Trier, den 16. Juni 1848. In: „Trier'sche Zeitung", Nr. 169 vom 17. Juni 1848. 84

Shak[*e*]*speare,* [*William*] „Julius Cäsar". In: „Shakspeare's dramatische Werke", übers. von August Wilhelm von Schlegel, erg. und erl. von Ludwig Tieck. Th. 1–9, Berlin 1825–1833, Th. 5. 24 141

– „König Heinrich der Vierte", ebendort, Th. 1. 422

– „König Richard der Dritte", ebendort, Th. 3. 27

„*Die Staatsverfassung von Belgien*". In: „Die Verfassungen der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, des Staates New-York, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Belgien", Berlin 1848. 195 315

Sterne, Laurence „The Life and Opinions of Tristram Shandy, Gentleman". In: „The Works of Laurence Sterne in ten Volumes complete" [Das Leben und die Ansichten Tristram Shandys. In: Die Werke von Laurence Sterne in zehn Bänden vollständig], London 1793. Bd. 1. 25

Stupp, [Heinrich Joseph] „Amendements zu dem Gesetz wegen Unverletzlichkeit der Abgeordneten", Nr. 23. In: „Vorlagen an die Nationalversammlung 1848", Nr. 1–112, o.O. u.J. 90–93

Temme, [Jodocus Donatus Hubertus] „Bekanntmachung" [des Staats-Anwalts beim Königlichen Kriminalgericht über den Zeughaussturm], Berlin, den 15. Juli 1848. In: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 19 vom 19. Juni 1848. 86

Thiers, Adolphe „De la propriété" [Über das Eigentum], Paris 1848 (siehe auch Anm. 339). 423

„*Verfassungs-Urkunde für das Königreich Württemberg*", Ster.-Ausg., Stuttgart 1843. 239

„*Verhandlungen des Deutschen Parlaments*". Officielle Ausg. Mit einer geschichtlichen Einl. über die Entstehung der Vertretung des ganzen deutschen Volkes. Lfg. 1–2, Frankfurt am Main 1848 (siehe auch Anm. 11). 16 295 383

„*Verhandlungen des zum 2. April 1848 zusammenberufenen Vereinigten Landtages*", zsgest. von E. Bleich, Kgl. Kanzlei-Rath und Bureau-Vorsteher beim Vereinigten Landtag, Berlin 1848 (siehe auch Anm. 193). 209

„*Verordnung* über die Bildung des Vereinigten Landtages. Vom 3. Februar 1847". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1847, Nr. 4 (siehe auch Anm. 248). 297

„*Verordnung* über die Bildung eines Ausschusses der Stände des Königreichs Preußen. Vom 21. Juni 1842". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1842, Nr. 20 (siehe auch Anm. 248). 297

„*Verordnung* über die periodische Zusammenberufung des Vereinigten ständischen Ausschusses und dessen Befugnisse. Vom 3. Februar 1847". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1847, Nr. 4 (siehe auch Anm. 248). 297

„*Verordnung* über die zu bildende Repräsentation des Volks. Vom 22sten Mai 1815". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1815, Nr. 9 (siehe auch Anm. 13). 18

„*Verordnung* wegen der künftigen Behandlung des gesammten Staatsschulden-Wesens. Vom 17ten Januar 1820". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1820, Nr. 2 (siehe auch Anm. 51). 46

[*Virgilius, Publius Maro*] „Publii Virgilii Maronis Aeneis" mit Erläuterungen ... von Carl Thiel, T. 1–2, Berlin 1834–1838 (siehe auch Anm. 56). 57

[„*Waffenstillstandsvertrag* zwischen Preußen und Dänemark"], Malmö, den 26. August 1848. In: „Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main", Bd. 1–9, Frankfurt a.M. und Leipzig 1848 bis 1849. Bd. 3 (siehe auch Anm. 307). 386–389 393–397 408

„*Wahlgesetz* für die zur Vereinbarung der Preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung. Vom 8. April 1848". In: „Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten", Jg. 1848, Nr. 12. 27 28 30 269 399

Weber, Carl Maria von „Euryanthe". Große romantische Oper in drey Aufzügen, von Helmine von Chezy, geborne Freyin Klencke. Musik von Carl Maria von Weber, königl. sächsischem Hof-Kapellmeister, Wien 1824. 468

Weichsel, F. F. „Deutschlands Einheit und der Entwurf des Deutschen Reichsgrundgesetzes", von den 17 Männern des öffentlichen Vertrauens überreicht am 26. April 1848, Magdeburg 1848 (siehe auch Anm. 12). 16

II. Periodica

„Faedrelandet“, Nr. 179 vom 13. Juli 1848. 253–255 257
– Nr. 180 vom 14. Juli 1848. 257 258
„Frankfurter Journal“, Frankfurt a. M. Jg. 1848. 203
„Frankfurter Oberpostamts-Zeitung“, Frankfurt a. M.
– Nr. 210 vom 28. Juli 1848 (siehe auch Anm. 240). 293–299
– Nr. 280 vom 16. Oktober 1848. 428 429
„La Fraternité de 1845“. Organe du communisme, Paris 1845–1848 (siehe auch Anm. 237). 286
„Gazetta di Milano“, Milano. Jg. 1848 (siehe auch Anm. 348). 442
„Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten“, Berlin. Jg. 1810, 1811, 1815, 1820, 1842, 1843, 1844, 1845, 1847, 1848. 18 27 28 30 44 46 269 297 309 313 383 384 399
„Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst“, Leipzig 1838–1841 (siehe auch Anm. 291). 363
„L'Indépendance Belge“, Bruxelles (siehe auch Anm. 125). 142 144 317 423 434
– Nr. 179 vom 27. Juni 1848. 124 128
– Nr. 286 vom 12. Oktober 1848. 423
„Journal d'Anvers et de la province“, Anvers, Nr. 243 vom 31. August 1848. 380
„Journal des Débats politiques et littéraires“, Paris (siehe auch Anm. 144). 142 419 477
– Ausgabe vom 30. Juni 1848. 157
„Justiz-Ministerial-Blatt für die Preußische Gesetzgebung und Rechtspflege“, hrsg. im Bureau des Justiz-Ministeriums, 10. Jg., Berlin 1848. 300
„Kölnische Zeitung“, Köln (siehe auch Anm. 104). 138 141–144 177 240–242 308 315 318 401 419 429 430 440 494 497
– Nr. 281, 285, 290, 293, 294, 300, 301, 303 vom Oktober 1847. 308
– Nr. 161 vom 9. Juni 1848. 57 58
– Nr. 175 vom 23. Juni 1848. 105
– Nr. 176 vom 24. Juni 1848. 140 142
– Nr. 178 vom 26. Juni 1848. 143
– Nr. 179 vom 27. Juni 1848. 123 140 142
– Nr. 181 vom 29. Juni 1848. 140–144 434
– Nr. 182 vom 30. Juni 1848. 160
– Nr. 203 vom 21. Juli 1848. 233–237
– Nr. 211 vom 29. Juli 1848. 284–288
– Nr. 215 vom 2. August 1848. 303 304
– Nr. 216 vom 3. August 1848. 308
– Nr. 225 vom 12. August 1848. 440 442
– Nr. 238 vom 26. August 1848. 369–372
– Nr. 256 vom 16. September 1848. 405
– Nr. 265 vom 27. September 1848. 419
– Nr. 268 vom 30. September 1848. 419–421

„*Neue Rheinische Zeitung.* Organ der Demokratie". Köln. Nr. 52 vom 22. Juli 1848. 250 252 255 256 386
– Nr. 64 vom 3. August 1848. 305
– Nr. 68 vom 7. August 1848. 437
– Nr. 81 vom 20. August 1848. 355 357
– Nr. 92 vom 2. September 1848. 492
– Nr. 99 vom 10. September 1848. 408
– Nr. 109 vom 22. September 1848. 414
– Nr. 114 vom 12. Oktober 1848. 451
„*New-York Daily Tribune*", New York. 497
„*The Northern Star,* and National Trades' Journal", London (siehe auch Anm. 122). 117 140 286 433
– Nr. vom 24. Juni 1848. 117
„*L'Observateur Belge*", Bruxelles (siehe auch Anm. 175). 177 318 423
„*Le Peuple constituant*", Paris. Jg. 1848 (siehe auch Anm. 147). 144
„*Le Politique*", Bruxelles. 177
„*Le Populaire de 1841*". Journal de reorganisation, Paris (siehe auch Anm. 3). 6 286
„*La Presse*", Paris (siehe auch Anm. 174). 177
– Nr. 4499 vom 19. Oktober 1848. 435
„*Preußischer Staats-Anzeiger*", Berlin (siehe auch Anm. 26). 206 452
– Nr. 90 vom 2. August 1848. 300 301
„*Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1848*", Frankfurt am Main o. J. (siehe auch Anm. 306). 328 383–385
„*Die Reform*". Politische Zeitung, Leipzig. Jg. 1848. 359 361
„*La Réforme*", Paris (siehe auch Anm. 133). 133 286 433 448
– Nr. 289 vom 18. Oktober 1848. 433/434
– Nr. 301 vom 30. Oktober 1848. 448–450
„*Le Représentant du Peuple*". Journal quotidien des travailleurs, Paris, Nr. 96 vom 8. Juli 1848 (siehe auch Anm. 255). 306
„*Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe*", Köln 1842/43 (siehe auch Anm. 188). 198 452
– Nr. 293 vom 20. Oktober 1842 (siehe auch Anm. 189). 198
„*La Ruche populaire*". Première Tribune et Revue Mensuelle. Rédigée et publiée par des ouvriers, Paris (siehe auch Anm. 237). 286
„*Sammlung der für die Königlichen Preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen* von 1806 bis zum 27sten Oktober 1810", Berlin 1822. 107 309
„*Sewernaja ptschela*", Petersburg. Jg. 1848 (siehe auch Anm. 180). 180
„*Le Siècle*", Paris (siehe auch Anm. 173). 177
„*Le Spectateur républicain*", Paris. Jg. 1848. 376
„*Spenersche Zeitung*" siehe „*Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen*"

Karl Marx und Friedrich Engels
Daten aus ihrem Leben und ihrer Tätigkeit

(März bis November 1848)

1848

Zweite Märzhälfte bis Anfang April Infolge der in Deutschland beginnenden Revolution organisiert die neu konstituierte, von Marx geleitete Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten in Paris die Einzelrückkehr von 300 bis 400 deutschen Arbeitern – in der Mehrzahl Mitglieder des Bundes der Kommunisten – nach Deutschland.

Etwa 21. März Engels fährt von Brüssel nach Paris, wo er sich sofort an der Arbeit der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten beteiligt, in die er in Abwesenheit gewählt worden war.

Zwischen 21. und 29. März Marx und Engels arbeiten das politische Programm des Bundes der Kommunisten für die Revolution, die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" aus, die als Flugblatt gedruckt und zusammen mit dem „Manifest der Kommunistischen Partei" an die nach Deutschland fahrenden Arbeiter verteilt werden.

Ende März Marx und Engels bereiten sich auf die Rückkehr nach Deutschland vor. In ihren Briefen sprechen sie von der Absicht, eine große revolutionäre Tageszeitung herauszugeben.

Ende März bis 5. April Marx und Engels setzen den Kampf gegen den abenteuerlichen Plan Herweghs und Bornstedts fort, die mit Hilfe einer bewaffneten deutschen Legion in Deutschland die Republik errichten wollen, und informieren die Freunde in Deutschland und Frankreich über ihre Meinung zu diesem Vorhaben. In einem Brief an Cabet bitten ihn Marx und Engels, in seiner Zeitung „Le Populaire de 1841" eine Erklärung der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten zu veröffentlichen. In dieser Erklärung wird hervorgehoben, daß der Klub deutscher Arbeiter die einzige mit dem Bund liierte Organisation in Paris ist und daß der Bund der Kommunisten mit der von Herwegh und Bornstedt geführten Deutschen demokratischen Gesellschaft nichts gemein hat.

Auf Initiative der von Marx geführten Zentralbehörde gründen die Mitglieder des Bundes der Kommunisten in Mainz einen Arbeiterbildungsverein, in dessen Namen sie sich an alle Arbeiter Deutschlands mit dem Aufruf wenden, überall in den Städten und Dörfern Arbeitervereine zu bilden.

Etwa 6. April	Marx und Engels verlassen Paris und begeben sich nach Deutschland, um unmittelbar an der Revolution teilzunehmen.
8. April	Marx und Engels sind in Mainz und besprechen mit den dortigen Mitgliedern des Bundes der Kommunisten die weiteren Aufgaben zur Gründung und Zusammenfassung von Arbeitervereinen.
11. April	Marx und Engels treffen in Köln ein und beginnen sofort, die Herausgabe einer großen politischen Tageszeitung vorzubereiten.
Nach dem 11. April	Auf das Gesuch von Marx erteilt ihm der Kölner Stadtrat die Aufenthaltsgenehmigung in Köln.
Erste Aprilhälfte	Die von Marx geleitete Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten schickt ihre Emissäre (Dronke, Wilhelm Wolff, Schapper u. a.) in verschiedene Städte Deutschlands, um neue Gemeinden des Bundes und öffentliche Arbeitervereine zu bilden.
Etwa 15. April	Engels fährt nach Barmen, Elberfeld und anderen Städten der Rheinprovinz, um Zeitungsaktien für die „Neue Rheinische Zeitung" abzusetzen und neue Gemeinden des Bundes der Kommunisten ins Leben zu rufen.
Zweite Aprilhälfte	Engels arbeitet an der Übersetzung des „Manifestes der Kommunistischen Partei" in die englische Sprache.
Etwa 24. April	Es erscheint der Prospekt der „Neuen Rheinischen Zeitung".
April	In Brüssel wird der Text von Lektionen über Lohnarbeit und Kapital gedruckt, die Marx im Dezember 1847 gelesen hatte. Die Drucklegung wird unterbrochen, da Marx mit den Vorbereitungen zur Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" beschäftigt ist und die Arbeit am Manuskript nicht fortsetzen kann.
April bis Mai	Marx korrespondiert mit den Mitgliedern des Bundes der Kommunisten (Dronke, Born, Ewerbeck, Schapper u. a.) in den verschiedenen Städten Deutschlands und Frankreichs über Zustand und Tätigkeit der Gemeinden des Bundes und über die Zeichnung von Zeitungsaktien.
6. Mai	Marx fährt gemeinsam mit Weerth für einige Tage nach Elberfeld, um mit Engels über die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" und die Tätigkeit des Bundes der Kommunisten zu sprechen.
11. Mai	Marx nimmt als Vorsitzender der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an einer Sitzung der Kölner Gemeinde teil, in der die Stellung Gottschalks zum Bunde erörtert wird.
Mitte Mai	Marx teilt dem belgischen Demokraten Jottrand, dem Redakteur der „Débat social", die bevorstehende Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" mit und schlägt vor, eine reguläre Verbindung zwischen diesen beiden Zeitungen herzustellen.
20. Mai	Engels kehrt aus Barmen nach Köln zurück und bereitet gemeinsam mit Marx die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" vor.

Nach dem 20. Mai	Im Zusammenhang mit der Verschärfung der politischen Situation und der Aktivierung der reaktionären Kräfte beschließen Marx und Engels, die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" zu beschleunigen und die Zeitung nicht erst, wie ursprünglich vorgesehen, am 1. Juli, sondern bereits am 1. Juni erscheinen zu lassen.
Ende Mai	Marx schreibt dem Redakteur der italienischen demokratischen Zeitung „L'Alba" in Florenz einen Brief, in dem er ihm die bevorstehende Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" mitteilt und versichert, daß die Zeitung für die Freiheit und nationale Unabhängigkeit des italienischen Volks eintreten wird. Marx schlägt vor, regelmäßig Zeitungen und Informationen auszutauschen. Dieser Brief wird am 29. Juni in der Zeitung „L'Alba" veröffentlicht. Auf Grund der Mitteilungen der Emissäre des Bundes der Kommunisten aus verschiedenen Städten Deutschlands über die organisatorische Schwäche der Gemeinden des Bundes halten es Marx und Engels für notwendig, daß sich die Kommunisten der demokratischen Bewegung anschließen und an ihrer linken, wirklich proletarischen Flanke auftreten. Sie treten in die Kölner Demokratische Gesellschaft ein und empfehlen ihren Anhängern, sich neben ihrer Tätigkeit in den Arbeitervereinen aktiv in den demokratischen Gesellschaften zu betätigen. Marx und Engels kommen zu dem Schluß, daß es zweckdienlich sei, die „Neue Rheinische Zeitung" zum Hauptwerkzeug der Verbreitung allgemeiner Direktiven des Bundes und der Propaganda der Ideen der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland zu machen.
1. Juni	Die erste Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" mit dem Untertitel „Organ der Demokratie" erscheint. In ihr werden die „Erklärung des Redaktionskomitees der ‚Neuen Rheinischen Zeitung'" sowie Engels' Artikel „Die Frankfurter Versammlung" und „Die neueste Heldentat des Hauses Bourbon" veröffentlicht.
Juni	Marx ist voll und ganz mit der Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung", mit der Materialauswahl, der Schaffung eines Korrespondentennetzes usw. beschäftigt. Infolgedessen schreibt Engels den größten Teil der Leitartikel.
Anfang Juni	Nach dem Erscheinen des Artikels „Die Frankfurter Versammlung", in dem Engels sich scharf gegen die feige, unschlüssige Politik der deutschen Nationalversammlung wendet, lehnt es eine bedeutende Anzahl bürgerlicher Aktionäre der „Neuen Rheinischen Zeitung" ab, die Zeitung zu unterstützen.
2./3. Juni	Marx schreibt einige Artikel über das Ministerium Camphausen, die am 3. und 4. Juni in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlicht werden.
5. Juni	In der „Neuen Rheinischen Zeitung" erscheint Engels' Artikel „Die Kriegskomödie" über den Krieg in Schleswig-Holstein.
6. Juni	Engels schreibt den Artikel „Berliner Vereinbarungsdebatten", der am 7. Juni in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlicht wird. In der

folgenden Zeit gibt Engels in einer Reihe von Artikeln einen systematischen Überblick über die Debatten der preußischen Nationalversammlung und kritisiert deren Tätigkeit.

7. Juni In dem Leitartikel „Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt“ sowie in einer Reihe späterer Artikel weisen Marx und Engels ständig darauf hin, daß die nationale Einigung auf revolutionärem Wege die wichtigste Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland ist.

8. Juni Engels schreibt den Artikel „Neue Teilung Polens“, der am 9. Juni in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ veröffentlicht wird. In diesem Artikel und in einigen folgenden unterstützt Engels begeistert die nationale Befreiungsbewegung des polnischen Volkes und beweist, daß die Herstellung eines demokratischen Polens die Vorbedingung für die Herstellung eines demokratischen Deutschlands ist.

13./14. Juni Engels verfaßt die Artikelserie „Die Berliner Debatte über die Revolution“, die vom 14. bis 17. Juni in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ veröffentlicht wird.

18. Juni Die „Neue Rheinische Zeitung“ bringt den Artikel „Der Prager Aufstand“, in dem Marx und Engels ihrer Sympathie für den nationalen Befreiungskampf des tschechischen Volkes Ausdruck geben.

19. Juni Engels schreibt einen Artikel über den Zeughaussturm in Berlin unter dem Titel „Die Vereinbarungssitzung vom 17. Juni“; dieser Artikel, der die Bedeutung der Volksbewaffnung für den Sieg der Revolution hervorhebt, erscheint in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 20. Juni.

20. Juni Engels schreibt den Artikel „Neue Politik in Posen“, der in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ am 21. Juni veröffentlicht wird.

Etwa 23. Juni Das Komitee der Demokratischen Gesellschaft nominiert Marx für die Kommission von Vertretern der demokratischen Organisationen Kölns, die entsprechend dem Beschluß des ersten demokratischen Kongresses in Frankfurt am Main den Zusammenschluß der demokratischen Organisationen der Rheinprovinz und Westfalens beraten soll.

23. Juni Die „Neue Rheinische Zeitung“ veröffentlicht Engels' Artikel „Erste Tat der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt“, in dem das Verhalten der Nationalversammlung zur Revolution in Italien verurteilt wird.

24. Juni Marx nimmt an der Kommissionssitzung der Vertreter der drei demokratischen Organisationen Kölns (Demokratische Gesellschaft, Arbeiterverein und Verein für Arbeiter und Arbeitgeber) teil. Die Kommission beschließt die Bildung eines Zentralausschusses der demokratischen Vereine Kölns, der provisorisch die Funktionen eines Rheinischen Kreisausschusses der Demokraten übernehmen, die tägliche Verbindung zwischen den demokratischen Organisationen herstellen und die Einberufung des ersten rheinischen Demokraten-Kongresses in Köln vorbereiten soll.

25. Juni
In der „Neuen Rheinischen Zeitung“ erscheint der Artikel von Engels „Demokratischer Charakter des Aufstandes“ über die Kämpfe in Prag.

26. Juni bis 2. Juli
Nach dem Juniaufstand in Paris beleuchtet Engels in einer Artikelserie der „Neuen Rheinischen Zeitung“ den Verlauf der ersten großen Klassenschlacht des Pariser Proletariats.

28. Juni
Marx schreibt den Artikel „Die Junirevolution“, der am 29. Juni in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ veröffentlicht wird. Das entschiedene Eintreten der Zeitung für die aufständischen Pariser Arbeiter veranlaßte die meisten der verbliebenen Aktionäre, sich ebenfalls zurückzuziehen.

Ende Juni bis Anfang August
In Verbindung mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Aufhebung der Feudallasten in der preußischen Nationalversammlung setzen sich Marx und Engels in einer Reihe von Leitartikeln der „Neuen Rheinischen Zeitung“ („Patows Ablösungsdenkschrift“, „Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten“, „Debatte über die bisherige Ablösungsgesetzgebung“) für die Bauern ein und kritisieren schonungslos die deutsche Bourgeoisie, die ihren natürlichen Bundesgenossen, die Bauernschaft, verriet und die Durchführung einer der wichtigsten Aufgaben der Revolution von 1848/49 – die völlige Aufhebung der Feudalverhältnisse auf dem Lande – verhinderte.

Juli
Durch die Mitglieder des Bundes der Kommunisten Josef Moll, der seit dem 6. Juli Präsident des Kölner Arbeitervereins ist, und Karl Schapper üben Marx und Engels immer größeren Einfluß auf die Tätigkeit des Arbeitervereins aus, indem sie einen beharrlichen Kampf gegen die Anhänger der sektiererischen Taktik Gottschalks führen.

2. Juli
Engels entlarvt in dem Artikel „Auswärtige deutsche Politik“ die deutsche Bourgeoisie, die die Unterdrückungspolitik der Hohenzollern und Habsburger fortsetzt, und formuliert die Prinzipien der internationalen Politik des Proletariats. Die „Neue Rheinische Zeitung“ veröffentlicht den Artikel am 3. Juli.

6. Juli
Marx verfaßt den Artikel „Gerichtliche Untersuchung gegen die ‚Neue Rheinische Zeitung‘“, der am 7. Juli erscheint.
Auf Grund des Artikels „Verhaftungen“ in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 5. Juli wird Marx durch den Untersuchungsrichter einem Verhör unterzogen. Marx und der verantwortliche Herausgeber (Gerant) Korff werden beschuldigt, den Oberprokurator Zweiffel und die Gendarmen beleidigt zu haben. Nach Beendigung des Verhörs findet in der Redaktion der Zeitung eine Haussuchung statt. Das bei der Haussuchung beschlagnahmte, von unbekannter Hand geschriebene Manuskript für einen Artikel und die Weigerung von Marx, den Autor dieses Artikels zu nennen, dienen als Anlaß, nicht nur Korff und Marx, sondern auch Engels und Dronke zu vernehmen.

7. und 9. Juli
Marx schreibt zwei Artikel über die Regierungskrise in Berlin – „Das Ministerium der Tat“ und „Die Ministerkrisis“ –, die am 9. und 10. Juli in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ erscheinen.

11. Juli Marx veröffentlicht einen weiteren Artikel „Gerichtliche Untersuchung gegen die ‚Neue Rheinische Zeitung'".

14. Juli Engels kritisiert auf der Generalversammlung der Kölner Demokratischen Gesellschaft die preußische Nationalversammlung. Er schlägt vor, d'Ester, einen Führer des linken Flügels der Berliner Versammlung, zu beauftragen, gegen die Beschränkungen des Vereinsrechtes hinsichtlich der Offiziere aufzutreten.

17. bis 24. Juli Engels schreibt die Artikelserie „Die Debatte über den Jacobyschen Antrag", die vom 18. bis 25. Juli in der „Neuen Rheinischen Zeitung" erscheint.

21. Juli Marx nimmt an der Generalversammlung der Kölner Demokratischen Gesellschaft teil, in der die Vertreter für den Zentralausschuß der drei demokratischen Vereine in Köln gewählt werden. Als Vertreter der Demokratischen Gesellschaft wählt die Versammlung einstimmig Marx und Schneider II. In der Versammlung legt Weitling seine wirren, sektiererischen Ansichten über die Aufgaben des Proletariats in der deutschen Revolution dar. Die Entgegnung von Marx wird bis zur nächsten Versammlung vertagt.

21. bis 24. Juli In einer Leitartikelserie der „Neuen Rheinischen Zeitung" zeigen Marx und Engels den antidemokratischen Charakter des Bürgerwehrgesetzentwurfes der preußischen Regierung.

22. Juli Die „Neue Rheinische Zeitung" veröffentlicht den Artikel „Der Waffenstillstand mit Dänemark" von Engels.
Der Untersuchungsrichter verhört Marx erneut wegen des Artikels „Verhaftungen".

26. und 30. Juli Marx und Engels nehmen in der „Neuen Rheinischen Zeitung" zu dem Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe Stellung.

31. Juli Engels schreibt den Artikel „Die ‚Kölnische Zeitung' über englische Verhältnisse", der am 1. August in der „Neuen Rheinischen Zeitung" erscheint.

3. August Die „Neue Rheinische Zeitung" bringt den Leitartikel „Die russische Note", der die reaktionäre Außenpolitik des russischen Zarismus entlarvt.
Marx erhält die Nachricht, daß die Provinzialregierung ihm das preußische Bürgerrecht verweigert und ihn nach wie vor als Ausländer betrachtet. Engels wird als Zeuge zum Verhör vor den Untersuchungsrichter geladen, der den Autor des Artikels „Verhaftungen" ermitteln will.

4. August Marx und Engels nehmen an der Generalversammlung der Kölner Demokratischen Gesellschaft teil, wo die Diskussion über das Auftreten Weitlings fortgesetzt wird. Marx wendet sich scharf gegen die von Weitling vertretene These der Trennung zwischen politischer und sozialer Bewegung, indem er auf die enge Verknüpfung sozialer und politischer Interessen hinweist und das für Weitling charakteristische Unverständnis für die demokratischen Aufgaben der deutschen Revolution hervorhebt.

Engels teilt der Versammlung mit, daß die preußische Regierung es abgelehnt hat, Marx das Bürgerrecht zuzuerkennen, und ihm infolgedessen die Ausweisung droht.
Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Zentralausschusses der drei demokratischen Vereine in Köln wendet sich Marx an alle demokratischen Vereine der Rheinprovinz mit dem Vorschlag, ihre Abgeordneten zu dem ersten rheinischen Demokraten-Kongreß zu schicken, der für den 13. August nach Köln einberufen wird. Der Aufruf wird am 5. August in der „Neuen Rheinischen Zeitung" abgedruckt.

6. August — Marx schreibt den Artikel „Der ‚Musterstaat' Belgien", den die „Neue Rheinische Zeitung" am 7. August veröffentlicht.

9. August bis 7. September — Die Artikelserie „Die Polendebatte in Frankfurt" von Engels erscheint in der „Neuen Rheinischen Zeitung".

11. August — Unter dem Vorsitz von Marx findet eine Generalversammlung der Kölner Demokratischen Gesellschaft statt, in der eine Protestadresse an die Frankfurter Nationalversammlung gegen die Einverleibung Posens in den Deutschen Bund angenommen wird. In der Versammlung wird die Weigerung der preußischen Regierung, Marx das Bürgerrecht zu gewähren, erörtert. Marx deckt die wahren Gründe der von der Regierung gegen ihn getroffenen Maßregeln auf. Engels berichtet neue Tatsachen über die polizeiliche Verfolgung der Führer der demokratischen Bewegung, insbesondere von Schapper. Die Versammlung wählt eine Deputation, die beauftragt wird, von den Kölner Behörden die Zurücknahme der Polizeimaßregeln gegen Marx und Schapper zu fordern.

13./14. August — Marx und Engels nehmen an dem ersten rheinischen Demokraten-Kongreß in Köln teil, auf dem 17 demokratische Organisationen durch Abgeordnete vertreten sind. Der Kongreß bestätigt den früher gewählten Zentralausschuß der drei demokratischen Vereine in Köln, dem Marx angehört, als Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten. In seiner Rede auf dem Kongreß hebt Engels den Haß der Volksmassen der Rheinprovinz gegen das reaktionäre Preußentum hervor. Der Kongreß stellt den demokratischen Organisationen die Aufgabe, die politische Agitation unter den Fabrikarbeitern und Bauern zu entwickeln und in den Dörfern neue Vereine zu bilden, mit denen ständig Verbindung gehalten wird.

22. August — Marx wendet sich an den preußischen Innenminister Kühlwetter und fordert, den ungesetzlichen Beschluß der Provinzialregierung aufzuheben und ihm seine preußischen Bürgerrechte wiederzugeben.

23. August bis etwa 11. September — Marx unternimmt eine Reise nach Berlin und Wien, um die Verbindungen zu den dortigen demokratischen und Arbeiterorganisationen zu festigen und ihre Führer zu einem entschlosseneren Kampf gegen die Konterrevolution in Preußen und Österreich zu veranlassen. Marx hofft außerdem, Mittel für die „Neue Rheinische Zeitung" zu bekommen.

25./26. August — Marx ist in Berlin. Er hat Besprechungen mit mehreren Führern der demokratischen Bewegung, u. a. d'Ester, Jung und Julius.

26. August	Engels schreibt die Artikel „Die ‚Kölnische Zeitung' über Italien" und „Die ‚Zeitungs-Halle' über die Rheinprovinz", die am 27. August in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlicht werden.
27. August	Marx fährt nach Wien.
28. August	Marx nimmt an der Sitzung des Wiener Demokratischen Vereins teil, in der man die Lage in Wien nach den Straßenkämpfen am 23. August erörtert. In seiner Rede unterstreicht Marx, daß das Wesen der Ereignisse in Wien nicht im Wechsel der Kabinette, sondern, ähnlich wie bei den Junikämpfen in Paris, in der Klassenauseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht.
28. August bis 6. September	Während seines Aufenthaltes in Wien trifft Marx mit den Führern der demokratischen und Arbeiterorganisationen zusammen. Unter anderem hat er eine Unterredung mit dem Führer der deutsch-tschechischen Fraktion des österreichischen Reichstages, Borroš, über die nationale Frage in Österreich und über die Beziehungen zwischen den tschechischen und deutschen Arbeitern. Marx führt ferner Verhandlungen über finanzielle Mittel für die „Neue Rheinische Zeitung".
30. August	Marx spricht auf der Sitzung des Ersten Wiener Arbeitervereins über die sozialen Verhältnisse in Westeuropa und über die Rolle der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf.
2. September	Engels schreibt den Artikel „Die Antwerpner Todesurteile". Dieser Artikel, der die siebzehn zum Tode verurteilten belgischen Demokraten verteidigt, wird von der „Neuen Rheinischen Zeitung" am 3. September veröffentlicht. Marx hält in der Versammlung des Ersten Wiener Arbeitervereins einen längeren Vortrag über Lohnarbeit und Kapital.
4. September	Engels wird aufs neue zum Untersuchungsrichter bestellt, jedoch nicht mehr als Zeuge, sondern als Mitbeschuldigter in dem Prozeß, der gegen die „Neue Rheinische Zeitung" wegen des Artikels „Verhaftungen" angestrengt wurde.
7. September	Die Kölner Demokratische Gesellschaft und die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" berufen in der Reitbahn eine Volksversammlung ein, an der einige tausend Menschen teilnehmen. Es wird eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung angenommen mit der Forderung, den zwischen der preußischen Regierung und Dänemark geschlossenen Waffenstillstand abzulehnen, und eine zweite an die preußische Nationalversammlung, in der gegen den antidemokratischen Bürgerwehrgesetzentwurf protestiert wird.
Etwa 7. bis 10. September	Auf Grund der Verschärfung der politischen Lage in Preußen beschließt Marx, seine Rückkehr nach Köln zu beschleunigen. Er unterbricht seine Rückreise in Berlin, wo er seine Verhandlungen mit den Führern der demokratischen Bewegung fortsetzt und an einer Sitzung der preußischen Nationalversammlung teilnimmt. Marx einigt sich mit den polnischen Demokraten über den Empfang von Mitteln für die „Neue Rheinische Zeitung". Entsprechend dieser Abmachung sendet Wladislaw Kościelski am 18. September an Marx zweitausend Taler.

8. September — Engels schreibt den Artikel „Sturz des Ministeriums der Tat“, den die „Neue Rheinische Zeitung“ am 10. September veröffentlicht.

8. und 10. September — In der „Neuen Rheinischen Zeitung“ erscheinen die Artikel „Der dänische Waffenstillstand“ und „Der dänisch-preußische Waffenstillstand“ von Engels.

Um den 10. September — In Köln werden die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“ als Flugblatt gedruckt und sofort in mehreren Orten der Rheinprovinz verbreitet.

Etwa 11. September — Marx kehrt nach Köln zurück.

11. September — Engels hält in der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins einen längeren Vortrag über die Frage, ob eine Organisation der Arbeit möglich sei; dabei deckt er die Ursachen des Mißerfolges der Nationalwerkstätten in Frankreich auf.

11. bis 15. September — In der Artikelserie „Die Krisis und die Kontrerevolution“, die in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 12. bis 16. September veröffentlicht wird, formuliert Marx die äußerst wichtige These, daß die nach der Revolution gebildete provisorische Regierung die revolutionäre Diktatur des Volkes sein muß, deren Hauptaufgaben die Organisierung einer entschiedenen Abwehr der Konterrevolution und die Vernichtung der Überreste der alten Institutionen sind.

11. bis 25. September — Marx, Engels und andere Redaktionsmitglieder der „Neuen Rheinischen Zeitung“ verstärken die Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter den Volksmassen, um sie für den Kampf gegen die angreifende Konterrevolution zu mobilisieren.

12. September — Der preußische Innenminister Kühlwetter teilt Marx als Antwort auf seine Eingabe mit, er halte den Beschluß der Kölner Behörden, die Marx das preußische Bürgerrecht verweigern, für gesetzlich.

13. September — Die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“, der Kölner Arbeiterverein und die Demokratische Gesellschaft organisieren eine Volksversammlung auf dem Frankenplatz in Köln, an der ungefähr 6000 Menschen teilnehmen.

Gemäß einem von Engels unterstützten Antrag Wilhelm Wolffs wählt die Versammlung einen Sicherheitsausschuß von 30 Personen, dem Marx und Engels angehören. Die Versammlung nimmt eine von Engels vorgeschlagene Adresse an die preußische Nationalversammlung an, die von den Abgeordneten fordert, bei einem Versuch der Regierung, die Versammlung aufzulösen, auf ihren Plätzen zu bleiben, selbst wenn man Waffengewalt gegen sie anwendet.

17. September — Engels nimmt an der auf Initiative der Kölner demokratischen Organisationen einberufenen Volksversammlung in Worringen bei Köln teil, auf der etwa 8000 Menschen anwesend sind. Engels wird zum Sekretär der Versammlung gewählt. Die Versammlung erklärt sich für eine demokratisch-soziale, rote Republik, erkennt den Kölner Sicherheitsausschuß an und erklärt in einer Adresse an die Frankfurter Nationalversamm-

lung, daß sich alle Versammelten im Falle eines Konfliktes zwischen Preußen und Deutschland auf die Seite Deutschlands stellen werden. Der Rheinische Kreisausschuß der Demokraten, dem Marx angehört, gibt die Einberufung des zweiten Demokraten-Kongresses der Rheinprovinz und Westfalens zum 24. September bekannt.

19./20. September Engels schreibt die Artikel „Die Ratifikation des Waffenstillstandes" und „Der Aufstand in Frankfurt", die am 20. und 21. September in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlicht werden.

20. September Auf Grund der Ratifikation des Waffenstillstandes mit Dänemark durch die Frankfurter Nationalversammlung und des Aufstandes in Frankfurt berufen der Sicherheitsausschuß, die Demokratische Gesellschaft und der Arbeiterverein in Köln eine Volksversammlung im Eiserschen Saal ein. Die Versammlung versichert in einer Proklamation den Aufständischen in Frankfurt ihre Solidarität und erklärt die Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung, die für die Ratifikation des Waffenstillstandes stimmten, zu Volksverrätern. Engels hält auf der Versammlung eine Rede, in der er den schmählichen Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung brandmarkt und die Versammlung über den Verlauf des Aufstandes in Frankfurt informiert.

23. September Die Proklamation der Volksversammlung vom 20. September wird in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlicht und außerdem als Flugblatt in der Stadt verbreitet. Die Expedition der „Neuen Rheinischen Zeitung" erklärt sich gleichzeitig bereit, Beiträge zur Unterstützung der Frankfurter Aufständischen und ihrer Familien entgegenzunehmen.

25. September Die Kölner Prokuratur leitet gegen Engels, Wilhelm Wolff und Bürgers wegen Verschwörung gegen die bestehende Ordnung und wegen ihres Auftretens auf den Volksversammlungen in Köln ein Gerichtsverfahren ein.
Der Reichsjustizminister gibt der Kölner Prokuratur die Anweisung, die gerichtliche Verfolgung des Sicherheitsausschusses, dem Marx und Engels angehören, sowie der Demokratischen Gesellschaft, des Arbeitervereins und in Verbindung mit dem Beschluß der Volksversammlung in Köln am 20. September 1848 der Expedition der „Neuen Rheinischen Zeitung" aufzunehmen.

25. September morgens Marx kommt zur Sitzung des auf diesen Tag verschobenen zweiten Demokraten-Kongresses der Rheinprovinz und Westfalens; infolge der frühmorgens von der Polizei durchgeführten provokatorischen Verhaftungen von Führern der Kölner demokratischen und Arbeiterorganisationen (Schapper, Becker u. a.) findet die Sitzung nicht statt.

25. September vormittags Marx spricht in der Versammlung des Arbeitervereins im Gasthaus „Im Kranz" am Altenmarkt und versucht, die versammelten Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie sich von der Polizei nicht provozieren lassen dürfen. Er erklärt, daß der Zeitpunkt für einen bewaffneten Aufstand noch nicht gekommen sei, daß eine vorzeitige Aktion in einem Putsch enden

	wird, der die Arbeiterklasse am Vorabend des entscheidenden Tages ihrer Kampfkraft beraubt.
25. September nachmittags	In einer gemeinsamen Sitzung der Demokratischen Gesellschaft und des Arbeitervereins im Eiserschen Saal warnen Marx und seine Anhänger die Versammelten vor verfrühten Aktionen.
26. September	In Köln wird der Belagerungszustand verhängt und auf Befehl des Militärkommandanten das Erscheinen der „Neuen Rheinischen Zeitung" und anderer demokratischer Blätter verboten.
Nach dem 26. September	Engels muß Köln wegen der drohenden Verhaftung verlassen. Einige Tage verbirgt sich Engels in Barmen und fährt dann nach Brüssel.
28. September	In einem Extrablatt teilen die Geranten allen Abonnenten das Verbot der „Neuen Rheinischen Zeitung" mit und geben gleichzeitig ihrer Überzeugung Ausdruck, daß bereits in wenigen Tagen die Zeitung wieder herausgegeben werden kann.
30. September	Die Geranten der „Neuen Rheinischen Zeitung" kündigen die bevorstehende Aufhebung des Belagerungszustandes in Köln und das Wiedererscheinen der Zeitung ab 5. Oktober an.
Ende September bis Mitte Oktober	Marx kämpft beharrlich für die Wiederherausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" und überwindet dabei große finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten, die durch das Verbot der Zeitung entstanden sind. Er stellt seine persönlichen Geldmittel zur Verfügung, um Ausgaben und Verpflichtungen der Zeitung zu decken.
1. Oktober	Die Kölner Prokuratur leitet eine gerichtliche Untersuchung gegen Marx, Engels und andere Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung" ein wegen der Veröffentlichung der anonymen Feuilletons „Leben und Taten des berühmten Ritters Schnapphahnski", deren Verfasser Georg Weerth war; außerdem werden sie verdächtigt, den Entwurf des Beschlusses der Volksversammlung in Köln vom 20. September 1848 verfaßt zu haben.
3. Oktober	Anläßlich der Aufhebung des Belagerungszustandes in Köln gibt der Gerant der „Neuen Rheinischen Zeitung" ein Extrablatt heraus, in dem er das bevorstehende Wiedererscheinen der Zeitung ankündigt und zum Abonnement für das 4. Quartal auffordert. Der Staatsprokurator erläßt einen Befehl zur Fahndung nach Engels und zu seiner Verhaftung, dem die Personenbeschreibung von Engels beigefügt ist.
Nach dem 3. Oktober	Marx schlägt Freiligrath vor, in die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" einzutreten. Freiligrath stimmt zu.
Etwa 4. Oktober	Engels trifft mit Dronke, der ebenfalls aus Köln flüchten mußte, in Brüssel ein.
4. Oktober	Die Brüsseler Polizei verhaftet Engels und Dronke, transportiert sie ins Gefängnis und bringt sie dann etappenweise an die französische Grenze, von wo aus sich beide nach Paris begeben.

5. Oktober	Engels und Dronke treffen in Paris ein.
Etwa 10. Oktober	Nach einigen Tagen Aufenthalt in Paris begibt sich Engels zu Fuß auf den Weg nach der Schweiz mit der Absicht, bei der erstbesten Gelegenheit nach Köln zurückzukehren. Unterwegs macht sich Engels mit den Lebensbedingungen und der politischen Meinung der französischen Bauern bekannt.
Etwa 12. Oktober	Der Kölner Arbeiterverein schickt eine Delegation zu Marx mit der Bitte, die Leitung des Vereins zu übernehmen.
12. Oktober	Es erscheint Nr. 114 der „Neuen Rheinischen Zeitung", die erste Nummer nach der Aufhebung des Belagerungszustandes in Köln. Die Mitteilung über das Wiedererscheinen der Zeitung, von Marx als Chefredakteur unterschrieben, gibt den Eintritt von Ferdinand Freiligrath in das Redaktionskollegium bekannt. In der Zeitung erscheint von Marx der Artikel „Revolution in Wien". Marx schreibt den Artikel „Die ‚Kölnische Revolution'", der am 13. Oktober in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlicht wird.
14. Oktober	Die „Neue Rheinische Zeitung" bringt die von Marx verfaßten Artikel „Das Ministerium Pfuel" und „Thiers' Rede über eine allgemeine Hypothekenbank mit Zwangskurs".
Zweite Hälfte des Oktober bis Anfang November	Marx, der dem Kampf der Wiener Bevölkerung gegen die feudal-monarchistische Konterrevolution gewaltige Bedeutung beimißt, schreibt für die „Neue Rheinische Zeitung" eine Artikelserie über den Verlauf des Aufstandes in Wien.
16. Oktober	In der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins stimmt Marx zu, zeitweilig den Platz des Präsidenten im Arbeiterverein einzunehmen. Marx spricht auf der Sitzung über die revolutionäre Rolle der deutschen Arbeiter, besonders während des Wiener Aufstandes. Auf seinen Vorschlag wird eine Begrüßungsadresse an den Wiener Arbeiterverein angenommen.
18. Oktober	Marx schreibt die Artikel „Antwort des Königs von Preußen an die Deputation der Nationalversammlung" und „Antwort Friedrich Wilhelm IV. an die Deputation der Bürgerwehr"; die Artikel werden in der „Neuen Rheinischen Zeitung" am 19. und 20. Oktober veröffentlicht.
22. Oktober	In der „Neuen Rheinischen Zeitung" erscheinen von Marx die Artikel „Die ‚Réforme' über die Juniinsurrektion", „Die englisch-französische Vermittlung in Italien" und „Der ‚konstitutionelle Musterstaat'". Die allgemeine Versammlung des Kölner Arbeitervereins bestätigt Marx als Präsidenten des Vereins. Marx hält in der Versammlung eine Rede über das in Deutschland bestehende System der indirekten Wahlen. Die Versammlung wählt Beust als Deputierten zum zweiten demokratischen Kongreß in Berlin, wo dieser ein Programm darlegt, dem die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" zugrunde liegen.
Etwa 24. Oktober	Engels trifft in Genf ein.
Etwa 26. Oktober	In einem Brief an Engels nach Genf teilt Marx diesem das Wiedererscheinen der „Neuen Rheinischen Zeitung" mit und bittet ihn, Korrespondenzen und Artikel zu schicken.

28. Oktober	Marx schildert in dem am folgenden Tag veröffentlichten Artikel „Der Staatsprokurator ‚Hecker' und die ‚Neue Rheinische Zeitung'" die Verfolgungen der Redaktion der Zeitung.
Ende Oktober bis November	Engels schreibt den Reisebericht „Von Paris nach Bern". Der Bericht bleibt unvollendet.
Anfang November	Nach einigen Tagen Aufenthalt in Genf begibt sich Engels nach Lausanne, wo er mit dem Lausanner Arbeiterverein Verbindung aufnimmt.
2. November	Marx verfaßt den Artikel „Die Pariser ‚Réforme' über die französischen Zustände" und kritisiert in dem Artikel „Aufruf des demokratischen Kongresses an das deutsche Volk" die Inhaltslosigkeit und Halbheit dieses Dokuments. Beide Artikel werden am 3. November in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlicht.
6. November	Marx schreibt den Artikel „Sieg der Kontrerevolution zu Wien", der am 7. November in der „Neuen Rheinischen Zeitung" erscheint. Marx teilt in der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins mit, daß Wien gefallen ist. Er unterstreicht, daß es den österreichischen Truppen nur durch den Verrat der Bourgeoisie gelang, die Stadt zu nehmen.

Personenverzeichnis

Erklärung der Fremdwörter, der fremdsprachigen und seltenen Ausdrücke

Abortus Fehlgeburt
Absolutismus Regierungsform, bei der ein Monarch die unumschränkte (absolute) Herrschaft ausübt
absorbieren aufsaugen, in sich aufnehmen
Abstraktion das Absehen vom Besonderen eines Gegenstandes, Aussonderung seiner wesentlichen Merkmale zur Bildung eines allgemeinen Begriffs; Verallgemeinerung
Administration Verwaltung, Verwaltungsbehörde
Adresse schriftliche politische Willenskundgebung, Stellungnahme des Parlaments oder der Parteien zu Maßnahmen der Staatsführung in schriftlicher Form
adressieren etwas an jemanden richten
agieren handeln, angreifen
Agrikultur Landwirtschaft, Ackerbau
Akklamation Beifall; Zustimmung durch Zuruf oder Erheben vom Platz
Allodifikationszins Ablösungszins bei der Umwandlung von Lehnsgütern in Freigüter
ambulant umherziehend, sich von Ort zu Ort bewegend
Amendement Abänderung; Änderungs-, Verbesserungs- oder Zusatzantrag
Anachronismus nicht in ein Zeitalter hineinpassende Handlung, Zeitwidrigkeit
Analogie Ähnlichkeit, Übereinstimmung in gewisser Beziehung
Anathem Fluch, Bannfluch
Anglophage Englandfresser
Antezedens (Mz. *Antezedentien*) Vorausgegangenes, frühere Verhältnisse
Äolsharfe Windharfe, bei Luftzug in Dreiklangharmonien tönend
apodiktisch unwiderleglich, keinen Widerspruch duldend
apokryphisch (apokryph) zweifelhaft, untergeschoben, einem anderen Verfasser zugeschrieben
Apostat Abtrünniger, vom Glauben Abgefallener
Apostolat Apostelamt, göttlicher Lehrberuf
Äquivalent Gegenwert, Ersatz, Entschädigung
Arabeske schnörkelhafte Verzierung, Rankenmuster
armieren bewaffnen, befestigen
Arrangement Abmachung, Übereinkunft
arrogieren anmaßen
Arrondierung Abrundung (von Grundstücken, Landbesitz usw.)
Arrondissement Stadtbezirk, Verwaltungsbezirk
Assise(n) Schwurgericht, Geschworene
Assoziation Vereinigung, Verbindung
Attribut Eigenschaft, Merkmal
Auenrecht (Aurecht) in Schlesien das Eigentum der Gutsherrschaft an den Grenzen und Rainen, welche die Feldmark des Gutes von einem Bauerngut scheiden, in der Mark Brandenburg das Eigentum des Gutsherrn an Straßen und Plätzen der Dörfer
Autokratie Alleinherrschaft, auf Selbstherrschaft beruhendes diktatorisches Regime (z. B. absolute Monarchie)

Bankbillet(t) Banknote
Bankerott (Bankerutt) Zahlungsunfähigkeit, wirtschaftlicher Zusammenbruch
Banlieue Bannmeile
Barriere ehemaliges Eingangstor von Paris
Besthaupt (Kurmede) Abgabe des besten Stücks Vieh, die der Erbe eines Abhängigen an den Grundherrn aus der Erbschaft zu leisten hatte
biwakieren im Freien lagern
Bon Gutschein, Zahlungsschein
Bönhase in der mittelalterl. Sprache: ein Arbeiter (Meister), der nicht zur Zunft (Gilde) gehörte; Pfuscher
Boulevard eine die Stadt umgebende Promenade; Baumallee
Budget Staatshaushaltsplan
burlesk possenhaft, derb-komisch
Butik Schaustellung

Cadre (Kader) Stamm eines Truppenkörpers
Cancan aus Algier stammender ungezügelter Modetanz im 19. Jahrhundert
Centime kleine Münze in Frankreich und Belgien (1/100 Franc)
Charpie früher gebräuchliches Verbandsmittel aus aufgezupfter Leinwand (watteähnlich)
City Stadtzentrum, Geschäftsviertel
Clos Einfriedung, eingeschlossenes Gelände
Cortes Parlament in Spanien und Portugal

debitieren an den Mann bringen, absetzen
Debouché Ende, Ausgang
de dato am, vom
definitiv endgültig, gewiß
Deklamation phrasenhafte Erklärung
dekretieren anordnen, verfügen
Delikatesse (délicatesse) Zartgefühl, Empfindsamkeit
denunzieren verraten, bezichtigen; auch im Sinne von: darlegen, anzeigen, mitteilen
Departement Verwaltungsbezirk in Frankreich
desavouieren nicht anerkennen, für unbefugt erklären, verleugnen
designieren bestimmen, vorsehen, bezeichnen
destruktiv zerstörend, zersetzend, umstürzlerisch
Detachement abgesonderte Heeresabteilung, abkommandierter Truppenteil
Devouement Hingebung, Bereitschaft, Aufopferung
dezimieren stark vermindern, hinwegraffen
Diatribe Schmähung, Schmähschrift; Streitschrift
diffus ungeordnet, weitschweifig, verschwommen
Direktorium oberste Behörde in Frankreich von 1795 bis 1799, übte die Diktatur der konterrevolutionären Bourgeoisie aus
Diskurs Erörterung, lebhafte Verhandlung
disponibel zu Gebote stehend, verfügbar
Dithyrambus schwärmerisches Loblied
Divisionär Befehlshaber einer Division
doktoral (doctoral) belehrend, dozierend, magisterhaft
Doktrin Lehre, wirklichkeitsfremder Standpunkt
doktrinär starr an einer Lehre festhaltend
dotieren ausstatten, beschenken
Dupe Betrogener, Genarrter
düpieren überlisten, täuschen
Dynastie Herrscherfamilie, Fürstenhaus

eklatieren zum Ausbruch kommen
Eldorado Wunschland, Paradies
Eloquenz Beredsamkeit
emanzipieren befreien aus gesellschaftlicher und rechtlicher Abhängigkeit; sich unabhängig, sich selbständig machen
emballieren verpacken
Emeute Aufruhr, Aufstand, Empörung
Emissär Abgesandter, Geheimbote; Agent
Engagement Gefecht
ennuyieren langweilen
Epikureer Anhänger der Lehre des griechischen Philosophen Epikur; Liebhaber sinnlicher Genüsse
Epitheton (Mz. *Epitheta*) schmückendes, immer wiederkehrendes Beiwort
epurieren reinigen
escroquieren betrügen, übervorteilen, prellen
eskamotieren nach Taschenspielerart verschwinden lassen, wegzaubern

Esprit Geist, Witz
etymologisch vom Standpunkt der Wortforschung, der Wortherkunft
Exaltation Aufregung, Überspanntheit
Exemtion Ausnahme, Befreiung
Exerzitium Übung, Übungsstück
Exit (Exitus) Abgang, Abtreten, Ende
exploitieren ausbeuten
Expropriation Enteignung
exzeptionell einen Ausnahmefall bildend, außergewöhnlich
Exzeß Ausschreitung

Fatum Schicksal, Verhängnis
Faubourg Stadtteil von Paris, der früher Vorstadt war
Ferment Gärungsstoff
Fetischismus Fetischglaube, Götzendienst
figurieren in Erscheinung treten, in die Augen fallen, eine Rolle spielen
Fiktion Annahme eines nichtwirklichen Falles, Erdichtung, Unterstellung
Fiskus Staatskasse; der Staat als Inhaber von Vermögen und Vermögensrechten
fix fest, stetig
Fonds Staatsschuldenverschreibungen; zweckbestimmte Geldmittel; Geldbestand
formidabel furchtbar, schrecklich
fraternisieren sich verbrüdern
Frivolität Leichtfertigkeit, Respektlosigkeit
füsilieren standrechtlich erschießen

Gerant verantwortlicher Herausgeber einer Zeitung
Glacis Festungswall, Vorgelände einer Festung
Grisette junge Pariser Näherin oder Putzmacherin
Guinea frühere englische Goldmünze, jetzt Rechnungseinheit (1 Guinea = 21 Schilling)

harangieren leer daherreden, das große Wort führen
Hegemonie Vorherrschaft, Führung
Hekatombe große Menge, Massenopfer
heraldisch wappendarstellend, wappenkundlich
heterogen ungleichartig, verschieden
Hierarchie (wörtlich Priesterherrschaft) stufenweiser Aufbau, strenge Stufen- und Rangordnung
Hilarität Heiterkeit
honett ehrbar, rechtschaffen, anständig
Humanität edle Menschlichkeit, hohe Gesittung

Idiom Mundart
Ile Insel
immateriell geistig, nicht stofflich
Immoralität Gleichgültigkeit gegen sittliche Grundsätze
implizieren mit hineinziehen, verwickeln
Indignation Entrüstung, Empörung, gerechter Unwille
influieren einwirken, Einfluß haben
Inkompatibilität Unzulässigkeit der Vereinigung mehrerer öffentlicher Ämter in einer Person
inkompetent nicht zuständig, unsachverständig
inkorporieren einverleiben, aufnehmen
inkriminieren beschuldigen, zur Last legen
inkulpieren belasten, anschuldigen
inquirieren untersuchen; verhören; peinlich befragen
Insertion Veröffentlichung von Zeitungsanzeigen
Insinuation Unterstellung, Unterschiebung
Insubordination Ungehorsam, Befehlsverweigerung
insultieren beschimpfen, gröblich beleidigen
Insurgent Aufständischer
Insurrektion Aufstand, Aufruhr, Erhebung
Integrität Unantastbarkeit, Unversehrtheit
Intention Absicht, Vorhaben, Ziel
interimistisch einstweilig, vorläufig
Interpellation parlamentarische Anfrage; Einspruch
interpretieren erklären, auslegen, deuten
intimidieren einschüchtern, in Furcht versetzen
irritabel empfindlich, reizbar

jambisch im Versmaß des Jambus; Versfuß aus einer kurzen (unbetonten) und einer langen (betonten) Silbe

Journal Zeitschrift, Zeitung, Tageblatt
Jurisdiktionszins (Schutzgeld) Abgabe für die Gerichtsbarkeit, die in den Händen der Feudalherren lag (Patrimonialgerichtsbarkeit)
Jurisprudenz Rechtswissenschaft
Jury Schwurgericht oder Geschworenenbank (in England und USA)

Kabinett Gesamtministerium
Kabylen (arabisch: Stämme) Bezeichnung für die Berberstämme im Atlas-Gebirge in Nordafrika
Kalumnieartikel Verleumdungsartikel
Kamarilla geheime Clique; einen Fürsten beherrschende Hofpartei
Kannegießerei politische Schwätzerei
Kanonisation Heiligsprechung
Kanton(n)ierung Truppenunterbringung in Orten, die keine Garnison sind
Kantschuregiment brutale Machtausübung durch Fürsten und Feudalherrn; Kantschu: türkische Riemenpeitsche
kapitalisieren zu Geld machen
Kassation Nichtigkeitserklärung
Kassuben (Kaschuben) Volksstamm in Westpreußen
Kasuistik Spitzfindigkeit, Wortverdreherei
Kodex Gesetzbuch, Gesetzsammlung
Kolorit Farbgebung, Farbwirkung
kommerziell den Handel betreffend, kaufmännisch
Kommittent Auftraggeber
Kommunikation Verbindung, Verkehr, freier Zugang
Kompendium Leitfaden, Lehrbuch, Handbuch
Kompetenz Zuständigkeit, Machtbereich
Konfiskation Vermögenseinziehung, Beschlagnahme; Besitzergreifung
Konföderation Bündnis, Bund, Staatenbund
Konseilpräsident Ministerpräsident
Konsequenz Folgerung, Folgerichtigkeit
konsignieren Truppen marschbereit halten
Konsistorium kirchliche Behörde zur Aufsicht und Leitung der Gesamtkirche
Konspiration Verschwörung, geheime revolutionäre Tätigkeit
Konstabler Polizist (in England und USA), Sicherheitswächter
Konstituante verfassunggebende Versammlung; französische Nationalversammlung von 1789 bis 1791
Konstitutionalismus Regierungsform mit verfassungsmäßiger Beschränkung des Monarchen (konstitutionelle Monarchie)
konstitutionell verfassungsmäßig, verfassungsgebunden
kontrahieren einen Vertrag schließen
kontrasignieren gegenzeichnen
Kontribution Zwangserhebung in Geld- oder Naturalform während oder nach einem Krieg, Kriegsentschädigung
Konvent die französische Nationalversammlung 1792 bis 1795
Konvention Abkommen, Vereinbarung, Übereinkunft
Konversation Gespräch, gesellige Unterhaltung
Konzeption schöpferischer Gedanke, Einfall, Plan
Konzil Versammlung, besonders von geistlichen Würdenträgern
Korporation Körperschaft, Standesvertretung
kosmopolitisch weltbürgerlich
krypto versteckt, heimlich, verborgen
Kurie Abteilung; Standesklasse, Einzelstand; Stimmgruppe
Kurmede siehe *Besthaupt*

lakonisch kurz, bündig, mit wenig Worten viel sagend
latent verborgen, versteckt
Laudemium (Mz. *Laudemien*) Lehnsgeld, Besitzveränderungsabgabe an den Grundherrn bei Veräußerung bäuerlicher Grundstücke
Lazzarone (Mz. *Lazzaroni*) Bettler; in Italien Bezeichnung für deklassierte Elemente, Lumpenproletarier, die oft von den absolutistischen Regierungen zu konterrevolutionären Zwecken ausgenutzt wurden
League (Ligue) Liga, Bund, Vereinigung

Legation Provinz des früheren Kirchenstaates; Gesandtschaft
legislatorisch gesetzgeberisch
legitim rechtmäßig
Legitimismus reaktionäre Auffassung von der Unabsetzbarkeit eines Herrscherhauses
liberal freisinnig, großzügig; im Kapitalismus mißbraucht im Sinne ungehemmter Freiheit für die wirtschaftliche Betätigung der Unternehmer
Lieue Meile
Ligue siehe *League*
Linie nicht zur Garde gehörende Truppe
Lion Löwe
lukrativ gewinnbringend, einträglich, vorteilhaft

Manufaktur Handanfertigung; Gewerbebetrieb mit Handarbeit, dem Fabrikbetrieb vorangehende typische Betriebsform des Frühkapitalismus
Marodeur hinter der Truppe zurückbleibender, plündernder Soldat
Martialgesetz Ausnahmegesetz, bei dem die Rechtsprechung auf die Militärgewalt übergeht
Meeting Versammlung, Zusammenkunft
Merkantilismus vulgärökonomische Lehre und Wirtschaftspolitik in der Periode des Absolutismus, die vor allem auf eine möglichst hohe Ausfuhr und staatliche Förderung der Industrie gerichtet war
Misère (Misere) Elend, Not, trauriger Zustand
mobil kriegsfertig; bereit, beweglich
moderieren mäßigen, mildern, einschränken
Molochkultus Opferung von Menschen zu Ehren der Gottheit Moloch; Sinnbild für die unersättliche Forderung höchster Blutopfer
molossisch schwerfällig
monströs ungeheuerlich
Montagnard Mitglied der Bergpartei (Montagne), der äußersten Linken in der französischen Nationalversammlung
Munizipalrat städtischer Rat
Myriade Unmenge, Unzahl

Nachschußrente (Nachsteuer) Recht des Landesherrn, Vermögensteile eines Auswandernden einzubehalten
Napoleonide Bezeichnung für die Geschwister Napoleons I. und deren Nachkommen
Nationalökonomie bürgerliche Volkswirtschaftslehre
Neophyt Neubekehrter
Nonchalance Lässigkeit, Ungezwungenheit, Formlosigkeit
Notabeln Standespersonen, Vertreter der führenden oder offiziellen Gesellschaft
notorisch allgemein bekannt, offenkundig
Nullität Nichtigkeit, Bedeutungslosigkeit

Odaliske weiße türkische Haremssklavin
oktroyieren aus höherer Machtvollkommenheit anordnen, aufnötigen, aufzwingen
ordinär gewöhnlich, alltäglich, gebräuchlich
Ordinarius Klassenlehrer einer höheren Schule
Ordonnanz Erlaß, Befehl, Anordnung
Ordre (Order) parieren einen Befehl ausführen, gehorchen
ostensibel augenscheinlich, offenkundig, zur Schau gestellt

p., pagina Seite
Paladin Getreuer, Gefolgsmann, Berater eines Fürsten
Palliativ Linderungsmittel, Vorbeugungsmittel
Parquet Staatsanwaltschaft, Gerichtspersonal
partiell teilweise, auf ein Teilgebiet bezüglich
Passiva Schuldposten, Verbindlichkeiten
Patois Mundart; französische Bauernsprache
patriarchalisch altväterlich, nach Altväterweise, altehrwürdig
Pauperismus Massenarmut, Zustand größter Verelendung
paupern verarmt, verelendet
pazifizieren in Friedenszustand versetzen
Peloton kleine, geschlossene militärische Einheit von 20 bis 40 Mann, die stets zu gleicher Zeit schossen
Pelotonfeuer Sperr-, Salvenfeuer

Penaten Hausgötter, Heim und Herd
perfide hinterlistig, heimtückisch
permanent dauernd, ständig, ununterbrochen
persiflieren geistvoll spotten, lächerlich machen
Petit kleiner Schriftgrad
Petition Bittschrift, Eingabe, Gesuch
philanthropisch menschenfreundlich
philologisch sprach- und literaturwissenschaftlich
Pikett (Piquet) einsatzbereite Mannschaft; Vorpostenkompanie
Phänomen Erscheinung
Plaidoyer (Plädoyer) mündliche Begründung eines Antrages vor Gericht durch Staatsanwalt und Verteidiger
Pont Brücke
Porte Tor
Portefeuille Ministerposten; Aufbewahrungsort für Wertpapiere
potenziert gesteigert, verstärkt
Präfekt in Frankreich seit 1800 oberster Verwaltungsbeamter einer Provinz
präjudizieren vorgreifen; durch vorausgegangene Entscheidung ähnlicher Fälle einen kommenden Urteilsspruch bestimmen
Präklusivfrist eine Frist, durch deren Versäumnis ein Recht verwirkt wird
Präliminare (Mz. *Präliminarien*) Vorverhandlung, Einleitung
Prämisse Voraussetzung; Vordersatz eines logischen Schlusses
präsumieren voraussetzen, vermuten, sich einbilden
Prätendent Ansprucherhebender; Thronbewerber
Prätension (Prätention) Anmaßung, Anspruch, Dünkel
prekär heikel, unsicher, bedenklich, schwierig
profan gewöhnlich, alltäglich; unheilig
Profanation Entweihung, Mißbrauch
Progressivsteuer Steuer mit wachsenden Sätzen für größere Einkommen und Vermögen
Prokurator Staatsanwalt; Bevollmächtigter
prosaisch nüchtern, trocken, alltäglich
Prosperität Aufschwung, Gedeihen, Wirtschaftsblüte
providentiell von der Vorsehung verfügt
Providenz Vorausschau, Vorsehung
provozieren herausfordern, anregen
Pupillenkollegium Aufsichtsbehörde über Vormundschaftssachen

Quai (Kai) gemauerte Fluß- oder Hafeneinfassung
Quartier Stadtviertel von Paris

Race Geschlecht, Stamm; Rasse
räsonieren beurteilen, erwägen, schlußfolgern
ratifizieren bestätigen, gutheißen, endgültig anerkennen
Rayon Umkreis, Bereich; Vorfeld von Festungen
Redakteur en Chef Chefredakteur
Reduktion Umrechnung, Umwandlung, Zurückführung
reduzieren verringern, einschränken
Reflexion Überlegung, Betrachtung
Reglement Geschäftsordnung, Dienstvorschrift
Rekurs Berufung, Einspruch
Renaturalisation Wiederverleihung der Staatsbürgerrechte
Rendezvous Stelldichein, Bestellung zum Zweikampf
Renommage (Renommisterei) Großtuerei, Aufschneiderei
Reorganisation Neugestaltung, Neuordnung
repartieren aufteilen, verhältnismäßig verteilen
Repertorium Übersicht, Verzeichnis
Repression Unterdrückung, Zurückdrängung
Reputation Vertretung; Ruf, Ansehen
Requisition Ersuchen, Anforderung
Requisitorium die Darlegung des juristischen Belastungs- und Entlastungsmaterials bei Gerichtsprozessen
Reskript amtlicher Erlaß, Verfügung
respektive beziehungsweise, oder, jeweilig
Restauration Zeit der Wiederherstellung; besonders Wiedereinsetzung der Bourbonendynastie in Frankreich nach 1814

Resumé Zusammenfassung der Hauptpunkte einer ausführlichen Darlegung
Reverenz Ehrfurchtsbezeigung, Verbeugung
Rhetorik Redekunst, Beredsamkeit
Royalismus Königstreue
Rue Straße

säkularisieren kirchlichen Besitz in weltlichen überführen
saldieren ausgleichen, bezahlen
sanktionieren bestätigen, gutheißen, anerkennen
Sbirre italienischer Polizeibüttel
sekundär aus dem zweiten Erdzeitalter (alter Zählung) stammend
servil unterwürfig, knechtisch, kriecherisch
Session Tagungsperiode, Sitzungsperiode von Parlamenten
Signalement genaue Personenbeschreibung, Kennzeichnung
sistieren einstellen, abbrechen
skandalisieren aufregen, ärgern
Skrutator Wahlprüfer, Helfer bei der Feststellung eines Abstimmungsergebnisses
Sobrietät Besonnenheit, Mäßigkeit
solenn feierlich; regelmäßig
Sou früher kleinste französische Münze
souverän uneingeschränkt herrschend, unabhängig
Souveränität (Souveränetät) Machtvollkommenheit, uneingeschränkte Staatsgewalt
Spezies(taler) harter Taler, im Gegensatz zum Rechnungstaler (Papiergeld); Reichstaler
starosteilich hier: bezogen auf das Gebiet eines Starosten (Adliger im früheren Polen, der im Besitz eines Kronlehens war und in seinem örtlichen Bereich die Obrigkeit verkörperte)
statuieren bestimmen, gesetzlich festlegen
stereotyp unveränderlich, ständig wiederkehrend, abgedroschen
Stipulation Vertrag, Übereinkunft
stoisch gleichmütig, unerschütterlich, standhaft
Stupor Starre, Lähmungszustand
Subalterne Untergebene, Untergeordnete
Subhastation Zwangsversteigerung
Subsidien staatliche Hilfsgelder, Geldunterstützungen
Subsistenz Lebensunterhalt
subsumieren einbegreifen, einordnen
Sukkurs militärischer Beistand, Hilfe, Verstärkung
suspendieren zeitweilig unterbrechen, aussetzen; einstweilige Dienstenthebung
Symptom Anzeichen, Kennzeichen, Merkmal
Synode Kirchenversammlung, kirchliche Regierungsbehörde

Tautologie Wiederholung des schon Gesagten mit anderen Worten
Terrorismus Gewalt- und Schreckensherrschaft
tertiär aus dem dritten Erdzeitalter (alter Zählung) stammend
thermidorisieren eine revolutionäre Bewegung durch Gewalt und Terror niederschlagen; am 9. Thermidor (27. Juli) 1794 begann nach dem Sturz Robespierres die Terrorherrschaft des rechten Flügels der Bourgeoisie, deren Vertreter Thermidoristen oder Thermidorianer genannt wurden
Tirade inhaltlose Schwätzerei, Wortschwall
Tirailleurfeuer zerstreutes Feuer, Feuer einer Truppe in aufgelöster Ordnung
Tohuwabohu wüstes Durcheinander
Traktat Unterhandlung, Vertrag; Flugschrift
Transaktion Unterhandlung, Übereinkunft
transitorisch vorübergehend, zeitweilig
Transportation Verschickung, Verbannung
Tripelallianz Dreibund, Bündnis zwischen drei Mächten
Triumvirat Dreimännerherrschaft, Gruppe dreier Männer
trivial platt, abgedroschen
trochäisch im Versmaß des Trochäus; Versfuß aus einer langen (betonten) und einer kurzen (unbetonten) Silbe

unsubstantiiert unbegründet
usurpieren mit Gewalt an sich reißen, widerrechtlich aneignen

vegetabilisch pflanzlich

Vendemiaire Weinmonat (22. September bis 21. Oktober) des französischen Revolutionskalenders von 1789–1794

vigilieren fahnden, aufpassen

vindizieren zuerkennen, zusprechen

votieren beschließen, für etwas stimmen, durch Abstimmung annehmen

Votum Urteil, Gutachten, Stimme bei einer Abstimmung

Wispel bis 1872 gesetzliches Getreidemaß im nördlichen Deutschland; in Preußen war ein Wispel gleich 1319 Liter

Zehnt im Feudalismus Abgabe der Bauern an ihre kirchlichen und weltlichen Feudalherren, meist der zehnte Teil des jährlichen Ernteertrages (Feldzehnt) oder der Tiere und ihrer Produkte (Blut- oder Viehzehnt); der Zehnt wurde in Natural- und Geldform entrichtet

Zensus Vermögenseinschätzung; Abhängigmachung politischer Rechte, besonders des Wahlrechts, vom Besitz eines gewissen Vermögens

Zephyr (Zephir) milder, leichter Wind

zernieren einschließen, umzingeln

Verzeichnis der im Text genannten Orte, die in der Landessprache eine andere Bezeichnung tragen

Adelnau	Odolanów
Apenrade	Åpenraa
Aussig	Ústi
Birnbaum	Międzychód
Bomst	Babimost
Breslau	Wrocław
Bromberg	Bydgoszcz
Chodziesen	Chodzież
Czarnikau	Czarnków
Fraustadt	Wschowa
Gleiwitz	Gliwice
Glogau	Głogów
Gnesen	Gniezno
Hadersleben	Haderslev
Kosten	Kościan
Krakau	Kraków
Kröben	Krobia
Krotoschin	Krotoszyn
Küstrin	Kostrzyn
Lissa	Leszno
Meseritz	Międzyrzecz
Obornik	Oborniki
Ohlau	Oława
Ostrowo	Ostrów
Pleschen	Pleszew
Posen	Poznań
Samter	Szamotuły
Schildberg	Ostrzeszów
Schrimm	Śrem
Schroda	Środa
Schubin	Szubin
Schweidnitz	Swidnica
Teplitz	Teplice
Thorn	Toruń
Wirsitz	Wyrzysk
Wohlau	Wołów
Wongrowiec	Wągrowiec
Wreschen	Września

Inhalt

Juli

August

September

Oktober

November

Beilagen

Anhang und Register

Illustrationen

1.–20. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin • 1. Auflage 1959 • Printed in Germany

Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf
Verlagsbogen: 42,5 • Druckbogen: 39,75
Lizenznummer 1 • Druck: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig
Mit 5 Bildbeilagen, 1 Planskizze und 4 Faksimiles